(A)

Bd 18(1935/1937)

1. Sitzung.

Dienstag, 30. April 1935.

	Seite
Geschäftliches	1 B
Wahl des Präsidenten des Volkstags	1 C
Weber (S.P.D.)	1 C
Antrag des Abg. v. Wnuck u. Fr. auf **Annahme einer Geschäftsordnung** (Drucksache Nr. 1)	2 A
Moritz (S.P.D.)	2 A
Wahl der Vizepräsidenten des Volkstags	3 C
Wahl der Beisitzer	3 D
Wahl der Ausschußmitglieder	3 D
Ersatzwahl für den Senat (Vizepräsident des Senats Huth)	4 B
Vertrauensfrage für den Senat (Drucksache Nr. 2)	4 B
Andres (N.S.D.A.P.)	4 B
Weber (S.P.D.)	4 B
Kurowski (Z.)	4 C
Namentliche Abstimmung über Drucksache Nr. 2	4 C
Abgabe einer Regierungserklärung	4 D
Greiser, Präsident des Senats	4 D
Weber (S.P.D.) zur Geschäftsordnung	7 A
Moritz (S.P.D.) zur Geschäftsordnung	7 B
Vertagung und Festsetzung der nächsten Sitzung	7 C

2. Sitzung.

Dienstag, 30. April 1935.

(B)

Wahl der Mitglieder der Stadtbürgerschaft	7 C
Vertagung	7 D

Die Sitzung wird 3 Uhr 50 Minuten durch den Präsidenten von Wnuck eröffnet.

Am Regierungstisch: Senatsrat Böttcher.

Präsident: Gemäß Artikel 12 der Verfassung hat der Senat den neugewählten Volkstag zu heute zu seiner ersten Sitzung einberufen. Nach § 5 der Geschäftsordnung des Volkstages tritt der Volkstag in der ersten Sitzung nach der Neuwahl unter dem Vorsitz des Präsidenten des alten Volkstags zusammen. Damit liegt mir die Pflicht ob, die Sitzung zu eröffnen.

M. D. u. H.! In dem Volkstag, der 1933 gewählt wurde, war es den Nationalsozialisten dadurch, daß sie mehr als die Hälfte der Abgeordneten stellten, möglich, ohne Unterstützung anderer Parteien Entschlüsse zu fassen. Die Wahl von 1935 hat bewiesen, daß die alleinige Mehrheit der Nationalsozialisten vom Volk gewünscht wird.

Ich eröffne die erste Sitzung des Volkstags der sechsten Legislaturperiode. Auf Grund der bisherigen Geschäftsordnung des Volkstages rufe ich nachstehende Abgeordnete als **Beisitzer** auf: Ehrlichmann, Sukatus, Nicklas und Heß. Ich bitte den Herrn Abg. Ehrlichmann, an meiner rechten Seite das Protokoll und den Abg. Sukatus, an meiner linken Seite die Rednerliste zu führen.

In der Sonderausgabe des Staatsanzeigers Nr. 43 vom 17. April 1935 sind die Namen der Abgeordneten enthalten, die als gewählt gelten. (C) Inzwischen haben von dem Wahlvorschlag I die folgenden Herren das Mandat nicht angenommen: Greiser, Rettelsky, Huth, Boeck, Schäfer. Es rücken dafür nach die Herren: Schelm, Temp, Schramm, Wiercinski-Keiser und Gall. Herr Dr. Wiercinski-Keiser hat das Mandat ebenfalls nicht angenommen. Dafür rückt Herr Schulz nach. Die verlesenen fünf Herren, die nachrücken, sind also Abgeordnete und sind in der heutigen Sitzung anwesend.

Wir kommen jetzt zur

Wahl des Präsidenten des Volkstags.

(Abg. Dr. Thimm: Ich schlage den Abg. v. Wnuck vor!) Es ist um das Wort gebeten worden. Der Volkstag hat augenblicklich noch keine Geschäftsordnung. Es ist früher vorgekommen, daß lange Reden gehalten wurden, bevor der Präsident gewählt wurde und ehe der Volkstag überhaupt aktionsfähig war. Ich würde deshalb den Herren Abgeordneten vorschlagen, die Redefrist allgemein, bis die neue Geschäftsordnung angenommen ist, auf höchstens 15 Minuten zu begrenzen. Ich glaube, in 15 Minuten kann jeder Abgeordnete das sagen, was er will. Widerspruch höre ich nicht; angenommen. Das Wort hat der Herr Abg. Weber.

Weber, Abgeordneter (S.P.D.): Wir haben zur Wahl des Präsidenten folgendes zu erklären. Wir möchten zunächst darauf hinweisen, daß die Gültigkeit der letzten Wahlen angefochten wird. Da wir die Zusammensetzung des Volkstags nicht als den wahren Ausdruck der Meinung der Bevölkerung ansehen können, sind wir auch nicht in der Lage, die Bildung des Präsidiums auf der Grundlage der jetzigen Mehrheitsverhältnisse anzuerkennen, zumal das auch gegen die parlamentarischen Ueberlieferungen verstößt. Im übrigen hoffen wir, daß dieser Volkstag bald durch eine neue, der wahren Auffassung der Danziger Bevölkerung entsprechende Volksvertretung abgelöst wird. (Lachen rechts.) (D)

Präsident: Im Artikel 10 der Verfassung heißt es:

> Ueber Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl der Abgeordneten entscheidet das Oberste Gericht der Freien Stadt Danzig auf Grund öffentlicher mündlicher Verhandlung.

Von Herrn Abg. Weber ist weiter ausgeführt, wer berechtigt ist, Einspruch einzulegen usw. Der heute zusammengetretene Volkstag ist gar nicht berechtigt und befugt, über Gültigkeit und Nichtgültigkeit dieses Volkstags überhaupt zu debattieren. Das steht dem obersten Danziger Gericht zu, welches die Entscheidung fällt. (Abg. Dr. Thimm: Ich schlage den Abg. von Wnuck zum Präsidenten vor!) Ich bin zum Präsidenten des Volkstags vorgeschlagen. Wer dafür ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Ich danke für das Vertrauen, das ich bekommen habe. Bei der Führung meiner Geschäfte ist für mich stets die Geschäftsordnung maßgebend, das habe ich bewiesen. Die Geschäftsordnung baut sich auf der Verfassung auf. Daß man indes sämtliche Abgeordnete zufriedenstellt, wird wohl nie vorkommen und keinem Menschen gelingen.

(Präsident)

(A) Bevor das Präsidium vervollständigt wird, schlage ich vor, daß zuerst die Drucksache Nr. 1 behandelt wird.

Antrag. Der Volkstag wolle beschließen: Die Geschäftsordnung des Volkstags gemäß Anlage wird angenommen.

Ich rufe also diesen Punkt auf:

Antrag des Abg. von Wnuck u. Fr. auf Annahme einer Geschäftsordnung.

Drucksache Nr. 1. Das Wort hierzu hat Herr Abg. Moritz.

Moritz, Abgeordneter (S.P.D.): M. D. u. H.! Vor einigen Tagen ging uns mit der Post eine Drucksache zu, die, wenn sie in die Hände der Polizei gelangt wäre, eigentlich hätte beschlagnahmt werden müssen; denn sie trägt keine Angabe des Druckers. Aber es ist ja nicht so sehr das Aeußere als der Inhalt, der mich hier das Wort hat ergreifen lassen.

Bereits bei Beginn der vorigen Volkstagsperiode haben wir die damals geltende Geschäftsordnung als nicht in allen Punkten mit der Verfassung in Einklang stehend bezeichnet. Es bedeutet beispielsweise eine schwere Beeinträchtigung der Rechte eines Abgeordneten, wenn er sich an einer namentlichen Abstimmung nicht beteiligt und dann dafür zehn Sitzungstage ausgeschlossen wird. Jeder Abgeordnete ist nach der Verfassung nur seinem Gewissen unterworfen, ist an bestimmte Aufträge nicht gebunden und kann außerhalb dieses Hauses für seine Tätigkeit als Abgeordneter nicht zur Verantwortung gezogen werden. Wenn man dieses nicht darf und er an keine Aufträge (B) gebunden ist, darf er auch nicht gezwungen werden, an irgendeiner Abstimmung teilzunehmen, wenn ihm sein Gewissen dies nicht gebietet. Die mit der Ausschließung eines Abgeordneten verbundene Entziehung der freien Fahrt und der Aufwandsentschädigung für Zeiträume, deren Ende nicht feststeht, und die sich unter Umständen auf Jahre hinaus erstrecken kann, halten wir gleichfalls als gegen die Verfassung verstoßend. Denn nach dieser hat der Abgeordnete Anspruch auf diese Vergünstigungen. In dem einschlägigen Gesetz über die Aufwandsentschädigung heißt es zwar, daß für einen bestimmten Zeitraum, aber nicht für einen unbestimmten Zeitraum, diese Vergünstigungen entzogen werden dürfen. Ganz unmöglich ist es aber, wenn nach dem jetzigen Entwurf der Geschäftsordnung der Abgeordnete wegen einer Nichtbeteiligung an einer Abstimmung schließlich seines Mandates, mindestens aber aller Rechte aus dem Mandat, für verlustig erklärt wird, so daß es dem Mandatsverlust gleichkommt, da er nicht einmal mehr berechtigt sein soll, Anträge und Anfragen zu unterschreiben und da Abstimmungen, die in seiner Abwesenheit vorgenommen werden, und bei denen er ausschlaggebend sein könnte, nicht mehr nachgeholt werden. Das würde bedeuten, daß die Verfassungsbestimmung aufgehoben würde, nach welcher der Volkstag aus 72 Abgeordneten zu bestehen hat.

Meine Fraktion sieht es weiter als eine schwere Beeinträchtigung, wenn nicht als eine Aufhebung der Rechte aus Artikel 19 und 46 der Verfassung an, wenn bei Stellung von Anfragen und Anträgen an das Plenum eine in der Verfassung nicht vorgesehene Zensurinstanz, nämlich der Aeltestenausschuß, dazwischengeschaltet wird. Was es für einen Sinn haben soll, daß auch Ausschußberichte d. h. Angelegenheiten, die bereits einen Ausschuß beschäftigt haben, dann noch dem Aeltestenausschuß zur Zensur vorgelegt werden sollen, ist nicht recht erfindlich. (C)

Ebenso ist nicht recht einzusehen, weshalb die Zahl der Ausschüsse so erheblich eingeschränkt wird und weshalb die Zahl der übrigen noch bestehenden Ausschüsse verkleinert wird. Wenn etwa entgegengehalten wird, daß in der letzten Zeit keine Eingaben eingegangen sind, so wäre schließlich einmal notwendig, zu prüfen, auf welche Gründe dieser Umstand zurückzuführen ist. Es hat nämlich den Anschein, als ob das Recht der Bevölkerung, Eingaben an den Volkstag zu machen, stillschweigend beseitigt worden wäre.

Wenn aber schon Ausschüsse eingespart werden, so ist bemerkenswert, daß sich unter den eingesparten Ausschüssen auch der Ausschuß zur Nachprüfung der Rechnung des Staatshaushalts befindet. (Hört, hört! links.) Wenn schon die Haushaltspläne dem Volkstag vorenthalten werden, dann ist die Frage erlaubt, ob jetzt auch die Nachprüfung der Rechnungen abgeschafft werden soll (Abg. Mau: Sehr gut!).

Für völlig unhaltbar halten wir die Bestimmung, daß bei Wortmeldungen zur Geschäftsordnung es dem Herrn Präsidenten allein überlassen bleiben soll, zu bestimmen, ob das Wort erteilt wird oder nicht. Ich glaube, man belastet den Herrn Präsidenten mit einer etwas zu großen Verantwortung; denn er kann schließlich nicht voraussehen, ob nicht wichtige Ausführungen zu machen sind, die, wenn sie nicht gemacht werden, unter Umständen eine Abstimmung ungültig machen können. Die Redezeit von einer ganzen Minute wird bei Bekanntwerden außerhalb Danzigs bestimmt nicht dazu dienen, das Ansehen des Danziger Volkstags in der Welt zu verbessern (Zwischenruf links). (D)

Es sind dann schließlich noch einige Unklarheiten in dem Entwurf der neuen Geschäftsordnung. So ist beispielsweise gleich zu Anfang gesagt, „Es ist Pflicht des Abgeordneten, an den Arbeiten des Volkstags teilzunehmen." Früher hieß es „Es ist das Recht eines jeden Abgeordneten." In der vorigen Legislaturperiode wurde das abgeändert „es ist das Recht und die Pflicht eines jeden Abgeordneten", was zweifellos richtig und zutreffend ist. Jetzt ist von dem Recht und der Pflicht nur die Pflicht übriggeblieben. Aber einige Zeilen weiter heißt es „Dies Recht ruht." Man muß sich fragen: „welches Recht?" wenn vorher nur von einer Pflicht die Rede ist.

Dann heißt es weiter in der Geschäftsordnung: „Der Präsident kann, ohne den Vorsitz abzutreten, zur Sache sprechen." Dann ist die Frage erlaubt, wer leitet die Sitzung, wer erteilt während dieser Zeit etwaige Ordnungsrufe? Sie brauchen nicht gegen den Redner zu sein, es können auch gegen andere gerichtete Ordnungsrufe sein. Dann heißt es an einer anderen Stelle „im Behinderungsfalle des Präsidenten überträgt er einem Vizepräsidenten seine Geschäfte". Wer überträgt dann was,

(**Moritz**, Abgeordneter)

(A) der Behinderungsfall oder der Präsident? Es ist unklar ausgedrückt und nicht ganz sinngemäß, denn wenn der Präsident behindert ist, kann er auch nichts mehr übertragen. Die Geschäftsordnung hat bisher geheißen: „Im Behinderungsfall **übernimmt** der Stellvertreter die Geschäfte." Das ist ein sehr großer Unterschied. Es scheint dringend notwendig zu sein, daß eine Geschäftsordnung schließlich auch klar ist. (Zurufe rechts.)

Gegen unrechtmäßige Ordnungsrufe kann in Zukunft kein Einspruch mehr eingelegt werden. Gegen Einsprüche bei Ausschließungen soll in Zukunft der Aeltestenausschuß, und zwar ohne Aussprache, entscheiden. Das ist sozusagen ein stummer Ausschuß. Wie kann man in einem Ausschuß eine Angelegenheit verschiedener Auffassung ohne Aussprache zur Klärung bringen? Wenn die Größe der Ausschüsse von elf auf sieben Mitglieder verringert wird, erscheint es schließlich auch notwendig, daß jetzt zwei anstatt bisher drei Mitglieder in der Lage sind, die Einberufung des Ausschusses verlangen zu können. Nachdem in der letzten Volkstagsperiode der Aeltestenausschuß zu einem öffentlichen Ausschuß geworden ist, soll anscheinend jetzt das Gegenteil bei den übrigen Ausschüssen durchgeführt werden, nämlich die bisher öffentlichen Ausschüsse sollen jetzt mehr oder weniger geheime Sitzungen werden; denn Abgeordnete sollen als Zuhörer einer besonderen Genehmigung des Ausschußvorsitzenden bedürfen.

Zusammenfassend möchte ich bemerken, daß in dem Entwurf der uns vorgelegten Geschäftsord-
(B) nung Bestimmungen enthalten sind, die teils der Verfassung direkt zuwiderlaufen, teils einer Klärung bedürfen. Da aber eine Geschäftsordnung das Grundgesetz des Volkstages ist, so muß sie auch klar und eindeutig und vor allen Dingen einwandfrei sein. Das kann man von diesem Entwurf nicht behaupten. Wir sind bereit, an der Geschäftsordnung mitzuarbeiten. Dazu wird aber eine Ausschußberatung notwendig sein. Ich beantrage daher, daß die bisherige Geschäftsordnung als vorläufige angenommen wird und daß der uns vorliegende Entwurf an den Aeltestenausschuß zu einer Durchberatung überwiesen wird. (Widerspruch rechts.) Lehnen Sie das ab, m. H., so sind Sie für die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, daß die Geschäftsordnung mit der Verfassung nicht übereinstimmt, allein verantwortlich. Wir haben dann aber unsere Pflicht getan, sie rechtzeitig darauf hingewiesen zu haben. (Zurufe rechts — Bravo! links.)

Präsident: Der Herr Vorredner hat moniert, daß in der Geschäftsordnung steht, daß der Präsident von seinem Platz zur Sache sprechen kann. Es gibt immer Angelegenheiten, bei denen der Präsident allein derjenige ist, der über die Angelegenheiten erschöpfend Auskunft geben kann. Wenn der Präsident in dem Fall immer seinen Vorsitz abgeben muß, das wird bestimmt nicht oft vorkommen, dann hält das die ganze Angelegenheit auf. Dann machte Herr Abg. Moritz den Einwand, daß eine Bestimmung der vorgeschlagenen Geschäftsordnung gegen die Verfassung verstoße. Das betrifft einen Punkt, der bereits in der vorigen Geschäftsordnung stand. Das heißt, wer an einer namentlichen Abstimmung nicht teilnimmt, (C) schließt sich für so und soviele Sitzungstage selbst aus. Im übrigen ist über einige der anderen Einwände vor zwei Jahren bereits ausgiebig verhandelt worden. Es wurde darüber gesprochen, weshalb und wieso es für einen Abgeordneten Pflicht sein soll, daß er an diesen Abstimmungen teilnimmt. Noch weiter darüber zu sprechen, würde eine Wiederholung alles dessen bedeuten, was ein großer Teil der Volkstagsabgeordneten, und Herr Abg. Moritz ganz besonders, genau kennen.

Es ist ein **Antrag** der Nationalsozialistischen Fraktion auf Schluß der Aussprache eingegangen, unterzeichnet Dr. Thimm und Fraktion. Ich muß noch bekanntgeben, daß sich der Abg. Plenikowski noch zum Wort gemeldet hat. Wer für Schluß der Aussprache ist, bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Das ist die Mehrheit, Schluß der Aussprache ist beschlossen. Es ist beantragt worden, die Drucksache Nr. 1 dem Aeltestenausschuß zur Klärung zu überweisen. (Widerspruch rechts.) Wer für Ueberweisung an den Ausschuß ist, bitte ich, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. Das Letztere ist die Mehrheit. Ich darf wohl annehmen, daß die Drucksache Nr. 1 mit der gleichen Mehrheit angenommen ist, — es ist so beschlossen.

Das Präsidium muß jetzt vervollständigt werden. Wir kommen zur

Wahl der Vizepräsidenten des Volkstages.

(Abg. Dr. Thimm: Ich schlage den Abgeordneten Andres vor!) Es ist der Abg. Andres vorgeschlagen. Wer für die Wahl des Abg. Andres zum Vizepräsidenten ist, bitte ich, sich zu erheben. (D) Das ist die Mehrheit, Herr **Abg. Andres ist zum Vizepräsidenten des Volkstags gewählt.** Herr Abg. Andres, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen. (Abg. Andres: Jawohl!) Danke schön.

Nach der Geschäftsordnung ist noch ein weiterer Vizepräsident zu wählen. (Abg. Dr. Thimm: Ich schlage den Herrn Abg. Tolius vor!) Herr Abg. Tolius ist vorgeschlagen. Wer für die Wahl des Abg. Tolius ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, Herr **Abg. Tolius ist somit zum Vizepräsidenten des Volkstages gewählt.** Nehmen Sie die Wahl an? (Abg. Tolius: Jawohl!) Ich danke. Wir kommen zur

Wahl der Beisitzer.

Nach der Geschäftsordnung hat der Volkstag 8 Beisitzer. Es sind mir vorgeschlagen die Abg. Ehrlichmann, Wilhelm, Sukatus, Fieguth, Kowalke, Nicklas, Heß und Leufgen. Wer für Wahl dieser Beisitzer ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen. Wir schreiten zur

Wahl der Ausschußmitglieder.

Nach der eben angenommenen Geschäftsordnung sind folgende Ausschüsse zu bilden: Aeltestenausschuß, Hauptausschuß, Sozialer Ausschuß und Eingabenausschuß. Nach dem Schlüssel haben die Nationalsozialisten in jedem Ausschuß fünf Mitglieder, die Zentrumsfraktion eins und die sozialdemokratische Fraktion ebenfalls eins. Die Nationalsozialisten haben mir folgende Namen mitgeteilt. Der Abgeordnete, den ich zuerst nenne, gilt als Vorsitzender des Ausschusses.

(Präsident)

(A) Aeltestenausschuß: von Wnuck, Andres, Tolius, Maaß, Dr. Thimm.
Hauptausschuß: Dr. Willers, Fieguth, Manteuffel, Dr. Appaly, Braun.
Sozialer Ausschuß: Sukatus, Nispel, Wilhelm, Heß, von Boettticher.
Eingabenausschuß: Ehrlichmann, Nicklas, Lange, Waschke, Bartsch.
Vertreter für die Präsidenten im Richterwahlausschuß: Dr. Thimm, Dr. Appaly, Wilhelm.

Ich möchte die Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratischen Partei bitten, mir innerhalb der nächsten Woche die Namen der Abgeordneten mitzuteilen, die von diesen Fraktionen in die Ausschüsse gesandt werden. Ich möchte dem Volkstag vorschlagen, daß die von mir verlesenen und ebenso die von den beiden Fraktionen noch zu nennenden Mitglieder als für den Ausschuß gewählt gelten. Widerspruch höre ich nicht; es ist so beschlossen. Damit ist der Volkstag aktionsfähig. Ich schlage jetzt als Tagesordnung vor:

1. Ersatzwahl für den Senat.
2. Vertrauensfrage für den Senat. Drucksache Nr. 2.

Es hat sich als notwendig herausgestellt, daß gemäß der Verfassung der Senat einen Vizepräsidenten hat. Die Nationalsozialistische Fraktion schlägt vor, den hauptamtlichen Senator Huth zum Vizepräsidenten des Senats zu wählen. Die Wahl muß nach der Verfassung durch Abgabe von Stimmzetteln erfolgen. Wir kommen zur:

(B) **Ersatzwahl für den Senat.**

Ich bitte den Beisitzer zu meiner Rechten, die Namen der Abgeordneten aufzurufen. Dann bitte ich, die Stimmscheine abzugeben. — Wünscht noch jemand, einen Stimmzettel abzugeben? Das ist nicht der Fall, die Abstimmung ist geschlossen. — Mit 43 Stimmen ist der hauptamtliche **Senator Huth zum Vizepräsidenten des Senats gewählt.** Das Einverständnis werde ich nachholen. (Beifall rechts.)

Wir kommen dann zur

Vertrauensfrage für den Senat.

Drucksache Nr. 2 lautet:

Der Volkstag wolle beschließen, dem jetzigen Senat sein Vertrauen auszusprechen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abg. Andres.

Andres, Abgeordneter (NSDAP.): Der Herr Präsident des Danziger Senats erklärte in der letzten Volkstagssitzung, daß der Senat nach der Volkstagsneuwahl beabsichtige, zurückzutreten. Wir halten dies für überflüssig, da die überwiegende Mehrheit der Danziger Bevölkerung am 7. April durch die Neuwahl zum Ausdruck gebracht hat, daß sie die nationalsozialistische Politik billigt. Die Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beantragt daher, dem Gesamtsenat das Vertrauen auszusprechen. (Lebhaftes wiederholtes Bravo und Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Weber.

Weber, Abgeordneter (S.P.D.): Die Sozialdemokratische Fraktion des Volkstages nimmt zu dem Antrag in Drucksache Nr. 2 folgenden Standpunkt ein: Wir müssen dem Antrag, den bisherigen Mitgliedern des Senats das Vertrauen zu bekunden, auf das Entschiedenste widersprechen. (Lachen rechts.) Die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse seit Antritt dieser Regierung und insbesondere die Form, in der sich die letzten Wahlen abgespielt haben, machen es uns unmöglich, diesem Senat Vertrauen zu bekunden. Wir müssen das um so mehr ablehnen, als wir unter diesem Senat ständig Versuche erlebt haben, seine Machtbefugnisse über die durch die Verfassung gesetzten Grenzen auszudehnen, was die Danziger Bevölkerung bei der letzten Wahl entschieden zurückgewiesen hat. (Lachen rechts.) Aus diesen Gründen werden wir gegen das beantragte Vertrauensvotum stimmen. (Abg. Mau: Bravo!) (C)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Kurowski.

Kurowski, Abgeordneter (Z.): Ich möchte namens meiner Fraktion nur kurz die Erklärung abgeben, daß wir gegen das Vertrauensvotum stimmen werden. (Gottseidank! rechts.)

Präsident: Es ist seitens der Nationalsozialistischen Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Wird der Antrag unterstützt? — Das geschieht, es ist so beschlossen. Wir kommen jetzt zur **namentlichen Abstimmung.** Wer dem Senat sein Vertrauen aussprechen will, gibt eine Ja-Karte ab, wer das Vertrauen nicht aussprechen will, gibt eine Nein-Karte ab. Ich bitte die Plätze einzunehmen und die Karten einzusammeln. — An der Abstimmung haben sich 70 Abgeordnete beteiligt.*) Es sind 43 Ja-Karten, 26 Nein-Karten und eine Karte mit „Enthalte mich" abgegeben worden. (D) Damit ist dem Senat laut Drucksache Nr. 2 das Vertrauen ausgesprochen. (Beifall rechts.) Zur

Abgabe einer Regierungserklärung

hat der Herr Präsident des Senats das Wort.

Greiser, Präsident des Senats: Männer und Frauen von Danzig!

Die nationalsozialistische Regierung der Freien Stadt Danzig konnte sich bisher auf eine knappe Mehrheit von rund 51 Prozent im Parlament berufen. Es war kein Wunder, daß die Opposition nicht nur die Meinung in der Bevölkerung schürte, sondern darüber hinaus auch bei offiziellen Verhandlungen mit dem Senat den Standpunkt vertrat, daß die Mehrheit der Danziger Bevölkerung nicht mehr hinter der nationalsozialistischen Partei und damit hinterm Senat stände. Die Betonung dieses Standpunktes sollte

---

*) **Endgültiges Abstimmungs-Ergebnis:** Abgegebene Stimmkarten 70, davon mit Ja 43, mit Nein 26, eine Stimmkarte ungültig.

Mit Ja stimmten: Abg. Andres, Appaly, Bartsch, Batzer, Bertling, Beyl, v. Boettticher, Braun, Busch, Ehrlichmann, Fieguth, Gall, Gobert, Harder, Heldt, Heß, Johst, Kamrowski, Kapeller, Kindel, Kowalke, Krampitz, Kuhn, Lange, Leufgen, Maaß, Manteuffel, Nicklas, Nispel, Patzke, Schelm, Schories, Rabe, Schramm, Schulz, Sukatus, Temp, Dr. Thimm, Tolius, Waschke, Wilhelm, Dr. Willers, v. Wnuck.

Mit Enthalte mich: —

Mit Nein stimmten: Abg. Brill, Brost, Formell, Gamm, Godau, Höhn, Günther, Klein, Kruppke, Kurowski, Langnau, Mau, Moritz, Müller (Gertrud), Plenikowski, Posack, Potrykus, Schmich, Schmidt, Dr. Stachnik, Steinbrück, Töpfer, Weber, Weise, Weiß, Wiechmann.

Keine Stimmkarte gaben ab: Abg. Budzynski, Lendzion, Knaust.

(**Greiser**, Präsident des Senats)

(A) den gleichen Eindruck bei den außer-Danziger Beschwerdeinstanzen der Opposition, insbesondere beim Völkerbund, erwecken. Die nationalsozialistische Partei hat nicht nur in ihren langen Kampfjahren, sondern darüber hinaus auch insbesondere in der Zeit, in welcher sie an der Verantwortung gestanden hat, immer wieder betont, daß sie entgegen den Gepflogenheiten aller bisherigen parlamentarischen Systemparteien im Volk stünde, die Kraft zu ihrem heroischen Kampf aus diesem Volk schöpfe und deshalb die lebendige Verbindung zum Volk niemals aufgeben werde. Was ich als alter Vorkämpfer und Führer dieser Partei einerseits und als Chef dieser nationalsozialistischen Regierung andererseits empfunden habe und was mir in diesem Empfinden der Volkspsyche zur Gewißheit geworden war, legte mir die Verantwortung auf, in so schwerwiegenden Lebensfragen, die das Schicksal der Danziger Bevölkerung betrafen, diese Bevölkerung selbst zu befragen, ob sie mit den Machenschaften der Opposition einverstanden sei oder nicht. Die Antwort ist am 7. April auf diese Fragestellung klar und eindeutig erteilt worden und hat mit einer Niederlage der Opposition geendet. Die Parteien der Opposition werden sich bescheinigen lassen müssen, daß sie nicht mehr das Recht haben, im Namen der Danziger Bevölkerung den Völkerbund als Bundesgenossen für ihre politischen Geschäfte anzurufen (Sehr richtig! rechts.) und daß sie vor allen Dingen nicht mehr das Recht haben, vor internationalen Instanzen die Behauptung aufzustellen, die Danziger Bevölkerung stände nicht mehr (B) hinter der nationalsozialistischen Regierung. Wenn heute in der Stadt mehr als die Hälfte des Volkes und auf dem Lande mehr als 80 Prozent in geheimer und freiheitlicher Wahl ohne Druck und ohne Drang und ohne irgendwelchen Terror, nur dem eigenen Gewissen verantwortlich, ein Bekenntnis zur nationalsozialistischen Führung abgelegt haben, so bedeutet das für den Senat der Freien Stadt Danzig die Feststellung vor der gesamten Weltöffentlichkeit, zu der auch sämtliche Instanzen innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen gehören, daß die Bevölkerung der Freien Stadt Danzig eben nach nationalsozialistischen Auffassungen und Gesichtspunkten regiert werden will und nicht nach anderen.

Jede parlamentarische Neuwahl hat bisher ein Köpfezerbrechen und viele Mutmaßungen über die Kursrichtung des neuen Regiments und über die personelle Zusammensetzung desselben zur Folge gehabt. Auch jetzt bei dieser Neuwahl sind diese Fragen in verstärktem Maße wiederum in Danzig aufgetaucht und erörtert worden. Die nationalsozialistische Regierung hat die Vertrauensfrage zwischen sich und der Bevölkerung geklärt und sieht nach dem Ergebnis dieser Volkstagswahl keine Veranlassung, die Zielsetzung ihrer Politik irgendwie abzuändern oder durch personelle Veränderungen innerhalb der Regierung anzudeuten. (Sehr gut! rechts.) Der bisherige Kurs ist vertrauensvoll bejaht worden und hat sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens bewährt. Die Regierung selber hat sich in ihrer Zusammensetzung als ein in allen Teilen gut eingespieltes und zusammenarbeitendes Ganzes erwiesen, so (C) daß in beiden Richtungen die Hoffnungen der ewig gestrigen Bierbankpolitiker und Stammtischphilister nicht erfüllt werden können.

In der inneren Politik wird die Regierung der Freien Stadt Danzig ebenso wie bisher streng die von der Verfassung gezogenen Grenzen beachten. Jedoch stehe ich auf dem Standpunkt, daß auch die Danziger Verfassung, die als eine der demokratischsten Verfassungen der Welt anzusprechen ist, genug Spielraum offen läßt, um der Willensäußerung der Danziger Bevölkerung im nationalsozialistischen Sinne Genüge zu verschaffen. Ich freue mich, bei dieser Gelegenheit feststellen zu können, daß ich mich mit meiner Auffassung in Gemeinschaft mit dem hohen Vertreter des Völkerbundes in Danzig befinde, der bei der letzten Völkerbundstagung in Genf einen gleichen Standpunkt eingenommen hat. Der innenpolitische Kurs wird sich nicht nur in den arithmetisch kleineren Kreisen innerhalb der Grenzen der Danziger Verfassung bewegen, sondern wird — durch die Unvernunft der Opposition hervorgerufen auch manchmal einen Kreis ziehen müssen, der diese von der Verfassung gezogenen Grenzen berühren muß. Trotzdem der innere Kreis die äußere Grenze niemals überschneiden, sondern nur tangieren wird, wird es doch dann gleich Geschrei und Protestrufe bei denjenigen geben, die von dieser Berührung schmerzlich betroffen sind. Die Danziger Regierung hat aber bei einem Herangehen ihres innerpolitischen Kurses an die äußerste Grenze der Verfassungsmäßigkeit ein so gutes und (D) ruhiges Gewissen, daß sie die Erledigung der lauten Proteste und des Streites hierüber getrost nicht nur ihren eigenen Juristen, sondern den besten Juristen der Welt überlassen wird. Die Regierung verfolgt mit Sorge das Treiben einiger politischer Gruppen, die bewußt auf eine Zersetzung und Zerstörung der mit größten Opfern und Mühen erkämpften und hergestellten Volksgemeinschaft hinarbeiten. Die Volksgemeinschaft als Sammelbecken aller ihr deutsches Volkstum betonenden und in Achtung und Aufrichtigkeit zueinanderkommenden Menschen in Danzig war die Grundlage für die Verteidigung des deutschen Charakters der Freien Stadt und des politischen und wirtschaftlichen Selbstbehauptungswillens seiner Bewohner. Der Senat kann es nicht und wird es in Zukunft noch weniger dulden, daß diese Grundlage zerstört wird. In dieser Unduldsamkeit wird der Senat sich nicht davon abhalten lassen, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die er für notwendig hält, auch wenn sie hart sind. Presseerzeugnisse, die diesem Grundsatz zuwiderhandeln, können und dürfen wir in Zukunft noch weniger dulden als bisher. (Beifall rechts.)

Die nationalsozialistische Auffassung über Religion und Kirche steht auf so hoher Warte, daß sie eigentlich gerade von denjenigen verstanden und verteidigt werden müßte, die den religiösen Standpunkt zum Leitmotiv ihres Handelns zu machen vorgaben. Mit banger Sorge verfolgt die Regierung den immer mehr um sich greifenden Meinungsstreit und die Auseinandersetzungen über religiöse und kirchliche Fragen. Ich habe es

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) bisher abgelehnt und werde es auch in Zukunft tun, den Machtapparat des Staates für die eine oder die andere Richtung dieses Kirchenstreites einzusetzen. Eins muß aber einmal öffentlich gesagt und in aller Schärfe betont werden: Als verantwortlicher Chef einer Regierung ist es mir gleichgültig, ob ein Danziger Staatsbürger auf katholische oder evangelische Art den Weg zu seinem Herrgott findet, maßgeblich für mich ist nur die Arbeit derjenigen Geistlichen, die dafür sorgen, daß die Angehörigen dieses Staates überhaupt den Weg zu ihrem Herrgott finden. (Sehr gut! rechts.) Der Weg zum Herrgott führt aber nicht über die Ebene des politischen Tageskampfes. Bei Beachtung einer solchen Trennung der Gewalten wird jede Kirche und jede Religion und jeder Geistliche den staatlichen Schutz finden, der ihm auf Grund der Danziger Verfassung zukommt und der zur Erfüllung seiner seelsorgerischen Pflichten notwendig ist. (Bravo! rechts.) Wenn jedoch entgegen dieser anständigen Auffassung Organisationen oder Pfarrer beiderlei Konfessionen unter dem Deckmantel ihrer geistlichen Würde den Versuch unternehmen, den Staat oder seine Einrichtungen, von dem sie leben und unter dessen Schutz sie stehen, zu bekämpfen oder herabzusetzen, so darf es nicht Wunder nehmen, daß staatliche Machtmittel eingesetzt werden, um hier Raison zu schaffen. (Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Die Aufbauarbeit des nationalsozialistisch regierten Danzigs ist schwer und erfordert in ihrer Zielsetzung die Heranziehung aller aufbauwilligen (B) Kräfte, so daß es nicht geduldet werden kann, wenn der Versuch gemacht wird, diese Aufbauarbeit in irgendeiner Weise zu stören oder zu sabotieren. Derjenige, der bereit ist, an diesem Aufbauwerk mitzuarbeiten, wird den Schutz des Staates bei allen seinen Handlungen in voller Größe verspüren. Wer aber den Versuch unternimmt, sich dagegen zu stellen, muß es sich gefallen lassen, daß die vom Nationalsozialismus zum Frieden ausgestreckte Hand sich auch einmal zur Faust ballt, die zum Schlagen ausholt. (Bravo! rechts.)

Die wirtschaftliche Situation Danzigs wird im wesentlichen nicht durch Danzig selber bestimmt, sondern durch das Zusammenwirken aller möglichen Faktoren außerhalb unserer Grenzen. Die Freie Stadt Danzig, eingelagert zwischen zwei großen europäischen Staaten, Deutschland und Polen, kulturell, blutsmäßig und weltanschaulich verbunden mit dem einen, zwangsweise wirtschaftlich zusammengeschlossen mit dem anderen, ist selbstverständlich ein Spielball in der Hauptsache derjenigen Kräfte, die in diesen beiden Großstaaten zur Auswirkung kommen. Dieses Kräftespiel legte der wirtschaftlichen Entwicklung der Freien Stadt bisher vielerlei Hemmungen auf. Die Initiative des Privatunternehmers und die Planung des Staates waren in ihrer Entschlußfähigkeit und in ihrer Zielsetzung nicht frei, sondern stießen sich an den harten Tatsachen wirtschaftlicher und politischer Art im gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum. Trotz all dieser Hindernisse hat es die nationalsozialistische Regierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu Leistungen gebracht, die neidlos von Freunden (C) und Feinden anerkannt werden. Die Verringerung der Zahl der Erwerbslosen wird auch weiterhin das Großziel nationalsozialistischer Wirtschaftsführung im Staate sein. Auch hier denken wir nicht nur wirtschaftlich, sondern soldatisch, — also nationalsozialistisch —: Hindernisse sind dazu da, um überwunden zu werden. Das Hochziel nationalsozialistischer Wirtschaftsplanung, Arbeit und Brot für alle Staatsbürger zu schaffen, werden wir mit der alten Energie wie bisher zu erreichen suchen.

Außenpolitisch wurde seit Bestehen der Freien Stadt die Situation Danzigs von dem Verhältnis Danzigs zu Polen bestimmt. Die auf diesem Wege schier unüberwindlichen Schwierigkeiten, die zu einem Pulverfaß Europas zu werden drohten, sind durch die energische Zielsetzung des Nationalsozialismus angepackt und zum großen Teil beseitigt worden. An dieser Zielsetzung wird sich auch unter der jetzigen Regierung nichts ändern. Unser Wille, ein freundschaftliches Verhältnis zu unserem Nachbarstaat Polen zu finden, welches gekennzeichnet wird durch die Einhaltung und Beachtung der dieses Verhältnis betreffenden Verträge und der über dieses Verhältnis abgeschlossenen Abkommen, ist nach wie vor vorhanden und es wird unsererseits nicht an Bemühungen fehlen, diesen Willen in seiner Zielsetzung zu vertiefen. Es darf bei dieser Gelegenheit festgestellt werden, daß die freie Betätigung aller polnischen Staatsbürger im Gebiet der Freien Stadt Danzig nicht nur in normalen Zeiten gewährleistet ist, sondern insbesondere auch dann vorhanden war, wenn, wie in den (D) Wochen des Wahlkampfes, politische und völkische Gegensätze aufeinanderprallen. Die Regierung der Freien Stadt Danzig sieht mit Besorgnis auf die Tatsache, daß entstellte und unwahre Behauptungen und Berichte über eine Beeinträchtigung der Willensfreiheit polnischer Staatsbürger in Danzig mit dazu geführt haben, eine Grundlage für Auseinandersetzungen zwischen dem polnischen Volkstum und der deutschen Minderheit in der näheren Umgebung des Danziger Grenzgebietes zu bilden. Die Danziger Regierung wird sich durch solche irreführende Stimmungsmache, die ja durch einen Besuch in Danzig sehr schnell widerlegt werden könnte, nicht beirren lassen in ihrer konsequenten außenpolitischen Zielsetzung. Wenn dieser über ein Jahrzehnt hindurch währende leidige Zankapfel durch die Initiative der nationalsozialistischen Regierung und die Einsicht der polnischen Staatsführung auch beseitigt worden ist, so sieht der Senat doch mit Besorgnis, daß von seiten der Opposition innenpolitische Konfliktstoffe in vollkommen entstellter Form an die Instanzen des Völkerbundes herangetragen werden, um dem nationalsozialistisch regierten Danzig außenpolitische Schwierigkeiten zu bereiten. Mit dem ruhigen Gewissen eines Mannes, der restlos seine Pflicht erfüllt hat, sieht die Regierung der Erledigung dieser Fragen in Genf entgegen. Der Standpunkt der Regierung basiert auf dem Recht, auf den Verträgen und auf der Verfassung. Ueber die Auslegung von Verträgen und von Verfassungen kann man natürlich verschiedener Meinung sein. Die Regierung ist sich jedoch auch in diesen

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) Situationen ihres Rechtes so bewußt, daß sie getrost bei den Auseinandersetzungen in Genf und zu den Entscheidungen der internationalen Richter ihren Standpunkt vertreten kann. Sie wird sich ihr Handeln nicht von anderen diktieren lassen, sondern getreu dem alten Danziger Wahlspruch „Nec temere nec timide" furchtlos und mutig, wie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, so auch hier, ihren Weg gehen. (Bravo! rechts.)

Die Regierung geht somit, getragen vom Vertrauen der übergroßen Mehrheit der Danziger Bevölkerung, an die Arbeit für das deutsche Danzig, für seine Bewohner und für das deutsche Volk. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abg. Weber.

Weber, Abgeordneter (S.P.D.): Wir beantragen Besprechung der Regierungserklärung, und zwar in der Form, daß die Besprechung in der nächsten Sitzung des Volkstages stattfindet, die in den nächsten Tagen sowieso zur Neuwahl der Stadtbürgerschaft einberufen werden muß.

Präsident: Es ist Besprechung der Regierungserklärung in der nächsten Sitzung beantragt. (Widerspruch rechts.) Herr Abg. Weber, es läßt sich da schwer etwas sagen. Vor der nächsten Sitzung und vor jeder Sitzung werde ich den Aeltestenausschuß einberufen. Es hat nach meiner Meinung wenig Zweck, wenn meine Fraktion den Antrag heute ablehnt. An und für sich würde ich die Aussprache begrüßen. Ich weiß aber nicht, wann die nächste Sitzung stattfindet, ob in dieser (B) oder in der nächsten Woche. Verschiedene Sachen müssen aufgearbeitet werden und können nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Es hat keinen Zweck, wenn die heutige Regierungserklärung zweieinhalb Wochen später besprochen wird. Wir werden uns im Aeltestenausschuß darüber klar werden. Wir haben heute noch die Wahl der Mitglieder der Stadtbürgerschaft zu erledigen. Gemäß der Geschäftsordnung muß der Vorstand die Sitze der Stadtbürgerschaft auf die einzelnen Wahlvorschläge verteilen. Ich schlage deshalb vor, daß diese Sitzung jetzt geschlossen wird, daß der Vorstand sofort zusammentritt und um 5 Uhr eine **neue Sitzung** mit der **Tagesordnung** „Wahl der Mitglieder der Stadtbürgerschaft" stattfindet. Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Moritz das Wort.

Moritz, Abgeordneter (S.P.D.): Werden die Vorschläge nicht verteilt, Herr Präsident?

Präsident: Herr Abg. Moritz, es muß da ein Irrtum geschehen sein, ich habe angeordnet, daß die Vorschläge heute bei Beginn der Sitzung auf den Plätzen liegen sollen. Die Vorschläge werden sofort verteilt werden. Gegen meinen Vorschlag höre ich keinen Widerspruch. Dann schließe ich diese (C) Sitzung. Die nächste Sitzung findet um 5 Uhr statt.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 45 Minuten.)

---

2. Sitzung.

Dienstag, 30. April 1935.

Die Sitzung wird 5 Uhr durch den Präsidenten von Wnuck eröffnet.

Am Regierungstisch: Senatsrat Boettcher.

Präsident: Ich eröffne die 2. Sitzung des Volkstages. Auf der Tagesordnung steht die

Wahl der Mitglieder der Stadtbürgerschaft.

Für die Wahlen der Mitglieder der Stadtbürgerschaft haben mir rechtzeitig Wahlvorschläge eingereicht: 1. Gruppe Weise, 2. Gruppe Plenikowski, 3. Zentrumsfraktion, 4. Sozialdemokratische Fraktion, 5. Nationalsozialistische Fraktion, 6. Polnische Gruppe. Gruppe Weise und Zentrumsfraktion sind Listenverbindung eingegangen. (Zurufe rechts.) Nach der Berechnung entfallen auf die einzelnen Gruppen und Fraktionen: Auf die Gruppe Weise zwei Sitze. Ich bitte, wenn ich die Liste nenne und die Zahl der Sitze angebe, den Beisitzer zu meiner Rechten, die Namen zu verlesen. (Ehrlichmann, Beisitzer: Kalähne, Jaeschke.) Auf die Gruppe Plenikowski entfällt ein Sitz. (Ehrlichmann, Beisitzer: Serotzki.) Auf die Zentrumsfraktion entfallen acht Sitze. (Ehrlichmann, Beisitzer: Bergmann, Wawer, Krüger, Pelz, (D) Thiede, Posanski, Riedel, Ottlewski.) Auf die Sozialdemokratische Fraktion kommen neun Sitze. (Ehrlichmann, Beisitzer: Berend, Kunze, Marquardt, Malikowski, Straphel, Thomat, Leschner, Cornelsen, Gedeck.) Auf die Nationalsozialistische Fraktion entfallen 33 Sitze. (Ehrlichmann, Beisitzer: Eggert, Dr. Großmann, Bluhm, Arndt, Klatt, Gasch, Guttzeit, Ziebell, Keller, Moldenhauer Romahn, Graeske, Piper, Möller, Kasten, Juckisch, Eichhorn, Meinke, Schwarz, Ehm, Milz, Mörsch, Dzimbowski, Marzian, Ney, Welz, Kanz, Affeld, Günther, Noffke, Maporra Schnaase, Wellhausen.) Damit gelten gemäß Geschäftsordnung die verlesenen Mitglieder der Stadtbürgerschaft als gewählt. Wir sind am Schluß der Tagesordnung angelangt. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 17 Uhr 5 Minuten.)

Berichtigung.

Im Bericht über die 18. Sitzung des Volkstages vom 21. Februar 1935 muß es auf Seite 91 D, neunte Zeile von unten bei den Stimmenthaltungen statt „Kamrowski" richtig heißen „Komorowski".

(A)

3. Sitzung.

Donnerstag, den 2 Mai 1935.

Geschäftliches . . . . . 9 B
Abgabe einer Regierungserklärung . . . . . 9 B
Greiser, Präsident des Senats . . . . 9 B
Wiechmann (S.P.D.) . . . . . 11 A
Dr. Stachnik (Z.) . . . . . 11 D
Weise (Gruppe Weise) . . . . . 12 A
Plenikowski (K.P.) . . . . . 12 C
Budzynski (P.) . . . . . 13 A
Greiser, Präsident des Senats . . . . 13 D
Vertagung . . . . . 15 B

Die Sitzung wird 15 Uhr 50 Minuten durch den Präsidenten v. Wnuck eröffnet.

Am Regierungstisch: Präsident des Senats Greiser, stellv. Präsident des Senats Huth, Senatoren Batzer, Boeck, Dr. Hoppenrath, Dr. Kluck, Rettelsky, Dr. Wiercinski-Keiser, Senatsrat (B) Boettcher, Staatsrat Dr. Schimmel, Hauptmann und Adjutant Koelle, Landgerichtsrat Dr. Moebes.

Präsident: Ich eröffne die 3. Vollsitzung des Volkstages. Die Einladung ist erst gestern abend herausgegangen. Die Frist gemäß der Geschäftsordnung konnte nicht eingehalten werden. Nach der Geschäftsordnung muß der Volkstag diese Fristenkürzung genehmigen. Wer damit einverstanden ist, daß die Frist zur Einberufung der Volkstagssitzung gekürzt werden durfte, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Ich rufe den einzigen Punkt der Tagesordnung auf:

Abgabe einer Regierungserklärung.

Das Wort hat der Herr Präsident des Senats.

Greiser, Präsident des Senats: Männer und Frauen von Danzig! Als die Freie Stadt Danzig im Jahre 1920 zu einem selbständigen Staatsgebilde erklärt wurde und nach dem Willen der Urheber des Versailler Friedensvertrages seine politische Eigenstaatlichkeit bekam, wurde diese Autonomie durch auferzwungene Verträge von vornherein eingeengt. Das politische Gesicht der Freien Stadt wurde bestimmt durch verschiedene Faktoren, auf welche die Regierung und die Danziger Bevölkerung teilweise gar keinen, teilweise nur einen geringen Einfluß haben. Die Verkehrshoheit, eine wirtschaftliche Hauptgrundlage jeder Autonomie, ist uns ebenso vorenthalten, wie die alleinige Bestimmung und selbständige Leitung der Hafenangelegenheiten. Vor allem aber wurde Danzig dadurch, daß es zwangsweise in das polnische Zollhoheitsgebiet eingegliedert worden ist, die Möglichkeit genommen, alleiniger Herr in seiner Wirtschaftspolitik zu sein. Wenn auch Danzig in früheren Jahren durch seine Zollbeteiligung in Höhe (C) von zirka 7 Prozent durchschnittlich jährlich 15—20 Millionen Gulden an Einnahmen hatte, so fällt dieser Zollverteilungsschlüssel deshalb nicht mehr für das Danziger Budget stark ins Gewicht, weil auf Grund eines außerordentlich starken Rückganges der wirtschaftlichen Umsätze Polens mit dem Ausland die polnischen Zolleinnahmen und dementsprechend auch der Danziger Anteil auf ein überaus niedrigeres Niveau gesunken sind.

Als Ende 1923 Danzig sich aus der Inflation durch die Einführung einer eigenen Währung rettete, glaubte man damals, daß damit für eine lange Zeit eine Blütezeit für Danzig beginnen würde. In dieser Hoffnung wurde aber die Danziger Wirtschaft bereits 1925 durch den Sturz des Zloty schmählich getäuscht. Die Danziger Wirtschaft, die damals durch große Kredite und Warenforderungen gegenüber Polen mit dem polnischen Wirtschaftsleben enger als heute verknüpft war, erleidet durch diesen Zloty-Sturz, dem erst 1926 ein Ende gemacht wurde, ungeheure Verluste, die sich nach unbestrittenen Schätzungen auf mindestens 30 Millionen Gulden stellten. Schon diese Tatsache bedeutete für die Danziger Wirtschaft einen Kräfteverlust, von dem sie sich schwer erholen konnte. Wenn trotzdem in den darauf folgenden Jahren eine gewisse Belebung des Danziger Wirtschaftslebens zu verzeichnen war, so handelt es sich doch in Wirklichkeit nur um eine Scheinblüte, die durch die Aufnahme von 3 großen Auslandsanleihen im Gegenwerte von über 100 Millionen Danziger Gulden hervorgerufen wurde. Es handelt sich um die Anleihen, welche die Stadtgemein- (D) de Danzig, das Tabakmonopol und der Hafenausschuß aufgenommen haben, Anleihen, für welche ein großer Teil städtischer Grundbesitz verpfändet worden ist und welche ausgerechnet wir Nationalsozialisten als Gegner einer Anleihepolitik verzinsen, amortisieren und zurückzahlen müssen. Durch diese im Wege dieser Anleihen hereingeflossenen Devisen konnte die Danziger Währung eine Reihe von Jahren mit einer außerordentlich hohen Golddeckung gehalten werden.

Im September 1931, als das englische Pfund Sterling, mit dem der Danziger Gulden verknüpft war, stürzte, wurde die Danziger Wirtschaft vor ein neues schweres Problem gestellt. Wenn damals die Danziger Wirtschaft und die Bank von Danzig es für richtig hielten, nicht dem Abgleiten des Pfund Sterling zu folgen, sondern den Gulden vom Pfund Sterling loszulösen und auf seiner alten Goldbasis zu behaupten, so geschah es letzten Endes deshalb, um das schwer geprüfte Danzig vor neuen wirtschaftlichen Erschütterungen zu bewahren. Aber dieser damals verfochtene Grundsatz der unbedingten Aufrechterhaltung der alten Währung, der zum mindesten als umstritten angesehen werden muß, mußte mit dem hohen Preis einer fortgesetzt sich steigernden Arbeitslosigkeit, die schließlich 42 000 Köpfe umfaßte, bezahlt werden. Selbst als im Zuge des Sturzes des Pfund Sterling eine ganze Reihe von großen und kleinen ausländischen Währungen ebenfalls gesenkt wurden, hielt Danzig an dem Grundsatz der Stabilität der Währung fest, nicht zuletzt auch deshalb, weil die polnische Währung seit 1927 auf einer neuen Goldbasis gehalten wurde.

(**Greiser**, Präsident des Senats)

(A) Aber immer türmten sich die Schwierigkeiten auf, die Danzig bei der Führung seines Existenzkampfes im Wege standen; denn der Sturz von Dutzenden anderer Währungen in der ganzen Welt mußte immerhin dazu führen, daß Danzig eine Währungsinsel darstellte, die im Konkurrenzkampf mit den ausländischen Absatzmärkten immer mehr ins Hintertreffen geriet. Trotzdem versuchte auch die nationalsozialistische Regierung, die Stabilität des alten Guldens aufrecht zu erhalten, dabei aber gleichzeitig das Problem der Arbeitslosigkeit durch durchgreifende Maßnahmen, die Ihnen allen bekannt sind, soweit als möglich zu lösen. Daß dies der nationalsozialistischen Regierung gelungen ist, indem die Zahl der Arbeitslosen im Laufe von 1½ Jahren von 42 000 Menschen auf 18 000 Menschen herabgedrückt werden konnte, bleibt ein historisches Verdienst. Es bedarf keiner näheren Begründung, daß bei dieser vom Nationalsozialismus verfolgten Wirtschaftspolitik das Deutsche Reich durch Abnahme von wertvollen Danziger Produkten, insbesondere aus der Landwirtschaft, helfend zur Seite stand. Eine wirtschaftliche Hilfe, die für das ganze deutsche Volk im Hinblick auf das niedrigere Preisniveau anderer ausländischer Waren ein schweres Opfer bedeutete.

Die nationalsozialistische Regierung hätte trotz der schweren wirtschaftlichen Lage im In- und Ausland an der von ihr verfolgten Politik der Aufrechterhaltung der alten Danziger Währung auch weiterhin festgehalten, wenn nicht in der letzten Zeit die Feinde der nationalsozialistischen (B) Bewegung die Gelegenheit ergriffen hätten, durch Verbreitung von unwahren Gerüchten und durch gewissenlose Spekulationen den Angriff auf unsere Danziger Notenbank systematisch vorzutragen. Der Gold- und Devisenbestand der Bank von Danzig ist infolgedessen in den letzten Wochen den allerschärfsten Belastungen ausgesetzt gewesen. Die nationalsozialistische Regierung Danzigs ist nicht gewillt, diesem gewissenlosen Spekulationstreiben weiter zuzusehen und sich das Gesetz des Handelns aus der Hand nehmen zu lassen. Sie hat sich vielmehr entschlossen, diesen Machenschaften mit einem schnellen und entscheidenden Zupacken den Boden zu entziehen. Mit dem heutigen Tage wird die im September 1931 vollzogene Abkehr vom englischen Pfund Sterling wieder rückgängig gemacht und der Wert des Danziger Gulden unter Aufrechterhaltung einer festen Goldbasis auf 57,63 Prozent seines bisherigen Wertes neu festgesetzt. Die Danziger Regierung hat sich zu diesem Vorgehen um so eher entschließen müssen, als, wie ich bereits einleitend hervorgehoben habe, Danzig durch den Versailler Diktatfrieden vom deutschen Mutterlande losgelöst und in eine eigenstaatliche Existenz ohne die Möglichkeit zur Führung einer völlig unabhängigen eigenen Wirtschaftspolitik hineingezwungen worden ist.

Die Neubewertung des Danziger Guldens stellt, darüber müssen wir uns alle klar sein, eine wirtschafts-revolutionäre Maßnahme dar, die den Zweck hat, den Import von Waren tunlichst zu beschränken und die Wirtschaft zu einem gesteigerten Export zu befähigen. Sie trägt der Tatsache Rechnung, daß für die Danziger Wirtschaft die außerwirtschaftlichen Beziehungen eine entscheidende Rolle spielen und die Forderung der devisen- (C) schaffenden Ausfuhr eine vordringliche Aufgabe ist. Soweit diese Maßnahmen Rückwirkungen auf die inländische Wirtschaft haben, werden sie durch die Einsetzung eines Staatskommissars für die Preisüberwachung, durch die Aufhebung des Verbots des Registermarkhandels und die Aufhebung der Goldklausel auf den verschiedensten Gebieten möglichst eingedämmt. Insbesondere wird die nationalsozialistische Regierung darauf bedacht sein, daß die Lage der werktätigen Bevölkerung keine fühlbare Verschlechterung erfährt. Sie kann indessen diese ungeheure Aufgabe nur dann meistern, wenn die Danziger Bevölkerung selbst entschlossen an diesem Werke mithilft und im Vertrauen auf die Regierung Disziplin hält und sich nicht zu unüberlegten Handlungen verleiten läßt. Wer in diesen ernsten Tagen sich nicht dem volkswirtschaftlichen Ganzen einfügt, begeht nicht nur Verrat an der Danziger Volkswirtschaft, sondern schädigt sich selbst in seiner eigenen Existenz.

Die im Laufe der heutigen Nacht mit sofortiger Wirkung erlassenen und auf dem Verordnungswege verkündeten Gesetze regeln die neue Situation. Mit Besorgnis beobachtet jedoch die Regierung die Tatsache, daß einige unverantwortliche Elemente glauben, ihren persönlichen Vorteil vor den der Gesamtheit setzen zu können. Die von der Regierung beschlossenen und erlassenen Gesetze über die neue Goldbasis des Danziger Guldens bedeuten einen so tiefen operativen Eingriff in den nicht durch eigene Schuld wund gewordenen Körper der Danziger Wirtschaft, daß die Regierung als behandelnder Arzt dieser Wundoperation da- (D) für Sorge tragen muß, daß nicht Elemente, die von einer solchen wirtschaftlichen Wundbehandlung nichts verstehen, dieser Wunde Schmutz und damit dem ganzen Körper unheilvollen Schaden zufügen. Ich habe deshalb angeordnet, daß die Organe des Staates mit härtester Rücksichtslosigkeit dort durchgreifen, wo der Eigennutz über den Gemeinnutz triumphieren möchte. Die Tatsache der Einsetzung eines Staatskommissars zur Ueberwachung der Preisgestaltung, ein Amt, mit dem Herr Senator v. Wnuck betraut worden ist und die Person des Staatskommissars selber bürgen dafür, daß eine ungerechte und unsoziale Behandlung der Dinge vermieden wird und daß Spannungen und Gegensätze da, wo sie zweifellos auftauchen werden, rücksichtslos ausgeglichen werden.

Danzig hat in seiner langen Geschichte schon oft schwere Tage und Jahre durchmachen müssen, ich erinnere hier nur an die Zeit der französischen Besetzung in den Jahren 1807—1813, und an die Verwirklichung der Artikel des Versailler Diktates, die Danzig betreffen, aber Danzig hat es immer verstanden, seiner großen Mission im Osten treu zu bleiben und sich im Kampf mit allen feindlichen Elementen erfolgreich zu behaupten. Wir Mitglieder der nationalsozialistischen Regierung Danzigs, die wir einst als Soldaten der deutschen Armee unsere Pflicht getan haben und denen man nicht in jener Zeit vorausgesagt hatte, daß sie einmal die Geschicke des abgetrennten deutschen Danzig werden leiten müssen, sind uns der Tragweite unseres Entschlusses vollkommen bewußt. Wir haben diese Entschlüsse als Männer gefaßt, die bereit sind, die Verantwortung dafür vor der Bevöl-

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) kerung und vor der Geschichte zu übernehmen. Nicht kleinlich und nicht zaghaft darf man in schicksalsentscheidenden Stunden sein, sondern groß und mutig, wenn die Entschlüsse auch hart und schwer sind. Den Blick nicht auf heute, sondern in die Zukunft gerichtet, so stehen wir mit dieser schweren Verantwortung belastet nicht feige im Hintergrund, sondern treten offen vor das Volk und in das Volk, aus dem wir gekommen sind, für das wir gekämpft haben und dem unsere Liebe erhalten bleibt. Denn wir wissen, daß diese schweren Entschlüsse ein weiterer Schritt sind auf dem Wege zur Gesundung. Diesen Weg zu gehen ist unsere Aufgabe. Wir wollen sie lösen und werden sie lösen in dem festen Glauben an unsere deutsche Heimat Danzig und an das ewige Deutschland. (Anhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Präsident: Nach Besprechung im Aeltestenausschuß schlage ich eine Besprechungsdauer von zwei Stunden für sämtliche Fraktionen vor. Es würden dann entfallen auf die Nationalsozialisten 72, auf die Sozialdemokraten 20, auf das Zentrum 17, auf die Gruppe Weise 5, auf die Gruppe Kommunisten und auf die Polnische Gruppe je 4 Minuten. Wer mit dieser Festsetzung der gesamten Redezeit einverstanden ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abg. Wiechmann.

Wiechmann, Abgeordneter (S.P.D.): M. H.! Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion
(B) habe ich folgende Erklärung zu den Ausführungen des Herrn Senatspräsidenten abzugeben:

Nachdem der Senat immer wieder erklärt hat, daß der Gulden absolut gesichert sei und keinerlei Gefahr für ihn bestehe, ist von gestern auf heute eine Abwertung des Guldens um 42,37 Prozent erfolgt. Es ist ausgeschlossen, daß das Problem der Abwertung, einer der für die Existenz und die Entwicklung unseres Staates wichtigsten Fragen, von heute auf morgen aufgetaucht ist. Es müssen vielmehr seit langem eingehende Erwägungen über die Maßnahmen und die Methoden ihrer Durchführung angestellt worden sein. Es ist daher auffällig und merkwürdig, daß die Regierung vor der Abwertung des Guldens noch schnell Volkstagswahlen durchgeführt hat und sich in der letzten Sitzung des Volkstages ein Vertrauensvotum hat geben lassen.

Die heute überraschend getroffenen Maßnahmen beweisen, wie sehr die Sozialdemokratie Recht hatte, als sie immer wieder Auskunft über die finanzielle Lage des Staates verlangte. Die Währungsabwertung macht offenbar, weshalb die Regierung der ihr verfassungsmäßig obliegenden Auskunftspflicht nicht nachkommen will. Eine wirklich gesicherte Währung kann nicht, wie der Senat in seinem Aufruf behauptet, durch irgendwelche Spekulantenmanöver angegriffen werden. Die Abwertung des Guldens auf die Höhe des polnischen Zlotys ist vielmehr das Ergebnis der in nationalsozialistischen Vorstellungen befangenen Wirtschaftspolitik des Senats. Der Senat trägt allein die volle Verantwortung für die Entwertung des Geldes und alle ihre Folgen.

Die sozialdemokratische Volkstagsfraktion ver- (C)
urteilt die von der Regierung vorgenommene Abwertung des Guldens und lehnt sie auf das Entschiedenste ab. Nach der wirtschaftlichen Struktur unseres kleinen Staatswesens können von dieser Maßnahme nur wenige Kapitalisten Vorteil haben. Geschädigt aber wird die große Masse der Bevölkerung, in erster Reihe die Arbeiterschaft, die kleinen Sparer und Kleinrentner.

Die Freie Stadt ist kein in sich geschlossenes Wirtschaftsgebiet. Sie muß ihre sämtlichen Rohstoffe und zum großen Teil auch die Lebensmittel aus dem Auslande einführen. Deswegen muß die Abwertung der Währung zwangsläufig zu einer Erhöhung der Preise für sämtliche Bedarfsartikel und Nahrungsmittel führen. Auch wenn der Senat durch härteste Eingriffe in die Wirtschaft — die wiederum die ohnehin schon schwache Wirtschaft Danzigs gefährden würden — diese Konsequenz aufzuhalten suchen wollte, kann er auf die Dauer Preiserhöhungen nicht verhindern.

Die Abwertung des Guldens bedeutet also für sämtliche Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger, für Erwerbslose und Wohlfahrtsunterstützte, also für sämtliche Arbeiter, Angestellten und Beamten, unmittelbar eine Senkung ihrer Realbezüge und damit eine untragbare Verschlechterung ihrer Lebenshaltung. Für die Sparer bedeutet die Abwertung des Guldens den unwiederbringlichen Verlust eines erheblichen Teiles ihrer sauer ersparten Notgroschen. Der Senat gibt in seiner Erklärung selbst zu, daß die Abwertung soziale Härten mit sich bringen wird und daß er nur versuchen kann, (D)
sie auszugleichen. Aber daß er eine Gewähr dafür bieten kann, behauptet er selbst nicht.

Die in den Ankündigungen des Senats gezogenen Parallelen mit den Abwertungs-Experimenten anderer Länder gehen fehl. Dort handelt es sich um Länder, deren Wirtschaft wesentlich vom Export lebt. In der Freien Stadt spielt die Exportindustrie nur eine unerhebliche Rolle. Sie kann immer nur vom internationalen Handel leben, für den derartige Währungsexperimente ohne Bedeutung sind. Bei der Besonderheit der Konkurrenzverhältnisse zu Polen kann mit einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Abwertung der Währung nicht gerechnet werden.

Angesichts der grundlegend veränderten Situation hält die Sozialdemokratische Fraktion es für unerläßlich, daß die Danziger Bevölkerung in ihrer Gesamtheit zu den neuaufgetauchten Problemen Stellung nimmt und nunmehr sagt, ob sie noch Vertrauen zu dieser Regierung hat und der hinter ihr stehenden Partei die Macht im Staat belassen will. Wir fordern deshalb die Auflösung des Volkstages, (Heiterkeit rechts) damit das Volk selbst in freier, aufrichtiger Stimmabgabe seine Entscheidung treffen kann. (Bravo links.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Stachnik.

Dr. Stachnik, Abgeordneter (Z.): Wir vom Zentrum bedauern es außerordentlich, daß der Wert des Danziger Guldens herabgesetzt worden ist, zumal es nicht bekannt geworden ist, ob versucht wurde, die gewissenlosen Elemente, die, wie es in der an den Litfaßsäulen bekanntgegebenen

(Dr. Stachnik, Abgeordneter)

(A) Regierungserklärung heißt, durch ihre Handlungsweise den Sturz des Guldens herbeigeführt haben, in ihrem Treiben zu hemmen.

Wir können auch die ungeheure Bestürzung der Danziger Bevölkerung verstehen, wenn wir bedenken, daß außer den wiederholten Versicherungen der Regierung über die Stabilität des Guldens insbesondere der Senatspräsident in seiner Erklärung bei der Auflösung des Volkstages ausführte, daß die Finanz- und Kassenlage des Staates nie so günstig gewesen sei, wie zur Zeit. (Hört, hört! links.) Wir müssen es uns versagen, kritisch dazu Stellung zu nehmen, ob und inwieweit etwa staatliche wirtschaftliche Maßnahmen und Unternehmungen, ich denke z. B. an den Umbau des Staatstheaters und an manche Notstandsarbeit, die Finanzpolitik unseres Staates und damit den Wert des Guldens beeinflußt haben.

Da uns weder im Volkstag noch sonst Gelegenheit geboten wurde, die Finanzpolitik unserer Freien Stadt Danzig zu beeinflussen, da auf unser Verlangen nicht einmal die Haushaltspläne vorgelegt wurden, müssen wir die Verantwortung für die Maßnahme der Abwertung des Guldens wie überhaupt für die wirtschaftliche und finanzpolitische Gestaltung unseres Staates vollständig Ihnen, m. H. von der NSDAP. überlassen! (Unruhe und Zwischenrufe.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Weise. (Zurufe rechts.)

Weise, Abgeordneter (Gruppe Weise): M. D. u. H.! Namens der Deutschnationalen habe ich (B) folgendes zu erklären. (Aufgelöst! rechts.) Sie scheinen nicht im Bürgerlichen Gesetzbuch Bescheid zu wissen, sonst wäre Ihnen bekannt, daß ein eingetragener Verein nicht durch eine einseitige Erklärung aufgelöst werden kann. — Das, was seit Monaten schon befürchtet wurde, daß nämlich die Finanzlage des Staates trotz wiederholter gegenteiliger Versicherungen der Regierung außerordentlich ernst war, ist durch die Abwertung des Guldens offen zu Tage getreten. Wir sehen in dieser Maßnahme der Regierung eine Bestätigung dieser langgehegten Befürchtungen. Wir wissen aber auch jetzt, warum der Senat die Etats nicht vorgelegt hat. Wir sind überzeugt, daß nicht Währungsexperimente, sondern nur die Rückkehr zu dem alten preußischen Grundsatz der Sparsamkeit dem Staat helfen kann. Wir sind der Meinung, daß die Ausgaben des Staates nicht mehr nach propagandistischen und parteipolitischen Rücksichten getätigt werden dürfen, sondern daß sich die Ausgaben des Staates nach den Einnahmen zu richten haben. Das sind Grundsätze, die die früheren Regierungen immer befolgt haben. (Zurufe.) Der Herr Präsident des Senats Dr. Ziehm hat bei seiner letzten Erklärung, als er hier als Alterspräsident fungierte, erklären können, daß er den Nachfolgern geordnete Finanzen überlassen hat. Dem ist damals nicht widersprochen worden. Es stimmt nicht, wenn früher von der jetzigen Regierung erklärt wurde, daß die Finanzen des Staates glänzend seien. Wir sehen heute in der Abwertung eine Bestätigung dessen, was zu befürchten war. (Lachen rechts.) Wir sehen auch weiter in der Erklärung der Regierung, daß nunmehr solide und erträgliche Verhältnisse Platz greifen würden, eine (C) Bestätigung der von uns geteilten Meinung, daß zuletzt die Verhältnisse nicht mehr solide und erträglich waren. Wir stimmen insoweit mit der Regierung überein.

Wir sehen in der Abwertung des Guldens einen Verstoß gegen Artikel 110 der Verfassung, welcher das Eigentum gewährleistet. Ich glaube nicht, daß die Mündel und die armen Leute, welche ihr Geld zur Sparkasse getragen haben, anderer Meinung sind als ich. Wir warnen weiterhin davor, in die normale, gesunde Preisbildung durch einen Preisdiktator einzugreifen. Es ist dies eine Maßnahme, die im wesentlichen bei anderen Staaten versagt hat. Wir sprechen uns daher gegen die Abwertung des Guldens aus und sind auch überzeugt, daß wir uns damit in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Danziger Bevölkerung befinden. (Lachen rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Plenikowski. (Der letzte Mohikaner! rechts.)

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Der letzte Mohikaner war auch einmal Herr Hohnfeldt, den Sie nach Deutschland geschickt haben. Ihr Lachen, meine Herren, — (Zwischenrufe rechts) soll der Auftritt in der vorletzten Sitzung wiederholt werden?

Präsident: Das Wort hat jetzt noch der Herr Abg. Plenikowski.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Ihr Lachen kennzeichnet die Situation. Während draußen das werktätige Volk in banger Sorge ist, was geschehen soll, haben Sie für das, was hier gesagt wird, nur (D) ein höhnisches Lächeln übrig. (Für Sie bestimmt! Die Sache wird dramatisch! rechts.)

Sie behaupten jetzt, das Gesetz des Handelns in die Hand nehmen zu wollen. Sie haben zwei Jahre lang gehandelt und so gehandelt, daß es jetzt zu dieser Katastrophe gekommen ist. (Rußland! rechts.) Wenn Sie nur so weit wären! (Zurufe rechts.) Dann würde Ihnen froher zumute sein, als jetzt. (Hauen Sie ab! rechts.) Das könnte Ihnen so passen. Daß ich abhaue, werden Sie nicht zustandebringen. Herr Greiser hat einige Worte gefunden. Ich möchte ihn fragen, (Er ist für Sie Senatspräsident! rechts.) warum er, der Herr Senatspräsident, kein Wort fand für die Arbeiter in den Betrieben, für die Erwerbslosen (Sie haben die Arbeiter verraten! rechts), warum er nicht ein Wort fand für alle diejenigen, denen jetzt durch diese Maßnahme der Regierung das Geld genommen wird. (Sie lächerlicher Scheich! rechts.) Das ist alles, was Sie zu dieser Sache zu sagen haben! (Das genügt! rechts.) Das genügt aber nicht für das Volk. Die Arbeiter werden fragen „was wird mit unseren Löhnen", die Erwerbslosen werden fragen „was wird mit unseren Unterstützungen".

Gerade Ihre besten Anhänger, die den Nationalsozialisten am meisten Glauben geschenkt haben, haben ihr Geld nicht in Zloty umgewechselt, weil sie dem vertrauten, was Sie gesagt haben, daß der Gulden nicht abgewertet wird. Die treuesten Anhänger werden jetzt betrogen, Treue ist das Mark der Ehre, das war Ihr Grundsatz. Ihre Anhänger haben die Quittung erteilt. Bei den letzten Wahlen bekamen Sie nicht die Zweidrittelmehrheit,

(**Plenikowski**, Abgeordneter)

(A) auf die Sie vor einem Jahr hätten rechnen können, heute jedoch nicht mehr. Heute haben Sie kaum 20, kaum 10 Prozent der werktätigen Bevölkerung hinter sich.

Deshalb sagen auch wir den Arbeitern in den Betrieben und den Arbeitslosen: Nehmt ihr das Gesetz des Handelns in die Hand, überlaßt nicht das Gesetz des Handelns diesem Senat, der zwei Jahre regiert hat und es zu dieser Katastrophe brachte. (Zurufe recht.) Jawohl, duldet nicht, daß auch nur ein Pfennig am Reallohn, an der Realunterstützung abgebaut wird. Was werden Sie jetzt den armen Dienstmädeln, was werden Sie all den kleinen Sparern sagen, die Monat für Monat, im Glauben und Vertrauen auf die nationalsozialistische Politik, jeden Gulden zusammensparten. Sie sind um einen großen Teil ihres Geldes betrogen worden und werden jetzt den Weg erkennen, den sie zu gehen haben. Seien Sie überzeugt, wenn von den Oppositionsparteien gefordert wurde „weg mit dem Volkstag", so wird diese Forderung die Forderung der gesamten werktätigen Bevölkerung in Danzig werden: Weg mit diesem Senat, weg mit diesem Volkstag, weg mit diesem Ermächtigungsgesetz, weg mit diesen Verordnungen, die jetzt erlassen worden sind. (Zurufe rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Budzynski.

Budzinski, Abgeordneter (P.): M. D. u. H.! Ich glaube, die heutige Situation ist zu ernst, als daß die paar Minuten Zeit, die den Oppositions-
(B) rednern zugestanden wurden, in nutzlosen Hecheleien vergeudet werden. Ich wundere mich darüber, daß über durchaus zutreffende, die heutige Lage gut veranschaulichende Worte der Herren Vorredner die Herren der Regierungspartei nur höhnische Worte gehabt haben. Ich will aber sachlich bleiben, weil, wie ich schon vorher sagte, die Situation wirklich zu ernst ist, als daß überhaupt heute ein Volksvertreter ein Lächeln auf seinem Gesicht, sei es aus diesem oder jenem Grunde zeigt. M. D. u. H. Die Erklärung des Herrn Präsidenten des Senats kann keinen Danziger Mitbürger befriedigen. Er darf sich heute nicht in allgemeinen Redensarten bewegen. Vor einem solchen Schritt, wie er heute unternommen wird, hätte er die Pflicht und Schuldigkeit gehabt, vorzutreten und mit Zahlen zu belegen, daß der Schritt der Danziger Regierung durchaus notwendig war. Solange der Senat dies nicht tut, kann ich mich von der Notwendigkeit dieses so weit in unsere Verhältnisse greifenden Schrittes nicht überzeugen lassen. Damit will ich sagen, daß die Situation mit Reden nicht gebessert wird. Aber abgesehen davon, ob der Senat aufgrund der Danziger Gesetze berechtigt gewesen ist, eine derartige Verordnung zu erlassen, wäre doch zu prüfen, wie die rechtliche Seite aussieht, da wir doch immerhin Rücksicht auf die uns bindenden Verträge mit Polen, Deutschland usw. zu nehmen haben. Ich glaube sicher, daß das Warschauer Abkommen, soweit ich mich entsinnen kann, ganz etwas anderes sagt, nämlich, daß die Danziger Regierung ohne sich mit der polnischen Regierung vorher ins Einvernehmen gesetzt zu haben, nicht berechtigt ist, selbständig derartige Verordnungen zu erlassen. (Zurufe (C) rechts.)

Auch die Bank von Danzig hat in dieser Hinsicht Verpflichtungen und es wäre nachzuprüfen, wie ich schon vorhin sagte, ob das, was geschehen soll oder bereits geschehen ist, die rechtliche Grundlage besitzt. Ich glaube aber nicht, daß der Senat durch diese Verordnung das erreicht, was er glaubt, erreichen zu können. Ich bin der Ansicht, daß die Steuern dadurch nicht größer werden. Die Einkünfte werden im Gegenteil kleiner sein. Aber andererseits ist doch zweifellos, daß die Ausgaben, die wir zu erwarten haben, unbedingt größer sein werden. Sicher werden sich alle, auch die bestbezahltesten hohen Beamten, melden, damit sie eine Zulage zum Gehalt bekommen, um ihren Verpflichtungen gerecht werden zu können. Das ist ganz selbstverständlich.

Aber auch der Export wird dadurch nicht gehoben, wenn wir den Danziger Gulden abwerten; denn jeder Mensch, der die Danziger Verhältnisse kennt, weiß ganz genau, daß der Danziger Export von Woche zu Woche geringer wird. Der eigene Export in Danzig war schon von jeher, seit Jahrhunderten, auf den Exporthandel eingestellt. Da spricht die Art oder die Festigkeit der Valuta meiner Ansicht nach nicht mit. Danzig ist auch im Laufe der Jahre langsam mehr zu einem Umschlaghafen geworden und da spielen die Einkünfte, die die Danziger Bevölkerung aus dem Umschlag hat, die ausschlaggebende Rolle. (Glocke des Präsidenten.) Ich muß leider schließen, obwohl ich der Ansicht bin, daß solch eine wichtige Sache eine aus- (D) giebige Besprechung erfahren müßte. (Zurufe rechts.) Als Erwiderung möchte ich Ihnen eins sagen: Wenn Sie heute in Danzig die Wahlen durchführten, würde Ihnen das Danziger Volk die Quittung geben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Präsident des Senats.

Greiser, Präsident des Senats: M. D. u. H.! An sich muß man es als Nationalsozialist bedauern, daß uns die Danziger Verfassung zwingt, hier einer demagogischen Opposition Rede und Antwort über Dinge zu stehen, über die zu urteilen diese Opposition weder politisch noch wirtschaftlich heute ein Recht besitzt. (Bravo! und Beifall rechts. — Abg. Brill: Das wäre Ihnen angenehm!) Denn, meine Herren, wenn Sie dies Recht zur Beurteilung der wirtschaftlichen und politischen Dinge der Danziger Bevölkerung hätten, dann besäßen Sie heute noch das Vertrauen dieser deutschen Menschen in Danzig. Weil Sie aber politisch und wirtschaftlich in 12 Jahren bewiesen haben, daß Sie das Vertrauen dieser Menschen nicht erhalten konnten, haben Sie auch heute das Recht verwirkt, im Namen derjenigen zu reden, die Sie angeblich zu verteidigen vorgeben, um hier in demagogischer Weise außer-Danziger Instanzen weiß machen zu wollen, daß die Mehrheit der Danziger Bevölkerung, die erst vor 14 Tagen bewiesen hat, daß sie nationalsozialistisch, — nicht für das Zentrum und nicht für die Sozialdemokraten, — stimmt, auf Sie höre und nicht auf uns. (Zurufe.) Glauben Sie, m. H. von der Sozialdemokratie, daß wir politisch so dumm wären, Maßnahmen durchzuführen, die wir dem

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) Urteil eines politisch teilweise unreifen Teils der Danziger Bevölkerung überlassen? (Hört, hört! links.) Wir sind Gottseidank politisch so reif und gefestigt, daß wir in voller Verantwortung Maßnahmen ergreifen, die, wenn sie auch hart und einschneidend sind, die Erfüllung der Zielsetzung zulassen, der Danziger Bevölkerung eine Besserung zu bringen. Jede Operation ist hart und einschneidend. (Abg. Weber: Sie hätten das vor den Wahlen ankündigen müssen!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Präsident des Senats.

Greiser, Präsident des Senats: Vielleicht fragen Sie den Präsidenten der Bank von Danzig, warum der Status und Ausweis der Bank von Danzig in seiner Golddeckung vor den Wahlen ein wesentlich höherer war als nach den Wahlen. Vielleicht fragen Sie den Präsidenten der Bank von Danzig, welche Kreise der Danziger Bevölkerung es waren, die in den letzten 14 Tagen vom 15. April bis 1. Mai Tag für Tag bei den Danziger Banken, den Sparkassen und der Bank von Danzig allergrößte Beträge nicht nur in Gulden, sondern in fremder Währung, in der Hauptsache in polnischer angefordert haben und auf welche Kreise die Maßnahmen, die heute hart erscheinen, zurückzuführen sind. (Wer war das, Herr Präsident? links.)

Ich habe mich noch bis vor wenigen Tagen mit voller Entschlossenheit gegen diese Operation gewehrt, davon seien Sie überzeugt. Aber da diese Operation unumgänglich notwendig ist, müßten (B) Sie, wenn Sie an meiner Stelle ständen, genau so handeln und diesen Schnitt eines Wundarztes tun. Da bliebe Ihnen nichts übrig oder Sie würden verantwortungslos handeln. (Nicht bei den Armen! links.) Warten Sie die Ausführungsbestimmungen ab und was sich sonst im Zusammenhang damit herauskristallisieren wird. Zunächst ist der Schnitt getan, das andere kommt von selbst.

Die Ausführungen der Opposition, m. D. u. H. haben gezeigt, daß sie von Sachkenntnis nicht getrübt sind; denn alle Oppositionsredner haben die Finanz- und Kassenlage des Staates mit der Währung verwechselt. Die Finanz- und Kassenlage des Staates, m. H., hat mit der Danziger Währung überhaupt nichts zu tun. (Sehr richtig! rechts.) Das sind zwei vollkommen getrennte Dinge. Wenn ich behauptet habe, daß die Finanz- und Kassenlage des Staates und der Stadt noch nie so gesund gewesen sind, wie jetzt, so stehe ich hundertprozentig zu dieser Behauptung. Die Etats werden Sie auch noch sehen, wir haben nichts zu verheimlichen. Aber ich wundere mich besonders über die Ausführungen der Sozialdemokratie, die in ihrer Erklärung der Bevölkerung weiß machen möchte, daß gerade die Kapitalisten einen Vorteil davon hätten. Unter diesem tiefen Einschnitt in den Danziger Wirtschaftskörper leidet nicht der kleine Mann; denn er besitzt nichts auf der Bank. Es leidet darunter nur derjenige, der über ein großes Bankkonto verfügt. Vorgestern erschien bei einer Danziger Bank ein Mann, der sein Guthaben in Höhe von einer Million Gulden abheben wollte und diese Abhebung nicht vollziehen konnte, weil er die Kündigungsfrist nicht eingehalten hatte. Dieser Mann ist mit dem heutigen Tage, wo die (C) Kündigungsfrist aufgehört hat, allerdings der Leidtragende. Sie, meine Herren von der Sozialdemokratie, die Sie nach dem Programm von Karl Marx die Expropriation der Expropriateure vornehmen wollen, müßten dieser Maßnahme doch zustimmen. (Lebhafter Beifall rechts.) Denn das ist ja eine Expropriation oder wollen Sie leugnen, daß es keine sei? (Und die kleinen Sparer? links.) Karl Marx hat in seinem marxistischen Programm bei der Expropriation auch keine Kündigungsfrist angesetzt. (Abg. Weber: Soll das ein Trost für die kleinen Sparer sein?)

Der letzte Redner, Herr Budzynski, hatte Recht, wenn er sagt, die Situation sei zu ernst. Der Ernst der Situation ist ja nicht durch meine Erklärung, sondern durch die Unkenntnis und Demagogie der Oppositionsredner verwässert worden. (Sehr gut! rechts.) Herr Budzynski befindet sich im übrigen im Widerspruch mit den Anschauungen anderer Wirtschaftskreise Danzigs. Ich glaube nicht, daß er seine hier geäußerte Auffassung in Danziger Wirtschaftskreisen aufrecht erhalten wird. Als neugebackener Abgeordneter ist er verpflichtet, auch demagogisch etwas vom Stapel zu lassen. (Zuruf des Abg. Budzynski.) Seien Sie überzeugt, m. D. u. H., daß dieser Schritt mit einer sehr reiflichen Ueberlegung nach allen Seiten erkauft werden mußte. Wenn wir als Politiker und als Menschen auch noch jung sind, dann ist es vielleicht gut, daß das Schicksal uns junge Menschen dazu ausersehen hat, die Situation in der schwierigsten Zeit zu meistern. (D)

Wenn ich in meiner Antrittsrede als neugewählter Präsident des Senats zum Ausdruck gebracht habe, daß ich mir vollkommen im klaren darüber bin, daß ich in der schwersten Zeit Danzigs an die Spitze des Senats gestellt wurde, so weiß ich, daß diese Nacht von gestern zu heute in meiner Amtszeit die schwerste Nacht war und die schwerste Nacht bleiben wird. (Zuruf links.) Meine Herren von der Sozialdemokratie, dem Zentrum und den Deutschnationalen, ich kenne Ihre Arbeitsmethoden aus den früheren Jahren. Wir verkriechen uns nicht in den Amtsstuben des Senats, wir gehen in das Volk hinaus. Heute in die Massenversammlungen, und stellen uns vor das Volk und vertreten die Maßnahmen. (Beifall rechts.) Seien Sie überzeugt, daß das Volk die Sprache, die wir sprechen, besser versteht als die Sprache, die es aus kommunistischen und marxistischen Büchern heraushört. (Bis gestern! links.) Wenn Sie heute demagogisch behaupten, die Mehrheit der Danziger Bevölkerung stände nicht mehr hinter uns, so ist das eine Behauptung, die keine Gültigkeit hat, die auch nicht beweiskräftig belegt werden kann, die weder innen- noch außenpolitisch Bedeutung besitzt. Sie ist lediglich eine Behauptung, die in das Reich der Demagogie fällt und die nicht bewertet wird. Wir Nationalsozialisten haben gar keine Veranlassung, uns in diesem Parlament über demagogische Auslegungen zu streiten. Wir werden das, was ich vorgestern in der Regierungserklärung zum Ausdruck brachte und was heute wiederum mit einem viel größeren Ernst ausgesprochen werden mußte, wir werden unsere Politik nicht von einer kleinen Ziel-

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) setzung abhängig machen, die durch die politischen Grenzen des Freistaates Danzig allein beschränkt wird. Wir werden unsere Politik von der großen Zielsetzung abhängig machen, der deutschen Zukunft. Wenn es um die deutsche Zukunft geht, dann macht diese Zukunft nicht vor politischen Grenzpfählen halt, sondern geht ihren Weg für das deutsche Volk, zu dem wir Danziger auch gehören. Wir handeln nicht als Danziger, sondern als deutsche Männer für die Zukunft! (Anhaltender Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Präsident: Die Nationalsozialistische Fraktion hat keinen Redner vorgeschickt. Ich möchte einige Worte zur Sache sprechen. In einem Zwischenruf wurde vorhin gesagt, daß für die kleinen Leute nicht gesorgt werde. Wenn ich das mir übertragene Amt als Preisprüfungskommissar angenommen habe, dann kann ich vor der ganzen Oeffentlichkeit aussprechen, daß, solange ich Preisprüfungskommissar bin, die Belange gerade der Wohlfahrtsunterstützten, der Kleinrentner usw., die ich in meiner Abteilung Soziales zu betreuen habe, derartig gewahrt werden, wie das in dieser trüben Zeit irgendwie möglich ist. (B)

Damit ist die Aussprache beendet und die Tagesordnung erledigt. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 16 Uhr 35 Minuten.)

(A)

4. Sitzung.

Mittwoch, den 12. Juni 1935.

Abgabe einer **Regierungserklärung** . . . . . 17 B
Greiser, Präsident des Senats . . . . . 17 B
Ausschluß des Abg. Weber für zwei Sitzungstage 24 B
Moritz (S.P.D.) zur Geschäftsordnung . . 24 D
Antrag auf Genehmigung zur **Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung** gegen den **Abg. Steinbrück** (Drucksache Nr. 8) . . . . . 25 A
Dr. Stachnik (Z.) zur Geschäftsordnung . 25 B
Vertagung . . . . . 25 B

Die Sitzung wird 17 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten von Wnuck eröffnet.

Am Regierungstisch: Präsident des Senats Greiser, Senatoren: Batzer, Boeck, Dr. Hoppenrath, Dr. Kluck, Dr. Wiercinski-Keiser, Rettelsky, Präsident der Bank von Danzig Schäfer, Polizeipräsident Froböß, Senatsrat Boettcher, Staatsrat Lademann, Oberst Bock, Oberregierungsräte Dr. Dormeyer, Hoffmann, Winter, Landgerichtsdirektor Wohler, Hauptmann und Adjutant Koelle, Landgerichtsrat Dr. Moebes, Schulrat Kasten, Oberpostrat Klaus, Postrat Koehler, Referenten des Senats Dr. Barth, Strautmann.

(B)

Präsident: Ich eröffne die 4. Vollsitzung des Volkstages. Auf der Tagesordnung steht:

Abgabe einer Regierungserklärung.

Das Wort hat der Herr Präsident des Senats.

Greiser, Präsident des Senats: Männer und Frauen von Danzig! Von Zeit zu Zeit ist es für jede Regierung notwendig, einmal ihr Verhältnis zur gesamten Innen- und Außenpolitik frei und offenmütig klarzulegen, es sei denn, daß es eine Regierung scheut, sich der Kritik des Volkes zu unterziehen. Insbesondere erscheint es mir notwendig, die Politik der nationalsozialistischen Danziger Regierung nach allen Richtungen hin, gerade in der jetzigen Zeit, grundlegend zu definieren. (Sehr richtig! links.) Hat doch eine Reihe von Maßnahmen, die die nationalsozialistische Regierung nicht in ihrem eigenen Interesse, sondern absolut nur im Interesse der Deutscherhaltung Danzigs — also der gesamten Danziger Bevölkerung —, getroffen hatte, hier und da eine Stimmung hervorgerufen, welche nach meiner Meinung lediglich auf die Unkenntnis der gesamten innen- und außenpolitischen Zusammenhänge Danzigs zurückgeführt werden kann. Der Leitgedanke unseres Handelns ist von jeher der gewesen und wird es in aller Zukunft bleiben, daß wir nichts für uns tun, sondern alles nur für das Volk. Danzig ist jedoch ein so kompliziertes Staatsgebilde, daß es selbst für einen routinierten Politiker nur dann möglich ist, sich durch das Gewirr und die Verschachtelungen der einzelnen Verträge, Abkommen und deren Rechte durchzufinden, wenn er entweder die politische Entwicklung der Freien Stadt Danzig von ihren Uranfängen an persönlich miterlebt hat oder aber sich in einer zähen Kleinarbeit in alle diese Dinge vertieft und hineingefressen hat. Ist es schon schwer, einen im Völkerrecht bewanderten Juristen oder Politiker, der von außerhalb nach Danzig kommt, mit der eigenartigen Lage Danzigs nach allen Seiten hin so bekannt zu machen, daß er einzelne, sich aus dieser Lage ergebende Situationen zu begreifen vermag, so ist es noch schwerer, eine Masse von Menschen so zu informieren und so mit einzelnen Dingen und internen Zusammenhängen vertraut zu machen, daß sie die sich aus solchen Zusammenhängen ergebenden Konsequenzen verstehen könnten. Noch schwerer wird diese Aufklärungs- und Informationsmöglichkeit, wenn es sich hierbei um Dinge handelt, die den einzelnen in ihrer Auswirkung dort besonders hart treffen, wo der Mensch im allgemeinen am kitzlichsten ist und es am wenigsten verträgt, nämlich an seinem eigenen Geldbeutel.

(C)

Es wird deshalb in solchen Zeiten schwerer Einwirkungen auf die gesamte Wirtschaft und damit im Zusammenhang auf jeden einzelnen Volksgenossen unausbleiblich sein, daß manche Maßnahmen in der breiten Masse nicht verstanden und deshalb verurteilt werden. Politiker aber und insbesondere Führer in eine bessere Zukunft zu sein, bedeutet nicht, sein Augenmaß mit den Grenzen der eigenen Popularität für die Gegenwart abzuschließen, sondern in der Erkenntnis der Richtigkeit einer in härtesten persönlichen und anderen Kämpfen erzwungenen Linie und Zielsetzung diese seine eigene Persönlichkeit auf die Erreichung dieser Zielsetzung einzustellen, auch wenn man als Führer gegen einen Teil der öffentlichen Meinung und auch unverstanden, — ob in gutem Glauben oder böswillig mag dahingestellt sein — diesen Weg gehen muß. Politik ist kein Ding, welches sich schematisch nach althergebrachten Regeln und nach arithmetischer Berechnung in Bezug auf Zeit und Maß führen läßt, sondern ist nach nationalsozialistischer und nach uralter guter deutscher Auffassung ein Ding, das zwar die Erfordernisse des Tages und der Gegenwart würdigt, seine Blickrichtung und Zielsetzung aber lediglich auf die Zukunft ausgerichtet haben muß. Bei einer solchen Auffassung der Politik, die also nicht schematisch, sondern flüssig ist, beweist die Geschichte — und die Geschichte ist ja immer die beste Lehrmeisterin —, daß Führer eines Staates und Führer eines Volkes noch immer in einer besseren Zukunft mit „Hosianna" empfangen wurden, auch wenn eine schlechtere Gegenwart sie kreuzigen wollte.

(D)

Politik in der augenblicklichen Situation in der Freien Stadt Danzig zu machen, bedeutet deshalb Verzicht auf Popularität und lediglich Hingabe an die Gesamtheit mit der nationalsozialistischen Einstellung des Dienens am Volksganzen zur Herbeiführung einer gesicherten und dafür besseren Zukunft. Es ist kein Zufall, daß in den schwersten Tagen der Geschichte der Freien Stadt Danzig Frontsoldaten an der Spitze des Staates stehen. Es ist nicht Frontsoldatenart gewesen, während

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) der Jahre des Weltkrieges um einer guten Kritik wegen zu kämpfen, sondern wir haben diesen schicksalsschweren Kampf unter dem Einsatz des eigenen Lebens nur deshalb geführt und gewonnen, weil wir bereit waren, unsere Pflicht zu tun, auch wenn man diese Einstellung in einzelnen Bevölkerungsschichten nicht verstanden hat. So wie im deutschen Frontsoldatentum der Kriegszeit das Samenkorn für den Wiederaufstieg Deutschlands gelegen hat, und so wie dieses Frontsoldatentum in seinem Erleben in die politischen und weltanschaulichen Formen des Nationalsozialismus hineingegossen wurde, so wird auch Danzig wieder auf der Grundlage nüchterner, einfacher, sparsamer und soldatischer Denkungsart zu sich selbst und damit zu seiner eigenen Kraft zurückfinden. (Ohne Nationalsozialisten! links. — Zuruf rechts.)

Außenpolitisch kann man sagen, daß die Lage Danzigs durchaus ruhig und geklärt ist.

Am wichtigsten für Danzig ist unser Verhältnis zu unserem Mutterlande Deutschland, zum Völkerbund und zu Polen.

Die Beziehungen zum Reich können nicht bessere sein, als sie sind. (Zuruf des Abg. Weber.) Das ergibt sich aus der gleichen Grundlage einer gemeinsamen Sprache und Kultur und aus dem gemeinsamen deutschen Empfinden heraus, welches darin gipfelt, daß in beiden Ländern die nationalsozialistische Bewegung die Zügel der Regierung in der Hand hat. Gerade deshalb, weil wir als vom Mutterlande abgetrennte Danziger so vollkommen deutsch denken und empfinden, verstehen
(B) wir, den Kampf zu würdigen, den das nationalsozialistische Deutschland um seine Freiheit führt. Innenpolitisch hat unser Mutterland diesen Kampf gewonnen, hat seine Gegner überwunden und hat sich in dieser gut zweijährigen Regierungstätigkeit, welche eine Kette nationalsozialistischer Aufbauarbeit und nationalsozialistischen Aufbauwillens darstellt, auch bei denen auf Grund seiner Leistungen durchgesetzt, die skeptisch und abwartend diesem umwälzenden neuen Regiment gegenüber standen.

Der Versuch der Zertrümmerung des nationalsozialistischen Regiments, der den innenpolitischen Gegnern nicht gelungen ist, wird nun auf alle mögliche Art und Weise vom Auslande her fortgesetzt und gerade wir Danziger verfolgen mit besonderem Interesse diesen gigantischen Kampf, den der deutsche Führer und Reichskanzler um die Wiederherstellung der deutschen Autorität in der gesamten Welt führt. Wir sehen mit Freuden, daß ebenso, wie er einst innenpolitisch den Kampf begonnen hat, indem der eine oder andere von der Richtigkeit seiner Ideen überzeugt zu ihm stieß, er auch außenpolitisch diesen Weg schrittweise weitergeht und einen Freund nach dem andern in der Welt gewinnt.

Mit besonderer Genugtuung können wir hier in Danzig feststellen, daß unsere Nachbarrepublik Polen zu unserem Mutterlande in einem freundschaftlichen Verhältnis steht. Bei dieser Situation verkennen wir aber auch nicht gewisse wirtschaftspolitische Maßnahmen, die gegenüber ausländischen Staaten notwendig sind und die sich auch, so hart es klingt und so hart es uns trifft, zum Teil gegen Danzig richten müssen, weil Danzig nun einmal für Deutschland ein ausländischer Staat mit eigener Autonomie und Hoheit ist. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß man von unserem Mutterlande verlangen könnte, Devisengesetze, die für die ganze Welt Geltung haben, lediglich für Danzig in ihrer Auswirkung einer Beschränkung zu unterwerfen. (Abg. Mau: Ihre Schulden sollen sie bezahlen! — Zuruf des Abg. Weber.) Nur der kann zu einer solchen Annahme kommen, der noch immer nicht innerlich die harte Tatsache und die noch härtere Konsequenz des Versailler Vertrages, welcher Danzig vom Mutterlande loslöste, begriffen hat.

(C)

Auch unser Verhältnis zum Völkerbunde ist ein gutes. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß der Völkerbund ein reges Interesse an dem politischen Leben Danzigs nimmt (Abg. Weber: Dank der Petitionen!) und daß er sich seiner Pflichten, die sowohl in der Schlichtung und Entscheidung von Streitfällen zwischen Polen und Danzig, als auch in der Garantie der Verfassung liegen, bewußt ist. Irgendwelche Streitigkeiten mit Polen hat er in den letzten Jahren nicht mehr zu entscheiden gehabt. Dagegen mußte er sich bei den letzten beiden Ratstagungen in Genf mit den Petitionen der Oppositionsparteien beschäftigen, die ihm durch den Herrn Hohen Kommissar zugeleitet worden waren. Es handelt sich hierbei um die Petitionen der katholischen Priester, der Zentrumspartei, eines Teiles der jüdischen Bevölkerung Danzigs und der Danziger Volksstimme. Diese Petitionen beschäftigen sich mit einigen Maßnahmen der Danziger Regierung, die als verfassungswidrig hingestellt worden waren. Die Art und Weise, in der sich der Völkerbund mit diesen (D)
Fragen beschäftigt hat, zeigt, daß er sie von einer sehr hohen Warte aus betrachtet und nicht die Absicht hat, in die niederen Sphären des Parteigezänks hineinzusteigen.

Ich glaube schon, daß die Opposition darauf hingearbeitet hat und es gern gesehen hätte, wenn der Rat in der letzten Tagung eine politische Entscheidung gefällt hätte. (Abg. Weiß: Nein, das Gegenteil!) Nach dem Ausgang der letzten Ratstagung kam es jedoch dem Völkerbund nicht darauf an, eine politische Entscheidung zu fällen und sich damit unnötig in innerpolitische Danziger Angelegenheiten zu mischen, sondern es kommt ihm viel mehr einzig und allein darauf an, rein juristisch nachzuprüfen, ob gewisse Maßnahmen der Danziger Regierung, deren Zuverlässigkeit von anderer Seite bestritten wurde, auch der objektivsten Prüfung durch Juristen von internationalem und völkerrechtlichem Rufe in Bezug auf ihre verfassungsmäßige Grundlage standhalten würden, (Abg. Weber: Darauf kommt es auch der Opposition an!) Ich freue mich, feststellen zu können, daß der Völkerbundsrat bei den in Frage kommenden Grenzfällen, die uns als Verfassungsverletzung ausgelegt wurden, sich vorerst selbst jeder Aeußerung enthalten hat und daß er den Beschluß gefaßt hat, die genannten vier Petitionen einer unabhängigen Juristenkommission vorzulegen. Die Zusammensetzung dieser internationalen Juristenkommission, welche aus 3 Köpfen bestehen soll, steht bis zur Stunde noch nicht fest und der Senat wird, da ihm die Namen dieser Juristen vor der Zusammensetzung bekanntgegeben werden, auch

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) die Möglichkeit haben, gegebenenfalls Bedenken gegen sie an zuständiger Stelle geltend zu machen.

Die Regierung der Freien Stadt unterstellt sich gern dem Gutachten und dem Urteil eines anerkannten internationalen Forums und sie kann sich dieser Erledigung umsomehr erfreuen, weil sie positiv bei jeder der von ihr getroffenen Maßnahmen ein absolut reines Gewissen hat. Ich sagte in einer früheren Rede bereits einmal, daß es sehr schwer sei, die Grenze zu finden, auf welcher eine Maßnahme noch als verfassungsmäßig oder schon als verfassungswidrig angesehen werden muß. Bis zu der äußersten Grenze der Verfassungsmäßigkeit zu gehen, ist unser gutes Recht, welches wir als unantastbar ansehen. Unser Vertrauen zum Völkerbund und zu der von ihm eingesetzten Kommission ist derartig, daß wir einer gerechten Behandlung und Erledigung dieser Angelegenheiten offen ins Auge sehen.

Bei der letzten Ratstagung wurde auch die Stellung des Herrn Hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig erörtert, der selbst seine Funktionen in Danzig einwandfrei festgestellt zu wissen wünschte. Bedauerlicherweise hat eine Wahlrede von mir in der Messehalle Anlaß zu diesem Punkt der Tagesordnung auf der Genfer Ratstagung gegeben. Damals habe ich nicht als Chef der Regierung gesprochen, sondern lediglich als Meinungsträger der Danziger Bevölkerung. Die Danziger Regierung wird es niemals zulassen, daß die Kompetenzen des Herrn Hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig, die durch Verträge und durch Ratsbeschlüsse und Ratsentscheidungen in einwandfreier Form festgelegt sind, (B) irgendwie verwischt werden können. Bei der Danziger Regierung und bei mir waren über diese Grundbefugnisse des Herrn Hohen Kommissars nie ein Irrtum vorhanden. (Zurufe links.) Wenn bei einem großen Teil der Bevölkerung der Freien Stadt Danzig eine andere Ansicht besteht, welche ich damals ausgesprochen habe, so liegt das mit an der Tatsache, die ich am Anfang meiner Rede bereits betont habe, nämlich, daß bei der eigenartigen Konstitution Danzigs der größte Teil der Danziger Bevölkerung die Verträge und Abmachungen und die hieraus sich ergebenden Rechte und Pflichten nicht kennt und auch gar nicht kennen kann. (Zuruf des Abg. Weise.) Ich kann nichts dafür, Herr Abg. Weise, wenn Sie so dumm sind, nicht zu verstehen, daß ich als Meinungsträger der Bevölkerung gesprochen habe. (Abg. Weise: Ich verbitte mir das!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Präsident des Senats. Ich werde unter allen Umständen durchgreifen, wenn der Herr Präsident des Senats unterbrochen wird. (Zurufe links.)

Greiser, Präsident des Senats: Außerdem besteht sehr oft zwischen rechtlicher Auffassung, die vertragsgemäß richtig ist, und der psychologischen Empfindung der Bevölkerung ein Unterschied. Ich freue mich jedenfalls ganz besonders, feststellen zu können, daß zwischen dem Herrn Hohen Kommissar und mir keine Divergenz der Anschauungen in dieser Hinsicht besteht. (Zuruf des Abg. Brill.)

Weiter benutze ich gern diese Gelegenheit, um dem Herrn Hohen Kommissar meinen besonderen Dank für sein faires Verhalten in Genf zum Ausdruck zu bringen. Ich stelle gern fest, daß er es (C) verstanden hat, seine eigene Persönlichkeit gegenüber der Sache in den Hintergrund zu stellen. Mein Dank gebührt auch dem ständigen Berichterstatter für Danziger Fragen in Genf, dem englischen Lordsiegelbewahrer Sir Antony Eden, dessen sachliches und wohlwollendes Verständnis für die Danziger Fragen die Verhandlungen besonders erleichtert haben. Die freundnachbarlichen Beziehungen, die wir zu unserem Nachbarlande Polen unterhalten, waren auch in diesem Falle in Genf zu verspüren durch die wohlwollende Atmosphäre, in welcher die uns betreffenden Fragen erörtert wurden.

Dieses Verhältnis zu Polen, welches vor zwei Jahren auf eine vollkommen neue Basis gestellt wurde, hat sich in der Zwischenzeit weiterhin günstig entwickelt. Kleinere Streitfälle, die sich bei den eigenen Grenzbeziehungen beider Länder naturgemäß leicht ergeben, werden durch direkte Verhandlungen erledigt. Ueberall, wo Fragen, die Polen und Danzig betreffen, überhaupt einer Erledigung zustreben, werden sie mit einem von beiden Teilen aufgebrachten Verständnis geregelt, welches man früher auf beiden Seiten nicht für möglich gehalten hätte. Ich möchte dabei darauf hinweisen, daß gerade in diesen Tagen wieder vier kleinere Abkommen, die sich auf die Neufestsetzung von Kontingenten für die Landwirtschaft beziehen, abgeschlossen werden. Der Weg der direkten Aussprache und Behandlung hat sich als praktisch und für beide Teile nützlich erwiesen und wird auch weiterhin von der nationalsozialistischen Regierung der Freien Stadt gern begangen werden. (D)

Auch die Beziehungen Danzigs zu allen übrigen Ländern sind durchaus gute und freundschaftliche, wenn sie auch nicht in einem direkten allzu großen wirtschaftlichen Verkehr oder naturgemäß erst recht nicht in einem politischen Verkehr zum Ausdruck kommen können. So wird die Richtigkeit meiner Behauptung illustriert durch den immer mehr zunehmenden regen Fremdenverkehr gerade aus den nordischen Staaten und der Tschechoslovakei und anderen Staaten, wobei wir hoffen, daß die bisher mit einigen Organisationen dieser Länder getroffenen Abmachungen auf diesem Gebiete auch noch weiterhin ergänzt werden können.

Wenn Danzig früher den Stempel seiner Kraft durch die deutsche Rüstungsindustrie aufgedrückt erhalten hatte, so muß neben der übrigen wirtschaftlichen Betätigung unserer Bevölkerung insbesondere der Fremdenverkehr in der Hauptsache den uns seit der Abtrennung vom Mutterlande verloren gegangenen Ausgleich zum großen Teil wieder herbeischaffen helfen. Wir legen Wert darauf, daß möglichst viele Fremde, nicht nur aus Deutschland, sondern gerade auch aus allen anderen Staaten Europas zu uns kommen, damit sie sich persönlich von der Schönheit unserer Landschaft und unserer Küste, von der Stetigkeit nationalsozialistischen Wollens, von der Ruhe und Ordnung, die hier herrscht, und von dem deutschen Charakter des abgetrennten Danzigs überzeugen können.

Danzig wurde vom Mutterlande abgetrennt, um Polen einen freien Zugang zum Meere zu geben. Diese Zielsetzung wurde dadurch fester um-

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) rissen, daß man die freie Stadt Danzig politisch zwar zu einer Autonomie gestaltete, wirtschaftlich jedoch sie in den polnischen Wirtschaftsraum eingliederte. Rein äußerlich gesehen, wird dieses Wollen gekennzeichnet durch die bestehende Danzig-polnische Zollunion. Danzig ist also in seinem gangen wirtschaftlichen Wollen und in der gesamten Auswirkung dieses Wollens abhängig von den politischen Gesetzen und der wirtschaftlichen Planung seines nachbarlichen Hinterlandes Polen. Liegt die politische Zollgesetzgebung für die Freie Stadt Danzig schon in der Hand der Republik Polen, welche auf Grund der bestehenden Verträge diese Anwendung politischer Gesetze sogar durch Danziger Zollbeamte, die der eigenen Autonomie der Freien Stadt Danzig unterstehen, verlangen darf, so ist das gesamte wirtschaftliche Leben Danzigs, so weit es nicht ausschließlich auf Export eingestellt ist, abhängig von den Wechselbeziehungen, welche Angebot und Nachfrage in Polen selbst regeln. Selbst die Führung für die Gesamternährung der Bevölkerung der Freien Stadt Danzig greift, wie sie das vorhin aus der Andeutung über den bevorstehenden Abschluß weiterer Kontingentverträge bereits entnommen haben werden, gern auf die Zufuhr von Lebensmitteln aus Polen zurück.

Wenn Danzig im Rahmen dieses gemeinsamen Wirtschaftsraumes durch Beschluß des Völkerbundsrates eine eigene Währung erhalten hat, so hat dadurch Danzig auch das Recht zur eigenen Gestaltung seiner völkischen Schicksalsgemeinschaft
(B) im Rahmen des gemeinsamen Danzig-polnischen Wirtschaftsraums bekommen. In der Zollunion kommt zum Ausdruck, daß die beiden selbständigen Währungen aufeinander angewiesen sind. Die Zollunion kann aber nicht ohne weiteres verhindern, daß sie unter Umständen auch stark voneinander abweichen. Die gleichmäßige Bewertung zweier Währungen in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum konnte solange aufrechterhalten werden, als valutarisch gesehen die Voraussetzungen für die Wertbemessung erfüllt wurden. Geriet an einer Stelle einmal der sich aus Angebot und Nachfrage regelnde freie Devisenverkehr bei einer Währung ins Stocken, so sehen wir die wirtschaftlichen Folgererscheinungen in Form von Unterbewertung bezw. Abwertung. Bei der polnischen Währung haben wir diese Feststellung zuerst erlebt. Der Danziger Währung ist es erstaunlich lange gelungen, dieser Situationen, welche heute die gesamte wirtschaftliche Welt bewegen, Herr zu werden. Wenn man heute beobachten muß, wie wirtschaftsstarke Länder und insbesondere solche Staaten, die man eigentlich als reine Goldfestungen bezeichnen könnte, währungspolitisch diesem wirtschaftlichen Kräftespiel der Welt unterliegen und daß Staaten, wie Holland, die Schweiz und Frankreich aller Kraftanstrengungen bedürfen, um auf diesem Gebiete Herr über das Geld bleiben zu können, so müßte man eigentlich erstaunt und achtungsvoll vor der Regierung und den Männern stehen, die in einem Staat, wie Danzig, der tausendfache Bindungen und Löcher mehr hat als alle anderen Staaten Europas, es verstanden haben, der nackten Tatsache einer unaufhaltsamen Entwicklung Rechnung zu tragen und die Wirtschaft der gesamten Bevölkerung auf eine Basis zu stellen, die als einzige in der Lage ist, eine wirtschaftlich gesicherte Zukunft zu gewährleisten. (C)

Wie ich vorhin schon sagte, ist der nötige Devisenzustrom eine lebenswichtige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Stabilität einer Währung. Wenn man in früheren Jahren große Anleihen aus dem Auslande nach Danzig hereingeholt hat, über deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zum mindesten starke Diskussionen und Zweifel erlaubt sein dürften, (Zuruf des Abg. Weber.) so war das ein Devisenzufluß auf längere Sicht. Man hätte aber damals bei kluger Politik — ein guter Politiker soll ja nicht seiner Popularität wegen nur auf die Gegenwart sehen, sondern voraussehen —, sich ausrechnen müssen, daß in einer Reihe von Jahren die Basis für die Gold- und Devisendeckung nicht mehr vorhanden sein würde und zwar durch Aufbrauchen der verfügbaren Anleihen (Zuruf des Abg. Moritz.) Man hätte vorausfühlen müssen, daß dann die Bewertung der Danziger Währung einer starken Belastungsprobe unterworfen sein würde, über die man sich nur durch neue Schuldenwirtschaft über eine Reihe weiterer Jahre vor diesem drohenden Währungsverfall hätte retten können.

Wir beabsichtigen als Nationalsozialisten aber nun nicht, in die Fehler des Liberalismus zu verfallen und durch Anleihen und Schulden eine Scheinblüte vorzutäuschen, die gar nicht vorhanden ist und die unseren Gläubigern gehören würde. Vielmehr scheint es mir richtiger zu sein, der gesamten Danziger Bevölkerung diese nackte Tatsache (D) offen ins Gesicht zu sagen und ihr zu erklären, daß wir nicht bereit sind, neue Schulden zu machen, (Zuruf links.) um damit Volk und Staat neu zu belasten.

Ich habe mit großem Interesse, teilweise mit Lächeln, teilweise aber auch mit ernster Sorge von den vielen Gerüchten gehört, die wieder einmal in Umlauf gesetzt worden sind bezüglich der Danziger Währung. Ein Teil der Bevölkerung behauptet, daß der Danziger Gulden ja doch nicht zu halten sei und daß er weiter abgewertet werden müßte. Dadurch untergrub man das Vertrauen zur Danziger Guldenwährung überhaupt. Die Leute, die so reden, verkennen vollkommen die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge in Danzig. Denn wenn ich mich auf den Standpunkt stelle, daß es wirtschaftstheoretisch nicht richtig sei, in einem gemeinsamen polnisch-Danziger Wirtschaftsraum zwei Währungen von ungleicher Bewertung aufrechtzuerhalten, so hätte die ganze Devalvation des Guldens ja überhaupt keinen Zweck gehabt und hätte von vornherein ihren Sinn verloren, wenn die Unterbewertung des polnischen Zlotys, die gegenüber dem Gulden durch die Devalvation aufgehört hat, nunmehr jetzt verlagert werden sollte auf eine Unterbewertung des Danziger Guldens gegenüber dem polnischen Zloty. An dieser Divergenz könnte ebensowenig die Danziger Bevölkerung ein Interesse haben, als die polnische Wirtschaft; sondern beide haben nur das einzige Ziel, hier eine gemeinsame Bewertungsbasis zu erhalten.

Wenn mir weiterhin berichtet worden ist, daß teilweise in der Danziger Bevölkerung das unsinnige Gerücht kolportiert werden konnte, es fän-

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) den zwischen der Danziger und der polnischen Regierung Verhandlungen darüber statt, daß in Danzig der Zloty eingeführt werden solle und daß Polen bereit sei, die Danziger Notenbank in die Bank Polski zu übernehmen für den Kaufpreis der Abtretung politischer Vorrechte und Danziger Verwaltungsbehörden, so möchte ich hier mit aller Deutlichkeit und Schärfe feststellen, daß an diesen Gerüchten und Mutmaßungen kein einziges wahres Wort ist. Ich habe, als ich das gestern hörte, der politischen Polizei sofort die Anweisung gegeben, mit allerschärfsten Mitteln gegen solche, die staatliche Selbständigkeit Danzigs bedrohenden Gerüchtemacher und -Verbreiter vorzugehen. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Allerdings hat Polen auf Grund des Pariser Vertrages vom 9. November 1920 das Recht, beim Völkerbund die Unifizierung der Währungen zu verlangen. Mir ist aber bisher noch nichts darüber bekannt, daß Polen beim Hohen Kommissar in Danzig oder beim Völkerbund in Genf von diesem Rechte Gebrauch gemacht oder daß es die Absicht zum Ausdruck gebracht hätte, dies zu tun.

Wenn dieses Recht durch eigennützige und ängstliche Gemüter und Kreise in Danzig selbst noch hervorgehoben und untermauert wird dadurch, daß man aus dem Gulden herausgeht und sich fremde Währungen dafür kauft, so werde ich mit meiner Regierung eisern und konsequent so wie bisher dafür sorgen, daß durch derartige Methoden die Danziger Eigenstaatlichkeit nicht gefährdet wird. Ich weiß, daß bestimmte Kreise mit
(B) dem Gedanken spielen und es gern sehen würden, wenn gerade eine nationalsozialistische Regierung die Eigenstaatlichkeit Danzigs gegen Silberlinge verkaufen würde. Im Danziger Rathaus steht der Spruch: aurea libertas nullo mercabilis aere „Die goldene Freiheit ist für kein Geld verkäuflich." Zäh und entschlossen werde ich der Danziger Bevölkerung Opfer und Entbehrungen zumuten, werde aber dafür sorgen, daß der Gulden aus Danzig nicht verschwindet. War die Einsetzung der Bankfeiertage schon notwendig, um jeden erneuten Versuch einer Sabotage des wieder beginnenden Vertrauens zur Währung im Keime zu ersticken, so bin ich heute mit meinen Mitarbeitern fest entschlossen, durch ganz fest gezogene Bindungen auf währungspolitischem Gebiet dem Danziger Staatsbürger seinen Danziger Gulden zu erhalten.

Wie ich in meiner im Danziger Rundfunk am 4. Juni gehaltenen Ansprache ausführte, haben Spekulantenkreise Ende Mai und Anfang Juni eine neue Attacke gegen die Danziger Währung versucht und zu diesem Zweck das Gerücht von einer bevorstehenden zweiten Abwertung des Danziger Guldens verbreitet. Leider haben sich durch diese irrsinnigen Gerüchte zahlreiche Einleger zur erneuten Flucht aus dem Gulden und zu starken Abzügen bei den Banken und Sparkassen verleiten lassen. Die Folge waren Devisenabzüge bei der Bank von Danzig in ganz ungewöhnlichem Umfange. Die Regierung sah sich daher veranlaßt, um das Heft in der Hand zu behalten und der Bevölkerung Zeit zu geben, wieder zur Ruhe und Besonnenheit zurückzukehren, Bankfeiertage anzuordnen, die in erster Linie den Zweck hatten, den Devisenbedarf auf sein normales Maß zurückzuschrauben. Inzwischen sind die Bankfeiertage durch mehrere Verordnungen gelockert worden. Es ist jedoch leider nicht möglich, die Bankfeiertage ohne weiteres wieder in eine freie Geld- und Devisenwirtschaft überzuleiten, da sonst die Gefahr besteht, daß ein neues Devisenhamstern zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft beginnt. Daher ist es notwendig, für eine hoffentlich nicht allzu lange Uebergangszeit eine Devisenbewirtschaftung in Danzig einzuführen. Die Verordnung über die Devisenbewirtschaftung ist heute nacht erschienen. Die Einzelheiten hierüber sind in einer Pressenotiz niedergelegt, so daß ich mich hier auf wenige Ausführungen beschränken kann. Durch die Devisenbewirtschaftung wird der gesamte Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln erfaßt. Die Durchführung der Devisenbewirtschaftung obliegt einer bei der Bank von Danzig eingerichteten Devisenstelle, ohne deren Genehmigung ausländische Zahlungsmittel Gold und Forderungen in ausländischer Währung gegen Gulden nicht erworben werden dürfen. Der An- und Verkauf von Devisen selbst erfolgt lediglich durch die Bank von Danzig bzw. die von ihr ausdrücklich beauftragten Kreditinstitute. Die Ausfuhr von Zahlungsmitteln und Gold ins Ausland ist ebenfalls genehmigungspflichtig. Lediglich für den Reiseverkehr ist eine Freigrenze von 20 Gulden pro Person und Monat vorgesehen. Ob für den Reiseverkehr Erleichterungen zugelassen werden können, wird sich erst im Laufe der nächsten Zeit herausstellen. (C)

Die Danziger Regierung hat sich nur ungern zu diesen Maßnahmen entschlossen, da das System der Devisenbewirtschaftung für die Freie Stadt Danzig als Hafen- und Umschlagsplatz zwangsläufig erhebliche wirtschaftliche Nachteile mit sich bringt, und sich in einem kleinen Wirtschaftsgebiet für einen weit größeren Teil der Bevölkerung fühlbar macht als in einem großen Wirtschaftsgebiet. Aber jetzt dreht es sich nicht um das Schicksal und das Interesse des Einzelnen, sondern um das große Ganze. Es gilt, durch eine planvolle Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik für die Danziger Währung wieder ein festes Fundament zu schaffen, koste es, was es wolle. Die Regierung denkt nicht daran, die Danziger Währung aufzugeben, sondern sie wird mit Entschlossenheit und Tatkraft den Weg zur Wiederherstellung des Vertrauens zum Danziger Gulden und damit zur Danziger Wirtschaft selbst gehen. Der Senat weiß sich mit der polnischen Regierung einig darin, daß ein Abgleiten des Danziger Guldens schwerwiegende wirtschaftliche Nachteile nicht nur für die Danziger, sondern auch für die polnische Wirtschaft nach sich ziehen müßte. Daher wird die Danziger Regierung die Stabilität des Danziger Guldens unter allen Umständen zu verteidigen und zu schützen wissen. Ich bin überzeugt, daß die jetzige Krisis in nicht allzu langer Zeit überwunden sein wird, wenn Regierung und Volk in schicksalhafter Verbundenheit zusammenhalten. (D)

Hat ein Teil der Danziger Bevölkerung teilweise aus Angst oder auch teilweise aus innerem Gegensatz zu uns durch den Ankauf von Devisen und Gold und durch die Abhebung ihrer Bank- und Spareinlagen bewiesen, daß sie nicht in der Lage ist, in Zeiten der Not und Gefahr durch Zu-

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) rückstellen des Egoismus und der Persönlichkeit dem Volksganzen zu dienen und ist die Bevölkerung nicht selbst so einsichtig, daran zu glauben, daß wir die Zügelführung nicht um unserer selbst willen, sondern um der besseren Zukunft der Bevölkerung willen in einer bestimmten Linie in der Hand behalten, so werde ich die Bevölkerung zwingen, einzusehen, daß wir es gut und ehrlich meinen. (Abg. Weber: Durch Zwang?) Mag sie auch heute und morgen schimpfen, über kurz oder lang wird eine ruhigere und vernünftigere Zeit über diesen Zeitabschnitt der Danziger Geschichte gerecht urteilen.

Die gestern abend beschlossenen Gesetze und Erlasse, welche den An- und Verkauf von Devisen und Gold unter Aufsicht stellen und die Ablieferung von Gold und Devisen an die Danziger Notenbank erzwingen, sind Gesetze der härtesten Not. Greifen sie in das Schicksal einzelner Staatsbürger ein, so spielt das für mich keine Rolle, denn das Schicksal Danzigs und seiner Bevölkerung ist mir wichtiger als Einzelschicksale. In Zeiten der Not kann man nicht Rücksicht auf papierne Gesetze und Paragraphen nehmen; denn Not beugt nicht nur Theorie, sondern bricht auch Eisen. Und wer da glaubte, seinem Gefühl Ausdruck geben zu müssen, die Danziger Regierung könne diese Situationen nicht meistern, der möge wissen, daß Männer, die mehr als einmal in 4½ Kriegsjahren mit dem Grauen und dem Tode Freundschaft geschlossen hatten, auch heute bereit sind, wieder um ihres Volkes willen alles zu wagen und in der Not für
(B) dieses Volk auch Eisen zu brechen. (Beifall und Händeklatschen. — Abg. Weber: Hoffentlich bricht nicht noch mehr!) Wahrscheinlich werden Sie dann zuerst brechen.

Der Senat ist sich dessen bewußt, daß die Währungspolitik zur Aufrechterhaltung der Danziger Guldenwährung und seiner Stabilität große Opfer von der gesamten Danziger Bevölkerung erfordert und daß diese Politik nicht anhält vor dem Schicksal des Einzelnen. Genau so wie der Wirtschaftler in seiner ganzen Kalkulation und Geschäftsgebarung davon betroffen ist, wird auch andererseits jeder einzelne Staatsbürger, ganz gleich in welchem Verhältnis und in welchem Zusammenhang er mit der Wirtschaft steht, von diesen Maßnahmen erfaßt. Diese revolutionäre Tat der Guldenabwertung mit allen ihren Folgeerscheinungen erfordert eine wirtschaftliche Umstellung bezüglich der Lebenshaltung jedes Einzelnen. Die Regierung, die eine Volksregierung sein will, kann ihrer Gesamteinstellung nach naturgemäß nicht Opfer von der Gesamtheit und jedem Einzelnen verlangen, wenn sie nicht zum mindesten in der Opferleistung der Gesamtheit vorangeht. Ebenso, wie die Gesamtheit von der Guldenabwertung betroffen ist, ist naturgemäß auch der Haushalt des Staates und der Stadt davon betroffen. Ebenso wie sich in Zukunft jeder Einzelne wird nach der Decke strecken müssen, wird auch die Regierung in Einnahmen und Ausgaben mehr als bisher auf peinlichste Sparsamkeit achten müssen. (Das ist sehr nötig! links.) Es wird damit zu rechnen sein, daß die Einnahmeseite der gesamten Haushaltspläne nicht in dem erforderlichen Umfange, wie in den zurückliegenden Jahren Einnahmen aufweisen werden. (Sehr richtig! links.) Infolgedessen (C) sieht sich die Regierung veranlaßt, vorsorglich Sparsamkeitsmaßnahmen ins Auge zu fassen in einem Umfange, wie es bisher bei Danziger Regierungen noch nicht in Frage gekommen ist. Es wird notwendig sein, bei den laufenden und einmaligen Ausgaben, die insbesondere durch die Guldenabwertung gelitten haben, noch weitere Absetzungen vorzunehmen. Die Haupterspanismöglichkeiten werden nach wie vor, wie bei jedem Etat, auf der Ausgabenseite bei den Personal- und sachlichen Ausgaben zu finden sein. Ich habe nie, auch den zuständigen Beamtenvertretern gegenüber, darüber einen Zweifel gelassen, daß nach sachlichen Gesichtspunkten gesehen die Danziger Behörden zum Teil überorganisiert sind. Es ist dieses darauf zurückzuführen, daß man bei Beginn des Freistaates die Autonomie in großzügigster Weise ausgebaut hat, ohne daran zu denken, daß dieser kleine Staat, dem einige Haupteinnahmequellen fehlen, die jedem autonomen Staat zur Verfügung stehen, auf Grund der besonderen Lage und der abgeschlossenen Verträge, gar nicht in der Lage sein kann, einen so großen Verwaltungsapparat auf die Dauer aufrecht zu erhalten. (Abg. Weise: Warum ging es denn bisher?) Ich bin mir im Klaren darüber, daß Einsparungsmöglichkeiten auf diesem Gebiete zum Teil abhängig sind von einer Abänderung der Verfassung. Ich werde der Opposition Gelegenheit geben, zu den hierzu erforderlichen Gesetzentwürfen Stellung zu nehmen. Wenn die Opposition ihre Mitarbeit in der Stunde der Not dem Staate gegenüber versagen sollte, so werden andere Wege gesucht werden müssen, um den Staat vor Schaden zu bewahren. (Das hätte vorher gemacht werden müssen! links.) Bei einer Durchführung der in Aussicht genommenen Maßnahmen wird es sich weiter darum handeln müssen, die sozial schlechter gestellten Schichten des Behördenpersonals schonend zu behandeln. So denke ich mir bei den Angestellten lediglich einen Abbau in geringerem Umfange, während ich bei den Lehrern an eine Einsparung von mindestens 100 und bei den Beamten an eine Einsparung von mindestens 500 Stellen denke. Vielleicht wird es auch gar nicht einmal eines besonderen großen Hinweises an einzelne Teile der Beamtenschaft bedürfen, um sie davon zu überzeugen, daß die Gelegenheit, außerhalb der Danziger Landesgrenzen eine wirtschaftliche Besserstellung als in Danzig selber zu erreichen, einmalig und nie wiederkehrend ist.

Der Senat wird sich aber auch auf die Dauer außerstande sehen, denjenigen Pensionären, die in ihren Bezügen rechtlich und finanziell nicht ohne weiteres von der Freien Stadt Danzig, sondern von Deutschland abhängen, die Weiterzahlung ihrer Bezüge vollkommen aus eigener Kraft zu garantieren. Ein großer Teil dieser Kreise wird sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, im deutschen Reichsgebiet, vielleicht in der Nähe von Danzig oder an irgendwelchen anderen Orten, die ausgesucht werden können, die rechtlich vom Reich zu zahlenden Rentenbezüge zu verzehren. (Abg. Weise: Hört, hört!) So hart diese Maßnahme fürs erste erklingen mag, wird sie sich nach erfolgter Ausführung doch anders ansehen, denn (D)

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) das Reich, welches für die Sicherung dieser Bezüge zuständig ist, wird seinen Verpflichtungen diesen Kreisen gegenüber ohne weiteres nachkommen.

Die Freie Stadt Danzig stellt auch mit Freude fest, daß benachbarte Länder die Möglichkeit finden, ihre Arbeitslosenziffer prozentual in einem größeren Umfange herabzudrücken, als es Danzig mit seinen beschränkten Mitteln zu leisten vermag. Wir werden deshalb darauf bedacht sein müssen, mehr noch als bisher Erwerbslose ausfindig zu machen, die sich freiwillig bereit erklären, eine Arbeit, die ihnen außerhalb der Danziger Landesgrenzen angeboten wird, anzunehmen. Die Einleitung derartiger Maßnahmen wird natürlich nur dann Zweck haben, wenn mehrere 1000 Arbeitslose den Ernst der Situation klar erkennen und lieber Arbeit außerhalb Danzigs zu einem vollgültigen Tariflohn verrichten, als hier in Danzig einen theoretischen Anspruch auf Zuteilung von Arbeit zu besitzen.

Im Zusammenhang damit wird erwogen werden müssen, ob nicht ebenso, wie seiner Zeit eine Ueberführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes in die Wege geleitet werden konnte, auch teilweise der Staatliche Hilfsdienst, soweit seine Mitglieder einer solchen Maßnahme freiwillig zustimmen, denselben Weg gehen könnte. Die Angehörigen des Freiwilligen Arbeitsdienstes, der früher einmal in Danzig bestanden hat, fühlen sich nach übereinstimmenden Berichten in ihrer neuen deutschen Heimat absolut wohl und ich glaube, auf diesem (B) Gebiet gerade den jungen Arbeitsdienstfreiwilligen einen Weg für ihr besseres Fortkommen weisen zu können, als wenn sie in Danzig verbleiben.

Die kulturelle Bedeutung eines Volkes ist mit das wichtigste Fundament für die geistige und seelische Erhaltung des Lebens. Es ist von jeher Aufgabe einer guten Staatsführung gewesen und wurde insbesondere von nationalsozialistischer Seite immer wieder betont und hervorgehoben, daß die Kultur nicht Eigentum einer bevorrechtigten Schicht des Volkes sein darf, sondern daß sie Allgemeingut desselben werden muß. Die Bestrebungen gerade auf diesem Gebiet in Deutschland und auch in Danzig weisen eine Fülle ungeheurer Leistungsarbeit auf und wenn ich nun hier in aller Oeffentlichkeit und Deutlichkeit die Forderung erhebe, daß selbst auf diesem Gebiete vor Eingriffen und Sparsamkeitszugriffen nicht Halt gemacht werden darf, so mag Ihnen allen und der gesamten Danziger Bevölkerung diese Tatsache als solche den Beweis erbringen, daß wir gewillt sind, in dieser kritischen Situation unerbittlich durchzugreifen und daß wir den Mut haben, auch auf diesem Gebiete Forderungen zu erheben und durchzusetzen. (Zuruf des Abg. Weber.) Ich kann mir nicht vorstellen, daß alle Fakultäten der Danziger Technischen Hochschule eine unbedingte Voraussetzung für die geistige und kulturelle Größe der Freien Stadt bedeuten. Die Hochschule als solche hat bestimmt mit den allerbesten Ruf in der Technik und der Geisteswissenschaft über die Grenzen Danzigs hinaus. Aber da, wo die Erhaltung des Staatsganzen zwingende Notwendigkeit wird, darf man auch an dieser Kulturstätte und an ähnlichen, wie z. B. an der Hochschule für Lehrerbildung, (C) nicht vorübergehen.

Einen Mittelpunkt geistigen Lebens und deutscher Kultur bildete von jeher das Theaterwesen. Gerade Danzig nach seiner Abtrennung vom Mutterlande legte Wert darauf, in seinem Stadttheater, das erst von der nationalsozialistischen Regierung zum Staatstheater erhoben wurde, einen geistigen Mittelpunkt für das Deutschtum des Ostens in dieser Einrichtung zu besitzen und diesen Mittelpunkt weiter auszubauen. Gerade diese richtige Erkenntnis hat dazu geführt, diesem geistigen Mittelpunkt einen äußerlich würdigen Rahmen durch den Neuaufbau dieses Theaters zu geben. Vielleicht ist es tragisch, daß gerade bei diesem Neuaufbau und insbesondere eine Regierung, die von sich aus planmäßig die Schaffung dieser geistigen Zentralisation gefördert und durchgeführt hat, der Gedanke wird erwogen werden müssen, auch bei dieser Kulturstätte Sparsamkeitsforderungen anmelden zu müssen. Es soll heute nicht die Forderung erhoben werden, das Theater vollkommen zu schließen, sondern es soll nach Mitteln und Wegen gesucht werden, um dieses Instrument deutscher Kultur der abgetrennten deutschen Volksseele, wenn auch nicht in vollem, so doch in einem beschränkten Umfange zu erhalten. (Zuruf links.) Auf jeden Fall darf aber das kulturelle Streben eines Staates nicht Hindernis sein für die Erhaltung des Staatsganzen.

Es kann nicht die Aufgabe meiner Ausführungen sein, alle Sparmaßnahmen und Sparmöglichkeiten erschöpfend zu behandeln. Die Senatsabteilungen sind bereits damit beschäftigt, jeden einzelnen Etatsansatz unter dem Gesichtswinkel schärfster Sparsamkeit einer eingehenden Nachprüfung zu unterziehen. Das Ergebnis dieser Bemühungen wird nach Fertigstellung der Arbeiten, die mit größter Beschleunigung betrieben werden, bekannt gegeben werden. (D)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch darauf hinweisen, daß der Senat das Ergebnis seiner Etatsberatungen, die infolge der Devalvation z. T. auf eine ganz neue Grundlage gestellt werden müssen, unter Beobachtung der verfassungsmäßigen Notwendigkeiten vor den Volkstag bringen wird. Die Regierung hat an ihrer Finanzgebarung nichts zu verbergen und sie hat auch die Kritik an ihren Maßnahmen nicht zu fürchten.

Der Senat ist sich darüber im klaren, daß seine Vorhaben tief einschneidende Maßnahmen in das öffentliche Leben bedeuten und daß diese Maßnahmen alles andere als populär sind. Wie ich eingangs bereits klargelegt habe, darf der Chef einer Regierung und der Führer eines Staates jedoch seine Absichten nicht leiten lassen von der Kritik einer noch durch Parteien zerrissenen Bevölkerung, sondern muß den Weg und das Ziel, welche er als richtig erkannt hat, klarlegen und an den gesunden Instinkt der Bevölkerung appellieren. Die Regierung kann auf diesem Wege nicht allein gehen, sondern sie muß der Unterstützung aller aufbauwilligen Kreise und Kräfte gewiß sein. Diese Unterstützung darf nicht an die Schranken einer Partei oder an die Bindungen und an die Grenzen eines Parlaments gebunden sein. Wenn auch in Danzig die Verfassung der Freien Stadt be-

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) stimmte Bindungen und Grenzen vorschreibt, scheint es mir trotzdem nicht unmöglich zu sein, alle gutwilligen Kräfte in die Marschrichtung dieses Weges zu bringen. Ich bin absolut bereit, mit jedem zusammenzuarbeiten, der sich seiner Verantwortung gegenüber seiner Heimat Danzig bewußt ist. Die Regierung braucht eine Kritik der Bevölkerung nicht zu scheuen. Kritik darf jedoch nicht nur negativ, verneinend und herabziehend sein, sondern sie muß da, wo sie geübt wird, auch die Möglichkeit haben, anstelle des negativ Kritisierten etwas besseres vorzuschlagen. (Sehr richtig!) Eine von politischen parlamentarischen Parteien gebundene Kritik hat bisher nicht zeigen können, daß sie in der Lage ist, bessere Wege zu weisen. (Abg. Weber: Die haben Sie nicht reden lassen!) Ich bin deshalb einer solchen Kritik gegenüber nicht ängstlich, aber skeptisch. Ich glaube, m. H. von der Opposition, Ihnen auch früher bewiesen zu haben, daß ich in Kampfzeiten nicht ängstlich gewesen bin und ich werde Ihnen jetzt beweisen, daß ich es heute noch viel weniger bin. (Beifall bei den Nationalsozialisten.) Trotz dieser skeptischen Einstellung bin ich jedoch bereit, den Parteien Gelegenheit zu geben, ihre Parteiinteressen hinter denen des Gesamtwohles zurückzustellen und positive Kritik zu üben. Aus diesem Grunde werde ich auch Veranlassung nehmen, den Herrn Polizeipräsidenten anzuweisen, das ausgesprochene Verbot der Danziger Volksstimme mit Ablauf dieses Monats abzukürzen. (Hört, hört! links.) Es wird von dieser Oppositionszeitung selbst und der von ihr vertretenen Partei abhängen, ob sie von diesem Rechte einer (B) positiven Kritik Gebrauch machen wird oder nicht. Mit demagogischen Phrasen, mit der Spekulation auf die niedrigen Instinkte einer durch soziale Gegensätze aufgebauschten Leidenschaft ist Danzig nicht zu retten. (Sehr richtig! links.)

Präsident: Herr Abg. Brill, ich fordere Sie auf, den Herrn Präsidenten des Senats nicht zu unterbrechen. Ich habe bereits einmal davor gewarnt.

Greiser, Präsident des Senats: Ich habe früher in den Jahren, als ich mit zwölf nationalsozialistischen Abgeordneten in diesem Hause saß, bewiesen, daß ich mit der gesamten Opposition fertig wurde. Es wäre lächerlich, wenn ich heute als Chef der Regierung und im Besitze der gesamten Autorität des Staates mit dieser lächerlichen Opposition nicht fertig würde. (Beifall bei den Nationalsozialisten. — Abg. Weber: Das war der Appell an die Mitarbeit! — Zwischenrufe — Abg. Weber: Wir werden sehen, wer zuletzt lacht!)

Präsident: Herr Abg. Weber, wegen fortgesetzter Störung der Ordnung **schließe ich Sie auf zwei Sitzungstage aus** und fordere Sie auf, den Saal zu verlassen.

Greiser, Präsident des Senats: Der Senat und seine Mitglieder und insbesondere diejenigen, die gleich mir väterlicherseits durch eine Jahrhunderte alte Tradition mit diesem Heimatboden Danzig verwurzelt sind, wissen, daß Danzigs Bevölkerung in der Stunde der Not bisher immer zusammengestanden hat und daß diese Danziger Bevölkerung noch nie den Nacken gebeugt hat. Seien wir uns dieser Jahrhunderte alten Tradition bewußt, seien wir nicht zaghaft und furchtsam, beugen wir auch diesmal den Nacken nicht. Wir haben es nicht vor (C) den Kräften getan, die vor und bei der Abtrennung unserer Heimat unser Deutschtum anzweifeln wollten und werden es auch nicht vor jenen Kräften tun, die glauben, heute sei die Stunde gekommen, in welcher ihnen Danzig hörig werden müßte. Nec temere, nec timide gehen wir als Danziger den vom Schicksal vorgezeichneten Weg. Drücken uns auch materielle Sorgen, so lassen wir uns nicht niederzwingen; im Gegenteil, wir werfen den Kopf in den Nacken, tragen das Haupt stolzer noch als zuvor und gehen, wenn auch schwer beladen, doch aufrechten Schrittes und als freie Staatsbürger den Weg in die bessere Zukunft. Glaubt jemand, die Last selbst nicht tragen zu können, so werden Kameraden sich finden, die sie mittragen helfen. Wird jemand auf diesem Wege krank, so wird es Hände geben, die pflegen und heilen werden. Glaubt aber jemand aus Böswilligkeit und Gehässigkeit gegen unsere Weltanschauung diesen Weg ablehnen zu müssen, so mag er die Verantwortung mit sich selbst ausmachen, daß er unsere Heimat in einer der schwersten Zeiten ihrer Geschichte im Stich gelassen hat. Wir aber als Soldaten des großen Krieges und als Bannerträger des deutschen Volkes stehen aufrecht auch in dieser Zeit. Um uns geschart eine Gefolgschaft, traditionsbewußt und trotzig, die bereit ist, nicht nur dem Gegner die Zähne zu zeigen, sondern auch das Schicksal auf ihre Schultern zu nehmen, um Danzig sich selbst und damit dem Deutschtum zu erhalten. (Andauernder Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Im Aeltestenausschuß ist besprochen (D) worden, ob die Aussprache sofort oder später stattfinden sollte. Die Nationalsozialisten stellten im Aeltestenausschuß den Antrag, zuerst das Gesetz abzuwarten, das der Herr Präsident des Senats ankündigen wird und das dem Volkstag spätestens in 2 Wochen zugehen soll, um dann bei der Besprechung dieses Gesetzes die Regierungserklärung mitzubesprechen. Der sozialdemokratische und der Zentrums-Vertreter beantragten, ein bis zwei Tage Pause einzulegen. Es muß deshalb hier darüber abgestimmt werden, was der Volkstag beschließt. — Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abg. Moritz.

Moritz, Abgeordneter (S.P.D.): Da durch den Herrn Senatspräsidenten im Rundfunk und in der Presse eröffnet worden war, daß den parlamentarischen Vertretern der Opposition Gelegenheit gegeben werden solle, zu den Ausführungen der Regierungserklärung Stellung zu nehmen, beantrage ich Besprechung der Regierungserklärung und Vertagung der Sitzung auf Freitag, nachmittag 3½ Uhr, mit der Tagesordnung: Besprechung der Regierungserklärung.

Ich glaube, daß dieser Antrag angenommen werden kann; denn nach den eigenen Worten des Herrn Senatspräsidenten fürchtet ja die Regierung keinerlei Kritik. Es dürfte deshalb im Interesse des Freistaates liegen, recht bald die Aussprache der Regierungserklärung anzusetzen.

Präsident: Es liegen also zwei **Anträge** vor, der eine, den ich zuerst bekanntgab, die Sitzung für einen Zeitraum bis längstens zwei Wochen zu vertagen, bis das angekündigte Gesetz dem Volkstag vorliegt und der andere, die Sitzung auf Frei-

(Präsident)

(A) tag nachmittags ½4 Uhr zu vertagen. Beide Anträge betreffen die Besprechung der Regierungserklärung. Ich werde über den zweiten Antrag zuerst abstimmen lassen. Wer dafür ist, daß die Besprechung der Regierungserklärung Freitag dieser Woche nachmittags ½4 Uhr stattfinden soll, bitte ich, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. Das Letztere ist die Mehrheit. Damit ist der zweite Antrag angenommen.

Mir liegt noch ein weiterer **Antrag** vor, auf die heutige Tagesordnung die Drucksache Nr. 8 zu setzen, die sämtlichen Abgeordneten zugegangen ist. Wer dafür ist, daß diese Drucksache heute behandelt wird, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. — Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung gegen den Abg. Steinbrück.

Drucksache Nr. 8. Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abg. Dr. Stachnik. (Abg. Dr. Stachnik: Zu diesem Punkte nicht!) Wortmeldungen liegen zu Drucksache Nr. 8 nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer dem Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung und Urteilsvollstrekkung gegen den Volkstagsabgeordneten Karl Steinbrück in Drucksache Nr. 8 zustimmt, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen. Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Dr. Stachnik das Wort. (B)

Dr. Stachnik, Abgeordneter (Z.): Wir nahmen an, daß wir heute in die Besprechung der Regierungserklärung eintreten würden. Da das nicht geschieht, möchte ich im eigenen Namen und im Namen von 24 andern Abgeordneten folgenden Antrag überreichen:

Der Volkstag wolle beschließen:
Der Volkstag beschließt seine Auflösung.

(Bravo! links. — Lachen rechts! Sehr naive Anträge! bei den Nationalsozialisten.)

Präsident: Ich habe den Antrag entgegengenommen. Vor der Verhandlung dieses Antrages sind die durch die Verfassung vorgeschriebenen Fristen einzuhalten. — Damit sind wir am Schluß der Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 18 Uhr 15 Minuten.)

(A)

5. Sitzung.

Mittwoch, den 26. Juni 1935.

Klein (Z.) zur Geschäftsordnung . . . 27 C
Geschäftliches . . . 27 C
Mitteilung von der Amtsniederlegung des Senators von Wnuck . . . 27 D
Bericht des Aeltestenausschusses über den Antrag des Senats auf Genehmigung zur **Strafverfolgung und Vollstreckung gegen einen Abgeordneten** (Drucksache Nr. 15) zu Drucksache Nr. 7 27 D
Kurowski (Z.) . . . 27 D
Erste, zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfs zur **Abänderung des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung der Volkstagsabgeordneten und nebenamtlichen Senatoren** (Drucksache Nr. 16) . . . 28 B
Moritz (S.P.D.) . . . 28 C
Höhn (Z.) . . . 30 A
Langnau (K.P.) . . . 30 C
Moritz (S.P.D.) zur Geschäftsordnung . . . 31 A
Erste, zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfes betr. **die Rechtsstellung von Beamten und Lehrkräften** (Drucksache Nr. 12) . . . 31 B
Damit verbunden:
Erste, zweite und dritte Beratung eines Gesetzes **betr. vorzeitige Versetzung von Beamten und Lehrern in den Ruhestand** (Drucksache Nr. 13) 31 B
(B) Dr. Draeger, Staatsrat . . . 31 B
Beyl (N.S.D.A.P.) . . . 32 B
Brill (S.P.D.) . . . 34 C
Dr. Stachnik (Z.) . . . 38 D
Weise (Gruppe Weise) . . . 42 B
Plenikowski (K.P.) . . . 43 D
Budzynski (P.) . . . 44 D
Greiser, Präsident des Senats . . . 45 D
Zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes über die **Aufwandsentschädigung der Volkstagsabgeordneten und nebenamtlichen Senatoren** (Drucksache Nr. 16) . . . 49 C
Moritz (S.P.D.) zur Geschäftsordnung . . . 49 C
Abänderungsantrag des Abg. Dr. Stachnik u. Fr. zu Drucksache Nr. 16 . . . 49 D
Namentliche Schlußabstimmung über Drucksache Nr. 16 . . . 50 A
Moritz (S.P.D.) zur Geschäftsordnung . . . 50 A
Plenikowski (K.P.) zur Geschäftsordnung . . . 50 B
Brill (S.P.D.) zur Geschäftsordnung . . . 50 C
Namentliche Schlußabstimmung über Drucksache Nr. 12 . . . 51 A
Namentliche Schlußabstimmung über Drucksache Nr. 13 . . . 51 B
Brill (S.P.D.) zur Geschäftsordnung . . . 51 C
Vertagung . . . 51 D

Die Sitzung wird 17 Uhr 45 durch den Präsidenten von Wnuck eröffnet.

Am Regierungstisch: Präsident des Senats Greiser, stellvertretender Präsident des Senats Huth, Senatoren Batzer, Boeck, Dr. Kluck, Rettelsky, Dr. Wiercinski-Keiser, Polizeipräsident Froböß, Senatsrat Böttcher, Staatsrat Dr. Draeger, Hauptmann und Adjutant Kölle, Landgerichtsdirektor Wohler, Landgerichtsrat Dr. Moebes.

Präsident: Ich eröffne die 5. Vollsitzung des Volkstages. Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Klein das Wort.

Klein, Abgeordneter (Z.): Wir beantragen, der (C) Senat wolle dahin wirken, daß die Maßnahme der zwangsweisen Arbeitsvermittlung nach Deutschland sofort wieder aufgehoben wird und daß die Erwerbslosen sofort wieder ihre Unterstützung erhalten. (Früher wurden sie nach Brasilien geschickt, das war wohl besser! bei den Nationalsozialisten.) bzw. daß ihnen eine Arbeit im Freistaat Danzig nachgewiesen wird.

Präsident: Wünscht noch jemand das Wort zur Geschäftsordnung? — Dann kommen wir zur Feststellung der Tagesordnung. Die Tagesordnung liegt den Abgeordneten ja gedruckt vor. Zu Punkt 1 schlägt die Nationalsozialistische Fraktion vor, den Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Volkstagssitzung zu setzen, ihn also heute abzusetzen. (Welchen? beim Zentrum.) Den Punkt 1 der heutigen Tagesordnung, weil die Nationalsozialistische und wahrscheinlich auch die anderen Fraktionen zu diesem Vertrag, der nur im Volkstag ausliegt, kaum werden Stellung nehmen können. Widerspruch erhebt sich nicht, dann ist Punkt 1 von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, muß ich noch die Genehmigung des Volkstages einholen, daß zu Punkt 3, 4 und 5 die Fristen gekürzt werden und sämtliche drei Lesungen der betreffenden Vorlagen heute stattfinden. Wer dafür ist, daß die Punkte 3, 4 und 5 der Tagesordnung in sämtlichen drei Lesungen erledigt werden, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen. Gemäß Rücksprache im Aeltestenausschuß ändere ich die Tagesordnung dementsprechend, daß Punkt (D) 4 und 5 in der Aussprache zusammengezogen und gleichzeitig mit der Besprechung der Regierungserklärung verbunden werden, die vor 14 Tagen abgegeben wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung teile ich mit, daß der Senat dem Volkstag folgendes mitteilt:

> Herr Senator von Wnuck hat am 22. ds. Mts. sein Amt als Mitglied des Senats der Freien Stadt Danzig niedergelegt.

Ich rufe dann auf Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht des Aeltestenausschusses über den Antrag des Senats auf Genehmigung zur Strafverfolgung und Vollstreckung gegen einen Abgeordneten.

Drucksache Nr. 15 zu Nr. 7. Das Wort hat der Herr Abg. Kurowski.

Kurowski, Abgeordneter (Z.): Ich möchte mir erlauben, ein paar kurze Bemerkungen zu Punkt 2 der Tagesordnung zu machen. Wie Sie aus der Tagesordnung ersehen, handelt es sich um die Strafverfolgung gegen einen Abgeordneten. Es ist dies der Abg. Posack, der der Zentrumsfraktion angehört. Angeblich soll er auf einer Wahlversammlung, die vor einigen Monaten, also jedenfalls vor den Wahlen stattgefunden hat, (Januar, das war keine Wahlversammlung! bei den Nationalsozialisten.) — Sie wissen gut Bescheid, Ihre Fraktion scheint gut informiert zu sein —, Ausführungen gemacht haben, in denen eine Beleidigung der Regierung erblickt wird. Was er gesagt hat, ist mir nicht bekannt, jedenfalls haben zahlreiche Mitglieder der Versammlung bekundet, daß irgendwelche Aeußerungen, die als Beleidigung der Regierung anzusehen sind, nicht gefallen sind. Wie dem auch sei, an sich hat ja die Strafverfol-

(**Kurowski**, Abgeordneter)

(A) gungsbehörde das Recht, wenn irgendein Verdacht gegen eine Person laut wird, die Anlaß zu einer Strafverfolgung bietet, den Volkstag zu ersuchen, die Immunität zum Zwecke der Durchführung der Strafverfolgung aufzuheben. Das ist auch hier geschehen, nur die Stellung des Volkstages ist eine etwas eigenartige.

Zweifellos steht für uns alle fest, daß es sich, wenn überhaupt ein Delikt vorliegen sollte, um ein rein politisches handelt, ein Delikt, dessen sich wahrscheinlich — ich will niemand beschuldigen — die Mitglieder der Nationalsozialistischen Fraktion, so nehme ich an, denn es hat vieles in der Oeffentlichkeit dafür gesprochen, sehr häufig schuldig gemacht haben. M. H.! Wir haben in solchen Fällen die Strafverfolgung eines Abgeordneten immer abgelehnt, gleichgültig, ob es sich um einen Kommunisten, Zentrumsabgeordneten, Sozialdemokraten oder einen Nationalsozialisten handelt, denn in der Beziehung sind uns natürlich alle Abgeordnete gleichwertige Persönlichkeiten. Wir wissen, daß es gerade in Wahlversammlungen und politischen Versammlungen vorkommt, daß Bemerkungen gemacht werden, die diesem oder jenem nicht gefallen, vielleicht auch einmal einem Mitglied der Regierung nicht. Dazu hat aber der Redner, besonders wenn er Abgeordneter ist und in politisch exponierter Stellung steht, ein Recht, das man ihm nicht ohne weiteres verwehren kann. Jedenfalls sollte man ein derartiges Recht nicht unterbinden durch strafrechtliche Verfolgung. Das ist bisher immer der Standpunkt des Volkstages gewesen, von dem hier nun abgewichen wird, und

(B) zwar gerade deshalb, weil ich annehme, weil es sich um ein Mitglied der Opposition handelt.

Herr Abg. Posack scheint ja überhaupt der Regierung nicht gerade sehr angenehm zu sein, aus welchem Grunde, ist nicht ganz klar. So schwebt gegen ihn ein Disziplinarverfahren wegen einer ganz kleinen Angelegenheit. Dies Disziplinarverfahren schwebt, glaube ich, beinahe ein Jahr. Es ist schade, daß heute niemand von den Herren da ist, der mit den Beamtenangelegenheiten und Disziplinarsachen zu tun hat. Sonst wäre es angebracht, wenn die Herren die Erklärung entgegennehmen und nachforschen würden, woran es liegt. Es soll eine Verfügung des Präsidenten des Senats vorliegen, nach welcher grundsätzlich Disziplinarverfahren niemals länger als drei Monate dauern sollen. Das ist eine sehr vernünftige Verfügung, weil die Beamten wissen sollen und müssen, woran sie sind. Ich wollte mir diesen Hinweis im Zusammenhang mit der Strafverfolgung erlauben, um die Vertreter des Senats darauf aufmerksam zu machen, damit sie nachforschen, woran es liegt, daß derartige Sachen verschleppt werden.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Ausschußantrag auf Drucksache Nr. 15 auf Genehmigung der Strafverfolgung und Vollstreckung zustimmt, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen. Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Erste, zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung der Volkstagsabgeordneten und nebenamtlichen Senatoren vom 2. Februar 1923. (C)

Drucksache Nr. 16. Die Nationalsozialistische Fraktion schlägt vor, für sämtliche drei Lesungen die Redezeit auf eine Stunde für sämtliche Fraktionen zu beschränken. Wer für Annahme dieses **Antrages** ist, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Demnach haben die Nationalsozialisten 36 Minuten, die Sozialdemokraten 10, das Zentrum acht, die Gruppe Weise drei und die anderen Gruppen zwei Minuten. — Das Wort hat der Herr Abg. Moritz.

Moritz, Abgeordneter (S.P.D.): M. D. u. H.! Der zur Beratung stehende Antrag ist weder nach seiner Reihenfolge noch nach der von dem jetzigen Volkstag geschaffenen Geschäftsordnung heute hier zur Besprechung zulässig; denn nach § 19 der Geschäftsordnung sollen alle Vorlagen — sogar Senatsvorlagen — in den Aeltestenausschuß gehen, der zu prüfen hat, ob sie zur Beratung kommen sollen. Das ist aber weder bei diesem jetzt zur Beratung stehenden Antrag, noch bei den Senatsvorlagen geschehen. Deshalb darf die Opposition wohl in Zukunft erwarten, daß mit ihren Vorlagen und Anträgen genau so verfahren wird.

Der Antrag auf Kürzung der Aufwandsentschädigungen für Abgeordnete lag ja gewissermaßen schon seit langer Zeit in der Luft; denn er liegt so ganz auf der Linie nationalsozialistischer Politik, die darauf abzielt, die Rechte des Volkstages einzuschränken, den Volkstag seiner Funktionen zu entkleiden und auch die Rechte der Abgeordneten zu kürzen. Diese Politik begann damit, (D) daß dem Volkstag sein Gesetzgebungsrecht genommen und auf den Senat übertragen wurde und wurde dadurch fortgesetzt, daß der Volkstag in Zukunft von jeder Gesetzgebung vollkommen ferngehalten werden soll und daß ihm jede Auskunft verweigert wird. Dann wurden die Gruppen, die nicht Fraktionsstärke hatten, aus dem Hause verwiesen, sie erhielten keine Beratungszimmer. Das Büro des Volkstages wurde derartig eingeschränkt, daß es seinen Aufgaben schon lange nicht mehr gewachsen ist. So konnte es vorkommen, daß ein eingebrachter Antrag wegen: „technischer Schwierigkeiten" erst acht Tage später geschrieben und verteilt werden konnte. Das Büro des Volkstages ist nicht einmal mehr in der Lage, die dem Aeltestenausschuß vorliegenden Anträge einmal abzuschreiben und den Aeltestenausschußmitgliedern mitzuteilen, und zwar nach den eigenen Worten des Herrn Präsidenten deswegen nicht, weil „das Büro mit tausenderlei Dingen beschäftigt" und deswegen überanstrengt ist. Seit 1½ Jahren erhalten die Fraktionen keinerlei Drucksachen und keine stenographischen Berichte mehr. Die für die Fraktionen gelieferten Drucksachen und Zeitungen werden ihnen nicht ausgehändigt, die Fraktionen werden einfach auf den Weg des direkten Abonnements verwiesen. Sogar die monatlich erscheinenden Tätigkeitsberichte des Völkerbundes sind seit Mitte 1933 den Fraktionen nicht mehr zugestellt, sondern nach schriftlicher Auskunft des Herrn Präsidenten eingestampft worden. Es hat erst eines sehr energischen Schriftwechsels bedurft, um jetzt wieder die Verteilung dieser Berichte an die Fraktionen zu gewährleisten. Die früher den

(**Moritz**, Abgeordneter)

(A) Fraktionen vom Senat gelieferten Gesetzblätter und Staatsanzeiger sind vom Volkstag ausdrücklich abbestellt worden. Die Bibliothek des Volkstages ist auf Bruchteile ihres früheren Bestandes verringert worden. Es ist keine Auskunft darüber zu erhalten, wo diese aus der Volkstagsbibliothek entfernten Bücher untergebracht worden sind, damit die Abgeordneten sie unter Umständen dort einsehen können. Niemand weiß, wo die verschwundenen Bücher geblieben sind, es gehen darüber zwar so allerhand Gerüchte um, daß ein Teil dieser Bücher in gewisse Privatbibliotheken abgewandert wäre, aber wir haben darüber keine bestimmten zuverlässigen Angaben.

Präsident: Herr Abg. Moritz, wenn Sie hier so etwas sagen, dann bitte ich um ganz bestimmte und klare Angaben und ersuche Sie, derartig unklare Verdächtigungen zu unterlassen, die den Vorwurf einer Unterschlagung oder ähnliches enthalten. Ich bin gern bereit, in der nächsten Aeltestenausschußsitzung darüber ausführlich Bericht zu erstatten.

Moritz, Abgeordneter (S.P.D.): Es freut mich, daß meine Ausführungen wenigstens diesen Erfolg gehabt haben. — Das Bestreben der Nationalsozialisten, den Abgeordneten und Fraktionen auch noch die letzten Rechte in diesem Hause zu nehmen, fand in der Schließung des Volkstages seinen höchsten und letzten Ausdruck. Diese Schließung ist auch heute noch gültig; denn auch in dem neuen Volkstagshandbuch ist diese Bestimmung abgedruckt. Es ergibt sich daraus der groteske Zustand,

(B) daß dieses Haus am Tage dem öffentlichen Verkehr überlassen wird, daß es aber den gewählten Volksvertretern zur Ausübung ihrer Pflichten verschlossen ist; denn nach der Hausordnung ist uns nur gestattet, den Volkstag an Sitzungstagen und an Zahlungstagen zu betreten. Das besagt jedenfalls Punkt A 5 der Hausordnung. (Abg. Busch: Noch viel zu viel für Euch!) Die „Ihr und Euch" sind bekanntlich im Stall, ich weiß nicht, ob Sie dieses hohe Haus mit einem Stall vergleichen wollen. Wenn Abgeordnete der Opposition an anderen Tagen in das Büro oder in ihre Fraktionszimmer gelangen, dann ist das immer eine besondere Vergünstigung.

Jetzt hat der Herr Präsident aber noch angekündigt, daß den Fraktionen jetzt auch noch die Zimmer genommen werden sollen. Wir haben unsere Einwilligung dazu verweigert. Alle diese Maßnahmen sind darauf zugeschnitten und haben zur unausbleiblichen Folge, daß den Abgeordneten und Fraktionen erhebliche Mehrkosten dadurch verursacht werden, daß sie die Einrichtungen des Volkstages nicht mehr benutzen können. Die Summe, die die Abgeordneten eventuell infolge der Einschränkung der Sitzungen an ihren Aufwandsentschädigungen hätten einsparen können, müssen sie jetzt für andere Zwecke, wie Zeitungen, Bücher, Telefonanschluß, Geschäftszimmer usw. doppelt und dreifach aufwenden. Trotzdem werden wir diesem Antrag keinen Widerstand entgegensetzen, damit Sie nicht etwa sagen könnten, es ginge uns lediglich um die Aufwandsentschädigung, obwohl Sie nicht verkennen sollten, was dieser Antrag für uns bedeutet; denn durch Ihre Maßnahmen ist ja der größte Teil der Abgeordneten der Opposition aus ihren Arbeitsstellen herausgebracht worden. Ich weiß nicht, ob jeder von Ihnen in der gleichen Lage genau so viel Uneigennützigkeit aufbringen würde. Wenn es möglich gewesen wäre, diesen Antrag bereits früher einzubringen oder wenn es zulässig gewesen wäre, diese Kürzung der Aufwandsentschädigung allein für die oppositionellen Abgeordneten durchzusetzen, dann hätten Sie den Antrag schon längst eingebracht. Für viele von uns ist die Aufwandsentschädigung als Abgeordneter schon seit langem die einzige Einnahme, da sie fast durchweg maßregelungsweise aus ihren Arbeitsstellen herausgedrängt sind. Aber Sie haben solche Anträge nicht eingebracht, im Gegenteil, im vorigen Jahre wurde sogar eine Erhöhung der Bezüge der Abgeordneten, die gleichzeitig nebenamtliche Senatoren sind, durchgesetzt. Während solange die Aufwandsentschädigung als Abgeordneter auf die Bezüge als Senator voll angerechnet wurde, wurde durch Verordnung vom 29. Mai 1934 festgesetzt, daß die für Ausschuß-Sitzungen zustehenden Gebühren auf die Bezüge als nebenamtlicher Senator nicht zur Anrechnung kommen dürfen und es wurde darüber hinaus sogar festgelegt, daß für die vergangenen vier Jahre diese Ausschußsitzungs-Gebühren nachträglich gezahlt wurden.

(C)

Wenn Sie jetzt diese Vorlage mit Sparmaßnahmen begründen, dann wird man das Gefühl nicht los, als handle es sich dabei lediglich um einen wirtschaftlichen Schlag gegen die Opposition. Die nationalsozialistischen Abgeordneten befinden sich (D) ja durchweg in gut bezahlten Posten und außerdem werden sie kaum die Aufwandskosten haben, wie die Mitglieder der Opposition, weil Ihnen ja staatliche Einrichtungen zur Verfügung stehen, die den oppositionellen Abgeordneten nicht zugänglich sind. Dieser Antrag auf Herabsetzung der Aufwandsentschädigung dürfte auch kaum auf einem Beschluß der nationalsozialistischen Fraktion beruhen, sondern vielmehr gemäß dem Führerprinzip auf eine Anordnung des Herrn Gauleiters zurückzuführen sein. Es ist dabei von besonderem Reiz, einmal zu untersuchen, ob denn nicht durch die Einsparung von Abgeordnetendiäten an anderer Stelle dem Freistaat ein viel größerer Dienst hätte erwiesen werden können. Es hätte sich jemand da ein größeres Verdienst erworben, wenn er sich auch bei anderen Stellen für die in früheren Jahren so heftig geforderte Diätenkürzung verwandt hätte; denn in einem benachbarten Staat bezieht ein Mitglied des Staatsrates heute immer noch 1000 Mark monatlich, ein Mitglied des Reichstages immer noch 600 Mark monatlich (Abg. Temp: Die arbeiten mehr als Sie!), und wer beiden Körperschaften angehört, bezieht ja beides. Der Reichstag hat in zwei Jahren fünfmal getagt und hat während dieser Zeit seinen Abgeordneten eine Summe von 8,9 Millionen Reichsmark, das sind rund 11 Millionen Gulden alten Wertes oder 18,5 Millionen neuen Wertes, gezahlt. Das deckt sich ungefähr mit der Summe, die das deutsche Reich unserer hiesigen Landwirtschaft schuldig geblieben ist. (Eure Genossen haben Deutschland noch viel mehr abgenommen! rechts.) Mit dieser

(**Moritz**, Abgeordneter)

(A) Summe, die dort eingespart werden konnte, hätte dem Deutschtum in Danzig ein bedeutend größerer Dienst erwiesen werden können als mit der Kürzung der Volkstagsdiäten. (Von Devisenbestimmungen hat er keine Ahnung! rechts.)

Präsident: Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Moritz, Abgeordneter (S.P.D.): Die Zeit ist leider abgelaufen, so daß ich zu den Dingen leider nicht weiter Stellung nehmen darf.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Höhn.

Höhn, Abgeordneter (Z.): Namens der Zentrumsfraktion gebe ich folgende Erklärung ab:

Wir sehen in dem vorliegenden Gesetzentwurf den ersten Versuch, tatsächlich und wirksam zu sparen. Es wäre uns allerdings zweckmäßiger erschienen, wenn man auf diesen ersten Schritt nicht so lange hätte warten lassen. Wir möchten darauf hinweisen, daß bereits vor mehr als 1½ Jahren von uns eine Anregung hierzu gegeben worden ist. Es mögen wohl Gründe für dieses Zögern vorgelegen haben. Die Bevölkerung macht sich jedenfalls ihre Gedanken darüber, wenn sie einmal die Liste der N.S.D.A.P. durchsieht und dann überschaut, welchen Weg die meisten Kandidaten in den letzten 2 Jahren zurückgelegt haben. (Ei, ei, und Ihre erst! rechts.) Man spricht von einem kleinen „Opfer" das man ihnen nunmehr glaubt zumuten zu können.

Noch in einer anderen Hinsicht wird der Zeitpunkt, in dem die Vorlage eingebracht worden ist, in der Oeffentlichkeit mit besonderen Gefühlen aufgenommen. (B) Daß die N.S.D.A.P. ausgerechnet den Augenblick hierfür ausgesucht hat, wo sie wahrnimmt, daß große Massen fluchtartig ihre Reihen zu verlassen beginnen (Lachen rechts), hat wie ein sprechender Beweis der vielbetonten Selbstlosigkeit gewirkt. (Zurufe bei den Nationalsozialisten.)

Eines vermissen wir in dem Gesetz, was durchaus nicht nebensächlich ist. (Wer hat das ausgearbeitet? rechts.) Die Aufwandsentschädigung der unbesoldeten Senatoren hat zu der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten stets in einem bestimmten zahlenmäßigen Verhältnis gestanden. Die Ankündigung der Vorlage mit der Ueberschrift des Gesetzes, wie sie durch die Presse gegeben wurde, ließ im Volke die Meinung aufkommen, daß in gleichem Maße auch die Aufwandsentschädigung der Senatoren herabgesetzt werden solle. Erst eine genauere Durchsicht ließ etwas anderes erkennen, vielleicht auch nur für sachkundige und ganz aufmerksame Leser. Sie werden kein Verständnis dafür finden, daß es nicht geschehen soll. Wir möchten Sie auf die Gelegenheit hinweisen, das, was versäumt oder vergessen worden ist, noch nachzuholen. Zu diesem Zwecke überreichen wir hiermit einen Abänderungsantrag, der folgenden Wortlaut hat:

Abänderungsantrag

zur Drucksache Nr. 16 — Urantrag der Nationalsozialisten v. 21. 6. 35.

Der § 2 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Der Präsident des Volkstages erhält eine weitere Aufwandsentschädigung von 50,— G.

Der § 10 Ziffer b erhält folgende neue Fassung:

b) „Die übrigen Senatoren 50,— G monatlich."

Danzig, den 26. Juni 1935.

gez. Dr. Stachnik

u. d. übr. Mitgl. d. Zentrumsfraktion d. Volkstages.

Wir wollen unsern Hinweis aber nicht so gedeutet haben, als wollten wir uns an dem Zustandekommen des Gesetzes beteiligen. Sie haben immer wieder bewiesen, daß Sie praktisch unsere Mitarbeit nicht wollen. Wir möchten auch bei dieser Gelegenheit betonen, daß wir uns mit der Mehrheit des Danziger Volkes dahin einig sind, (Wo ist die Mehrheit? rechts.) daß der jetzige Senat in seiner Zusammensetzung uns nicht die Gewähr dafür bietet, daß die zum Zwecke der Sparmaßnahmen erlassenen Gesetze auch richtig angewandt werden. (Zuruf bei den Nationalsozialisten). Die heutigen Sparmaßnahmen im großen Umfang, deren Notwendigkeit wir anerkennen, können aber nur durchgeführt werden von einer Regierung und einem Volkstage, die das Vertrauen des Volkes besitzen. Die erste Notwendigkeit ist daher die sofortige Auflösung des Volkstages, um durch Neuwahlen eine Volksvertretung zu schaffen, die der wahren Volksmeinung entspricht. (Lebhafte Zwischenrufe.) (C)

Präsident: Es hat augenblicklich noch niemand das Wort! — Das Wort hat der Herr Abg. Langnau. Ich bitte um Ruhe!

Langnau, Abgeordneter (K.P.): Zur Drucksache Nr. 16 habe ich folgende Erklärung abzugeben. Herr Senatspräsident Greiser sprach in seiner Rede von der Spekulation auf die niedrigsten Instinkte. Diese Vorlage, die von den Nationalsozialisten eingereicht ist, ist so eine Spekulation. Es ist kennzeichnend, daß die Nationalsozialisten diese Vorlage als einzige nicht auf dem bisher üblichen Verordnungsweg verabschieden, sondern vom Volkstag beschließen lassen, Artikel 23 der (D) Danziger Verfassung lautet: „Die Abgeordneten erhalten Entschädigung nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes." Sinn dieser Bestimmung ist, es jedem Staatsbürger zu ermöglichen, als gewählter Vertreter des Volkes dessen Interessen in der ihm geeignetst erscheinenden Form zu vertreten. Das Amt eines Abgeordneten sollte nicht mehr das Recht der besitzenden Schichten der Bevölkerung bleiben. Es sollte selbst dem Arbeiter und Erwerbslosen die Möglichkeit zur Ausübung des Amtes gegeben werden. Der Arbeiter und Erwerbslose, ja nicht einmal ein Angehöriger des werktätigen Mittelstandes oder ein unterer Beamter kann von seinem Einkommen den Aufwand bestreiten, der zur wirklichen Ausübung der Amtstätigkeit eines Abgeordneten gehört z. B. den Verkehr mit den Wählern, das Halten von Zeitungen, Gesetzblättern, Porto usw. Diese Vorlage ist also nichts anderes als ein Ausnahmegesetz, das das Amt eines Abgeordneten nur Personen reservieren will, die besitzenden Kreisen angehören. Den minderbemittelten Abgeordneten soll die Möglichkeit der Ausübung ihres Mandates so gut wie unmöglich gemacht werden. Das entspricht aber nicht dem Sinn der Danziger Verfassung.

Wenn sich die nationalsozialistischen Abgeordneten auf das moralische Roß setzen wollen (Lachen), steht es jedem Abgeordneten, der über ein Einkommen von mehr als 400 oder 500 Gulden verfügt, frei, seine Entschädigung oder einen ähnlichen Betrag Herrn Senator Batzer zu übereignen. Wir werden trotz aller Schwierigkeiten ohne Rücksicht auf die Diäten weiter unsere Pflicht

(Langnau, Abgeordneter)

(A) im Interesse der werktätigen Klasse erfüllen. (Bravo! Zwischenrufe und Lachen.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Aussprache. Damit ist die erste Beratung dieses Gesetzentwurfs beendet. Ich würde vorschlagen, die zweite und dritte Beratung dieser Vorlage nach der Pause vorzunehmen, die nachher eingelegt wird, da die Punkte 4 und 5 der heutigen Tagesordnung anschließend dem Hauptausschuß überwiesen werden sollen und hier die zweite und dritte Lesung nach der Pause stattfindet. Widerspruch höre ich nicht; es ist so beschlossen. — Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Moritz das Wort.

Moritz, Abgeordneter (S.P.D.). Da die beiden anderen Vorlagen an den Hauptausschuß gehen, möchte ich bitten, auch diese Vorlage an den Hauptausschuß zu schicken. Sie haben eine Redezeit beschlossen, die für sämtliche drei Lesungen gilt, obwohl man nicht wußte, wann die zweite und dritte Lesung und ob eine Ausschußsitzung stattfinden würde. Weil keine ausreichende Möglichkeit zur Erörterung war, Sie haben selbst die Redezeit bei zwei Rednern verkürzen müssen, bitte ich zum mindesten, eine Ausschußbesprechung zuzulassen und beantrage deshalb die Ueberweisung dieser Vorlage an den Hauptausschuß.

Präsident: Die Punkte 4 und 5 sollten an den Hauptausschuß überwiesen werden, weil dazu verschiedene Fragen zu stellen und Antworten zu geben sind, die nicht vor das Volkstagsplenum gehören. Ich habe mir, als ich diese Drucksache Nr.
(B) 16 auf die Tagesordnung setzte, nicht vorstellen können, daß die drei Lesungen hintereinander nicht stattfinden könnten. Durch diesen Abänderungsantrag ist aber die Notwendigkeit entstanden, mit meiner Fraktion Rücksprache zu nehmen. Wenn der Volkstag es wünscht, habe ich nichts gegen die Ausschußüberweisung. Wer dafür ist, daß die Drucksache Nr. 16 dem Hauptausschuß überwiesen wird, bitte ich, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. Das Letztere ist die Mehrheit, die Ueberweisung ist abgelehnt.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Erste zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfs betr. die Rechtsstellung von Beamten und Lehrkräften.

Drucksache Nr. 12. Weiter rufe ich Punkt 5 auf:

Erste, zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfs betr. vorzeitige Versetzung von Beamten und Lehrern in den Ruhestand.

Drucksache Nr. 13. Ich eröffne für beide Drucksachen gemeinsam die erste Beratung, die gleichzeitig mit einer allgemeinen Aussprache über die Regierungserklärung verbunden ist. Das Wort hat als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Draeger.

Dr. Draeger, Staatsrat: Der Herr Präsident des Senats hat in der Regierungserklärung vom 12. Juni 1935 ausgeführt, daß eine Volksregierung von der Gesamtheit und von dem Einzelnen nur dann Opfer verlangen kann, wenn sie selbst in der Opferleistung der Gesamtheit vorangeht. Er hat weiter darauf hingewiesen, daß eine erhebliche Senkung auf der Ausgabenseite, insbesondere bei den Personalien, unvermeidlich ist, daß aber diese Einsparungsmöglichkeiten zum Teil abhängig sind von einer Abänderung der Verfassung. Von den Ihnen damals in Aussicht gestellten Gesetzesvorlagen sind Ihnen inzwischen zwei zugegangen. (C)

Zu Drucksache Nr. 13: Bereits im letzten Frühjahr hat der Senat durch besondere Sparkommissare die einzelnen Behörden einer eingehenden Prüfung unterzogen und hierbei erhebliche Kürzungen des Personaletats vorgenommen. Zur Zeit erfolgt eine, durch die Not der Zeit gebotene, noch schärfere Nachprüfung. Um hierbei eine wirksame Personalersparnis zu erreichen, wird auf den verschiedensten Gebieten ein Abbau der Aufgaben der einzelnen Behörden vorgenommen werden müssen.

Wie der Herr Präsident des Senats ausgeführt hat, soll aus sozialen Erwägungen der Abbau bei den Angestellten in geringerem Umfang vorgenommen werden als bei Lehrern und Beamten, bei denen eine Ersparung von 600 Stellen erfolgen soll. Der natürliche Abgang durch Tod und Pensionierung infolge Krankheit oder Erreichung der Altersgrenze reicht nicht aus, um eine so starke Verminderung des Beamtenkörpers vorzunehmen. Der ganze Erfolg der einschneidenden Sparmaßnahmen ist deshalb in Frage gestellt, wenn der Senat nicht in der Lage ist, notfalls überflüssig gewordene Beamte in den Ruhestand zu versetzen. Diese Möglichkeit soll ihm durch die Drucksache Nr. 13 gegeben werden, in der vorgesehen ist, daß zur Vereinfachung der Verwaltung und zur Herabsetzung der Beamten- und Lehrerstellen oder im Interesse des Dienstes Beamte und Lehrkräfte in (D) den Ruhestand versetzt werden können, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind.

Da es sich um eine einmalige Maßnahme handelt, sollen, so sieht das Gesetz vor, Pensionierungen dieser Art nur bis zum 31. März 1936 zulässig sein.

Daß das Gesetz nur angewandt wird, wenn wirklich eine Herabsetzung der Beamtenzahl erfolgt, verbürgt die Vorschrift, daß die so frei gemachten Stellen nicht mehr besetzt werden dürfen, also im Etat gestrichen werden müssen.

Der Absatz 2 des Gesetzes entspricht, wie überhaupt das ganze Gesetz, den im Deutschen Reich unter dem 23. Juni 1933 ergangenen Bestimmungen.

Die zweite Ihnen vorgelegte Gesetzesvorlage Drucksache Nr. 12 betrifft die Rechtsstellung von Beamten und Lehrpersonen. Wie Ihnen bekannt, ist ein Teil unserer Beamten früher im Dienst des Reiches oder Preußens gewesen; das sind hauptsächlich diejenigen, die am 10. Januar 1920 bei der Abtrennung Danzigs bereits Beamte waren und durch den Versailler Vertrag Danziger wurden. Den, früher im Reichsdienst gewesenen Danziger Beamten ist bei der Uebernahme zugesichert, daß sie mindestens die Bezüge erhalten, die für entsprechende Dienststellen im Reich oder Preußen vorgesehen sind. Die Vorschrift bedeutet nicht etwa, daß diese Beamten den Betrag erhalten, der sich durch Umrechnung des Reichsmarkgehalts über den jeweiligen Guldenkurs ergibt.

Ein Beamter, der im Reich z. B. monatlich 200,— RM. bekommt, kann in Danzig nicht etwa

(Dr. Draeger, Staatsrat)

(A) 200×212, also 424 Gulden verlangen. Die Bestimmung ist vielmehr so auszulegen, daß der Beamte kaufkraftmäßig so gestellt werden soll, wie ein reichsdeutscher. Er soll so viel erhalten, daß er mit dem hier ausgezahlten Gehalt genau so leben kann wie sein Kollege im Reich.

Durch die Abwertung des Guldens kann es nun eintreten — ich will hier nicht untersuchen, ob dieses schon jetzt der Fall ist —, daß ein Beamter mit seinem ihm in Gulden ausgezahlten Gehalt schlechter lebt als der entsprechende deutsche Beamte. Die vorhin erwähnten, früher im Reichsdienst gewesenen Beamten könnten, sobald dieser Zeitpunkt eingetreten ist, verlangen, daß sie eine Zulage zu ihrem bisherigen Gehalt bekommen.

Hierdurch würden wir zwei Arten von Beamten erhalten, nämlich diejenigen, die sich mit dem Guldengehalt begnügen müssen (das werden besonders die jüngeren sein, die ohnehin schlechter bezahlt werden) und diejenigen, die die Aufbesserung verlangen können. Es muß aber und wird Unzufriedenheit und Erbitterung schaffen, wenn zwei Beamte, die dieselbe Arbeit erledigen, verschieden besoldet werden.

Ein weiterer Grund, der die Beseitigung des jetzigen Zustandes wünschenswert erscheinen läßt, ist der, daß der Senat ständig prüfen müßte, inwieweit jeweils kaufkraftmäßig das Danziger Gehalt dem deutschen jeweils entspricht; es würden immer wieder Klagen bei den Gerichten erhoben werden, weil ein einzelner Beamter glaubt, der Unterschied sei nicht richtig bewertet. Hierdurch würde unnötigerweise Unruhe und Verärgerung (B) unter der Beamtenschaft hervorgerufen werden.

Das Ihnen vorgelegte Gesetz bedeutet für die Betroffenen eine sehr bedauerliche, aber durch die Not der Zeit bedingte Härte. Es schafft aber, und das dürfte entscheidend sein, gleiches Recht für alle. Es beseitigt eine Zweiteilung in bevorrechtete Beamte und in solche minderen Rechts. Bei seiner Handhabung ist jede Willkür, jede Benachteiligung des Einzelnen ausgeschlossen. Die Folgen des Gesetzes treten von selbst, ipso jure, ein, zu irgendeiner Entscheidung des Senats über den Einzelfall ist kein Raum.

Präsident: Die nationalsozialistische Fraktion hat den Antrag eingebracht, die Redezeit für die drei Lesungen dieser beiden Gesetze einschließlich der allgemeinen Aussprache auf drei Stunden für sämtliche Fraktionen zu begrenzen. Wer für die Annahme dieses **Antrages** ist, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Es haben demnach Redezeit: die Nationalsozialisten 108 Minuten, die Sozialdemokraten 30 Minuten, Zentrum 25 Minuten, Gruppe Weise 8 Minuten, die anderen Gruppen 5 Minuten. — Das Wort hat der Herr Abg. Beyl.

Beyl, Abgeordneter (N.S.D.A.P.): Im Namen der nationalsozialistischen Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Wir Nationalsozialisten billigen die Regierungserklärung, die Herr Präsident Greiser am 12. Juni uns vorgetragen hat, in vollem Umfange. An die Spitze stellen auch wir heute, wie damals unser Präsident, das Bekenntnis zum Führertum, zur Führung dieser 400 000 deutscher Menschen, die hier auf diesem Boden in Danzig, (C) abgetrennt von ihrem Mutterlande, zu leben gezwungen sind.

Wir haben uns nicht an die Führung herangedrängt, das Schicksal hat sie uns aufgezwungen in einer Zeit, als alles zu versinken drohte, zu einer Zeit als die bürgerkriegsähnlichen Zustände auch hier in Danzig eintraten, auf Danzig übergegriffen hatten. Ich erinnere nur an den Ueberfall in der Jopengasse und an den Tod unseres unvergeßlichen Horst Hoffmann. Wir werden die Führung dieser deutschen Menschen in Danzig auch nicht aufgeben, komme, was da wolle! (Stürmischer Beifall.) Wir sind kein parlamentarischer Interessehaufen, sondern eine Gemeinschaft, die auf Führung und Gefolgschaft aufgebaut ist, daher stehen wir zu der Regierung, auch wenn sie härteste und einschneidendste Maßnahmen durchführen muß!

Die Voraussetzung dafür ist, daß wir wissen, daß diese Eingriffe und Maßnahmen notwendig sind im Interesse des Volksganzen, um hier einen Staat und eine deutsche Bevölkerung vor dem Zusammenbruch zu retten. Die Zeiten sind heute für den Freistaat und für die deutschen Menschen hier hart und schwer, aber zu gleicher Zeit entscheidend für die Zukunft. Darum geben wir der Regierung das Vertrauen, weil wir wissen, daß sie mit Verantwortungsbewußtsein und mit klarem Blick für die harten Tatsachen ihren Weg geht und Einschnitte und Maßnahmen durchführt, die andere Regierungen nicht hätten durchführen können, an denen diese Regierungen gescheitert wären.

Die Verantwortung, die wir vor der Geschichte (D) tragen, ist zu schwer, als daß wir heute mit kleinlichem Streit über die Schuldfrage uns abgeben möchten. Jeder ehrliche Danziger und jeder ehrliche Deutsche weiß, daß die Schuld hieran letzten Endes in jenem Vertrag zu suchen ist, der vor nunmehr bald sechzehn Jahren nicht von uns angenommen worden ist, sondern von einer deutschen Regierung, die in hemmungsloser Unterwürfigkeit gegenüber dem Ausland sich diesen Vertrag der Versklavung nicht nur auferlegen ließ, sondern ihn in einer Liebedienerei dem Ausland gegenüber, für die die Geschichte kein Beispiel kennt, bis zur letzten Ausblutung des deutschen Volkes durchführte. Allerdings können wir nicht soviel Einsicht, daß da die Schuld liegt, von denen erwarten, die selbst oder deren Parteigenossen vor sechzehn Jahren diesen Vertrag angenommen haben. (Sehr gut! rechts.)

Wir Nationalsozialisten jedenfalls haben von dem ersten Tag unseres politischen Auftretens in Danzig jene Lage, in die man Danzig hineingezwungen hat, bekämpft, bis aufs Messer bekämpft, und wenn heute in der Bevölkerung der einmütige Wille vorhanden ist, diesen Zustand zu meistern, dann ist das das alleinige Verdienst unserer nationalsozialistischen Bewegung. (Sehr gut! Beifall.)

Wir billigen rückhaltlos das, was Herr Präsident Greiser zur Außenpolitik unseres Freistaates gesagt hat. Es muß doch endlich auch einmal festgestellt werden, daß das Verhältnis dieses Freistaates zu Deutschland ein anderes ist, als ein freundschaftliches oder gut-nachbarliches. Wenn man einen Blick in die Zeitungen — oder viel-

(Beyl, Abgeordneter)

(A) mehr besser gesagt, in die Zeitung — der Opposition wirft, — es ist ja die Zeitung der geeinten Opposition von Kommunisten bis Deutschnationalen, — dann hat man manchmal den Eindruck, als sei Deutschland für uns Danziger feindliches Ausland. In einer ihrer letzten Nummern brachte die „Volkszeitung" einen Aufsatz eines Oberst Adam aus Wien, von dem bekannt ist, daß er ein gehässiger Gegner des nationalsozialistischen Deutschlands ist. Ich muß schon sagen, daß es da manchmal schwer fällt, die Ruhe zu bewahren, wenn man solche Methoden der Opposition hier sieht. Wohin dieser Kurs führt, das wissen Sie und das wissen auch wir alle. Es geht darum, aus Danzig ein zweites Oesterreich zu machen, ein Aufmarschgebiet, eine Flankenstellung gegen das nationalsozialistische Deutschland. Ich wundere mich nur darüber, daß hier auch Kreise mitzumachen gewillt sind, die den nationalen Gedanken stets so aufdringlich im Munde führen. Im Saargebiet ist dieser Versuch mißlungen, jetzt ist Danzig dran. Aber, lassen Sie sich das hier deutlich gesagt sein: Wir Nationalsozialisten werden alles tun, um das zu verhindern, komme, was da wolle! Man könnte vielleicht den Blick auf die Geschichte lenken und sagen: Ja, Rheinbünde hat es in der deutschen Geschichte immer gegeben und es hat immer wieder und besonders gerade in der jüngsten Zeit Kräfte gegeben, die nichts anderes als Fremdenlegionen des Auslandes gegen Deutschland waren. Aber das ist ja gerade der Sinn unserer Zeit, daß nun zum ersten Mal in der Geschichte mit solchen Fremdenlegionen des Auslandes auf deutschem
(B) Boden Schluß ist! (Anhaltender Beifall.) Unser Verhältnis zu Deutschland, so sagte ich, ist ein anderes als nur freundschaftlich und gut-nachbarlich. Wir fühlen uns mit diesem deutschen Volke jenseits der Grenze durch Bande des Blutes verbunden. Die Folgerung daraus ist, daß wir jedwede Distanzierung, jedwede Trennung ablehnen. Die Rechtfertigung „Wir sind auch Deutsche, nur diesem Reich, diesem nationalsozialistischen Deutschland stehen wir feindlich gegenüber", ist lächerlich! Es gibt nicht zwei Deutschland! Hier gelten die Worte des Freiherrn vom Stein, der einmal gesagt hat: „Ich habe nur ein Vaterland und das ist Deutschland!"

Wenn wir in Danzig heute eine Opposition aufmarschieren sehen, die gemäß ihrer ganzen Haltung sich nach einer anderen Seite, nach Wien hin orientiert, so können wir nur sagen, wir müssen unsere Führung in Danzig aufrecht erhalten, wir müssen immer wieder an die Bevölkerung herantreten und sie auf diese Gefahr hinweisen. Wenn gesagt wird: „Später einmal, wenn eine andere Regierung in Deutschland am Ruder ist, werden wir diesem Deutschland auch anders gegenüberstehen", dann lassen Sie sich gesagt sein, meine Herren: Diese nationalsozialistische Regierung im Reich erschüttert keine Kraft der Erde! (Stürmischer Beifall.) Nicht einmal Zentrumstücken und -Kniffe! Ihre Zeit ist um, das ist das Entscheidende! Es wird Ihnen nicht gelingen, noch einmal diese alte Zeit heraufzuführen. (Diese Dunkelmänner! bei den Nationalsozialisten.) Gerade in diesen Tagen stehen auch wir in Danzig, wie die ganze Welt, unter dem Eindruck der großen schöpferischen Außenpolitik des Führers! Der 16. März, (C)
der 21. Mai, der 18. Juni: welche gewaltigen weltgeschichtlichen Taten! (Da haben die Herren von der Opposition geschlafen! rechts.) Ein Volk erhebt sich aus tiefer Not, bricht den Schandvertrag von Versailles. Und da gibt es in Danzig Zwerge, die gegenüber diesem ehernen Geschehen der Geschichte blind sind. Man glaubt hier, von einer Peripherie aus auf das Schicksal und Geschehen jenseits der Grenze Einfluß zu nehmen. Wollen wir uns in Danzig über den Kirchturm hinaus erheben, wollen wir das Wort Wilhelm Raabes umkehren: „Hab' acht auf die Gassen, aber sieh nach den Sternen".

So, wie die jetzige Krise in Danzig letzten Endes ihren Ausgangspunkt im Versailler Vertrag hat, so wird, das wissen wir alle, die entscheidende Lösung nicht von uns allein kommen, sondern von jenseits der Grenzen. Wir 400 000 Deutsche in Danzig sind in das große Volk der 100 Millionen Deutschen hineingestellt. Wir sind ein Teil der großen Schicksalsgemeinschaft. Wir haben hier nur die Frage zu stellen, welche Pflicht wir heute haben. Darauf muß die Antwort gegeben werden: Wir haben die Pflicht, auszuhalten, nicht in dumpfer Hoffnungslosigkeit, sondern bei aller Schwere des Schicksals mit ruhiger und zuversichtlicher Hoffnung, auf das Ganze den Blick gerichtet.

So billigen wir, wenn auch schweren Herzens, die Maßnahmen, die unsere Regierung mit der Guldenabwertung und der Devisenbewirtschaftung getroffen hat. Niemand zweifelt, daß sie lebensnotwendig gewesen sind. Was wäre geschehen, (D)
wenn eine Regierung leichtfertig den Dingen ihren Lauf gelassen hätte! Jeder weiß, daß die Handlungsfreiheit unseres Staates und die völkische Sicherheit dieser deutschen Menschen hier bedroht gewesen wäre, wenn die Währung in den Abgrund gesunken wäre. So müssen wir der Regierung Dank wissen, daß sie mit fester Hand zugegriffen und die Lage mit Maßnahmen gemeistert hat, die andere Regierungen nicht hätten durchführen können. Daß solche Maßnahmen der Bevölkerung schwere Opfer auferlegen, ist bedauerlich und tragisch. Aber man muß in den Fragen, bei denen es um die Existenz von Hunderttausenden geht, nicht nach dem Schicksal Einzelner forschen. Der Staat ist mehr als der Einzelne. Erst wenn der Staat, das Ganze, gerettet ist, kann dafür gesorgt werden, daß das Los des Einzelnen gelindert wird. Auf den Waffen und Opfern beruht der Staat, hat einmal ein großer preußischer Fürst gesagt. Das gilt für Danzig sowohl, wie für das große Deutschland!

Die Sparmaßnahmen, die der Herr Präsident des Senats in der letzten Sitzung angekündigt hat, bedeuten insofern für die Betroffenen schwere Opfer. Ich als Beamter bin mir bewußt, daß es für unsere Berufskameraden schwer ist, wenn sie von diesem Gesetz betroffen werden. Aber gerade das erste Gesetz scheint mir doch mehr oder minder eine Selbstverständlichkeit zu bedeuten. Wir wollen nicht zweierlei Recht in Danzig schaffen. Wir wollen nicht Beamte mit dem relativ hohen und Beamte mit dem relativ niedrigen Einkommen schaffen. Wir wollen dafür sorgen, daß jeder

(Beyl, Abgeordneter)

(A) relativ das Gleiche hat. Wohin würde es führen, wenn es eine Kategorie von Beamten erster Klasse und eine Kategorie von Beamten zweiter Klasse gäbe! Wohin würde die Arbeitsfreudigkeit der Beamtenschaft kommen! Wie gefährlich wäre es zum mindesten, wenn man hier die zwei Kategorien schüfe und es dazu triebe, daß die Sparmaßnahmen des Senats in ihren Grundlagen bedroht werden. Denn gerade dadurch würde der Staat erneut gezwungen werden, riesige Ausgaben zu machen, die er gerade durch dies Gesetz ersparen will.

Ich weiß allerdings nicht, ob es nicht Kreise in Danzig gibt, die gerade ein Interesse haben, dafür zu sorgen, daß die Danziger Regierung damit Schwierigkeiten hat. Sie denken nicht daran, daß sie nicht nur eine Regierung in Schwierigkeiten stürzen, sondern eine ganze Bevölkerung! Man denkt dabei an das Treiben jener Emigranten im Auslande, die heute den Boykott gegen die nationalsozialistische Regierung anstreben und mit allen Mitteln durchführen wollen. Sie wollen die Regierung Hitler treffen, treffen aber in Wirklichkeit die Millionen von deutschen Arbeitern, deren Rechte besonders zu vertreten sie vorgeben.

Auch das zweite Gesetz ist hart und schwer. Es trifft Beamte, die vorzeitig im Interesse des Dienstes zur Vereinfachung der Verwaltung in den Ruhestand versetzt werden sollen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Nichtannahme dieses Gesetzes auch schwere Folgen für den gesamten Freistaat haben würde. Man sagt: „Warum sol-
(B) len gerade die Beamten wieder in erster Linie opfern?“ Ich weiß, daß von gewissen Kreisen in der Beamtenschaft dieser Gedanke besonders vorgetragen wird. Ich möchte gerade als Beamter sagen, daß wir doch ein Berufsstand sind, der vor der letzten Not immer verschont blieb, vor der Not, in der sich Tausende von Erwerbslosen befanden und noch heute befinden. (Zustimmung.) Ich kann mir eigentlich nicht denken, daß es einen Beamten gibt, der sagt: „Alle Kreise in der Danziger Bevölkerung sollen Opfer bringen, nur ich allein soll ausgenommen werden.“

Wenn der Herr Präsident des Senats in seiner Rede andeutete, daß der Senat es gern sehe, wenn manche Beamten von ihrem Recht des Rücktritts nach Deutschland Gebrauch machen würden, so antwortet man: „Ja, ihr wollt damit deutsche Beamte in Danzig, die mit ihrem Boden verwurzelt sind, aus Danzig austreiben!“ Ich möchte darauf erwidern, daß es vor dem Kriege immer gang und gäbe war, daß Beamte von einer Provinz oder einer Stadt in die andere versetzt wurden. Hier bedeutet es gerade für die, die von ihrem Rücktrittsrecht Gebrauch machen, eine wirtschaftliche Besserstellung! Wenn geantwortet wird: „Wir wollen gerade in Danzig, wo es den völkischen Kampf an der Grenze gibt, wir wollen gerade hier auf diesem Boden bleiben, wir wollen diesen Boden nicht aufgeben“, so antworten wir: „Ueberall, auch im heutigen Deutschland, wird um das Deutschtum gekämpft. Die Beamten, die in das Reich zurückkehren, werden von uns nicht schlechter angesehen werden. Wenn der Tag kommt, wo wir sie brauchen, wenn hier auf diesem Boden Entscheidungen gefällt werden, werden wir auch diese (C) Berufskollegen einmal brauchen.

Die Zeitung der Opposition, die Danziger Volkszeitung, hat bereits angekündigt, daß die gesamte Opposition das Gesetz ablehnen wolle. M. H. von der Opposition, wenn Sie das tun wollen, dann bitte ich Sie wenigstens, daß Sie die wahren Gründe angeben, nämlich, daß Sie hier die nationalsozialistische Regierung zu Fall bringen wollen, ganz gleichgültig, ob die ganze deutsche Bevölkerung in Danzig mit in den Abgrund gestürzt wird. Sie sprechen soviel von Verantwortung und von Mitarbeit. Sie haben sich mit schärfster Entrüstung gegen unseren Wahlkampf gewandt. Hier haben Sie Gelegenheit mitzuarbeiten! Wenn Sie es nicht tun wollen, m. H., uns erschüttern Sie auch nicht! (Sehr gut!)

Die Regierung wird Maßnahmen finden, um das Ziel auf anderen Wegen zu erreichen. Nichts kann uns in unserem Glauben an Deutschland erschüttern, in unserem Glauben an den Tag, wo auch der Satz gilt: Danzig ist nicht nur deutsch, es kehrt zurück zu Deutschland! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Brill.

Brill, Abgeordneter (S.P.D.): M. D. u. H.! Für die sozialdemokratische Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Der Senat hat dem Volkstag zwei Gesetzentwürfe vorlegen lassen, die die Rechtsstellung und vorzeitige Pensionierung von Beamten und Lehrkräften betreffen und verfassungsändernde Wirkung haben sollen. Die beiden Gesetzentwürfe sol- (D) len nach den Erklärungen, die der Vertreter des Senats in der heutigen Volkstagssitzung abgegeben hat, dem Senat die Durchführung eines Teils seines sogenannten Sparprogramms ermöglichen. Der Senat scheint also die Hoffnung zu haben, mit Hilfe der neuen weitgehenden Vollmachten, die ihm der Volkstag geben soll, die schwere Krise, in die die Freie Stadt durch seine Politik geraten ist, noch einmal zu beheben. Die sozialdemokratische Fraktion teilt diese Hoffnung des Senats nicht. Sie wird deshalb dem Senat derartige Vollmachten verweigern und seinen Vorlagen in dieser Form nicht zustimmen. Die sozialdemokratische Fraktion geht dabei von der Ueberzeugung aus, daß dieser Senat nicht imstande ist, die Schwierigkeiten zu meistern (Unverschämtheit! rechts.), die heute Danzig bedrohen, und diese Ueberzeugung wird erhärtet durch die bitteren Erfahrungen, die die zweijährige Herrschaft der N.S.D.A.P. in Danzig gezeitigt hat.

Bei der schweren Krise, unter der augenblicklich die Freie Stadt Danzig und ihre Bewohner zu leiden haben, handelt es sich im Kern um eine Vertrauenskrise, die seit der von dem nationalsozialistischen Senat vorgenommenen Abwertung des Danziger Guldens zum ersten Mal offen in Erscheinung trat und seither in ständigem Wachsen begriffen ist. Durch eine hemmungslose parteipolitische Propaganda hatten es die Nationalsozialisten früher verstanden, in der Bevölkerung ein blindes Vertrauen für sich herbeizuführen. Weite Kreise der Danziger Bevölkerung hatten dem nationalsozialistischen Senat und gerade auch seinen wiederholten feierlichen Erklärungen über die an-

(Brill, Abgeordneter)

(A) gebliche Stabilität der Danziger Währung und die Unzweckmäßigkeit einer Devisenbewirtschaftung in Danzig Vertrauen entgegengebracht. Dieses Vertrauen hat sich heute in sein Gegenteil verkehrt. Die ungezügelte, von parteiegoistischen Zielen bestimmte Propaganda hat sich bitter gerächt. Die Tatsachen haben zu sprechen begonnen. Ihre Sprache ist unverblümt und in ihrer Wirkung auch auf die bisher leichtgläubigen Gemüter der Anhänger der N.S.D.A.P. niederschmetternd gewesen. Der nebelhafte Schleier, mit dem die nationalsozialistische Propaganda früher die nüchterne Wirklichkeit zu verhüllen versuchte, ist zerrissen. Niemand mehr wird ihn wieder ausflicken können. Die Bevölkerung hat die wirkliche Lage erkannt. Die Folge ist ein unüberbrückbares Mißtrauen gegen die nationalsozialistische Regierung.

Seit der nationalsozialistischen Machtergreifung hat die Sozialdemokratische Partei mit banger Sorge der Entwicklung entgegengesehen, die die Geschicke der Freien Stadt unter einem nationalsozialistischen Regime nehmen mußte. (Sie haben ganz andere Befürchtungen gehabt! rechts.) Ihre Sorge steigerte sich in dem Umfange, in dem die Ergebnisse der nationalsozialistischen Regierungsmethoden sichtbar wurden. Die Sozialdemokratische Partei hat sich deshalb auch nicht gescheut, so oft sich ihr die Gelegenheit dazu bot, ihren Befürchtungen vernehmlichen Ausdruck zu geben. Sie hat das nicht erst in dem letzten Wahlkampf getan. Sie hat vielmehr schon vorher oft und deutlich vor der Fortsetzung des unheilvollen
(B) Weges gewarnt, den die nationalsozialistische Politik in der Freien Stadt Danzig gegangen ist. Keinen anderen Sinn als den einer ernsten Warnung hatten die verschiedenen Anfragen während der letzten zwei Jahre, die die sozialdemokratische Fraktion hier im Volkstag an den Senat gerichtet hat, und in denen sie vom Senat die Vorlage der Haushaltspläne der einzelnen Verwaltungen gefordert hat. Der Senat hat ihr keine Antwort gegeben, er hat geschwiegen, auch als andere Parteien Anfragen ähnlichen Inhalts an ihn richteten. Er schwieg, obwohl er den ernsten Sinn dieser Anfragen nicht verkennen konnte. Er schwieg, obwohl ihm die ganze Bedrohlichkeit der finanziellen Lage des Staates und seiner Währung bekannt war. Er schwieg — und das ist der schwerste Vorwurf, der ihm hier gemacht werden kann — augenscheinlich aus Furcht vor einer Entlarvung der nationalsozialistischen Parteipropaganda, also aus Gründen, die ihm nicht das Interesse des Staates, sondern der Parteiegoismus geboten.

Der Senat hat diese Haltung sogar noch in einem Augenblick eingenommen, in dem eigentlich nichts mehr zu verschweigen war. Mußte es schon erstaunlich wirken, daß er auch vor den Volkstagswahlen vom 7. April der Wählerschaft über die Lage der Staatsfinanzen keine Aufklärung gab, so war es vollends unbegreiflich, daß er selbst dann noch ungenügende Erklärungen abgab, als er sich zu dem Schritt der Abwertung des Danziger Guldens um fast die Hälfte seines Wertes entschloß, ja, die Verantwortung für diese Maßnahme sogar noch den früheren Regierungen und den Vertretern der Oppositionsparteien zuzuschieben versuchte. (Mit Recht! rechts.) Bei einer solchen Einstellung des Senats kann es freilich kaum noch (C) wundernehmen, daß er auch heute, in einem Zeitpunkt schwerster Bedrängnis des Staates und des Volksganzen, nicht das rechte Wort zur rechten Stunde findet. Auch heute ist er dem Volkstag eine genügende Erklärung schuldig geblieben. Statt dessen verlangt er neue außerordentliche Vollmachten.

Jede Erteilung von Vollmachten ist jedoch an eine Voraussetzung geknüpft. Diese Voraussetzung heißt Vertrauen; gerade dieses Vertrauen fehlt aber. Wenn der nationalsozialistische Senat trotzdem Vollmachten verlangt, die ihm das Recht geben sollen, Beamte nach seinem Gutdünken kaltzustellen, so scheint das nur von seinem mangelnden Verständnis für die Erfordernisse der Situation zu sprechen. Wie gering das Verständnis des Senats für den Ernst der Lage in der Tat zu sein scheint, dafür spricht auch die Erklärung, die der Präsident des Senats in der vorigen Sitzung des Volkstages abgegeben hat. Er hat sich in dieser Rede selbst über den Mangel an Vertrauen gegenüber seiner Regierung beklagt, aber zur Abhilfe dieses Mangels keine anderen Worte gefunden als die Drohung, er werde die Bevölkerung zwingen, einzusehen, daß die Nationalsozialisten es gut mit ihr meinten. Vertrauen kann man nicht erzwingen, Vertrauen will erworben, verdient werden! Drohungen können die Lage nur noch verschlimmern.

Aber auch ohnedies stellte jene Rede des Senatspräsidenten, ebenso wenig wie die heutige des Senatsvertreters, eine Basis für eine vertrauens- (D) volle Zusammenarbeit zwischen dem Senat und dem Volkstag, geschweige denn der Bevölkerung, dar. Das sogenannte Sparprogramm, das der Vertreter des Senats entwickelte, ist in einzelnen Teilen eher geeignet, die Kluft zwischen Senat und Bevölkerung noch zu vergrößern. Die Aussiedlung Tausender deutscher Danziger Staatsangehöriger, die der Senat anstrebt, die Methode des wirtschaftlichen Drucks auf Tausende von Erwerbslosen, um sie zum Verlassen der Freien Stadt zu zwingen, die dadurch zwangsmäßig herbeigeführte Trennung engster Familienbande, die geplante Aussiedlung der Pensionäre, die aus dem Deutschen Reich einen Teil ihrer Bezüge erhalten, alles das sind Maßnahmen, die wahrlich nicht dazu angetan sind, in der Bevölkerung Vertrauen zu der Staatsführung zu erwecken. Sie stellen im übrigen auch eine sehr interessante Illustrierung zu der sonst als nationalsozialistisches Postulat betonten Verherrlichung der Verbundenheit der Menschen mit der Scholle ihrer Heimat und zu dem so oft genannten, zum Schlagwort herabgesunkenen Begriff der Zusammengehörigkeit von „Blut und Boden" dar. Nicht zuletzt illustrieren sie aber auch aufs deutlichste den wahren Inhalt der so oft gepriesenen deutschen „Ostraum"-Politik der Nationalsozialisten.

Auf der gleichen Ebene liegen denn auch die meisten übrigen Maßnahmen, die der Senat jetzt als die letzte Rettung ansieht. Der Staatliche Hilfsdienst, der erst eben von ihm geschaffen worden ist, und der nach seiner Meinung bisher unentbehrlich war, soll verschwinden und so wie zahlreiche Erwerbslose und Pensionäre ausquar-

(Brill, Abgeordneter)

(A) tiert werden. Wenn die Verschickung der Hilfsdienstpflichtigen, die nach den Erklärungen des Präsidenten des Senats das freiwillige Einverständnis der Jugendlichen voraussetzen soll, unter den gleichen Umständen erfolgen soll, wie die Ausquartierung der Erwerbslosen, so handelt es sich dabei um nichts anderes als um eine zwangsweise Entfernung von Danziger Staatsbürgern aus ihrem eigenen Staatsgebiet. Durch Nichtzahlung der Unterstützung werden diese Menschen einfach gezwungen, Danzig zu verlassen, wenn nicht noch Mittel und Wege gefunden werden, um solche Unternehmungen in großem Maßstabe zu verhindern. Was die Schließung der Staatlichen Lehrerbildungsanstalt und die starke Einschränkung des Spielbetriebes des eben erst unter riesigem Aufwand umgebauten Staatstheaters betrifft, die der Senat jetzt plötzlich für notwendig hält, so gehören diese Maßnahmen unter dem heutigen Senat ja mehr ins Reich der Groteske, wenn man bedenkt, welchen entscheidenden Wert bisher der nationalsozialistische Senat ihren besonderen Zwecken beimaß. Leider muß die Danziger Bevölkerung dafür die Kosten tragen. Auch der Abbau einiger Abteilungen der Technischen Hochschule, deren Bedeutung für die Pflege des deutschen kulturellen Lebens bisher in Danzig besonders betont worden ist, kennzeichnet die Situation aufs treffendste.

Was nun die Frage des Abbaus von Beamten und Lehrkräften und die damit verbundene Einschränkung des Verwaltungsapparats, ebenso wie
(B) die Frage des Abbaues der Beamtenbezüge betrifft, so wird über ihre Zweckmäßigkeit und über die Form, in der beides erfolgen soll, noch später zu sprechen sein. In diesem Zusammenhang sei nur darauf hingewiesen, daß die Erörterung solcher Maßnahmen nicht notwendig geworden wäre, wenn nicht erst die Politik des jetzigen Senats selbst in dieses Dickicht der Schwierigkeiten für Staat und Volk geführt hätte. Es erscheint unbegreiflich, daß heute der Senat von allen den von ihm geplanten und bereits durchgeführten Maßnahmen wie von der selbstverständlichsten Sache von der Welt spricht, dabei aber jede eindeutige Erklärung über die Ursachen vermeidet und noch immer die Vorlage der Etats auf einen späteren Zeitpunkt verschiebt. Aus den Erklärungen, die der Herr Präsident des Senats in der vorigen und in der heutigen Sitzung des Volkstages hier abgegeben hat, läßt sich allerdings eine Tatsache schon für jedermann klar erkennen: Dem Senat, der sich bisher geweigert hat, der verfassungsmäßigen Vertretung, nämlich dem Volkstag, einen Geschäftsbericht zu geben, ist nun nichts anderes übrig geblieben, als einen Konkursbericht vorzulegen.

Diesen Konkurs aber hat der nationalsozialistische Senat selbst verschuldet, und niemand wird ihm dafür die Verantwortung abnehmen können. Seine Mitglieder und deren Freunde in der Führung der Nationalsozialistischen Partei haben in den Zeiten ihrer Oppositionsstellung zu den verschiedenen früheren Regierungen stets versucht, im Volke den Glauben zu erwecken, als ob sie — einmal zur Macht gelangt — nicht nur imstande wären, außenpolitisch der Freien Stadt eine stärkere Stellung zu verschaffen, als sie sie bisher (C) inne hatte; sie haben nicht nur den Anschein zu erwecken versucht, als könnten sie mit ihren damals allerdings schon bekannten Methoden des Kampfes und der Propaganda im Innern eine wirkliche Volksgemeinschaft herstellen; (Wollen wir noch zwei Jahre abwarten! rechts.) sie haben außerdem auch dem Volk versprochen, im Staat sparsam zu wirtschaften. Wir wollen im Augenblick davon absehen, noch einmal nachzuweisen, daß sie die ersten beiden Versprechungen nicht erfüllt haben. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die außenpolitische Linie des jetzigen Senats mit Sorge erfüllen muß, und daß die N.S.D.A.P. innenpolitisch das Volk in einen alle völkischen Bande zerreißenden Parteienkampf gestürzt hat, wie er vordem unbekannt war. Wir wollen heute im wesentlichen nur auf das dritte Versprechen der N.S.D.A.P. eingehen, auf ihre Finanzpolitik, ihre Sparsamkeit, insbesondere die in der Verwaltung des Staates. Heute spricht man von einem großen Sparprogramm, das durchgeführt werden soll. Bisher hat man unter der nationalsozialistischen Regierung alles andere eher als Sparsamkeit erlebt.

Statt der verheißenen Verwaltungsreform, unter der doch jeder nur die Vornahme von Ersparnissen in der Verwaltung verstehen konnte, ist ein Verwaltungsaufbau und -anbau in großem Ausmaß erfolgt. Ohne Rücksicht auf die schwere Finanzlage des Staates hat der nationalsozialistische Senat eine Reihe von neuen kostspieligen Behörden und Staatsorganen geschaffen, deren Zweck aus dem Interesse des Staates heraus nicht zu er- (D)
klären ist. Der gewaltige und völlige überflüssige Apparat der Landespolizei, (Zwischenrufe rechts.) die Aufblähung der Politischen Polizei, die Neu-Einrichtung der sogenannten Landeskulturkammer, der Propagandaabteilung des Senats und der verschiedenen öffentlich-rechtlichen Körperschaften sind die beredtesten Zeugen der nationalsozialistischen Sparsamkeitsbestrebungen. Ueberall machten sich sogenannte Stäbe und Adjutanten breit. Eine große Zahl neuer Beamter wurde angestellt, dagegen zahlreiche tüchtige Beamte auf Wartegeld gesetzt. Oeffentliche Bauten, deren produktiver Wert im Augenblick zum mindesten zweifelhaft ist, ja, sich als nicht realisierbar erweist, wie der des Staatstheaters, haben große Summen von Steuergeldern gekostet, ohne daß es gelang, die Erwerbslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Die Zahl der aus öffentlichen Mitteln angeschafften und unterhaltenen Autos hat sich vervielfacht. Für Repräsentationen wurden große Ausgaben gemacht. Das sind nur wenige Beispiele.

Um dazu nur wenige Zahlen zu nennen: Die Ausgaben für den Staatshaushalt der Allgemeinen Verwaltung sind von 2 317 000 im Jahre 1932 auf jetzt 3 324 000 Gulden angewachsen, (Hört, hört! links.) also um rund eine Million angestiegen. Darunter befinden sich folgende Mehrausgaben: Die Kosten für Aufwandsentschädigungen in der Allgemeinen Verwaltung sind von 12 900 G auf 62 160 G gestiegen, (Hört, hört! links!) haben sich also verfünffacht. Für Dienstfahrzeuge, insbesondere Senatoren-Kraftwagen, wurden statt früher 12 858 G jetzt 48 960 G aufgewendet. Für die Senats-Abteilung „Volksaufklä-

(Brill, Abgeordneter)

(A) rung und Propaganda" wirft man jährlich 200 000 G aus. Der Fonds „zur Verfügung des Senats" ist von 5 000 auf 15 400 G erhöht, also mehr als verdreifacht worden. Die Repräsentationsausgaben des Senats wurden auf 44 950 G gegenüber 26 400 G von früher erhöht. Obwohl der Senatspräsident zu seinem Monatsgehalt, das 1 500 G beträgt, eine Aufwandsentschädigung von monatlich 1 000 G erhält, ist ihm neuerdings noch ein weiterer Fonds in Höhe von 30 000 G zur Verfügung gestellt worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Auswärtige Abteilung hat, obwohl sie früher gut ohne einen derartigen Fonds auskam, jetzt einen besonderen Verfügungsfonds in Höhe von 10 000 G erhalten. Das Personal der Polizei, ohne die dort beschäftigten Arbeiter und Handwerker, betrug 1930 insgesamt 1 528 Köpfe und beträgt zurzeit 2 511 Köpfe. Das alles sind Ausgaben, bei denen man wahrlich nichts von Sparsamkeit verspürt. Und das ist nichts als ein kleiner Einblick in nur einen von den 15 Einzelhaushaltsplänen. Diese Einzelheiten machen es verständlich, daß man sich bislang gescheut hat, die Etats der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der nationalsozialistische Senat hat bekanntlich stets die von früheren Regierungen für produktive Zwecke aufgenommenen Anleihen als einen Fehlgriff dieser Regierungen bezeichnet, obwohl, wie jeder wirtschaftlich denkende Mensch in Danzig weiß, sich diese Anleihen als ein großer Gewinn für die gesamte Danziger Wirtschaft erwiesen haben. (Zuruf: Für Euch, ja!) Der nationalso-

(B) zialistische Senat hat aber selbst für die verschiedensten Verwaltungen des Staates und der Stadtgemeinde Danzig neue Schulden gemacht, und zwar für Zwecke, die man in den meisten Fällen nicht als produktiv bezeichnen kann, ja, als eine schwere Belastung empfinden muß. Diese Schulden beziffern sich auf außerordentlich hohe Beträge. Auch hier sollen einige Beispiele genannt werden: Allein im Etat für öffentliche Arbeiten sind 1 735 000 RM und weiter 3 066 000 Gulden, zusammen also 6½ Millionen Gulden neue Schulden aufgenommen. Aus den Haushaltsrechnungen für 1934 ergibt sich, daß allein bis zum 31. März 1934 mindestens 15 Millionen Gulden Kredite aufgenommen worden sind. Daß diese Schulden die Lösung des aktuellsten Danziger Problems, die Erhaltung unserer Währung, besonders erschweren, dürfte leicht zu erweisen sein.

Es muß in diesem Zusammenhang immer wieder hingewiesen werden auf die katastrophale Entwicklung, die die bis zum Antritt der nationalsozialistischen Regierung vor allen Erschütterungen bewahrte Danziger Währung genommen hat. Es ist nicht so, wie der Herr Präsident des Senats in einer der letzten Sitzungen des Volkstages behauptet hat, daß nämlich die Währung eines Staates mit den Staatsfinanzen nichts zu tun habe. Hier in Danzig besteht vielmehr seit einiger Zeit ein sehr inniger Zusammenhang zwischen diesen beiden Dingen. Trotz der eben geschilderten, allzu großzügigen Wirtschaft des Staates hat die Währungsbank dem Staat sehr bedeutende Kredite gewährt, übrigens entgegen einer ausdrücklichen Bestimmung des Statuts der Bank von Danzig. Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß diese Vorgänge die Lage der Danziger Währung aufs tiefste beeindruckt haben. Während der Amtszeit der nationalsozialistischen Regierung ist die Gold- und Devisendeckung der Bank von Danzig von 41,5 Millionen auf 13,5 Millionen gesunken. In der gleichen Zeit hat sich der Wechselbestand der Bank von Danzig gewaltig erhöht. Und — was besonders beängstigend ist — diese Tendenz hält weiter an, wie das ein Blick in den letzten Bankausweis, vom 15. Juni bestätigt; sie hält an trotz Devalwation, trotz Bankfeiertagen und Devisenbewirtschaftung.

(C)

Der nationalsozialistische Senat hat mit der Abwertung des Danziger Guldens einen verhängnisvollen Weg beschritten. Wieder haben die schweren Folgen der Abwertung gerade die große Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger, der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der in immer größeres Elend geratenden Erwerbslosen, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, Rentner und der kleinen Sparer in furchtbarer Weise getroffen und ihnen zum Teil unerträgliche Lasten aufgebürdet. Die Auswirkung der Finanzpolitik des nationalsozialistischen Senats hat schließlich die schwere Krise offen in Erscheinung treten lassen, in die die Freie Stadt Danzig bereits seit längerer Zeit geraten war. Sie allein war auch die Ursache für den Ansturm auf die Banken und Wechselkassen, der sich in den ersten Tagen des Juni gezeigt hat. Er war das sichtbarste Zeichen des offenen Mißtrauens, das die Bevölkerung, die durch die Devalvation so schwer getroffen worden ist, gegen die Führung des Staates ergriffen hat.

(D)

Alle beruhigenden Erklärungen des Senats haben das Mißtrauen bisher nicht beseitigen können. Alle Maßnahmen, die der Senat während der letzten Wochen zum Schutze der Danziger Währung ergriffen hat, haben den gewünschten Erfolg nicht gehabt. Die vom Senat verordnete Devisenbewirtschaftung, die selbst von amtlichen Danziger Stellen vor wenigen Wochen noch als für Danzig untragbar bezeichnet wurde, muß vielmehr die Danziger Wirtschaft bei ihrer engen Verflechtung mit dem polnischen Ausland aufs schwerste erschüttern. Die seit der Einführung der Devisenbewirtschaftung gemachten Erfahrungen rechtfertigen diese Besorgnisse denn auch in hohem Maße. Wenn sich der Transithandel, von dem Danzig in erster Linie lebt, infolge der Erschwernisse, die die Devisenbewirtschaftung für ihn bringt, in gleicher Weise von Danzig zurückzieht, wie das jetzt schon der Fall ist, so ist Danzigs wirtschaftliche Stellung dahin. Auch die übrigen Danziger Wirtschaftszweige sind in außerordentlicher Weise beunruhigt und ergreifen, da sie die Situation als verzweifelt ansehen, bereits verhängnisvolle Maßnahmen. Dem Senat sind diese Erscheinungen, die hier nur angedeutet werden können, ebenso gut bekannt wie uns. Er kann nicht die Dinge treiben lassen. Man soll doch nicht glauben, daß der Besuch des Herrn Reichsbankpräsidenten Schacht in Danzig eine Beruhigung herbeigeführt hat, wie das vielleicht mit diesem Besuch beabsichtigt gewesen war. Anstatt eine Einladung an Herrn Schacht zu schicken, hätte der Senat lieber ernsthafte und energische Versuche unternehmen sollen,

(**Brill**, Abgeordneter)

(A) um die im Deutschen Reich eingefrorenen Danziger Forderungen — die Presse hat unwidersprochen die Summe von 15 Millionen Gulden genannt — für Danzig flüssig zu bekommen. Dann brauchten nicht Tausende von Danziger Staatsbürgern ihrer Heimat beraubt zu werden. (Zuruf: Oh! Ach!)

Die Devisenbewirtschaftung ist für eine unbeschränkte Zeit eingeführt worden. „Je schneller das unbedingte Vertrauen zum Danziger Gulden in vollem Umfange wiederkehrt", so schrieb bei ihrer Einführung die nationalsozialistische Presse, „um so schneller wird es möglich sein, diese als vorübergehend gedachte Maßnahme wieder aufzuheben und zur freien Wirtschaft zurückzukehren." Diese Auslassung zeugte von einer so naiven Verkennung der Situation, daß man staunen muß. Vergebens wird sich die Danziger Wirtschaft fragen, wie das Vertrauen, auf das die nationalsozialistische Presse spekuliert, wiederkehren soll. Das gerade ist ja das wesentliche Merkmal dieser Krise, daß dieses Vertrauen nicht besteht, und, solange nicht eine grundlegende Aenderung der politischen Verhältnisse in Danzig herbeigeführt worden ist, nicht wiederkehren wird. Enttäuschung ist keine Grundlage des Vertrauens. Es ist deshalb wiederum nicht anders als propagandistisch zu bewerten, wenn es in der nationalsozialistischen Presse weiter hieß: „In psychologischer Hinsicht wird diese Maßnahme (gemeint ist die Einführung der Devisenbewirtschaftung) befreiend wirken." Und weiter behauptete die nationalsozialistische Presse, daß bereits seit der letzten Rundfunkrede des Se- (B) natspräsidenten in Danzig „eine zunehmende Beruhigung festzustellen" sei. Auch diese Behauptung kann nur in das Reich der frommen Wünsche verwiesen werden.

Das Gegenteil von alledem ist richtig. Eine Vertrauenskrise von solchem Ausmaß, wie wir sie in Danzig augenblicklich feststellen müssen, kann nicht behoben werden durch Rundfunkreden derselben Persönlichkeiten, die das Vertrauen verwirkt haben. (Hört, hört!) Sie bedarf einer radikalen Lösung. Das Vertrauen zur Danziger Währung und Wirtschaft, das Vertrauen zu der Führung der Politik der Freien Stadt kann nur wiederhergestellt werden durch den Rücktritt des nationalsozialistischen Senats, in dem die Danziger Bevölkerung mit Recht den Schuldigen für die schweren Gefahren sieht, von denen Danzig heute umbrandet ist.

Wir warnen davor, diese Gefahren und ihren ganzen Ernst zu übersehen. Die Augen vor ihnen zu schließen, hieße leichtfertig handeln. Der Präsident des Senats hat in der vorigen Sitzung erklärt, die Regierung könne positive Kritik wohl hören. Präsident Greiser hat das auch früher schon des öfteren versichert. Trotzdem ist es den deutschen Oppositionsparteien meistens unmöglich gemacht worden, zu sprechen; nicht nur hier im Parlament, sondern auch in der großen Oeffentlichkeit. (Zurufe.) Auch das war, wie schon ausgeführt wurde, einer der Kardinalfehler der nationalsozialistischen Politik, der sich bereits bitter gerächt hat. (Denken Sie an Ihre Fehler, die Sie gemacht haben! bei den Nationalsozialisten.) Und doch hatte der nationalsozialistische Senat niemals mit Kritik in einer solchen Form zu rechnen, wie sie (C) die Nationalsozialisten an der Politik früherer Regierungen selbst geübt haben. Der Senat würde dem Staat einen schlechten Dienst leisten, wenn er auch weiterhin Kritik unterbinden wollte. Es ist nicht damit getan, daß der Präsident des Senats, wie das in der vorigen Sitzung geschah, die anderen Parteien zur Mitarbeit auffordert. Wie wenig ernst eine solche Aufforderung gemeint sein kann, beweist wohl am besten die Tatsache, daß zur gleichen Zeit Abgeordnete der Opposition mit Beleidigungen bedacht wurden.

Präsident: Herr Abg. Brill, Ihre Zeit ist gleich abgelaufen.

Brill, Abgeordneter (S.P.D.): Was die vorliegenden Gesetzentwürfe des Senats betrifft, so werden wir sie in der vorliegenden Form ablehnen. Wir werden im Ausschuß neue Vorschläge unterbreiten. Es wird nach den Beratungen des Ausschusses noch weiter über die Dinge zu sprechen sein.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat in richtiger Erkenntnis des Charakters der nationalsozialistischen Bewegung und der komplizierten Verhältnisse in der Freien Stadt von allem Anfang an die Situation, in die die Freie Stadt Danzig durch die Regierungsübernahme der N.S.D.A.P. geraten mußte, vorausgesehen. Sie hat leider recht behalten, ja, ihre Befürchtungen sind durch die Entwicklung noch übertroffen worden. Sie richtet heute an den nationalsozialistischen Senat den Appell, wenigstens in diesem Augenblick ernstester Notlage des Staates und seiner Bevölkerung die notwendigen Staatsrücksichten den Interessen der (D) N.S.D.A.P. voranzustellen. Die nationalsozialistische Regierung kann heute dem Staat nur noch dadurch dienen, daß sie zurücktritt und die Danziger Bevölkerung den Kelch des Leidens nicht bis zur Neige leeren läßt. Das nationalsozialistische Regime verfügt im Volk über keine Mehrheit mehr. (Das wissen wir besser! rechts.)

Dieser Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion ist wahrlich von keinem Parteiinteresse bestimmt. Niemand kann es reizen, das Erbe anzutreten, das die jetzige Regierung hinterlassen würde. Das Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion ist bestimmt aus dem Pflichtgefühl heraus, das sie mit der Freien Stadt und mit ihrem Deutschtum verbindet. (Beifall links.)

Präsident: Ihre Redezeit ist abgelaufen. (Zurufe. — Abg. Brill: Das zeigt am allerbesten Ihren Mut!) — Das Wort hat Herr Abg. Dr. Stachnik. (Ihr und das Zentrum seid Landesverräter! Jetzt spricht Wien! rechts. — Heiterkeit.)

Dr. Stachnik, Abgeordneter (Z.): Die Freie Stadt Danzig durchlebt zur Zeit ohne Zweifel einen bedeutungsvollen Abschnitt ihrer Geschichte. Die Ereignisse der letzten Wochen auf währungs- und finanzpolitischem Gebiete haben nicht nur das wirtschaftliche Leben Danzigs schwer mitgenommen, sie haben überhaupt die politischen und nationalen Grundlagen unserer Freien Stadt erschüttert. Der Volkstag soll heute Stellung nehmen zu der Regierungserklärung des Herrn Senatspräsidenten vom 12. Juni und zu den Gesetzesentwürfen des Senats zur Sanierung der Staatsfinanzen. Es ist deshalb zweckmäßig, sich einen

(Dr. Stachnik, Abgeordneter)

(A) Ueberblick über die politische Entwickelung in unserer Freien Stadt Danzig in den letzten Jahren zu verschaffen.

Zwei Jahre lang hat die nationalsozialistische Partei Zeit gehabt, ihre Versprechungen einzulösen, Versprechungen, wie sie verschwenderischer und bestimmter niemals vorher eine Partei gegeben hat. Was ist in dieser Zeit erfüllt worden?

Die nationalsozialistische Regierung fand geordnete Verhältnisse vor, als sie die alleinige Macht übernahm. (Auf dem Papier! rechts.) Die Staatsfinanzen, das Rückgrat jeder überlegten Staatsführung waren in Ordnung, der Haushaltsplan war ausgeglichen und lag klar vor aller Augen. Die langfristigen Anleihen waren zu günstigen Bedingungen nur für werbende Anlagen aufgenommen, aus denen Zinsen und Amortisationen gedeckt werden sollten und konnten. Sie lagen insbesondere nach der für Danzig günstigen Abwertung des englischen Pfundes in ihrer Höhe weit unter dem Durchschnitt der Anleihen anderer Staaten oder gleich großer deutscher Städte. Eine nennenswerte kurzfristige Verschuldung, die Staat oder Stadt bedrückt hätte, lag nicht vor.

Die Wirtschaft litt naturgemäß, wie in allen anderen Ländern unter der Weltwirtschaftskrise und im besonderen unter der Danzig aufgezwungenen ungünstigen wirtschaftlichen Verflechtung mit Polen. Aber die von der Ziehmregierung eingeleiteten Maßnahmen waren auf dem Wege, sich über alle Wirtschaftsgruppen günstig auszuwirken.

Die Entschuldung der Landwirtschaft war eingeleitet, Gläubigerschutz auf angemessener Grund-
(B) lage durchgeführt, Maßnahmen, die der Landwirtschaft ausreichende Preise sicherten, beschlossen und wirksam. Die Landsiedlung machte von Jahr zu Jahr steigende Fortschritte.

Für die Durchkämpfung der dem Handel und der Industrie den Lebensraum schaffenden Rechte lag die Regierung in aussichtsreichen Verfahren vor dem Völkerbund in Genf. In unermüdlicher Kleinarbeit wurde die Produktion in Danzig durch eine große Zahl praktischer Gesetze und Verordnungen und Maßnahmen gesteigert, der Export in das Zollausland gefördert.

Dem Handwerk wurde durch die Handwerkerkarte Schutz vor unzulässiger und schädlicher Konkurrenz gewährt. Eine Einrichtung, der Deutschland erst sehr viel später folgte. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Hausbesitzer waren durch auf lange Sicht eingestellte Gesetze klar geregelt, wobei auch die Belange der Mieter weitgehend gewahrt wurden. Für die Fischer waren erfolgversprechende Schritte zur Sicherung des Absatzes zu angemessenen Preisen getan. Wirtschaftsverbände zur Hebung der schweren Lage der Schiffer waren gegründet.

Soweit es im Rahmen der vorhandenen Mittel möglich war, wurden von Staat und Stadt zweckmäßige Eigenarbeiten durchgeführt. Durch alle diese Maßnahmen, die vorsichtig ausgewählt und finanziert waren, war es möglich, im letzten Jahre der Ziehmregierung die Erwerbslosenzahl um etwa 10 000 zu senken. Der Stand der Währung war glänzend. Sie war beinahe 100-prozentig mit Gold und Devisen gedeckt. Die sozialen Einrichtungen von Staat und Stadt waren mustergültig. Die sozialen Unterstützungen hielten (C)
sich auf der Höhe der deutschen Sätze. Jedermann im Freistaat hat ein gesetzliches Recht auf angemessene Unterstützung. In den Leistungen auf den Gebieten des Wohnungsbaues, des Kleingartenwesens, der öffentlichen Anlagen und Bauten, Schulen, Krankenhäuser usw. stand Danzig an der Spitze der deutschen Städte.

In der auswärtigen Politik waren die Rechte Danzigs gegenüber Polen trotz schwerer Angriffe erfolgreich gewahrt. Mit allen auswärtigen Staaten, selbstverständlich mit Deutschland, bestanden ausgezeichnete Beziehungen, die sich besonders auf wirtschaftlichem Gebiete günstig auswirkten. Das Verhältnis zu den Völkerbundsinstanzen war denkbar günstig und vertrauensvoll. Die kulturellen und politischen Rechte jedes einzelnen Staatsbürgers im Rahmen der Verfassung waren in keiner Weise eingeengt. Jedermann hatte das Gefühl der Freiheit und der Sicherheit. Es kann daher mit Ueberzeugung und ohne Uebertreibung gesagt werden, daß die nationalsozialistische Regierung bei der Machtübernahme geordnete Verhältnisse vorfand.

Was ist aus diesem geordneten Staatswesen in zwei Jahren nationalsozialistischer Regierung geworden? Nur dort, wo die Politik der früheren Regierung durch eingearbeitete Beamte fortgesetzt wurde, wie im Wohnungsbau, im Straßenbau, in der Gartenverwaltung und auf einzelnen anderen Gebieten wurden ausgesprochene Mißerfolge vermieden.

Auf keinem einzigen Gebiet sehen wir die angekündigten volksbeglückenden grundlegenden (D)
Neuerungen in einem für Danzig günstigen Sinne durchgeführt. Das gilt auch für alle Maßnahmen auf dem Erwerbslosengebiet. Die Arbeitsschlacht wurde mit einem kräftigen Aufgebot von Schlagworten angesagt. Sie ist bereits abgebrochen, weil sie finanziell nicht vorsichtig und überlegt aufgebaut war.

Dagegen sehen wir Experimente verschiedener Art, die ohne klare Zielrichtung und ohne ruhige Durchdenkung der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen von einzelnen Personen vorgetrieben wurden. Wir erinnern an die mißlungenen Versuche des berufsständischen Aufbaues, an die Aufhebung der Handelskammer, an das Wasserstoffprojekt der Städt. Betriebe, an die mit dauernden Aufregungen verbundenen Umstellungen im Schulwesen, an die Gründung der Hochschule für Lehrerbildung und die Einrichtung der Medizinischen Fakultät an der Hochschule, an die mit großem Wortschwall gefeierte Grundsteinlegung des Hallenschwimmbades und den Umbau des Staatstheaters.

Auf personellem Gebiet wurde ein ausgesprochener Raubbau getrieben. Alte Beamte und Angestellte wurden in viel höherem Maße als in Deutschland entlassen und beurlaubt. Dutzende höhere und mittlere Beamte, gegen deren sachliche Eignung nichts vorgebracht werden kann, sind außer Dienst gesetzt und durch Personen ersetzt, die abgesehen vom Parteibuch, keinerlei praktische Eignung für ihre Stellung mitbringen. Junge Angestellte wurden ohne Uebergang in höchste Beamtenstellen befördert. Sie sind teilweise schon

(Dr. Stachnik, Abgeordneter)

(A) wieder abgebaut und belasten erneut den Staatsetat. Die Einstellung der Arbeiter erfolgte mehr nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten. Heuchelei, Charakterschwächung, Schaffung eines gefährlichen Bodens zur Korruption, Mißstimmung, Arbeitsunfreudigkeit sind die natürlichen Folgen dieser Personalpolitik. Die leitenden Beamten haben vielfach nicht das Gefühl für die besondere Stellung des Beamten. Die ganz ungewöhnliche Vermehrung der Autos, die täglichen Dienstreisen geben berechtigten Anlaß zur Kritik und mindern das Vertrauen in die Staatsführung.

Die Rechtssicherheit und die Sicherheit der Einzelperson hat von Monat zu Monat abgenommen. Dazu hat besonders beigetragen, daß im Wahlkampf der nationalsozialistische Parteiangehörende oder nahestehende Personengruppen sich einen Terror erlauben durften, der bisher größtenteils ungesühnt geblieben ist.

In den Verhandlungen mit Polen sind wichtige Danziger Eigenrechte preisgegeben worden, ohne daß dafür nennenswerte wirtschaftliche Gegenleistungen tatsächlich eingetreten sind. Die Zugeständnisse auf kulturellem Gebiet bilden eine ernste Gefahr für das Deutschtum Danzigs. Sie ist umso schwerer zu werten, als die nationalsozialistische Partei es fertig gebracht hat, durch Hineinwerfen unglücklicher Wahlparolen einen Keil in die bisher unbedingt geschlossene nationale Haltung der Danziger Bevölkerung zu treiben.

Zu den allergrößten Bedenken geben die Maßnahmen der Regierung auf finanziellem Gebiet Anlaß. Sie hat es fertig gebracht, die bisher (B) streng durchgeführte Trennung zwischen Staatsfinanzen und Staatsbank zu durchbrechen und in einem ganz ungewöhnlichen Umfange kurzfristige Kredite bei der Staatsbank aufzunehmen. Sie hat lange Zeit die Aufnahme neuer Kredite abgeleugnet, sie hat sich geweigert, durch Vorlage des Staatsetats Einblick in die finanziellen Verhältnisse des Staats zu geben. Die Regierung mußte sich darüber im klaren sein, daß daraus eine schwere Erschütterung des Vertrauens zur Regierung und ihrer Finanzgebarung folgen mußte.

Einer Wirtschaft, wie sie von der nationalsozialistischen Regierung getrieben wurde, kann auch die festeste Währung nicht standhalten. Die Regierung trägt daher die gesamte Verantwortung für die nach unserer Auffassung zwecklose Abwertung des Guldens mit ihren tief einschneidenden Folgen für die ganze Bevölkerung Danzigs.

Die Durchführung der Guldenabwertung selbst hat der Regierung den geringsten Rest des Vertrauens restlos entzogen. Die Abwertung wurde widerspruchsvoll einmal mit dem Treiben gewissenloser Spekulanten, ein zweites Mal mit wirtschaftlichen Absichten und ein drittes Mal mit dem Wunsche begründet, die Danziger und polnische Währung gleich zu setzen. Noch vor den letzten Wahlen haben höchste Beamte und höchste Funktionäre öffentlich und mit aller Bestimmtheit ausgesprochen: nie waren die Finanzen besser, nie stand die Währung fester. Wenige Tage später mußte man die Währung preisgeben und rücksichtslose Sparmaßnahmen zur Gesundung der zerrütteten Finanzen ankündigen. Kurz nach der Abwertung sagten höchste Beamte und Funktionäre „durch die Abwertung tritt keine Preissteigerung ein." (C) Wenige Tage später werden Zuschläge für fast alle Artikel des täglichen Bedarfs zugestanden. Am 2. Juni 1935 verkünden höchste Beamte: „Die Auszahlung von Guthaben aus den Sparkassen ist gesichert, keinerlei Devisenbeschränkungen sollen stattfinden". Wenige Tage später stellen die Banken ihre Auszahlungen ein und die Safes in den Banken werden geschlossen und polizeilich bewacht. Jetzt haben wir eine Devisenzwangswirtschaft, von deren Auswirkungen wir das Schlimmste für die Danziger Wirtschaft, vor allem den Ruin des Danziger Handels befürchten. Diese Tatsachen und politischen Wirklichkeiten waren zu berücksichtigen, um unsere Stellungnahme zu der Volkstagsrede des Herrn Senatspräsidenten am 12. Juni und zu den Sparmaßnahmen bekannt zu geben.

Wir stellen fest, daß der Senat gewillt ist, der Danziger Bevölkerung den Gulden, die eigene Währung, auf jeden Fall zu erhalten und ihn auf seiner jetzigen Höhe zu halten. Wir wünschen, daß ihm das gelingen möge und daß die Entwicklung der Dinge diesen Willen nicht, wie so oft in letzter Zeit, zu nichte machen möge.

Dabei möchten wir auf einen Irrtum hinweisen, der dem Herrn Senatspräsidenten unterlaufen ist, wenn er sagt: Allerdings hat Polen auf Grund des Pariser Vertrages vom 9. November 1920 das Recht, beim Völkerbund die Unifizierung der Währungen zu verlangen. Der Artikel 36 des Pariser Vertrages gibt den beiden Partnern nicht das Recht, die Unifizierung der Währungen zu (D) verlangen, sondern in ihm verpflichten sich Polen und die Freie Stadt Danzig, sobald es die Umstände erlauben, auf den Antrag der einen oder andern Partei in Verhandlungen einzutreten, um ihre Münzsysteme zu vereinheitlichen.

Wir hörten weiter in der Rede von dem Willen der Regierung zu Sparmaßnahmen und zum Abbau mancher von der jetzigen Regierung getroffenen Einrichtungen wie etwa der Hochschule für Lehrerbildung, Einrichtungen, die wir von vornherein für überflüssig, zu kostspielig und damit für unverantwortlich gehalten haben. Wir bedauern es nur, daß man jetzt erst zu diesen Sparmaßnahmen greift, daß man jetzt erst die Staatsfinanzen ordnen will, nachdem der Gulden abgewertet und damit das ganze Volksvermögen so stark vermindert worden ist. Und wenn der Herr Senatspräsident davon sprach, daß die Danziger Behörden zum Teil überorganisiert sind, so müssen wir feststellen, daß die Regierung Ziehm die Ueberorganisation schon sehr stark beschnitten hatte, daß sie aber leider nach dem 20. Juni 1933 wieder in üppigster Weise auflebte.

Andererseits haben wir bezüglich mancher der in der Rede angedeuteten Maßnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen größte Bedenken. So bezüglich der Umsiedlung gewisser Pensionäre nach Deutschland und der Verschickung von Erwerbslosen in andere Länder. Wir fürchten vor allem, daß infolge der daraus entstehenden Entvölkerung Danzigs von Danziger Staatsbürgern deutscher Nationalität — denn solche anderer Nationalitäten dürften wohl für die Umsiedlung kaum in Frage kommen — ein leerer Raum entsteht, der

(Dr. Stachnik, Abgeordneter)

(A) dem Drucke der nach Danzig hinströmenden Angehörigen anderer Nationalitäten allzuleicht nachgeben könnte, zumal durch die Abwertung des Danziger Guldens der Zustrom nach Danzig erleichtert wird. — Ferner kann durch einen starken Abfluß der Bevölkerung die Danziger Wirtschaft, wenigstens zur Zeit, sehr geschädigt werden. Für die Pensionäre, die doch zum größten Teil Alterspensionäre sind, wird es sehr schwer sein, heimatliche und verwandtschaftliche Bande so plötzlich zu zerschneiden und sich im hohen Alter ein neues Heim zu schaffen.

Bei der Umsiedlung von Erwerbslosen entstehen leider noch größere Härten, wenn die von Herrn Senatspräsidenten zugesicherte Freiwilligkeit nicht gewahrt bleibt. Solche Härten sind: Die Ungewißheit der Zukunft, die Zerreißung der Familien, besonders wenn Familienväter von Danzig wegziehen müssen und die Frau und Kinder hierbleiben; die z. Zt. für solche Familienväter wegen der Devisensperre bestehende Unmöglichkeit, das anderswo erarbeitete Geld an die Familie nach Danzig zu schicken.

Die Arbeitsämter gehen jetzt dazu über, vornehmlich Bauhandwerker aus der Erwerbslosenfürsorge auszuschließen, da angeblich genügend Arbeit vorhanden sein soll. Die Arbeitsämter sind jedoch nicht in der Lage, ihnen eine Stelle im Freistaat Danzig nachzuweisen. Die betreffenden Beamten erklären offen, daß sie die Unterstützung nicht erhalten, wenn sie die Arbeitsvermittlung nach Deutschland ablehnen. Auch das städtische Wohlfahrtsamt stellt angeblich auf Grund eines (B) Senatserlasses, die Zahlung mit dem 24. 6. ein und begründet diese Zahlungseinstellung genau so wie die Erwerbslosenfürsorge damit, daß genügend Arbeitsmöglichkeiten vorhanden seien und daß eine Ablehnung der Vermittelung nach Deutschland als Arbeitsverweigerung gilt. Die betreffenden Erwerbslosen bezw. Ausgesteuerten erhalten also keine Unterstützung. Sie sind mit ihren zum Teil sehr zahlreichen Familienangehörigen der bittersten Not ausgesetzt.

Es besteht nunmehr die Tatsache, daß trotz der eindeutigen Erklärung des Senatspräsidenten, daß nur eine freiwillige Vermittelung nach Deutschland in Frage kommt, die dem Senat unterstehenden Behörden das Gegenteil durchführen und die Erwerbslosen zwangsweise nach Deutschland überführen wollen.

Die Verhältnisse auf dem Gebiete der Arbeitsvermittelung sind besonders in letzter Zeit von unserer Fraktion öfters zum Gegenstand von Eingaben gemacht worden. Da die Vermittelung bisher vollkommen parteipolitisch durchgeführt wurde, kommen für diese zwangsweise Verschickung nach Deutschland zum allergrößten Teil nur Erwerbslose in Frage, die sich nicht zum Nationalsozialismus bekennen. Zahlreiche uns nahestehende Erwerbslose hatten nach langen Bemühungen eine Arbeitsstelle ausfindig gemacht. Die Genehmigung wurde ihnen aber verweigert, da wie mehrfach die Beamten erklärten, noch zu viel Erwerbslose der NSDAP. vorhanden seien. Diese von den sich zu den Oppositionsparteien bekennenden Erwerbslosen ausfindig gemachten Arbeitsstellen wurden dann von Angehörigen der NSDAP. besetzt. Jetzt werden die nichtnationalsozialistischen (C) Staatsbürger nach Deutschland abgeschoben, während die eigenen Parteiangehörigen im Freistaat Danzig verbleiben.

Es kann den Erwerbslosen nicht übel genommen werden, daß sie sich sträuben einem unbekannten Schicksal entgegenzufahren. Der Senat kann diesen Erwerbslosen nicht die Sicherheit bieten, daß sie nicht eines Tages in Deutschland wegen ihrer politischen Einstellung zum Nationalsozialismus sich schweren Strafen aussetzen. Abgesehen davon aber betrachten wir diese zwangsweise Vermittelung nach Deutschland im Interesse der Familien und auch aus nationalen Gründen für überaus schädlich. Bis jetzt ist die Frage der Lohnüberweisung nach Danzig infolge der deutschen Devisengesetze noch recht problematisch. Die Sorge der Erwerbslosen, ob die Danziger Behörden sich weiter den Familienangehörigen annehmen, sind bisher nicht zerstreut. Die Männer werden auf lange Zeit ihren Familien entzogen und die Kinder müssen auf lange Zeit ihren Vater und Erzieher entbehren.

Es ist so oft von den nationalsozialistischen Führern erklärt worden, daß die Aermsten stets die treuesten Söhne des Volkes sind. Wir verstehen deshalb nicht, daß man gerade diese treuesten Staatsbürger abschieben will. Gerade hier im deutschen Danzig ist jede Abwanderung eines deutschen Arbeitnehmers gleichzeitig ein Verlust für das Deutschtum in Danzig. Die Erhaltung des Deutschtums ist aber heute notwendiger denn je. (D)

Unsere Fraktion hat deshalb einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der darauf hinzielt, die größten Härten bei dieser Umsiedlung zu beseitigen und die sozialen Rechte der Erwerbslosen sicherer zu verankern, zumal es uns scheinen will, daß gerade solche Erwerbslose, die nicht zur nationalsozialistischen Partei gehören, besonders hart getroffen werden.

Wenn die Regierung jetzt einige verfassungsändernde Gesetze vorlegt und uns auffordert, denselben unsere Zustimmung zu geben, so müssen wir antworten: wir haben zu dieser Regierung kein Vertrauen, zu einer Regierung, die alle unsere früheren Anträge und Bemühungen schroff zurückgewiesen hat, die bisher keine Maßnahmen getroffen hat, um die gegen uns gerichteten ehrenrührigen Verleumdungen zu unterbinden, als man uns öffentlich, ebenso wie es hier eben geschehen ist, als Landesverräter bezeichnete und die bisher noch keinen genauen Haushaltsplan vorgelegt hat. Wir haben nicht das Vertrauen, daß man für die Verantwortung, die man uns aufbürden will, uns eine genügende Einflußnahme gestattet; wir haben nicht das Vertrauen, daß verfassungsändernde Gesetze zum Gesamtwohl von Staat und Volk, sondern nur parteiegoistisch gehandhabt würden, und zwar so, daß nichtnationalsozialistische Beamte beseitigt würden, um nationalsozialistische einstellen zu können, wie es bisher so oft der Fall gewesen ist.

Wir werden deshalb die beantragten Gesetze ablehnen.

(Dr. Stachnik, Abgeordneter)

(A) Aus der seit 2 Jahren beobachteten Entwickelung der nationalsozialistischen Regierungsarbeit und insbesondere aus den Maßnahmen bei der Guldenabwertung, die unüberlegt und planlos, zum Teil überstürzt, halb und verspätet angesetzt wurden, gibt es nur eine Folgerung: die jetzige Regierung ist nicht fähig, die schwierigen Verhältnisse im Freistaat Danzig zu meistern und Staat und Bevölkerung aus der katastrophalen und verworrenen Lage herauszuführen.

In Danzig stehen nicht allein wirtschaftliche Belange, sondern in erster Linie und hauptsächlich nationale Interessen auf dem Spiel. Sie sind durch Preisgabe wichtiger Danziger Rechte bereits bedenklich gefährdet. Im Interesse des Deutschtums warnen wir mit allem Nachdruck vor neuen derartigen Schritten. (Unglaublich, Sie und Deutschtum! rechts.)

Zur Durchführung von sofort notwendigen Sparmaßnahmen haben wir zusammen mit den Abgeordneten der Gruppe Weise ein Sofortprogramm eingereicht, daß u. E. praktischer und erfolgreicher ist als die von der Regierung vorgelegten Gesetzesanträge.

Abschließend möchte ich sagen: Für uns bleibt nur eine Folgerung: Nicht allein die Opposition, alle klardenkenden Männer und Frauen, haben das Vertrauen zur Regierung restlos verloren. Wir verlangen daher und wir sprechen hier u. E. im Namen der überwiegenden Mehrheit der Danziger Bürger, sofortige Auflösung des Volkstages, Rücktritt der Regierung, sofortige Neuwahl und (B) Bildung einer Regierung, die durch eigenes Beispiel, Sachkenntnis und Erfahrung, das notwendige Vertrauen zur Regierung wieder aufbaut und fähig ist, die zerrütteten Verhältnisse des Freistaates auf gesunder Grundlage neu zu ordnen. (Beifall beim Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Weise.

Weise, Abgeordneter (Gruppe Weise): M. D. u. H.! Bereits im September 1931 drohte der Danziger Währung eine Abwertung durch die englische Pfundabwertung. (Die hätten Sie vornehmen müssen! rechts.) Die damalige Regierung Ziehm hat die Abwertung des Danziger Guldens bewußt durch die Loslösung vom englischen Pfund verhindert. Maßgebend waren folgende Erwägungen:

1. Jede Abwertung bedeutet sicheren Verlust von Volksvermögen und eine unabsehbare Schwächung der Kapital- und Wirtschaftskraft eines Landes, die für einen ausgesprochenen Handelsplatz wie Danzig besonders schädlich sein muß.

2. Aus Furcht vor der Abwertung anderer Währungen, aus steuerlichen und anderen Gründen hatte sich in Danzig wegen seines stabilen Guldens aus Deutschland, Polen und dem übrigen Auslande ein sehr erhebliches Kapital angesammelt, welches Danzig und die Danziger Banken und Handelsunternehmen befähigte, sogar ohne Inanspruchnahme der Bank von Danzig etwa 40 Prozent des gesamten polnischen Imports und Exports zu finanzieren und damit dem Danziger Platz und Hafen trotz der Konkurrenz Gdingens seinen Handel zu erhalten. Die geringste Unsicherheit des Danziger Guldens mußte dieses Auslandskapital zur Flucht aus Danzig, insbesondere aus dem Danziger Gulden und aus dem Danziger Handel, veranlassen. Bei der Größe dieses Kapitals hätte eine Abwertung des Danziger Guldens in der Folge der englischen Pfundabwertung höchstwahrscheinlich die Danziger Währung so erschüttert, daß der Danziger Gulden noch erheblich über das englische Pfund hinaus abgewertet wäre. Danzig mit seinem Hafen und Handel wären erledigt gewesen. (C)

3. Die für die Abwertung des englischen Pfundes maßgeblichen Gründe, die Senkung der Produktionskosten der englischen Exportwirtschaft durch Senkung der Industrielöhne und der Preise für die im englischen Kolonialreich sämtlich vorhandenen Rohmaterialien waren in Danzig überhaupt nicht gegeben. Danzig ist in erster Linie Handelsplatz und seine Exportindustrie spielt daneben eine untergeordnete Rolle. Außer seinen landwirtschaftlichen Produkten hat Danzig überhaupt keine Rohprodukte. Als Handelsplatz und als Land, das seinen Eigenbedarf an Rohmaterialien, an Halb- und Fertigfabrikaten fast restlos aus dem Ausland beziehen muß, kann Danzig nur mit einer hochwertigen und stabilen Währung bestehen.

4. Die Stabilität des Danziger Guldens war, wie die Genfer Verhandlungen bei Einführung des Zloty im Eisenbahnverkehr praktisch erwiesen haben, die beste Abwehr der polnischen Bestrebungen auf Unifizierung der Währungen. Nach dem Urteil der Genfer Finanzsachverständigen konnte Danzig wegen seines hochwertigen und stabilen (D) Guldens die Einführung des Zloty auch in beschränktem Umfange einfach nicht zugemutet werden.

Die Richtigkeit dieser Gründe erweist sich heute nach der von der jetzigen Regierung vorgenommenen Guldenabwertung in erschreckendem Ausmaße von Tag zu Tag mehr. Der Gulden hat keine Auslandskaufkraft mehr, Danzigs Handel und Wirtschaft liegen in einem Todeskampfe, die öffentliche Wirtschaft von Staat und Kommunen können nur noch mit größter Mühe aufrechterhalten werden und Polen verlangt die Unifizierung. Die Regierung Ziehm hat allein richtig gehandelt; sie mußte pflichtgemäß so handeln. Wenn der Herr Reichsbankpräsident die Pfundabwertung im Jahre 1931 einen Glücksfall für Danzig nennt, dessen Nichtausnutzung durch die Regierung Ziehm nach seiner Ansicht fehlerhaft war, so ist das ein schwerer Irrtum, der durch die grausame Wirklichkeit heute tagtäglich mehr offenbar wird und der nur aus der Unkenntnis der Danziger Verhältnisse zu erklären ist.

Für die am 1. Mai 1935 vorgenommene Guldenabwertung hat die jetzige Regierung die alleinige Verantwortung, aber auch die alleinige Schuld. Ich stelle dabei fest, daß die Regierung Ziehm eine Währung hinterlassen hat, die mit annähernd 90 Prozent Gold- und Devisendeckung eine der besten Währungen der Welt war. Als weitere Voraussetzung einer stabilen Währung hatte die Regierung Ziehm unter Durchführung größter Ersparnisse geordnete Staats- und Gemeindefinanzen hinterlassen. Die jedes Jahr mit

(Weise, Abgeordneter)

(A) großer Pünktlichkeit vorgelegten Haushaltspläne wiesen das aus.

Demgegenüber hat die nationalsozialistische Regierung bisher überhaupt noch keinen Etat ordnungsmäßig vorgelegt. Sie konnte es auch nicht, weil sie in völliger Abkehr von einer sparsamen Haushaltsführung und in völliger Verkennung der Finanzkraft der öffentlichen und privaten Wirtschaft eine unverantwortliche Ausgabenwirtschaft getrieben hat. Die Mittel für diese Ausgabenwirtschaft hat die Regierung zum Teil, und zwar nach den Angaben des Bankpräsidenten Dr. Schäfer im Betrage von 24 Millionen Gulden von der Währungsbank entliehen, obwohl der Währungsbank die Hergabe solcher Kredite gesetzlich ausdrücklich untersagt ist. Dieser Mißbrauch der Währungsbank ist der erste Grund für die Guldenabwertung.

Ein weiterer Grund ist die unter der Bezeichnung „Verständigungspolitik" verschleierte Preisgabe von lebensnotwendigen Hoheitsrechten. Durch die bewußten Augustabkommen des Jahres 1934 hat die jetzige Regierung einmal die sogenannten Danziger Eigenkontingente aufgegeben und den Danziger Handel auf die polnischen Einfuhrkontingente verwiesen. (Schneller! rechts.) Ich habe keine Zeit. — Der Schaden für den Danziger Handel ist riesengroß. Danzig ist damit als Handelsplatz für den polnischen Bedarf fast restlos ausgeschaltet. Weiter hat sich die jetzige Regierung durch die Lebensmittelabkommen verpflichtet, den fast 100-prozentigen Bedarf der Ernährung Danzigs
(B) aus Polen zu beziehen. Damit ist die Danziger Landwirtschaft als die einzige Rohstoffquelle für Danzigs Ernährung ausgeschaltet. Die Danziger Landwirtschaft muß heute ihre Produkte zu niedrigsten Preisen auf den Weltmarkt verkaufen und damit, da der Gulden keine Auslandskaufkraft mehr hat, die Devisen im Betrage von etwa 25 bis 30 Millionen Zloty mitbeschaffen helfen, mit denen die Lebensmittel aus Polen bezogen werden können. Eine größere Groteske ist nicht denkbar. Diese beiden Augustabkommen mußten auf die Dauer allein zu einer Währungskatastrophe führen, weil sie einen einseitigen Devisenabfluß namentlich nach Polen zur Folge hatten.

Die hemmungslose Ausgabenwirtschaft von Staat und Kommunen, die Aufgabe der Danziger Eigenkontingente und die Lebensmittelabkommen sind die eigentlichen Ursachen der Guldenabwertung, neben denen alle anderen Ursachen völlig untergeordnete Bedeutung haben. Diese Ursachen sind restlos von der jetzigen Regierung zu verantworten.

Trotzdem die jetzige Regierung von maßgebenden Persönlichkeiten gewarnt worden ist, (Wer waren die maßgeblichen Persönlichkeiten? rechts.) der Präsident des Aufsichtsrats der Bank von Danzig Dr. Dolle, der Direktor der Deutschen Bank, Weiner — hat sie nichts unternommen, um diese als gefährlich erkannten und gekennzeichneten Ursachen zu beseitigen oder ihnen entgegenzutreten. Als schließlich die Währungskrise nach außen ruchbar wurde, ordnete sie Neuwahlen an, um dadurch die Mittel zu gewinnen, angesichts der bevorstehenden Katastrophe die Kritik zu ertöten. Dieser Versuch ist bei der Neuwahl am 7. 4. kläglich gescheitert. (C) Die jetzige Regierung ist weder fähig noch gewillt, die wirksamen Maßnahmen zu treffen, die zur Rettung Danzigs notwendig sind. (Woher wissen Sie das? rechts.) Aus der Erfahrung. (Heiterkeit.) Sie würde ihre bisherige Politik auch völlig verleugnen müssen. Die ernste Lage Danzigs erfordert unverzügliche Rückkehr des Vertrauens zu einer vertrauenswürdigen Danziger Regierung und damit auch zur Danziger Währung. Die jetzige Regierung hat dieses Vertrauen unwiederbringlich im In- und Auslande verloren.

Namens der deutschnationalen Abgeordneten habe ich zu erklären, daß sie dieser Regierung, weil sie das größte Hindernis für die Rückkehr geordneter Zustände ist, jede Mitwirkung versagen wird. Aus diesem Grunde haben daher die deutschnationalen Abgeordneten den Antrag auf Auflösung des Volkstages mitunterzeichnet. Sie werden auch weiterhin im alleinigen Interesse der Deutscherhaltung Danzigs alle gesetzlichen Mittel ergreifen, um diese Regierung zu beseitigen.

Infolgedessen lehnen auch die deutschnationalen Abgeordneten selbstverständlich die vom Senat vorgeschlagenen beiden verfassungsändernden Gesetze ab. Diese Gesetze dienen nicht lediglich sachlichen Zwecken, sondern sie stellen nichts weiter dar, als eine Fortsetzung der von uns auf das schärfste verurteilten nationalsozialistischen Günstlingspolitik. Diese Gesetze stehen aber nicht nur im Widerspruch mit der Verfassung, sondern sie vermögen auch niemals diejenigen Vertragsrechte zu beseitigen, welche den in Frage kommenden Beamten, (D) Lehrkräften und Versorgungsberechtigten auf Grund der Beamtenabkommen zwischen Deutschland und Preußen einerseits und Danzig andererseits diesen zustehen. Eine solche Schmälerung der Bezüge würde eine Enteignung darstellen, sie würde den Staat entschädigungspflichtig machen und würde infolgedessen zwecklos sein. Des weiteren aber auch lassen die Gesetze erkennen, daß nicht nur Sparsamkeitserwägungen mitsprechen, wenn einmal durch das vorgeschlagene Gesetz auch Ehrenbeamte aus dem Amtsverhältnis entlassen werden können, die also unentgeltlich arbeiten, und wenn weiterhin dieses Gesetz auf Wahlbeamte der Gemeinden und Gemeindeverbände und auf sonstige Beamte keine Anwendung finden soll, woraus zu ersehen ist, daß es sich lediglich darum handelt, den Herrn Oberbürgermeister und den Herrn Bürgermeister von Zoppot abzusetzen, um den inzwischen zum Rektor beförderten Volksschullehrer Temp und einen sonstigen nationalsozialistischen Parteiangehörigen in ein Amt zu bringen, für das er weder die erforderlichen Vorkenntnisse und Fähigkeiten, noch die erforderliche moralische Eignung besitzt.

Präsident: Die Zeit ist abgelaufen, ich muß Sie auffordern, Schluß zu machen.

Weise, Abgeordneter (Gruppe Weise): Wir lehnen die Gesetze ab! (Heiterkeit.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Plenikowski.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.) Ich habe folgende Erklärung abzugeben. (Wir legen gar keinen Wert darauf! rechts.) Die Regierung scheut

(**Plenikowski**, Abgeordneter)

(A) sich nicht, sich der Kritik des Volkes zu unterziehen, betonte Herr Greiser. Noch keine Regierung scheute so die Kritik des Volkes wie diese. Was z. B. in anderen Ländern eine Selbstverständlichkeit ist, den Steuerzahlern Auskunft darüber zu erteilen, was mit den Steuergeldern geschieht, ist in Danzig etwas Unbekanntes. Man fürchtet die Kritik, deshalb wurden die Etats bisher nicht vorgelegt, deshalb Zeitungsverbote und Beschlagnahmen, deshalb hohe Gefängnisstrafen und die Beeinträchtigung und Unterdrückung der Vereins- und Versammlungsfreiheit. Deshalb kürzt man selbst hier im Parlament die Redezeit für den einzelnen Abgeordneten auf ein bis zwei Minuten.

Auch unter den früheren Regierungen war die Lage der Werktätigen keine rosige. Doch den Nationalsozialisten, die nicht müde wurden, durch immer neue Versprechungen sich als nationale und soziale Befreier anzupreisen, blieb es vorbehalten, die Danziger Wirtschaft zum Erliegen und schließlich durch die Guldenabwertung ungeheures Elend über Danzig zu bringen. Den Nationalsozialisten blieb es auch vorbehalten, den letzten Rest von Selbständigkeit der Freien Stadt Danzig aufs schwerste zu erschüttern.

Die mir gewährten wenigen Minuten reichen nicht aus, die von Herrn Greiser und dem Abgeordneten Beyl für die nationalsozialistische Politik angeführten Gründe einzeln zu widerlegen. Deshalb sei nur folgendes festgestellt: Die Nationalsozialisten behaupten, Schuld an dem Zusammenbruch sei der Versailler Vertrag. Abgesehen davon, (B) daß dieser Vertrag auch schon vor dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten bestand, verschweigen sie folgende Tatsachen: Der deutsch-polnische Zehnjahres-Pakt bedeutet den Verzicht auf Revision der deutsch-polnischen Grenzen und des Danziger Statuts. Dieser Pakt aber ist das Werk der Nationalsozialisten. Die feierliche Anerkennung des Danziger Statuts ist bisher auch nur durch die Führer einer einzigen Danziger Partei erfolgt: der NSDAP. Weiter: Die in den letzten zwei Jahren abgeschlossenen Danzig-polnischen Verträge gehen oft in ihrem Ausmaß und in ihren Lasten weit über den Rahmen der Bestimmungen des Versailler Vertrages hinaus. Erinnert sei nur an das Hafenabkommen, die polnische Hafenpolizeiwache, den Zollvertrag, den Verzicht auf die Landeskontingente usw. Diese Verträge sind das Werk nationalsozialistischer Politik.

Die Nationalsozialisten behaupten ferner, ihre politischen Maßnahmen seien erfolgt im Interesse der Deutscherhaltung Danzigs. Schon in bezug auf die eben erwähnten Pakte und Verträge kann man geteilter Meinung sein, ob sie den deutschen oder polnischen Einfluß in und auf Danzig verstärkt haben. Wie aber die nationalsozialistischen Maßnahmen wirtschaftlicher und finanzieller Art, wie z. B. die Schaffung von Versorgungsverbänden, die Uebernahme deutscher Verpflichtungen durch die Bank von Danzig, die Guldenabwertung, die Anschaffung unzähliger Autos, die vielen Ausgaben für Aufmärsche und Flaggenpropaganda der Aufrechterhaltung des Deutschtums dienten, ist ein Rätsel, das nur von den Nationalsozialisten gelöst werden kann. Tatsache ist, daß die Maßnahmen die schwersten Opfer forderten, Opfer, die nicht die besitzenden Kreise aufzubringen hatten, sondern Opfer, die den werktätigen Massen auferlegt wurden. Den Erwerbslosen wurde die Unterstützung gekürzt oder gezogen, der Herr Senator ließ sich eine Zulage geben. So sah die nationalsozialistische Volksgemeinschaft in Wahrheit aus. (C)

Die den werktätigen Massen auferlegten ungeheuerlichen Lasten waren nicht notwendige Opfer einer Politik der Deutscherhaltung Danzigs, es waren Opfer, die getragen werden mußten als Folgen der bankerotten nationalsozialistischen Politik im Reiche und in Danzig. Gerade die Folgen dieser Politik, die Verelendung der Werktätigen, die Zerstörung der Danziger Wirtschaft bedrohen in gefährlicher Weise Danzigs Selbständigkeit und gerade darum die Deutscherhaltung Danzigs. (Heiterkeit rechts.)

Die von den Nationalsozialisten vorgeschlagenen Maßnahmen sind nur eine Fortsetzung der bisherigen Politik. Wir lehnen sie ab. Dieser Politik gegenüber gibt es eine Politik der Sicherung der Existenz der Werktätigen und der Selbständigkeit Danzigs zu verwirklichen. Dem Naziprogramm setzen wir die wichtigsten Forderungen der Werktätigen entgegen:

1. Abwertungsausgleich der Löhne, Unterstützungssätze und Renten.
2. Abwertungsausgleich für die Gehälter der Angestellten und der unteren und mittleren Beamten.
3. Auszahlung einer Sonderunterstützung an alle Erwerbslosen, Wohlfahrts- und Rentenempfänger als Teuerungszulage. (D)
4. Gewährung einer Teuerungszulage für alle Angestellten und unteren Beamten.
5. Entschädigung für alle durch die Abwertungsmaßnahmen des Senats entstandenen und entstehenden Verluste für die kleinen Geschäftsleute, Handwerker usw.
6. Sicherung der Einlagen aller Kleinsparer.
7. Aufhebung des Bankgeheimnisses für alle Spekulanten und Schieber. Beschlagnahme aller Inflationsgewinne der Banken und Spekulanten und Verwendung dieser Beträge zum Ausgleich für die Verluste der Kleinsparer.
8. Beschlagnahme aller durch vorherige Kenntnis der Abwertung erzielten Gewinne, öffentliche Anprangerung und Bestrafung aller Spekulanten, Schieber und Inflationsgewinnler.

(Und Kommunisten! rechts.)

9. Beseitigung der hohen Zwischengewinne der Versorgungsverbände zu Gunsten der bäuerlichen Kleinproduzenten.
10. Wiederherstellung des freien Marktes durch Beseitigung der Versorgungsverbände. Schwerste Bestrafung für Preiswucher unter Zubilligung einer angemessenen Verdienstspanne für kleine Kaufleute und Kleinhändler.

Wir fordern die Werktätigen in Stadt und Land auf, geschlossen für diese ihre Forderungen zu kämpfen. Der Nationalsozialismus hat die Not ungeheuerlich verschärft und deshalb weg mit der nationalsozialistischen Wirtschaft! (Auf nach Moskau! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Budzynski.

Budzynski, Abgeordneter (P.): Meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst im Namen der polnischen Gruppe gegen die Beschränkung der Redezeit protestieren, die sich in diesem Hause schon zu einer gewissen Gepflogenheit herausgebildet hat.

(**Budzynski,** Abgeordneter)

(A) Ich glaube, daß es nicht im Interesse der Danziger Bevölkerung liegt, daß die Abgeordneten, die zu dieser äußerst wichtigen Frage hier etwas Positives zu sagen haben und die vielleicht manchen Rat geben könnten, hier in der Redezeit derart beschränkt werden. (Zuruf: Schriftlich niederlegen und einreichen!) Deshalb kann ich hier zur Sache nicht so ausführlich sprechen, wie es der Ernst der Lage erforderte.

Meine Damen und Herren, wenn jemand Opfer bringen soll oder muß, dann fragt man sich selbst im Privatleben, ob diese Opfer wirklich nötig sind. Um wieviel mehr ist diese Frage berechtigt, wenn es sich um so schwere Opfer handelt, wie sie jetzt der Danziger Bevölkerung auferlegt werden sollen. Es fragt sich, ob diese Opfer nötig sind und ob sie nicht hätten vermieden werden können. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es zu diesen Opfern, die man hier der Danziger Bevölkerung auferlegt hat, nicht hätte zu kommen brauchen. Ich werde Ihnen auch sofort dafür den Beweis erbringen. Man brauchte diese Opfer von der Bevölkerung nicht zu fordern; denn es hätte nur einer weisen Voraussicht der Danziger Regierung bedurft, indem sie von dem ihr zustehenden Recht Gebrauch gemacht und sich an die polnische Regierung gewandt hätte. (Zurufe: Aha! Heiterkeit.) Ich unterstreiche das hier ausdrücklich, daß die Danziger Regierung aus dem ihr gemäß Artikel 219 der Konvention zustehenden Recht die polnische Regierung hätte zwingen können, darüber in Verhandlungen einzutreten, welche Maßnahmen erforderlich gewesen wären, um die Danziger und
(B) die polnische Währung zu unifizieren. Ich betone, daß es das gute Recht der Danziger Regierung war. Es war auch die Pflicht der Danziger Regierung, sich vorerst mit der polnischen Regierung ins Einvernehmen zu setzen und sie zu fragen, ob die polnische Regierung in diesem Fall helfen wolle, ob sie ihren Verpflichtungen nachkommen wolle oder nicht.

Ich stehe nicht an zu erklären, daß die polnische Regierung der Danziger Regierung weitgehendst entgegengekommen wäre. (Zwischenrufe.) Es wäre nicht nötig gewesen, den Danziger Gulden abzuwerten. Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse Danzigs eine Guldenabwertung erforderten, hätte das geschehen können, ohne daß der Danziger Bevölkerung diese hohen Opfer auferlegt wurden. Wenn schon die Abwertung selbst eine Katastrophe war, so bedeutet die Einführung der Devisenbewirtschaftung den Ruin für Danzig. Sie lachen, m. H., Sie wissen garnicht, was das auf sich hat und welche katastrophalen Folgen es nach sich zieht und schon gezogen hat. (Sehr richtig! links.) Sie wissen ganz genau, daß der Danziger Eigenhandel als solcher überhaupt nicht besteht. Ich selbst bin bereits seit 28 Jahren in Danzig und kann deshalb aus eigener Erfahrung sagen, daß wir auf den Exporthandel angewiesen sind. (Zurufe rechts — Wir wollen etwas hören! links.)

Präsident: Der Redner hat nur noch eine Minute zu sprechen. Ich bitte um Ruhe. (Abg. Weiß: Wir können nichts verstehen, Herr Präsident.)

Budzynski, Abgeordneter: (P.) Ich kann nicht so ausführlich sprechen, wie ich es gewünscht hätte. Deshalb habe ich nur zu erklären: Wenn Sie aus diesen ganzen Schwierigkeiten herauskommen wollen, (C) so bleibt nur ein Weg übrig. (Zurück zum Reich! rechts.) Erstens: sich mit der polnischen Regierung ehrlich an den Tisch zu setzen und den polnischen Zloty bzw. die Unifizierung der beiden Währungen in Danzig zu wünschen, und zwar so schnell als möglich. Ich weiß, daß die polnische Regierung bereit ist, Ihnen ehrlich beizustehen und zu helfen. Wenn Sie die Hand zurückweisen, wird die Danziger Bevölkerung nicht verstehen, aus welchem Grunde. Zweitens: Es müssen sofort die ganzen Beschränkungen, Kontingente, Einfuhrsperren usw. fallen gelassen werden, damit automatisch mit der Einführung des Zloty und dem Fallenlassen der Grenze ein Ausgleich geschaffen wird. Jeder Mensch auf der Straße, den Sie fragen, wird Ihnen bestätigen, daß das der einzige Grund ist. (Das ist ja ein Irrtum! rechts.)

Was die beiden Gesetze anbetrifft, welche von der Regierung eingebracht sind, so standen schon die früheren polnischen Fraktionen und steht jetzt die polnische Gruppe auf dem Standpunkt, daß Einsparungen unbedingt gemacht werden müssen und daß selbstverständlich zuerst mit dem Abbau des großen Beamtenapparates begonnen werden muß, den sich Danzig als kleines Staatswesen nicht leisten kann. Ich erkläre, daß es mir persönlich ganz gleichgültig ist, von welcher Seite diese Vorschläge kommen, ob von Ihnen (nach rechts) oder von der Opposition. Für mich ist die Hauptsache die, daß dadurch erreicht wird, daß die Danziger Bevölkerung geringere Lasten zu tragen hat als heute. Aus diesem Grunde allein werde ich für die
(D) beiden Vorlagen stimmen. Ich betone nochmals, daß ich damit absolut nicht irgendwelche Unterstützung der heutigen Regierung verbinde, sondern ich würde genau so gehandelt haben, wenn anstelle dieser Regierung hier eine andere gesessen hätte.

M. H.! Im letzten Augenblick ergreifen Sie im Interesse der Danziger Bevölkerung das Nächstliegende, was geboten wird; denn nur dadurch können Sie Danzig retten.

Präsident: Das Wort hat der Herr Präsident des Senats.

Greiser, Präsident des Senats: M. H. Abgeordneten! Ich habe lange genug in diesem hohen Hause gesessen und kenne deshalb die Mentalität der einzelnen Abgeordneten besser als viele derjenigen, die heute in diesem hohen Hause sind. Deshalb kann ich mir auch ein Urteil darüber erlauben, ob die Redner der Opposition sich ernstlich Mühe geben, sachlich zu den Vorschlägen der Regierung Stellung zu nehmen, ob sie überhaupt den ernsten Willen haben, mitzuarbeiten, oder ob es ihnen nur darauf ankommt, parteipolitische Propaganda zu treiben und mit demagogischen Mitteln ihre „Aufklärungsarbeit" von der Tribüne des Parlaments herab fortzusetzen. Ich kann Ihnen ehrlich, m. H. von der Opposition, und ganz sachlich und objektiv sagen: Ich hätte heute von Ihnen mehr erwartet! (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten. — Abg. Moritz: Die Redezeit war nicht länger!) Das, was Sie heute vorbrachten, war derartig lendenlahm und weich, daß es sich eigentlich gar nicht verlohnt, sachlich darüber zu diskutieren. Ich will in diesem Falle einmal nicht als Präsident des Senats, sondern als alter National-

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) sozialist sprechen. (Abg. Moritz: Es wird schon wieder finster!) Wenn eine andere Regierung die Devalvation durchgeführt und einen Beamtenabbau von 600 Köpfen und ein Sparsamkeitsprogramm von diesem Ausmaß vorgelegt hätte, seien Sie überzeugt m. H., diese Regierung hätte mit uns in der Opposition keine 14 Tage mehr in den Sesseln gesessen. Aber die Tatsache, daß Sie heute in absolut fairer und weicher Form Ihr Wenn und Aber vorgebracht haben, gibt mir den Beweis, daß Sie innerlich bereits derartig morsch und hohl sind (Beifall bei den Nationalsozialisten), und daß die Kräfte, die Sie zu haben vorgeben, aufbauwillige Kräfte und Verbesserungsvorschläge bei Ihnen so gut wie gar nicht mehr vorhanden sind.

Der Sprecher der Sozialdemokratischen Fraktion sagte, dieser Senat sei nicht imstande, die Schwierigkeiten zu überwinden. Ich frage Sie, Herr Abg. Brill, welcher Senat sonst imstande sein sollte, in der heutigen Situation zu regieren? (Abg. Brill: Treten Sie ab, wir werden den Beweis erbringen!) Wenn Sie zusammen mit dem Zentrum und anderen Parteien eine Koalitionsregierung gebildet hätten und die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse wären auf diese Koalitionsregierung in demselben Ausmaße hereingestürmt (Abg. Brill: Das hätte sie verhindert!), wie bei uns am 1. Mai, so hätten Sie wahrscheinlich mit Ihren Verhandlungen im Senat, in der Koalition, in den Ausschüssen, im Volkstag solange Zeit gebraucht, daß Danzig heute überhaupt keine Währung mehr hätte, dann wäre sie futsch. (Sie hätte es nicht zur Abwertung kommen lassen! links.) Nur eine Regierung, die vollkommen auf dem Boden des Führerprinzips steht, die in der Lage ist, autoritär zu dekretieren und innerhalb von 12 Stunden, innerhalb einer Nacht, zu befehlen, konnte sich eine solche Maßnahme leisten, um damit Danzig und die Selbständigkeit Danzigs zu erhalten, — keine andere Regierung! Sie beklagen sich heute, daß man Danziger Staatsbürger zur Aussiedlung zwingt, ich glaube, Herr Abg. Brill, gerade Sie vom sozialdemokratischen und marxistischen Standpunkt aus haben wohl am wenigsten ein Recht, darüber Klage zu führen. Sie haben doch seit Jahrzehnten die marxistische These vertreten „und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein!" Wer nicht Ihr Bruder sein wollte, bekam weder Arbeit noch Brot. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es für deutsche Volksgenossen im abgetrennten Danzig richtiger ist, im deutschen Vaterlande Arbeit zu bekommen, als hier mit der Stempelkarte in der Hand herumlaufen zu müssen. (Sehr richtig! rechts.) Außerdem sprechen Sie von einem Konkursbericht und von keinem Geschäftsbericht. Ich wundere mich da nur, daß Sie mit Ihrem Antrag auf Auflösung des Volkstages zu erkennen gegeben haben, wie sehr Sie sich nach der Uebernahme dieser Konkursmasse reißen. Es muß doch anscheinend für Sie an dieser Konkursmasse eine ganze Menge zu verdienen sein!

Aber weiter, meine Herren! Sie haben ja im übrigen nach den Grundsätzen der Koalition und nach parlamentarischen Grundsätzen Jahrzehntelang Gelegenheit gehabt, der Bevölkerung deutlich zu zeigen, wie man koalitionsmäßig regiert. Die Zeit ist mir zu schade dafür, sonst würde ich Ihnen (C) hier an Dutzenden von Beispielen, an Hunderten von Beispielen in Deutschland und Danzig beweisen, daß Sie durchaus in der Lage und fähig waren und sind, Konkursmassen geschäftstüchtig aufzuteilen. Wir Nationalsozialisten werden es aber niemals dazu kommen lassen, daß Sie noch einmal an den Wert, den heute der Staat repräsentiert, herankommen und diesen Staat noch weiter bergab zu führen die Möglichkeit bekommen.

Wenn Sie sich darüber beklagen, Herr Brill, daß Sie die Haushaltspläne nicht einsehen können, der Herr Finanzsenator hat das ja neulich im Parlament durch einen Zuruf ausgedrückt und ich glaube, ich habe es auch in meiner Regierungserklärung bestätigt, daß die Haushaltspläne, die ja nun infolge der Devalvation neu umgearbeitet werden müssen, Ihnen nach der Fertigstellung auch zur Einsicht vorgelegt werden sollen. Damit erübrigt sich wohl auch ein Eingehen auf die Zahlen, die Sie hier aus den einzelnen Etatstiteln dieser Haushaltspläne angeführt haben. Es stand mir nicht die Zeit zur Verfügung, diese Zahlen nachzuprüfen. Aber auf jeden Fall möchte ich nur Eines davon herausgreifen: Sie beklagen sich in der Oeffentlichkeit und auch hier wieder über die vielen Autos. Hierzu möchte ich feststellen, Herr Abg. Brill, daß unter Ihrer Regierungszeit, gemeinsam mit dem Zentrum, 24 Senatoren das Geschick der Freien Stadt Danzig gelenkt haben und bei der vorigen Regierung Ziehm waren es noch 12 Senatoren. Bei diesen Regierungen besaß jeder der Herren Präsidenten und auch andere Personen (D) diensteigene Kraftfahrzeuge, für die sie selbst nicht einen Pfennig aufzubringen hatten, für die sie nicht einmal die Reparaturkosten zu tragen brauchten. Ich stelle mich hier in aller Oeffentlichkeit auf den Standpunkt, wenn ich als Präsident des Danziger Senats eine zuzügliche pauschale Entschädigung von 300 Gulden monatlich erhalte und die anderen Senatoren von 200 Gulden monatlich und davon den Gesamtverbrauch an Benzin, Oel und sämtliche Reparaturkosten allein zu tragen habe, dann bedeutet das wahrlich keine Belastung, sondern eine Entlastung des Staates. Dazu kommt, daß ich als Inhaber von drei Ressorts nicht einmal die Zeit habe, mit der Straßenbahn zu fahren. (Abg. Weise: Das Auto gehört Ihnen!) Nein, das Auto gehört nicht mir, wenn ich von meinem Posten abtrete, dann habe ich es dem Senat zur Verfügung zu stellen. (Abg. Weise: Ich danke!)

Wenn Sie sich dann weiter, meine Herren vom Zentrum und von der Sozialdemokratie über die vielen staatlichen Organisationen, insbesondere über den Aufbau und das Vorhandensein der Landespolizei und der politischen Polizei beschweren, so will ich auf die Notwendigkeit dieser staatlichen Einrichtungen hier nicht näher eingehen. Aber eins möchte ich Ihnen doch raten — und besonders Ihnen, meine Herren von der Sozialdemokratie — ich gebe Ihnen ganz persönlich und ehrlich den Rat: Beschäftigen Sie sich lieber nicht mit der politischen Polizei und der Landespolizei, es könnte sonst geschehen, daß über kurz oder lang Ihnen die politische Polizei und die Landespolizei diese Beschäftigung etwas übel nehmen. Das läge

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) immerhin, glaube ich, nicht in Ihrem Interesse. Ich rate Ihnen daher: Lassen Sie das lieber bleiben, das ist besser! Es kommen einmal andere Zeiten für Danzig, es kommen einmal Zeiten, wo kein Präsident des Senats es nötig haben wird, Ihnen von dieser Tribüne des Parlaments herab Rede und Antwort zu stehen. (Anhaltender starker Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.) So wahr ich hier lebend vor Ihnen stehe, die Zeiten werden kommen und seien Sie überzeugt, daß es Ihnen dann die Landespolizei und auch die politische Polizei nicht vergessen haben wird, daß es einmal Zeiten gab, in denen Sie, meine Herren, sich in dieser unliebsamen Weise mit diesen Einrichtungen beschäftigt haben.

Wenn Sie, meine Herren vom Zentrum, die Ansicht vertreten, daß früher unter der Ziehmregierung die Rechte freier waren als heute und daß sich damals jeder vollkommen frei wirtschaftlich und politisch betätigen konnte, so möchte ich Sie fragen, warum Sie sich denn ausgerechnet unter der damaligen Regierung derart scharf gegen die nationalsozialistische Bewegung eingestellt haben, warum Sie es zugelassen haben, daß unsere Presse verboten wurde, daß nicht nur unsere öffentlichen Versammlungen, sondern auch unsere Mitgliederversammlungen verboten werden konnten, daß sich auf den Straßen Danzigs ein brutaler Blutterror austoben konnte, dessen nicht einmal die Polizei Herr werden konnte, sondern erst durch das Eingreifen unserer SA und SS die Ordnung wiederhergestellt werden konnte. Nein, Ihre Behauptungen sind Blasphemie; Ruhe und Ordnung (B) herrschten in Danzig nicht unter Ihrem Regime, sondern Ruhe und Ordnung sind erst in dem Augenblick eingezogen, als wir die Zügel in die Hand genommen haben! (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Wenn Sie sich dagegen aussprechen, und behaupten, daß diejenigen, die heute als Pensionäre und Rentner einerseits und Arbeitslose andererseits die Fahrt nach Deutschland anzutreten haben, einem ungewissen Schicksal überlassen werden, dann möchte ich, Sie meine Herren von der Opposition nur bitten, einmal an einem solchen Transport teilzunehmen. Erst heute Nachmittag ging wieder ein Transport von 400 Deutschlandfahrern ab, Herr Senator Huth begleitet ihn und Sie würden sich davon überzeugen können, daß die Stimmung unter diesen Arbeitern, die hier seit Monaten und Jahren keine Arbeit mehr bekommen konnten, geradezu glänzend ist. Da würden Sie sehen, wie diese Menschen sich freuen, nun wieder einmal in geordnete Verhältnisse in Deutschland zu kommen und endlich einmal wieder soviel Arbeitsverdienst zu haben, daß sie selbst und ihre Familien davon sorgenfrei leben können. Das Gegenteil dessen ist also richtig, was Sie, meine Herren von der Opposition, hier ausführen! (Sehr richtig! rechts.)

Wenn der Herr Rechtsanwalt Weise als Vertreter seiner Gruppe die Regierung Ziehm in ihren Maßnahmen anläßlich des Pfundsturzes im Jahre 1931 verteidigt, so ist das, parteipolitisch gesehen, natürlich sein gutes Recht. Aber, Herr Rechtsanwalt Weise, es läßt sich über die Gründe, die zu der damaligen Stellungnahme der Regierung geführt haben und die mir natürlich nicht (C) unbekannt sind, zum mindesten sehr stark diskutieren und streiten. Anerkannte Wirtschaftsführer und Währungspolitiker stehen ja bekanntlich auf einem anderen Standpunkt als Sie und die Regierung Ziehm. Wenn Sie hier den Herrn Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in die Debatte brachten, so kann ich Ihnen nur entgegnen, daß das Format eines Wirtschaftsführers und Reichsbankpräsidenten denn doch nach seiner ganzen Größe weit über die Grenzen Deutschlands und Danzigs hinausragt. Daher werden Sie begreifen, daß für uns die Ansicht eines Herrn Dr. Schacht ungleich wertvoller ist als die, die Sie hier vertreten haben und die in ihrer Bedeutung über die Grenzen Danzigs nicht hinausreicht. (Heiterkeit.) Seien Sie überzeugt, Herr Rechtsanwalt Weise, es war damals ein taktischer Fehler. (Abg. Weise: Nein!) Alles das, was heute die Regierung durchzuführen gezwungen ist, ist letzten Endes mit auf die damalige Versäumnis zurückzuführen. Aber gewöhnlich sieht man taktische Fehler ja nicht im Moment des Handelns, sondern erst später ein. Das eine, Herr Rechtsanwalt Weise, will ich Ihnen gerne zubilligen, daß sich damals die Regierung Ziehm über die Tragweite ihrer Handlung wahrscheinlich nicht im klaren und nicht bewußt gewesen ist. (Abg. Weise: Und Sie bei der Guldenabwertung!) Wir sind uns vollkommen im klaren. Wenn Sie glauben, sich von der Volkstagstribüne herab auf den Standpunkt stellen zu müssen, daß insbesondere wegen unserer Verständigungspolitik gegenüber Polen ein großer Teil des Vertrauens in der (D) Bevölkerung verloren gegangen ist, so möchte ich Sie auch bitten, Herr Abg. Weise, einmal zu überlegen, ob es nicht richtiger ist, die heute von der Danziger Regierung geführte Politik mehr von der Spitze des Kirchturms als von einer tiefer liegenden Stelle aus zu beurteilen; denn die Verständigungspolitik mit Polen hat für Danzig noch keinen Nachteil, aber einen großen Sack voller Vorteile erbracht. (Hört, hört!) Letzten Endes, Herr Abg. Weise, wird diese Verständigungspolitik nicht nur im Danziger Interesse geführt, sondern auch im Interesse des gesamten Deutschtums. (Zuruf des Abg. Weise.) Als Nationalsozialisten, Herr Rechtsanwalt Weise, Sie müssen schon entschuldigen, wenn ich das heute sage, überlassen wir Ihnen nicht das Urteil über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Politik, die vom Führer geführt wird. Wenn der Führer diese Politik als richtig anerkennt und es ihm aufgrund dieser Politik gelungen ist, gerade mit Hilfe der Politik gegenüber Polen, den um Deutschland gezogenen Kranz zu sprengen und ihn in Bezug auf England zu erweitern, so stehe ich als Führer der Danziger Politik, als Führer einer Stadt, deren Wesenskern deutsch ist, auf dem Standpunkt, daß wir hier die heilige Verpflichtung haben, diese Politik Großdeutschlands nicht zu sabotieren, sondern trotz aller größter und schwerster Opfer diesen Dornenweg gehen müssen, damit Deutschland frei wird, und dann kann Deutschland das Danziger Schicksal regeln. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Ich habe einmal ganz offen gesprochen, umsomehr, als der polnische Abgeordnete, Herr Budzyn-

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) ski, auch auf diesen Punkt kurz eingegangen ist. Aber es ist ein Irrtum, zu glauben, Herr Budzynski, daß es eine Danziger Regierung geben könnte, die von sich aus bei der polnischen Regierung um Hilfe nachsuchen würde, wenn sie nicht vorher alle Quellen eigener Kraft ausgenutzt hätte. (Sehr gut! rechts.) Als Präsident des Senats gibt es für mich hier gar keine Ueberlegung, solange Danzig in der Lage ist, seine Währung mit eigenen Mitteln zu sanieren. Und sollten die Lasten, die wir auf die Schultern der Bevölkerung gelegt haben, noch schwerer werden. Wir sind gern bereit, das sage ich jeden Tag, in aller Oeffentlichkeit, mit Polen darüber zu diskutieren, wie sich die Einführung der Devisenzwangsbewirtschaftung ausgewirkt hat und ob es möglich erscheint, nach Untersuchung der uns zugehenden Beschwerden einzelner Wirtschaftszweige, hier und da in der Handhabung dieser Zwangsbewirtschaftung eine Lockerung zuzulassen.

Diese Bereitwilligkeit sei ausdrücklich betont. Diese Bereitwilligkeit, zu verhandeln, ist bei uns jeden Tag vorhanden. Es ist aber ein Irrtum, zu glauben, daß das Warschauer Abkommen und der Pariser Vertrag, insbesondere der Artikel 36 des Pariser Vertrages und Artikel 195 Absatz 3 des Warschauer Abkommens, deshalb heute in der so schwierigen Situation Danzigs dem vertragsstärkeren Partner eine Handhabe bieten könnte, diese schwierige Situation Danzigs zu einem politischen Geschäft auszunutzen. Das Warschauer Abkommen, insbesondere der Artikel 195, sind vor 15 Jahren beschlossen worden. Die politischen und wirtschaft-
(B) lichen Voraussetzungen zum Abschluß dieses Abkommens und dieses Artikels waren vor 15 Jahren gänzlich andere als heute. Polen hat eine polska marek und Danzig eine deutsche Währung gehabt. Beides waren mehr oder weniger Papierwährungen, Inflationswährungen. Mit Einwilligung Polens ist dann die Danziger Guldenwährung eingeführt worden. Die Voraussetzungen für die Hereinnahme dieses Artikels in das Abkommen bedeutet die Erkenntnis, daß nach Ueberwindung der Währungskrise durch die Inflationswährungen einmal der Zeitpunkt kommen müßte, wo man über eine Angleichung dieser auf einem gemeinsamen Wirtschaftsraum befindlichen beiden Völker wird sprechen müssen. Niemals aber kann es der Sinn dieses Abkommens sein, dem wirtschaftlich und politisch viel stärkeren Polen das Recht in die Hand zu geben, in der heute so schweren Situation Danzigs politische Forderungen zu stellen, die nicht durch Zeit abgegrenzt sind, sondern die permanent und von Dauer sein sollen.

Es würde keine Regierung in Danzig geben, da schließe ich alle Parteien ein, die bereit wäre, über ein solches Abkommen mit Ihnen zu verhandeln. (Bravo! rechts.) Ueber eine Lockerung der Devisenzwangswirtschaft kann jeden Tag verhandelt werden. Ich fürchte mich gar nicht, wenn hier und da Drohungen in der polnischen Presse ausgestoßen werden, daß man über diese Stellungnahme des Danziger Senats andere Instanzen befragen müßte. Ich habe keine Furcht davor, daß man diese Fragen vor dem Forum von Genf aufrollt. Ganz abgesehen davon, daß darüber eine lange Zeit vergeht, muß einmal diese Frage grundsätzlich dann geklärt und entschieden werden. Ich bin Ihnen (C)
dankbar, Herr Abg. Budzynski, daß Sie mir mehr gesagt haben, als die offiziellen Unterhändler der polnischen Regierung. Manchmal ist das parlamentarische System ganz gut. Ich bin absolut in der Lage, Ihnen die Versicherung abzugeben, daß die Politik, die Danzig bisher gegenüber Polen geführt hat, auch weiterhin geführt werden soll und daß wir den Wunsch haben, in der freundschaftlichsten Form, so wie bisher, diese Verständigungspolitik zu betreiben. Das schließt nicht aus, daß gewisse Grenzen vorhanden sind, die respektiert werden müssen.

Ueber die Ausführungen des Abg. Plenikowski kann ich mir, glaube ich, eine Stellungnahme ersparen; denn mein lieber Pleni, als überzeugter Marxist ist es natürlich ein Unfug, wenn Sie dem Kapitalismus zum Munde reden. Die Expropriation der Expropriateure wird doch von Ihnen gepredigt. Die Abwertung ist schließlich eine Expropriation, Sie müßten doch eigentlich mit Freuden zustimmen, das ist doch so marxistisches Programm. (Abg. Plenikowski: Geben Sie mir Gelegenheit, in einer Ihrer Versammlungen eine halbe Stunde zu reden!) Ist Ihnen hiermit in meiner Eigenschaft als stellvertretender Gauleiter bewilligt. — Aber meine Herren, wir haben heute gesehen, daß sämtliche Oppositionsparteien von den Deutschnationalen, von der äußersten Rechte bis zur kommunistischen Partei, bis zur äußersten Linken, nicht den Willen haben, positiv an diesem schweren Erhaltungswerk der Danziger Regierung mitzuarbeiten. (Abg. Weise: Wir haben Ihnen ja Vorschläge ge- (D)
macht!) Ich glaube, es ist gut, daß das so gekommen ist. Wir haben das Schicksal Danzigs auf unsere Schultern genommen.

Als wir diese Regierung bildeten und insbesondere auch, als ich mein schweres Amt antrat, habe ich immer wieder betont, daß ich mir dessen bewußt bin, daß ich dies Amt in der schwersten Zeit Danzigs nach seiner Abtrennung antrete. Ich bin mir dessen bewußt, daß ich dies Amt in voller Verantwortung vor der jetzt lebenden Generation in Danzig, aber auch vor der Tradition dieser altehrwürdigen Stadt, aber auch weiterhin vor der Zukunft dieser deutschen Stadt Danzig übernehmen muß.

In dieser Verantwortungsbereitwilligkeit, m. H. Abgeordneten ist es gut, daß wir wieder aus den Lehren der Geschichte lernen. Die Geschichte beweist, daß sie nicht von Massen, sondern von wenigen gemacht wird. Wir Nationalsozialisten wollen heute unpopuläre Politik im Interesse der Deutscherhaltung Danzigs machen. Ich habe mich mit Recht neulich auf den Standpunkt gestellt, wenn die Opposition nicht einsehen will, wenn sie nicht mitarbeiten will, wenn die Bevölkerung die harten Maßnahmen, die ihretwegen ergangen sind, nicht verstehen will, werde ich sie dazu zwingen, in ein oder zwei Jahren die Richtigkeit dieser Maßnahmen zu erkennen. Der Starke, m. H. Abgeordneten, ist immer am mächtigsten allein. Daher werden wir diesen schweren, sorgenvollen Weg weiterhin allein gehen. Ich vertraue auf das Glück und die Vorsehung, die der Nationalsozialistischen Bewegung zuteil geworden sind. Denn ist es der Weltanschauung dieser Bewegung gelungen,

(**Greiser**, Präsident des Senats)

(A) Deutschland in der Weltgeltung wieder so zu stärken, daß heute der außenpolitische Kranz um das Reich gesprengt werden konnte. Ist es der Bewegung und ihrem Führer gelungen, das Ansehen Deutschlands in der Welt wieder begehrlich zu gestalten, d. h. daß heute die ehemaligen Feindbundmächte und andere Staaten sich einer nach dem andern darum reißen, Deutschland zum Bundesgenossen zu bekommen, (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) dann, m. H. Abgeordneten, wäre es gelacht, wenn man dies kleine Schicksal Danzig nicht in ein, zwei oder drei Jahren meisterte.

Schauen wir auf das nationale Deutschland und unseren gemeinsamen Führer, aber lernen wir aus der heutigen Volkstagssitzung. Wir sind bereit, die Verantwortung allein zu tragen, aber wir stellen fest, daß diejenigen, die nicht mit uns sein wollen, gegen uns sind. Heute ist der Schnittpunkt gezogen. Wir sind die verantwortungsbewußten Politiker, wir haben Danzig deutsch erhalten, wir werden aber auch eines Tages mit Ihnen, meine Herren von der Opposition, abrechnen, die Sie heute an dem Deutschtum Verrat geübt haben. (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Ich habe Ihnen die Hand hingestreckt; ich habe einem Ihrer Führer die Möglichkeit gegeben, zu mir zu kommen, um sich mit mir über die innenpolitische Lage auszusprechen, er hat das abgelehnt.

Meine Herren! Damit ist der Trennungsstrich gezogen! Von heute ab — das kann ich vor dem Völkerbund in Genf jeden Tag vertreten —, nachdem ich Ihnen diese Gelegenheit geboten, diese Brücke gebaut hatte — handle ich innenpolitisch (B) Auge um Auge, Zahn um Zahn! (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Sie dürfen sich dann nicht beklagen, wenn Sie nunmehr in der weiteren Zukunft als das behandelt werden, was Sie in Wirklichkeit sind. Heute geht es nicht darum, daß man ein parteipolitisches Ziel erreicht. Die nationalsozialistische Partei hat es bewiesen, daß sie parteipolitische Ziele zurückstellen kann in der Not des Staates. Sie hat nach den Wahlen ihre Ziele zurückgestellt im Interesse des Volksganzen. Sie aber haben heute bewiesen, daß Ihnen Ihre Partei über den Staat und damit über die Deutscherhaltung Danzigs geht. Diese Verantwortung werden Sie vor der Geschichte tragen, und ich sage Ihnen schon heute: Wir werden harte und erbarmungslose Gegner sein. (Bravo! Bravo! Stürmischer Beifall rechts.) Wir verzichten auf Ihre Mitarbeit, wir stehen allein, wir gehen geradeaus im Interesse Danzigs und damit im Interesse des gesamten deutschen Volkes! (Bravo! Anhaltender stürmischer Beifall.)

Präsident: Die Aussprache ist beendet. Im Aeltesten-Ausschuß ist beschlossen worden, daß die Tagesordnungspunkte 4 und 5 in den Hauptausschuß verwiesen werden sollen. Nachdem sämtliche Oppositionsparteien erklärt haben, daß sie dieses Gesetz unter keinen Umständen annehmen wollen, halte ich als Fraktionsführer der Nationalsozialisten eine derartige Ueberweisung der Vorlagen an den Hauptausschuß für unnötig. (Das ist ja schon beschlossen worden! links.) Der Volkstag kann jederzeit seinen Beschluß abändern. Die Aussprache hat soeben die Notwendigkeit erwiesen, den vorherigen Beschluß abzuändern. Ich schlage deshalb vor, ohne Ueberweisung an den Hauptausschuß sofort die zweite und dritte Lesung vorzunehmen. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. — Das ist die Mehrzahl; es ist so beschlossen. Ich rufe auf die (C)

Zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung der Volkstagsabgeordneten und nebenamtlichen Senatoren.

Drucksache Nr. 16. (Abg. Moritz: Zur Geschäftsordnung!) Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abg. Moritz.

Moritz, Abgeordneter (S.P.D.): Leider kann ich infolge der Beschränkung der Redezeit das Wort zur Sache nicht mehr nehmen. Wir haben aber zur zweiten Lesung eine Entschließung zur Drucksache Nr. 16 einzubringen:

Der Senat wird ersucht, dem Volkstag mit möglichster Beschleunigung eine Vorlage zu unterbreiten, durch die

1. die Gehälter der besoldeten Senatoren monatlich auf 1000 G,
2. die Aufwandsentschädigung des Präsidenten des Senats auf 500 G monatlich herabgesetzt werden,
3. die Aufwandsentschädigung für unbesoldete Senatoren der Herabsetzung der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten angepaßt wird.

Danzig, den 26. 6. 1935.

Brill
u. d. übr. Mitgl. der Sozialdemokratischen Fraktion.

Wir haben diese Bestimmung in der vorliegenden Vorlage vermißt, obwohl in der Ueberschrift etwas derartiges angedeutet ist. Trotzdem der Senat durch Rundfunkreden unter Berufung auf das Frontsoldatentum und in bezug auf diese (D) Sparmaßnahmen angekündigt hat, daß er beim Opferbringen drei Schritte vor der Front marschieren werde, müssen wir leider feststellen, daß er auch hier wieder dem einfachen Fußvolk den Vortritt läßt.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer **Artikel 1** des Gesetzentwurfs in Drucksache Nr. 16 in der zweiten Lesung annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Ich stelle fest, daß **Artikel 2** und die **Ueberschrift** mit derselben Mehrheit angenommen sind. — Es ist ein **Abänderungsantrag** der Zentrumsfraktion eingegangen, nach dem der § 2 insofern abgeändert werden soll, als danach die weitere Aufwandsentschädigung des Präsidenten des Volkstages auf 50 Gulden monatlich herabgesetzt werden soll. § 10 Ziffer b soll folgende neue Fassung erhalten: „Die übrigen Senatoren 50,— G monatlich."

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Jetzt stand die Mehrheit; der Antrag ist abgelehnt. Damit ist die zweite Lesung erledigt. Ich rufe die **dritte Beratung** auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer den **Artikel 1** der Drucksache Nr. 16 annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; Artikel 1 ist angenommen. Wir kommen zur Abstimmung über **Artikel 2.** Wer Artikel 2 der Drucksache Nr. 16 annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; angenommen. Ich darf wohl annehmen, daß auch die

(Präsident)

(A) **Ueberschrift** mit derselben Mehrheit angenommen ist.

Wir kommen zur **Schlußabstimmung.** Ich beantrage namens der nationalsozialistischen Fraktion **namentliche Abstimmung.** Wird dieser Antrag unterstützt? — Die Unterstützung reicht aus. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Ich bitte die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen und ihre Stimmkarten abzugeben. Wer die Drucksache Nr. 16 annehmen will, den bitte ich eine „Ja"-Karte, wer sie ablehnen will, eine „Nein"-Karte, wer sich der Abstimmung enthalten will, eine Karte mit „Enthalte mich" abzugeben. Die Abstimmung beginnt. Ich bitte die Karten einzusammeln. Ich bitte die Herren Abgeordneten, die Plätze einzunehmen und die Stimmkarten abzugeben. — Wünscht noch jemand eine Karte abzugeben? Das ist nicht der Fall. Die Abstimmung ist geschlossen. An der Abstimmung haben sich 71 Abgeordnete*) beteiligt, 43 mit Ja, 28 Stimmenthaltungen. Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Moritz das Wort.

Moritz, Abgeordneter (S.P.D.): Ich habe zu dieser Abstimmung namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir uns der Stimme enthalten, weil eine Entschließung, die zwar zu nichts verpflichtet, aber auch den guten Willen zur Mitarbeit dokumentieren sollte, abgelehnt worden ist, weil außerdem die Beratung der vorliegenden Drucksachen im Ausschuß trotz Vereinbarung im Aeltestenausschuß abgelehnt wurde. (Abg. Temp: Das interessiert uns gar nicht!)

(B) **Präsident:** Ich rufe die **zweite Beratung** der Drucksache Nr. 12 auf. Sie betrifft die Rechtsstellung von Beamten und Lehrkräften. Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abg. Plenikowski.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Da wir keine andere Möglichkeit haben, Aenderungs- oder sonstige Anträge einzubringen, als bei einer zweiten Beratung, stellen wir den Aenderungsantrag zur Drucksache Nr. 12, der, wenn er nicht gedruckt ist, vorgelesen werden muß, — Sie gestatten, Herr Präsident, daß ich ihn vorlese:

> Ich beantrage, die Drucksache Nr. 12 wie folgt zu ändern:
>
> Gesetz gegen die Auswirkungen der Guldenabwertung.
>
> Die Empfänger sozialer Unterstützungen und Renten erhalten eine einmalige Sonderunterstützung.

Präsident: Das hat mit diesem Gesetz nichts zu tun und gehört nicht dazu. Ich gebe Ihnen nur das Wort zur Geschäftsordnung, soweit es diesen (C) Punkt der Tagesordnung betrifft.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Ich betone, daß Aenderungsanträge zu jedem Antrag erlaubt sind und die Fassung durchaus nicht dem Inhalt zu entsprechen braucht. Zeigen Sie mir den Paragraphen der Geschäftsordnung, wonach Aenderungsanträge inhaltlich genau so gehalten werden müssen, wie die Vorlage. Ich protestiere deshalb. (Dem Sinn nach! rechts.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Brill.

Brill, Abgeordneter (S.P.D.): Da die Beratungen im Hauptausschuß abgelehnt worden sind, bringen wir eine Entschließung ein. Der Herr Präsident des Senats hat in seiner Erklärung vom 12. Juni 1935 im Volkstag ausgeführt, daß die Regierung darauf bedacht sein müsse, mehr Erwerbslose als bisher ausfindig zu machen, die sich freiwillig bereit erklären, eine Arbeit anzunehmen, die ihnen außerhalb der Danziger Landesgrenzen angeboten wird. Nach einer Verfügung des Senats wird jedoch Arbeitern, die eine Vermittlung nach Deutschland ablehnen, die Erwerbslosenunterstützung und die Wohlfahrtsunterstützung . . .

Präsident: Das gehört nicht zur Drucksache Nr. 12. Die Drucksache Nr. 12 befaßt sich mit Beamten und Lehrkräften. Was Sie sagen, gehört in eine Entschließung, die extra eingebracht werden müßte. (Abg. Moritz: Wo steht es, daß diese Entschließung nicht an dieses Gesetz angehängt wird?) Es ist bisher nicht üblich gewesen. (Abg. Maaß: Ich beantrage Schluß der Geschäftsordnungsdebatte!) (D) Es ist Schluß der Geschäftsordnungsdebatte **beantragt.** Wer dafür ist, bitte ich sich zu erheben, — das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer **Artikel I** der Drucksache Nr. 12 in zweiter Lesung annehmen will, bitte ich sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen. Wer **Artikel II** und die **Ueberschrift** annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; angenommen.

Wir kommen zur **dritten Beratung.** Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir schreiten zur Abstimmung. Wer **Artikel I** des in Drucksache Nr. 12 enthaltenen Gesetzes annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Artikel I ist angenommen. Ich darf annehmen, daß **Artikel II** und die **Ueberschrift** mit der gleichen Mehrheit angenommen sind, es ist so beschlossen. Wir kommen zur **Schlußabstimmung.** Dazu stellt die Nationalsozialistische Fraktion den Antrag auf namentliche Abstimmung. Wer diesen Antrag unterstützt, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Wir kommen zur **namentlichen Abstimmung.** Ich bitte die Abgeordneten, die Plätze einzunehmen und bitte, die Karten abzugeben. Wer das Gesetz in Drucksache Nr. 12 annehmen will, bitte ich, eine „Ja"-Karte, wer es ablehnen will, eine „Nein"-Karte und wer sich der Stimme enthalten will, eine Karte mit „Enthalte mich" abzugeben. — Ich bitte, die Stimmkarten einzusammeln. — Wünscht noch jemand eine Karte abzugeben? Das ist nicht der Fall, die Abstimmung ist geschlossen.

---

*) **Endgültiges Abstimmungsergebnis:** 70 abgegebene Stimmkarten, davon mit Ja 43, 27 Stimmenthaltungen.

Mit Ja stimmten: Abg. Andres, Dr. Appaly, Bartsch, Batzer, Bertling, Beyl, von Boetticher, Braun, Budzynski, Busch, Ehrlichmann, Fieguth, Gall, Gobert, Harder, Heldt, Heß, Johst, Kamrowski, Kapeller, Kindel, Kowalke, Krampitz, Kuhn, Lange, Leufgen, Maaß, Manteuffel, Nicklas, Nispel, Patzke, Rabe, Schelm, Schories, Schramm, Schulz, Sukatus, Temp, Dr. Thimm, Tolius, Wilhelm Dr. Willers, von Wnuck.

Der Stimme enthielten sich: Abg. Brill, Brost, Formell, Gamm, Godau, Günther, Höhn, Klein, Knaust, Kruppke, Kurowski, Langnau, Lendzion, Mau, Moritz, Müller (Gertrud), Plenikowski, Posack, Potrykus, Schmich, Schmidt (Eduard), Dr. Stachnik, Steinbrück, Töpfer, Weise, Weiß, Wiechmann.

Keine Stimmkarte gaben ab: Abg. Rehberg, Weber.

(Präsident)

(A) An der Abstimmung haben sich 70 Abgeordnete[1]) beteiligt. Es sind abgegeben: 43 „Ja"-Karten, 26 „Nein"-Karten, eine Karte mit „enthalte mich". Damit ist wohl die Mehrheit, aber nicht die verfassungsändernde Mehrheit erreicht.

Ich rufe auf die **zweite Lesung** des Gesetzes Drucksache Nr. 13 betr. Vorzeitige Versetzung von Beamten und Lehrern in den Ruhestand. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer **Artikel I** des Gesetzentwurfs in Drucksache Nr. 13 in der zweiten Lesung annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Ich stelle fest, daß **Artikel II** und die Ueberschrift mit derselben Mehrheit angenommen sind.

Ich rufe die **dritte Lesung** auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer den **Artikel I** des Gesetzentwurfs betr. Vorzeitige Versetzung von Beamten und Lehrern in den Ruhestand annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit, Artikel I ist angenommen. Ich nehme an, daß auch **Artikel II** und die **Ueberschrift** mit der gleichen Mehrheit angenommen werden; es ist so beschlossen.

Wir kommen zur **Schlußabstimmung.** Ich beantrage auch hier namens der nationalsozialistischen Fraktion namentliche Abstimmung. Wird dieser Antrag unterstützt? — Die Unterstützung reicht aus. Wir kommen zur **namentlichen Abstimmung.** Ich bitte die Abgeordneten, die Plätze einzunehmen und die Herren Beisitzer, die Karten einzusammeln. Die Abstimmung beginnt. —

(B) Wünscht noch jemand, seine Karte abzugeben? Das ist nicht der Fall. Es beteiligten sich an der namentlichen Abstimmung 70 Abgeordnete[2]), davon stimmten mit „Ja" 43, mit „Nein" 26 und (C) ein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Genau wie beim vorigen Gesetz, so stimmte auch jetzt die Mehrheit für die Annahme des Gesetzes, aber die qualifizierte Mehrheit ist nicht erreicht.

Wir sind somit am Schluß der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich muß noch eine Versäumnis nachholen. Der Herr Abg. Franz Klein reichte vorhin hier einen Dringlichkeitsantrag ein, der die **Entschließung** enthält, daß die Arbeitsvermittlung nach Deutschland sofort aufgehoben wird und daß den betreffenden Arbeitsuchenden im Gebiet der Freien Stadt Danzig Arbeit nachgewiesen wird.

Wer dafür ist, daß dieser Dringlichkeitsantrag noch auf die heutige Tagesordnung gesetzt wird, bitte ich, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe! — Das Letztere war die Mehrheit; der Antrag gelangt deshalb heute nicht mehr zur Beratung. Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abg. Brill.

Brill, Abgeordneter (S.P.D.): Ich beantrage, den Volkstag zu einer Sitzung am Freitag, den 28. Juni, nachmittags 3 Uhr einzuberufen, und zwar mit folgender Tagesordnung: Der Volkstag wolle seine Auflösung beschließen, und Drucksache Nr. 9 auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident: Es ist der **Antrag** gestellt worden, den Volkstag zum 28. Juni 1935 einzuberufen mit der Tagesordnung: Auflösung des Volkstages. Namens der nationalsozialistischen Fraktion habe ich den **Antrag** zu stellen: Der Volkstag geht heute in die Ferien, die bis zum 15. August dauern. Nach (D) dem 15. August tritt der Aeltesten-Ausschuß zusammen und beschließt, daß noch im Monat August eine Sitzung stattfindet, in der dieser Auflösungsantrag behandelt wird. Es liegen demnach zwei Anträge vor. Wer für den ersten Antrag ist, daß die Sitzung am 28. Juni, also übermorgen, stattfindet, bitte ich, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Letztere ist die Mehrheit. Wer für den zweiten Antrag ist, daß der Volkstag in die Ferien geht und der Aeltestenausschuß nach dem 15. August zwecks Festsetzung des Termins, an welchem der Auflösungsantrag verhandelt wird, zusammentritt, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 18 Uhr 50 Minuten.)

---

[1]) **Endgültiges Abstimmungsergebnis:** 70 abgegebene Stimmkarten, davon 43 mit Ja, 26 mit Nein, eine Stimmenthaltung.

Mit Ja stimmten: Abg. Andres, Dr. Appaly, Bartsch, Batzer, Bertling, Beyl, von Boetticher, Braun, Budzynski, Busch, Ehrlichmann, Fieguth, Gall, Gobert, Harder, Heldt, Heß, Johst, Kamrowski, Kapeller, Kindel, Kowalke, Krampitz, Kuhn, Lange, Leufgen, Maaß, Manteuffel, Nicklas, Nispel, Patzke, Rabe, Schelm, Schories, Schramm, Schulz, Sukatus, Temy, Dr. Thimm, Tolius, Wilhelm, Dr. Willers, von Wnuck.

Mit Nein stimmten: Abg. Brill, Brost, Formell, Gamm, Godau, Höhn, Klein, Knaust, Kruppke, Kurowski, Langnau, Mau, Moritz, Müller (Gertrud), Plenikowski, Posack, Potrykus, Rehberg, Schmich, Schmidt (Eduard), Dr. Stachnik, Steinbrück, Töpfer, Weise, Weiß, Wiechmann.

Der Stimme enthielt sich: Abg. Lendzion.

Keine Stimmkarte gaben ab: Abg. Günther, Weber.

[2]) **Endgültiges Abstimmungsergebnis:** 70 abgegebene Stimmkarten, davon 43 mit Ja, 26 mit Nein, eine Stimmenthaltung.

Mit Ja stimmten: Abg. Andres, Dr. Appaly, Bartsch, Batzer, Bertling, Beyl, von Boetticher, Braun, Budzynski, Busch, Ehrlichmann, Fieguth, Gall, Gobert, Harder, Heldt, Heß, Johst, Kamrowski, Kapeller, Kindel, Kowalke, Krampitz, Kuhn, Lange, Leufgen, Maaß, Manteuffel, Nicklas, Nispel, Patzke, Rabe, Schelm, Schories, Schramm, Schulz, Sukatus, Temy, Dr. Thimm, Tolius, Wilhelm, Dr. Willers, von Wnuck.

Mit Nein stimmten: Abg. Brill, Brost, Formell, Gamm, Godau, Günther, Höhn, Klein, Knaust, Kruppke, Kurowski, Langnau, Mau, Moritz, Müller (Gertrud), Plenikowski, Posack, Protykus, Schmich, Schmidt (Eduard), Dr. Stachnik, Steinbrück, Töpfer, Weise, Weiß, Wiechmann.

Der Stimme enthielt sich: Abg. Lendzion.

Keine Stimmkarte gaben ab: Abg. Rehberg, Weber.

(A)

6. Sitzung.

Montag, den 26. August 1935.

Mitteilung von der Mandatsniederlegung des Abg. von Wnuck (N.S.D.A.P.) . . . . . 53 B
Eintritt des Abg. Fritz Guttzeit (N.S.D.A.P.) in das Haus . . . . . 53 B
Bekanntgabe der Namensänderung des Abg. Kamerowski (N.S.D.A.P.) . . . . . 53 C
Posack (Z.) zur Geschäftsordnung . . . 53 C
Geschäftliches . . . . . 53 C
Wahl des Präsidenten des Volkstags . . . . 53 D
Antrag der Abg. Stachnik, Weise, Brill u. Fr. auf **Auflösung des Volkstages** (Drucksache Nr. 9) . 53 D
Plenikowski (K.P.) zur Geschäftsordnung . 54 A
Andres (N.S.D.A.P.) . . . . . 54 A
Weiß (Z.) . . . . . 55 A
Gamm (Gruppe Weise) . . . . . 55 C
Plenikowski (K.P.) . . . . . 55 C
Moritz (S.P.D.) . . . . . 56 A
Ordnungsruf für den Abg. Moritz (S.P.D.) . . . 56 B
Budzynski (P.) . . . . . 56 D
Namentliche Abstimmung über Drucksache Nr. 9 . 56 D
Antrag des Senats auf Genehmigung zur Strafverfolgung und Vollstreckung gegen Abgeordnete. Bericht des Aeltestenausschusses (Drucksache Nr. 23 zu Nr. 20, Nr. 24 zu Nr. 21, Drucksache Nr. 25 zu Nr. 22) . . . . . 57 A
Steinbrück (Gruppe Weise) . . . 57 A
Kurowski (Z.) . . . . . 57 B
(B) Schmidt (S.P.D.) . . . . . 57 D
Plenikowski (K.P.) . . . . . 58 C
Erste und zweite Beratung des Vertrages zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen über Sozialversicherung (Drucks. Nr. 14) 58 D
Andres (N.S.D.A.P.) . . . . . 59 A
Abgabe einer Regierungserklärung . . . . 59 C
Greiser, Präsident des Senats . . . . 59 C
Unterbrechung der Sitzung . . . . . 64 D

Wiedereröffnung der Sitzung . . . . . 64 D
Besprechung der Regierungserklärung . . . . 65 A
Dr. Stachnik (Z.) . . . . . 65 A
Weise (Gruppe Weise) . . . . . 68 B
Ordnungsruf für den Abg. Weise (Gruppe Weise) . 68 C
Brill (S.P.D.) . . . . . 69 B
Ausschluß des Abg. Brill (S.P.D.) aus der Sitzung 69 D
Plenikowski (K.P.) . . . . . 69 D
Budzynski (P.) . . . . . 70 D
Greiser, Präsident des Senats . . . . 71 D
Vertagung . . . . . 73 C
Druckfehlerberichtigung zur 5. Sitzung . . . . 73 D

Die Sitzung wird 15 Uhr 45 durch den Vizepräsidenten Andres eröffnet.

Am Regierungstisch: Präsident des Senats Greiser, Vizepräsident des Senats Huth, Senatoren Batzer, Rettelsky, Dr. Wiercinski-Keiser, Polizeipräsident Froböß, Senatsrat Dr. Boettcher, Staatsrat Dr. Draeger, Major Bethke, Landgerichtsdirektor Wohler, Hauptmann und Adjutant Koelle.

Vizepräsident Andres: Ich eröffne die 6. Vollsitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich dem Hause noch mitzuteilen, daß der Abg. v. Wnuck sein **Mandat niedergelegt** hat und daß an dessen Stelle listenmäßig der Abg. Fritz **Guttzeit** nachrückt, den ich hiermit begrüße. Ferner gebe (C) ich bekannt, daß der Abg. Kamrowski infolge **Namensänderung** den Namen Kamer trägt. Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abg. Posack.

Posack, Abgeordneter (Z.): Meine Fraktion bittet, daß die Tagesordnung um einen Punkt erweitert wird, und zwar daß hinter Punkt 4 als Punkt 4 a die Aenderung des Erwerbslosenfürsorgegesetzes eingeschaltet wird. Wir haben hier einen Abänderungsantrag gestellt, der bezwecken soll, daß die Verschickung der Danziger Arbeiter nach Deutschland aufhört und daß vor allen Dingen der Zwang beseitigt wird. (Zurufe).

Vizepräsident Andres: Es ist der **Antrag** gestellt, die Tagesordnung zu erweitern. Ich lasse abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist die Mehrheit, der Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung ist abgelehnt. Nach Rücksprache mit dem Aeltestenausschuß schlage ich dem hohen Hause vor, unter Punkt 4 der Tagesordnung sämtliche drei Lesungen des Vertrages über Sozialversicherung, Drucksache Nr. 14, abzuhalten. Der Volkstag hat sich gemäß § 29 der Geschäftsordnung mit der Kürzung der Fristen einverstanden zu erklären. Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, daß die in der Geschäftsordnung vorgesehenen Fristen gekürzt werden und sämtliche drei Lesungen des Vertrages heute stattfinden, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Wir kommen zu Punkt 1 der Tages- (D) ordnung:

Wahl des Präsidenten des Volkstages.

Ich bitte um Vorschläge. (Abg. Dr. Thimm: Ich schlage den Herrn Abg. Beyl vor!) Zum Präsidenten des Volkstages ist der Herr Abg. Beyl vorgeschlagen. Wer für die Wahl des Abg. Beyl zum Präsidenten des Volkstages ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, damit ist der Herr **Abg. Beyl zum Präsidenten des Volkstages** gewählt. Ich frage den Herrn Abg. Beyl, ob er das Amt annimmt. (Abg. Beyl: Ja!) Ich begrüße den Präsidenten und bitte den Präsidenten, die Sitzung zu leiten. (Abg. Nicklas: Dem neuen Präsidenten ein kräftiges Sieg-Heil! — Sieg-Heil! bei den Nationalsozialisten.— Präsident des Volkstags Beyl übernimmt den Vorsitz).

Präsident: Männer des Danziger Volkstages! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl zum Volkstagspräsidenten ausgesprochen haben. Ich verspreche Ihnen, mein Amt gerecht und unparteiisch zu verwalten und dabei immer das Wohl dieses Freistaates Danzig und der deutschen Bevölkerung hier in Danzig zu vertreten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit meinem Amtsvorgänger, Herrn von Wnuck, den Dank des Danziger Volkstages aussprechen für die hingebungsvolle Arbeit, die er jahrelang an dieser Stätte geleistet hat. (Beifall und Händeklatschen rechts.) Ich rufe den Punkt 2 der heutigen Tagesordnung auf:

Antrag der Abg. Dr. Stachnik, Weise, Brill und Fraktionen auf Auflösung des Volkstages.

(Präsident)

(A) Drucksache Nr. 9. Nach Rücksprache mit dem Aeltestenausschuß schlage ich für diesen Punkt der Tagesordnung eine Gesamtredezeit von einer halben Stunde vor. Ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, daß für diesen Punkt eine Gesamtredezeit von einer halben Stunde gilt, möge sich erheben. — Das ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen. Es entfallen also an Redezeit auf die Nationalsozialistische Fraktion 18 Minuten, auf die Sozialdemokratische Fraktion fünf Minuten, die Zentrumsfraktion vier Minuten, die Gruppe Weise eine Minute, Kommunisten eine Minute, Polen eine Minute. Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Plenikowski das Wort.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Obwohl durch die Abstimmung die Redezeit bereits festgelegt ist, protestiere ich doch dagegen, und zwar deshalb, weil ein solches Vorgehen der Mehrheit dieses Volkstages nicht mit der Verfassung der Freien Stadt in Uebereinstimmung steht; denn es muß jedem Abgeordneten Gelegenheit gegeben werden, zu den hier aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. (Die Mehrheit hat entschieden! rechts. — Zuruf des Abg. Plenikowski.)

Präsident: Herr Abg. Plenikowski, Sie haben nicht mehr das Wort. Wir kommen zur Aussprache über den Punkt 2 der heutigen Tagesordnung. Das Wort hat der Herr Abg. Andres.

Andres, Abgeordneter (NSDAP.): Wenn die Oppositionsparteien einen Antrag auf Volkstagsauflösung eingebracht haben und diesen Antrag damit zu begründen versuchen, daß hinter der Re-
(B) gierung und somit hinter der NSDAP. nicht mehr die Mehrheit des Volkes steht, so mag dieses die Auffassung der Parlamentarier der Opposition sein, jedoch hat die Bevölkerung am 7. April eine andere Sprache gesprochen. In noch nicht 6 Monaten hat die Bevölkerung Danzigs zweimal bewiesen, daß die nationalsozialistische Weltanschauung so fest im Volke verankert ist, daß der ganze Ausfluß von Gehässigkeiten von seiten der Opposition unserer Stärke nichts anzuhaben vermochte. Im Gegenteil, die Zahl derer, die nicht nur eigener Vorteile willen, sondern aus ideellen und weltanschaulichen Gründen zu uns kamen, wurde immer größer. Wer da glaubt, die Politik allein nach den wirtschaftlichen Erscheinungen werten zu müssen, ohne dabei die nationalpolitische Linie in den Vordergrund der Betrachtungen zu stellen, hat überhaupt kein Recht, Kritik zu üben oder sich gar ein Werturteil über die von der Regierung geleistete Arbeit anzumaßen. In geradezu verbrecherischer Weise versuchen die Oppositionsparteien die augenblickliche Notzeit — heraufbeschworen durch ihre eigene Schwäche, Unfähigkeit, nationale Würdelosigkeit und Untreue im Jahre 1918 u. s. f. — für sich auszunutzen und die Minderheit gegen die Mehrheit des Volkes aufzuhetzen. Wir denken gar nicht daran, uns von dieser Minderheit unser Handeln vorschreiben zu lassen. Wir Nationalsozialisten fühlen uns unserm Volke und der Geschichte gegenüber dafür verantwortlich, daß der Weg der nationalen Ehre, der allein zu unserer Freiheit führen kann, nicht verlassen wird. Wir wissen uns mit der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung darin eins, wenn wir bereit sind, lieber die größten und schwersten uns von der Vorsehung auferlegten materiellen Opfer auf uns zu nehmen, als (C) daß wir auch nur um das Geringste von der Verfolgung unseres großen Zieles abweichen.

Als im November vergangenen Jahres die Kreistagswahlen in zwei Landkreisen stattfanden, da verlangten Sie, meine Herren von der Opposition, Volkstagsneuwahl und prophezeiten eine Niederlage der NSDAP. Als wir in diesem Frühjahre — nach einem harten Winter — den Auflösungsantrag für den Volkstag stellten, stimmten Sie dagegen und allein in der von Ihnen vorausgeahnten Schlappe, die Sie sich am 7. April erneut holten, lag die wahre Begründung für Ihre damalige Ablehnung unseres Auflösungsantrages. Genau so wenig, wie die Regierungspartei immer dann Neuwahlen ausschreiben kann, wenn sie wirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen hat, mit dem Ziele, einige Sitze im Parlament mehr zu erhalten, genau so wenig kann dem Verlangen der Opposition stattgegeben werden, Neuwahlen dann stattfinden zu lassen, wenn wirtschaftliche Opfer von der gesamten Bevölkerung gebracht werden müssen und der Einsatz aller Kräfte zu positiver Arbeit nötiger denn je ist.

Diese Auffassung vertraten übrigens auch noch die Oppositionsparteien vor einigen Monaten, denn nach dem Sitzungsprotokoll vom 21. 2. d. Js. machten sie zu unserm Auflösungsantrage u. a. folgende Ausführungen: 1. In außenpolitischer Hinsicht muß der Wahlkampf schwere politische und wirtschaftliche Rückschläge bringen, die zu vermeiden, gerade die jetzige Regierung bestrebt sein müßte. (Heiterkeit rechts.) 2. Jeder Wahlkampf bringt bekanntlich Unruhe und Unsicherheit in die (D) Wirtschaftsentwicklung, lähmt die Initiativen und führt zum Leerlauf und Rückgang der Wirtschaft. 3. Die Aufregungen eines Wahlkampfes bringen schließlich dem gesamten politischen und kulturellen Leben Danzigs schwere Gefahren. 4. Der Sinn der Verfassung ist nicht der, daß die Verfassung ein Instrument der Willkür einer zufälligen Mehrheit ist, sondern daß sie den politischen Minderheiten Schutz gewährt und die Stetigkeit der Politik garantiert.

Hierzu wäre zu bemerken, daß das Wahlergebnis vom 7. April klar und deutlich bewies, daß wir nicht eine zufällige Mehrheit hatten, sondern das Volk bestätigte erneut seinen Willen, nationalsozialistisch regiert zu werden. Die Stetigkeit unserer großen politischen Linie werden wir auch gegen eine verantwortungslose Minderheit stets zu wahren wissen. Der politische Schutz, den die Minderheiten bei uns in Danzig genießen, ist weit größer als in anderen parlamentarisch regierten Staaten.

Ferner erklärten die Oppositionsparteien: Der Völkerbund ist nicht nur der Garant unserer Verfassung, sondern auch der Hort der Existenz der Freien Stadt Danzig überhaupt.

Wir Nationalsozialisten stehen auf dem Standpunkt, daß alles auf dieser Welt vergänglich ist. Wollten wir dem Völkerbund die Diagnose stellen, so würden wir wohl zu der Feststellung gelangen, daß der Patient hoffnungslos darniederliegt. Selbst wenn der Völkerbund einmal vergehen wird, soll unser deutsches Danzig weiterbestehen. Nicht im Völkerbund liegt unsere Zukunft begründet, sondern allein in uns selbst.

(**Andres**, Abgeordneter)

(A) Noch nie haben wir Nationalsozialisten die Verantwortung für unser Handeln gescheut. Wir wissen, daß, wären wir nicht Träger der Regierung gewesen, Danzig heute längst verloren wäre.

Die nationalsozialistische Fraktion wird den Antrag auf Auflösung des Volkstages der Oppositionsparteien ablehnen, weil wir wissen, daß auch in dieser schweren und opfereichen Zeit die Bevölkerung in ihrer Mehrheit hinter uns steht.

So wie einmal die NSDAP. Deutschlands Wiedergeburt einleitete, so wird auch die NSDAP. hier in Danzig das Unrecht wieder gut machen, daß man dieser deutschen Stadt angetan hat.

Wir wissen, daß wir hier nur Vorhut sind und diese Stellung so lange zu halten haben, bis der Befehl zur Lösung dieses auf die Dauer unerträglichen Zustandes gegeben wird. Mag die Opposition andere Ziele verfolgen, wir werden uns nicht beirren lassen und weiterkämpfen unter der Parole: Zurück zum Reich — gegen vertragliche Willkür! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Weiß. (Abg. Moritz: Geht das nicht nach der Reihenfolge, nach der Größe der Fraktionen oder wie machen Sie das?) Ich habe das Wort dem Herrn Abgeordneten Weiß erteilt! (Abg. Moritz: Deshalb frage ich ja, ob das nicht mehr nach der Reihenfolge geht?) Herr Abg. Moritz, ich bitte, nicht zu stören, sonst werde ich unnachsichtlich gegen Sie vorgehen. Das Wort hat der Herr Abg. Weiß.

Weiß, Abgeordneter (Z.): M. D. u. H.! Im (B) Namen und Auftrage der Zentrumsfraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die auf wenige Minuten eingeengte Redezeit ermöglicht leider nicht eine sachliche Begründung des Antrages. Wir sehen uns deshalb genötigt, uns auf folgende allgemeine Feststellungen zu beschränken:

Die bedauerlichen politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Zeit haben das Vertrauen der Danziger Bevölkerung zu den verantwortlichen Stellen von Grund auf erschüttert. Die Bevölkerung sieht sich in ihren Erwartungen aufs Bitterste enttäuscht. (Sehr wahr! beim Zentrum.) Sie hegt wegen der weiteren Entwicklung die schwersten Bedenken und Befürchtungen für die Zukunft unseres Staates. Die Zusammensetzung des Volkstages entspricht auch nicht im entferntesten der augenblicklichen politischen Meinung des Volkes. (Das behaupteten Sie vor dem 7. April auch! rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Weiß.

Weiß, Abgeordneter (Z.): Gerade eine Notzeit, wie die gegenwärtige, erfordert unbedingt eine vertrauensvolle Uebereinstimmung zwischen Volk, Volksvertretung und Staatsführung. Nur in einer wahren Schicksalsgemeinschaft kann diese schwere Zeit (Zurufe und Heiterkeit rechts) ertragen und überwunden werden. (Zuruf rechts: "Schicksalsgemeinschaft!" — Lachen rechts. — Glocke des Präsidenten.) Nur so können weitere Gefahren abgewandt und eine Gesundung und ein neuer Aufstieg angebahnt werden. (Aha! rechts.) Um den staatspolitischen Notwendigkeiten und dem stark auftreibenden Verlangen des Volkes Rechnung zu tragen, haben wir den Antrag auf unverzügliche Auflösung des Volkstages gestellt. (C) Wir erwarten dabei, daß sich alle Abgeordneten dieser Erkenntnis erschließen und sich bei ihrer Entscheidung verantwortungsbewußt von dem Wohle der Allgemeinheit und nicht von irgendwelchen parteipolitischen oder sonstigen Interessen leiten lassen werden. (Zurufe rechts — Unruhe — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Es hat augenblicklich niemand das Wort! — Das Wort erhält Herr Abg. Gamm.

Gamm, Abgeordneter (Gruppe Weise): Infolge des Verfahrens, der Opposition die Redezeit nach Minuten zu bemessen, beschränke ich mich darauf, namens der deutschnationalen Abgeordneten folgendes zu erklären:

Der Führer und Reichskanzler Hitler hat zu wiederholten Malen binnen Jahresfrist sich dem deutschen Volke zur Abstimmung gestellt, weil er sich des Sieges bewußt war. Wenn die Nationalsozialisten es hier ablehnen, sich zu einer Neuwahl des Volkstages zu stellen, so spricht hieraus das Bewußtsein, bei einer neuen Volkstagswahl bis zur Vernichtung geschlagen zu werden. (Stürmische Heiterkeit rechts.) Das muß hier in aller Oeffentlichkeit erklärt werden. (Zurufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! Zu Punkt 2 der Tagesordnung hat sich weiter zum Wort gemeldet, Herr Abg. Plenikowski. Er hat das Wort!

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Die Nationalsozialisten haben wieder einmal gezeigt, daß ihre Losung „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" nichts weiter als leere Phrase ist. Ueber die Interessen des Volkes stellen sie die Interessen ihrer (D) Partei und die Sicherung gutbezahlter Posten. Wenn die Nationalsozialisten vor zwei Jahren die Auflösung des Volkstages herbeiführten, jetzt aber die Auflösung verhindern wollen, so ist dieser Widerspruch nicht allein in der Angst vor einer Niederlage des Nationalsozialismus zu suchen, sondern auch in dem Bestreben der Sichernug parteipolitischer und persönlicher Interessen. Denn zwei Jahre lang haben die Nationalsozialisten ihre Politik, die innenpolitisch zur furchtbarsten Verelendung und außenpolitisch zu einer noch nie dagewesenen Schwächung der Selbständigkeit der Freien Stadt Danzig geführt hat, mit dem Mantel einer angeblichen Demokratie zu verschleiern versucht. Sie haben zwei Jahre hindurch immer wieder bei ihren Maßnahmen erklärt, dahinter stehe „geschlossen" das Volk.

Wollen die Nationalsozialisten das auch heute noch behaupten? Dann mögen die Nationalsozialisten, dann mag die Regierung durch Auflösung und Neuwahl des Volkstages dafür den Beweis antreten. Hat jedoch die Wahl im Frühjahr dieses Jahres schon diese Behauptung als nicht zutreffend entlarvt, so würde eine Wahl heute den Beweis erbringen, daß das Volk geschlossen — hinter der Opposition steht.

Doch die Notwendigkeit der Auflösung und Neuwahl des Volkstages liegt nicht darin begründet, dafür den Beweis zu erbringen. Sie liegt begründet in der Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaft, um den Weg frei zu machen für die Sicherung der Existenz Danzigs und seiner Bevölkerung.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Moritz.

(A) **Moritz,** Abgeordneter (S.P.): M. D. u. H.! Wohl selten ist bereits so kurz nach einer Wahl die Wählerschaft so gründlich enttäuscht worden, wie in Danzig nach dem 7. April. Der Herr Präsident Greiser hat zwar in einer der letzten Volkstagssitzungen die letzte Wahl als eine Entscheidung durch „eine geheime und freiheitliche Wahl ohne Druck und ohne Drang und ohne jeden Terror, nur dem eigenen Gewissen unterworfen" bezeichnet, aber wir wußten, daß das Gegenteil richtig ist. Heute liegen bereits aus zirka 40 Landgemeinden beschworene Aussagen vor, daß die Wahlen unter mehr oder weniger — meistens mehr — gröblichen Verletzungen der Wahlvorschriften zustandegekommen sind. Würden nicht nur in 40, sondern in allen Landgemeinden genaue Untersuchungen angestellt worden sein, so würde das Ergebnis für die N.S.D.A.P. geradezu katastrophal sein. Aber die volle Wahrheit wird schon auch einmal an den Tag kommen, nämlich dann, wenn die Wahrheit einmal wieder höher und allein unter Ehrenschutz steht (Zurufe rechts). Und zwar allein! (Marxistischer Ehrenschutz? rechts.)

War aber schon das Ergebnis vom 7. April nicht als richtiges Bild der wahren Volksmeinung zu werten, wie sich aktenmäßig belegen läßt, so hat sich außerdem die Meinung der Danziger Bevölkerung gegenüber dem Nationalsozialismus seit dieser Zeit, spätestens aber seit dem 2. Mai gründlich geändert. Es gibt keine Versprechungen und keine Zusicherungen, die nicht seit dem 2. Mai in ihr Gegenteil verkehrt worden wären. Das feierliche Gelöbnis vom „eisernen Festhalten an der
(B) Währung" wurde nach kurzem Gebrauch schon am Feiertag der Arbeit zum „alten Eisen" geworfen. Die erste sichtbare Folge einer Haushaltsführung nach dem Führerprinzip war die Guldenabwertung. Sie wurde als „revolutionäre Tat im Interesse der Deutscherhaltung Danzigs" gepriesen, hat sich aber für die Nichteingeweihten als das größte Unheil erwiesen, das seit 15 Jahren über Danzig gekommen ist. (Sehr gut! links.) Teuerung, Not und Elend sind die unmittelbaren Folgen gewesen. Statt der versprochenen Hilfe weiß die Regierung kein anderes Mittel als die Auswanderung zu empfehlen. Außerdem wird die Bevölkerung von satten Amtswaltern zum weiteren Aushalten und zum weiteren Opferbringen aufgefordert. Opfer? Wofür? Etwa für die Verewigung eines Führerprinzips nach dem Grundsatz: Der Staat bin ich! Oder für die Verewigung des Zustandes, daß die Bevölkerung in zwei Klassen eingeteilt bleibt, bei welcher die eine alle Rechte, die andere aber nur Pflichten hat? Oder dafür, daß ein Teil seine Heimat verlassen soll, um dem anderen Teil die selbstgeschaffenen Pfründen zu erhalten. (Zurufe.)

Präsident: Herr Abg. Moritz, ich rufe Sie **zur Ordnung** und bitte Sie, sich zu mäßigen.

Moritz, Abgeordneter (S.P.): Die Mehrheit der Bevölkerung hat erkannt, daß der Glorienschein der N.S.D.A.P. als Heilsbringerin nicht echt ist; denn sie hat durch ihre Methoden Volk und Staat in Gefahren gebracht, die man sich kaum ausmalen, bestimmt aber im Staatsinteresse nicht öffentlich aussprechen kann. Das zeigt aber am deutlichsten die Größe der Gefahr, in welche der Staat gebracht ist. Die Bevölkerung verlangt, daß der sogenannte „Umbruch im Staat" schleunigst (C) wieder gerade gestreckt und neu geschient wird, um ein dauerndes Krüppeltum zu vermeiden.

Die Führer der N.S.D.A.P. haben sich wiederholt gerühmt, stets vor das Volk hintreten zu wollen und nur das zu tun, was dem Volke nützt. U. a. hat der ehemalige Abgeordnete und heutige Senatspräsident Greiser am 12. Oktober 1932 an dieser Stelle erklärt:

> Seien Sie überzeugt, daß die Nationalsozialisten, wenn es um das Volk und um Danzig geht, das Staatsinteresse über das persönliche und das Parteiinteresse stellen werden.

Heute handelt es sich um Volk und Staat. In dieser ernsten Situation haben Sie nun zu entscheiden, ob Sie zu den Worten Ihres Präsidenten stehen. Lehnen Sie diesen Auflösungsantrag ab, dann beweisen Sie damit, daß Sie nach dem merkwürdigen Wahlergebnis es heute selbst für ausgeschlossen halten, noch einmal die Mehrheit des Volkes hinter sich zu bringen und daß Sie deshalb eine neue Entscheidung des Volkes fürchten. Ihre Ablehnung wird aber die Entscheidung nur vorübergehend hemmen, wird sie dagegen für die Dauer nicht aufhalten können.

Zum Schluß will ich Ihnen noch einen Appell aus Ihrer eigenen Zeitung in Erinnerung bringen:

> „Danzig ist für politische Experimente, für autoritäre Regierungskunststücke ein zu heißer Boden. Die Danziger Regierung, die die Danziger Bevölkerung nicht mehr hinter sich hat, sollte daraus die Konsequenzen ziehen und nicht den Versuch unternehmen, sich gegen den Volkswillen weiter an der Macht zu halten. (D)

Präsident: Ihre Redezeit ist gleich abgelaufen.

Moritz, Abgeordneter (S.P.): Das hat die Gauleitung der N.S.D.A.P. selbst geschrieben:

> Eine Regierung gegen das Volk kann in Danzig auf die Dauer nicht ohne Rückwirkungen bleiben auf den Staat selbst. Wem die Selbständigkeit Danzigs und die Wohlfahrt seiner Bevölkerung am Herzen liegt und mehr gilt als das Leben und Sterben seiner eigenen Partei, sollte es auch fertig bekommen, seine eigene Person zurückzustellen und endlich den Weg freizumachen."

(Bravo! links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Budzynski.

Budzynski, Abgeordneter (P.): Die mir seitens der Mehrheit des Hauses großmütig zugebilligte Redezeit von einer Minute läßt mir gerade soviel Zeit, um Ihnen zu erklären, daß ich auf das Wort verzichte. (Heiterkeit.)

Präsident: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. (Abg. Brill: Ich beantrage über unseren Antrag namentliche Abstimmung!) Nach § 33, Absatz 3 der Geschäftsordnung muß die Abstimmung über diesen Antrag sowieso namentlich erfolgen. Wer für die Annahme des Antrages ist, bitte ich, eine weiße Karte abzugeben, wer gegen die Annahme ist, eine rote „Nein"-Karte, wer sich der Stimme enthalten will, eine Karte mit der Aufschrift „Enthalte mich". Ich fordere die Herren Abgeordneten auf, sich auf ihre Plätze zu begeben und bitte die Beisitzer, die Karten einzusammeln. Die **namentliche Abstimmung** beginnt. — Wünscht noch einer der Herren Abgeordneten eine Karte abzugeben? Das ist nicht der Fall; die Abstimmung ist

(Präsident)

(A) geschlossen. Ich darf das Ergebnis*) der Abstimmung bekanntgeben: An der Abstimmung haben sich 70 Abgeordnete beteiligt. Mit „Ja" haben gestimmt 28 Abgeordnete, mit „Nein" 42 Abgeordnete, mit „Enthalte mich" niemand; somit ist der Antrag der Abg. Dr. Stachnik, Weise, Brill und Fraktionen auf Auflösung des Volkstages abgelehnt, da er nach Artikel 9 der Verfassung die Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Volkstages erfordert. Ich rufe auf Punkt 3 der Tagesordnung:

Antrag des Senats auf Genehmigung zur Strafverfolgung und Vollstreckung gegen Abgeordnete. Bericht des Aeltestenausschusses.

Drucksache Nr. 23 zu Nr. 20, Nr. 24 zu Nr. 21, Nr. 25 zu Nr. 22. Nach Rücksprache im Aeltesten-Ausschuß schlage ich dem Hause vor, die Gesamtredezeit für diese Punkte — und zwar a, b und c zusammen — für sämtliche Fraktionen auf eine halbe Stunde festzusetzen. Widerspruch höre ich nicht; es ist so beschlossen. Das Wort hat der Herr Abg. Steinbrück. (Heiterkeit rechts.)

Steinbrück, Abgeordneter (Gruppe Weise): Zu dem Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgungen gegen Abgeordnete haben wir zu erklären, daß die deutschnationalen Abgeordneten mit der Aufhebung ihrer Immunität selbstverständlich einverstanden sind, da sie selbst Interesse daran haben, die bereits in aller Oeffentlichkeit gegen sie erhobenen Vorwürfe zu klären. Wir hoffen aber, daß in den kommenden Strafverfahren gegen Nationalsozialisten auch die Nationalsozialistische Partei

(B) in gleicher Weise den Mut haben wird, für die Aufhebung der Immunität ihrer Abgeordneten zu stimmen, wie sie das heute für die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten der Opposition tun wird. Ich verlange Gerechtigkeit für alle Danziger! (Unerhört! rechts.)

Präsident: Ich darf noch nachholen, daß der Schlüssel für die Redezeit für diesen Punkt der Tagesordnung folgender ist: Nationalsozialisten 18 Minuten, Sozialdemokraten 5 Minuten, Zentrum 4 Minuten, Gruppe Weise 1 Minute, Kommunisten 1 Minute, Polen 1 Minute. Das Wort zu diesem Punkt der Tagesordnung hat der Herr Abg. Kurowski.

Kurowski, Abgeordneter (Z.) M. D. u. H.! Ich will auf die materielle Sache hier nicht eingehen und nur betonen — (Unruhe) — zum Präsidenten gewandt: Herr Präsident, ich kann nicht sprechen, wenn die Abgeordneten mich stören; dann verzichte ich ebenfalls auf das Wort, wie es auch (C) schon der Herr Abg. Budzynski getan hat.

M. D. u. H.! Ich will auf die materielle Seite der Sache hier nicht eingehen, ich will nur betonen, daß wir stets — was Ihnen ja bekannt ist — der Aufhebung der Immunität widersprochen haben, wenn es sich um politische Delikte handelte. Und um derartige Delikte handelt es sich ja in den vorliegenden Fällen. Ich möchte mir aber erlauben, auf einen formellen Fehler hinzuweisen, der auch Sie, meine Herren von der rechten Seite, vielleicht dazu bringen wird, sich diese Sache noch einmal zu überlegen.

Der Antrag lautet: Der Oberstaatsanwalt beantragt durch den Senat, Justizabteilung, mit Antrag vom 17. August 1935 die Genehmigung zur Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung gegen Volkstagsabgeordnete usw. Der einschlägige Artikel 21 der Verfassung besagt:

> „Kein Abgeordneter darf ohne Genehmigung des Volkstages wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, daß der Abgeordnete bei Ausübung der Tat oder spätestens im Laufe des folgenden Tages festgenommen ist. Die gleiche Genehmigung ist erforderlich bei jeder anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit, wodurch die Ausübung des Berufes als Abgeordneter beeinträchtigt werden kann. usw.

Sie verlangen nun, oder der Oberstaatsanwalt beantragt es und Sie werden diesem Antrage zustimmen, daß einmal die Untersuchung genehmigt und darüber hinaus auch bereits die Vollstreckung des Urteils genehmigt wird, das noch gar nicht ergangen ist.

Das ist nach meiner Ueberzeugung nach un- (D) serer Verfassung unzulässig. Es kann ja wohl das Parlament damit einverstanden sein, daß die Strafverfolgung wegen einer kriminellen Handlung gegen einen Abgeordeten genehmigt wird. Es können aber auch andere Gründe dafür maßgebend sein, die dem Parlament die Genehmigung der Strafvollstreckung durchaus nicht zweckmäßig erscheinen lassen. Diese beiden Momente muß man unterscheiden. Die Art des von Ihnen beantragten Verfahrens steht zu dem von mir vorhin bekanntgegebenen Artikel 21 unserer Verfassung in Widerspruch; denn es wird in diesem Artikel nur von einer Heranziehung zur Untersuchung und etwaigen Verhaftung gesprochen. Es müßte also erst einmal das Ergebnis der Untersuchung abgewartet werden, ob etwa ein Urteil erfolgt oder nicht, und dann müßte sich der Volkstag erneut damit beschäftigen, ob das Urteil zu vollstrecken ist oder nicht.

Präsident: Das Wort zu Punkt 3 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Schmidt.

Schmidt, Abgeordneter (S.P.): Namens meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die Sozialdemokratische Fraktion hat von jeher den Grundsatz vertreten, daß die Immunität der Abgeordneten den Zweck habe, die politische Tätigkeit der Abgeordneten unter einen besonderen Schutz zu stellen, und daß sie nicht aufzuheben sei, wenn die gegen den Abgeordneten erhobene Beschuldigung mit seiner politischen Betätigung in unmittelbarem Zusammenhang stehe. Diesen Grundsatz haben übrigens auch die Nationalsozialisten 10 Jahre lang vertreten, haben ihn zwar jetzt aufgegeben, werden ihn aber aller Wahrscheinlichkeit in

---

*) **Endgültiges Abstimmungsergebnis:** Abgegebene Stimmkarten 70, davon mit „Ja" 28, mit „Nein" 42.

Mit „Ja" stimmten: Abg. Brill, Brost, Budzynski, Formell, Gamm, Godau, Günther, Höhn, Klein, Knaust, Kruppke, Kurowski, Langnau, Lendzion, Mau, Moritz, Müller (Gertrud), Plenikowski, Wiechmann, Posack, Potrykus, Schmich, Schmidt (Ed.), Dr. Stachnik, Steinbrück, Töpfer, Weise, Weiß.

Mit „Nein" stimmten: Andres, Dr. Appaly, Batzer, Bartsch, Bertling, v. Boetticher, Braun, Busch, Beyl, Ehrlichmann, Fieguth, Gall, Gobert, Guttzeit, Harder, Heldt, Heß, Johst, Krampitz, Kuhn, Kowalke, Kamar, Kapeller, Kindel, Lange, Leufgen, Nicklas, Nispel, Maaß, Manteufel, Patzke, Rabe, Schelm, Schories, Schramm, Schulz, Temp, Dr. Thimm, Tolius, Waschke, Wilhelm, Dr. Willers.

Keine Stimmkarte gaben ab: Abg. Weber, Sukatus.

(Schmidt, Abgeordneter)

(A) nächster Zeit, wenn dies ihr Eigennutz gebietet, wieder vertreten wollen.

Da die gegen die Abgeordneten Weise, Gamm und Formell vorgebrachten Beschuldigungen in engstem Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Abgeordnete zusammenhängen, nämlich Herstellung von Flugblättern, die zudem nur für Mitglieder ihrer Partei bestimmt waren, lehnen wir die Aufhebung ihrer Immunität ab.

Die gegen den Abgeordneten Moritz hervorgesuchten Gründe sind von einer bisher noch nie dagewesenen, lächerlich wirkenden Kleinlichkeit an den Haaren herbeigezogen. Zum 7. August war er sowohl schriftlich wie telefonisch vom Büro des Volkstages aufgefordert worden, das Fraktionszimmer aufzuräumen oder zu räumen. Er ist also nicht ohne Genehmigung, sondern auf direkte Aufforderung in das Fraktionszimmer gegangen. Daß ein Abgeordneter sich strafbar machen kann, wenn er nicht durch das Hauptportal in den Volkstag geht, gewissermaßen durch den „Eingang für Herrschaften", sondern durch das Portag II, also durch den „Eingang für Lieferanten", welcher übrigens dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung steht, darüber lacht ganz Danzig, mit Ausnahme der Herren Abgeordneten Andres und Maaß.

Ernst wird die Angelegenheit erst insofern, daß der Herr Vizepräsident Andres in der Aeltestenausschußsitzung von einem Nachschlüssel sprach, der im Besitz unserer Fraktion sei. Dazu ist vor aller Oeffentlichkeit zu erklären, daß die Fraktion von jeher im ordnungsmäßigen Besitz eines Schlüssels zu ihrem Fraktionszimmer gewesen ist, und daß
(B) dieses der Hausverwaltung seit Jahren bekannt gewesen ist.

Dagegen ist der Vizepräsident Andres bezw. dessen Beauftragte am Dienstag, dem 12. August, mit Hilfe von Nachschlüsseln in die Schränke und den Schreibtisch der Fraktion unter Verletzung der daran angebrachten Siegel eingedrungen, hat sie entleeren lassen und das Aktenmaterial der Fraktion widerrechtlich in seine Verfügungsgewalt gebracht.

Um die Aufmerksamkeit der Danziger und der Weltöffentlichkeit von diesem in der Geschichte der Parlamente ohne Vorbild dastehenden und geradezu ungeheuerlichen Vorgang abzulenken, soll ein Strafverfahren gegen den Abg. Moritz durchgeführt werden. Wir sind der Ueberzeugung, daß es zu einer Anklageerhebung gegen den Abg. Moritz wohl kaum kommen kann, weil eben kein strafbares Delikt vorliegt. Wir können der Aufhebung der Immunität, die in diesem Falle eine auf Denunziation beruhende, ausgesprochen politische Schikane ist, nicht zustimmen.

Wir überlassen es der nationalsozialistischen Mehrheit, ob sie sich durch Aufhebung der Immunität in der Oeffentlichkeit lächerlich machen will. Die Nationalsozialisten würden mit der Aufhebung der Immunität des Abg. Moritz und der Durchführung eines Prozesses eine uns durchaus nicht unwillkommene Gelegenheit geben, einmal durch einen Richter nachprüfen zu lassen, ob die im Volkstagshandbuch abgedruckte und abgeänderte Hausordnung ohne Datum mit der Verfassung übereinstimmt, und seit wann sie eigentlich in Kraft getreten sein soll. Es würde dann auch Gelegenheit sein, in öffentlicher Gerichtsverhandlung alle im Volkstag gegen die Oppositionsfraktionen angewandten Methoden zu erörtern, die darauf hinauslaufen, den Fraktionen die Benutzung der Einrichtungen des Volkstages zu entziehen und die Abgeordneten an der Ausübung ihres Amtes zu behindern. (C)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Plenikowski.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Wir werden nach wie vor gegen die Aufhebung der Immunität stimmen. Wir können nicht die Auffassung des Herrn Abg. Steinbrück teilen, daß man Gelegenheit geben soll, die Frage durch das Gericht nachprüfen zu lassen. Wir haben bereits erfahren, daß, wenn es bestimmten Herren nicht paßt, sie diese Nachprüfung auch verhindern können. Aber mit der Zustimmung zur Aufhebung der Immunität, wenn es sich um politische Fälle handelt, schafft man den Grundsatz, daß ein Abgeordneter, der sich seinem Gewissen verpflichtet fühlt und gegen bestimmte Maßnahmen oder gegen eine bestimmte Regierung zu stehen gezwungen ist, wegen irgendeiner geringfügigen Sache strafrechtlich verfolgt und verurteilt werden kann. Deshalb stehen wir zu dem Grundsatz der Verfassung und der Abgeordnetenimmunität, daß den Abgeordneten ihre politische Tätigkeit gesichert werden muß, damit sie nicht der Rache der jeweiligen Mehrheit des Volkstages bezw. der Machthaber ausgeliefert werden sollen. (Lachen rechts. — Und in Rußland? bei den Nationalsozialisten.) Sie haben doch eine Verfassung und keine russischen Zustände, wie Sie selbst sagen! (D)

Präsident: Sie haben nicht mehr das Wort, Herr Abg. Plenikowski. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Absatz a) des Punktes 3 der Tagesordnung, Drucksache Nr. 23. Wer dem Antrag des Aeltestenausschusses, die Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung gegen den Abg. Weise zu genehmigen, zustimmt, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen. Ich lasse über den Absatz b) des Punktes 3 der Tagesordnung abstimmen. Wer dem Antrag des Aeltestenausschusses in Drucksache Nr. 24 zustimmt, daß der Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung gegen die Abg. Gamm, Weise und Formell stattgegeben werden soll, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Ausschußantrag in Drucksache Nr. 24 ist damit angenommen. Ich lasse abstimmen über Absatz c) des Punktes 3 der heutigen Tagesordnung. Wer dem Antrag des Aeltestenausschusses in Drucksache Nr. 25 zustimmt, daß der Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung gegen den Abg. Moritz stattgegeben wird, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. (Zwischenrufe.) Der Ausschußantrag in Drucksache Nr. 25 ist hiermit angenommen.

Ich rufe den Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Erste und zweite Beratung des Vertrages zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen über Sozialversicherung.

Drucksache Nr. 14. Nach Rücksprache mit dem Aeltestenausschuß schlage ich vor, daß für sämtliche drei Lesungen die Gesamtredezeit für sämtliche Fraktionen auf zusammen eine halbe Stunde festgesetzt

(Präsident)

(A) wird. Widerspruch höre ich nicht; es ist so beschlossen. Das Wort hat der Herr Abg. Andres.

Andres, Abgeordneter (N.S.D.A.P.): Der dem Volkstag zur Zustimmung vorgelegte Vertrag mit der Republik Polen über Sozialversicherung entspricht mit seinem Inhalt an sich dem Bestreben einer verständnisvollen Zusammenarbeit der beiden Staaten zum Nutzen der beiderseitigen Staatsangehörigen. Er bezweckt, die Durchführung der Sozialversicherung im Verhältnis zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen allgemein nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit zu sichern. Er würde den Versicherten beider Staaten wesentliche Vorteile gegenüber dem bisherigen Zustand bringen, da eine unterschiedliche Behandlung unter dem Gesichtspunkt der fremden Staatsangehörigkeit und des Wohnsitzes im Ausland wegfallen würde und eine Berücksichtigung der Versicherungszeiten im anderen Staate erfolgen und somit eine Doppelversicherung zur Aufrechterhaltung der Ansprüche entbehrlich werden würde. Der Vertrag ist also vom Standpunkt der Versicherten zweifellos zu begrüßen. Trotzdem werden wir — jedenfalls im jetzigen Zeitpunkt — unsere Zustimmung versagen. Zunächst weisen wir darauf hin, daß die Freie Stadt Danzig eine ungleich höhere Belastung treffen würde als Polen, die aus der stark verschiedenen Größe der Länder und ihrer Bevölkerungsziffer wie auch der verhältnismäßig viel größeren Anzahl polnischer Staatsangehöriger als Versicherte der polnischen und Danziger Sozialversicherung und aus den an sich höheren Leistungen der
(B) Danziger Sozialversicherung folgt. Doch würde für unsere Stellungnahme dieser Mangel einer tatsächlichen Gegenseitigkeit auch in der Belastung der beiden Staaten nicht ausschlaggebend sein. Entscheidend aber ist folgendes:

Die Erweiterung der Rechte der beiderseitigen Versicherten bringt naturgemäß den Versicherungsträgern und auch dem Staate eine entsprechende Mehrbelastung. Eine genaue Berechnung ist mangels vorliegender Erfahrungen, Statistiken und sonstiger Unterlagen zwar nicht möglich, doch wird die finanzielle Auswirkung des Vertrages sowohl für die Danziger Versicherungsträger als auch für die Staatskasse bedeutend sein, zur Zeit schon in Hunderttausende von Gulden gehen und sich durch weiteren Zugang von berechtigten Versicherten zukünftig noch steigern. Bei den großen Schwierigkeiten, die zur Zeit vorliegen, wird der Danziger Wirtschaft, die doch die Sozialversicherung zu finanzieren hat, eine neue große Mehrbelastung unmöglich auferlegt werden können. Es erscheint überdies ausgeschlossen, in einer Zeit, in der der Danziger Bevölkerung Sparmaßnahmen auferlegt werden müssen in einem Umfange, wie sie bisher noch nie in Frage gekommen sind, die aber durch das Gesetz der harten Not diktiert werden, andererseits neue Verbesserungen und damit Mehrausgaben von erheblicher Bedeutung zu übernehmen. Wenn auf allen Gebieten derartige Notmaßnahmen ergriffen werden müssen, die in das Leben jedes einzelnen Staatsbürgers eingreifen werden, wenn ein großer Abbau in der Verwaltung zwingend wird, wenn großen Teilen der Danziger Bevölkerung zugemutet werden muß, außerhalb der Danziger Landesgrenzen ihre wirtschaftliche Existenz zu finden, wenn auch auf kulturellem Gebiete vor unerbittlichen Sparsamkeitszugriffen nicht halt gemacht werden kann, so kann nicht in einer solchen Zeit des allgemeinen Abbaus schärfster Art auf einem Sondergebiet ein Auf- und Ausbau zugelassen werden. (C)

So wünschenswert und erfreulich der Abschluß dieses Vertrages auch aus den verschiedensten Gründen sein mag, sind wir bei den obwaltenden und kurz dargelegten Umständen zur Zeit nicht in der Lage, ihm unsere Zustimmung zu geben.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, die Aussprache ist geschlossen. Damit ist die erste Lesung des Punktes 4 der Tagesordnung beendet. Ich rufe die **zweite Lesung** des Vertrages in Drucksache Nr. 14 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Vertrag in zweiter Lesung zustimmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Niemand, der Vertrag einschließlich Ueberschrift ist damit abgelehnt. Da er auch in zweiter Lesung abgelehnt ist, ist er nach § 26 Absatz 3 der Geschäftsordnung überhaupt erledigt. Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Abgabe einer Regierungserklärung.

Das Wort hat der Herr Präsident des Senats.

Greiser, Präsident des Senats: Seit meiner letzten Regierungserklärung sind einige Wochen ins Land gegangen, in welchen der Volkstag sich vertagt hat, um seine wohlverdienten Ferien zu genießen. Diese Wochen hat der Senat dazu ausgenutzt, um einen großen Teil des Sparprogramms, welches durch mich angekündigt worden (D) ist, zu verwirklichen bezw. um die erforderlichen Vorarbeiten zu leisten, die notwendig gewesen sind, um den von uns gewünschten Zustand erreichen zu können.

Um den vorgeschriebenen Formen des parlamentarischen Lebens der Freien Stadt Danzig einerseits nachzukommen, um aber insbesondere andererseits der Bevölkerung über alle Geschehnisse und Maßnahmen die notwendige und richtige Aufklärung geben zu können, benutze ich erneut die Gelegenheit, von der Bühne des Parlaments zur gesamten Danziger Bevölkerung zu sprechen.

Ich habe in meinen letzten öffentlichen Erklärungen den Standpunkt vertreten, daß eine Regierung, wenn sie die Freie Stadt Danzig durch die mannigfachen Klippen und Gefahren der jetzigen Zeit hindurchsteuern will, ihr Handeln nicht abhängig machen darf von Popularität, sondern daß sie sich dessen bewußt sein muß, unpopuläre Maßnahmen in ihrer Durchführung als notwendig zu betrachten. Wenn ich mich in meiner ersten Regierungserklärung als Präsident des Senats vom November v. Js. auf den Standpunkt stellte, daß ich mir klar darüber bin, das Ruder Danzigs in der schwersten Zeit in die Hand zu nehmen, so beweist die bis jetzt abgelaufene Geschichte in diesem kurzen Zeitraum, daß mein Gefühl und meine Vorahnung mich nicht betrogen haben. Wenn ich in der Zwischenzeit die Rettung Danzigs mit dem Appell an die Unpopularität propagierte, so beweisen insbesondere die letzten Monate, daß die Regierung in ihrer Gesamtheit diesen Mut zur Unpopularität aufgebracht hat und sich vor nichts fürchtet, den einmal beschritte-

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) nen und als richtig erkannten Weg in allen Konsequenzen weiterzugehen.

Eine Regierung, die als der entscheidende Faktor im öffentlichen Leben anerkannt werden will, muß neben der entscheidenden Entschlußkraft auch die Konsequenz in der Linienführung besitzen. In der Aufrechterhaltung dieser Konsequenz muß sie damit rechnen, auf diesem Wege angegriffen zu werden. Es wäre verfehlt, wollte man die Tatsache verkennen, daß genügend Angriffsflächen vorhanden sind. Jedoch besteht ein großer Unterschied darin, ob diese Angriffsflächen groß genug sind, um den Spielraum einer sachlichen Kritik an Geschehen und Absicht zuzulassen oder aber ob die Angriffsflächen abseits von allen sachlichen Argumenten ihre Daseinsberechtigung nur aufbauen auf der zwar vorhandenen, aber dem größten Teile der Danziger Bevölkerung wesensfremden Verfassung. Das zweite Moment scheint mir die hervorstechendste Waffe unserer Gegner zu sein, mit welcher nach allen Seiten hin und in allen Spielarten operiert wird. So gilt es für mich auch als feststehende Tatsache, daß nicht sachliche Gründe, sondern rein demagogische vorherrschend gewesen sind für die Einbringung des Auflösungsantrages und daß nicht der ehrliche Wille vorhanden ist, eine neue Regierung zu bilden, sondern lediglich alle Register parlamentarischer und verfassungsmäßiger Möglichkeiten zu ziehen, um aus rein partei-egoistischen Gründen der Nationalsozialistischen Regierung in ihrem schweren Kampfe Schaden zuzufügen. Wie stellt

(B) man sich denn eine solche neue Regierung überhaupt vor? Sollen wir Danzig vielleicht dem Schicksal preisgeben, von einer Koalition eine Zeitlang regiert zu werden, welche durch Repräsentanz vielleicht des Herrn Weise als Präsidenten des Senats (Lachen rechts) und Herrn Plenikowski als Innensenator Danzigs Aufstieg verbürgt? (Sehr gut! rechts.) Wir vermögen in der Zusammenfassung der in einer solchen Koalitionsgemeinschaft sich auswirkenden Kräfte nicht die Grundlage für die Sicherung der Existenz der Freien Stadt Danzig zu sehen. In dem großen Ringen um die Freiheit eines Volkes sind die entscheidenden Handlungen noch niemals aus einem Parlament heraus geboren worden, sondern immer noch haben Männer die Geschichte gemacht, die bereit waren, mutig und entschlossen einen geraden Weg zur goldenen Freiheit unter Entbehrungen und Opfern zu gehen. Ein Konglomerat von ewig-gestriger Ueberheblichkeit zusammen mit Politikern, die den Deckmantel der Religion zum Ausgleich mangelnder völkischer Kräfte vorschieben (Zustimmung rechts) und in der Bundesgenossenschaft von Gottesleugnern und Gesellen, die ihr Vaterland nicht kennen wollen, das Deutschland heißt, bis hinüber zu den bolschewistischen Zerstörern jeder deutschen Gesittungsart und Religionsauffassung, ist uns wahrhaftig nicht gut genug, um auf das deutsche Danzig losgelassen zu werden. (Beifall rechts.) Ein solches Gremium hat nur eins gemeinsam, was sie über Klassen- und Standes- und Religionsunterschiede verbindet, das ist ihr gemeinsamer Haß gegen das Nationalsozialistische Deutschland. (Sehr richtig! rechts.) Und gerade das legt uns die Verpflichtung auf, mit Argusaugen darüber zu wachen, aus Danzig kein zweites Ausfalltor nach österreichischem Musterbeispiel gegen Adolf Hitler, den Führer des gesamten Deutschen Volkes, werden zu lassen. (Händeklatschen und Beifall rechts.) (C)

Nachdem dieser erste parlamentarische Angriff im Volkstage selbst verdientermaßen in der Versenkung verschwunden ist, bin ich mir darüber im klaren, daß wir mit einer weiteren Ausnutzung der von der Verfassung in großzügigster Weise zur Verfügung gestellten Mittel zur Bekämpfung der nationalsozialistischen Regierung werden rechnen müssen. Ich sehe allen diesen Plänen mit einer absolut stoischen Ruhe entgegen und meinen politischen Gegnern dabei fest in die Augen. Ich bin mir der Verantwortung bewußt, wenn ich Ihnen meine Herren von der Opposition, erkläre, daß, solange ich Präsident des Senats bin, es keinem von Ihnen, auch wenn Sie alle verfügbaren Register ziehen, gelingen wird, diese Regierung zum Sturz zu bringen. (Lebhafter Beifall rechts.) Niemals mehr wird der Nationalsozialismus in Danzig durch andere Parteien von der politischen Macht abgelöst werden. Sie haben halt vor 2½ Jahren den politischen Rechenfehler, um nicht zu sagen Dummheit gemacht, diesen Volkstag von selbst aufzulösen, um uns an die Macht zu lassen in der Hoffnung, nach alter Gewohnheit die Finger im Spiele zu behalten. Da ich ja jahrelang als politischer Willensträger einer die frühere Regierung stützenden Partei durch Ihre eigene Schule gegangen bin, werden Sie von mir füglich nicht erwarten können, daß ich heute dieselben Fehler begehe, wie Sie dereinst. Daß wir als Nationalsozialisten aus anderem Holz (D) geschnitzt sind, als Sie alle zusammen, (Sehr richtig! rechts.) können Sie schon daraus ermessen, daß wir es innerhalb kurzer Zeit fertig gebracht haben, Sie zu stürzen, ohne die Verfassung und den Hohen Kommissar und die Möglichkeiten einer Wahlanfechtung usw. usw. in Anspruch zu nehmen (Sehr richtig!). Nationalsozialisten geben die einmal errungene Machtposition nicht auf und das ist der unerschütterliche Felsblock, gegen den Sie unter Ausnutzung aller parlamentarischen und verfassungsmäßigen Mittel weiterhin anrennen können und an dem Sie sich, so wahr ich hier heute vor Ihnen stehe, eines Tages den Schädel einrennen werden. (Lebhafter Beifall rechts. — Soweit sie einen Schädel haben! bei den Nationalsozialisten.)

Zur Frage der Etats habe ich bereits von dieser Stelle aus erklärt, daß die Regierung dem Volkstag den Etat für 1935 so bald als möglich vorlegen wird. (Bald vorbei! links.) Ich habe auch schon auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche dem Wunsche der Regierung, die Etats so schnell wie möglich vorzulegen, noch entgegenstehen. In der Hauptsache sind dies die von der Regierung zum Ausgleich des Haushalts ins Auge gefaßten und in Durchführung begriffenen Sparmaßnahmen und Einschränkungen in einem bisher noch nie gekannten und für möglich gehaltenen Umfang. Diese Sparmaßnahmen bewegen sich nicht nur auf den großen Gebieten der Verwaltung, sondern sie erstrecken sich bis in die kleinsten Einzelheiten hinein. Jeder einzelne Posten des Etats wird in mühevoller Kleinarbeit daraufhin genau nachgeprüft, ob überhaupt und wenn ja, dann welche Einsparungen noch gemacht werden können. In den per-

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) sonellen Spalten des Staatshaushalts wird peinlich genau mit der Lupe nachgeprüft, welche Stelle eventuell ganz fortfallen und welche eventuell durch einen Beamten mit niedrigeren Bezügen ausgefüllt werden kann. Es liegt klar auf der Hand, daß diese große Arbeit auch bei Anspannung aller zur Verfügung stehenden Kräfte einer gewissen Zeit zur Durchführung bedarf. Weiterhin müssen die Auswirkungen der Maßnahmen bezüglich des Beamtenabbaus und der Pensionäre sowie die gewünschten und noch in Durchführung begriffenen Organisationsveränderungen genau berechnet werden.

Genau so rücksichtslos offen, wie es die Regierung auf anderen Gebieten gewesen ist, wird sie auch in ihrer Haushaltsgebarung offen sein. Sobald die Auswirkungen der derzeitigen Maßnahmen einigermaßen zu übersehen sind, wird der Etat in allen seinen Einzelheiten dem Volkstag vorgelegt werden. Ich kann in dieser Beziehung wohl auch heute schon betonen, daß dieser Etat so ausgeglichen sein wird, wie bisher noch bei keiner anderen Regierung.

Nachdem bei den personellen und auch bei den Sachausgaben mit rücksichtsloser Sparsamkeit bis an die Grenze des Möglichen Abstriche gemacht worden sind, konnte an die Realisierung der von der Regierung vorgesehenen Maßnahmen bezüglich eines Teils der Danziger Beamtenschaft und der Pensionäre gegangen werden. Die Ueberführung der etatsmäßig freigewordenen Beamten und Lehrer ist im Gange. Es ist mit Sicherheit da-
(B) mit zu rechnen, daß diese Aktion den gewünschten Erfolg haben wird.

Die Rückwanderung der Pensionäre nach Deutschland macht gute Fortschritte. Anfänglich bestand wohl für den Gedanken des Fortzuges wenig Neigung. Es war dies zum Teil auf die von der Opposition in diesen Kreisen getriebene Propaganda zurückzuführen. Um so erfreulicher ist es, daß zahlreiche Versorgungsberechtigte den Weg ins Reich zurückgehen. Die Schwere dieses Schrittes wird nicht nur von uns, sondern auch von den in Frage kommenden deutschen Reichsstellen besonders anerkannt. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß gerade diejenigen, die höhere Pensionsbezüge haben, mit gutem Beispiel vorangehen.

Der Senat hat von sich aus alles nur Mögliche getan, um eine Erleichterung dieses schweren Schrittes herbeizuführen. Es werden durchaus angemessene Umzugsbeihilfen neben der freien Fahrt zur Wohnungssuche und zum Umzug selber gewährt. Durch Verhandlungen mit den Danziger Spediteuren ist eine Herabsetzung der Speditionskosten unter dem gewöhnlichen Tarif und eine Uebernahme der Gesamtabrechnung mit den Spediteuren durch den Senat erreicht worden. Bezüglich der langfristig bindenden Mietsverträge sind gesetzliche Erleichterungen geschaffen worden und bezüglich der Mitnahme von Geld und Geldwerten sind Bestimmungen in Kraft gesetzt worden, die jedem Versorgungsberechtigten den denkbar weitesten Spielraum seiner Verfügungsgewalt überlassen. In einem vom Senat herausgegebenen Merkblatt vom 15. August sind all diese Er- (C)
leichterungen aufgeführt.

Die mit einigen reichsdeutschen Stellen getroffenen Verabredungen bezüglich der Einstellung von Danziger Arbeitskräften haben sich bisher zu einem vollen Erfolge ausgewirkt. Es konnten in den letzten Wochen ca. 6 600 Danziger Arbeitskräfte in Deutschland in Arbeit und Brot geschickt werden. Hierunter befinden sich 1 400 Landhelfer und 5 200 Vollarbeiter. Die Entlastung des Danziger Arbeitsmarktes hat dazu geführt, daß nunmehr noch bis heute nur 13 600 Arbeitslose unterstützungsberechtigt gemeldet sind. Zieht man hiervon noch die Zahl der dauernd Arbeitsunfähigen ab, die auch in ganz normalen Zeiten keine Arbeit verrichten können und die mit 3 200 nicht zu hoch veranschlagt ist, so sind arbeitsfähige Erwerbslose heute nur noch rund 10 400 vorhanden. Auch diese Tatsache hat des öfteren Anlaß zu Anfragen, Beschwerden und unrichtiger Berichterstattung in der Oppositionspresse gegeben. Es ist bezeichnend, daß die Auszüge von angeblichen Briefen Danziger Arbeiter aus dem Reich in der Volksstimme ohne Datum, ohne Abgangsort und ohne Namensnennung erfolgt sind. (Abg. Moritz: Das werden Sie doch verstehen!) Ich behalte mir vor, eine solche Berichterstattung durch Stichproben auf ihre Richtigkeit hin nachprüfen zu lassen. Im übrigen gebe ich gerne zu, daß von den vielen tausend Arbeitslosen, die in der Zwischenzeit nach Deutschland vermittelt werden konnten, nicht alle hundertprozentig befriedigt sein werden. Auch hier handele ich als Nationalsozialist: Es kommt nicht dar- (D)
auf an, jedem Einzelnen die seiner Geschmacksrichtung passende Wurst zu braten, sondern es steht die Frage zur Debatte, wie man Danzig in seiner Gesamtheit helfen kann. (Sehr richtig!) Bei der Beantwortung dieser Frage ist es auch nach nationalsozialistischen Grundsätzen absolut notwendig, daß der Einzelne sich nach der Decke streckt und dem Wohle der Gesamtheit unterzuordnen hat.

Im übrigen kann ich mit gutem Gewissen in aller Oeffentlichkeit die Behauptung aufstellen, daß mindestens 95 bis 98 Prozent der Deutschlandfahrer glücklich sind über die ihnen teilweise nach jahrelanger Erwerbslosigkeit nunmehr zugewiesene Arbeit. (Sehr richtig! rechts.) Die getroffenen Abmachungen bezüglich der Sicherstellung des Lohnes für die in Danzig zurückgebliebenen Familien funktionieren auch und in Fällen von unsozialen Härten hat das Wohlfahrtsamt in wohlwollendster Berücksichtigung der gegebenen Tatsachen immer helfend eingegriffen.

Die Danziger Wirtschaft leidet in ihrer Gesamtheit noch unter den geradezu katastrophalen Auswirkungen der polnischen Zollverordnung. Es wird schwer sein, sich von diesem vernichtenden Schlage Polens langsam zu erholen. Es ist selbstverständliche Pflicht der Danziger Regierung, eine vollständige Erholung anzustreben. Besonders schwer haben in dieser Beziehung die Wirtschaftszweige, welche mit dem Hafen zu tun haben, gelitten. Aber auch die Danziger Industrie und der Großhandel sind hart betroffen worden. Daß solche Maßnahmen letzten Endes auch wieder die Rentabilität der Landwirtschaft gefährden und zu

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) einer weiteren Schwächung der gesamten Konsumkraft führen müssen, liegt klar auf der Hand. Es wird in den jetzigen und kommenden Verhandlungen notwendig sein, gerade auf diesem Gebiete das durch die polnischen Maßnahmen Verlorene wieder einzuholen.

Die Währungslage Danzigs hat sich seit Einführung der Mitte Juni verfügten Kontrolle des ausländischen Zahlungsverkehrs aus eigener Kraft günstig entwickelt. Diese Kontrolle erstreckt sich heute auf Grund der Verordnung vom 17. Juli nur noch auf eine Bewirtschaftung des Guldens. Die Währungsreserven der Bank von Danzig sind seit dem 15. Juli bis heute von 17½ Millionen Gulden auf 27½ Millionen Gulden angestiegen. Das bedeutet also eine Zunahme der Währungsreserven um 10 Millionen Gulden. Dementsprechend stieg die Gold- und Devisendeckung des Notenumlaufs und der sonstigen Sichtverpflichtungen der Bank von Danzig von 55½ auf 73 Prozent. Außerdem war die Bank von Danzig in der Lage, während dieser ganzen Zeit Bardevisen gegen Danziger Gulden in Höhe von rund 19½ Millionen Gulden zuzuteilen, wovon allein 15½ Millionen Zloty nach Polen geflossen sind. In diesem Gesamtbetrage sind fast 6 Millionen Zloty für die Bezahlung von alten Warenforderungen seitens der Republik Polen enthalten. Das sind diejenigen Forderungen, welche in der polnischen Presse immer als sogenannte eingefrorene Forderungen hingestellt worden sind. Allein für den Bezug von Nahrungsmitteln, Kohlen, Benzin,
(B) Mineralöl und Textilwaren aus Polen wurden 9½ Millionen Gulden an Devisen aufgebracht. Außerdem sind sämtliche in Danzig angefallenen Zolleinnahmen restlos in polnische Währung transferiert worden. Weiterhin stelle ich ausdrücklich fest, daß der gesamte Dienst der Auslandsanleihen für Zinsen und Tilgung restlos aufrecht erhalten worden ist, wofür allein in der genannten Zeit 2,7 Millionen Gulden transferiert wurden.

Wenn in der polnischen Presse noch immer die Behauptung aufgestellt wird, daß heute noch Polen eingefrorene Forderungen gegenüber Danzig hätte, die in die Dutzende von Millionen gehen, so muß dieses auf das Entschiedenste zurückgewiesen werden. Tatsächlich kann es sich höchstens nur noch um relativ kleinere Summen handeln, deren Bezahlung, selbst wenn es noch einige Millionen Zloty sein sollten, nichts im Wege steht. Man darf aber bei dieser Gelegenheit nicht vergessen, daß umgekehrt Danzig auch gegenüber Polen aus Warenlieferungen laufende Forderungen hat, die weit in die Millionen gehen und daß Danzig heute noch seit Jahren eingefrorene Forderungen aus Lieferungen von industriellen und sonstigen Erzeugnissen hat, die sicherlich mehr als 5 Millionen Zloty betragen. Es ist daher nicht mehr als recht und billig, wenn wir in Kenntnis dieser Tatsachen die Forderung erheben, daß Polen, welches ja keine währungspolitischen Schwierigkeiten kennt und demzufolge auch keine Devisenbewirtschaftung hat, sich endlich einmal anschickt, die eingefrorenen Forderungen Danzigs allmählich abzudecken. (Sehr richtig!) Dazu kommt, daß Polen mit großen Teilen seiner vertraglichen Pflichten, welche es gegenüber hiesigen großen Industrieunternehmungen (C) übernommen hat, so stark im Rückstande sich befindet, daß diese Tatsache einen fühlbaren Druck auf Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt hinterläßt.

Ich benutze nochmals die Gelegenheit, um mit allem Nachdruck und aller Bestimmtheit zu erklären, daß die Freie Stadt Danzig niemals irgendwelche Rechte hinsichtlich der Selbständigkeit seiner Währung und der Selbständigkeit seiner Notenbank preisgeben wird und daß wir Mittel und Wege finden werden, nicht nur unsere eigene Währung, von deren Beibehaltung die wirtschaftliche Existenz und Unabhängigkeit der Freien Stadt Danzig abhängt, zu behaupten, sondern sie auch wieder gesund zu machen. Jede Währung eines Landes kann in Ordnung gebracht werden, wenn die Bevölkerung des betreffenden Landes es nur will und bereit ist, für die Gesundung und Aufrechterhaltung seiner Währung wirtschaftliche Opfer zu bringen. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß die Danziger Bevölkerung im Laufe der letzten Monate genau erkannt hat, worum es geht, und daß sie auch begriffen hat, daß das wirtschaftliche Wohlergehen der Freien Stadt Danzig von dem Vertrauen zur eigenen Währung und dem Willen zur Selbstbehauptung abhängt.

Wenn Polen sich heute darüber beklagt, daß die Guldenbewirtschaftung gewisse nachteilige Auswirkungen auf den Warenabsatz Polens nach Danzig hätte, deren Beseitigung Gegenstand der gegenwärtigen Verhandlungen mit der polnischen Regierung ist, so muß darauf hingewiesen werden, daß Polen an dieser Entwickelung selbst Schuld hat. (D) Durch den Bau des Hafens Gdingen und durch die vollkommen einseitige Begünstigung der wirtschaftlichen Aufwärtsentwickelung dieses Hafens mußten zwangsläufig wichtige Deviseneinnahmen aus dem Danziger Hafen und Umschlagsverkehr in Form von Umschlagsgebühren zurückgehen, und dadurch die Zahlungsbilanz Danzigs ungünstig beeinflussen. Nach den polnischen Berechnungen betrugen diese Deviseneinnahmen im Jahre 1929 noch 33 Millionen Zloty, im Jahre 1933 jedoch nur noch 17 Millionen Zloty. Eine Senkung der Lebenshaltung der Freien Stadt Danzig und eine verminderte Kaufkraft der Danziger Bevölkerung, namentlich aber auch für den Bezug polnischer Waren, mußten die zwangsläufigen Folgen sein. Polen hat es also selbst in der Hand, durch die auf Grund von Verträgen der Freien Stadt Danzig zugesicherte volle Ausnutzung des Danziger Hafens die Kaufkraft der Danziger Bevölkerung zu heben und damit uns die Möglichkeit zu geben, unseren Warenbezug aus Polen wieder in dem früheren Umfange wiederherzustellen. (Sehr richtig!) Teilweise kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in Polen Kräfte am Werk sind, welche den Aufstieg und die Blüte Gdingens mit dem Verlust des für Polen außerordentlich wichtigen Absatzmarktes Danzig bezahlen wollen und damit der gesamten pommerellischen Landwirtschaft und der Lodzer und Oberschlesischen Industrie, welche zu einem großen Teil nach Danzig liefert, einen schweren Schlag versetzen.

Durch den Erlaß der polnischen Zollverordnung hatte es den Anschein, als ob Polen auf die Be-

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) nutzung des Danziger Hafens vollkommen verzichten wollte. Sinn und Zweck der ganzen Abtrennung Danzigs vom deutschen Mutterlande ist es jedoch gewesen, der Republik Polen nicht nur die Benutzung, sondern auch die Ausnutzung des Danziger Hafens zu übertragen. Dieser Sinn und Zweck ist in Verträgen und Abmachungen, insbesondere auch im Hafenabkommen, besonders festgelegt. Diese Tatsache gibt nicht nur der Republik Polen gewisse Rechte, sondern legt ihr auch in vieler Beziehung erhöhte Pflichten auf. Es wird Aufgabe der Danziger Unterhändler sein müssen, in den von Danziger Seite gewünschten Verhandlungen über das Hafenabkommen eine Basis zu finden, welche diese Pflichten klar umreißt.

Bereits in den Danziger Noten vom 2. und 16. Juli, in denen um Aufhebung der inzwischen von Polen getroffenen Maßnahmen gebeten worden war, wurde darauf hingewiesen, daß mit einer gewissen Absichtlichkeit von Polen das Vertrauen in den Danziger Hafen zerstört und daß unter den Augen der polnischen Regierung der Danziger Hafen und die Danziger Wirtschaft fortlaufend geschädigt würden. Trotzdem der Senat mit seiner Verordnung vom 17. Juli, durch welche die Devisenbewirtschaftung mehr oder weniger aufgehoben und nur noch eine lokale Guldenbewirtschaftung aufrecht erhalten wurde, den bis dahin von polnischer Seite geäußerten Wünschen vollkommen Rechnung getragen hatte, erfolgte doch jene über Nacht und Sonntag erlassene polnische Zollverordnung vom 18. Juli. Sowohl in der offiziellen (B) Danziger Note als auch besonders in meinen mündlichen Aussprachen mit den berufenen Vertretern der polnischen Regierung ist niemals ein Zweifel darüber gelassen worden, daß ein derartig von Polen ausgeübter Druck politische Konsequenzen nach sich ziehen müßte. Die verheerenden Folgen der Zollverordnung waren dem Senat von vornherein bewußt. Der formelle Protest und die Anweisung an das Landeszollamt, diese polnische Verordnung nicht auszuführen, waren die natürlichen Konsequenzen von Danziger Seite. Die Durchführung der polnischen Zollverordnung brachte den Bruch einer ganzen Reihe von Verträgen und Abkommen, auf welchen sich das wirtschaftliche und politische Verhältnis Danzig-Polen aufbaut. Trotz des ungeheuren auf der Bevölkerung und auf der Regierung lastenden Druckes habe ich für Danzig immer wieder die Bereitwilligkeit zur Aufnahme sofortiger Verhandlungen mit Polen betont. Eine größere Betonung der Verständigungsbereitschaft konnte es meiner Meinung nach nicht geben. Erst als der Druck der polnischen Maßnahmen die wirtschaftliche Lebensader der Freien Stadt zu zerstören drohte, habe ich mich über Paragraphen hinweggesetzt und von meinem der polnischen Regierung gegenüber betonten Vorbehalt der Handlungsfreiheit Gebrauch gemacht und unter Zustimmung des Gesamtsenats die Anweisung an die Landeszollverwaltung gegeben, lebenswichtige Waren nach Danzig zollfrei hereinzulassen. Wenn manche Kreise in einer solchen schweren Situation glaubten, das Schicksal der Freien Stadt Danzig würde hierdurch endgültig gelöst werden, so möchte ich mit allem Nachdruck an dieser Stelle auf die Gefahren einer solchen Problematik aufmerksam machen. (C) Allerdings habe ich nichts dagegen und kann es sehr wohl verstehen, wenn gerade in solch kritischen Tagen das Gefühl und die Sympathie der Danziger Bevölkerung sich mehr demjenigen Volke zuneigt, welchem es blutsmäßig und kulturell verbunden ist als denjenigen Stellen gegenüber, die zum Schutze der Freien Stadt feierlich eingesetzt und berufen sind.

Der Senat hat es begrüßt, daß auch in Polen die Vernunft gesiegt hat und in die von der Danziger Regierung dargebotene Hand eingeschlagen hat. Der von der polnischen Regierung beauftragte Sonderbevollmächtigte fand bei mir ein warmes Echo in Bezug auf die Bereitwilligkeit einer Erledigung sämtlicher Streitfragen in direkter gemeinsamer Aussprache. Es dürfte einzig dastehen in der diplomatischen Geschichte Danzig-Polen, daß in knapp 2 Tagen eine gemeinsame Plattform für alle im Vordergrund zur Erledigung stehenden Fragen gefunden wurde, welche im Protokoll vom 8. August ihren Ausdruck findet. Die in diesem Protokoll übernommene Verpflichtung, in Verhandlungen einzutreten, ist unterdessen dadurch realisiert worden, daß die Danziger Unterhändler in Warschau mit der polnischen Delegation in Einzelheiten des Verhandlungsproblems eingetreten sind. Am 12. August haben in Warschau Verhandlungen begonnen, deren Ziel es ist, entsprechend der Abrede vom 8. August die Auswirkungen der Guldenbewirtschaftung auf den Transithandel und -Verkehr sowie auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Danzig zu beseitigen. Dabei (D) hat sich erfreulicherweise die Uebereinstimmung darüber ergeben, daß im Transithandel und im Transitverkehr der gegenwärtige Zustand befriedigend ist. In den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Danzig erstrebt die polnische Regierung gewisse Aenderungen des heute bestehenden Zustandes. Jedoch sind diese schwerwiegenden Einzelfragen von so entscheidender Bedeutung, daß hierüber nähere Erörterungen in Danzig stattfinden müssen. Ausdrücklich möchte ich betonen, daß hierbei die Guldenbewirtschaftung selbst nicht zur Diskussion steht, da diese von der polnischen Regierung für einige Zeit anerkannt worden ist. In den Verhandlungen wird es sich lediglich darum drehen, sich mit den Auswirkungen dieser Guldenbewirtschaftung in einer den Interessen beider Staaten Rechnung tragenden Weise auseinanderzusetzen. Daß hierbei Danzig im großen und ganzen seinen Verpflichtungen nicht nur vertraglich, sondern auch moralisch nachgekommen ist, habe ich bereits vorher, als ich die Währungslage der Freien Stadt erörterte, dargelegt.

Es ist mir eine angenehme Pflicht zu betonen, daß während dieser ganzen Zeit eine enge Fühlungnahme mit dem Herrn Hohen Kommissar des Völkerbundes bestanden hat.

Es würde jedoch keine erschöpfende Behandlung der abgeschlossenen Danzig-polnischen Periode sein, wenn ich nicht noch auf eine Schwierigkeit aufmerksam machen würde. Leitende Staatsmänner der polnischen Politik, insbesondere Herr Außenminister Beck persönlich, haben mir wiederholt versichert, daß die Verständigungsbereitschaft und der Wille zur Zusammenarbeit mit Danzig ehrlich

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) seien. Ich kann dieselbe Einstellung von der Danziger Regierung und mir gleichfalls in den Vordergrund unseres politischen Wollens stellen. Ich bin auch der Meinung, daß ein solcher Wille der verantwortlichen politischen Führer beider Staaten die stärksten Garantien für die Erfüllung dieser Wünsche sind. Jedoch geht es beim besten Willen nicht an, daß andere Stellen von allen möglichen Seiten her ein solches ehrliches und anständiges Wollen zu torpedieren versuchen. Ich kann von Danziger Seite aus mich gern auf den Standpunkt stellen, daß die Danziger Presse das Bemühen des Senats um ehrenvolle Verständigung gewürdigt und unterstützt hat. Ich kann diese gleiche Einstellung und bewußte Beeinflussung der öffentlichen Meinung jedoch leider nicht augenblicklich bei der polnischen Presse feststellen. Es ist für mich unverständlich, daß eine führende polnische Zeitung noch am 22. August, die sich sehr stark mit der nationalsozialistischen Politik Danzigs und mit meiner Person beschäftigt, es wagen darf, zu schreiben, Danzig wäre zu einem Kanossagang gezwungen worden und Danzig hätte von seiten Polens eins in die Zähne bekommen, so stark, daß sie sich bis zum Augenblick noch nicht im Gebrauchszustand befinden. Weiterhin stellt sich ein Teil dieser Presse auf den Standpunkt, daß es ein Unsinn sei, von irgendeiner staatlichen Selbständigkeit Danzigs zu sprechen. Die innere Ruhe und die Stetigkeit der Entwicklung der Freien Stadt Danzig sind zum großen Teil abhängig von dem Stadium des Danzig-polnischen Verhältnisses. In Danzig dürfte es keine Zeitung wagen, diese Stetigkeit durch eine (B) unaufrichtige und dem ehrlichen Wollen der führenden Staatsmänner in den Rücken fallende Berichterstattung zu beeinträchtigen. Dieselbe Autorität, die ich in Danzig zu Gunsten unseres Verhältnisses Polen gegenüber einzusetzen jederzeit gewillt sein werde, muß ich aber auch von meinem Verhandlungs- und Vertragspartner verlangen können. Sollten die Berichterstatter für eine derartige politische Brunnenvergiftung in der polnischen Presse in Danzig zu finden sein, so dürfte es meiner Meinung nach keine Belastung, sondern eher eine Festigung des Danzig-polnischen Verhältnisses bedeuten, wenn man derartige Giftschlangen als lästige Ausländer über die Grenze abschiebt. (Sehr gut! rechts.) Wir kennen diese Herren!

Wir stehen wiederum vor einer neuen Tagung des Rates des Völkerbundes in Genf. Auf der vorläufigen Tagesordnung stehen nur die 4 Petitionen des Zentrums, der katholischen Pfarrer, der jüdischen Organisationen und der Volksstimme, welche bekanntlich die Verfassungsmäßigkeit einiger Gesetze und Verordnungen des Senats bestreiten. Mit der Prüfung dieser Fragen wurde vom Rat ein Juristenkomitee beauftragt. Das Gutachten dieses Juristenkomitees ist der Danziger Regierung bisher noch nicht bekannt. Soweit ich informiert worden bin, ist es auch möglich, daß noch andere Sachen, wie z. B. die Entlassung zweier marxistischer Angestellter und mehrere Petitionen des Herrn Weise an den Hohen Kommissar auf die Tagesordnung der Ratssitzung gesetzt werden. Bezüglich der Beschwerde der entlassenen Angestellten fühle ich mich vollkommen gesichert durch das von den Arbeitsgerichten der Freien Stadt Danzig in höchster Instanz ergangene und bestätigte Urteil. Für mich ist das Urteil der höchsten Danziger Gerichtsinstanz maßgebend und daher kann die Erledigung eines solchen Falles in Genf nur die Bedeutung haben, daß die Freie Stadt Danzig eine positive oder negative Einstellung zu einem solchen Danziger Gerichtsurteil zur Kenntnis nimmt. Es wird abgewartet werden müssen, inwieweit die Arbeiten des Juristenkomitees bezüglich der Verfassungsbeschwerden die Grundlage für den Bericht an den Rat abgeben werden. Auch in dieser Beziehung möchte ich heute das gleiche betonen, wie schon immer bei der Behandlung dieser ganzen Fragen, daß die nationalsozialistische Regierung Danzigs deshalb keine Angst vor diesen Auseinandersetzungen in Genf hat, weil sie in jeder Beziehung ein absolut einwandfreies und reines Gewissen hat. (Bravo!) Es ist selbstverständlich schwer für ein so kleines und an allen Gliedern gefesseltes Staatswesen wie Danzig, sich vor dem Forum fast aller Staaten der Welt durchzusetzen. Diese Situation wird durch das Verhalten der Opposition in unverantwortlicher Weise ausgenutzt und verschlechert. Trotzdem sind auch hier immer wieder das gute Gewissen und die Wahrheit und Aufrichtigkeit der Danziger Regierung die stärksten Waffen und das Vertrauen zum Völkerbund ist so groß, daß wir bestimmt hoffen, daß dieses Forum gerade bei den schwebenden großen politischen Fragen noch Zeit genug finden wird, bezüglich Danzigs wenigstens eine Einigkeit zu finden. (C)

Danzig ist in der angenehmen Lage, sich auf einen so großen Beschützer wie den Völkerbund jederzeit beziehen zu können, Danzig ist aber auch weiterhin in der angenehmen Lage, sich eine (D) deutsche Stadt nennen zu können. Sorgen wir dafür, daß das offizielle Danzig, Regierung und Staat, diese guten Beziehungen zum Völkerbund beibehalten und sorgen wir dafür, daß Danzigs Bevölkerung seine guten Beziehungen zum deutschen Volke beibehält, dann kann uns niemand daran hindern, trotz gegenwärtiger materieller Not die Zukunft doch als gut anzusehen.

Vom 30. August bis zum 2. September erhalten wir den offiziellen Besuch eines deutschen Kriegsschiffes, (Bravo! rechts) einer der neuesten deutschen Panzerkreuzer „Admiral Scheer“ kommt zu uns. Wir begrüßen in diesem Schiff und seiner tausendköpfigen Besatzung nicht nur das deutsche Volk, sondern insbesondere auch die wiedererstandene Wehrmacht und Kriegsmarine. Jeder Danziger sollte in jenen Tagen dieses stolze deutsche Kriegsschiff besuchen, damit jenes Gefühl, welches bei manchem bisher vielleicht nur leises Bangen und Sehnen war, zur Gewißheit wird, daß der Führer und sein Werk die Freiheit des deutschen Volkes bedeuten, zu dem auch wir gehören. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Nach der Rücksprache im Aeltestenausschuß tritt jetzt vor Besprechung der Regierungserklärung eine Pause von einer halben Stunde ein. Widerspruch höre ich nicht; es ist so beschlossen. Ich werde also die Sitzung pünktlich ¾6 Uhr wieder eröffnen.

(Unterbrechung der Sitzung 17 Uhr 15 Minuten.)

Die Sitzung wird 17 Uhr 50 Minuten durch den Präsidenten Beyl wieder eröffnet.

(A) **Präsident:** Ich eröffne die weitere Tagung der 6. Vollsitzung des Volkstages. Wir kommen zur

Besprechung der Regierungserklärung.

Nach Rücksprache im Aeltestenausschuß habe ich für die Aussprache eine Gesamtredezeit für sämtliche Fraktionen von drei Stunden vorzuschlagen. Widerspruch höre ich nicht; es ist so beschlossen. Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Stachnik. — Darf ich noch bekannt geben, wie sich die Rededauer auf die einzelnen Fraktionen verteilt: Nationalsozialisten 108 Minuten, Sozialdemokratische Fraktion 30 Minuten, Zentrum 25 Minuten, Gruppe Weise 8 Minuten, Kommunisten 5 Minuten, Polnische Gruppe 5 Minuten.

Dr. Stachnik, Abgeordneter (Z.): M. D. u. H.! Wir benutzen die heutige Gelegenheit gern, um zu all den Fragen, die uns auf politischem Gebiet am Herzen liegen, zu sprechen; denn uns erfüllt alle große Sorge über die Vorgänge in Danzig.

Nach der Erklärung des Herrn Senatspräsidenten hat es den Anschein, als wäre in Danzig alles in bester Ordnung. Wir sehen die Situation etwas anders und unser Antrag auf Auflösung des Volkstages entspringt nicht irgendwelchen demagogischen Gründen — was ich hier für unsere Fraktion noch einmal ausdrücklich betonen muß im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Senatspräsidenten — sondern der Sorge um Volk und Staat, der Sorge weitester Kreise, sage ich, weil ja nicht nur die Zentrumsfraktion, sondern auch die sonstige Opposition sich dem von unserer Fraktion aus gestellten Auflösungsantrage des Volkstages angeschlossen hat.

(B) Wir müssen es auch ablehnen, daß irgendwelche Motive, wie sie hier von dem Herrn Senatspräsidenten angedeutet worden sind, uns bewogen haben, mit diesen anderen Parteien zusammenzugehen, wenn der Herr Senatspräsident gerade darauf zu sprechen kam, daß da nun eine Einheitsfront zwischen dem Zentrum und den Gottlosen — das Wort gebrauchte er — bestünde.

Wir betrachten die außenpolitische Lage vor allen Dingen unseres Freistaates mit ernstester Sorge. Diese außenpolitische Lage hat bereits auf wirtschaftlichem, finanziellem und innerpolitischem Gebiet Auswirkungen hervorgerufen, die den wirtschaftlichen Bestand und die nationale Sicherheit Danzigs in schwerste Gefahr bringen. Das Verhältnis zu allen für die Entwicklung Danzigs wichtigen Ländern und Instanzen hat sich besorgniserregend verschlechert.

Alle Regierungen vorher haben es als ihre selbstverständliche Pflicht angesehen, mit unserem Mutterlande Deutschland die engsten und freundschaftlichsten Beziehungen aufrechtzuerhalten. Dieses Bestreben ist von deutscher Seite ebenso selbstverständlich erwidert werden. Diese engen Bindungen sind auch dann nicht gestört worden, als in Deutschland und Danzig parteipolitisch anders zusammengesetzte Regierungen miteinander arbeiteten. Die Regierung Ziehm hat ebenso selbstverständlich mit der Hitlerregierung ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten gepflegt. Diese freundschaftlichen Beziehungen haben für beide Länder wirtschaftliche Vorteile gebracht; Danzig war bemüht, seinen Warenbedarf so weit wie irgend möglich in Deutschland zu decken, der Handelsverkehr von Danzig nach Deutschland war rege, (C) Deutschland hat Danzig seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse, insbesondere Zucker, Weizen, Zuchtvieh zu angemessenen Preisen abgenommen und hat Danzig auch sonst wesentliche wirtschaftliche Vorteile zukommen lassen.

Die N.S.D.A.P. hat ihre Wahlpropaganda sehr stark mit dem Schlagwort betrieben, daß nur eine der deutschen Regierung gleichgeschaltete Regierung in Danzig auf die Dauer die Vorteile erhalten und vergrößern könnte.

Die Erfahrungen in der zweijährigen Regierungszeit der N.S.D.A.P. haben bitterste Enttäuschungen gebracht. Wir stehen im Augenblick vor der für Danzig erschreckenden Tatsache, daß Deutschland, trotzdem seine Wirtschaftsvertreter immer wieder betonen, daß eine Abwertung in Deutschland Verrat am Volk und Enttäuschung des soliden Bürgers und Sparers bedeute, Deutschland die Danziger Währung nicht gestützt hat, sondern daß der Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht bei seinem Vortrage in Danzig zwar Worte, aber keine materielle Hilfe gebracht hat. Wir müssen zusehen, wie Tausende von Familien, die mit dem Danziger Boden seit Jahrzehnten verbunden waren, ihre Heimatstadt verlassen müssen, weil Deutschland die ihnen zustehenden Gehälter und Pensionen nicht zahlt, nicht zahlen kann. Wir müssen zusehen, wie Arbeiterfamilien auseinandergerissen werden. Wir erleben, daß die von Danzig nach Deutschland ausgeführten Produkte nicht bezahlt werden, mit anderen Worten: Wir stehen am Ende eines an sich selbstverständlichen Verkehrs zwischen Deutschland und (D) Danzig.

Wirtschaft und Kultur hängen eng zusammen; deshalb muß zwangsläufig auch die kulturelle deutsche Durchdringung Danzigs an Stärke verlieren. Mag sein, daß besondere Verhältnisse Deutschland zu diesem Vorgehen zwangen, die Auswirkung auf uns Danziger bleibt deshalb nicht minder traurig.

Die nationalsozialistische Regierung hat es für richtig gehalten, vom Jahre 1933 ab, durch unmittelbare Verständigung mit Polen zu neuen Abmachungen zu kommen, wobei Danzig sämtliche ihm aus den bestehenden Verträgen zustehenden Rechte aufgegeben hat. Die Zentrumspartei ist immer im Rahmen der bestehenden Verträge für eine Verständigung mit Polen eingetreten. Gegen das Aufgeben wichtiger Danziger Vertragsrechte hat die Zentrumspartei jedoch die allerschwersten Bedenken gehabt und geäußert.

Man muß heute feststellen, daß diese Bedenken nach jeder Richtung hin gerechtfertigt waren. Keiner von den wirtschaftlichen Vorteilen, die Danzig durch Verzicht auf wesentliche Sonderrechte und Einräumung neuer Rechte an Polen erhalten wollte, ist eingetroffen. Der Gdinger Hafen ist gefüllt, der Verkehr im Danziger Hafen nimmt von Monat zu Monat ab, der Verkehr nach Polen schrumpft dauernd weiter und steht infolge der Nichtaufhebung der Danziger Devisenbewirtschaftung vor seinem Ende. Der Gulden wird in Polen als Zahlungsmittel nicht mehr anerkannt, die Kontingentierung landwirtschaftlicher Produkte zwischen Danzig und Polen hat der Danziger Land-

(Dr. Stachnik, Abgeordneter)

(A) wirtschaft keinen fühlbaren Nutzen gebracht, jedoch den Lebensstandard wesentlich verteuert und der minderbemittelten Bevölkerung schwerste Lasten auferlegt.

Mit Recht haben alle bisherigen Danziger Regierungen ein freundschaftliches Verhältnis zu den Völkerbundsinstanzen als den Garanten der Danziger Verfassung und der Danziger Rechte unterhalten. Senatspräsident Ziehm genoß in den maßgebenden Völkerbundskreisen das größte Vertrauen und gerade dieser Politik ist es zu verdanken, daß trotz starker Opposition, die Danziger Rechte mit Erfolg verteidigt worden sind. Durch das Ausscheiden Deutschlands aus dem Völkerbund ist die Hoffnung Danzigs an sich gesunken, doch scheints, als ob darüber hinaus noch vieles versäumt worden ist, um in Genf eine Danzig freundlich gestimmte Atmosphäre zu erhalten.

Manche von der Danziger Regierung durchgeführten und gegen die Grundsätze vernünftiger Demokratie verstoßenden Verordnungen haben bei den für Danzig wichtigen Völkerbundsvertretern ernsthafte Verstimmungen ausgelöst. Die Danziger Regierung hat begründete auf die Einhaltung der Danziger Verfassung abzielende Eingaben großer Teile der Danziger Bevölkerung und Danziger politischer Parteien abgelehnt und dadurch die Einschaltung der Völkerbundsinstanzen für innerpolitische Fragen herbeigeführt und ihre eigene Stellung geschwächt.

Es ist der Danziger Regierung nicht gelungen, neue wirtschaftliche Auslandsbeziehungen zu schaf-
(B) fen; die von den früheren Regierungen mit Erfolg angeknüpften Verbindungen sind gestört. Die mit einem Aufwand an Energie mit Skandinavien versuchten Annäherungen sind gescheitert, die eingerichteten Schiffahrtslinien mußten aus Mangel an Benutzung eingestellt werden, nach keinem europäischen oder außereuropäischem Markt konnte eine nennenswerte Ausweitung des Danziger Exports erreicht werden. Wir haben keinerlei Initiative vermerkt, die Abwertung des Danziger Guldens zu einer Ausweitung des Exports auszunutzen, obwohl zeitweise die Abwertung mit diesem Argument begründet wurde. Die Regierung gibt den Oppositionsparteien keine Gelegenheit, in vertraulichen Ausschußsitzungen ihre Wünsche, Anträge und Befürchtungen zum Ausdruck zu bringen, was bei früheren Gesetzgebungsmaßnahmen des Staates, besonders bei außenpolitischen Fragen, selbstverständlich war. (Heiterkeit rechts. Zurufe.) Sie scheidet bewußt und kategorisch die oppositionelle Mitarbeit aus, deshalb müssen wir in aller Oeffentlichkeit vor dem Volkstage sprechen, warnen und beantragen.

1. Wir fordern und beantragen, daß die Arbeit der Regierung auf lange Sicht eingestellt ist, daß die Maßnahmen nicht überstürzt und widerspruchsvoll erfolgen, sondern überlegt und in klarer Zielrichtung beschlossen und durchgeführt werden.

Bei der Abwertung des Danziger Guldens hat die Durchführung jede überlegte Geschäftsführung vermissen lassen. Die Abwertung wurde widerspruchsvoll aus immer anderen Gesichtspunkten begründet (Zwischenrufe), die Folgen für den Geld- und Warenverkehr in keiner Weise vorbedacht und abgemildert. (Lachen und Zurufe rechts.) Daraus (C) sind ganz unnötige Beunruhigungen und Schädigungen der Bevölkerung eingetreten. (Zwischenrufe.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Stachnik, ich bitte, nicht zu stören.

Dr. Stachnik, Abgeordneter (Z.): Dasselbe widerspruchsvolle Bild sahen wir bei der Einführung der Geld- und Devisenzwangswirtschaft, deren Einführung am Sonntag noch vom Präsidenten der Bank von Danzig kategorisch abgeleugnet, in den folgenden Tagen aber schon angeordnet wurde. Wir vermissen auch eine klare Linie in der Verhandlung mit Polen nach Einführung der Devisenzwangswirtschaft. Es geht nicht an, heute die Grenzen für die zollfreie Wareneinfuhr zu öffnen und sie morgen wieder zu schließen.

2. Wir fordern und beantragen, daß die verantwortungsvollen Dezernate und Abteilungen im Senat mit sachlich geeigneten Kräften besetzt sind. Es ist untragbar, daß in dieser krisenhaften Zeit der Posten des Wirtschaftssenators nur nebenamtlich mit einem Herrn besetzt ist, der für dieses schwierige Amt nicht die genügende Vorkenntnisse und Erfahrung mitbringt und außerdem noch weitere Dezernate verwaltet. In keinem Staate wird ein Finanzsenator oder Präsident der Staatsbank auch nur einen Tag im Amte bleiben können, wenn sie trotz ihres unbedingten Einspruchsrechtes es zulassen, daß die Staats- und Stadtfinanzen in eine so große Unordnung kommen, daß eine erfahrene Ersatzkraft eingreifen muß, um die Finanzkatastrophe abzuwenden. Es geht in einer für den (D) Bestand des Freistaates entscheidenden Zeit auch nicht an, daß wichtige Beamtenposten aus rein politischen Gründen mit Personen besetzt werden, die nicht die sachliche Eignung mitbringen, (Zurufe rechts) die heute in hohe Regierungsstellen befördert und nach kurzer Zeit entlassen oder versetzt werden, weil sie den notwendigen Anforderungen nicht entsprechen. Wir verstehen es nicht, daß in dieser schicksalhaften Zeit die gesetzlichen Vertretungen der Wirtschaft die Mitglieder der Handelskammer nicht gewählt sind. Es wäre um so notwendiger, als der Präsident der Handelskammer eine Persönlichkeit ist, die, von außerhalb kommend, mit den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen des Freistaates in keiner Weise vertraut ist.

3. Wir fordern und beantragen, daß alles getan wird, um innerpolitisch die gesamte Bevölkerung so stark als möglich zu einer Einheit zusammenzuschließen. Das ist notwendig für die außenpolitische Schlagkraft der Regierung. Es verträgt sich nicht mit dieser Forderung:

Wenn die Vermittlung der Arbeiter in Arbeitsstellen nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgt. (Widerspruch rechts.)

Wenn Tausende Arbeiter nach außerhalb verschickt werden und Familien dadurch auseinandergerissen werden.

Wenn bei der Aussiedlung von Beamten und Lehrern nach Deutschland Katholiken und Angehörige des Zentrums und andere politische Parteien „bevorzugt" werden. — (Abg. Schramm: Das ist gelogen!)

Wenn Angehörige der N.S.D.A.P. und ihrer Verbände ungestraft Staatsbürger als Landesver-

(Dr. Stachnik, Abgeordneter)

(A) räter beschimpfen oder in anderer Weise beleidigen und herabsetzen dürfen. (Unruhe und Zurufe.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Stachnik.

Dr. Stachnik, Abgeordneter (Z.): Wenn die katholischen Jugendverbände dauernd in ihren Rechten und Freiheiten beschränkt, ihre Heime demoliert werden. (Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten.) Wenn man die politischen Parteien in der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte behindert.

Wir müssen das in der Verfassung gewährleistete gleiche Recht für jeden Staatsbürger unbedingt verlangen.

4. Wir fordern und beantragen wiederholt und energisch, daß wir endlich volle Klarheit über die Finanzen des Staates und der Stadt erhalten. Wir verlangen überlegte Finanzgebahrung auf lange Sicht. Sie ist es nicht: Wenn ein großzügiger Theaterbau begonnen wird, der später unvollendet liegen bleibt. Wenn Grundsteine heute gelegt und morgen beseitigt werden. Wenn Notstandsarbeiten mit einem Aufwand großer Propaganda begonnen und aus Mangel an Mitteln nach kurzer Zeit wieder eingestellt werden. Wenn mit kurzfristigen Wechseln einmalige und laufende finanzielle Staatsbedürfnisse befriedigt werden, die die Währung gefährden und deren Abdeckung den Staatshaushalt vor unauflösbare Aufgaben stellt. Wenn für Parteifunktionäre hohe Gehälter gezahlt und fachlich geeignete bewährte Beamte außer Dienst gesetzt werden. Wenn ein unerträglicher Aufwand in Dienstreisen und Kraftwagen betrieben wird.
(B) Wenn nicht äußerste Sparsamkeit in allen Zweigen der Verwaltung zur selbständigen Pflicht gemacht wird. Wir verlangen, daß wenn Einsparungen oder neue Belastungen notwendig sein sollten, die Minderbemittelten geschont werden, daß sie vor allen Dingen nicht zu Lasten des Arbeiters und der Unterstützungsempfänger gehen, deren Einkommen schon jetzt das Existenzminimum unterschreitet.

Schwere Finanzsünden lassen sich nicht in einem Jahr wieder ausgleichen. Eine solide Finanzgebahrung und geordnete Finanzverhältnisse sind eine wichtige Grundlage auch im außenpolitischen Kampf.

5. Wir verlangen, daß die Gesamtwirtschaft von der Landwirtschaft bis zur Industrie (Zurufe bei den Nationalsozialisten), vom Arbeitgeber bis zum Arbeitnehmer, vom Vermieter bis zum Mieter, die durch die außen- und innenwirtschaftliche Vorgänge der letzten Zeit aufs schwerste erschüttert ist schonend behandelt und weitgehend gefördert wird. Wir fordern hierzu im einzelnen: Daß neue steuerliche und sonstige Belastungen unterbleiben. Die erhöhte Grundwertsteuer, die für Vermieter und Mieter in gleicher Weise untragbar ist, muß zurückgezogen, die Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität muß rückgängig gemacht werden; daß die Preiserhöhungen unter stärkerer Berücksichtigung der Einzelerfordernisse der Wirtschaft vorgenommen werden als das bisher geschehen ist. Man kann nicht bei der Guldenabwertung gleichbleibende Warenpreise versprechen und dann von Tag zu Tag Preise heraufsetzen ohne das Vertrauen in die Regierung zu erschüttern. Es muß unter allen Umständen ein Ausgleich zwischen den entwerteten Löhnen und Unterstützungen und den erhöhten Lebensmittelkosten gefunden werden. (C)

Daß die Devisenbewirtschaftung so schnell wie möglich abgebaut wird und daß, solange die Regierung das nicht glaubt tun zu können, bürokratische Hemmungen beseitigt werden. Entscheidungen der Devisenstelle würden sehr viel schneller herauskommen, den einzelnen Firmen müßten Devisen pauschal zugeteilt werden, sonst steht der Danziger Handel, ein starker Aktivposten in der Danziger Handelsbilanz, vor unheilbaren Schäden.

Daß alle Kräfte eingesetzt werden, um die Danziger Handelsbilanz aktiv zu gestalten. Hierin liegt auch die einzige Möglichkeit, die Danziger Währung zu halten. Es muß für den schwindenden Warenumsatz und den verringerten Arbeitsumfang Ersatz geschafft werden. Sichere Möglichkeiten liegen in dem vergrößerten Auslandsexport und in einer verstärkten Erzeugung für den Inlandsbedarf.

Daß alles verhindert wird, was den Warenumsatz noch mehr einschränkt, dazu gehört, daß innerpolitische Störungen der Danziger Wirtschaft, wie sie immer wieder von untergeordneten Stellen versucht werden, unterbleiben, daß die Aussiedlung der Beamten aus Danzig sofort rückgängig gemacht wird und die Schließung der Hochschule unter allen Umständen vermieden wird. Auch die Konsumkraft der z. Zt. in großem Ausmaß versandten Arbeiter muß der heimischen Wirtschaft erhalten bleiben.

6. In außenpolitischer Hinsicht verlangen wir gegenüber Deutschland, Polen und dem Völkerbund eine bestimmtere und zielklarere Vertretung der Danziger Belange. (D)

Deutschland muß davon überzeugt werden, daß die Verschickung Danziger Beamten, Pensionäre und Arbeiter nicht nur eine ungeheure Härte gegenüber den mit Danzig verwachsenen Personen und Familien ist, sondern daß daraus auch untragbare Schäden für die Danziger Wirtschaft und unabsehbare Gefahren für das Deutschtum in Danzig erwachsen (Zurufe rechts). Deutschland muß davon überzeugt werden, daß wir die Warenausfuhr nach Deutschland brauchen, um die Danziger Zahlungsbilanz auszugleichen und die Danziger Währung aufrecht zu erhalten. (Zwischenrufe rechts.) Ich bitte, mich gegen solche Aeußerungen, wie sie hier gefallen sind, daß der Mann mit dem Strick bald kommt, in Schutz zu nehmen. (Zuruf des Abg. Kurowski.)

Präsident: Ich möchte Sie um Ruhe bitten. Ich habe den Ausdruck nicht gehört. Sollte er gefallen sein, so frage ich, wer den Ausdruck gebraucht hat. (Abg. Schories: Ich!) Ich weise den Ausdruck als unparlamentarisch zurück. (Heiterkeit.)

Dr. Stachnik, Abgeordneter (Z.): Wir bekennen uns unbedingt für verständnisvolles Zusammenarbeiten mit Polen, lehnen jedoch weitere Preisgabe kultureller und wirtschaftlicher Rechte ab.

Für dringend halten wir eine besondere Pflege der Beziehungen zu den Völkerbundinstanzen. Sie ist eine nicht ganz sichere, waren aber bis jetzt noch die beste Stütze im Danziger Kampf um seine Selbständigkeit und seine Eigenrechte.

7. Nach unseren bisherigen Erfahrungen glauben wir nicht, daß die Maßnahmen und Schritte, die wir für notwendig erachten, die Selbständig-

(Dr. Stachnik, Abgeordneter)

(A) keit Danzigs zu erhalten, die Lebensrechte der Bevölkerung zu sichern und sein Deutschtum ungeschmälert zu erhalten, von dieser Regierung durchgeführt werden können.

Wir verlangen daher im Interesse des gesamten Freistaates erneut und immer wieder den Rücktritt einer Regierung, die in zweijähriger Regierungstätigkeit nur Mißerfolge zu verzeichnen hat, die ihre Versprechungen nicht gehalten, die keinerlei positive Aufbauarbeit geleistet, die den Freistaat in ernste Gefahren gebracht hat und bringt, die deshalb mit Recht das Vertrauen des Volkes verloren hat. Wir verlangen gleichzeitig auch die Auflösung des Volkstages, der dem Willen des Volkes heute nicht mehr entspricht. (Wir verlangen! — stürmische Heiterkeit rechts.)

Der Herr Senatspräsident hat vorhin in großer Selbstsicherheit gesagt: „solange ich an der Spitze des Senats stehe, tritt dieser Senat nicht ab!" Das ist nicht bloß ein circulus vitiosus sondern das macht auch auf den größten Teil der Danziger Bevölkerung keinen besonderen Eindruck, da wir schon von dieser Stelle so oft ähnliche selbstsichere Worte gehört haben, besonders bezüglich der Abwertung des Danziger Gulden.

Wir werden und müssen die Auflösung des Volkstages und den Rücktritt der Regierung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln erzwingen, damit der Weg frei wird für eine vom Vertrauen der Gesamtbevölkerung getragene zielbewußte Regierung. (Zurufe bei den Nationalsozialisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Weise.

(B) **Weise,** Abgeordneter (Gruppe Weise): Ich freue mich, zunächst feststellen zu können, daß der Herr Präsident des Senats in seinen Ausführungen bereits an eine Umbildung des Senats denkt. (Heiterkeit rechts.) Es ist ja auch erfreulich festzustellen, daß er bei der Umbildung des Senats gleich an Herrn Plenikowski denkt, mit dem er ja bereits zusammengearbeitet, den er hier im Volkstag „lieber Pleni!" genannt hat und mit dem er eine nationale Regierung bilden will. Diese Sorge kann aber der Herr Präsident ruhig uns und der Zukunft überlassen.

Zur Sache selbst habe ich zu erklären: „Zurück zum Reich!", unter dieser Parole führten die Nationalsozialisten den Wahlkampf im Jahre 1933, „Zurück zum Reich!" war die Wahlparole der Nationalsozialisten bei der Wahl in diesem Frühjahr. „Zurück zum Reich!" ist die Parole, die jetzt von nationalsozialistischer Seite unter das von den schweren Ereignissen, namentlich des letzten halben Jahres erschütterte und ratlos gewordene Danziger Volk gestreut wird.

Die Parole „Zurück zum Reich!" ist aber älter als der Nationalsozialismus in Danzig. (Unruhe rechts, Zurufe.) Sie ist so alt, wie die Abtrennung Danzigs vom deutschen Mutterlande und entspringt der tiefen und unauslöschlichen Sehnsucht der Danziger Bevölkerung nach Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich. Die Parole „Zurück zum Reich!" ist insbesondere immer von den Deutschnationalen vertreten worden. (Zuruf rechts: „Das ist nicht wahr!" — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Die Deutschnationalen haben aber die Verwirklichung dieser Parole stets nur in einer langwierigen und zähen Verteidigung der Danzig in den Verträgen von Versailles, Paris und Warschau verbliebenen Lebensrechte gesehen, in der Verteidigung namentlich seiner eigenen Wirtschaftskraft, seiner Kapitalkraft, seiner Währung, seiner deutschen Kultur und Zivilisation. (C)

Das kleine Danzig hat kein anderes Mittel, um sich deutsch zu erhalten und dereinst zum Reich zurückzukehren, als die Verteidigung seiner Rechte bis aufs Aeußerste. Das charakteristische Merkmal der vorigen, von den Deutschnationalen geführten Regierung Ziehm war der mutige und erfolgreiche Kampf um die Lebensrechte Danzigs, der in der ganzen Welt und selbst bei Danzigs Gegnern Anerkennung gefunden hat. Von den Nationalsozialisten hat auch diese einfache und klare Parole „Zurück zum Reich!" eine völlig andere Deutung erfahren. Bei den Wahlen der Jahre 1933 und 1935 wurde der Masse vorgegaukelt, daß sie nur die Nationalsozialisten zu wählen brauchten, (Starke Unruhe rechts. Zurufe: Das verbitten wir uns!) um die Rückkehr Danzigs zum Deutschen Reich unmittelbar zu vollziehen, —

Präsident: Herr Abg. Weise, Sie haben das Wort „vorgegaukelt" gebraucht. Ich rufe Sie **zur Ordnung.**

Weise, Abgeordneter (Gruppe Weise): — und daß der nationalsozialistische Wahlsieg die sofortige und unmittelbare Verwirklichung der Parole „Zurück zum Reich!" bedeute. Insbesondere bei der letzten Wahl war den im Reich wohnenden Wählern vorgezaubert worden, als werde in Danzig wie im Saargebiet um die Rückkehr Danzigs zum (D) Deutschen Reich abgestimmt.

Und jetzt, nachdem als Folge der nationalsozialistischen Regierung eine Katastrophe nach der anderen über Danzig hereinbricht, wird diese Parole wieder im Wege der Flüsterpropaganda unter das Volk gestreut, um ihm bei dem nun offenbar gewordenen Stand einen Silberstreifen an den Himmel zu malen, insbesondere aber, um von den eigenen Mißerfolgen abzulenken. Es ist tief bedauerlich, daß die im politischen Kampf Danzigs stärkste und unentbehrlichste Parole „Zurück zum Reich!" in dieser Weise mißbraucht und damit wertlos gemacht wird.

Es ist dies um so mehr zu verurteilen, als die praktische Politik der Nationalsozialisten genau das Gegenteil der Parole „Zurück zum Reich!" bedeutet. Niemals hat eine Regierung so viele und wichtige Lebensrechte Danzigs preisgegeben, wie die nationalsoizalistische. Keine andere Regierung hätte das gemacht, niemals! (Zuruf rechts: „Das ist eine Unverschämtheit von Ihnen!" — Unruhe. — Zurufe.) Niemals ist Danzig von der Verwirklichung der Parole „Zurück zum Reich!" mehr entfernt gewesen als jetzt unter der nationalsozialistischen Regierung. (Sie Kasper, Sie! rechts.) Es ist immer unangenehm, die Wahrheit anzuhören. Niemals haben die Polen müheloser und stärker Einfluß, selbst auf die leisesten Lebensregungen Danzigs erreicht, als in den letzten zwei Jahren. Auf allen Gebieten hat die Regierung die von der vorigen Regierung vor den Völkerbundsinstanzen erstrittenen Stand der Danziger Rechte aufgegeben. Beispielsweise sind die polnischen Minder-

(**Weise**, Abgeordneter)

(A) heitsrechte, namentlich auf dem Gebiete der Schule erweitert worden. (Davon verstehen Sie ja nichts! rechts.) Das Recht Danzigs auf Benutzung seines Hafens durch Polen ist so vernachlässigt worden, daß der Hafen heute tot liegt. Die Danziger Eigenkontingente, die Danziger Veterinärhoheit sind aufgegeben worden. Die Zollverwaltung ist in erheblichen Punkten, namentlich auf dem Gebiet der Personalpolitik polnischer Beeinflussung unterworfen worden. Und was hat Polen dafür als Gegenleistung gegeben? Nichts, als daß es bisher geduldet hat, daß S. A. und S. S. durch die Straßen Danzigs marschieren darf. Dafür ziehen aber auch die polnischen politischen Organisationen unangefochten in Uniform durch die Straßen Danzigs. (Starke Unruhe. — Sie wollen wohl die Kommunisten marschieren sehen! Halten Sie hier den Mund! Sie Lump! rechts.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe; der Herr Abgeordnete hat nur noch eine Minute Redezeit.

Weise, Abgeordneter (Gruppe Weise): Der Danziger Gulden hat keine Auslandskaufkraft mehr, er ist nur noch Stadtgeld, es steht zu befürchten, daß in den zurzeit schwebenden Verhandlungen weitere wertvolle Rechte, insbesondere auf dem Gebiet der Kredit-Finanzpolitik aufgegeben werden. Die Geschichte wird dereinst über die Nationalsozialisten in Danzig ihr Urteil sprechen, wie dieses Urteil ausfällt, steht heute schon fest. Nachdem die Auflösung des Volkstages abgelehnt ist, werden wir den Kampf gegen diese Regierung nicht aufgeben, sondern im Interesse des deutschen

(B) Danzigs zäh und unerschütterlich ihn weiterführen ungeachtet der schweren Verfolgungen unserer Partei und ihrer Mitglieder. (Und Ihrer Mandanten, die Sie verdroschen haben! rechts. — Pfuirufe und „Kämpfer Weise!" rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Brill.

Brill, Abgeordneter (S.P.): M. D. u. H.! Zu der Erklärung, die der Herr Präsident des Senats hier abgegeben hat, haben wir nur sehr kurz beraten können. Es ist in der Danziger Politik leider üblich geworden, daß die vom Volk gewählten Vertreter der deutschen Oppositionsparteien von seiten der Regierung (Deutschen? — Heiterkeit rechts. — Glocke des Präsidenten. — Der hat auf Schießstange umgelernt! rechts.) über die das ganze Volk brennend interessierenden Fragen überhaupt nicht mehr unterrichtet werden. Sie können stets nur ahnen, welche Linie der Senat, der bekanntlich nicht nur der nationalsozialistischen Partei, sondern dem ganzen Volke verantwortlich ist, in der Außen-, Innen- oder Wirtschaftspolitik einzuschlagen gedenkt. Auch zu dieser Sitzung sind wir ohne jegliche Information seitens der verantwortlichen Stellen geblieben. Obwohl wir in der Aeltestenausschußsitzung auf diesen Umstand hingewiesen haben, hat man uns nur eine halbe Stunde lang Gelegenheit gegeben, über unsere Stellungnahme zu der Erklärung des Senats im einzelnen zu beraten.

Es ist uns deshalb unmöglich, zu allen Fragen, die der Herr Präsident des Senats hier berührt hat, unsere Meinung zu sagen. (Es ist auch gar nicht nötig! rechts.), zumal die nationalsozialistische Mehrheit des Volkstages in ihrer bekannten Einsichtslosigkeit nun auch zu dieser wichtigen Erklärung nur eine halbe Stunde Redezeit gewährt hat. (C)
Aus diesem Verhalten geht aber auch erneut hervor, daß die N.S.D.A.P. und der Senat keinen Wert darauf legen, selbst in außenpolitischen Fragen die Basis ihrer Operationen im Volk so weit zu spannen, wie es die Führung einer stetigen und wirklich starken Außenpolitik verdient. (Zwischenruf rechts.)

Die Erklärung, die ich hier namens der Sozialdemokratischen Fraktion abzugeben habe, beschränkt sich auf die Stellungnahme zu einigen Kardinalfragen der Außen- und Innenpolitik des nationalsozialistischen Senats, und zwar zu solchen Fragen, von deren Lösung das Schicksal der Freien Stadt Danzig und ihrer deutschen Bevölkerung abhängt. Wenn ich hier auch die Innenpolitik erwähne, so hat das seinen guten Grund. In Danzig gibt es keine wichtige innenpolitische Frage, die nicht auch außenpolitisch von Bedeutung wäre. Das haben wir immer betont. Aber diese Feststellung hat heute einen neuen Sinn bekommen. Die Linie der Außenpolitik des nationalsozialistischen Senats wird nämlich in einem gewissen Sinn nur von den innenpolitischen Interessen der NSDAP. bestimmt und bei den verworrenen innerpolitischen Zuständen ist es deshalb kein Wunder, wenn die Außenpolitik des Senats Klarheit und Ausdauer vermissen läßt. (Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten.) Seitdem der nationalsozialistische Senat durch seine verfehlte und unverständige Finanzwirtschaft . . . (Zwischenrufe rechts.) Ich wundere mich nur immer, seit wann Juden in die N. S. D. A. P. aufgenommen werden. Diese Frage wollte (D)
ich schon immer an Herrn Busch richten. Ich nehme das nicht tragisch.

Präsident: Herr Abg. Brill, ich sehe in diesem Ausdruck, den Sie ausdrücklich an den Herrn Abg. Busch gerichtet haben, eine Beleidigung eines Mitgliedes des Hauses und **schließe Sie aus dieser Sitzung aus.** (Abg. Moritz: Das andere haben Sie vorhin nicht gehört! — Frau Abg. Müller: Wenn dem Abgeordneten Brill eins in die Schnauze angeboten wird, hören Sie das nicht!) Ich bitte die Herren Abgeordneten, die Plätze einzunehmen, sonst sehe ich mich gezwungen, die Sitzung zu schließen. (Frau Abg. Müller: Das nennt sich Parlament! — Heiterkeit. — Raus! rechts. — Unruhe. — Die Sozialdemokraten verlassen den Sitzungssaal.) Ich möchte die Herren Abgeordneten dringend bitten, Disziplin zu bewahren. Das Wort hat Herr Abg. Plenikowski. (Abg. Wiechmann: Herr Präsident, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß der Abg. Brill draußen mißhandelt wird!) Herr Inspektor Maaß, sehen Sie sofort nach dem Rechten.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Der Nationalsozialismus ist sich seiner Schwäche bewußt, das zeigt dieser Vorfall. Je schwächer er sich fühlt, desto stärkere Töne muß er anschlagen. Herr Abg. Andres wies darauf hin, daß alles vergänglich sei, auch der Völkerbund, auch der Nationalsozialismus und der nationalsozialistische Senat. Herr Greiser hat das bekannt und durch die Erklärung vorgebeugt, so lange er Senatspräsident sei, werde der Senat nicht zurücktreten, wenn er zurücktrete, dann auch der Senat.

(**Plenikowski**, Abgeordneter)

(A) Seine Worte haben klar und deutlich unterstrichen, was wir Kommunisten stets zum Ausdruck gebracht haben, daß der Nationalsozialismus nicht freiwillig auf die Macht verzichtet und sich selbst am Paragraphen nicht stößt. Der Nationalsozialismus weiß, daß sich gegen den Willen des gesamten Volkes keine Macht zu halten vermag. Er weiß, daß die überwältigende Mehrheit des Volkes in einmütiger Front gegen ihn steht. Er wußte ja bereits, wie die Regierung aussehen wird. Durch das Ausspielen der weltanschaulichen Gegensätze der Opposition soll der antifaschistische Kampf unterbunden bezw. erschwert werden. Das ist die Hoffnung des Nationalsozialismus. Das nationalsozialistische Regime ist Danzigs und seiner Bevölkerung Unglück. Deshalb sollte sich niemand durch die nationalsozialistischen Ausführungen schrecken lassen. Not bricht Eisen, sagte ganz richtig der Senatspräsident Greiser. Ich stehe deshalb nicht an, folgendes zu erklären:

Wer aus dem heutigen Verhalten der Nationalsozialisten nicht die Lehren zieht, leistet dem Nationalsozialismus Zutreiberdienste. Denn das heutige Verhalten der Nationalsozialisten muß dazu dienen, alle Hoffnungen und Illusionen von einem freiwilligen Zurücktreten der Nationalsozialisten im Interesse Danzigs und seiner Bevölkerung gründlich zu begraben. Die kommunistischen Abgeordneten haben solche Hoffnungen schon immer als Illusion gekennzeichnet. Sie haben darüber hinaus den Weg zur Ueberwindung der nationalsozialistischen Herrschaft gezeigt, die Zusammenfassung (B) aller katholischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter in einer festen proletarischen Einheitsfront und darüber hinaus die Bildung einer antifaschistischen Volksfront. Nur die Einheitsfront der Arbeiterschaft kann auch in Danzig die feste, unerschütterliche Grundlage schaffen für eine breite, antifaschistische Massenbewegung. Nur sie ist imstande, auch die enttäuschten nationalsozialistischen Anhänger in der Volksfront zu erfassen.

Man hat immer noch gezögert, diesen Weg zu beschreiten. Die Ausführungen des Herrn Greiser werden hoffentlich diesem Zögern ein Ende bereiten. Wir wiederholen deshalb in ernster Stunde von dieser Tribüne herab unser Angebot an die Sozialdemokratie und an alle Antifaschisten auf Herstellung und Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront zum antifaschistischen Kampf innerhalb und außerhalb des Parlaments. Durch den antifaschistischen Kampf wird die Einheitsfront zum Hebel werden für die Schaffung einer Volksfront, die alle Gegner des Nationalsozialismus umfassen wird und eine solche Bewegung wird stark genug sein, sich das Vertrauen des Volkes zu sichern, die nationalsozialistische Herrschaft zu beseitigen und eine Regierung der antifaschistischen Volksfront zu bilden.

Wir erklären, daß wir bereit sind, uns für die Bildung einer solchen Regierung mit aller Kraft einzusetzen. Wir weisen dabei auf die Forderungen hin, die wir vor kurzem hier erhoben haben und sind überzeugt, daß ein Programm solcher Volksforderungen, deren Bekämpfung die antifaschistische Volksfront auf ihre Fahne schreiben müßte, die werktätige Bevölkerung zur unüberwindlichen antifaschistischen Massenbewegung zusammenschweißen würde. (C) Wir machen dabei die von uns aufgestellten und von uns erhobenen Forderungen keineswegs zur Bedingung, sondern erklären uns auch bereit zur Mitarbeit und Schaffung eines gemeinsamen Programms. Was wir aber fordern: Es muß schnell gehandelt werden! Wir appellieren deshalb an alle wirklichen Gegner des Nationalsozialismus, unbeschadet aller weltanschaulichen Unterschiede, alle Kräfte zusammenzufassen zur Beseitigung des nationalsozialistischen Regimes, zur Erkämpfung der demokratischen Freiheiten und Rechte, zur Rettung Danzigs vor dem völligen Zusammenbruch, für den materiellen und kulturellen Aufstieg seiner Bevölkerung und für die Sicherung des Friedens.

Die Anhänger der Opposition, davon sind wir überzeugt, warten auf ein offenes Bekenntnis ihrer Führer zur Einheit im Kampf um das gemeinsame Ziel, die Beseitigung des nationalsozialistischen Regimes. Das gemeinsame Ziel ist nicht so, wie Herr Greiser sagte, daß uns der Haß eint. Uns eint die Erkenntnis, —

Präsident: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Abg. Plenikowski. — Ich habe eine Erklärung abzugeben. Mir wurde vor kurzem von einem Abgeordneten der Sozialdemokratischen Fraktion mitgeteilt, daß im Vorraum ein anderer sozialdemokratischer Abgeordneter mißhandelt werde. Ich schickte sofort den Herrn Volkstagsinspektor Maaß hinaus, um nach dem Rechten zu sehen. Er hat mir soeben gemeldet, daß das nicht der Fall sei. (Frau Abg. Müller: Ich bin Zeugin!) Ich möchte (D) noch einmal den Appell um Ruhe an die Herren Abgeordneten richten. Das Wort hat der Herr Abg. Budzynski.

Budzynski, Abgeordneter (P.): M. D. u. H.! Man muß es sich eigentlich überlegen, ob man nach den Vorfällen, bei denen man Zeuge gewesen ist, überhaupt noch wagen kann, hier auf die Rednertribüne zu kommen. Aber ich bin nie ängstlich gewesen und will es auch heute nicht sein und trotzdem von dieser Stelle aus das sagen, was im Interesse der Danziger Bevölkerung gesagt werden muß.

M. H.! Die Danziger Bevölkerung wird es wirklich nicht verstehen, daß sich in dieser ernsten Lage, in der sich die gesamte Danziger Bevölkerung befindet, Männer finden, die hier etwas ganz anderes tun, als das, wozu sie in das Parlament berufen worden sind. (Zuruf rechts: „Das überlassen Sie getrost uns!") Fühlen Sie sich getroffen? Ich habe Sie gar nicht gemeint! (Unruhe. — Zwischenrufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Budzynski.

Budzynski, Abgeordneter (P.): M. D. u. H.! Ich möchte zuerst noch an den Herrn Präsidenten des Hauses einige Worte richten. Entschuldigen Sie bitte, aber ich muß das im Interesse der polnischen Bevölkerung Danzigs tun. Ich glaube sicher, es ist Ihnen vorhin nur entgangen, wenn Sie in Ihrer Antrittsrede sagten, daß Sie nach besten Kräften an dem Wohlergehen der deutschen Bevölkerung Danzigs mitarbeiten werden. Ich glaube, Sie haben es nur übersehen, daß neben

(**Budzynski,** Abgeordneter)

(A) der deutschen Bevölkerung auch noch eine polnische Bevölkerung in Danzig vorhanden ist und daß Sie, Herr Präsident, auch dieser polnischen Bevölkerung genau so, wie der deutschen Bevölkerung, Ihr Wohlwollen beweisen müssen.

Präsident: Herr Abg. Budzynski, ich danke Ihnen herzlich für die Belehrung. Ich bin mir genau bewußt, daß hier in Danzig 3,5 Prozent Danziger Staatsangehörige polnischer Nationalität vorhanden sind gegenüber 97,5 Prozent (Abg. Budzynski: 96,5 Prozent!) Staatsangehörigen deutscher Nationalität. Ich werde selbstverständlich auch an diese 3,5 Prozent Danziger Staatsangehöriger polnischer Nationalität denken.

Budzynski, Abgeordneter (P.): Dann darf ich Ihnen im Namen der polnischen Bevölkerung Danzigs meinen herzlichsten Dank aussprechen.

Jetzt zur Rede des Herrn Senatspräsidenten. (Nun erzählen Sie uns doch auch mal etwas! rechts.) Herr Senatspräsident Greiser, Sie haben von den Auswirkungen gesprochen, die für Danzig dadurch entstanden sind, daß der Gulden abgewertet wurde und daß die Devisenbewirtschaftung eintreten mußte. Sie haben dabei nur eins vergessen, daß gerade durch Ihre Maßnahmen der Gulden abgewertet und die Devisenbewirtschaftung eingeführt wurde. Diese beiden grundsätzlichen Anordnungen haben erst nachher die Auswirkungen gezeigt, die die Danziger Bevölkerung, Danzigs Wirtschaft, Handel und Industrie bis zur Stunde noch tragen und unter deren harten und schweren Auswirkungen wir alle leiden müssen und die be-
(B) reits drei bis vier Monate anhalten.

Sie sagten, daß am 18. Juli, dem Tage, an dem die polnische Zollverordnung erlassen wurde, die ganzen Nöte und Sorgen über die Danziger Bevölkerung hereingebrochen seien. Sie vergessen dabei aber zu sagen, was dieser Zollverordnung vorangegangen ist. Ich habe bereits am 26. Juni hier ausführlich dargelegt, was Sie mit Ihren Maßnahmen erreichen werden und habe Sie schon damals vor den Folgen dieser Maßnahmen, die Sie in Danzig getroffen haben, gewarnt. Ich habe damals vorausgesagt, daß für die Danziger Bevölkerung diese Maßnahmen leider schwerwiegendste Folgen nach sich ziehen werden.

Leider Gottes ist das der Fall gewesen. Ich sage Ihnen heute noch einmal: Hätten Sie sich damals vor Erlaß Ihrer Verordnung mit der polnischen Regierung ins Einvernehmen gesetzt, dann hätte Danzigs Bevölkerung diese ganzen katastrophalen Auswirkungen nicht durchzumachen brauchen. (Wir verzichten! rechts.) Der Herr Senatspräsident hat uns in seiner Rede alles Mögliche gesagt, was wir bereits aus den Zeitungen erfahren haben und was allgemein bekannt ist. Sie haben uns aber nicht gesagt, Herr Senatspräsident Greiser, wie Sie nun eigentlich der Danziger Bevölkerung helfen wollen über diese schwierigen Zeiten hinwegzukommen. Sie müssen doch zugeben, daß von Tag zu Tag die Preise für sämtliche Lebensmittel und alle notwendigen anderen Gebrauchsartikel steigen, während Sie auf der anderen Seite durch Ihre Anordnungen, daß die Löhne und Gehälter nicht erhöht werden dürfen, der Danziger Bevölkerung doch gewiß nicht helfen.

Hier ist wohl der springende Punkt, darüber (C)
müssen wir heute einmal nachdenken, wie der schaffenden Bevölkerung Danzigs wirklich zu helfen ist. Das ist das ausschlaggebende, darüber haben wir hier zu sprechen. Ich bin der Ueberzeugung, daß das nur dadurch geschehen kann, daß die Verhandlungen, die mit Polen schweben, mit größtmöglichster Beschleunigung im Interesse der schaffenden Bevölkerung Danzigs zu Ende geführt werden, so daß dadurch die Wirtschaft wieder angekurbelt wird, daß im Hafen die Arbeit wieder beginnt, daß die Kräne zu arbeiten anfangen und daß vor allen Dingen die Grenzen zwischen Danzig und Polen für sämtliche Lebensmittel geöffnet werden. Ich habe auch bereits am 26. Juni gesagt, daß es nicht angeht, daß hier die Lebensmittel und alle anderen Sachen im Preise steigen, während die Löhne auf demselben Niveau gehalten werden. (Zuruf rechts: Was kosten Ihre Schweine in Warschau?) Meine Herren! Ihre Zurufe beweisen, daß Sie bisher den Ernst der Situation noch gar nicht erfaßt haben. Es tut mir nur leid, daß mir nicht die Zeit zur Verfügung steht, um mich mit Ihnen über diese wichtigen Fragen ausführlicher unterhalten zu können. Ich muß mich daher darauf beschränken — zumal der Herr Präsident schon die Glocke in der Hand hat —, Ihnen zu sagen, daß der einzige richtige Weg für Danzig ist, alles daran zu setzen, um mit Polen so schnell wie möglich zu einer Einigung zu gelangen, damit dann zu allererst die Lebensmitteleinfuhr von Polen nach Danzig freigegeben wird, damit die Danziger Bevölkerung wenigstens in den niedrigen Lebensmittelpreisen (D)
einen Ausgleich gegenüber den Löhnen erhält und einigermaßen in der Lage ist, in dieser heutigen schweren Zeit durchzuhalten.

M. H., wenden Sie sich einmal dieser Sache mit größerem Ernst zu und tragen auch Sie in Ihren Reihen etwas dazu bei, damit diese lebenswichtigen Fragen endlich gelöst werden. Verwenden Sie nicht nur immer Ihre Zeit auf Zurufe, die wirklich nicht dazu beitragen, die ernste Situation zu verbessern.

Präsident: Das Wort hat der Herr Präsident des Senats.

Greiser, Präsident des Senats: Meine Parteigenossen! (Heiterkeit.) Endlich haben wir den passenden parlamentarischen Zustand erreicht, — und es erübrigt sich eigentlich, auf die Ausführungen der Vorredner einzugehen; denn was die Opposition hier vorbrachte, hat ja so gut wie gar keine Verbindung mit meiner Regierungserklärung. (Sehr richtig!) Ich will deshalb auch ein kleines Geheimnis verraten. Meine Regierungserklärung habe ich heute mittag diktiert, ich glaube, daß sie um 3 oder ¼4 Uhr fertig geworden ist. Gegen 4 Uhr waren die für die Presse bestimmten Exemplare im Volkstag. Nun habe ich die große Freude gehabt, daß zu der von mir verlesenen Regierungserklärung sämtliche Abgeordnete der einzelnen Fraktionen mit Ausnahme des Abg. Budzynski eine mit Schreibmaschine gefertigte Antwort verlesen haben. Das ist deshalb interessant, weil die Herren von der Opposition, die sich so sehr auf den Parlamentarismus und die parlamentarische Schlagkraft berufen, damit bewiesen haben, daß sie gar nicht mehr in der Lage sind, mit den par-

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) lamentarischen Waffen zu kämpfen, sondern daß sie in ihrer parlamentarischen Schlagkraft schon so weit gelähmt und verfettet sind (Sehr gut! und Zustimmung), daß sie ihren Geist nicht innerhalb einer halben Stunde auf eine Regierungserklärung konzentrieren und darauf antworten können.

Als wir im Parlament saßen, haben wir keine Schreibmaschine zur Verfügung gehabt und haben trotzdem auf die Erklärungen der Herren Ziehm und Sahm im Handumdrehen geantwortet und die Antwort hat so gesessen, daß die Herren haben abtreten müssen. Die heutige Opposition kann das nicht mehr, wir nehmen es ihr nicht übel. Es ist ganz gut, wenn die Herrschaften hinaus gegangen sind, dann sind wir wenigstens unter uns. Ganz kurz muß ich einige Unrichtigkeiten richtigstellen.

Herr Dr. Stachnik hat von Gdingen gesprochen und geglaubt, wir müßten in unseren Verhandlungen darauf besonderen Wert legen, daß sich Gdingen nicht zu einer Vorherrschaft gegenüber Danzig auswächst. Ich möchte diesen Hinweis an die Adresse des Zentrums zurückgeben; denn gerade in der Regierungszeit des Zentrums zusammen mit der Sozialdemokratie ist ja Gdingen entstanden. Meine Parteigenossen! Bei einer geschickten politischen Linienführung in jenen Jahren hätte es meiner Meinung nach ermöglicht werden müssen, die Republik Polen an die vertraglichen Rechte, die sie in Danzig besitzt, so stark zu fesseln, daß sie nicht mehr hätte herauskommen können. Dann hätte es nicht ein Gdingen aufbauen können und wir hätten in Danzig heute nicht diese finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Wenn Herr (B) Dr. Stachnik sich darauf berufen zu müssen glaubte, daß Präsident Ziehm in Genf in internationalen Kreisen ein besonderes Ansehen genossen hätte, das ich nicht besitze und daß man damals manches verhindert hat, um nicht eine Danzig-feindliche Atmosphäre aufkommen zu lassen, so möchte ich darauf hinweisen: Ich habe meinen Eid als Präsident des Senats nicht darauf geschworen, um von allen internationalen Kreisen in Genf mit Hosianna empfangen zu werden, ich habe den Eid auf die Verfassung und die deutsche Bevölkerung geschworen. Das ist mir wichtiger. (Sehr gut!)

Es wird eine Zeit kommen, wo es wahrscheinlich angenehmer sein wird, auch nach materiellen und wirtschaftlichen Nöten und Opfern, die wir heute der Bevölkerung auferlegen, von der deutschen Bevölkerung als der politische Führer, der das große Ziel erreicht hat, das wir Nationalsozialisten erreichen wollen, anerkannt zu werden. Wenn Herr Dr. Stachnik in seiner im voraus ausgearbeiteten Fraktionserklärung darauf hinwies, daß innerpolitisch manche Schäden ausgebessert werden müßten, möchte ich ihm sagen, daß wir diese Schäden gern ausbessern würden, wenn uns die nötigen Mittel dafür zur Verfügung ständen. Andererseits sind diese Schäden erst durch die gute Regierungstätigkeit einmal des Zentrums mit der Sozialdemokratie und zum andern mit den Deutschnationalen entstanden. Wenn er unserem Parteigenossen Huth den Vorwurf machte, daß er als nebenamtlicher Senator für Wirtschaft am falschen Platz stände, so möchte ich ihn mit seinen eigenen Waffen schlagen. Wer war Herr Dr. Althoff? Ein Techniker und Architekt. Er war gleichfalls Führer der Danziger Wirtschaft und hat sich zudem für (C) diese Wirtschaftsführung doppeltes Gehalt zahlen lassen, das heute pensionsfähig weiterhin erhalten bleiben muß. Diese Argumente schlagen also nicht ein. Dr. Althoff gehörte einem Senat an, der 24 und später 12 Köpfe besaß und Herr Huth gehört einem Senat an, der nur acht Köpfe hat, aber die gleiche Arbeit bewältigen muß.

Die schweren Finanzsünden ließen sich, so sagte Herr Dr. Stachnik, nicht in einem Jahre wieder ausgleichen. Ich möchte dies Wort als das einzig Wahre aus seiner Rede ganz dick unterstreichen. Wenn man diese schweren Finanzsünden der früheren 15 Jahre nicht begangen hätte, brauchten wir Nationalsozialisten nicht so harte Maßnahmen durchzuführen. Wenn Herr Dr. Stachnik wiederum die Gelegenheit benutzte, um auf den Regierungssturz hinzuarbeiten und ihn zu propagieren, so möchte ich nochmals an dieser Stelle betonen, daß ein Regierungssturz für uns gar nicht in Frage kommt. Man soll sich nicht täuschen! Wir Nationalsozialisten benutzen das Parlament, weil es uns vorgeschrieben ist, aber eine einmal errungene parlamentarische Position geben wir nicht auf, ob mit oder ohne Parlament kommt nicht in Frage. (Beifall).

Unser gemeinsamer Freund Weise (Schon nach Hause gegangen! rechts) hat so ähnlich gearbeitet. Auch er hat eine mit der Schreibmaschine vorgeschriebene Erklärung verlesen. Er glaubte, mir eingangs den Vorwurf machen zu müssen, daß ich seinerzeit mit den Kommunisten einen Antrag auf Auflösung des Volkstages eingebracht und daß ich (D) früher den Abgeordneten Plenikowski mit „lieber Pleni" angeredet hätte. Ich möchte Herrn Weise und allen Deutschnationalen in aller Oeffentlichkeit sagen, daß mir der „liebe Pleni" in seiner sturen kommunistischen Einstellung tausendmal lieber ist, als diese falschen Fünfziger von Deutschnationalen. (Beifall rechts.) Jedenfalls wissen wir bei Pleni, woran wir sind. Der gibt seine Ueberzeugung nicht auf, und wenn es darauf ankommt, hält er den Schädel hin. Bei den andern Herren wissen wir das nicht. (Der ist Kämpfer! bei den Nationalsozialisten.) Wenn wir uns auf dem parlamentarischen Parkett zusammenfanden, um die deutschnationale Regierung Ziehm zum Sturz zu bringen, so erkläre ich gern, daß uns auch in Zukunft jeder Bundesgenosse zum Sturz einer antisozialen Regierung angenehmer und lieber ist als diese Herren. Diese Rede hat insofern einen bedeutsameren Charakter gehabt, als Herr Abg. Weise es für richtig hielt, sich mit der Außenpolitik zu beschäftigen. Er hätte das besser nicht tun sollen; denn in der Außenpolitik, meine Parteigenossen, ist es so, daß, wenn ein Volk und Staat in Gefahr sind, man auch dann wenn man zu diesem Staat in einer gewissen Oppositionsstellung steht, doch soviel Anstandsgefühl aufbringen muß, um in dieser schweren Gefahr dem Staat und Volk nicht noch den Dolchstoß in den Rücken zu versetzen. Wenn das ein Marxist und Kommunist tut, dann sind wir Kummer gewohnt. Wenn das aber Menschen tun, die sich Deutsche nennen und dazu noch national, so muß ich von dieser Stelle sagen, daß man diesen Menschen nur mit „Pfui" erwidern kann. (Das haben wir getan! bei den Nationalsozialisten.)

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) Herr Abg. Weise hat seine Einstellung und seinen Charakter entlarvt. Ich möchte dem Herrn Weise den Rat geben, endlich einmal in sich zu gehen und auf die Leute seiner Umgebung zu hören, die noch etwas Anstandsgefühl und Vernunft bewahrt haben; denn Herr Weise merkt gar nicht, daß er der junge Mann vom Zentrum mit der österreichischen Linie ist. (Sehr richtig! rechts.) Aber wir wollen ihm das nicht übelnehmen. Wenn er das nicht kapiert, muß er weiter bekämpft werden. Er wird sich den Schädel genau so einrennen, wie die anderen auch. Wenn er hier wäre, würde ich ihm das noch etwas deutlicher sagen, so darf es genügen.

Mein guter Freund Pleni, — er ist leider hinausgegangen — hat so frisch und frei die neugedruckte Anweisung von den Komintern aus Moskau verlesen. Das ist schließlich seine Pflicht als guter Parteifunktionär und dafür wird er bezahlt. Davon lebt er heute, nachdem wir ihn etwas zwangsweise pensioniert haben. Die antifaschistische Einheitsfront, die er organisiert hat, habe ich in meiner Regierungserklärung dadurch gekennzeichnet, daß er zusammen mit Herrn Weise die neue Regierung übernehmen möchte.

Das ist ja heute durchaus von Ihnen anerkannt worden: Sie sind bereit, mit jedem zusammenzuarbeiten, der die antifaschistische Einheitsfront billigt. Gut! Wir erblicken darin ein freies offenes Geständnis des Herrn Plenikowski, aber wir werden nun nach diesem offenen Geständnis auch handeln; denn wir können uns — wie gesagt
(B) — nun einmal nicht das Schicksal Danzigs in den Händen einer gemeinsamen Front von Plenikowski bis Weise gut aufgehoben denken. Allein aus dieser ehernen Erkenntnis heraus haben wir die Verpflichtung vor der Danziger Bevölkerung, die politische Macht in Danzig aus unseren Händen nicht herauszugeben.

Wenn der Herr Abg. Budzynski hier davon gesprochen hat, daß alle Nöte letzten Endes ihre Grundursache in der Abwertung oder Devalvation der Danziger Währung haben, ei, ei, Herr Budzynski, Sie haben hier wieder aus der Schule geplaudert. Herr Minister Papée ist anderer Ansicht. Der war sehr erfreut darüber, daß wir abgewertet haben. Sie haben schon das vorige Mal, soviel ich weiß, eine kleine Zigarre verpaßt bekommen, dieses Mal wird sie sicher um einiges größer sein. Sie plaudern viel zu viel aus der Schule, aber das liegt wahrscheinlich daran, daß Sie noch nicht lange genug Abgeordneter sind. Wenn sie erst einmal drei oder vier Jahre in diesem hohen Hause sitzen werden, dann werden Sie das schon lernen. (Abg. Budzynski: Ich war früher hier als Sie!) (C)

Jedenfalls sind hier zwei Meinungen gegeneinander, für mich ist das immer sehr interessant. Aber ich glaube, Herr Budzynski, Sie sehen die Dinge etwas unrichtig, um nicht zu sagen falsch. Auch Sie werden eines Tages einsehen, daß die deutsche Danziger Bevölkerung — und der Herr Präsident des Volkstages hat Ihnen ja vorher in sehr jovialer und konzilianter Weise den richtigen Bescheid gegeben — mit den Maßnahmen des nationalsozialistischen Senats einverstanden ist. Selbstverständlich schimpft jeder, wenn es an das Portemonaie geht, das tun Sie auch, wenn Ihre Kriegskasse im Geschäft leer ist, das ist ganz logisch. Aber letzten Endes kommt es doch nur darauf an, daß die deutsche Bevölkerung Danzigs weiß, wohin die Reise geht. Das Billet, das der Abg. Budzynski uns kaufen möchte, führt nach Warschau. Sie müssen es uns schon gütigst gestatten, daß der nationalsozialistische Senat sich ein Billet nach einer anderen Fahrtrichtung kauft. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Die Aussprache ist geschlossen. Wir stehen am Schluß der Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung. (D)

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 55 Minuten.)

Druckfehlerberichtigung.

Im Bericht der 5. Sitzung ist auf Seite 50 (B) letzte Zeile statt des Namens Rehberg der Name Waschke zu setzen. Desgleichen Seite 51 (D) letzte Zeile.

Auf Seite 51 (B) ist in der 12. Zeile von unten der Name Rehberg zu streichen und in der 9. Zeile von unten der Name Waschke einzufügen. In der 25. Zeile von unten ist zu setzen „25 mit Nein".

(A)

7. Sitzung.

Mittwoch, den 27. November 1935.

Geschäftliches . . . . . 75 C
Ordnungsruf für den Abg. Schramm (NSDAP.) . 75 C
Anträge des Senats auf Genehmigung zur **Strafverfolgung und Vollstreckung gegen Abgeordnete** (Drucksachen Nr. 33 zu Nr. 29, Nr. 34 zu Nr. 30, Nr. 35 zu Nr. 31) . . . . . 75 C
Moritz (S.P.D.) . . . . . 75 C
Budzynski (P.) . . . . . 76 A
Erste, zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfs über die **Gewährung von Straffreiheit** (Drucksache Nr. 32) . . . . . 76 C
Kettlitz, Obergerichtsrat . . . . . 76 D
Johst (N.S.D.A.P.) . . . . . 77 B
Wiechmann (S.P.D.) . . . . . 77 D
Potrykus (Z.) . . . . . 78 B
Gamm (Gruppe Weise) . . . . . 78 C
Plenikowski (K.P.) . . . . . 78 D
Budzynski (P.) . . . . . 79 C
Abänderungsantrag des Abg. Plenikowski zu § 2 der Drucksache Nr. 32 . . . . . 80 A
Abgabe einer Erklärung des Finanzsenators zu den Haushaltsplänen . . . . . 80 C
Abgabe einer Regierungserklärung . . . . . 80 C
Hoppenrath, Senator . . . . . 80 C
Ordnungsruf für den Abg. Moritz (S.P.D.) . . 85 A
Greiser, Präsident des Senats . . . . 87 A
Unterbrechung der Sitzung . . . . . 91 D

(B)

Wiedereröffnung der Sitzung . . . . . 91 D
Beyl (N.S.D.A.P.) . . . . . 92 A
Weber (S.P.D.) . . . . . 95 B
Ordnungsruf für den Abg Andres (N.S.D.A.P.) . 96 C
Batzer, Senator . . . . . 99 B
Klein (Z.) . . . . . 100 C
Gamm (Gruppe Weise) . . . . . 100 C
Plenikowski (K.P.) . . . . . 100 C
Budzynski (P.) . . . . . 101 B
Greiser, Präsident des Senats . . . . 102 A
Geschäftliches . . . . . 102 B
Antrag des Abg. Dr. Thimm u. Fr. auf **Annahme einer Entschließung betr. § 19 der G. O.** (Drucksache Nr. 37) . . . . . 102 B
Moritz (S.P.D.) . . . . . 102 C
Plenikowski (K.P.) . . . . . 102 D
Budzynski (P.) . . . . . 103 A
Beyl (N.S.D.A.P.) . . . . . 103 B
Plenikowski (K.P.) persönliche Erklärung . 104 A
Vertagung . . . . . 104 C

Die Sitzung wird 15 Uhr 50 Minuten durch den Präsidenten Beyl eröffnet.

Am Regierungstisch: Präsident des Senats Greiser, Vizepräsident des Senats Huth, Senatoren Batzer, Boeck, Dr. Hoppenrath, Dr. Kluck, Dr. Wiercinski-Keiser; Senatsrat Dr. Böttcher; Erster Staatsanwalt Graßmann; Oberregierungsräte Hoffmann, Winter; Obergerichtsräte Dr. Bode, Kettlitz; Landgerichtsdirektor Wohler, Major Bethke, Treuhänder der Arbeiter Kendzia, Landgerichtsrat Dr. Moebes, Hauptmann und Adjutant Kölle, Regierungs- und Kassenrat Stuntz, Referent Strautmann, Reg.-Assessor Olschewsky, Kriminalrat Groetzner, Regierungsamtsrat Brocksch.

Präsident: Ich eröffne die 7. Vollsitzung des Volkstages. Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, muß ich noch mitteilen, daß Herr **Abg. Weise** wegen Krankheit — Rachenkehlkopfkatarrh, Schwellungen an der Mandel — entschuldigt und für die heutige Sitzung **beurlaubt** ist. Ferner ist mir bei der Durchsicht des Protokolls der letzten Sitzung aufgefallen, daß Herr Abg. Schramm zu einem andern Mitglied dieses Hauses geäußert hat: „Das ist gelogen." Ich rufe nachträglich Herrn Abg. Schramm wegen dieses unparlamentarischen Ausdrucks **zur Ordnung.** Ich rufe den Punkt 1 der Tagesordnung auf: (C)

Anträge des Senats auf Genehmigung zur Strafverfolgung und Vollstreckung gegen Abgeordnete. Bericht des Aeltestenausschusses.

Drucksachen Nr. 33 zu Nr. 29, Nr. 34 zu Nr. 30 und Nr. 35 zu Nr. 31. Nach Rücksprache im Aeltestenausschuß schlage ich dem Hause vor, die Aussprache über die drei Vorlagen 1 a, b und c zu verbinden und die Redezeit für sämtliche Fraktionen auf eine halbe Stunde zu beschränken. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Moritz.

Moritz, Abgeordneter (S.P.D.): M. D. u. H.! Der Herr Präsident ist sofort in die Tagesordnung eingetreten. Ich hatte deshalb keine Gelegenheit, folgende kurze Erklärung, die sich auf die Aufstellung der Tagesordnung bezieht, abzugeben und möchte das jetzt nachholen.

Nach dem Urteil des Obergerichts ist die Neuberechnung und Neuverteilung der Abgeordnetensitze vorzunehmen. Das ist bis heute nicht geschehen. Der Wahlausschuß, der bereits zu einer Sitzung zusammenberufen war, — (D)

Präsident: Herr Abg. Moritz, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung haben. Ich bitte, auch zu Punkt 1 zu sprechen, sonst müßte ich Ihnen das Wort entziehen.

Moritz, Abgeordneter (S.P.D.): Das steht damit in Verbindung, ich habe nur noch einen Satz dazu zu sagen. Nach § 1 der Geschäftsordnung ist der Präsident verpflichtet, nach Erledigung eines Wahlauftrages unverzüglich die Einberufung des Nachfolgers zu veranlassen. Das ist noch nicht geschehen.

Präsident: Ich mache Sie zum letzten Mal darauf aufmerksam, daß Sie zur Sache, zum Punkt 1 der Tagesordnung, zu sprechen haben.

Moritz, Abgeordneter (S.P.D.): Da ich in der Vorbringung der Bedenken, bezüglich der Zusammensetzung des Hauses, das nicht alle ordnungsmäßig gewählten Abgeordneten umfaßt, behindert werde, muß ich mich der Anordnung des Präsidenten fügen.

Die heute vorliegenden Anträge auf Aufhebung der Immunität sind zurückzuführen auf ausgesprochene politische Vergehen oder Bagatellen, die unnötiges Schreibwerk verursachen. Es muß auffallen, daß derartige Verfahren stets nur gegen Abgeordnete der Opposition eingeleitet werden, während die Staatsanwaltschaft sich durchaus nicht bemüßigt fühlt, Strafanträgen gegen die Abgeordneten der Nationalsozialistischen Fraktion Fortgang zu

(**Moritz**, Abgeordneter)

(A) geben, sondern solche Anträge als nicht im öffentlichen Interesse liegend ohne Untersuchung ablehnt. Ich sage „ohne Untersuchung", weil ja eine Untersuchung erst möglich ist, wenn die Immunität aufgehoben ist.

Wie kleinlich die Mehrheit dieses Volkstags gerade heute bei diesen Anträgen handelt, geht schon daraus hervor, daß die Anträge noch auf die Tagesordnung gesetzt sind, obwohl sie bereits im nächsten Punkt durch die anzunehmende Amnestie erledigt sein werden. Da Anträge von unserer Seite nicht angenommen werden, können wir es uns versagen, den Antrag zu stellen, die Vorlagen abzusetzen bis nach der Beratung der Amnestie. Falls Sie nicht selbst den Antrag stellen sollten, sondern auf einer Beschlußfassung bestehen, erklären wir dazu, daß wir in allen drei Fällen die Aufhebung der Immunität ablehnen werden.

Präsident: Bevor ich dem Herrn Abg. Budzynski das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung erteile, hole ich nach, daß gemäß Beschluß des Volkstages die Redezeit für diesen Punkt 1 der Tagesordnung beträgt: für die Nationalsozialisten 18 Minuten, für die Sozialdemokraten 5 Minuten, für das Zentrum 4 Minuten, für die Gruppe Weise eine, die Kommunisten eine und die Polen eine Minute. Das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Budzynski.

Budzynski, Abgeordneter (P.): Obwohl ich von starken Rheumatismus geplagt bin, ist es mir gelungen, in der mir zustehenden einen Minute Redezeit auf die Rednertribüne zu kommen. (Heiterkeit.) (B) Zu der Vorlage selbst möchte ich bemerken, daß die polnische Gruppe nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß wegen politischer Vergehen Abgeordnete, wie es in den früheren Volkstagen gewesen ist, keineswegs den Gerichten ausgeliefert werden dürfen, genau so, wie es in allen Parlamenten der Welt gepflegt wird. Den Anträgen auf Strafverfolgung wegen zivil- und strafrechtlicher Vergehen werden wir stattgeben, dagegen werden wir die Anträge auf Bestrafung von Abgeordneten infolge politischer Vergehen nach wie vor ablehnen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zu Punkt 1 der Tagesordnung liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über Punkt 1 a. Wer dem **Antrag** des Aeltestenausschusses auf Genehmigung zur Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung gegen den Abg. Formell gemäß Drucksache Nr. 33 zu Nr. 29 zustimmen will, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit, der Ausschußantrag in Drucksache Nr. 33 ist damit angenommen.

Ich lasse über den Punkt 1 b der heutigen Tagesordnung abstimmen. Wer dem **Antrag** des Aeltestenausschusses in Drucksache Nr. 34 zustimmen will, daß der Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung gegen den Abg. Steinbrück stattgegeben werden soll, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Ausschußantrag ist somit angenommen.

Ich lasse über Punkt 1 c der Tagesordnung abstimmen. Wer dem **Antrag** des Aeltestenausschusses in Drucksache Nr. 35 zustimmt, daß der Durchführung eines Steuerstrafverfahrens und Strafvollstreckung gegen den Abg. Steinbrück stattgegeben wird, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Ausschußantrag in Drucksache Nr. 35 ist damit angenommen. — (C)

Ich rufe auf Punkt 2 der heutigen Tagesordnung:

Erste, zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfs über die Gewährung von Straffreiheit.

Drucksache Nr. 32. Nach Rücksprache mit dem Aeltestenausschuß schlage ich dem Hause vor, sämtliche drei Lesungen des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit abzuhalten. Der Volkstag hat sich gemäß § 29 der Geschäftsordnung mit der Kürzung der Fristen einverstanden zu erklären. Ich lasse deshalb abstimmen. Wer dafür ist, daß die in der Geschäftsordnung vorgesehenen Fristen zwischen den einzelnen Lesungen gekürzt werden und sämtliche drei Beratungen heute stattfinden, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Ferner schlage ich zu diesem Punkt 2 der Tagesordnung nach Rücksprache mit dem Aeltestenausschuß vor, die Redezeit für alle drei Lesungen für alle Fraktionen auf 1½ Stunden festzusetzen. Wer für diesen **Antrag** ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen. Es entfällt damit an Redezeit: auf die Nationalsozialisten 54, die Sozialdemokraten 15, das Zentrum 13, die Gruppe Weise vier, Gruppe Plenikowski drei, Gruppe der Polen drei Minuten. — Ich eröffne die Aussprache. Das Wort zu diesem Punkt der Tagesordnung hat der Berichterstatter des Senats, Herr Obergerichtsrat Kettlitz. (D)

Kettlitz, Obergerichtsrat: Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Beschlußfassung eines Gesetzes über Gewährung von Straffreiheit, bin ich von der Regierung der Freien Stadt Danzig beauftragt, den Inhalt und das Anwendungsgebiet des vorgelegten Gesetzentwurfs juristisch darzulegen. Der Gesetzentwurf hat zur wirklichen Erreichung seines Zieles, nämlich der inneren Befriedung der Freien Stadt, das Anwendungsgebiet sowohl in zeitlicher als auch sachlicher Hinsicht möglichst weit gestellt. Zeitlich will das Gesetz alle Straftaten bis zum Inkrafttreten des Gesetzes umfassen, das ist wohl die äußerst möglichste Grenze eines Amnestiegesetzes. In Kraft tritt das Gesetz nach der erforderlichen Beschlußfassung durch den Volkstag mit dem Tage, an dem es in gehöriger Weise verkündet wird. Damit liegen alle vor dem Verkündungstag liegenden Straftaten im Rahmen der Amnestie. Die Regierung wird das Gesetz heute verkünden, so daß damit alle heute etwa vorkommenden Straftaten nicht unter die Amnestie fallen.

Ebenso wie die zeitliche, so ist auch die sachliche Grenze weit gezogen. Alle Straftaten, die mit 600 Gulden Geldstrafe oder vier Monaten Gefängnisstrafe allein oder miteinander bestraft sind, werden erlassen; alle anhängigen Verfahren, die eine Strafe des genannten Umfanges erwarten lassen, werden eingestellt oder, falls sie noch nicht anhängig waren, nicht anhängig gemacht. Dabei spielt es keine Rolle, welche Straftat vorliegt, ob eine politische oder unpolitische und es ist ebenfalls unwesentlich, ob der Täter bereits eine Vorstrafe erlitten hat oder nicht. Das ist der Inhalt des § 1.

(Kettlitz, Obergerichtsrat)

(A) Darüber hinaus werden noch weitere Straftaten amnestiert, auch wenn sie eine höhere Strafe als das genannte Strafmaß von 600 Gulden oder vier Monaten Gefängnis erfahren haben oder bei noch nicht anhängigen Verfahren zu erwarten haben. Diese weitergehende Straffreiheit wird aber nur gewährt, wenn es sich um politische Vergehen handelt, und wenn der Täter in den letzten Jahren — genau gesagt, seit dem 1. Januar 1930 — keine erhebliche Vorstrafe erlitten hat. Denn der Täter, der schon erheblich vorbestraft ist, verdient eine so weitgehende Amnestie nicht. Als erheblich gelten die Strafen, die über das schon mehrfach erwähnte Strafmaß von 600 Gulden oder vier Monate hinausgehen.

Abgesehen von diesen Strafen bezieht das Gesetz auch noch in gewissem Umfange die anhängigen Disziplinarverfahren ein. Rechtskräftig beendete Disziplinarverfahren scheiden naturgemäß aus. Anhängige Disziplinarverfahren, die ein politisches Vergehen zum Gegenstand haben, sollen dagegen ebenfalls amnestiert werden. Im übrigen soll das Gesetz auf Disziplinarsachen keine Anwendung finden.

Wichtig ist nun die Handhabung des Gesetzes oder, konkret gesagt, die Frage: Wer hat darüber zu entscheiden, ob das Gesetz im Einzelfalle anwendbar sei. Hier bestimmt der Entwurf, daß die Behörde, die zur Zeit gerade mit der Sache befaßt ist und die am besten den Fall kennt, in erster Linie darüber entscheiden soll, ob ein Amnestiefall vorliegt oder nicht. Ist ein Gericht schon mit der Sache
(B) befaßt, so soll das erstinstanzliche Gericht die Entscheidung haben. Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig, die sowohl die Staatsanwaltschaft als auch der Betroffene einlegen kann.

Um vollkommene Einheitlichkeit in der Handhabung des Gesetzes zu gewährleisten, soll eine einheitliche Stelle über die Beschwerde entscheiden, und das soll der vom Gerichtspräsidenten zu ernennende einzelne Richter sein. Hat dieser Richter gesprochen, so gibt es eine weitere Beschwerde nicht mehr. Bei Disziplinarsachen war es zweckmäßig, statt dieses einzelnen Richters das Disziplinargericht weiter entscheiden zu lassen.

Das Gesetz sieht dann noch einzelne Bestimmungen vor über Nebenstrafen, rückständige Bußen und Kosten, die noch nicht bezahlt sind, die ebenfalls erlassen werden, wenn die Hauptstrafe unter die Amnestie fällt, und die juristische Regelung, wenn bei einer Gesamtstrafe eine einzelne Tat unter die Amnestie fällt. Diese juristischen Regelungen sind genau so vorgesehen, wie bei den übrigen Amnestiegesetzen und haben deshalb wohl kein besonderes Interesse.

Präsident: Das Wort zu Punkt 2 der Tagesordnung hat der Herr Abgeordnete Johst.

Johst, Abgeordneter (NSDAP): Der Senat der Freien Stadt Danzig hat dem Volkstag einen Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit überreicht. Die nationalsozialistische Fraktion des Volkstages wird diesen Antrag in vollem Umfange unterstützen; denn es wird durch die Ausführung dieses Gesetzes ein Schlußstrich unter all das gezogen, was im Verlauf von politischen Auseinandersetzungen sich unvermeidbar zuträgt. Die nationalsozialistische Bewegung kennt nur zu gut (C) aus ihrem Kampf, wie einmal glühende Idealisten sich zu Gegensätzlichkeiten zu den bestehenden Verordnungen hinreißen lassen in dem inneren Glauben an die Richtigkeit des von ihnen vertretenen Standpunktes, andererseits aber Menschen, verführt und besoldet von den Dunkelmännern in der Politik, meistens jede Vernunft vermissend, sich zu Straftaten hinreißen lassen.

Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit und Pflicht des Staates, all diesen unter Hinweis auf die Verletzung der Gesetze, die drückende Last einer Strafe von den Schultern zu nehmen, zumal zu einer Zeit, wo genügend Sorgen auf den Schultern dieser Menschen lasten und das Weihnachtsfest unmittelbar bevorsteht.

Jeder Mensch muß, wenn er dieses Gesetz richtig durchdenkt und den Sinn dieser Maßnahme verstehen will, zugeben, daß großzügiger und gerechter nicht vorgegangen werden konnte. Ein politisches Vergehen darf niemals durch Bestrafung Märtyrer schaffen und derjenige, der bestraft worden ist, soll wieder zum Volk zurückfinden und nicht etwa durch eine zielbewußt arbeitende plan- und sinnlos betriebene Parteiagitation als Märtyrer hingestellt werden, um so neue politische Leidenschaften zu entfachen. Es war daher auch notwendig, die anhängigen Disziplinarverfahren einzubeziehen.

Generelle Straffreiheit für alle Straftaten ist jedoch, insbesondere für Schwerverbrecher, für einen Staat sittlich untragbar und wird auch niemals die Billigung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei finden. (D)

Wir lehnen es entschieden ab, derartige Gesetzesvorschläge parteipolitisch oder agitatorisch auszuwerten, überlassen es dagegen den Vertretern einiger Oppositionsparteien, nach dem ihnen eigenen echt jüdischen Dreh die Dinge auf den Kopf zu stellen. Wir Nationalsozialisten sind der festen Zuversicht, daß durch diese Maßnahme Gutes gestiftet wird, nicht nur denen, die davon direkt erfaßt werden, sondern auch der nicht geringen Zahl von Familienangehörigen.

Die nationalsozialistische Fraktion wird dem Antrage des Senats zustimmen. (Starker Beifall.)

Präsident: Das Wort zu Punkt 2 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Wiechmann.

Wiechmann, Abgeordneter (S.P.D.): Eine Regierung, die das Danziger Strafgesetzbuch um mehrere Dutzend von Paragraphen vermehrt hat, von denen fast jeder einzelne tief in die demokratischen Grundfreiheiten der Danziger Verfassung eingreift und auf Grund deren mehr Verurteilungen erfolgt sind als auf Grund der großen Zahl der Paragraphen des alten Strafgesetzes entfallen, eine Regierung, welche die ihr übertragene gesetzgeberische Befugnis dazu benutzt hat, um das öffentliche Leben und die Gesinnung der Bürger umzugestalten, eine Regierung, die derartig weitgehende Bestimmungen zu verantworten hat, Bestimmungen, welche nicht nur über unzählig viele Staatsbürger Not und Tränen und Elend gebracht, sondern auch das Gesicht der öffentlichen Meinung völlig entstellt haben, eine solche Regierung hat in der Tat die Pflicht — da teilen wir und alle verfassungstreuen Staatsbürger die Ansicht des

(Wiechmann, Abgeordneter)

(A) Hern Redners der NSDAP. — in der Tat die Pflicht, eine Befriedung des öffentlichen Lebens herbeizuführen.

Die Vielzahl der Verurteilungen wegen politischer Delikte und die Härte der Strafen wären für jeden Freiheitliebenden wahrlich Grund genug, für die Freilassung der politischen Gefangenen und für die Amnestierung aller aus Not begangenen Taten einzutreten, wenn sich diese Vereinigung nicht nur auf die Vergangenheit bezöge, sondern auch auf die Zukunft und zwar in der Form, daß die Bestimmungen, die die Meinungsfreiheit und die persönliche Freiheit einengen, beseitigt werden.

Die von der Regierung dem Volkstag vorgelegte Amnestie ist nicht ausreichend, um eine wirkliche Vereinigung des öffentlichen Lebens herbeizuführen. Sie ist hierzu auch nicht geeignet. Sie unterbindet eine Strafverfolgung der zahllosen Gewalttaten der Nationalsozialisten, die nichts mit politischer Gesinnung zu tun haben, sondern lediglich auf deren hemmungslosen Machtdünkel zurückzuführen sind. Sie will einen Schleier über den Terror decken mit dem das Wahlergebnis des 7. April beeinflußt werden sollte. (Zwischenruf. — Abg. Schramm: Sie haben ja nie Terror getrieben!) Herr Schramm, das wissen Sie nicht, — (Glocke des Präsidenten.) — was hier in vergangenen Zeiten passiert ist; denn damals beschäftigten Sie sich bestimmt nicht mit Politik. Diese Amnestie ist dazu bestimmt und geeignet, die Prozesse wegen all dieser Verfehlungen hinfällig zu machen. Auf der anderen Seite hindert sie aber nicht den

(B) „Vorposten" seine haßerfüllten Beschimpfungen zu wiederholen. Sie hindert auch nicht nationalsozialistische Redner, der Schuljugend die Lust an Gewalttaten beizubringen.

So verstößt also die vorliegende Amnestie gegen die Grundgedanken des Rechts. Wir, m. H. Abgeordneten von der NSDAP., lehnen deshalb diese Amnestie mit aller Entschiedenheit ab. (Bravo! links.)

Präsident: Das Wort zu Punkt 2 hat der Herr Abg. Potrykus.

Potrykus, Abgeordneter (Z.): M. D. u. H.! Das Zentrum ist grundsätzlich Gegner von Amnestieen, es sei denn, daß ein ganz außergewöhnlicher Anlaß vorliege. In der gegenwärtigen Situation erscheint uns eine Amnestie nicht nur vollkommen unbegründet, sondern darüber hinaus geradezu gefährlich. In einer Zeit höchster politischer Erregung wird man die Leidenschaften nur dann zügeln können, wenn mindestens jede grobe Uebertretung der Gesetze mit unnachsichtlicher Strafe geahndet wird. Wenn in aller Oeffentlichkeit zu gesetzwidrigen Handlungen, ja selbst zum Niederschlagen der politischen Gegner aufgereizt wird, dann ist eher eine Verschärfung der Gesetze und ihrer Anwendung am Platz als ihre wenn auch nur vorübergehende Außerkraftsetzung.

Es muß jedem gesunden Rechtsempfinden widersprechen, wenn oft kleine Vergehen hart bestraft worden sind, während schwere Verstöße gegen Gesetze, wie sie vom Obergericht allein anläßlich der Wahlanfechtung festgestellt worden sind, nun ohne Sühne bleiben sollen. Darin liegt ja geradezu eine Ermunterung zu neuen Gewalttätigkeiten, zumal die Amnestie in einem so ungewöhnlichen Ausmaße gewährt werden soll, daß bei sogenannten politischen Delikten selbst größte Ehrverletzungen, roheste Mißhandlungen, ja sogar Morde straffrei ausgehen können. (C)

Welchen Anreiz eine solche Amnestievorlage auf bestimmte Elemente ausüben muß, beweist der Ueberfall auf den Abg. Weise am hellen Tage und dazu im Polizeipräsidium. (Hört, hört!) Wir teilen die Auffassung, die der jetzige Justizsenator im Jahre 1932 vertreten hat, insbesondere seine Feststellung, daß ein solches Gesetz zu der Ueberzeugung führen muß, daß es ein Recht nicht mehr gibt. Wenn aber in der Bevölkerung das Vertrauen fehlt, daß der Staat es mit seiner Pflicht als unparteiischer und energischer Schützer des Rechts Ernst nimmt, bedeutet das eine Untergrabung jeder Staatsautorität und eine Gefährdung der Grundfesten des Staates überhaupt.

Deshalb werden wir die Gesetzesvorlage ablehnen und wir warnen nachdrücklich vor deren Annahme. (Bravo!)

Präsident: Das Wort zu Punkt 2 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Gamm.

Gamm, Abgeordneter (Gruppe Weise): Die Deutschnationale Fraktion (Zurufe und Heiterkeit rechts.) sieht zum vorliegenden Amnestiegesetzentwurf nicht den geringsten Grund und die geringste Veranlassung. Wohl bedauern wir tief, daß eine große Anzahl unserer Anhänger hinter Gefängnismauern sitzen muß oder in Straf- oder Disziplinarverfahren verstrickt ist. (Zuruf des Abg. Schramm.) Für diese verlangen wir lediglich eine von objektiven Richtern nach Gesetz und Recht geführte Untersuchung. Eine so weitgehende Amnestie wie die vorgeschlagene ist in der Rechtsgeschichte der Völker noch nicht dagewesen, da sie auch den politischen Mord wie überhaupt alle politischen Kapitalverbrechen vollkommen straffrei stellt. (D)

So ist sie kein Akt des Rechtsempfindens, sondern kann sich praktisch als Aufforderung zu weiteren Rechtsbrüchen schärfster Art auswirken. Wir warnen im Interesse des Staates und der Bevölkerung dringend vor der Annahme dieses Gesetzes. Wir wollen keine Straffreiheit, wir verlangen Gerechtigkeit. (Zurufe rechts.)

Präsident: Das Wort zu Punkt 2 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Plenikowski.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Unsere grundsätzliche Einstellung zur Frage der Amnestie ist bekannt. Es handelt sich also nur darum, zu prüfen, ob das vorliegende Amnestiegesetz geeignet ist, im Zusammenhang mit der augenblicklichen Situation, uns zu einer anderen Einstellung als bisher zu veranlassen. Gefängnisse sind die Machtmittel des Staates. In kapitalistischen Staaten, besonders in faschistisch regierten, sind die Gefängnisse die Zwingburgen für das Proletariat. Die überwiegende Mehrheit aller Eingekerkerten sind nichts als Opfer einer verkehrten Gesellschaftsordnung, deren Grundlage die immer mehr in Fäulnis übergehende kapitalistische Wirtschaft ist.

Gewiß steckt man auch hin und wieder wirkliche Verbrecher — Schieber, Betrüger usw. — ein. Doch dient das nur, um den Schein der „Objektivität" zu wahren, wie es Anatole France so wunderbar in bezug auf die kapitalistische Justiz zu sagen wußte: „Es ist dem Armen und dem Reichen

(**Plenikowski**, Abgeordneter)

(A) verboten, zu stehlen und unter Brücken zu schlafen." Zu einem großen Teil füllten und füllen heute unter dem faschistischen Regime in stark vermehrtem Maße proletarische Kämpfer um die Interessen der Werktätigen, um die Befreiung der Arbeiterklasse die Gefängnisse.

Die Nationalsozialisten wurden und werden nicht müde, in der Aufzählung all der Opfer, die sie für den „Kampf" um ihre Bewegung gebracht haben. Nun sind diese Opfer ja bekannt, und man vergleiche nur die „Opfer", die sie z. B. hier in Danzig in den 14 Jahren der „Schmach und Schande" gebracht mit den Opfern, die von den kommunistischen Arbeitern für ihre Weltanschauung gebracht wurden. Dabei will ich nicht all die Opfer erwähnen, die Vernichtung der Existenz mit sich brachten durch Dienst- und Arbeitsentlassungen, durch Mißhandlungen, Zerstörung von Eigentum usw., sondern nur die verhängten Gefängnisstrafen. Auch dabei schalte ich all die Strafen aus, die verhängt wurden für kommunistische Rufe, Grüße, für Singen kommunistischer Lieder, für kritische Bemerkungen. Die Zahl der so „Bestraften" geht in die Hunderte, die Strafen waren hart. Ich erwähne nur die sogenannten „kommunistischen Prozesse" hier in Danzig für die Herstellung und Verbreitung antifaschistischer Schriften und Flugblätter, für parteipolitische Betätigung usw. (Schneller! rechts.)

Nach einer zudem noch unvollständigen Statistik fanden seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus rund 20 solcher Prozesse statt mit rund 100 Angeklagten, wovon nur 2 Freisprüche erfolgten. (B) Die Angeklagten wurden zu insgesamt rund 110 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Höchststrafe war 3½ Jahre Gefängnis, zusammen mit der nicht in Anrechnung gebrachten Untersuchungshaft 4 Jahre Gefängnis!

Von diesen Opfern des Faschismus befinden sich noch weit über 20 im Gefängnis, die von heute ab noch rund 25 Jahre Gefängnis zu verbüßen hätten. Einige politische Gefangene mit zusammen 3 bis 5 Jahren kämen durch die Einschränkungsvorschrift noch nicht in den Genuß der Amnestie. Allein für rund 20 proletarische Kämpfer mit einer noch zu verbüßenden Gesamthaft von rund 20 Jahren würden sich bei der Durchführung der Amnestie im Sinne des vorliegenden Gesetzes nach teilweise bereits 1½ jähriger Haft und darüber die Kerkertore öffnen.

Diese Tatsache allein würde schon genügen, unsere Haltung zu bestimmen. Schon dieser Tatsache allein gegenüber müßten angestellte Erwägungen aller Art, auf die einzugehen es mir leider an Zeit mangelt, zurückstehen. Um nur eine dieser Erwägungen hier zu zitieren: Man dürfe der Gerechtigkeit nicht in den Arm fallen. Aus dieser Erwägung heraus z. B. gegen die Amnestie zu stimmen, hieße den Wert kapitalistischer Gerechtigkeit schwerer wiegen lassen als den Wert von 20 Jahren Gefängnis für die tapfersten und besten Antifaschisten. (Heiterkeit.) Doch nach dem Sinn des vorliegenden Amnestiegesetzes werden darüber hinaus alle z. B. in Strafhaft befindlichen bzw. mit Strafhaft bedrohten Antifaschisten amnestiert, die wegen antinationalsozialistischer Kritik, kommunistischer Grüße, Rufe, Singen usw. im Gefängnis sitzen.

Es werden weiter eine beträchtliche Anzahl von (C) Proletariern amnestiert für verhängte Strafen unter 4 Monaten, worunter eine Anzahl begangener Notdelikte fällt. Schließlich fallen unter die Amnestie auch eine Reihe von kleinen Geschäftsleuten, die sich gegen die faschistischen Devisenverordnungen usw. vergangen haben. Wir haben angesichts einer Amnestie solchen Umfangs keine Ursache, unsere grundsätzliche Stellung zu ändern: Wir stimmen für das Gesetz! Was würde die Nichtdurchführung der Amnestie denn überhaupt praktisch an den bestehenden Zuständen ändern? Nationalsozialisten kämen ja doch nicht ins Gefängnis.

Wir und mit uns alle Antifaschisten werden uns freuen, eine Anzahl proletarischer Kämpfer wieder begrüßen zu können. Wir senden ihnen die heißesten revolutionären Grüße, und mit ihnen werden wir den Kampf weiter führen bis auch für den letzten Antifaschisten sich die Kerkertore geöffnet haben. (Aber anders als Sie meinen! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Budzynski.

Budzynski, Abgeordneter (P.): M. D. u. H.! Die polnische Gruppe wird das eingebrachte Gesetz annehmen. Wollen wir doch ehrlich sein: Es ist doch selbstverständlich, wenn die augenblickliche Regierung, die nur aus Nationalsozialisten besteht, dieses Gesetz eingebracht hat, so tat sie es deshalb, weil sie die meisten — ich will nicht sagen Verbrecher — sondern Personen in ihren Reihen hat, die sich politisch vergangen haben und deren Vergehen in den Rahmen dieser Amnestie hineinpassen. (D) Ich will damit sagen, daß die Nationalsozialistische Partei also die größte Anzahl der Personen, die unter die Amnestie fallen, gestellt hat.

Ich will aber, was ich schon anfangs betont habe, ehrlich sein und deshalb auch der Opposition sagen, daß sie höchstwahrscheinlich auch diesem Gesetz, genau so, wie wir es tun werden, zugestimmt hätte, wenn sie nicht genau wüßte, daß dieses Gesetz auch ohne die Stimmen der Opposition angenommen würde. (Heiterkeit und Zustimmung rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Budzynski, Abgeordneter (P.): Meine Herren! Die polnische Gruppe erwartet jedoch von der Regierung, daß die Wohltaten dieses Gesetzes ohne Unterschied der Person und der Zugehörigkeit zu irgend einer Partei zur Anwendung kommen. Sie würde es zur Bekräftigung dieses guten ehrlichen Willens gern sehen, wenn vielleicht in den § 2, letzter Absatz, noch ein Satz hineinkommen könnte, den ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten ganz kurz verlesen werde, ich bitte mir das zu gestatten, auch wenn ich vielleicht die mir zustehende Redezeit etwas überschreite. (Zustimmung des Präsidenten.)

Die Bestimmungen der vorstehenden Absätze finden jedoch keine Anwendung auf die Personen, die seit dem 1. Januar 1930 bereits mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 4 Monaten oder einer Geldstrafe über 600 G vorbestraft sind.

Hier wünschen wir den Satz anzufügen:

„Politische Vergehen, die seit dem 1. Januar 1930 in dieser Höhe bestraft wurden, fallen nicht unter diese Bestimmung."

(Budzynski, Abgeordneter)

(A) Die polnische Gruppe wird diesem Gesetz zustimmen.

Präsident: Die Aussprache ist geschlossen, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor; die erste Lesung ist beendet. (Abg. Plenikowski: „Zur Geschäftsordnung!") Ich rufe auf die **zweite Beratung.** Es ist ein **Abänderungsantrag** der Gruppe Plenikowski gestellt worden, den ich, da es nach der Geschäftsordnung möglich ist, zur zweiten Lesung Abänderungsanträge zu stellen, vorlesen werde:

> Abänderungsantrag zur zweiten Lesung. Ich beantrage, in § 2 den letzten Absatz von „Die Bestimmungen . . ." bis „vorbestraft sind" zu streichen.
> Plenikowski.

Es liegt ferner ein **Antrag** des Herrn Abg. Maaß vor, über sämtliche Abänderungsanträge zur Tagesordnung überzugehen. Ich lasse über den Antrag des Herrn Abg. Maaß abstimmen. Wer dafür ist, daß über den Abänderungsantrag des Herrn Abg. Plenikowski zur Tagesordnung übergegangen wird, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; damit ist der vorgelegte Abänderungsantrag des Herrn Abg. Plenikowski abgelehnt. Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abg. Plenikowski. (Abg. Plenikowski: Verzichte!) Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, wir kommen zur Abstimmung. Hierzu liegt ein **Antrag** des Herrn Abg. Maaß auf Blockabstimmung vor. Wer diesen Antrag annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, somit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen damit zur Blockabstimmung über dieses Gesetz in zweiter Lesung, und zwar über die
(B) **§§ 1—9** und die **Ueberschrift.** Wer die §§ 1—9 und die Ueberschrift annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit. Damit ist das Gesetz auch in der zweiten Lesung angenommen. — Ich rufe auf die **dritte Lesung** des Gesetzes über Gewährung von Straffreiheit, Drucksache Nr. 32. Ich eröffne die Aussprache und schließe sie, da keine Wortmeldungen vorliegen. Auch hierzu liegt der Antrag des Herrn Abg. Maaß auf Blockabstimmung vor. Wer diesen Antrag annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen. Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Wer das Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit in Drucksache Nr. 32 in der dritten Lesung, und zwar die **§§ 1 bis 9** und die **Ueberschrift** annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Die Gegenprobe. — Das erstere war die Mehrheit. Das Gesetz ist somit auch in der dritten Lesung angenommen.

Wir kommen zur **Schlußabstimmung.** Wer das Gesetz, betr. Straffreiheit, Drucksache Nr. 32, in der **Schlußabstimmung** annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Ich bitte die Gegenprobe! — Das erstere war die Mehrheit; das Gesetz ist endgültig angenommen.

Wir kommen zu den Punkten 3 und 4 der Tagesordnung. Nach Rücksprache im Aeltestenausschuß soll die Besprechung dieser beiden Punkte zusammengefaßt werden und nach Abgabe der Regierungserklärungen die Sitzung auf ½ Stunde unterbrochen werden. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Weiter schlage ich dem Hause gemäß Vereinbarung im Aeltestenausschuß vor, zu Punkt 3 und 4 (C) der Tagesordnung die Redezeit für sämtliche Fraktionen auf insgesamt drei Stunden zu beschränken. Wer diesen **Antrag** annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Es entfallen somit für die Aussprache auf die Nationalsozialistische Fraktion eine Redezeit von 108 Minuten, auf die Sozialdemokratische Fraktion 30 Minuten, auf die Fraktion des Zentrums 25 Minuten, auf die Gruppe Weise 8 Minuten, für die Gruppe Plenikowski 5 Minuten, für die Gruppe der Polen 5 Minuten Redezeit. Ich rufe die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung auf:

Abgabe einer Erklärung des Finanzsenators zu den Haushaltsplänen.
Abgabe einer Regierungserklärung.

Das Wort hat der Herr Finanzsenator.

Hoppenrath, Senator: Der Herr Präsident des Senats hat namens der Regierung wiederholt erklärt, daß die Regierung den Etat 1935/36 dem Volkstag zugehen lassen will und daß sie in aller Oeffentlichkeit Auskunft über die Etatslage der Freien Stadt Danzig im Volkstag geben will. Die Etatsberatungen für dieses Etatsjahr waren im Frühjahr bereits so weit gefördert, daß die Vorlage an den Volkstag rechtzeitig hätte erfolgen können. Die Regierung konnte ihren Wunsch, diesen Etat vorzulegen, aber nicht ausführen, da inzwischen die Devalvation des Guldens am 2. Mai 1935 eintrat. Ich werde im Verlauf meiner Rede noch später auf diese Vorgänge zurückkommen.

Diese Devalvation mußte sich naturgemäß auf (D) den Etat so auswirken, daß mit sämtlichen Arbeiten noch einmal von vorn begonnen werden mußte. Jede einzelne Position, und das sind viele tausende, mußte unter den veränderten Umständen noch einmal durchberaten, genau nachgeprüft und festgelegt werden. Daß sich diese Neuaufstellung des Etats bis jetzt hinzögerte, ist nicht auf den bösen Willen der Regierung oder gar auf die Furcht vor der Oeffentlichkeit und der Wahrheit zurückzuführen, sondern lediglich auf diese technischen Schwierigkeiten, die sowohl dem Danziger Volk als auch objektiv denkenden Fachleuten vollkommen verständlich sind.

Daß die Opposition Arm in Arm mit dem Emigrantengesindel in Prag, Paris und sonst überall in der Welt, in innigster Uebereinstimmung mit den Kreisen, die das deutsche Volk und das deutsche Regime auf das tödlichste hassen, aus der schuldlosen Nichtvorlegung des Etats die haltlosesten Angriffe gegen die Danziger Finanzlage herleitete, möchte ich hier gleich festnageln. Einzelne Etats liegen dem Büro des Volkstages bereits vor, die anderen werden so schnell folgen, daß der Volkstag seine Arbeit unverzüglich beginnen und zu Ende führen kann. Meine Ausführungen sollen die allgemeinen Erläuterungen zu diesem Etat und der Finanzlage geben. Einzelheiten werden bei der Beratung der Einzeletats zu erörtern sein.

An die Spitze meiner folgenden Ausführungen möchte ich die Tatsache stellen, daß dieser Etat ausgeglichen sein und den einwandsfreien Beweis dafür liefern wird, daß die Finanzlage der Freien Stadt Danzig gesund und in Ordnung ist (Beifall.) Dieser Ausgleich und diese Gesundung wurden dadurch herbeigeführt, daß die Regierung ohne Rück-

(**Hoppenrath**, Senator)

(A) sicht auf Popularität eine Reihe von Maßnahmen durchführte, wie sie eine parlamentarische Regierung mit mehreren Parteien niemals hätte durchführen können. (Sehr richtig! Sehr wahr!) Unter den früheren Regierungen hätte am Beginn einer jeden solchen Maßnahme jedesmal eine neue Regierungskrise gestanden. Dies System hätte dem Danziger Volk nicht die notwendige Ordnung der Finanzen gebracht, sondern eine endlose Kette von widerlichem Kuhhandel und von unaufhörlichen Krisen, die Volk, Staat und Wirtschaft an den Rand des Abgrundes gebracht hätten (Zuruf links) und die schließlich zu dem durchaus unerwünschten Eingreifen fremder Kräfte geführt hätten. Wir hätten dann in Danzig, wenn uns nicht noch Schlimmeres passiert wäre, zum mindesten ein zweites Oesterreich erlebt. Alle diejenigen, die jetzt so sehnsüchtig nach irgendeinem Eingreifen von außen schreien, hätten dann sehr bald diejenigen zum Teufel gejagt, die Danzig dadurch um eine der stärksten Stützen des Staates, nämlich um die eigene Finanzhoheit gebracht hätten.

Die Einzelheiten der von der Regierung unternommenen und noch in Durchführung begriffenen Sparmaßnahmen sind bekannt. Ich kann es mir daher versagen, auf jede dieser Maßnahmen noch besonders einzugehen. Ich möchte Ihnen nur einige besonders prägnante Zahlen geben.

An sächlichen Ausgaben wurden im Etat 1935 gegenüber dem Etat 1934 erspart:

bei dem Staat . . . 4 627 000 G, wozu noch 4 587 000 G bei der

(B) Stadt kommen, d. s. Ersparnisse an sächlichen Ausgaben rd. . 9 214 000 G.

Hierbei muß man berücksichtigen, daß auch bereits früher bei diesen Ausgaben sehr erhebliche Ersparnisse gemacht worden sind und daß gewisse Teile von Sachausgaben, man kann jetzt wohl sagen die allermeisten, zwangsläufiger Natur sind.

Bei den Ersparnissen durch Personalabbau im Rechnungsjahr 1935 sind folgende Zahlen bemerkenswert: Es wurden eingespart an Beamten, Angestellten und Arbeitern bei der Post 65 mit einem Jahresparertrag von rd. 402 000 G. — Hierbei muß aber bemerkt werden, daß bei der Post, deren Leitung mir der Senat auf meine besondere Bitte anvertraut hat, bereits im Jahre 1934 222 Beamte abgebaut werden konnten, wodurch schon damals eine Ersparnis von 960 000 G jährlich eintrat; —

beim Zoll lautet die Zahl 75 mit einem Jahresparertrag von rd. 319 000 G,
bei der Steuer lautet die Zahl 20 mit einem Jahresparertrag von rd. . . . . 78 000 G,
bei der Justiz lautet die Zahl 155 mit einem Jahresparertrag von rd. . . . . 660 000 G,
bei der Polizei lautet die Zahl 280 mit einem Jahresparertrag von rd. . . . . 824 000 G,
bei der Schule lautet die Zahl 67 mit einem Jahresparertrag von rd. . . . . 410 000 G,
bei den Kirchen lautet die Zahl 1 mit einem Jahresparertrag von rd. . . . . 6 000 G, (C)

— Diese Zahl spricht wirklich nicht für die von der Opposition behauptete Kirchenfeindlichkeit der Regierung. (Sehr richtig!) —

beim Senat lautet die Zahl 11 mit einem Jahresparertrag von rd. . . . . 51 000 G,
bei sonstigen staatl. Verwaltungen lautet die Zahl 150 mit einem Jahresparertrag von rd. . . 293 000 G,
beim Wohlfahrtsamt lautet die Zahl 86 mit einem Jahresparertrag von rd. . . . . 296 000 G,
bei der Bauverwaltung lautet die Zahl 58 mit einem Jahresparertrag von rd. . . . . 152 000 G,
bei den städt. Schulen von Danzig lautet die Zahl 35 mit einem Jahresparertrag von rd. . . 243 000 G,
bei den Städt. Werken lautet die Zahl 162 mit einem Jahresparertrag von rd. . . . . 377 000 G,
bei den sonstigen städt. Senatsstellen lautet die Zahl 118 mit einem Jahresparertrag von rd. 531 000 G.

Die Zahlen für den Staat im ganzen betragen:

505 Beamte,
141 Angestellte,
178 Arbeiter,

insgesamt 824 Personen
mit einem Jahresbetrag von . 3 036 000 G. (D)

Bei der Stadt:

38 Beamte,
194 Angestellte,
227 Arbeiter,

insgesamt 459 Personen
mit einem Betrag von . . . 1 600 000 G.

An Staat und Stadt zusammen:

543 Beamte,
335 Angestellte,
405 Arbeiter,

insgesamt 1283 Personen
mit einem Betrag von . . . 4 636 000 G.

Diese Zahl würde bei den Beamten noch erheblich größer sein können, wenn nicht verfassungsmäßige Rechte einem weiteren Abbau entgegenständen.

Diese Summen hätten glatt eingespart werden können nebst erheblichen Beträgen für nutzlos überhöhte Gehälter, für Pensionen, Renten und Unterstützungen seit Beginn der Festwährung, also mindestens 10 Jahre lang. Durch die unnötige Aufblähung des Beamten- und Verwaltungsapparats durch frühere Regierungen sind also unnötig ausgegeben über 46 Millionen Gulden. (Hört, hört!) Die Anleiheschuld des Staates betrug vor der Devalvation rd. 28 Millionen Gulden, die der Stadtgemeinde Danzig rd. . . . 30 Millionen Gulden,

das sind insgesamt rd. . 58 Millionen Gulden. Rechnet man dazu noch die für diese Beträge ausgegebenen Zinsen und Tilgungsbeträge, so muß

(Hoppenrath, Senator)

(A) man rechnerisch zu dem zwingenden Schluß kommen, daß der Staat und die Stadtgemeinde Danzig ohne jede Anleiheschulden wären, wenn bei der Begründung des Staates nicht diese unerträgliche Ueberorganisation und Aufblähung des Staatsbedienstetenapparates geschehen wäre. (Hört, hört!)

Die Ueberführung von Beamten ins Reich wird sich wie folgt auswirken:

Es werden bis zum 31. 3. 1936 überführt sein

386 Beamte mit einer Etatsentlastung von jährlich rd.	840 000 G,
und 2 118 Pensionäre mit einer Etatsentlastung von jährlich rd.	3 000 000 G,
so daß die jährliche Entlastung hier insgesamt	3 840 000 G

beträgt.

Die jährliche Ersparnis durch Ueberführung von Erwerbslosen nach dem Reich beträgt 2800000 Gulden.

Die Opposition hat ganz besonders einige dieser Maßnahmen in fanatischer und törichter Kurzsichtigkeit bekämpft. Die Regierung braucht, um die Härte dieser Maßnahmen zu erkennen, nicht die politische Unaufrichtigkeit und die politischen Krokodilstränen einer Einheitsfront von Plenikowski bis Weise. (Starker Beifall.) Die Regierung ist sich selbst vollkommen klar darüber, daß die großen Einsparungen persönlicher und sächlicher Natur sehr große Härten enthalten und (B) schwere wirtschaftliche Folgen für die davon Betroffenen nach sich ziehen. Bei diesen Maßnahmen war aber nur zu entscheiden, ob man Danzig retten wollte vor fremder Finanzdiktatur oder vor Schlimmerem, oder ob man für eine gewisse Zeit der Not auch schwere Entscheidungen treffen wollte, womit nach menschlichem Ermessen allein diese Gefahr gebannt werden konnte. Die Lage von Danzig war die einer belagerten Festung, die gehalten werden mußte. Die Weltgeschichte hat in einer solchen Lage noch niemals ein Lob gehabt für diejenigen, die feige und unentschlossen die Festung ohne Kampf dem Feind übergeben. So kapitulierte nicht der alte Preußengeist und so kapituliert nie und nimmer eine nationalsozialistische Regierung. (Bravo!) Sie hält eine solche Position unter allen Umständen. Und heute kann man schon sagen, daß Danzig als gehalten bezeichnet werden kann.

Unter diesem Blickwinkel muß man die sogenannte Aussiedlung der Pensionäre und Beamten verstehen. Wir wissen, wie viele Tränen und stilles Heldentum sich in dieser Aktion gezeigt haben. Wir sehen aber auch, daß der Appell, den die Regierung in dieser Notzeit an diese Menschen gerichtet hat, von ihnen verstanden und befolgt wurde. Die Betroffenen wußten, daß sie ein Opfer dem Danziger Volk bringen mußten und sie brachten dieses Opfer, wie wir es erwartet haben. Der Dank, der diesen Männern und Frauen für dieses Opfer ausgesprochen werden muß, kann gar nicht groß genug sein. Dieses Opfer wird in die Geschichte des Danziger Volkes eingehen. (Sehr gut! rechts.)

Die Herren der Opposition sind immer so (C) blütenhaft empfindlich, wenn das Wort Landesverrat fällt. Wie soll man das denn nennen, wenn mit Lügen, falschen Hoffnungen und mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln diese Menschen davon abgehalten werden sollten, das Opfer ihres Fortganges aus Danzig dem Danziger Volk zu bringen? Wir kennen genau diese Leute, deren Treiben ich hier ausdrücklich brandmarken will. Wir wissen, wie deutschnationale Herrschaften dabei auch die Hilfe der Kommunisten nicht scheuten, die sie sonst wie den leibhaftigen Satan hassen. Wir wissen, daß für diese Zwecke prominente Politiker, (Beifall) die sonst die größten Antisemiten waren, nach jüdischem Geld geradezu geschnorrt haben. Wir wissen sogar, daß jüdische Schieber, die Herr Rechtsanwalt Weise vertrat, (Sehr gut!) alsbald in der Mitgliedsliste der Deutschnationalen Volkspartei auftauchten. Ich nenne nur den Namen Schreiber. (Sehr gut!) Wir wissen, daß Geistliche beider Konfessionen dabei mit Kommunisten und Marxisten zusammenarbeiteten. (Hört, hört!) Der Opposition kommt es bei ihrem Treiben gar nicht darauf an, ob diese Menschen, die sie zu beeinflussen versucht, später einmal Schaden erleiden.

Es ist nicht wahr, daß diese Aussiedelung dazu dienen sollte oder dazu gedient hat, den politisch unerwünschten Teil der Bevölkerung aus Danzig zu entfernen. (Unsere Leute sind gegangen! rechts.) Im Gegenteil, gerade die besten Teile der Bevölkerung haben das Opfer dem Staat gebracht, (Sehr richtig!) die aus ihrer nationalsozialistischen Einstellung die Notwendigkeit dieser Maßnahmen einsahen. Die Anhänger der Opposition sind hier geblieben. Wir wissen das und wir werden dazu unsere Maßnahmen so treffen, wie es im Interesse des Danziger Volkes und des Staates notwendig ist. (Starker Beifall rechts.) (D)

Die Opposition läuft besonders gegen unsere Maßnahmen bezüglich der Beamten Sturm. Wenn man die Regierungserklärungen und Wahlparolen aller früheren Danziger Parteien studiert, dann findet man in ihnen immer als eine besonders zugkräftige Parole die Forderung nach Einsparungen in der Verwaltung und nach Abbau der Beamten. Jetzt, wo die Nationalsozialisten diese Forderungen der Parteien wirklich einmal durchführen wollen, schreit auf einmal die ganze Opposition von Plenikowski bis Weise. Aber wer hat denn Danzig mit einem so riesengroßen und aufgeblähten Beamtenapparat und mit einer solchen Verwaltung versehen? Das war doch die damalige Rechtsregierung von Ziehm bis Jewelowski (Mit Finanzsenator Hoppenrath! links.) und später halfen dabei dann noch bei dieser Aufblähung wacker die Sozialdemokraten mit. Und wer wurde damals Beamter, wer Regierungs-, Oberregierungs- und Staatsrat mit einem märchenhaft schönen Besoldungs- und Pensionsdienstalter? (Die Schwarzen! rechts.) Da spielten zunächst mit die sogenannten guten Beziehungen der Eltern, der Verwandtschaft und der Universität. Da wurden die einzelnen Verwaltungen aufgeteilt unter die damaligen Parteien wie eroberte Provinzen. Streitigkeiten über die besten und meisten Plätze an der Futterkrippe wurden durch eifrigen Kuh-

(Hoppenrath, Senator)

(A) handel beseitigt. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) So kam die unverantwortliche Aufblähung zustande und so kam das zustande, was ich Ihnen nur an einem einzigen Beispiel bei der Postverwaltung, die immer eine ertragreiche Zentrumsdomäne (Heiterkeit) war, zeigen möchte.

Dort warfen sich zunächst die Herren vom Zentrum und die Herren Förster und Eppich die Beförderungsbälle gegenseitig zu mit dem Ergebnis, daß die beiden genannten Herren Oberpostdirektoren bezw. Oberposträte wurden an Stellen, die entweder eingespart sind oder die, wie in Zoppot, nach deutschen Grundsätzen mit einem Oberpostinspektor besetzt werden müßten. So kam es, daß früher (1930) die Postverwaltung hatte

1 Staatsrat
3 Oberposträte
4 Posträte
4 Oberpostdirektoren, (Abg. Leufgen: Alles für unser Geld!) während sie jetzt unter schwierigeren Verhältnissen arbeitet ohnen einen Staatsrat mit
1 Landespostdirektor
3 Oberposträten
2 Posträten.

Die Zeit erlaubt es nicht, Ihnen noch weitere Beispiele über dieses Cliquen- und Kastensystem zu geben. Damals spielten bei der Besetzung solcher Stellen nicht so sehr die Leistungen, die Fähigkeiten und auch nicht die Arbeit für Staat und Volk eine Rolle, sondern im wesentlichen die Konnexion.

(B) Wer will es der nationalsozialistischen Regierung verdenken, daß sie leitende Stellen im Staat nicht besetzt lassen konnte von Beamten mit einer anderen Weltanschauung, mit einer anderen Staatsauffassung und vielfach sogar mit absolut feindlicher Einstellung. Diese notwendig gewordenen Maßnahmen und die dadurch bedingten Neubesetzungen und Umgruppierungen sind klein im Verhältnis zu der früher geschehenen großzügigsten Vettern- und Cliquenwirtschaft. (Zustimmung rechts.)

Die nationalsozialistische Regierung erklärt ganz offen und handelt auch danach, daß ein Mensch, der seine Existenz, seine Gesundheit und sein Leben für die nationalsozialistische Idee in die Schanze geschlagen hat, einen größeren Anspruch hat, dem nationalsozialistischen Staat zu dienen als ein Mensch, dessen Hauptverdienst es war, in der Wahl seiner Eltern und seiner sonstigen Verhältnisse recht vorsichtig gewesen zu sein. (Beifall.)

Die Organisationsänderungen in den Verwaltungen sowie der Fortgang einer größeren Anzahl von Beamten wird eine erfreuliche Verjüngung unseres Beamtenkörpers zur Folge haben und wird auch die Möglichkeit geben, diesen Beamtenkörper durch tüchtige und bewährte Kräfte aus dem Angestelltenverhältnis in einem gewissen Umfang zu ergänzen. Da im allgemeinen die älteren Beamten fortgehen, werden die Beförderungsaussichten für die Beamtenschaft günstiger, wobei auch der Senat sich wieder ausdrücklich bei den Beförderungen zum Leistungssystem bekennt. (Sehr richtig!)

Trotz der obenerwähnten Einschränkungen und (C) Ersparnisse ist es möglich gewesen, die kulturellen Belange aufrecht zu erhalten. Die Hochschule bleibt uns erhalten und das Staatstheater wird zu Weihnachten seine Pforten öffnen. (Bravo!) Der Haushalt wird durch die Bespielung des Staatstheaters nicht belastet. Die dafür notwendigen Mittel werden durch andere Stellen aufgebracht. Es ist der Regierung eine angenehme Pflicht, an dieser Stelle dem Gauleiter Forster für seine Bemühungen auf diesem Gebiet unseren besonderen Dank zu sagen. (Starker Beifall.)

Erhebliche Ersparnisse konnte die Regierung erzielen auf dem Gebiet der Ausgaben für Erwerbslose. Der Nationalsozialismus hat der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit seine besondere Aufmerksamkeit zugewandt und hat auf diesem Gebiet etwas erreicht, was die uneingeschränkte Anerkennung auch der stärksten Kritiker des Auslandes gefunden hat. Auch in Danzig hat die Regierung bei der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit Erfolge erzielt, die turmhoch über den Leistungen früherer Regierungen stehen, besonders wenn man berücksichtigt, daß die Wirtschaftslage von Danzig aus den Ihnen allen bekannten Ursachen im Laufe der letzten Jahre sich erheblich verschlechtert hat. Der Lebensnerv der Danziger Wirtschaft sind Handel, Gewerbe und Verkehr. Dabei spielen die Verhältnisse in Polen eine maßgebende Rolle. Ich gebe Ihnen zur Erläuterung meiner Ausführungen im folgenden nur einige Zahlen, die eine größere Beweiskraft haben als viele Worte und die auch für das Etatsaufkommen von sehr großer (D) Bedeutung sind.

Die Einnahmen aus dem Danziger Anteil an dem Danzig-polnischen Zollaufkommen stellen sich wie folgt dar:

Im Rechnungsjahr	1924	17 972 104 G
	1925	21 358 124 „
	1926	14 134 942 „
	1927	14 000 000 „
	1928	16 030 109 „
	1929	20 106 963 „
	1930	13 478 425 „
	1931	8 575 192 „
	1932	6 689 964 „
	1933	4 432 676 „
	1934	3 452 814 „ .

Man muß sich diese Zahlen vor Augen halten, um zu sehen, wie wenig frühere Regierungen auf dem Gebiet der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit getan haben unter den günstigsten Verhältnissen gegenüber der nationalsozialistischen Regierung unter den denkbar schwierigen Verhältnissen. Wenn im Jahre 1929 bei einem Zollaufkommen von über 20 Millionen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit 11½ Millionen verwandt worden sind, so ist die Aufbringung dieser Mittel für die damalige Regierung ein Kinderspiel gewesen gegenüber der Tatsache, daß im Jahre 1934 nicht einmal 3½ Millionen Gulden Zollaufkommen vorhanden waren und dabei doch noch 9 260 000 Gulden Erwerbslosenunterstützung aufgewandt werden mußten.

Der Stand der Arbeitslosenziffern bei Beginn der Regierungsübernahme betrug 30 928 gemeldete und 18 154 unterstützte Erwerbslose. Der

(Hoppenrath, Senator)

(A) Stand am 20. 11. 1935 betrug 17 788 gemeldete und 8 740 unterstützte Erwerbslose.

Seit Beginn der festen Währung betrugen die Ausgaben für Erwerbslose bei Staat und Gemeinden

im Jahre		bei einer Durchschnittszahl von
1924 rd.	2 140 000 G	2 572 Erw.-Unt.-Empf.
1925 „	8 242 000 „	8 616 „ „ „
1926 „	11 746 000 „	11 605 „ „ „
1927 „	10 031 000 „	8 898 „ „ „
1928 „	9 787 000 „	8 562 „ „ „
1929 „	11 478 000 „	10 272 „ „ „
1930 „	14 628 000 „	14 912 „ „ „
1931 „	18 588 000 „	18 425 „ „ „
1932 „	17 444 000 „	21 452 „ „ „
1933 „	13 528 000 „	15 086 „ „ „
1934 „	9 261 000 „	8 692 „ „ „
1935 „	4 464 000 „	7 692 „ „ „

(bis 30. 11. 35.) (Bravo! rechts.)

Diese Zahlen liefern Ihnen den besten Beweis für die erfolgreiche Arbeit der Regierung. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß es vollkommen unmöglich gewesen wäre, einen geordneten oder ausgeglichenen Etat vorzulegen und die Geschäfte des Staates ordnungsmäßig zu führen, wenn nicht auf diesem Gebiet die ungeheuren Anstrengungen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit gemacht worden wären. Welche gewaltigen sozialen und seelischen Auswirkungen diese Großtat der Regierung ausgelöst hat, brauche ich nicht besonders zu erwähnen.

(B) Diese Verminderung der Zahl der Erwerbslosen ist erzielt unter den ungünstigsten und schwierigsten Wirtschaftsverhältnissen in einer Zeit der allgemeinen Weltkrisis, in einer Zeit, in der die Länder, zu denen Danzig die stärksten wirtschaftlichen Beziehungen hat, Polen und Deutschland, auch mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Es paßt natürlich der Opposition nicht in ihren Kram, daß eine nationalsozialistische Regierung solche Erfolge erzielen konnte; also versuchte man nach bewährtem Rezept diese großen Leistungen durch die üblichen Meckereien herabzusetzen. Die Opposition bemängelte daher mit immer stärker gespielter Entrüstung die Ueberführung von Erwerbslosen nach dem Reich, die im Jahre 1935 eine Höchstzahl von 7 800 Köpfen erreichte und die jetzt noch rd. 6 000 Köpfe beträgt. Die Ersparnisse allein durch diese Tat belaufen sich auf rd. 2,8 Millionen Gulden jährlich. Nach den Wünschen der Opposition hätte die Regierung diese 2,8 Millionen Gulden nicht ersparen dürfen. Der Opposition wäre es lieber gewesen, wenn tausende von Leuten, die jetzt in Deutschland durch ihre Arbeit glücklich sind, in Danzig die geringen Erwerbslosenbezüge erhalten hätten, und wenn diese Tausende von Volksgenossen hier dem Unglück der Erwerbslosigkeit anheimgefallen wären. An diesem einen Beispiel sieht man wieder so recht, wie wenig es der Opposition auf Arbeit am Volkswohl ankommt (Sehr gut!) und wie sehr sie sich von ihrem engen Parteistandpunkt leiten läßt. Tausende sollen ein elendes Leben führen, Tausende sollen nicht durch Arbeit glücklich sein, (Wer sagt das? links. — Abg. Leufgen: Sie!) weil es den Herren der Opposition nicht in ihren Kram (C) paßt. (Nach Argentinien haben Sie sie geschickt! bei den Nationalsozialisten.) Es ist ja auch schließlich für die Opposition nicht erfreulich, wenn in Hunderten von Briefen immer wieder von Danziger Arbeitslosen aus dem Reich hingewiesen wird, welche ungeheuren Leistungen der Nationalsozialismus in Deutschland zuwege gebracht hat. (Bravo!) Was will es dagegen sagen, wenn einige Leute, die nie zufrieden sind und die immer mehr schimpfen als arbeiten wollen, vor Unwahrheit strotzende Briefe hierher gerichtet haben. (Auf Befehl! rechts.)

Die Regierung weiß sehr wohl, daß dieser Zustand der Arbeit von Danziger Erwerbslosen im Reich keine Ideallösung ist; er ist aber immer noch tausendfach besser als jede andere Möglichkeit.

Die Senkung der Erwerbslosenbezüge wurde aber nicht nur erzielt durch Beschäftigung der Erwerbslosen im Reich, sondern in größerem Maß durch Arbeitsbeschaffung in Danzig. Zu diesem Zweck wurde das bekannte große Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung durchgeführt. Die Mittel dazu wurden im Etat aufgebracht und durch Kredite, deren Tilgung und Laufzeit derartig ist, daß sie auch bei einer ungünstigen Etatslage getragen werden kann. Durch dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm ist, abgesehen von ganz geringen Aufwendungen für die üblichen reinen Notstandsarbeiten lediglich produktive Arbeit geleistet worden. Sie sehen diese Arbeit, wenn Sie die umfangreichen Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden sehen, für die rd. 15 Millionen aufgewendet worden sind, die Siedlungen in (D) Stadt und Land, die Straßen-, Brückenbauten und Meliorationen, die Investitionen in den Städtischen Werken. Sie sehen die großen Mittel, die für die Kulturbestrebungen aller Art aufgewandt worden sind, die davon Zeugnis ablegen, daß die nationalsozialistische Regierung, wie keine Regierung vorher, es erkannt hat, daß ein Volk neben materiellen Dingen auch geistige Dinge haben muß, wenn es auf der Höhe seiner Lebenskraft und Kultur bleiben will. (Sehr gut!) Einzelheiten werden bei Besprechungen der Einzeletats zu erörtern sein.

In diesem Zusammenhang wird es auch interessant sein, zu hören, welche Aufwendungen für soziale Zwecke gemacht werden konnten, wobei wiederum eine gewisse Gegenüberstellung bezeichnende Schlüsse zuläßt.

Im Winter 1931/32 z. B. wurde neben den gesetzlichen Leistungen der Erwerbslosenfürsorge und Winterhilfe in Barleistungen, Lebensmitteln und Sachleistungen geleistet: nichts. Im Winter 1933/34 wurden für diese Leistungen in Geld umgerechnet 1 500 000 G aufgebracht; im Winter 1934/35 werden es über 3 Millionen sein. (Bravo!)

Meine Herren von der Opposition, die Sie sich immer als Vertreter des notleidenden Volkes ausgegeben haben, warum sind Sie nicht auf den Gedanken gekommen, dieses großzügige soziale Hilfswerk der Winterhilfe einzurichten und durchzuführen? (Beifall!) Eine solche soziale Tat lag allerdings nicht in Ihrem Willen, denn die Massen sollten nach Ihrem Rezept verelenden, (Abg.

(**Hoppenrath,** Senator)

(A) Weber: Wir gaben ja früher Unterstützungen!) weil Sie die Massen nur durch Verelendung zum Klassenkampf und zum Parteienstaat erziehen konnten; nur aus dem Klassenkampf schöpften der Marxismus und das Parteiensystem ihre Stärke. Wahrscheinlich waren Sie auch gar nicht fähig dazu, eine solche großzügige Sozialpolitik zu treiben. (Abg. Moritz: Sie waren doch damals Finanzsenator!)

Präsident: Herr Abg. Moritz, ich rufe Sie wegen Störung der Verhandlungen **zur Ordnung.**

Hoppenrath, Senator: Ich komme nun zu dem Währungs- und Devisenproblem. Die Gründe, die die Regierung veranlaßten, am 2. Mai die Devalvation des Danziger Guldens auszusprechen, sind mannigfacher Art und bekannt. Sie sind in amtlichen Verlautbarungen, in Pressenotizen, in den Reden führender Männer und in den Zeitungen eingehend erörtert worden. Wenn ich diese Gründe noch einmal kurz zusammenfasse, so kann ich sie auf zwei Hauptnenner bringen, einmal auf die durch die Devisenlage und Wirtschaftslage im Reich und in anderen Ländern geschaffenen Verhältnisse und sodann auf die Tatsache, daß der Hafen Danzigs als Devisenbringer durch den Konkurrenzhafen Gdingen um einen bedeutenden Teil seiner laufenden Deviseneinnahmen geschwächt wurde. Der Regierung ist der Entschluß zur Devalvation naturgemäß nicht leicht geworden und sie hat die daraus entstehenden Auswirkungen durchaus vorhergesehen. Die Regierung war sich auch darüber klar, daß zwischen einer sparsamen

(B) Haushaltsführung und einer gesunden Währung der engste Zusammenhang bestehen muß. Als die Danziger Zahlungsbilanz durch die Entwicklung der Devisen- und Wirtschaftslage im Reich und anderswo immer ungünstiger wurde, versuchte die Regierung, die Abhilfe zunächst durch Sparmaßnahmen sowie durch alle diejenigen Mittel zu bewerkstelligen, die wir immer wieder in der Periode von Währungsabwertungen auch bei anderen Ländern sahen. Erst als es sich herausstellte, daß alle diese Mittel nicht ausreichten, um die Währung zu halten und erst als alle möglichen Elemente, die ich unter dem Sammelbegriff „Währungshyänen" bezeichnen möchte, auch hier ans Werk gingen, und erst als Teile der Danziger Bevölkerung aus politischer Verblendung und wirtschaftlichem Eigennutz die Danziger Währung innerlich aufzugeben begannen, mußte die Regierung zu dem letzten Mittel, nämlich zur Devalvation greifen. Sie stand vor der Frage, durch eine Zerstörung der Währung eine Inflation mit allen ihren unabsehbaren Folgen herbeizuführen, oder durch einen schweren und schmerzlichen Einschnitt die Währung und damit die finanzielle Selbständigkeit von Danzig zu retten. Wenn eine parlamentarische Regierung in einem solchen Augenblick am Ruder gewesen wäre, so wäre selbstverständlich zunächst wiederum eine Regierungskrisis entstanden, weil den Mut zu einer so schweren Entscheidung der Parlamentarismus Danziger Prägung niemals hätte aufbringen können. (Das stimmt! rechts.) Im Verlauf dieser Krisis wäre dann unfehlbar der Zusammenbruch oder zum mindesten der Verlust der finanziellen und währungspolitischen Selbständigkeit des Staates eingetreten. In dieser Zeit lieferte die Opposition (C) dem Danziger Volk wiederum den klaren Beweis ihrer wirklichen Einstellung zum Danziger Volk.

Wenn Gefahr im Verzug ist, dann gehören alle Mann der Besatzung auf die Schanzen und alle Gegensätze schweigen wenigstens so lange als bis der Angriff abgewehrt ist. Was tat in einer solchen Stunde höchster Gefahr die Danziger Opposition? Sie zeterte zunächst darüber, daß die Umstellung der Währung nicht durch ein Gesetz des Volkstages, sondern durch eine Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erfolgt sei. (Sie telegraphierte nach Wien! rechts.) Dieser Einwand zeigt so recht, wie die Opposition ohne Verbindung mit dem Volk sozusagen im luftleeren Raum lebt. Wie denken sich eigentlich die Herrschaften von der Opposition die Arbeit des Parlaments in einer solchen Lage? (Ueberhaupt nichts! rechts.) Die Dinge waren nur zu retten, wie sie gerettet worden sind, nämlich dadurch, daß schlagartig die Entscheidung fiel. Man stelle sich einmal vor, wie die Sache nach dem Willen der Opposition hätte parlamentarisch laufen müssen: Einberufung des Volkstages mit den nötigen Fristen, endlose Reden und fruchtlose Anträge, Beratungen im Ausschuß, Einsetzen der üblichen parlamentarischen Mätzchen, Geschäftsordnungsdebatten, Beschlußunfähigkeit, drei Lesungen und was es sonst noch Schönes gibt. (Der Staat ist pleite in der Zwischenzeit! rechts.)

Diese Beratungen wären allerdings gar nicht zum Schluß gekommen, denn das empörte Volk, das besonders in Stunden der Gefahr eine feste Leitung und eine klare Linie haben will, hätte (D) dem Parlamentarismus sehr bald ein Ende gemacht und hätte ihn zum Teufel gejagt. Daß sich gerade in dieser Situation die unbedingte Notwendigkeit des Ermächtigungsgesetzes, dessen Ungültigkeit die Opposition besonders über Genf zu erreichen bemüht war, herausstellte, soll nur noch nebenbei gesagt werden.

Was tat die Opposition weiter, nachdem die Abwertung eingetreten war? Sie beruhigte nicht etwa das Volk, sondern versuchte, die vorhandene Unruhe zu vermehren und neue Unruhen zu stiften. Ein Blick in die Zeitungen und Reden der Opposition in der damaligen Zeit bestätigt die Richtigkeit meiner Behauptungen. Wenn durch die fortgesetzten Angriffe auf die Währung nach der Devalvation, bei denen Opposition und gewisse ausländische Elemente wiederum, wie so häufig, Hand in Hand gingen, schließlich nichts anderes übrig blieb, als die Devisenbewirtschaftung einzuführen, so verdankt das Danziger Volk diese Erschwernis mit ihren Nachteilen lediglich der Danziger Opposition, (Sehr richtig!) die in der schwersten Zeit, die Danzig durchmachen mußte, ihren Haß gegen den Nationalsozialismus und kleinliche Parteiinteressen über das Wohl des Danziger Volkes und Staates stellte. Alle Versuche, diese Tatsachen politisch zu vernebeln, werden die Verantwortungslosigkeit eines solchen Treibens niemals auslöschen können. Kein Mensch in Danzig glaubt der Danziger Opposition, wenn sie die Gründe für die Abwertung des Guldens auf ein Verschulden der Danziger Regierung zurückführt. Jeder in Danzig weiß, daß der Danziger Gulden zugrunde gegangen wäre, wenn nicht die Regie-

(Hoppenrath, Senator)

(A) rung in klarer Erkenntnis der Lage mit starker Hand zugegriffen hätte.

Die Maßnahmen der Regierung verfolgten die klare Linie, daß die Danziger Finanz- und Währungshoheit unter allen Umständen gehalten werden muß. Wenn dies gelungen ist und wenn die Republik Polen die bestehenden Tatsachen anerkannt hat, dann begrüßt die Regierung diese Einstellung ihres Nachbarn in der klaren Erkenntnis, daß das unbedingt notwendige enge Zusammenarbeiten zwischen Danzig und Polen immer am besten dadurch gewährleistet wird, wenn die Staaten den berechtigten gegenseitigen Belangen Rechnung tragen. In den Beziehungen der Völker gibt es bestimmte Dinge, über die kein Volk hinwegkommt. Diese Dinge zu erkennen und pfleglich zu behandeln, ist ein Prüfstein für die Verhältnisse und die wahren Absichten zwischen zwei Staaten.

Der Angriff auf den Danziger Gulden ist abgeschlagen. Dies kommt in dem Deckungsverhältnis von über 70 Prozent ebenso zum Ausdruck wie in den sonstigen Positionen des Status der Bank von Danzig, der eine starke Entlastung zeigt. Das Bestreben der Danziger Währungspolitik geht dahin, die Fesseln der Bewirtschaftung des Guldens allmählich zu lockern und schließlich zu beseitigen. Dies wird desto leichter möglich sein, je mehr jeder Danziger Volksgenosse an seiner Stelle und nach seinen Kräften dazu mithilft, das Vertrauen zu der Danziger Währung zu erhalten und zu stärken.

In unseren Nachbarländern, insbesondere in
(B) Polen, scheint dieses Vertrauen, wie mit Genugtuung festgestellt werden kann, schon sehr starke Fortschritte gemacht zu haben; denn sonst wäre es nicht zu erklären, wenn der Wunsch dieser Kreise, in den Danziger Gulden zurückzukehren oder neu in ihn hineinzugehen, wieder lebhafter wird.

Die Regierung weiß, daß der Weg zu dem erstrebten Ziel nicht leicht sein wird und daß dieser Weg vor allen Dingen gehen muß über eine rücksichtslose Sparsamkeit in allen Gebieten des öffentlichen und auch des privaten Lebens. Das Geheimnis jeder Währung liegt in dem Vertrauen zu der Währung und dies Vertrauen kommt zum Ausdruck in der Neubildung von Kapital. Alle Bemühungen in der Theorie und Praxis, diese alte Wahrheit zu beseitigen oder zu widerlegen, sind gescheitert. Danzig wird stark bleiben und unabhängig sein, wenn es sparsam wirtschaftet und jeder sich nach der Decke streckt.

Eine weitere Voraussetzung für den Schutz und die Stärkung unserer Währung ist die Abwehr aller Forderungen und Ansprüche, die eine Erhöhung der Produktionskosten und der wirtschaftlichen und staatlichen Ausgaben zur Folge haben. Kein Mensch darf an der Tatsache vorbeigehen, daß ein mangelndes Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben, an welcher Stelle des öffentlichen oder privaten Lebens es auch sein mag, unsere Währung und unsere Finanzhoheit auf das schwerste schädigen, ja vernichten muß. Dies mag sich insbesondere die Danziger Opposition gesagt sein lassen und diejenigen Volkskreise, die die Versprechungen der Opposition, die sie niemals erfüllen kann, für bare Münze nehmen. Es (C) ist ein verantwortungsloses und staatsfeindliches Treiben, in diesen Dingen Hoffnungen zu erregen, die nicht in Erfüllung gehen können.

Das Bestreben der Regierung wird es sein müssen, zwischen der unbedingten Notwendigkeit, unsere Währung zu halten und den Lebensnotwendigkeiten des Volkes einen gerechten und gesunden Ausgleich zu finden. Jeder muß sich über folgendes klar sein: Die Danziger Abwertung bedeutet eine Senkung der Lebenshaltung, die infolge der weltwirtschaftlichen, insbesondere aber der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachbarstaaten Deutschland und Polen nicht länger zu vermeiden war. Macht sich das Danziger Volk dies klar, dann wird es Verständnis haben für die Maßnahmen der Regierung und wird sehen, wohin die Reise ginge, wenn die unklaren und agitatorischen Vorschläge der Opposition, die letzten Endes auf eine Inflation hinauslaufen, befolgt werden würden.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Sie erheben keinen Anspruch darauf, das riesengroße Etatsmaterial und alle damit zusammenhängenden Fragen erschöpfend behandelt zu haben. Nach dieser Richtung hin muß ich auf die Einzeletats verweisen und auf die etwa dazu noch abzugebenden Erklärungen. Zur Aufklärung des Danziger Volkes werden bei den einzelnen Etats die Einsparungen noch besonders bekannt gegeben. Wenn meine Ausführungen den Rahmen und die sonst übliche Art von Etatsreden gesprengt haben, so mußte dies mit Rücksicht darauf geschehen, daß die (D) Regierung das Bedürfnis hatte, einmal mit der Opposition auf diesem Gebiet, auf dem besonders viel von der Opposition durch Entstellungen und Demagogie gearbeitet worden ist, eine Generalabrechnung vorzunehmen. (Sehr richtig! Starker Beifall rechts.)

Die Regierung wird immer bereit sein, sich zu sachlichen Ausführungen auch in sachlicher Weise zu äußern. Sie hat aber Wichtigeres zu tun als sich durch die Handhabung parlamentarischer Mätzchen von ihrer Arbeit für Volk und Staat abhalten zu lassen. (Sehr richtig!) In Danzig handelt es sich nicht darum, daß irgendwelche politischen Parteien billigen Agitationsstoff erhalten, sondern darum, daß dieses deutsche Danzig und dieses deutsche Volk so regiert und behandelt werden bis die historische Mission, die den Nationalsozialismus nach Danzig gebracht hat, ihre Erfüllung gefunden haben wird. (Starker Beifall.)

In diesem Sinne will und wird die Regierung mit allen denen zusammenarbeiten, die das Interesse des Volkes über Cliquen und Parteien stellen und sie wird alle diejenigen bekämpfen, an denen die große Zeit der nationalen Erhebung, wie sie sich zum Staunen der ganzen Welt im deutschen Volke vollzieht, spurlos vorübergegangen ist.

Im deutschen Danzig vollzieht sich ein Teil der Geschichte des deutschen Volkes. Diese große Zeit des völkischen Umbruches soll auch in Danzig Männer auf dem Platz finden, die für ein deutsches Danzig arbeiten, furchtlos und treu. (Anhaltender starker Beifall!)

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Präsident des Senats (Händeklatschen rechts) zur Abgabe einer Regierungserklärung.

Greiser, Präsident des Senats: Männer und Frauen von Danzig! Genau vor einem Jahr habe ich meine erste und vor drei Monaten meine letzte Regierungserklärung an dieser Stelle abgegeben. Vor einem Jahr übernahm ich das Amt des Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig und betonte in meiner Regierungserklärung, daß ich mir bewußt sei, in der bisher schwierigsten Zeit an die Spitze des Staates gestellt zu sein. Meine damals ausgesprochene Ahnung hat sich nicht nur bewahrheitet, sondern ist inzwischen auch über alle Erwartungen hinaus zur Gewißheit geworden. Diese Gewißheit muß ich leider insbesondere auf die Erkenntnis stützen, daß meine damalige Aufforderung in der ersten Regierungserklärung zur Mitarbeit als ungehört verhallt zu betrachten ist.

Wenn ich in meiner Rede in der Messehalle vom 29. Januar d. Js. bereits Zweifel daran aufkommen ließ, daß man in den Kreisen der Opposition den ernsthaften Willen zur Mitarbeit hätte, und diese Zweifel durch einige damals bereits aufgetauchte Beschwerden an die Genfer Instanz begründet waren und wenn ich in dieser Rede und in meiner Regierungserklärung vom 30. April d. Js. den Nachweis erbrachte, daß diese innenpolitischen Konfliktsstoffe entstellt an die Völkerbundsinstanzen herangetragen worden sind und die Regierung sowohl juristisch wie auch moralisch das Recht hätte, ihre nationalsozialistischen Anschauungen im Rahmen der Verfassung durchzusetzen, so beweist mir (B) der Ablauf der letzten Monate in Danzig leider, daß all diese Mahnungen umsonst gewesen sind.

Nicht der Wille zu positiver Mitarbeit, nicht der Wille zur Realisierung besserer Vorschläge bestimmen den Kampf der Opposition gegen die Regierung, sondern einzig und allein das Ziel, den durch die Größe der Idee in der nationalsozialistischen Weltanschauung überwundenen politischen Zwiespalt des deutschen Volkes hier in Danzig wieder neu aufleben zu lassen. (Sehr richtig!)

Bereits im Sommer hat die Regierung durch mich die Erklärung abgeben lassen, daß die Stabilität einer Währung nicht allein durch das Gold bestimmt wird, sondern — wie der Herr Finanzsenator soeben gleichfalls betonte — in der Hauptsache durch das Vertrauen zur Führung. Trotzdem ich bewußt schon damals hier im Volkstage und damit vor aller Oeffentlichkeit Verzicht auf Popularität geleistet habe, werden immer jene wirtschaftlichen Maßnahmen als fadenscheiniger Grund hervorgeholt, um diese nationalsozialistische Regierung zu mißkreditieren und um aus diesen Maßnahmen den Schein eines Rechts herauszuholen für die Hartnäckigkeit der demagogischen Angriffe.

Alle Parteien waren mit Ausnahme der Kommunisten bereits vor uns Träger der politischen Macht in Danzig. Sie kennen also alle zusammen die Bindungen der Danziger Währungs- und Wirtschaftspolitik. Sie wissen auch genau, daß die Quellen ihrer Staatseinnahmen unter gänzlich anders gelagerten Voraussetzungen als heute überaus reichlicher flossen. Sie wissen auch genau, daß sie andere Methoden zur Deutscherhaltung des Staates nicht anwenden könnten, als sie heute unter dem Zwang der Verhältnisse angewandt (C) werden müssen. Sie bemühen sich auch nicht, auf diesen Gebieten bessere Vorschläge zu machen, die der Mühe wert wären, sie auf ihre Realisierbarkeit hin nachprüfen zu lassen. Sie stützen sich auch nicht auf den Hinweis einer besseren Zielsetzung oder einer größeren inneren Kraft, sondern sie stützen sich immer nur auf den Hinweis, daß dieser nationalsozialistische Senat angeblich die Verfassung nicht einhält und versuchen jedes Mittel, moralisch erlaubt oder verwerflich, um den Völkerbund zu bewegen, zu ihren Gunsten in Danzig einzugreifen. (Pfuirufe rechts.)

Wir stehen heute also vor der traurigen Tatsache, daß die Danziger Bevölkerung in ihrem gesunden Kern, der Gott sei Dank die Mehrheit bildet, der nationalsozialistischen Bewegung als der Trägerin der großdeutschen Idee die Treue hält, sich verteidigen muß gegen jene ehrgeizigen Parteipolitiker, die nicht das Große sehen wollen und damit die Kleinheit der eigenen Kraft und Persönlichkeit zu umkleiden versuchen mit der Autorität des Völkerbundes.

Ich muß es also wohl oder übel aufgeben, meine Bitten um sachliche Kritik und Mitarbeit zu wiederholen. (Bravo!) Diese Aufgabe eines Standpunktes, der für mich ehrlich war, ist natürlich nicht leicht und so will ich denn, bevor ich den Bruch ganz, dann aber in jeder Konsequenz und rücksichtslos vollziehe, noch einmal die Möglichkeit einer Annäherung versuchen.

Die Plattform für diese Möglichkeit hat die Vorlage zur Amnestie abgegeben, welche heute (D) durch Beschluß des Volkstages zum Gesetz erhoben worden ist. Der Senat hat damit einerseits wiederum tatkräftig seinen Willen bekundet, das politische Leben innerhalb der Freien Stadt Danzig einer Befriedung entgegenzuführen. Andererseits schafft er durch dieses Gesetz die sofortige Voraussetzung für diesen Willen, indem alle politischen Vergehen und auch allgemeine Vergehen niedergeschlagen werden in dem Bewußtsein, den vom Unglück betroffenen Familien den Ernährer für die schweren Wintermonate wiederzugeben.

Diese Geste der Regierung ist somit keine Verbeugung auf Grund irgendeines Schwächegefühls, sondern der Ausdruck innerer Stärke, welche alle aufbauwilligen Elemente an den Staat heran- und in das Volk zurückführen will.

Die Währungspolitik der Freien Stadt Danzig geht zusammen mit der Finanzpolitik weiterhin ihren geradeaus gerichteten Weg, wobei zur allgemeinen Beruhigung und mit Befriedigung festgestellt werden kann, daß dieser Weg in den letzten Wochen größeren Belastungen nicht ausgesetzt war. Die näheren Zahlen haben Sie vom Herrn Finanzsenator soeben gehört.

Die Wirtschaft wird, wie ich das schon früher betont habe, auch weiterhin von dem Verhältnis Danzigs zu Polen bestimmt. Daß die Sünden früherer Jahre nicht auf einmal oder über Nacht gutgemacht werden können, bedarf nicht besonderer Erwähnung. Danzigs Wirtschaft wird zum sehr großen Teil durch seinen Hafen bestimmt. Wünsche gerade auf diesem Gebiet sind von Danziger Seite nach wie vor vorhanden und es steht zu erhoffen, daß durch eine weitere Annäherung im Rahmen

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) der Verhandlungen über die Ausnutzung des Danziger Hafens Verbesserungen erzielt werden können. Sie sind auch zweifellos nicht nur einseitig für Danzig sicher möglich, da meiner Ueberzeugung nach Polen auf unseren Hafen genau so wie auf Gdingen angewiesen ist.

Daß in der Binnenwirtschaft hier und da Klagen auftauchen, welche ihren Ursprung in dem Wegziehen von Pensionären und Beamten haben, liegt auf der Hand. Auch hier wird es Sache des Staates sein müssen, zu gegebener Zeit regelnd in diesen Umschmelzungsprozeß einzugreifen.

Von den rund 5800 Pensionären aller Art haben bis jetzt ca. 1800, also ⅓ aller Pensionäre der Aufforderung des Senats, ihren Wohnsitz nach Deutschland zu verlegen, Folge geleistet. Es wird nicht damit zu rechnen sein, daß die noch hier gebliebenen 4000 Pensionäre hierbleiben können. Eine erneute Aufforderung zum Wechsel ihres Wohnsitzes, allerdings dann nur noch unter ungünstigeren Bedingungen als bisher, wird von diesen Kreisen erwartet werden müssen.

Die Zahl derjenigen Beamten- und Lehrerstellen, die eingespart werden sollten, ist durch freiwillige Meldung innerhalb der Beamtenschaft erreicht worden. Allerdings sind noch nicht alle Beamte von ihren neuen Dienststellen zur Ueberführung einberufen worden.

Das Deutsche Reich hat uns weiterhin mit der Aufnahme Danziger Arbeiter geholfen. Es haben heute bereits mehrere Tausende in Deutschland Arbeit und Brot gefunden. Man hört sehr oft in

(B) den Kreisen der Opposition Klagen über diese Danziger Staatsbürger. Selbstverständlich kann ich mir vorstellen, daß der Anfang dieses Prozesses, in dem der einzelne Arbeitslose noch von seiner Familie getrennt leben muß, für manch einen hart erscheint. Jedoch muß man, wenn man die Schattenseiten einer solchen Angelegenheit immer unter die Lupe nimmt, auch die Sonnenseiten zu Wort kommen lassen. Und ich weiß, daß sehr viele Danziger Arbeiter, insbesondere Fach- und Qualitätsarbeiter, in Deutschland einen Arbeitsplatz an der Sonne erhalten haben, mit einer Entlohnung, wie sie hier in Danzig in den nächsten Jahren unmöglich sein wird. (Sehr wahr! Beifall.) Außerdem darf man sich bei der Lösung derartig gigantischer Fragen niemals von Einzelschicksalen leiten lassen, sondern muß das große Ziel im Auge behalten. Daß auf dem Wege der Erreichung dieses großen Zieles Schönheitsfehler vorkommen werden, dessen bin ich mir bewußt. Jedoch wird es auch weiterhin unsere Aufgabe und unser Bemühen sein, diese Schönheitsfehler zu bereinigen.

Im Rahmen des großen Sparsamkeitsprogramms ist inzwischen weiterhin die Danziger Landespolizei auf Beschluß des Senats aufgelöst worden. Wenngleich ich persönlich, der ich mehr Soldat als Politiker bin, gerade diesen Beschluß nur allerschwersten Herzens mit gefaßt habe, so stehe ich doch nicht an, zu erklären, daß er in dieser schweren Notlage des Staates gefaßt werden konnte, ja sogar gefaßt werden mußte, weil die innenpolitischen Voraussetzungen und Wirren, die s. Zt. zur Aufstellung dieser Truppe geführt haben, heute Gott sei Dank nicht mehr vorhanden sind. (Bravo!) Die vorhandenen Beamten dieser Polizeitruppe werden wieder in die Schutzpolizei zurückgehen und (C) die im Angestelltenverhältnis befindlichen Polizeischützen werden einen willkommenen eisernen Bestand für die Einwohnerwehr bilden, so daß die Autorität der Regierung und die Vollziehung der Staatsgewalt nach wie vor gesichert sind. (Bravo!)

Als erfreuliches Zeichen darf heute vermerkt werden, daß die Regierung den Beschluß gefaßt hat, die Technische Hochschule in Langfuhr, deren Schließung gleichfalls zur Diskussion gestanden hat, in einer Form zu erhalten, die den Danziger Notwendigkeiten auf diesem Gebiete voll Rechnung trägt. Mit besonderer Genugtuung darf auch weiterhin auf kulturellem Gebiet die Tatsache zur Kenntnis genommen werden, daß das Danziger Staatstheater, für dessen Umbau die entsprechenden Mittel bereitgestellt waren, nunmehr auch seine Pforten wieder öffnen wird. Wenngleich auch die Regierung, was ausdrücklich betont werden soll, die erforderlichen Mittel zur Bespielung des Theaters für dieses Spieljahr nicht aufzubringen in der Lage ist, so darf es als ein besonders erfreuliches Zeichen für die Zusammenarbeit zwischen der Nationalsozialistischen Partei und der Regierung und für die Unterstützung der Regierung durch die sie tragende Partei angesehen werden, daß die erforderlichen Mittel hierfür von privater Seite zur Verfügung gestellt werden. (Starker Beifall.)

Nicht überall hat leider die Regierung auf ein solches Verständnis ihrer Situation stoßen können. Es wird noch der gesamten Danziger Bevölkerung erinnerlich sein, daß die Oppositionsparteien es (D) waren, die einer Auflösung des Volkstages im März d. Js. ihre Zustimmung verweigerten. Da sie selbst über irgendeine Schwungkraft ihrer Parteidogmatik nicht verfügen, müssen sie immer auf materielle Dinge zurückgreifen, um ihre Anhängerschaft an sich zu fesseln. So war denselben Parteien, die noch im März sich gegen eine Auflösung des Volkstages stemmten, die Tatsache der Guldenabwertung Anfang Mai bereits eine willkommene Gelegenheit, um mit diesem materiellen Hintergrunde für eine Neuwahl des Volkstages einzutreten.

Da sie selbst weder verfassungsmäßig noch durch eigene Stoßkraft gegen den Willen der NSDAP eine solche Neuwahl herbeiführen können, versuchen sie, Bundesgenossen ins Gefecht zu führen. Der erste Bundesgenosse sollte das Danziger Obergericht sein, bei dem sie Beschwerden gegen die Volkstagswahl vom 7. April einlegten. Die Gründe, die in den Beschwerden angeführt wurden, sind hinlänglich bekannt. Auch wenn sie noch so fadenscheinig waren, mußten sie herhalten. Das Urteil des Danziger Obergerichts hat den Einspruch der Oppositionsparteien abgewiesen. Die Richter, welche an diesem Verfahren maßgebend beteiligt waren, sind in der ungeheuren Kleinarbeit, die zur Urteilsfindung geführt hat, nicht nur Gesetzestechniker gewesen, sondern auch Sucher des Rechts im wahrsten Sinne des Wortes.

Der Richter in Danzig ist unabhängig. Diese Unabhängigkeit zwingt ihn zur Einhaltung und Anwendung des geschriebenen Gesetzes. Darüber hinaus hat aber auch jeder unabhängige Richter ein Rechtsgewissen, welches ihm nicht nur das

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) Recht, sondern auch die Pflicht auferlegt, die innerhalb der deutschen Nation lebende Danziger Bevölkerung nicht durch grausame Anwendung innerlich toter und überholter Formalistik in ihrer Gesamtentwicklung zu hemmen. (Sehr gut! Bravo! rechts.)

Kaum ist dieses für die Freie Stadt Danzig bedeutungsvolle Urteil gesprochen, so melden sich auch schon wieder jene egoistischen Parteien und möchten die Schlagsahne dieser Urteilsfindung für ihre Interessen abschöpfen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem man nicht in ihrer Presse liest, daß es „unerhört" und „nicht mit der Verfassung vereinbar" sei, wenn trotz dieses Urteils an öffentlichen Gebäuden der Freien Stadt Danzig die Hakenkreuzfahne oder eine Hitlerbüste zu sehen seien. Sie versteigen sich zu der Behauptung, daß das Zeigen parteipolitischer Embleme an staatlichen Gebäuden mit der Verfassung nicht zu vereinbaren sei. (Abg. Weber: Sagt das Obergericht!)

M. D. u. H. von der Opposition! Unsere sogenannte Parteifahne ist heute die Fahne Deutschlands, das Zeichen unserer nationalsozialistischen Weltanschauung ist heute die Flagge der deutschen Wehrmacht, unser Führer ist heute der Führer des deutschen Volkes und niemals wird eine nationalsozialistische Regierung etwas dagegen haben, wenn bei besonders feierlichen Gelegenheiten, bei denen das Deutschtum betont werden soll, auch die Zeichen des neuen Deutschland äußerlich sichtbar in Erscheinung treten. (Anhaltender Beifall.) Danzig ist ein auch vom Völkerbund anerkannter deutscher Staat und diese Tatsache wird der Regierung das
(B) Recht geben, diejenigen Presseerzeugnisse von der Bildfläche verschwinden zu lassen, die durch ihre Hetzartikel die deutsche Reichsflagge beleidigen und damit unser ausgezeichnet freundschaftliches Verhältnis zum Deutschen Reiche stören. (Bravo! Stürmischer Beifall.)

Daß die Oppositionsparteien mit dem Urteil des Obergerichts nicht zufrieden sind, kann ich mir denken. Daß sie in ihrer Unzufriedenheit jedoch wieder Bundesgenossen suchen, die kein anständiger Deutscher in Danzig im Kampf gegen das Deutschtum für sich in Anspruch nehmen sollte, spricht seine eigene Sprache.

Ich weiß, daß man versucht, den Völkerbund gegen dieses Urteil des Obergerichts und damit gegen die Danziger Bevölkerung einzuspannen. (Pfui!) Soweit das die Oppositionsparteien mit ihrem Gewissen verantworten können, ist das ihre eigene Sache. (Zuruf rechts: Die haben ja keins!) Parteiführer, die so etwas fertig bekommen, stellen sich damit außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft.

Umsomehr wird es hierbei Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung sein müssen, verführte Volksgenossen wieder auf den Weg zu ihrem Volk zurückzubringen. (Bravo!) Mir ist jedoch berichtet worden und zwar aus sehr zuverlässiger Quelle, daß der Vertreter des Völkerbundes in Danzig von sich aus diese Wünsche der undeutschen Opposition sich zu eigen gemacht hätte, um den Völkerbund entsprechend zu beeinflussen und zu einer Beschlußfassung zu bringen. Und damit komme ich zu einem trüben Kapitel in der Geschichte der Freien Stadt Danzig.

Alle Not, die die ganze Danziger Bevölkerung (C)
heute zu erleiden hat, hat ihren wahren Ursprung in der Abtrennung vom Mutterlande. Diese Abtrennung ist der Wille des Völkerbundes gewesen. Weil aber der gleiche Völkerbund sich dessen bewußt war, daß er mit diesem Beschluß ein nur bedingt und schwach lebensfähiges Kind in die Welt setzen würde, hat er zur moralischen Bemäntelung seines Beschlusses die Garantie für diesen schwachen Staat übernommen. Die Ansichten in der Danziger Bevölkerung über diese Garantie als Hilfe sind absolut geteilt.

Es erscheint mir jedenfalls notwendig zu sein, einmal der Danziger Bevölkerung die Augen darüber zu öffnen, daß trotz aller Bereitwilligkeit, sich in das unabänderliche Schicksal zu fügen, Danzig diese Garantie in jeder Weise als für seine Verhältnisse sehr teuer bezahlt hat. Ganz zu schweigen von den Kosten, welche die Unterhaltung eines ständigen Vertreters des Völkerbundes in Danzig verursachen und welche von Polen und Danzig gemeinsam getragen werden, also ganz zu schweigen von der Tatsache, daß sich der Anteil Danzigs hierfür erst im letzten Jahr wieder auf 99 000 Gulden belaufen hat, (Hört, hört!) muß doch einmal gesagt werden, daß die Freie Stadt Danzig ihren aufgezwungenen Verpflichtungen bisher in loyalster Weise nachgekommen ist.

Die Kosten, die Danzig für Völkerbundsbeamte, Kommissionen usw. im Interesse seiner guten Zusammenarbeit mit dem Völkerbunde aufgebracht hat, betragen bis zum Ende des Rechnungsjahres 1934 immerhin die runde Summe von 19 962 808 (D)
Gulden. (Hört, hört! Donnerwetter ja!) Wenn man bedenkt, wieviel Goldwert und Devisen in diesen Zahlungen steckt, könnte man versucht sein mit dem Gedanken zu spielen, daß ohne die Verurteilung zu diesen Kosten die Freie Stadt Danzig die ganze Abwertung nicht nötig gehabt hätte. (Sehr richtig!)

Trotz allem haben wir uns bemüht und werden es als kleiner und schwacher Staat auch weiterhin tun, so freundschaftlich wie möglich mit dem Völkerbund auszukommen. Diese Tatsache schließt jedoch nicht die Konsequenz ein, daß wir unsern Nacken auch dann beugen, wenn wir absolut im Recht sind. Die früheren Regierungen haben à Konto ihres staatsmännischen Unvermögens für das viele Geld den Völkerbund wenigstens in ihren dauernden Streitigkeiten mit Polen bemüht. Wie Sie alle wissen, meine Damen und Herren, tun wir das nicht.

Mir ist wiederholt von maßgebenden Männern in Genf versichert worden, daß der Völkerbund der Nationalsozialistischen Regierung dafür dankbar wäre, daß er diese Streitigkeiten aus der Atmosphäre der Genfer Instanzen in die direkte Verhandlung und Verständigung hinübergeleitet hätte. Wenngleich ich es selbst bei diesen Erklärungen niemals verstehe, daß dann in Genf innerpolitische Streitigkeiten zur Plattform einer Diskussion und einer Beschlußfassung erhoben werden, so finde ich mich doch mit der Tatsache ab, daß ja nun leider meine Meinung allein nicht zuständig ist, sondern daß es Sache des Völkerbundes bleiben muß, diese Dinge in der ihm geeignet erscheinenden Form zu erledigen.

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) Allerdings wird man auch hierbei niemals übersehen dürfen, daß der Völkerbund kein Anweisungsrecht für Danzig besitzt, sondern lediglich, wie anderen Kulturstaaten gegenüber auch, ein Sanktionsrecht. Der Völkerbund selber hat diese meine Annahme bestätigt, indem er in seiner letzten Tagung in Genf, an welcher ich teilgenommen habe, sich nicht dazu aufgeschwungen hat, wie es die Opposition so gern gesehen hätte, Anweisungen zu erteilen, sondern lediglich einige Empfehlungen.

Die Rechtsverordnung vom 4. April 1934 (Ges.Bl. S. 221), welche das Tragen einheitlicher Sonderkleidung betrifft, macht das Tragen von Sonderkleidung abhängig von der Genehmigung durch den Senat. Der Völkerbund ist hierbei der Ansicht, es sei für die Entscheidungen des Senats als ein maßgebendes Kriterium zu bewerten, ob die betreffenden Verbände den Standpunkt der Regierung teilen oder nicht. Der Senat ist nach Prüfung und Beurteilung dieser Angelegenheit zu dem Entschluß gekommen, die Verordnung abzuändern. Er hat sich bei diesem Entschluß davon leiten lassen, daß auch gerade in Polen durch Dekret des Staatspräsidenten vom 2. Oktober d. Js. für das Tragen von Abzeichen und Uniformen eine behördliche Erlaubnis eingeführt worden ist, welche zurückgezogen werden kann, wenn nach Ansicht der Behörde die Sicherheit, die öffentliche Ruhe oder die öffentliche Ordnung dieses erfordern.

Die Danziger Rechtsverordnung auf diesem Gebiete wird nunmehr dahingehend abgeändert werden, daß die Genehmigung nur versagt werden (B) darf, wenn ihre Erteilung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bedeutete. Als Instanz für diese Entscheidung wird in Zukunft anstelle des Senats Abtlg. des Innern, der Herr Polizeipräsident eingesetzt. Gegen dessen Entscheidungen ist natürlich dann die Beschwerde an den Senat zulässig.

In mehreren der auf der Ratstagung des Völkerbundes im September d. Js. anstehenden Petitionen ist auch gegen den § 132 a St.G.B., eingefügt durch Artikel II § 17 der Rechtsverordnung zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 30. Juni 1933 (Ges.Bl. S. 287), Sturm gelaufen worden. Diese Vorschrift, welche die Teilnahme an nicht als von der Regierung anerkannten politischen Schutzverbänden unter Strafe stellt, verstößt nach Ansicht des Völkerbundrates gegen Artikel 85 der Danziger Verfassung, welcher die Vereinsfreiheit garantiert. Der Senat der Freien Stadt Danzig hat den Beschluß gefaßt, diese Bestimmung aufzuheben, ohne sich damit die Ansicht des Völkerbundrates zu eigen zu machen.

Desgleichen bildete auf Grund der dem Völkerbund zugeleiteten Petitionen und auf Grund des Gutachtens des vom Völkerbund eingesetzten Juristenkomitees die Rechtsverordnung zur Wahrung des Ansehens nationaler Verbände vom 10. Oktober 1933 (Ges.Bl. S. 502) nebst Abänderungsverordnung vom 6. März 1934 (Ges.Bl. S. 132) die Grundlage einer Empfehlung.

Nach § 1 Absatz 1 Satz 2 dieser Verordnung dürfen Händler und Hersteller von Uniformen und Abzeichen der hinter der Regierung stehenden Verbände diese Uniformen und Abzeichen nur herstellen und verkaufen, wenn sie das Einverständnis des betreffenden Verbandes besitzen. Diese Vor- (C) schrift kann nach Meinung des Senats ohne weiteres gestrichen werden. Damit ist dem Wunsche des Völkerbundes in jeder Weise Genüge getan.

Um aber der Regierung auch weiterhin ein Kontrollrecht in Bezug auf den unbefugten und wilden Handel zu belassen, wird anstelle dieser Vorschrift durch Rechtsverordnung ganz allgemein sowohl für die Herstellung als auch für den Vertrieb sämtlicher Uniformen und Abzeichen, also sowohl staatlicher als auch nichtstaatlicher, das Erfordernis der polizeilichen Genehmigung eingeführt werden. (Bravo!) Auch hierfür wird der Polizeipräsident in Danzig zuständig werden und der Senat als Beschwerdeinstanz fungieren.

Was den § 4 der vorher bezeichneten Verordnung betrifft, welcher den sogenannten Ehrenschutz für die nationalen Verbände umfaßt, so hat der Senat beschlossen, eine Abänderung dieser Bestimmung abzulehnen, da sie durch das Obergericht der Freien Stadt Danzig für verfassungsmäßig erklärt worden ist. (Beifall.) Der Senat hat hierbei sich von dem Gedanken leiten lassen, daß er in keinem Falle die unabhängige Gerichtsbarkeit im allgemeinen, insbesondere aber nicht das Urteil des höchsten Danziger Gerichtshofes, desavouieren kann, das für ihn in diesem Falle zuständig ist und zu dessen Nichtanerkennung der Senat durch den Völkerbund gezwungen werden sollte.

Die Selbständigkeit des Freistaates würde nichts mehr bedeuten, wenn der Völkerbund für sich das Recht in Anspruch nehmen wollte, über die Entscheidung des Höchsten Danziger Gerichtshofes, (D) eines Staates also, hinwegzugehen. (Sehr richtig!)

In einer anderen Petition ist der sogenannte Fall Luck und Schmode zur Entscheidung durch den Völkerbund an diesen herangetragen worden. In diesem Falle heißt es am Schluß des Berichts des Herrn Berichterstatters des Völkerbundes wörtlich: „Der Rat sollte meiner Meinung nach dem Senat empfehlen, auf Bitten des Hohen Kommissars alles, was in seiner Macht steht, zu tun, um Fragen dieser Art an Ort und Stelle beizulegen und es auf diese Weise einer so hoch eingestellten Einrichtung, wie es der Rat des Völkerbundes ist, ersparen, sie auf die Tagesordnung zu setzen."

Der Rat ist also hiernach selbst der Ansicht, daß Fragen solcher Art besser in Danzig erledigt werden sollten. Da die Klage der Petenten rechtskräftig durch das dafür als letzte Instanz in Frage kommende Landesarbeitsgericht abgewiesen worden ist, hat der Senat beschlossen, sich im Interesse der Wahrung der Autorität der Danziger Gerichte nicht in der Lage zu sehen, der Empfehlung des Völkerbundes nachkommen zu können. Es ist mir in Genf nahegelegt worden, den beiden Petenten Luck und Schmode aus Billigkeit eine Summe Geldes zukommen zu lassen. Ich habe es abgelehnt, dem Senat den Vorschlag einer solchen Beschlußfassung zu machen, da ich auf dem Standpunkt stehe, daß der Danziger Staat arm ist und für solche Empfehlungen kein Geld übrig hat. (Beifall.) Selbstverständlich haben wir nichts dagegen einzuwenden, wenn von seiten des Völkerbundes dieser Situation Rechnung getragen und den Petenten aus dieser wirtschaftlich besseren Atmosphäre her-

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) aus eine Zuwendung gemacht werden würde. (Sehr gut!)

In dem letzten Falle, der auf der Septembertagung behandelt wurde und dem eine gemeinsame Petition des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Deutschnationalen Partei, auf welcher sich bezeichnenderweise bei den Akten des Völkerbundes die Unterschrift des Herrn Weise zusammen mit der der Marxisten befinden, zu Grunde liegt, sollte eine Abänderung der Strafgesetzgebung für verfassungswidrig erklärt werden. Der Völkerbundsrat hat es jedoch für richtiger gehalten, vorläufig keine Entscheidung selbst zu fällen, sondern vorerst ein Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag einzuholen. Der Haager Schiedsgerichtshof ist sich bisher über sein Gutachten noch nicht schlüssig geworden, so daß diese Angelegenheit noch als schwebend zu bezeichnen ist.

Der Senat hat also, um auch weiterhin seinen Willen einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Völkerbund zu betonen, in den meisten Fragen dem Wunsche und den Empfehlungen von Genf Rechnung getragen. Jeder einsichtige Staatsmann und Völkerrechtler wird in den Fragen, welche die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit anrühren, die Beschlußfassung des Senats verstehen, decken und verteidigen.

Damit ist ein trübes Kapitel innerpolitischer Entwicklung in der Freien Stadt Danzig abgeschlossen. Die Wolken, die in der Verwertung der Wahlentscheidung des Danziger Obergerichts am politischen Horizont heraufziehen, sind dem Senat nicht verborgen. Sie vermögen jedoch nicht die (B) Autorität und die Entschlußkraft der Regierung irgendwie zu schwächen und zu beeinflussen. Denn ich bin mir absolut dessen bewußt, daß das Leben eines Volkes und insbesondere nicht das Leben des Bruchteils eines Volkes, wie es die Danziger Bevölkerung darstellt, auf die Dauer eingeengt werden kann von Artikeln und Paragraphen, welche in der Zeit allergrößter politischer und seelischer Not des Deutschen Volkes fabriziert worden sind.

Wenn das Schicksal der Freien Stadt Danzig die meisten Jahre in ihrer bisherigen Selbständigkeit von dem Willen des Völkerbundes bestimmt worden ist, so haben wir die Hoffnung, daß gerade in Genf, wo politische Realitäten sehr stark in die Rechnung eingesetzt werden, die Tatsache nicht unerkannt bleiben kann, daß die politischen Machtverhältnisse in Europa sich sehr stark verschoben haben. (Beifall.) Insbesondere gegenüber der Zeit, in der durch die marxistische Revolte Deutschland ohnmächtig am Boden lag und in dieser Zeit die Freie Stadt Danzig durch diesen Verrat geschaffen wurde.

Artikel und Paragraphen haben nur dann Bedeutung, wenn Menschen von Fleisch und Blut vorhanden sind, die den Willen in sich tragen, sie als geschriebenes Lebensgesetz zu respektieren. Die Ursache der Abtrennung Danzigs vom Mutterlande, der neugeschaffenen Republik Polen einen freien Zugang zum Meere zu gewährleisten, wird heute vom Deutschen Volk und auch von der Freien Stadt Danzig aus freien Stücken heraus als politisches Gesetz respektiert. Damit ist die Diskussion über den Bestand und die Entwicklung dieses abgetrennten Gebietes nicht mehr allein das Vorrecht der Genfer Einrichtungen und wenn es so wäre, hätte (C) das Wort von der „Selbstbestimmung der Völker" kein Recht. In der nüchternen Erkenntnis der Realitäten des politischen Kräftespiels in Europa wird die Freie Stadt Danzig weiterhin wie bisher ihren Weg der direkten Aussprache und Verständigung mit Polen gehen. Das einmal für kurze Zeit im Sommer d. Js. getrübte freundschaftliche Verhältnis beider Staaten ist zur Befriedigung des Senats wieder hergestellt. Die Beziehungen sind gute und freundschaftliche und lassen die Aussicht auf eine weitere günstige Entwicklung in dieser Linie zu. (Beifall.)

Wir freuen uns deshalb auch besonders, daß unser Mutterland Deutschland zu unserem Nachbarstaate Polen seine Beziehungen auf der gleichen freundschaftlichen Basis unterhält. Zu betonen, daß zwischen Berlin und Danzig die denkbar besten Beziehungen bestehen, ist überflüssig. Wie sollte es auch anders zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem einzigen außerhalb der Reichsgrenzen liegenden nationalsozialistisch regierten deutschen Staate sein. Die wirtschaftliche und völkische Aufwärtsentwicklung in unserem Mutterlande gibt uns nicht nur innere Befriedigung, sondern auch den seelischen Halt, der notwendig ist, um unser hartes Schicksal hier zu meistern.

Wir Nationalsozialisten sind nicht die Männer, die nur Tagespolitik und damit Vogel-Strauß-Politik betreiben. Wir wissen, daß eine bessere Zukunft nur durch eine schwere Gegenwart erkämpft werden kann. Wir wissen, daß Kampf das Element allen Lebens ist. Als in harten Kampfjahren er- (D) probte Soldaten der nationalsozialistischen Revolution stehen wir deshalb auf unserem Posten, von dem es kein Weichen gibt. Wenn die Opposition glaubte, die Stärke dieser Regierung mit dem Hinweis unterhöhlen zu können, daß einige Mitglieder des Senats ihre Aemter zur Verfügung gestellt hätten, so möchte ich demgegenüber betonen, daß es das in der nationalsozialistischen Bewegung nicht gibt. Ein Nationalsozialist wird abberufen oder er fällt! Oppositionsbeschlüsse haben für uns keine Geltung. Maßgebend ist allein der Befehl unserer Führung. (Starker Beifall.) Diese Führung wird es niemals zulassen, daß die Kräfte des Zwiespalts und der Zersetzung wieder hochkommen. So stehen wir denn hier als die Männer der neuen deutschen Geschichte, hart in unseren Maßnahmen, freudig aber die schwere Verantwortung zu tragen in dem Bewußtsein der alten Danziger Tradition gemäß, unserer Heimat dem Deutschtum zu erhalten. (Langanhaltender Beifall! — Dem Führer der nationalsozialistischen Politik in Danzig ein dreifaches Sieg-Heil! rechts. — Sieg-Heil! bei den Nationalsozialisten.)

Präsident: Auf Grund des Beschlusses des Hauses unterbreche ich die Sitzung um eine halbe Stunde und werde sie um 18 Uhr 25 fortsetzen.

(Unterbrechung der Sitzung 17 Uhr 55 Minuten.)

Die Sitzung wird 18 Uhr 25 Minuten durch den Vizepräsidenten Andres wieder eröffnet.

Vizepräsident Andres: Ich eröffne die Aussprache zu Punkt 3 und 4 der Tagesordnung und erteile als erstem Redner dem Abg. Beyl das Wort.

(A) **Beyl,** Abgeordneter (NSDAP): Meine deutschen Volksgenossen! Im Namen der nationalsozialistischen Fraktion des Volkstages habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Aus den Worten des Herrn Senatspräsidenten ist eines mit aller Deutlichkeit sichtbar und klar geworden: der Kampf um Danzig geht seinem Höhepunkt entgegen, ein Kampf, für dessen Ausbruch nicht wir verantwortlich sind, den wir aber um dieses Volkes willen hier auskämpfen müssen. Daß das Ringen um diesen Boden und das Leben dieser 400 000 deutschen Menschen einmal in voller Schärfe entbrennen würde, das mußte eigentlich bereits bei der Gründung dieses Staatswesens klar sein; denn dieser Zwergstaat wurde doch nur geschaffen, damit er einmal sterben sollte!

Aber man hätte erwarten können, daß in einem solchen Kampfe die Fronten klar stehen sollten: hie Deutscher, hie Nichtdeutscher. Aber wieder einmal wird alte deutsche Tragik lebendig: daß sich die deutsche Bevölkerung zerspalten, daß sie sich selbst zerfleischen und durch unverantwortliche Elemente in ihrer Schlagkraft geschwächt werden soll. Wie schon so oft in unserer Geschichte, verschmäht es eine Gruppe „Deutscher" nicht, nicht nur die Hilfe außerdeutscher Kräfte in Anspruch zu nehmen, sondern in einer Verblendung ohnegleichen ruft sie die Hilfe dieser außerdeutschen Kräfte auf gegen die Führung dieses Staatswesens, überhaupt gegen die Führung des gesamten deutschen Volkes in Europa, gegen das Reich, gegen Deutschland!

Was bedeutet es, meine Herren von der Opposition, wenn Sie im innerpolitischen Kampf den (B) Völkerbund anrufen? Sie stellen sich damit auf den Boden jener Kräfte, die damals 1919/1920 das Reich zerschlagen haben; Sie rufen jenen Vertrag zu Hilfe, der nicht nur Danzig vom deutschen Mutterlande losgerissen hat, sondern als teuflischstes Vertragswerk, das die Geschichte kennt, den Tod unseres Volkes überhaupt bedeuten sollte. (Starker Beifall.)

Wir wissen alle, zu welchem Zweck die Genfer „Gesellschaft der Nationen" gegründet wurde. Nicht umsonst ist die Völkerbundsakte (Artikel 1 bis 16) der erste Teil des Versailler Vertrages, also dem Diktat von Versailles vorangestellt, das 1919, als Fortsetzung des Weltkrieges gegen das deutsche Volk nur mit anderen Mitteln, geschaffen wurde.

Nun könnten Sie sich darauf berufen, daß die dieses kleine deutsche Staatswesen Danzig im Kampfe um seine Selbsterhaltung jede Institution benützen müßte und vor allem die Institution, die ja gerade den Schutz unseres Staates übernommen hat.

Gewiß, gegen außerdeutsche Kräfte, die die Selbständigkeit und die völkische Kraft unseres Staatswesens bedrohen könnten, müßte jede Waffe benutzt werden, die greifbar ist. Aber gegen eine deutsche Regierung, gegen deutsche Menschen, gegen die deutsche Bevölkerung Danzigs diese Institution zu benutzen, von der bei Gott unser Volk seit den letzten eineinhalb Jahrzehnten alles andere erfahren hat, nur nicht Gerechtigkeit! (Sehr wahr! rechts.) — eine solche Maßnahme richtig zu kennzeichnen, das erlassen Sie mir, bitte; denn ich müßte hierfür Ausdrücke anwenden, die parlamentarisch nicht in der Ordnung wären. (Sehr gut! rechts. Beifall.) (C)

Das Versailler Diktat und das Weimarer System — so haben wir immer wieder gesagt — gehören zusammen. Aber nicht wir allein sagten das, sondern das haben vierzehn Jahre hindurch mit uns Männer gemeinsam getan, die einer Partei angehörten, die sich deutsch und national nannte. Das haben Sie, meine Herren von der Gruppe Weise! — Schulter an Schulter mit uns immer wieder gesagt, in einer Zeit allerdings, zu der Sie Ihr nationales Erstgeburtsrecht noch nicht an Zentrum, Marxismus und Bolschewismus verkauft hatten.

Lassen Sie hier, besser, als ich es vermag, ein Flugblatt sprechen, das im Oktober 1932 von der Deutschnationalen Volkspartei, Landesverband Danzig, verschickt wurde und lautet:

> Sehr geehrter Parteifreund!
>
> Die Ereignisse im Reich beweisen, daß allein die Deutschnationale Volkspartei ihren Grundsätzen treu geblieben ist.
>
> (Heiterkeit rechts.)
>
> Die jahrelange Sehnsucht des deutschen Volkes war es, die Parteiwillkür und den parlamentarischen Kuhhandel loszuwerden.

Das ist nicht von uns, das sind Ihre Worte, meine Herren von der Gruppe Weise!

> Heute fühlen wir endlich eine feste Hand im Reich und in Preußen. Furchtbar klar wird uns aber auch, daß die Partei, mit der wir Schulter an Schulter zu kämpfen glaubten und der wir gar oft manches nachgesehen haben, daß die NSDAP. zum eifrigsten Verteidiger des Parlamentarismus geworden ist. Die Nazis, die jahrelang das Zentrum als Totengräber Deutschlands bezeichnet haben, können sich jetzt nicht (D) schnell genug mit ihm verbrüdern, lediglich aus kurzsichtiger parteipolitischer Einstellung heraus und aus dem Ehrgeiz ihrer Unterführer.

Meine Herren, Wort für Wort stimmt, aber es trifft nicht für 1932 zu, sondern für das Jahr 1935 und für Sie von der Gruppe Weise! Ich sage das hier nicht, um Sie anzugreifen, sondern ich hoffe immer noch, daß Menschen, in denen deutsches Blut lebendig ist, doch einmal das Gewissen schlagen muß und daß Sie endlich doch an die Grundsätze denken, die Sie aus politischem Ehrgeiz vergessen haben.

Was ist denn der Inhalt aller Beschwerden, die Sie nach Genf gerichtet haben? Sie beklagen sich immer wieder darüber, daß wir nicht die Verfassung dem Buchstaben nach erfüllen, diese Verfassung, die in einer Zeit geschaffen wurde, in der der Parlamentarismus seine Hochkonjunktur erreicht hatte. Sie beklagen sich darüber, daß wir hier in Danzig nicht das parlamentarische System mit all seinen Begleiterscheinungen bis ins Letzte durchführen.

Das ist — glaube ich — etwas viel von uns verlangt! Der Nationalsozialismus, der, wie es schon heute die geschichtlichen Ereignisse zeigen, als eine elementare revolutionäre Bewegung in einem hinreißenden Sturm drüben in Deutschland nicht nur das Reich erobert, sondern es auch von Grund auf umgestaltet hat, eine solche Bewegung soll hier in Danzig ihrem eigentlichen Wesen untreu werden, sie soll hier, außerhalb des Reiches, ihr Lebensgesetz verraten!

Aber dabei vergessen Sie alle eines: Niemals kehrt eine Zeit wieder, die versunken ist, weil sie

(Beyl, Abgeordneter)

(A) alt, morsch, überlebt gewesen ist. Dieser Zustand des Parteienstaates, den Sie wieder heraufführen wollen, er war wirklich abgestanden, vergreist, dem Tode geweiht, darum ging er zu Grunde.

Dabei beleuchtet ein Blick auf die Mittel, die Sie im Kampf gegen uns anwenden, so deutlich den — ich hätte fast gesagt — jammervollen Geisteszustand —, in dem Sie heute noch leben! (Beifall und Heiterkeit rechts.)

Opposition ist etwas Schönes, denn sie befreit von der juristischen, niemals aber von der moralischen Verantwortung für Volk und Staat. Als w i r in der Opposition standen, da griffen wir Ihr System in der schärfsten Weise an. Das war unser gutes Recht. Aber zweierlei unterschied uns von Ihnen.

Erstens, wir riefen niemals die Hilfe des Auslandes an, selbst nicht gegen Regierungen, die uns als Fremdenlegionen des Auslandes auf deutschem Boden erschienen. (Sehr richtig! rechts.)

Zweitens, meine Herren von der Opposition, wir hatten eine Idee, wir führten unsern Kampf gewiß mit schärfster Negation Ihres Systems und Ihrer Methoden, aber wir hatten im Herzen unsern Glauben an ein neues deutsches Staatsideal.

Innere Wiedergeburt Deutschlands, nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes, Anerkennung der Arbeit als schöpferisches Lebensprinzip, Schaffung eines machtvollen, alle Deutschen Mitteleuropas umfassenden großdeutschen Staates, das waren Ideen, für die es sich verlohnte zu kämpfen, und wie die 400 Toten unserer Bewegung bewiesen haben, auch zu sterben.

(B) Ihre „Ideen" sind: Völkerbund und Verfassung. Das ist das Erschütternde an Ihrem ganzen Kampf. Aus Mangel an einer großen zugkräftigen und zukunftserfüllten Idee, aus dem Fehlen einer einheitlichen Staatsauffassung — denn ich bezweifle doch, daß das Ideal des heiligen Augustinus vom Gottesstaat etwas zu tun hat mit dem Staat des freimaurerischen Parlamentarismus oder der Monarchie Wilhelm II. oder gar mit dem Staat Moskaus, — aus dem Mangel einer einheitlichen Staatsidee überhaupt muß die Opposition ihre Zuflucht zur Verfassung nehmen —, zu einem Papier! Ich habe alle Achtung vor der Verfassung, denn durch den Einfluß außerdeutscher Machtfaktoren ist diese Verfassung für uns gültig. Aber letzten Endes kann eine Verfassung und können Paragraphen immer nur ein notdürftiger Ausdruck des Lebens eines Volkes sein. Das ist es, m. H., was das Entscheidende ist: das Leben ist bereits über Sie hinweggegangen. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Wenn Sie es nicht glauben, dann sehen Sie sich unsere deutsche Jugend an. Sie hat keine Beziehungen mehr zu Ihnen, sie gehört nicht der Vergangenheit an, sondern der Gegenwart und der großen kämpferischen und schöpferischen Zukunft. Bezeichnend dafür ist eine Kleinigkeit, die ich dabei erwähnen muß. Wenn die beiden Kinder des Herrn Rechtsanwalts Abgeordneten Weise Mitglieder des Jungvolkes und des Bundes deutscher Mädels sind, (Zurufe) so ist das ein Beweis dafür, wie die Jugend bereits über die Alten hinweggegangen ist. Herr Weise soll selbst geäußert haben, — ich weiß nicht, ob es stimmt, — er wolle der Zukunft seiner Kinder nicht im Wege stehen. (C) Sehen Sie, Herr Abg. Weise weiß es selber: die Zukunft des deutschen Volkes ist der Nationalsozialismus! (Bravo! und Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Wenn Sie sich gegen den Vorwurf des Landesverrats und des Separatismus wehren und gewehrt haben, — ein gutes Zeichen! Aber die Taten müssen Ihren Worten folgen. In einem anderen deutschen Staat Mitteleuropas gab es einmal Männer, die begeistert von einem Anschluß schwärmten und einem großdeutschen Reich. Sie haben heute diesen Gedanken an die schicksalhafte Zusammengehörigkeit aller Deutschen in den Hintergrund gestellt. Sie, m. H. (nach links) sind auf dem Wege dazu. Dort hat man den österreichischen Menschen geschaffen, hier will man den Danziger Menschen schaffen. Verfassungsmäßig, das leugnet niemand, sind Sie im Recht. Aber neben diesem verfassungsmäßigen Recht gibt es, wie mir scheint, doch etwas anderes, nämlich ein heiliges völkisches Gewissen! Wenn geantwortet wird, besonders von der Gruppe Weise: „Wir sind auch national", wenn Sie mir vielleicht jetzt entgegenhalten werden: „Wir sind auch deutsche Menschen", so wollen wir Ihnen mit dem Worte unseres Führers entgegnen, der sagte: „Wir wollen nicht national sein gedämpft, mit Mäßigung, sondern wir wollen deutsch sein mit heißer, verzehrender Leidenschaft". Das ist es!

Ein zweites ist bezeichnend für Ihren Kampf. Sie haben nichts gelernt. Aus Ihren Reden, aus Ihren Anträgen und Anfragen, die Sie an uns richten, spricht immer wieder dasselbe, es ist uns (D) nichts Neues. Der Marxismus hat sich auch heute nicht geändert. Für ihn ist Geschichte Ausfluß von Wirtschaftsströmungen und letzten Endes Klassenkampf, auch hier in Danzig. Das ist die Lehre Ihres Herrn und Meisters Karl Marx. Ich verstehe auch Ihre Hoffnung in Danzig sehr gut. Sie sind niemals zur Macht gekommen in der Geschichte und werden auch niemals zur Macht kommen ohne die Spekulation auf die Wirtschaftsnot. „Man muß die Wunde am sozialen Volkskörper offen halten", hat einmal Ihr Führer August Bebel gesagt. Man muß in Danzig die Unzufriedenheit über die Wirtschaftslage hervorrufen, man muß sie schüren, man muß es dazu bringen, daß die Massen wirtschaftlich von der Nationalsozialistischen Regierung enttäuscht werden, dann werden wir einmal wieder zur Macht kommen. So denken Sie.

Sie können also nur zur Macht kommen, wenn Sie wie 1918 ein Chaos, einen Zusammenbruch hervorrufen. Sie glauben vielleicht im Kriegsjahr 1917 zu stehen, wo auch die Wirtschaftsnot damals für Ihre Hetze ein günstiger Boden war, eine Gelegenheit, von unten her so lange zu minieren, bis die lebende deutsche Front zusammenbrach, Sie glauben auch in Danzig an den Einfluß von Kreisen, die seit Schaffung dieses Staates eine Belastung unserer Wirtschaftsverhältnisse gewesen sind. Konnte Ihnen damals 1917/1918 von einer schwachen deutschen Regierung nicht das Handwerk gelegt werden, so hoffen Sie hier mit denselben Mitteln dasselbe Ziel unter der Aegide des Völkerbundes zu erreichen.

(Beyl, Abgeordneter)

(A) Dabei zeigen Sie, wie arm an Ideen Sie sind. Sie müßten wissen, daß im Völkerleben niemals dasselbe Ziel mit denselben Mitteln zu erreichen ist. Schon die Wirtschaftsnot, die zweifellos heute in Danzig besteht, ist nicht mit der Lage zu vergleichen, in der Deutschland im Kriegsjahr 1917 sich befand. Unsere nationalsozialistischen Führer sind aus anderm Holze geschnitzt als die Männer, die damals Deutschland regierten, und die Menschen sind anders geworden! Damals kämpfte das deutsche Volk um sein Leben, ohne zu wissen, worum es ging. Heute weiß die Danziger Bevölkerung, worum es geht: um das Leben der 400 000 Menschen auf diesem Boden.

Wir lassen uns durch Ihre Minierarbeit nicht erledigen. Denn wir haben unsern Auftrag nicht von irgendwelchen Instanzen bekommen, sondern das Schicksal drückte ihn uns in die Hand. Wir werden ihn erst aus der Hand geben, wenn dieser Auftrag erfüllt ist, keine Sekunde eher. (Zustimmung und Bravo! rechts.)

Auch das Zentrum ist sich in seiner Arbeit ewig treu geblieben. Sein altes Kampfmittel, der Schutz der Religion wird immer wieder ins Feld geführt. Wie der Marxismus vom Kampf der Klassen, so lebt das Zentrum vom Kampf um die Konfession. Sie nennen unsern Vorwurf der undeutschen Gesinnung, den wir Ihnen gemacht haben, ungeheuerlich. Sie können sich sehr schnell von diesem Vorwurf reinigen. Sie müssen nur eins tun: sich zu Deutschland und zu seinem Führer bekennen. Wenn beispielsweise ein Mann aus Ihren Reihen, den Sie alle kennen, wenn er auch kein (B) Danziger ist, der Pfarrer Moenius, geäußert hat, „wie ein Pfahl sitze dem deutschen Volk der katholische Volksteil im Fleische und verhindere die Bildung eines deutschen Nationalstaates", dann sage ich Ihnen: Beseitigen Sie diesen Pfahl, bleiben Sie Ihrer Religion treu und treten Sie für sie ein, aber denken Sie dabei auch an die Ihnen vom Herrgott aufgetragene Treue zu Ihrem Volk. Dann werden wir die ersten sein, die mit Ihnen zusammenarbeiten. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten.

Wir danken es unserer Regierung, daß sie die Lage so geschildert hat, wie sie ist, ohne Schönfärberei, ohne jenen lärmenden und zersetzenden Pessimismus, der heute künstlich ins Volk hineingetragen wird. Mit Freude begrüßen wir das Verhältnis zu unserem Nachbarlande Polen. Wir freuen uns, daß es ungetrübt ist, wenn wir auch den Wunsch nicht unterdrücken können, daß dieses gute Verhältnis sich stärker als bisher in Taten auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auswirken müßte. (Bravo! rechts.)

Daß unser Verhältnis zu unserem Mutterlande innig ist, daß es immer inniger gestaltet werde, ist unser sehnlichster Wunsch! So begrüßen wir es ganz besonders, daß Deutschland in einer nicht mehr zu übertreffenden Hilfsbereitschaft eingesprungen ist und Tausende von Arbeitern, Tausende von Pensionären und Beamten aufgenommen hat und in engster Verbundenheit mit uns für sie sorgt. Das ist wahrer Sozialismus, den Menschen, die hier Not leiden, Arbeit und Brot zu geben. Das hat unser Mutterland getan, deshalb danken wir es ihm! (Beifall rechts.)

Wenn hier in der letzten Volkstagssitzung Rufe (C) ertönten, Deutschland sollte lieber seine Schulden an Danzig bezahlen, so zeigt dieser Ruf ganz die Einstellung des Rufers. Deutschland sollte also, ohne Rücksicht auf seine eigene Devisenlage, ohne Rücksicht auf das Leben und die Arbeit von Millionen deutscher Menschen, von Millionen deutscher Arbeiter, ohne Rücksicht auf seine Wirtschafts- und Militärpolitik, auf die Gefahr hin, daß seine Arbeitslosigkeit wieder steigt und seine Währung bedroht wird, daß die Sicherung seiner Grenzen leiden könnte, ungeheuere Gelder nach Danzig werfen! Ich glaube es gern, daß es Leute hier in Danzig gibt, die einen solchen Zustand für Deutschland herbeiwünschen; denn dann könnte auch wieder einmal ihr Weizen drüben blühen. Wir aber als Nationalsozialisten sagen: Erst kommt die Sicherheit von 67 Millionen und dann erst das wirtschaftliche Wohlergehen von 400 000 deutscher Menschen hier in Danzig. (Sehr gut! Beifall rechts.) Wenn diese 67 Millionen drüben frei, unabhängig und stark sind, dann wird die Ausstrahlung seelischer und materieller Kräfte, die von ihnen ausgeht, auch bei uns zu verspüren sein.

Das Urteil des Obergerichts bedauern wir; denn wir wissen, daß bei jedem Wahlkampf Entgleisungen vorkommen werden, wie sie bei diesem Wahlkampf vorgekommen sind. Wenn diese Wahl nicht auf legalem Wege zustande gekommen sein soll, dann hätten wir früher allen Grund gehabt, jede Wahl in Deutschland und hier in Danzig anzufechten; denn uns hat man niemals schonend behandelt, wo immer auch gewählt worden ist. Die (D) Wahl, die wir hier in Danzig im Jahre 1930 unter dem jetzigen Nationalpolen und damaligen Innensenator Arczynski geschlagen haben, war für uns kein Kinderspiel. Aber wir verzichteten darauf, Beschwerde zu erheben, weil wir wußten, daß wir doch die Macht erringen würden durch die Bewegung, durch das deutsche Danziger Volk und nicht auf den Krücken irgendwelcher gerichtlicher Entscheidungen. (Sehr richtig! Beifall rechts.)

Immerhin begrüßen wir es, daß die einzige Instanz, die verfassungsmäßig eine Wahlanfechtung zu entscheiden hat, das Danziger Obergericht, sich auf den Standpunkt gestellt hat: diese Wahl ist gültig.

Mit Freuden stellen wir fest, daß der Umfang der Sparmaßnahmen, zwar einschneidend und hart für viele Einzelne, für die Gesamtheit des Danziger Volkes aber trotz allem, trotz aller Not, erträglich ist. Ich glaube, daß wir heute bei aller Vorsicht es doch aussprechen können, daß wir jetzt schon soweit sind, um wenigstens für die Aermsten der Armen, für die Erwerbslosen, etwas mehr tun zu können. Es war ein schweres halbes Jahr, das hinter uns liegt, und es wird ein schwerer Winter kommen, aber die Front steht ungebrochen, vom Kampf umtobt, aber auch gestählt, und sie sieht voller Hoffnung auf die Hauptarmee, das Deutsche Reich, dessen Stellung immer fester und unbesiegbarer geworden ist.

Daß der Senat sich entschlossen hat, den Empfehlungen der Genfer Einrichtung entgegenzukommen, beweist seinen Willen zur Zusammenarbeit, wenn auch da und dort der Rechtsstandpunkt bei uns Nationalsozialisten ein anderer ist. Aber

(**Beyl**, Abgeordneter)

(A) ich beabsichtige hier nicht ein Kolleg zu lesen über Einmischung und Nichteinmischung — so reizvoll es auch wäre —, sondern ich möchte nur ganz schüchtern auf die Tatsache hinweisen, daß wir nicht ein halbfreier Staat sind, wie ihn andere Kontinente kennen, daß wir auch kein Mandatsgebiet des Völkerbundes sind. Als man im Jahre 1919 Danzig gegen seinen Willen vom Mutterlande losriß, da betrog man uns um unser Selbstbestimmungsrecht, aber man gab uns wenigstens eines: das Recht, ein freier, unabhängiger, selbständiger Staat zu sein. Dieses Recht wollen wir uns auch nicht antasten lassen, auch nicht von einer Opposition, die den Willen hat, Danzig zu einem halbfreien Mandatsgebiet des Völkerbundes herunterzudrücken. (Beifall rechts.)

Es ist erfreulich, daß der Völkerbund sich nicht zuständig fühlt, sich in die innerpolitischen Angelegenheiten Danzigs einzumischen. Was uns als Nationalsozialisten aber besonders befriedigt, ist die Tatsache, daß der Ehrenschutz der nationalen Verbände bleibt. Wir hätten es nicht verstehen können, wenn der Senat über das Urteil des Obergerichts hinweggegangen wäre und dadurch praktisch die Grundlagen jeder Staatsautorität angetastet hätte.

Die Zahlen, die der Herr Finanzsenator gegeben hat, beweisen schlagend die Sparsamkeit der nationalsozialistischen Regierung, und man sollte endlich einmal hoffen, daß nunmehr das Gerede, das wahrlich als eine wirkliche „Flüsterpropaganda" von Mund zu Mund weitergegeben wird, von dem Mangel an Sparsamkeit, den die Nationalsozialisten angeblich zeigen, endlich einmal aufhört.

(B)

Ich will mich nicht mit Einzelheiten beschäftigen, so reizvoll es wäre, sondern ich will nur eines mit aller Deutlichkeit feststellen: Wir können heute nach einem schweren halben Jahr, das hinter uns liegt, sagen: Hier in Danzig ist Geschichte gemacht worden! Trotz schwerster, allerschwerster Opfer haben wir unsere Währung, unsere finanzielle und damit auch unsere staatliche Selbständigkeit gehalten. Vielleicht werden wir später einmal diesen Sommer 1935 als die Zeit der Wende auch in unserem Danziger Schicksal bezeichnen. (Sehr gut! Beifall rechts.)

So wollen wir in Zukunft fest und geschlossen unseren Weg gehen, weder rechts noch links sehen, sondern geradeaus in eine deutsche Zukunft. Daß trotz all dem Schweren, das wir durchmachen müssen, auch wieder bessere Zeiten kommen, ist unsere Zuversicht. Wir wissen, daß alles Leben Kampf ist. Auch im Völkerleben entscheiden letzten Endes nicht die dunklen Kräfte der Zersetzung und Zerstörung, sondern die lebendigen Kräfte des Aufbaues, Männer machen Geschichte! Weil wir an unser Volk und an unsere Zukunft glauben, so wissen wir, daß wir die seelische Kraft besitzen, aufrecht und entschlossen unseren Weg weiterzugehen in eine bessere deutsche Zukunft. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Vizepräsident Andres: Das Wort hat der Abg. Weber.

Weber, Abgeordneter (S.P.D.): M. D. u. H.! Der Herr Präsident des Senats und der Herr Finanzsenator haben in ihren Reden sich mit sehr zahlreichen Einzelheiten beschäftigt, zu denen Stellung zu nehmen in der kurzen Zeit, die uns zugemessen wurde, nicht möglich ist. Wir müssen es uns daher versagen, auf alle Einzelheiten einzugehen und können uns in der Hauptsache nur mit den grundsätzlichen Fragen beschäftigen. Aber auch das ist nur bedingt möglich, weil in diesem Hause die Gleichberechtigung für die Opposition zur Austragung grundsätzlicher Auffassungen nicht besteht. (C)

Wenn heute nach mehrmonatiger Frist der Volkstag wieder tagt, dann soll nach dem Willen der Nationalsozialisten seine Aufgabe auch heute nicht in erster Linie das ihm eigentlich zustehende Recht sein, gemeinsam mit dem Senat die Geschicke des Staates und der Bevölkerung zu bestimmen, sondern er soll gewissermaßen wiederum nur die Dekoration abgeben, die der nationalsozialistische Senat von Zeit zu Zeit zu benötigen scheint, um seinen Erklärungen einen Rahmen zu geben.

Bis zu dem Augenblick, in dem der Finanzsenator heute seine Rede hielt, hat man uns völlig darüber im Unklaren gelassen, ob der Senat nun endlich gemäß den Vorschriften der Verfassung dem Volkstag die seit zwei Jahren nicht veröffentlichten Haushaltspläne bekannt geben würde. Bis zu dem Augenblick, in dem ich hier das Wort zuerteilt erhielt, sind diese Haushaltspläne nicht einmal verteilt worden. Es gibt kein treffenderes Beispiel, um den Charakter des Danziger parlamentarischen Lebens im Zeichen des Nationalsozialismus zu kennzeichnen. Wir können, da uns die Etats bisher nicht vorgelegen haben, mit den Einzelheiten der Etats uns nicht beschäftigen. Wir haben auch nicht die Möglichkeit, all die Angaben nachzuprüfen, die der Herr Finanzsenator in seiner Rede machte. Seit zwei Jahren hat die Sozialdemokratische Fraktion immer wieder vergeblich auf die Vorschrift unserer Verfassung hingewiesen, die dem Senat die Vorlage der Haushaltspläne zur Pflicht macht. Die Schäden, die aus der Unterlassung des Senats für das Ansehen des Staates entstanden sind, haben sich seit langem eingestellt. (Lächerlich! rechts.) Ich weiß nicht, ob das so lächerlich ist. Der Herr Finanzsenator wird das wohl gespürt haben. Die Gefahren bestehen auch nach den Ausführungen des Herrn Finanzsenators weiter. Es muß völlig unbegreiflich erscheinen, wie angesichts der nach der Abwertung getroffenen Maßnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen der Präsident des Senats noch nach der Guldenabwertung erklären konnte, daß die Kassenlage des Staates noch nie so gut wie jetzt gewesen sei. (D)

Der Herr Finanzsenator hat hier die Finanzpolitik der früheren Regierungen angegriffen. Er hat in diesem Zusammenhang von einem damals erfolgten Behördenaufbau gesprochen. Konkrete Angaben hat er darüber nur spärlich gemacht. Wir wollen (Das Wenige genügt schon! rechts.) demgegenüber darauf hinweisen, daß unter dem nationalsozialistischen Senat ein großzügiger Mehraufwand in fast allen Zweigen der Verwaltung getrieben worden ist, der gar nicht ohne ernste Folgen für die Staatsfinanzen bleiben konnte. Die Erhöhung der Ausgaben für die Schaffung zahlreicher neuer und durchaus entbehrlicher Verwaltungen, die Neueinstellung von Beamten in großer Zahl, die Investierung von großen Kapitalien

(**Weber**, Abgeordneter)

(A) in Repräsentationsbauten, (Lügen ist doch verboten! rechts.)

Präsident: Ich bitte, den Herrn Abg. Weber nicht zu stören.

Weber, Abgeordneter (S.P.D.): Das war sogar eine Beleidigung. — Die Mehrausgaben zum Zwecke der Repräsentation und Propaganda, die gewaltigen Kosten für die Einrichtung der Landespolizei, deren Entbehrlichkeit nach der heutigen Erklärung des Senatspräsidenten als völlig erwiesen gelten kann, sind Beispiele dafür. Alle diese Maßnahmen, die ein starkes Anschwellen der Ausgaben bei zweifellos stark sinkenden Einnahmen erbrachten, sind ein überzeugender Beweis für die Ursachen der jetzigen Finanznot und sie sind überzeugender als die Behauptungen, die der Herr Finanzsenator für die Finanzpolitik der früheren Regierung hier anzuführen versuchte. Herr Finanzsenator Dr. Hoppenrath hat früher im Gegensatz zu seinen heutigen Behauptungen wiederholt unzweideutig betont, und, Herr Finanzsenator, ich kann Sie ja persönlich an diese Erklärungen erinnern, daß von einer sogenannten Mißwirtschaft zum mindesten der Linksregierung überhaupt keine Rede sein kann. Das haben Sie mehrfach in Gegenwart Ihrer Herren Beamten erklärt. (Widerspruch des Senators Dr. Hoppenrath.) Dann wären Sie ja im entscheidenden Teile an der Mißwirtschaft beteiligt gewesen, weil Sie in den letzten Jahren Finanzsenator gewesen sind. (Zuruf des Senators Dr. Hoppenrath.)

Wenn wir uns mit der Finanzgebarung des
(B) nationalsozialistischen Senats auseinandersetzen, tun wir es nicht aus Agitationsgründen, sondern um die Klarheit zu schaffen, auf die die Bevölkerung einen Anspruch hat. (Sie haben keine Verbindung mehr mit der Bevölkerung! rechts.) Die Opposition hat bekanntlich bei der Wahl über 40 Prozent der Stimmen trotz der Unterdrückungen erhalten, die das Obergericht festgestellt hat. Sie können also unsere Verbindung mit der Bevölkerung nicht abstreiten.

Wenn eine Regierung sich in der Führung der Staatsgeschäfte fast ausschließlich von innenpolitischen Interessen einer Partei, d. h. von den immer nur auf propagandistische Wirkungen bedachten Bestrebungen der NSDAP. leiten läßt, kann es nicht wundernehmen, wenn man anstelle von produktiver Arbeitsbeschaffung sogenannte Arbeitsschlachten führt, deren Planlosigkeit und geringer Nutzen jetzt zutagegetreten ist, (Das können Sie nicht beurteilen! bei den Nationalsozialisten.) so mußte es besonders in Anbetracht der übrigen Haushaltsgestaltung mit dem Versiegen der finanziellen Mittel und weiterer Erwerbslosigkeit enden. Daß das auch die Währung in Mitleidenschaft ziehen mußte, wird deutlich, wenn man die eigenartige und eigentlich unzulässige Finanzierung der sogenannten Arbeitsschlacht kennt und wenn man weiter berücksichtigt, daß es dem Senat nicht gelungen ist, das deutsche Reich zur Erfüllung seiner vertraglich festgesetzten Verpflichtung zu bewegen. Diese Tatsache allein widerlegt auch die von den Nationalsozialisten gern gebrauchte Phrase (Nun hör mal bald auf! rechts.), daß Danzig nur von Ihnen regiert werden könne, weil Ihre Parteifreunde im deutschen Reich an der Macht seien und weil der innerpolitische Gleichklang zwischen (C)
Danzig und dem Reich erhalten werden müssen. Im Gegensatz zu den Auffassungen des Herrn Abg. Beyl vertreten wir die Auffassung, daß das deutsche Reich ohne Rücksicht auf seine Rüstungspolitik, die wir für falsch halten, . . . (Lachen rechts.)

Präsident: Ich bitte den Herrn Abg. Weber nicht zu stören. (Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten.) Ich muß Sie dringend bitten, den Herrn Abg. Weber nicht zu stören. Er hat das Wort, sonst niemand.

Weber, Abgeordneter (S.P.D.): Wir hätten es für richtig gehalten, wenn Deutschland ohne Rücksicht auf seine Rüstungspolitik seine Schulden bezahlt hätte, um eine Abwertung des Danziger Guldens nicht zuzulassen. Wenn der Erfolg dieses nationalsozialistischen Gleichklangs mit dem Reich nichts weiter ist, als daß die Pensionäre, die mit Danzig innerlich und äußerlich verbunden sind, ihre Heimat verlassen müssen oder sollen und daß ferner 600 und wahrscheinlich noch mehr in Danzig bewährte Beamte in den Reichsdienst übertreten sollen, und daß Tausende von Danziger Erwerbslosen getrennt von ihren Familien für eine gewisse Zeit im Reiche für unzureichende Löhne und unter Bedingungen, die eines freien Arbeiters oft nicht würdig sind, arbeiten müssen, weil sie in Danzig dem Hunger preisgegeben werden, dann ist jene nationalsozialistische Agitationsphrase vollends als solche entlarvt. (Abg. Andres: Unerhört, das ist ja eine Beschimpfung!)

Präsident: Herr Abg. Andres, ich rufe Sie wegen dieser Störung **zur Ordnung.**

Weber, Abgeordneter (S.P.D.): Die Folgen, (D)
die sich für die Betroffenen und für die schwer ringende Danziger Wirtschaft ergeben, sind nicht abzusehen. Die Fortführung dieser Aussiedlungspolitik würde Danzig jedenfalls zu einer sterbenden Stadt machen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat nichts unterlassen, immer wieder auf die verhängnisvollen Auswirkungen dieser Maßnahmen hinzuweisen und verlangt, Abhilfe zu schaffen. Der Senat und die NSDAP. verhalten sich in diesem Punkte ebenso ablehnend wie in allen andern. Am Sonnabend hat die nationalsozialistische Mehrheit des Aeltestenausschusses des Volkstages ohne jede Prüfung eine Reihe von Anfragen und Anträgen der Oppositionsparteien, die Probleme berühren, die für die gesamte Bevölkerung lebenswichtig sind, einfach für die Beratung im Volkstag als ungeeignet zurückgewiesen. (Ohne Prüfung ist unwahr! bei den Nationalsozialisten.)

In Danzig lebt die große Masse der Bevölkerung unter den schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Guldenabwertung hat sie einen großen Teil ihres Vermögens und Einkommens gekostet. Der Winter ist mit seiner zusätzlichen Not gekommen. Mit keinem Wort ist der Senat ernsthaft auf die Frage eingegangen, wie die große Masse der Danziger notleidenden Bevölkerung nach der Guldenabwertung und der damit verbundenen Abzüge von mindestens einem Drittel ihrer Einkünfte sich Sattessen, Kleidung und Heizung beschaffen soll. Uns liegt besonders das Schicksal der Arbeiterschaft, der Erwerbslosen, der Rentner am Herzen. Herr Beyl hat gemeint, daß die Lage der Bevölkerung im allgemeinen erträglich sei. Ich

(**Weber**, Abgeordneter)

(A) glaube, daß diese Kreise darüber wesentlich anderer Meinung sind. Diese legen auf die Beantwortung der Frage: Wie will der Senat einen Ausgleich für die durch die Guldenabwertung entstandenen Verluste ihrer schon vorher kargen Bezüge herbeiführen? (Senator Dr. Hoppenrath: Woher will die Sozialdemokratie das Geld dafür schaffen?) Durch Einsparung der von Ihnen in den letzten Jahren verursachten Mehrausgaben. Glaubt der Senat wirklich an der von ihm gegebenen Anweisung festhalten zu können, nach der keine Lohn- und Gehaltserhöhungen stattfinden dürfen? Als die Guldenabwertung über Danzig hereinbrach und sich jeder Mensch darüber klar sein mußte, welche schweren Folgen sie allein für die breiten Massen der Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsempfänger und damit auch für die Gewerbetreibenden haben mußte, hat der Präsident des Senats von diesem Platze aus erklärt, er würde dafür Sorge tragen, daß die Lage der breiten Bevölkerung keine fühlbare Verschlechterung erfahre. Dieses Wort haben die werktätigen Massen nicht vergessen, es scheint aber, als ob der Senat sich über seine Erfüllung noch keine eingehenden Gedanken gemacht hat, denn wir haben auch heute darüber in seinen Reden nichts vernommen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, in dem die Aufhebung des Verbots von Gehaltserhöhungen und die Angleichung der Unterstützungen und Renten an die allgemeine Preissteigerung gefordert wurde. Die Vertreter der nationalsozialistischen Fraktion im Aeltesten-Ausschuß haben die Behandlung dieser Frage

(B) im Volkstag für ungeeignet gehalten. Noch immer wird versucht, die Leistungen des Winterhilfswerkes als einen Ersatz für eine ausreichende staatliche soziale Fürsorge hinzustellen. Ganz abgesehen davon, daß die Leistungen des Winterhilfswerks völlig ungenügend sind, . . . (Anhaltender Widerspruch rechts — Glocke des Präsidenten.) Ich habe leider nicht die Zeit, Ihnen das jetzt auseinanderzusetzen, weil es die Redezeit nicht zuläßt, aber die Bevölkerung weiß das selbst zu beurteilen.

Zu diesen ungenügenden Leistungen des Winterhilfswerks ist in diesem Winter noch ein weiterer Umstand hinzugetreten, nämlich der, daß das Winterhilfswerk allmählich geradezu zu einem trennenden Moment für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Staatsbürger geworden ist. (Aha! rechts.) Täglich werden Fälle gemeldet, wo Familien, die im großen Elend leben, augenscheinlich deshalb nicht unterstützt werden, weil sie nicht eine der NSDAP. genehme Gesinnung haben. (Senator Batzer: Namen nennen!) Fünfzig Namen könnte ich Ihnen hier sofort nennen. (Zurufe rechts. — Glocke des Präsidenten.) Wenn der zuständige Herr Staatskommissar für das Winterhilfswerk Wert darauf legt, das Material kennen zu lernen, so bin ich gern bereit, es vorzulegen. Allein aus einem Stadtbezirk kann ich Ihnen 50 Namen nennen von Familien, die nichts bekommen haben. Das Winterhilfswerk wird unter diesen Umständen von dem größten Teil der Bevölkerung nur als ein Propagandamittel für die NSDAP. angesehen, als Mittel, durch das man hofft, die Ablehnung des Nationalsozialismus in der notleidenden Bevölkerung zu überwinden. Das alles geschieht, obwohl der Senat einen Staatskommissar (C) für die Winterhilfe eingesetzt hat und obwohl er durch ein allgemeines Sammelverbot verhindert hat, daß denen, die vom Winterhilfswerk nicht berücksichtigt werden, durch andere private Wohlfahrtspflege geholfen wird. (Zuruf rechts: Aha, deswegen Frau Müller! rechts.)

Alle diese Dinge müssen die Bevölkerung immer mehr in der Ueberzeugung bestärken, daß es den Nationalsozialisten um nichts anderes mehr geht, als um die Erhaltung ihrer Macht. Aus diesem Bestreben heraus erklärt sich heute ein großer Teil ihrer Politik, und in diesem Zusammenhang ist auch der Ausspruch des Herrn Präsidenten des Senats erwähnenswert, daß er nötigenfalls die Bevölkerung zwingen werde, einzusehen, daß der Nationalsozialismus es gut mit ihr meine.

In völliger Verkennung der demokratischen Grundlagen dieses Staatswesens hat der Herr Präsident sogar einmal erklärt und es dem Sinne nach heute auch wiederholt, daß er aus seinem Amt nicht eher weichen werde, als bis ihm seine Partei — wohlgemerkt, nicht das Volk! — das Vertrauen entziehe, was aber — so hofft er — nicht geschehen werde oder bis man ihn tot aus dem Hause tragen werde. (Das können Sie nicht verstehen! rechts.) Solche Worte zeugen jedoch nicht von Stärke, ebensowenig wie die Drohungen des Gauleiters Forster und das Kraftmeiertum des „Vorpostens".

Der Präsident des Senats hat heute der Opposition erneut vorgeworfen, daß sie die Angebote auf Mitarbeit ausgeschlagen habe. Wie diese Mitarbeit aussehen sollte, das hat einmal der „Vorposten" gesagt, als er schrieb: „Wir allein haben (D) das Wort und kein anderer!" Wir haben auch keine Anzeichen festgestellt, daß die NSDAP. jemals bereit war, von ihrem autoritären Herrschaftsanspruch abzugehen.

Die übergroße Mehrheit der Danziger Bevölkerung hat es schon aufgegeben, zu hoffen, der nationalsozialistische Senat könnte aus der eigenen Erkenntnis der Unhaltbarkeit der seit 2½ Jahren immer stärker in Erscheinung tretenden politischen, wirtschaftlichen und auch rechtlichen Mißstände im Freistaat, seine Methoden wechseln. Obwohl es keines Beweises mehr dafür bedarf, daß die Gleichschaltung des Staates mit der NSDAP. im Rahmen seiner demokratischen Verfassung nicht nur rechtlich unmöglich ist, sondern auch in der Praxis den Staat gefährdet, scheinen die Bemühungen auch weiter dahin zu gehen, die Bevölkerung unter den Zwang einer Parteidoktrin zu bringen.

Trotz der Feststellungen des Danziger Obergerichts, in denen mehrfach die parteiische Einstellung des Senats gerügt und in denen dem Senat Rechtsverstöße vorgeworfen wurden, scheint nichts unternommen zu werden, um das verfassungsmäßige Leben Danzigs zu sichern. Oeffentliche Gebäude flaggen nach wie vor die Hakenkreuzflagge. (Na, was denn sonst?! rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Weber, sonst niemand!

Weber, Abgeordneter (S.P.D.): Der Staatliche Hilfsdienst wird als Propagandatruppe für die NSDAP. eingesetzt und in der Schule können parteipolitische Faktoren agitieren. Der Herr

(**Weber**, Abgeordneter)

(A) Präsident des Senats hat heute erklärt, daß es dabei in der Hauptsache sein Bewenden haben werde.

Zu der Stellungnahme des Senats zu den Völkerbundsinstanzen haben wir zu erklären: Wir achten die Rechtslage in Danzig. Die Bevölkerung hat es am 7. April abgelehnt, den Nationalsozialisten die Vollmacht zur Verfassungsänderung zu geben. Daraus ergeben sich auch für die Nationalsozialisten alle Konsequenzen. Wir weisen die Vorwürfe, die uns der Abgeordnete Beyl wegen der Anrufung der Genfer Instanzen in moralischer Hinsicht machen wollte, mit aller Entschiedenheit zurück. (Zuruf rechts: Das ist alles, was Sie darauf zu sagen haben?) Der Rahmen unserer kurzen Redezeit reicht nicht aus, um sich mit der Auffassung, die Herr Beyl hier über den Völkerbund vertreten hat, auseinandersetzen zu können. Vielleicht bietet sich dazu später einmal Gelegenheit.

Herr Beyl hat hier gesagt — und er hat seine Worte an die Adresse der Opposition gerichtet — daß sie doch nicht versuchen solle, die Zeit in die Vergangenheit zurückzuführen. Dieser Vorwurf kann die Sozialdemokratie bestimmt nicht treffen. (Na, na! rechts.) Vielleicht überprüfen die Nationalsozialisten ihre Politik einmal daraufhin, ob nicht ihre Politik in die Vergangenheit zurückführt. Wir haben unsere Tätigkeit jedenfalls nicht darauf eingestellt, sondern unsere Tätigkeit geht auf die Schaffung einer besseren Zukunft hinaus. (Heiterkeit rechts. — Zurufe.) Wenn Herr Beyl gesagt hat, daß die Opposition und insbesondere die Sozialdemokratie keine andere Idee hätten als den Völkerbund und die Verfassung, so kann ich Ihnen (B) darauf nur anführen: Die Idee, für die wir kämpfen, ist die Idee des Sozialismus und diese Idee gibt uns in unserem Kampf auch den Glauben an unseren Sieg. (Zurufe — Unruhe — Glocke des Präsidenten.) Und wenn Herr Beyl weiter glaubte, uns vorwerfen zu können, daß wir die Unzufriedenheit der Bevölkerung ausnutzen und daß wir die Notlage als Vorspann für unsere Agitation benutzen, nun, Herr Beyl, vielleicht schlagen sich die Nationalsozialisten einmal selbst an die Brust, denn wir brauchen doch nur einmal untersuchen, woher eigentlich die Voraussetzungen des Nationalsozialismus für sein Aufkommen herzuleiten sind. Hat er es nicht in einer geradezu rücksichtslosen Ausnutzung der Unzufriedenheit und der materiellen Notlage der Bevölkerung getan? Ich erinnere dabei nur an die Agitation, die Sie mit den Inflationsopfern getrieben haben. Dies nur als ein Beispiel. Ich erinnere weiter daran, daß Sie sich nicht gescheut haben, Lohnstreiks der Arbeiter für Ihre Agitation nutzbar zu machen, Sie haben also nicht das Recht, anderen Parteien Vorwürfe zu machen.

Wenn weiterhin darüber Beschwerde geführt wurde, daß wir einen scharfen Kampf gegen die Regierung führen, — kein anderer als der Senatspräsident Greiser hat selbst erklärt, daß wenn die Nationalsozialisten zu einer Regierung in Opposition gestanden hätten, die eine solche Abwertung vornahm, sie einen solchen rücksichtslosen Kampf geführt haben würden, daß die Regierung von Ihnen (nach rechts) in 14 Tagen gestürzt worden wäre. Sie haben also nicht das moralische Recht, der Oppositionspartei Vorwürfe zu machen, daß sie ihren Kampf zu rücksichtslos führe. (Zwischenrufe. — Präsident des Senats Greiser: Damit geben Sie Ihre innere Schwäche zu.) (C)

Präsident: Ich möchte bitten, den Herrn Abg. Weber nicht zu stören. Ich habe nichts gegen Zwischenrufe, nur dürfen die Reden dadurch nicht gestört werden, auch dürfen die Zwischenrufe nicht beleidigend sein.

Weber, Abgeordneter (S.P.D.): Herr Präsident Greiser, es wird einmal die Zeit kommen, wo wir Ihnen unsere innere Stärke beweisen werden. (Lachen rechts.) Es ist noch nicht aller Tage Abend! Im übrigen gehen die Zwischenrufe von meiner knappen Redezeit ab. (Zuruf des Präsidenten des Senats Greiser: „Ich bitte, Herrn Weber zwei Minuten für meine Zwischenrufe gut zu schreiben!") Ich weiß nicht, ob ich, da Sie uns sonst nicht entgegenkommen, dieses Entgegenkommen annehmen soll.

Es ist richtig, daß ein größerer Teil der Bevölkerung einmal geneigt war, den Nationalsozialisten die Verantwortung für die Führung des Staates zuzuerkennen. Heute ist diese Zeit längst vorbei. Heute wünscht die große Mehrheit des Volkes den Tag herbei, an dem der Nationalsozialismus abtritt.

Ein großer Teil der Bevölkerung hatte gehofft, daß das Obergericht in seiner Entscheidung über die Wahlanfechtungsklage die Volkstagwahl vom 7. April im ganzen aufheben werde. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, wenn auch das Obergericht die meisten schweren Verstöße bei der Volkstagswahl, insbesondere auch die Unzulässigkeit der in großem Maßstab von der Regierung betriebenen amtlichen Wahlbeeinflussung ausdrücklich bestätigt hat. (Wie schrecklich! rechts.) Vielleicht wird Ihnen noch einmal darüber schrecklich! — Das Obergericht hat sich trotzdem nicht für berechtigt gehalten, die ganze Wahl für ungültig zu erklären. Das Obergericht hat den erfolgreichsten Teil der amtlichen Wahlbeeinflussung (Präsident des Senats Greiser: Das Obergericht hat von mir den Befehl dazu bekommen! — Heiterkeit.) Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie das gesagt haben. (Präsident des Senats Greiser: Hineingefallen! — Erneute Heiterkeit.) Das Obergericht hat sich trotz der festgestellten amtlichen Wahlbeeinflussung deswegen nicht zu einer allgemeinen Ungültigkeitserklärung der Wahl aufgeschwungen, weil es die Zahl der beeinflußbaren Wähler für verhältnismäßig klein eingeschätzt hat. Aber trotzdem wird dies Obergerichtsurteil seinen Wert behalten. Das beweisen am besten die Ausfälle von Ihnen und Herrn Forster, daß die Opposition zum Kadi laufe. (D)

Nach dieser Entscheidung des Obergerichts wird die Sozialdemokratie in völligem Einvernehmen mit den anderen Oppositionsparteien (Aha! bei den Nationalsozialisten) jeden zulässigen Schritt tun, der geeignet ist, zu einer Neuwahl des Volkstages zu führen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie das Urteil des Volkes über den Nationalsozialismus in der vom Abg. Beyl selbst als herankommend angekündigten Generalentscheidung ausfällt, darüber kann es keinen Zweifel mehr geben. Auch die Nationalsozialisten wissen, daß eine Volkstagsneuwahl ihren Sturz herbeiführen würde. (Sehr gut! links.) Warum würden sie sich

(Weber, Abgeordneter)

(A) sonst dagegen sträuben. (Den Zeitpunkt bestimmen wir, und nicht Sie! bei den Nationalsozialisten.) Schon am 7. April — (Zuruf des Präsidenten des Senats Greiser: Wer soll denn den Volkstag auflösen?) Ihre Mehrheit braucht doch nur zuzustimmen. (Wir bestimmen den Zeitpunkt! rechts.) Sie haben früher stets betont, daß Sie jederzeit gewillt sind, sich dem Volk zur Entscheidung zu stellen. Beweisen Sie, daß Sie jetzt dazu bereit sind. Wenn Sie es nicht tun, so zeigen Sie damit, daß Sie vor der Entscheidung des Volkes Angst haben. (Zwischenrufe rechts.) Schon am 7. April hätten Sie, wenn die Wahlen ordnungsmäßig vor sich gegangen wären, nicht die Mehrheit erhalten. Die NSDAP und die von ihr auf den Schild gehobene Regierung hat in Danzig versagt. Sie hat Staat und Bevölkerung nicht helfen können, weil sie an die Stelle der Demokratie und der politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Freien Stadt eine Parteidoktrin zu setzen versucht und weil sie, anstatt den Wunsch und das Wohl des ganzen Volkes zur Richtschnur des Handelns zu nehmen, parteipolitische Gesichtspunkte hat walten lassen.

Es gibt heute kein besseres Mittel, um Danzig zu helfen, als die Ablösung dieses nationalsozialistischen Regimes. Die Sozialdemokratie als die Vertreterin der freiheitsliebenden, schaffenden, notleidenden Masse der deutschen Danziger Bevölkerung und als traditionelle Verfechterin des Grundsatzes der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Polen wird deshalb keine geeigneten Schritte unversucht lassen, die das Ziel haben, den Sturz (B) des nationalsozialistischen Systems herbeizuführen und an seine Stelle eine bessere und gesündere Ordnung in Danzig zu setzen. (Passen Sie nur auf, daß Sie nicht gestürzt werden! bei den Nationalsozialisten. — Beifall links. — Abg. Weber verläßt die Redner-Tribüne. — Präsident des Senats Greiser: Herr Weber, warum haben Sie nicht zugegeben, daß Sie gestern abend die Petition eingereicht haben, das wäre viel ehrlicher und offener gewesen! — Hört, hört! und Pfui-Rufe rechts. — Abg. Weber: Das ist garnicht bestritten worden!)

Präsident: Das Wort hat Herr Senator Batzer.

Batzer, Senator: Herr Abg. Weber, Sie sagten vorhin: „Mit keinem Wort hat es der Senat notwendig gehabt, auf die soziale Notlage einzugehen". Das beweise, daß er sich überhaupt keine Gedanken darüber gemacht habe. Herr Abg. Weber, ich möchte Ihnen nur sagen, daß der Senat es bis heute noch nicht für notwendig gehalten hat, Sie zu seinen Senatssitzungen einzuladen. Ich glaube, wir werden es auch in der Zukunft nicht nötig haben. Daher können Sie es nicht wissen, welche Sorgen wir uns um das Wohl und Wehe der Bevölkerung machen. Ich glaube, daß ich Ihnen, wenn Sie mich kennen, genügend Gewähr dafür biete, daß wir uns im Senat mit den notwendigen Maßnahmen befaßt haben.

Ich möchte nur etwas wiederholen, was Ihnen bereits bekannt ist. Seit der Uebernahme des Amtes Soziales ist eine Umorganisation im Wohlfahrtsamt vor sich gegangen, die, wie Sie heute vom Herrn Finanzsenator hörten, eine Einsparung von rd. 300 000 Gulden mit sich brachte. Diese Umorganisation hat aber keinerlei Beeinträchtigung der staatlichen Hilfsmittel für die Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger gebracht und darf (C) es auch nicht bringen. Wir sind uns dessen bewußt, daß diese Kreise am meisten unter der Abwertung leiden. Daß wir uns darüber Sorge machen, beweist die ständige Untersuchung des Senats, mit allen Mitteln zu versuchen, in allen Etats einen Ausgleich zu finden. Ob es möglich ist, den Ausgleich allgemein zu finden, kann ich Ihnen heute noch nicht abschließend sagen. Soviel habe ich erreicht, daß der Senat zugestimmt hat, daß für die Wohlfahrtsempfänger, die am meisten darunter leiden, ein gewisser Ausgleich kommen soll. Für den Monat sind augenblicklich 40 000 Gulden Ausgleich zugebilligt worden, den der Senat zur Verfügung gestellt hat. (Ueber die nationalsozialistische Volkswohlfahrt? links.) Darauf komme ich noch. Ich habe keinen Grund, hier über das Winterhilfswerk und die nationalsozialistische Volkswohlfahrt zu sprechen. (Zwischenrufe links.) Der Ausgleich ist staatlich. Sie belieben es, die beiden Sachen zusammenzuwerfen. Jede Erklärung, die ich Ihnen abgebe, genügt Ihnen nicht, weil diese Fragen ganz billiger Agitationsstoff sind. Ich bin ehrlich und offen und sage Ihnen, was ich beabsichtige, und das halte ich auch. Ich lasse mich durch niemanden von meiner Linie abbringen. Ich möchte Ihnen eins sagen: Die Winterhilfe, das Staatliche Wohlfahrtsamt und die Abteilung Soziales haben miteinander überhaupt nichts zu tun. Sie verfolgen allerdings das gleiche Ziel, einem Bevölkerungsteil zu helfen. Sie haben aber nichts miteinander zu tun und sind auch in keiner Weise vereinigt. Ich verbitte es mir, daß Sie das immer wieder hier behaupten, ohne es zu beweisen. (D) M. H.!, wir haben die staatliche Wohlfahrtspflege nicht abgebaut, sondern sie ist so geblieben, wie wir sie übernommen haben, das was vorher gegeben worden ist, das wird auch weiter gegeben. (Sie kürzen doch jetzt die Erwerbslosenunterstützungen! links.) Das ist nicht wahr! (Aber Sie kürzen sie doch! links.)

Aber nun etwas zur Winterhilfe. Wenn Sie die Winterhilfe angreifen, dann erkläre ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit: Es wird weder vom Staat, noch von der nationalsozialistischen Bewegung oder von mir etwa verlangt, daß irgend ein Unterschied zu machen sei. (Er wird aber doch gemacht! links. — Ihre Amtswalter machen ihn doch! links.) Der Unterschied, der gemacht wird, den verantworte ich auch! (Also doch ein Unterschied! links.) Ich möchte hier nur daran erinnern, daß ich zu den Mitgliedern der Zentrumspartei gesagt habe: „Meine Herren, wer mitarbeiten will, dem habe ich noch nie den Weg versperrt. Ich habe dann die Mitteilungen der Zentrumspartei erhalten, sie wurden untersucht und die Zentrumspartei wird auch von mir die Antwort erhalten und Sie werden alsdann zu der Ueberzeugung gelangen, daß ich voll und ganz im Recht bin.

Ich möchte den Herren vom Zentrum aber noch sagen: Mitarbeit ist gut, aber nicht nur Mitarbeit, die sich auf Kritik beschränkt, sondern wirkliche Arbeit und die biete ich Ihnen ja dauernd an. Ich habe auch den ganzen freien Organisationen, die wir anerkennen, die Mitarbeit angeboten, sie haben sie abgelehnt. Ich habe diese Mitarbeit auch dem Charitasverband, der doch wohl Ihnen meine

(Batzer, Senator)

(A) Herren vom Zentrum, nahesteht, ebenfalls angeboten. (Das wäre eine Propaganda für Ihre Partei gewesen! beim Zentrum. — Aha! rechts.) M. H.!, ich kann Ihnen ein Gegenstück dazu nennen, der Charitasverband hat in sehr vielen Ortsgruppen sehr gut mitgearbeitet. Es wird uns niemand den Beweis dafür erbringen können, daß wir jemals parteiisch vorgegangen sind.

Wenn Sie aber, meine Herren von links, und besonders diese Gesellschaft um die „Volksstimme" herum, glauben, das Winterhilfswerk und die N.S.-Volkswohlfahrt dauernd beschimpfen zu können, dann aber in demselben Augenblicke verlangen, von diesen Einrichtungen noch unterstützt zu werden, ich weiß wirklich nicht, welchen Ausdruck ich hier gebrauchen soll, um Ihr Verhalten treffend zu kennzeichnen. Jedenfalls „unmoralisch" ist dieses Verhalten zum mindesten, wenn man von einem, den man dauernd beschimpft, noch Unterstützungen verlangt.

Ich habe Ihnen gesagt, daß beim Winterhilfswerk kein Unterschied gemacht wird, aber ich mache den Unterschied bei der Volkswohlfahrt. Wer mir als Gegner im Kampf entgegentritt, der wird niedergetreten, das ist ganz sicher. Und wenn diese Herren um die „Volksstimme" herum noch so schreien und mein Werk dauernd in den Schmutz ziehen, dann scheiden Ihre Anhänger eben aus. Das, Herr Weber, habe ich Ihnen jetzt in aller Deutlichkeit gesagt, sehen Sie, so ehrlich bin ich! (Aber Sie sammeln doch beim Gegner! links.) Jeder, der dem Winterhilfswerk etwas gibt, tut

(B) das freiwillig. Jeder, der dem Winterhilfswerk etwas gibt, weiß auch, für welche Zwecke er damit spendet und wie das Winterhilfswerk arbeitet und verwaltet wird. Aber wer uns nichts geben will, der gibt nichts, und von Ihrer Gesellschaft bekommen wir so wie so nichts. (Beifall rechts.)

Also, m. H.! gewöhnen Sie es sich endlich einmal ab, das staatliche Amt Soziales mit dem Winterhilfswerk irgendwie in Verbindung zu bringen. Ja, gewöhnen Sie es sich auch ab, das Winterhilfswerk irgendwie mit der N. S. Volkswohlfahrt irgendwie in Verbindung zu bringen. Die N. S. Volkswohlfahrt ist eine nationalsozialistische Organisation und hat immer noch das Recht, nach ihren Grundsätzen zu arbeiten. Die N. S. Volkswohlfahrt ist keine staatliche Einrichtung. Wenn die N.S.Volkswohlfahrt über den Kreis der Parteigenossen hinaus die ganze Bevölkerung umfaßt, dann tun wir das nach grundsätzlichen Erwägungen und wenn wir versuchen, unsere politischen Gegner, die Menschen, die uns auf Schritt und Tritt verfolgen und bekämpfen, dabei auszuschließen, so werden Sie uns das nicht verdenken. Daß wir aber auch aus Ihren Kreisen Leute betreut haben, daß auch von Ihnen Angehörige verschickt worden sind, — vielleicht fragen Sie einmal Ihren Parteigenossen Kruppke, dessen Kinder ja auch verschickt worden sind. (Abg. Kruppke: Aber gegen meinen Willen! — Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Wer helfen kann, soll mithelfen. Sie haben heute schon gehört, daß wir auf dem besten Wege sind, zu helfen. Ich möchte aber noch einmal das wiederholen, was ich schon am Anfang sagte: Sie können an mich Briefe richten. Aber ich verstehe unter Mithilfe nicht Kritik, sondern ich wünsche (C) diese Hilfe in Form der Mitarbeit und deshalb sagen Sie Ihren Anhängern, daß sie mit allen Kräften das Winterhilfswerk unterstützen sollen, dann sind wir endlich da, wo wir hinwollen. (Starker Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Klein.

Klein, Abgeordneter (Z.): Namens der Zentrumsfraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die beiden Regierungserklärungen waren unseres Erachtens derartig, daß wir vom Zentrum es ablehnen, darauf einzugehen. (Große Heiterkeit rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Gamm.

Gamm, Abgeordneter (Gruppe Weise): Der Inhalt der Reden der beiden Regierungsvertreter, des Herrn Senatspräsidenten und des Herrn Finanzsenators, waren derart, daß es uns unmöglich ist, dazu Stellung zu nehmen. (Heiterkeit rechts und Zurufe.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Plenikowski.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Ich bedaure es, die Minuten nicht zugelegt zu bekommen, die die beiden Vorredner nicht ausgenutzt haben, um hier einmal eingehend auf die Ausführungen eingehen zu können, die gemacht worden sind.

Jedenfalls stellen die Ausführungen des Senats erneut unter Beweis: Der Nationalsozialismus ist Danzigs Unglück! Haben die gemachten Ausführungen etwa beweisen können, daß der Na- (D) tionalsozialismus das „System" geändert hat? Als typischer Beweis dafür sitzt ja hier Herr Hoppenrath. Nach wie vor wird die übergroße Hauptlast der Steuern von den werktätigen Volksschichten getragen, nach wie vor wird der größte Teil der Steuergelder zur Aufrechterhaltung des staatlichen Machtapparates verwendet. Gewiß ist manches anders geworden. Man frage nur einmal den Arbeiter, den Angestellten, den Beamten; man frage den Arbeitslosen und Rentenempfänger, den Bauern und Gewerbetreibenden. Sie alle werden diese Veränderung bestätigen müssen. Es ist zwar anders, aber es ist noch viel schlimmer geworden. Und doch erhofften große Massen gerade vom Dritten Reich, von der nationalsozialistischen Machtergreifung die Rettung vor der endgültigen Verelendung. Trugen sie bisher nur Lasten, so wurden diese Lasten jetzt zur jammervollen Fron. Erhielten sie bisher nur mangelhafteste Unterstützung, so bekommen sie jetzt in des Wortes wahrester Bedeutung „Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel". Wurde Danzig bisher in immer stärkerem Maße unter Berücksichtigung polnischer Interessen regiert, so kann man nicht behaupten, daß diese Politik sich geändert hat. Den polnischen Wünschen ist man noch nie soweit entgegengekommen, wie in den beiden letzten Jahren. Diese Politik Polen gegenüber hat wirklich nichts mehr mit Verständigungspolitik zu tun, es ist die gleiche Politik, wie sie von Tschang Kei Scheck gegenüber Japan betrieben wird. Statt nationaler und sozialer Befreiung brachte der Nationalsozialismus Danzig und seiner Bevölkerung eine noch größere Abhängigkeit von Polen und bitterste Armut.

(Plenikowski, Abgeordneter)

(A) Angesichts dieser unbestreitbaren Wirklichkeit wagt der Nationalsozialismus zu behaupten, seine Gegner betrieben nur „Opposition aus Haß". (Was denn? rechts.) Der Zustand der Staatsfinanzen, der Zustand der innenpolitischen Situation, der Zustand der Abhängigkeit Danzigs von Polen, die ungeheuere Armut, in die wir geraten sind und in die wir mit jedem Tag tiefer hineingeraten, weckt den sehnlichsten Wunsch in allen nationalsozialistischen Gegnern nach Sammlung und einheitlichem Handeln. Wir Kommunisten fordern dazu nicht zum ersten Male auf. Nicht weil wir die „frischgedruckte Anweisung der Komintern aus Moskau zur Verlesung bringen, sondern einzig und allein, um den Kampf um die Sicherung der Existenz Danzigs und seiner Bevölkerung zu führen. Dieser großen Aufgabe der Sammlung und für einheitliches Handeln werden wir uns nicht entziehen, denn wir Kommunisten haben keine Sonderinteressen. Die allgemeinen Interessen des Volkes und der Menschheit sind unsere Interessen, die wahrzunehmen, für die zu kämpfen wir keine Opfer scheuen.

Da der Nationalsozialismus jedoch die Verwirklichung des einheitlichen Handelns mit dem ständigen Hinweis auf die „Anweisungen Moskaus", die „Hand Moskaus" zu mißkreditieren sucht aus Furcht, sie könne zustande kommen, scheuen wir uns nicht, zu erklären:

Jawohl, Moskau, das russische 170-Millionen-Volk der Arbeiter und Bauern marschiert an der Spitze des Kampfes, den die unterdrückte Menschheit gegen Hunger, Unterdrückung und Krieg für (B) Frieden und Sozialismus und für die soziale und nationale Befreiung aller Völker führt. Gerade deshalb wird ja die Sowjet-Union von allen Gegnern des Friedens und des Sozialismus so gehaßt, aber gerade deshalb sind wir stolz darauf, für die gleichen Ziele zu kämpfen, auch für die Befreiung des deutschen Volkes. Sich jedoch dadurch vom Kampf gegen den Nationalsozialismus in einheitlicher Front abhalten lassen, hieße die nationalsozialistische Herrschaft unterstützen. Wir werden uns deshalb nicht beirren lassen, immer wieder erneut den Appell zur Sammlung und für einheitliches Handeln zu erheben.

Präsident: Herr Abg. Plenikowski, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist. Ich bitte Sie, Ihre Rede zu schließen. (Ohne Manuskript war es viel schöner! rechts.)

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Wir sind uns klar darüber, daß der Nationalsozialismus keinen „Entscheidungen" und „Beschlüssen" weichen wird und daß er auf seine Kraft pocht. Deshalb appellieren wir an die Kräfte des Anti-Nationalsozialismus. Diese Kräfte gegen den Nationalsozialismus eingesetzt, dann wird die Entscheidung über Danzigs Schicksal gefällt.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Budzynski.

Budzynski, Abgeordneter (P.): Um die Zeit auszunutzen, habe ich mir erlaubt, schon vorher meinen Platz zu verlassen. — M. D. u. H., ich glaube, daß ich es als Nichtangehöriger der beiden feindlichen Bruderparteien wohl am besten beurteilen kann, wie sich heute die Lage in Danzig entwickelt hat. Ich werde mich bemühen, diese Lage auch ganz objektiv zu schildern. In der heutigen (C) Sitzung fiel mir auf, daß z. B. der Herr Finanzsenator seine Ausführungen vielleicht unbeabsichtigt sogar etwas schärfer ausfallen ließ. Ich habe diese meine Annahme durch die Rede des Herrn Präsidenten des Senats sogar bestätigt gefunden, da der Herr Präsident des Senats der Opposition nochmals ein sogenanntes Friedensangebot machte bezw. die Opposition zur Mitarbeit aufforderte, was zwar im Interesse der Danziger Bevölkerung gelegen hätte, leider aber nicht das nötige Verständnis gefunden hat. Das ist zu bedauern.

Zur Rede des Finanzsenators selbst: Ich hätte natürlich lieber gesehen, daß wir nach einer so langen Zeit, innerhalb welcher wir ohne jede Nachricht über die Finanzlage der Freien Stadt Danzig waren, endlich die einzelnen Etats und auch den Haupthaushaltsplan bekommen hätten. Ich begrüße es aber, daß darin ein Anfang gemacht worden ist und in der heutigen Sitzung verschiedene Haushaltspläne verteilt worden sind. Ich behalte mir daher vor, später auf die einzelnen Haushaltspläne zurückzukommen. (Zuruf: Sehr gut!) Jetzt möchte ich mich noch kurz mit den Einsparungen befassen, von denen der Herr Finanzsenator sprach und die inzwischen auch durchgeführt worden sind. Bei dieser Gelegenheit hoffe ich, daß die Einsparungen nicht auf Kosten irgend einer politischen oder nationalen Einstellung der entlassenen Leute geschehen sind und hoffe, daß auch bei späteren Einsparungen derselbe Weg beibehalten wird. (Bei der Eisenbahn! rechts.) Eins fällt mir auf. Der Herr Finanzsenator hat riesige Summen errechnet, die (D) eingespart worden sind. Ich wundere mich, daß die Steuerschraube in Danzig immer mehr angezogen wird, anstatt daß sie gesenkt wird. Denn wenn Einsparungen gemacht wurden, müßte sich das auch am Geldbeutel der Danziger auswirken. (Wenn der Zoll einkommt! rechts.)

Mich als Polen interessiert das Wohlergehen der polnischen Minderheit in Danzig im besonderen. Hier möchte ich vor allen Dingen den Senat bitten, daß Abhilfe geschaffen wird, vor allen Dingen in solchen Fällen, wo polnische Arbeiter zu Gunsten der Angehörigen der nationalsozialistischen Partei, insbesondere im Hafen, benachteiligt werden. Sodann möchte ich den Senat ersuchen, dafür zu sorgen, daß den Polen in einem größeren Maße als bisher Gelegenheit geboten wird, ihre kulturellen und geistigen Güter zu pflegen. Hinsichtlich des Wohlwollens muß ich dem Senat unsere Unzufriedenheit aussprechen. Es mag sein, daß die Unzulänglichkeit der polnischen Schuleinrichtungen auf die gesamte mißliche Finanzlage Danzigs zurückzuführen ist. Das will ich gern zugeben. Aber immerhin dauert es schon einige Jahre, ohne daß die Verbesserungen, wie Umbauten usw., die übrigens versprochen wurden, vorgenommen worden wären.

Jetzt wende ich mich zur Rede des Herrn Senatspräsidenten. Herr Präsident, gewöhnen Sie es sich an, daß ich im Namen der polnischen Bevölkerung spreche und nicht den Auftrag von Herrn Minister Papée bekomme.

Präsident: Herr Abg. Budzynski, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist.

(A) **Budzynski,** Abgeordneter (P.): Dann kann ich meine Worte leider nicht an Herrn Senatspräsidenten richten. Vielleicht ist es möglich, daß ich eine weitere Minute zugebilligt erhalte. (Präsident des Senats Greiser: Für Sie habe ich noch viel mehr übrig, darf ich Sie morgen oder übermorgen zu einem kleinen Hellen einladen!) Ich kann Ihre Ansicht hinsichtlich des Völkerbundes nicht teilen und muß Ihnen sagen: es war unklug, was Sie hinsichtlich des Völkerbundes sagten. Das hätten Sie für sich behalten können. Die polnische Bevölkerung dankt dem Völkerbund für das Interesse, das er ihr entgegenbringt. Die polnische Gruppe wird dem Völkerbund auch weiter für das warme Interesse dankbar sein, das er der Zukunft Danzigs trotz der Einstellung des Senats zum Völkerbund entgegenbringt.

Präsident: Ich muß dringend bitten, Ihre Rede zu beenden. (Abg. Budzynski: Ich wollte dem Herrn Senatspräsidenten für das gute Verhältnis danken! — Heiterkeit.) Herr Abg. Budzynski, ich muß Ihnen das Wort entziehen. — Das Wort hat der Herr Präsident des Senats.

Präsident: Das Wort hat der Herr Präsident des Senats.

Greiser, Präsident des Senats: M. D. u. H.! Ich will diese Gemütlichkeit nicht stören, sondern nur noch eine ganz kurze Erklärung abgeben. Ich möchte mich auch nur auf das beschränken, was die Herren Vorredner der Zentrumsfraktion und der Gruppe Weise gesagt haben. Aber so unhöflich bin ich nicht, (Das ist doch nicht unhöflich! beim (B) Zentrum.) ich will meine Entgegnung nur in den lapidaren und kurzen Satz zusammenfassen: Alles das, was die Opposition hier gesagt hat, das werden wir uns zu Herzen nehmen, indem wir das eine Ziel verfolgen: Danzig war deutsch, Danzig ist deutsch und Danzig wird deutsch bleiben! Das heißt auf gut danzigerisch: Danzig ist zweieinhalb Jahre nationalsozialistisch regiert worden, Danzig wird heute nationalsozialistisch regiert und Danzig wird, solange eine Freie Stadt Danzig bestehen wird, nationalsozialistisch regiert werden! (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir wären damit am Ende der Tagesordnung, aber mir liegt noch ein **Antrag** des Herrn Abg. Maaß und Fraktion vor, den Antrag des Abg. Dr. Thimm in Drucksache Nr. 37 auf die Tagesordnung zu setzen und die Redezeit für diesen Antrag für den Redner jeder Fraktion oder Gruppe auf höchstens zehn Minuten festzusetzen. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer für den Antrag ist, die Tagesordnung zu erweitern und die Drucksache Nr. 37 noch nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf

Antrag des Abg. Dr. Thimm u. Fr. auf Annahme einer Entschließung betr. § 19 der Geschäftsordnung.

Drucksache Nr. 37. Hierzu liegt ein **Antrag** des Herrn Abg. Maaß und Fraktion vor, die Redezeit für jede Fraktion oder Gruppe auf höchstens zehn Minuten festzusetzen. Wer für diesen Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf höchstens zehn Minuten für jede Fraktion oder Gruppe ist, den bitte (C) ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist somit beschlossen. Ich eröffne die Aussprache, das Wort hat der Herr Abgeordnete Moritz.

Moritz, Abgeordneter (S.P.D.): M. D. u. H.! Wenn in dieser Entschließung davon die Rede ist, daß innerhalb des Aeltestenausschusses Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Auslegung des § 19 der Geschäftsordnung bestehen, so trifft das zu. Anlaß zu diesen Auseinandersetzungen oder Meinungsverschiedenheiten war, daß in der letzten Sitzung des Aeltestenausschusses Anträge auf Abänderungen von Gesetzen und auch ein Antrag auf Aufhebung einer Notverordnung gestellt worden waren. Nach dem Ermächtigungsgesetz sind vom Senat erlassene Notverordnungen innerhalb von drei Monaten aufzuheben, wenn der Volkstag es beschließt. Der Antrag hat im Büro des Volkstages an sich schon so lange gelegen, daß diese Dreimonatsfrist überschritten ist. Der Aeltestenausschuß hat nun aber ein weiteres getan und diesen Antrag für nicht verhandlungsfähig erklärt. Nach Artikel 46 der Verfassung können Gesetzesvorlagen vom Senat oder aus der „Mitte des Volkstages" eingebracht werden. Das ist ein verfassungsmäßig geschütztes Recht, das mit Hilfe dieser Entschließung aus der Welt geschafft werden soll. Die Verfassung bestimmt, daß zu einer Verfassungsänderung die Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß, selbst wenn durch diese Entschließung die Geschäftsordnung nachträglich interpretiert werden soll, daß dadurch aber auf keinen Fall die in der Verfassung (D) festgelegten Rechte aufgehoben werden können. Dazu genügt nicht die einfache Mehrheit, dazu müßte die Zweidrittelmehrheit vorhanden und die sonstigen verfassungsmäßigen Voraussetzungen erfüllt sein.

Präsident: Das Wort zu diesem Punkt der Tagesordnung hat der Herr Abg. Plenikowski.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Ja, man müßte auch hier zu dieser Frage von der grundsätzlichen Seite aus Stellung nehmen; denn der Nationalsozialismus hat immer wieder unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß er nur eins kennt, und zwar: sich auf seine Kraft zu stützen. Das allein ist für ihn maßgebend und ausschlaggebend und kehrt in dieser Entschließung wieder. Der Nationalsozialismus zeigt auch hier wieder, daß er sich weder um Gesetzesparagraphen noch um Verfassungsbestimmungen kümmert. (Nützen Sie Ihre Kräfte! rechts.) Wir werden unsere Kräfte nützen, deshalb müssen wir uns gerade in dieser Frage mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen. Hier entscheiden die Kräfte. Darum richten wir immer wieder von dieser Stelle aus an die gesamte Opposition, an alle nationalsozialistischen Gegner, die Aufforderung, mit uns für die Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaft zu kämpfen und rufen alle die dazu auf, die es wirklich ernst und ehrlich meinen. (Zuruf rechts.) Sie vergessen, daß hinter der Opposition annähernd 50 Prozent standen, also gleich zu gleich. Heute ist das Verhältnis bereits anders, heute stehen die Arbeiter, die Kaufmannschaft, Angestellte aller Betriebe, steht die wirkliche Kraft der Massen dahinter, während hinter Ihnen heute die ängstlichen Gemüter stehen.

(A) **Präsident:** Herr Abg. Plenikowski, ich muß Sie bitten, zu dem Antrag zu sprechen.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Ich glaube, daß ich hier bei der ersten Beratung grundsätzlich zu dieser Frage Stellung nehmen kann und deshalb erklären darf: Jawohl, hier in Danzig steht eine starke Front gegen die nationalsozialistische Front. Welche Front heute schon die stärkere ist, darüber zweifelt heute niemand mehr. (Abg. Schramm: Gehört das Zentrum auch zu Ihrer Front?) Sie werden es ja spüren, wenn diese Front sich aufrafft und einheitlich handelt. Dann hat die Stunde des Nationalsozialismus hier in Danzig geschlagen. (Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Plenikowski.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Jawohl, in diesem Sinne wird und muß die Opposition den Kampf führen; denn das Ziel ist die Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaft. Und dieser Erfolg wird uns nicht in den Schoß fallen, er wird hart erkämpft werden müssen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Budzynski.

Budzynski, Abgeordneter (P.): Ich habe jetzt zehn Minuten Redezeit, da kann ich ruhig eine halbe Minute einbüßen, bis Sie sich beruhigt haben. M. H., ich muß die Einreichung dieses Antrages bezw. dieser Entschließung leider beim rich-
(B) tigen Namen nennen, sie bedeutet eine Ueberrumpelung. Etwas anderes ist es nicht; denn durch diese Entschließung soll ein wichtiges, grundsätzliches Recht der Danziger Volkstagsmitglieder in großem Maße beschnitten werden. Ich warne Sie, m. H., vor diesem Beschluß. Er bedeutet unbedingt eine Verletzung der Geschäftsordnung und darüber hinaus auch der Verfassung selbst. Sie wollen doch nichts mehr und nichts weniger dadurch erreichen, als die Opposition, wie überhaupt jedem außer Ihnen selbst, die Möglichkeit rauben, hier direkt im Volkstag Anträge einzubringen. Ich warne Sie, das zu tun, denn Sie könnten sich dadurch evtl. wieder einer Zurechtweisung des Völkerbundes aussetzen.

Präsident: Da ich selbst zu dieser Entschließung ein paar Worte sagen möchte, möchte ich den Herrn Vizepräsidenten Andres bitten, die Leitung zu übernehmen.

Vizepräsident Andres: Das Wort hat der Herr Abg. Beyl.

Beyl, Abgeordneter (NSDAP): M. H. Abgeordneten! Ich darf zunächst vorausschicken, daß nicht im entferntesten daran gedacht war, eine Ueberrumpelung vorzunehmen. Es ist garnichts Neues und nichts Sensationelles, was man sich unter dem Antrag, die Ihnen vorliegende Entschließung anzunehmen, vorstellen darf. Es handelt sich nur darum, einen Beschluß noch einmal vorzunehmen, der bereits weiter zurückliegt und ihn so neu zu stärken. Sie haben die neue Geschäftsordnung des Volkstages in einer Volkstagssitzung angenommen. (Sie ist uns aufgezwungen worden! links.) Darin steht der § 19, wonach alle Vorlagen (Senatsvorlagen, Staatsverträge, Verordnungen (C) mit Gesetzeskraft, Uranträge, Ausschußberichte und Anträge) dem Aeltestenausschuß zugeleitet werden. Dieser beschließt darüber, ob die Vorlagen zur Beratung geeignet sind. Stimmt der Aeltestenausschuß zu, so werden die Vorlagen gedruckt, verteilt und dem Senat übersandt. In Artikel 11 der Verfassung wird bestimmt, daß sich der Volkstag seine Geschäftsordnung gibt. Nach der Verfassung ist die Geschäftsordnung für sämtliche Arbeiten, für die Behandlung sämtlicher Dinge, wie Tagesordnung usw. maßgebend. Stillschweigende Voraussetzung ist dabei selbstverständlich, daß die Geschäftsordnung des Volkstages mit andern Artikeln der Verfassung nicht in Widerspruch steht. Der Artikel 46 der Verfassung besagt, daß Gesetzesvorlagen von dem Senat oder aus der Mitte des Volkstages eingebracht werden. Daß der Artikel 46 durch die am 30. April d. Js. angenommene Geschäftsordnung verletzt worden sei, kann man behaupten, aber nicht beweisen. Es ist das Recht der Abgeordneten, Gesetzesvorlagen einzubringen, ebenso wie es auch auf der andern Seite gemäß Artikel 11 Recht des Volkstages ist, über die Behandlung dieser eingebrachten Gesetzesvorlagen selber zu entscheiden. Wenn daher im § 19 der Geschäftsordnung der Aeltestenausschuß bevollmächtigt wird, darüber zu entscheiden, ob die von Ihnen (nach links) eingebrachten Gesetzesvorlagen im Plenum des Volkstages behandelt werden sollen oder nicht, so steht dieser § 19 mit keinem Artikel der Verfassung in Widerspruch.

Ich will hierbei nicht darauf eingehen, was (D) unter „aus der Mitte des Volkstages" zu verstehen ist. Früher verstand man darunter eine Fraktion bezw. fünf Abgeordnete, siehe Kommentar der Verfassung von Dr. Reiß. Ob vorher eine andere Zahl darunter verstanden worden ist, ist mir unbekannt. Tatsache ist, daß diese Auslegung, daß „aus der Mitte des Volkstages" gleichzusetzen ist mit einer Fraktion, der Volkstag durch seine Geschäftsordnung vorgenommen hatte, daß die Geschäftsordnung früher von Ihnen anerkannt und nicht als im Gegensatz zur Verfassung stehend beanstandet wurde, während dies heute von Ihnen getan wird.

Die Geschäftsordnung ist also maßgebend, sowohl für meine Geschäftsführung als auch für die Geschäftsführung der Ausschüsse. Im § 98 der Geschäftsordnung heißt es:

> Ueber die Auslegung der Geschäftsordnung entscheidet der Präsident, er kann aber auch einen Beschluß des Volkstages herbeiführen.

Um nun die entstandenen angeblichen Meinungsverschiedenheiten zu klären, bitte ich, daß gemäß § 98 der Geschäftsordnung der Volkstag zu dieser Frage Stellung nimmt und kommen wir, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, zur Abstimmung über diesen Antrag. (Präsident Beyl übernimmt den Vorsitz.)

Präsident: Ich schließe die Aussprache, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Wir kommen zur Abstimmung über den letzten Punkt der Tagesordnung.

Wer die Entschließung in Drucksache Nr. 37 annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, damit ist die Entschließung angenommen. — Bevor ich die heutige Sitzung des

(Präsident)

(A) Volkstages schließe, gebe ich dem Herrn Abg. Plenikowski zu einer persönlichen Erklärung, die mir im Wortlaut vorliegt, das Wort.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Man muß zugeben, daß Sie tatsächlich objektiv die Geschäftsordnung handhaben. — In der Sitzung des Volkstages vom 26. August 1935 erklärt Herr Senatspräsident Greiser u. a. in seinem Schlußwort:

> Mein guter Freund Pleni — er ist leider hinausgegangen — hat so frisch und frei die neugedruckte Anweisung von den Komintern aus Moskau verlesen. Das ist schließlich seine Pflicht als guter Parteifunktionär und dafür wird er bezahlt. Davon lebt er heute, nachdem wir ihn etwas zwangsweise pensioniert haben.

Dazu habe ich persönlich zu erklären: Ich habe nie eine bezahlte Parteifunktionärstelle inne gehabt und habe auch jetzt keine inne. Ich kann also auch davon nicht leben. Da ich durch meine politische (B) Maßregelung meine Lehrerstelle verloren habe, ein Anspruch auf Pension mir nicht zugestanden worden ist, sah ich mich veranlaßt, mich beim Arbeitsamt als arbeits- und erwerbslos anzumelden. Mein Einkommen setzt sich deshalb zurzeit aus der monatlichen Aufwandsentschädigung in Höhe von 50,— Gulden als Volkstagsabgeordneter sowie einer wöchentlichen Wohlfahrtsunterstützung von 13,50 Gulden für mich, Frau und Kind zusammen. (Zurufe rechts.) Da soll man jedenfalls nicht Unwahrheiten behaupten.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die heutige Sitzung.

(Schluß der Sitzung 20 Uhr 5 Minuten.)

(A)

8. Sitzung.

Montag, den 23. März 1936.

Mitteilung von der Mandatsniederlegung des Abg. Batzer (NSDAP.) . . . . . 105 A
Geschäftliches — Aenderung der Mandatsziffern der NSDAP. und S.P.D. . . . . 105 A
Bekanntgabe des Eintritts der Frau Abg. Malikowski (S.P.D.) in das Haus . . . . . 105 B
Erste Beratung eines Gesetzentwurfs über die **Feststellung des Staatshaushaltsplans der Freien Stadt Danzig** für das Rechnungsjahr 1935 (Drucksache Nr. 42) . . . . . 105 B
Brill (S.P.D.) zur Geschäftsordnung . . 105 C
Vertagung und Festsetzung der nächsten Sitzung . . 105 C

Die Sitzung wird 15 Uhr 50 Minuten durch den Präsidenten Beyl eröffnet.

Am Regierungstisch: Stellvertretender Präsident des Senats Huth, Obergerichtsrat Kettlitz, Regierungs- und Kassenrat Stuntz.

Präsident: Ich eröffne die 8. Vollsitzung des Volkstages. Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich dem Hause noch mitzuteilen, daß der Abg. Batzer sein **Mandat als Volkstagsabgeordneter niedergelegt** hat. (Hört, hört! links.) Gemäß Feststellung des Wahlausschusses vom 5. 12. 35 hat die Fraktion der NSDAP. nach Urteil des I. Zivilsenats des Obergerichts der Freien Stadt Danzig (B) über die Gültigkeit der Volkstagswahl vom 7. April 1935 nunmehr 42 statt bisher 43 Mandate, so daß für den ausgeschiedenen Abg. Batzer listenmäßig kein Mitglied der NSDAP. nachrückt.

Laut gleichem Urteil sind der Fraktion der Sozialdemokratie statt 12 13 Volkstagsmandate zugesprochen worden. Es rückt somit neu die **Abg. Frau Malikowski** ein. — Ich stelle fest, daß Frau Abg. Malikowski anwesend ist.

Ferner habe ich noch mitzuteilen, daß aufgrund eines ärztlichen Attestes der Abg. Dr. Stachnick von mir **beurlaubt** wurde, ebenso die Abg. Schories und v. Boetticher. (Weise scheint zum Zentrum hinübergewandelt zu sein! rechts). — Ich rufe den einzigen Punkt der Tagesordnung auf:

Erste Beratung eines Gesetzentwurfs über die Feststellung des Staatshaushaltsplans der Freien Stadt Danzig für das Rechnungsjahr 1935.

Drucksache Nr. 42. Auf Beschluß des Aeltestenausschusses schlage ich dem Hause vor, mit Rücksicht auf die bereits am 27. November 1935 gehaltene und im Druck jedem Abgeordneten vorliegende Rede des Finanzsenators und der im Anschluß daran stattgefundenen Besprechung durch die Parteien die Drucksache Nr. 42 ohne Aussprache dem **Hauptausschuß zu überweisen.** — Ich höre keinen Widerspruch, — (Abg. Brill: Zur Geschäftsordnung!) ich bitte die Abstimmung nicht zu stören; — es ist so beschlossen. (C)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Brill.

Brill, Abgeordneter (S.P.D.): Ich hatte mich vor der Abstimmung zur Geschäftsordnung gemeldet, weil ich den Antrag stellen wollte (Präsident: Ich bitte Sie, von der Rednertribüne zu sprechen! — Zurufe links und bei den Nationalsozialisten. — Abg. Maaß: Wer bestimmt das?)

Die Geschäftsordnung sieht vor, daß der Abgeordnete auch von seinem Platz zur Sache sprechen kann. Davon habe ich jetzt Gebrauch gemacht. Ich hatte mich vor der Abstimmung zur Geschäftsordnung gemeldet, um zu beantragen, daß heute eine allgemeine Aussprache stattfindet, damit die Regierungserklärung besonders behandelt werden kann, weil in der nächsten Sitzung die Einzeletats besprochen werden. In der uns dann zur Verfügung stehenden kurzen Zeit ist es nicht möglich, die Regierungserklärung gleichzeitig mit den einzelnen Etats ordnungsmäßig zu behandeln. Deswegen halte ich es für erforderlich, daß heute die allgemeine Aussprache über die Regierungserklärung stattfindet. Ich beantrage das (Ihre Anträge interessieren uns nicht! rechts).

Präsident: Darüber ist bereits eine Abstimmung erfolgt. Um Ihnen aber entgegenzukommen, werde ich noch einmal über Ihren Antrag abstimmen lassen. Es liegt der Antrag des Herrn Abg. Brill vor, heute in die Aussprache über die Haushaltspläne einzutreten. Wer für diesen **Antrag** ist, möge sich erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Letztere war die Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt. Nach dem Beschluß des Aeltestenausschusses soll die zweite Beratung der Drucksache Nr. 42 am 30. März — heute in einer Woche — 15.30 Uhr stattfinden. Wer diesem Beschluß des Aeltestenausschusses beitritt und für die Ermächtigung ist, die Tagesordnung für die nächste Volkstagssitzung heute in einer Woche durch den Präsidenten des Volkstages festsetzen zu lassen, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Antrag ist somit angenommen. Weitere Punkte liegen nicht vor. Ich schließe die heutige Sitzung. (Bravo! rechts.) (D)

(Schluß der Sitzung 15 Uhr 57 Minuten.)

Stadtbibliothek

(A)

9. Sitzung.

Montag, 30. März 1936.

Geschäftliches . . . . . 107 B
Zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über die **Feststellung des Staatshaushaltsplans der Freien Stadt Danzig** für das Rechnungsjahr 1935 (Drucksache Nr. 42) . . . . . 107 B
Plenikowski (K.P.) zur Geschäftsordnung 107 C
Greiser, Präsident des Senats . . . . 107 D
Temp (NSDAP.) . . . . . 107 D
Brill (S.P.D.) . . . . . 113 D
Weiß (Z.) . . . . . 117 C
Ordnungsruf für den Abg. Dr. Appaly (NSDAP.) 119 C
Gamm (Gruppe Weise) . . . . . 119 D
Plenikowski (KP.) . . . . . 120 D
Budzynski (P.) . . . . . 122 A
Batzer, Senator . . . . . 122 B
Dr. Hoppenrath, Senator . . . . . 123 B
Weiß (Z.) . . . . . 126 D
Dritte Beratung eines Gesetzentwurfs über die **Feststellung des Staatshaushaltsplans** der Freien Stadt Danzig für das Rechnungsjahr 1935 (Drucksache Nr. 67 zu Nr. 42) . . . . 128 A
Brill (S.P.D.) persönliche Erklärung . . 128 D
Vertagung und Ermächtigung des Präsidenten zur Festsetzung der nächsten Sitzung . . . . 129 B

Die Sitzung wird 15 Uhr 55 durch den Präsidenten Beyl eröffnet.

(B) **Am Regierungstisch:** Präsident des Senats Greiser, Senatoren: Batzer, Boeck, Rettelski; Obergerichtsrat Kettlitz, Landgerichtsdirektor Wohler, Hauptmann und Adjutant Kölle, Landgerichtsrat Dr. Moebes, Regierungsrat Riebandt, Senatsreferent Strautmann, Regierungsassessor Olschewski, Regierungsamtmann Brocksch.

Präsident: Ich eröffne die 9. Vollsitzung. Die ergänzte Tagesordnung liegt den Abgeordneten vor. Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich dem Hause mitzuteilen, daß die Abg. Schories und Dr. Stachnik für die heutige Sitzung auf Grund ärztlicher Atteste von mir beurlaubt worden sind.

Der Aeltestenausschuß hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Tagesordnung zu erweitern und als Punkt 2 auf die Tagesordnung zu setzen: Dritte Beratung eines Gesetzentwurfs über die Feststellung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1935. (Abg. Plenikowski: Wir protestieren!) Ich lasse über diesen Beschluß des Aeltestenausschusses abstimmen. Wer für diesen Beschluß des Aeltestenausschusses ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen. Ich rufe den Punkt 1 der heutigen Tagesordnung auf:

Zweite Beratung eines Gesetzentwurfes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans der Freien Stadt Danzig für das Rechnungsjahr 1935.

Drucksache Nr. 42. Für die zweite und dritte Beratung dieses Gesetzentwurfs sind einige Fristen gemäß §§ 25 und 27 der Geschäftsordnung nicht eingehalten worden. Ich muß den Volkstag gemäß § 29 der Geschäftsordnung befragen, ob er eine Kürzung dieser Fristen beschließen will. Wer der (C) Fristenkürzung zustimmen will, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Weiterhin hat der Aeltestenausschuß beschlossen, die Gesamtaussprache zu Punkt 1 und 2 der heutigen Tagesordnung miteinander zu verbinden und für die allgemeine Aussprache und für die Einzelbesprechung der Etats eine Redezeit von 3 Stunden für sämtliche Fraktionen und Gruppen festzusetzen. Wer für diesen Antrag auf Verbindung der Punkte 1 und 2 der Tagesordnung in der Aussprache und Festsetzung der Redezeit für sämtliche Fraktionen und Gruppen auf 3 Stunden ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Somit entfallen an Redezeit für die Fraktion der Nationalsozialisten 105 Minuten, die Sozialdemokraten 32 Minuten, das Zentrum 25 Minuten, die Gruppe Weise 8 Minuten, die Gruppe Plenikowski 5 Minuten, die polnische Gruppe 5 Minuten. — Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Plenikowski das Wort.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Ich protestiere gegen diese fortgesetzte Beschneidung und Einengung der Redefreiheit im Parlament. (Zwischenrufe.)

Präsident: Ich bitte Sie, auf die Rednertribüne zu kommen. Auf Grund der Geschäftsordnung haben Sie von der Rednertribüne aus zu sprechen.

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Das ist mir nicht bekannt, bleibt sich aber gleich. Ich möchte nur feststellen, daß diese Ihre Handlung (Sie sind ein bißchen bleich geworden! rechts) im Gegensatz zu dem steht, was vom Senat feierlich in Genf versprochen worden ist, nämlich sich an den Geist der (D) Verfassung zu halten. (Zwischenrufe rechts). Was Sie hier tun, ist nicht nur ein Hohn, sondern eine Verhöhnung der Verfassung (Euch kann man nicht mehr verhöhnen! rechts). Ich glaube, im Sinne der gesamten Opposition zu sprechen (Lachen rechts) wenn ich erkläre, daß keine Opposition, die es ernst mit der Vertretung der werktätigen Interessen meint, sich eine solche Behandlung gefallen lassen kann. (Ihr habt die Antwort gestern bekommen! rechts. — Abg. Plenikowski: Und wenn Sie 199 Prozent Stimmen haben!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Präsident des Senats.

Greiser, Präsident des Senats: M. H. Abgeordneten! Der Wahrheit wegen möchte ich die Feststellung treffen, daß weder ich noch ein anderer Senator in Genf das Versprechen abgegeben hat, die Geschäftsordnung des Danziger Volkstages, der bekanntlich souverän ist, abändern zu lassen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen).

Präsident: Ich eröffne die Aussprache zu Punkt 1 der heutigen Tagesordnung. Das Wort hat der Herr Abg. Temp.

Temp, Abgeordneter (NSDAP.): Männer des Danziger Volkstags! Das deutsche Volk und die ganze Welt stehen noch unter dem Eindruck des gewaltigsten nationalsozialistischen Sieges bei den deutschen Reichstagswahlen. 44,5 Millionen deutsche Männer und Frauen haben damit ein Bekenntnis zu Adolf Hitler und zum Nationalsozialismus abgelegt, wie es einmütiger und größer niemals bisher in der Geschichte der Völker geschehen ist. (Bravo! und Beifall rechts). Kein

(Temy, Abgeordneter)

(A) Volk und kein Land kann an diesen Tatsachen vorübergehen.

Auch das ganze deutsche Danzig gibt mit uns seiner Freude und Genugtuung über diesen ungeheuren Erfolg des Führers Ausdruck. Wir deutschen Männer im Danziger Volkstag bekunden erneut unsere Freude und unser Zugehörigkeitsgefühl zu unserem deutschen Volk und unserem Führer. Wie beschämend und jämmerlich müssen sich jetzt diejenigen vorkommen, (Lebhafte Zustimmung rechts) die mit allen Feinden des Deutschtums in der ganzen Welt schon seit Jahren und bis in die letzte Zeit hinein dem Nationalsozialismus die Auflösung und endgültige Niederlage voraussagten, die kein Verständnis und kein Gefühl für das gewaltige Erleben einer nationalen Selbstbesinnung und für einen Kampf für Freiheit und Ehre, Frieden und Gleichberechtigung hatten.

Die Tatsache läßt sich durch nichts mehr aus der Welt schaffen, daß das deutsche Volk ein einmütiges Bekenntnis zum Nationalsozialismus abgelegt hat, wie ein Volk es bisher zu einem Führer und zu einer Weltanschauung noch niemals getan hat. Die Millionen Stimmen sind für den Führer und damit für den Nationalsozialismus abgegeben; denn der Führer hat in keiner seiner Reden und Kundgebungen einen Zweifel darüber gelassen, daß das deutsche Volk durch die jetzt stattgefundene Wahl sein Vertrauen zu ihm und zur nationalsozialistischen Bewegung und Führung aussprechen sollte. (Beifall). Hitler ist Deutschland und Deutschland ist Hitler! (Erneuter Beifall).

(B) Hier in Danzig und in diesem Hause gibt es nun Menschen, die mit allen Mitteln des Hasses und der Verleumdung Adolf Hitler, den Nationalsozialismus und damit das deutsche Volk bekämpfen, deren ganzes Streben seit Jahren nur auf das eine Ziel gerichtet ist: „Wie verleumde ich, wie schade ich und wie vernichte ich den Nationalsozialismus!" (Lebhafte Pfuirufe rechts). Diese Menschen müssen, wenn sie ihren Standpunkt weiter behalten wollen, jetzt noch zu ihrem Sinnen und Trachten die Worte hinzusetzen: „Wie vernichte ich auch das deutsche Volk!" (Sehr richtig! rechts). Denn deutsches Volk und Nationalsozialismus sind, wie die Wahlen ergeben haben, eins.

M. H. von der Opposition, Sie müssen nunmehr endgültig Farbe bekennen. Sie können sich nicht mehr hinter die leeren Worte verstecken: „Wir sind ebenso gute Deutsche, wie Ihr Nationalsozialisten, wir sind sogar noch bessere Deutsche." Mit dieser Ausrede ist es endgültig vorbei. Das deutsche Volk hat so eindeutig und klar gesprochen, daß an diesem Spruch kein Drehen und Deuteln mehr möglich ist. (Beifall und Händeklatschen). Das deutsche Volk bekennt sich zu Adolf Hitler, und wer sich nicht zu Adolf Hitler bekennt, der hat sich aus dem deutschen Volke ausgeschlossen und der hat sich von dem deutschen Volke separiert. (Zustimmung und Zwischenrufe). Damit ist der Beweis für das Separatistentum dieser Menschen zwingend geführt. Alle diese Menschen haben kein Recht mehr, sich Deutsche zu nennen und sich als Deutsche auszugeben. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts). Wir haben die bestimmte Zuversicht und diese Zuversicht wird durch das, was wir, die wir im Volke stehen, seit der Reichstagswahl bereits gehört haben, zur Gewißheit, daß das gewaltige Erlebnis (C) dieser Wahlen an vielen Volksgenossen in Danzig, die bisher in dem Lager der Opposition standen, nicht spurlos vorübergegangen ist. Diese Menschen sind aufgewacht oder sind im Begriff, es zu tun. Sie sehen, vor welchem Abgrund sie standen, sie fühlen jetzt, daß sie deutschen Blutes sind, und diese Stimme des deutschen Blutes ist stärker als die Hetzreden ihrer Führer in der Front von Plenkowski bis Weise. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten). Ob diese Führer oder wenigstens einige von ihnen nunmehr soviel Anstand und Würde zeigen werden, um sang- und klanglos zu verschwinden, oder ob sie nach wie vor ihr eigenes Volkstum und ihr eigenes Blut verleugnen werden, wird die Entwicklung zeigen. Uns Nationalsozialisten interessieren diese Herren nicht mehr. Es ist nicht deutsch, einem Menschen der gefallen ist, noch einen Fußtritt zu versetzen. (Was reden Sie denn noch? links). Das Urteil ist gesprochen und es wird von denen vollzogen werden, die von diesen Führern durch Haß, Lüge und Verhetzung gegen ihr eigenes Volkstum und gegen ihr deutsches Blut aufgestachelt worden sind.

Ich mußte diese Ausführungen machen, weil sie die Grundlage für den Standpunkt der nationalsozialistischen Fraktion und damit der nationalsozialistischen Bewegung zu den Etatsverhandlungen sind, in denen wir stehen.

Der Etat ist aufgestellt und eingebracht von einem nationalsozialistischen Senat, der unser vollstes Vertrauen hat. Wir haben in diesem Senat und auch jetzt nach der Vorlage der Etats und bei (D) den Beratungen im Hauptausschuß Gelegenheit gehabt, uns mit allen Einzelheiten des Etats zu befassen. Wir haben die Ausführungen der Opposition zu diesem Etat gehört und wir haben dabei wiederum feststellen müssen, was wir allerdings schon wußten, daß die Opposition auch nicht den leisesten Willen gezeigt hat, sachlich mitzuarbeiten zum Wohle unseres deutschen Danzigs, sondern daß sie die Etatsberatungen nur zu einer negativen Kritik benutzt hat an allem, was die nationalsozialistische Regierung getan und vorgeschlagen hat.

Wir würden dieser Kritik der Opposition und der Opposition selbst zu viel Bedeutung und Ehre geben, wenn wir uns mit diesen politischen Mäkereien irgendwie beschäftigen wollten. Wir können es in Ruhe der „Volksstimme" und anderen Zeitungsschreibern überlassen, weiter zu hetzen, zu stänkern und zu lügen. Wir wissen, wie schwer Danzig um seine Existenz ringen muß und wir sind mit der Mehrheit der Danziger Bevölkerung dahin einig, daß kein Volk durch Wohlleben und Ueberfluß seinem letzten völkischen Ziel und Schicksal zugeführt wird, sondern durch Entbehrungen und Opfer. (Bravo! und Händeklatschen rechts.)

In den Etatsreden des Herrn Präsidenten des Senats und des Herrn Finanzsenators ist bereits zum Ausdruck gebracht worden, daß die Regierung auch harte und unpopuläre Maßnahmen vorschlagen und vertreten muß, wenn sie dazu dienen, dem Volk und dem Staat die notwendige völkische, politische und wirtschaftliche Freiheit zu geben oder zu erhalten.

Unsere Selbständigkeit auf diesem Gebiet und unsere Währung sind sehr maßgeblich davon ab-

(Temp, Abgeordneter)

(A) hängig, ob wir einen ausgeglichenen Etat haben oder nicht. Wir können zu unserer Freude und Genugtuung feststellen, daß die Versprechungen der Regierung, daß der Etat 1935/36 sowohl im Staat als auch in der Stadt ausgeglichen wird, erfüllt worden sind. (Starker Beifall und Händeklatschen rechts).

Wenn dieser Ausgleich in einer Zeit geschehen konnte, in der die ganze Welt und damit auch das kleine Danzig von schweren wirtschaftlichen Krisen durchschüttelt wurden, so ist das eine Großtat nationalsozialistischer Regierungstätigkeit und Staatsführung, die durch keinerlei fruchtlose Kritik verdunkelt werden kann. Die Opposition schmückt sich bei ihrer Kritik gern mit fremden Federn einer zeitweisen wirtschaftlichen Scheinblüte, die sie, weil zufällig damals gerade in Danzig irgendeine der jetzigen Oppositionsparteien am Ruder war, auf die Taten dieser damaligen Regierungsparteien verrechnet wissen will. Es ist keine Kunst zu regieren und der Bevölkerung diese oder jene Erleichterung zu gewähren, wenn die Einnahmen unvermutet groß sind. Bekanntlich betrugen beispielsweise die Einnahmen aus dem Danziger Anteil an dem Danzig-polnischen Zollaufkommen im Jahre 1929 noch rund 20,1 Millionen Gulden, während sie im Jahre 1935 etwa nur rund 6,5 Millionen Gulden erbringen werden, was bedeutet, daß dem damaligen Senat für den Etatsausgleich ein Mehrertrag aus den Zöllen von rund 14 Millionen Gulden zur Verfügung stand. Eine Kunst zu regieren ist es nur, wenn man sich nach
(B) der Decke strecken muß, und wenn man dabei noch diejenigen weltanschaulichen Grundsätze in die Tat umsetzen kann, die dem Gedanken der Volksgemeinschaft dienen. Die früheren Regierungen, die im Ueberfluß lebten, wären verpflichtet gewesen, dafür zu sorgen, daß keine Schulden gemacht (Sehr richtig! rechts) oder gemachte Schulden abgezahlt wurden, daß Aufgaben erfüllt wurden, die damals schon als ebenso dringend erkannt werden mußten und die jetzt gelöst werden müssen. Nichts von alledem ist geschehen. Man hat damals herumgewurstelt und man hatte ja schließlich auch damals „Wichtigeres" zu tun, als sich um das Danziger Volk zu kümmern. Wo ist ein Herr Sahm, ein Herr Ziehm oder irgend ein Führer der damaligen Parteien so unter das Volk gegangen, wie wir, vom Gauleiter bis herunter zum Blockleiter, es täglich tun? Herr Dr. Ziehm hatte zu dem Danziger Volk solche engen Beziehungen und kannte dies Danziger Danziger Volk so genau, daß er, obwohl er den historischen Augenblick in der Garnisonkirche in Potsdam, wo sich Hindenburg und Hitler die Hand zum ewigen Bunde reichten, miterlebt hatte, kurz darauf dem Senat ein Ermächtigungsgesetz vorlegte, das eine vollkommene Entrechtung der damals schon die Mehrheit der Danziger Bevölkerung bildende N.S.D.A.P. bezweckte. Die von uns gestürzte Regierung Ziehm hatte eine solche enge Berührung mit der Danziger Bevölkerung, daß sie die nationalsozialistische Mehrheit dieser Bevölkerung durch gesetzgeberische und polizeiliche Maßnahmen jeder Art so zu knebeln versuchte, daß die NSDAP. als größte Partei in Danzig verhindert werden sollte, auch nur die kleinsten Versammlungen abzuhalten, und was sonst alles auf dem Gebiet der Schikane gegen uns (C) geleistet wurde.

Damals, m. H. Deutschnationalen und m. H. von der Opposition, hielt es die NSDAP. für unter ihrer Würde, das Ausland zur Hilfe anzurufen gegen eine deutsche Regierung — die Sie doch sein wollten — und gegen deutsche Volksgenossen. (Starker Beifall rechts.) Das unterscheidet die Nationalsozialisten allerdings von der Front Plenikowski—Weise, daß sie soviel Gefühl für Ehre haben, daß sie die Angelegenheiten ihres Volkes als eigene Angelegenheiten ansehen und daß sie nicht fremden Kräften Gelegenheit geben, sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen. Das deutsche Volk ist immer nur eine Beute seiner Feinde geworden, wenn deutsche Volksgenossen sich an das Ausland um Hilfe wandten! (Starker Beifall, rechts.)

Mögen Sie auch, m. H. von der Opposition, im Versailler Diktat und damit in der Danziger Verfassung die Rechtfertigung Ihres Schrittes erblicken, unser deutsches Gewissen sagt uns etwas anderes. (Stürmischer Beifall rechts.)

Da wir gerade auf dem Gebiete der Ehre und der Selbstachtung sind, glaube ich von dieser Stelle aus im Namen der überwiegenden Mehrheit der Danziger Bevölkerung zu sprechen, wenn ich folgendes Beispiel allergrößter Würdelosigkeit und politischer Kurzsichtigkeit hier einmal festnagele. Jeder anständige und deutsch denkende Mensch in Danzig kann nur seine tiefste Verachtung darüber aussprechen, daß die Herren Deutschnationalen, die doch früher an jedem Tag zehn Juden verfrühstückten, unter Führung der Herren Steinbrück und (D) Genossen in die Synagoge gingen. (Heiterkeit. — Unruhe und „Pfui"-Rufe.) Das weiß doch jedes Kind in Danzig, daß diese Herren nicht in die Synagoge gingen, um jüdische Frontkämpfer zu ehren, sondern daß sie sich dadurch bei ihren jüdischen Geldgebern und Freunden lieb Kind machen wollten. Welche Herren vom Zentrum dabei waren, wissen wir nicht genau; wir wissen nur, daß sie dabei waren. (Zwischenrufe.)

Wenn bei diesem Vorfall auch Marxisten und Kommunisten in die Danziger Synagoge gegangen sind, dann wundert sich kein Mensch darüber, denn die Herren um Marx und Lenin herum brauchten gar nicht in die Synagoge zu gehen, weil sie ja infolge ihres Glaubens geradezu aus der Synagoge kamen. (Wieviel Nazis mögen drinnen gewesen sein? links.)

Sache des Senats, der unser Vertrauen hat, ist es, zu prüfen, ob hier oder dort eine Stelle oder eine Ausgabe eingespart werden kann, oder ob hier oder dort neue Aufgaben auch neue Ausgaben erfordern. Früher, unter dem jetzt vollkommen abgewirtschafteten System einer liberalistischen Demokratie, beteiligten sich die einzelnen Abgeordneten an der Beratung und Aufstellung des Etats mit dem allergrößten Eifer, der allerdings auch im allergrößten Gegensatz zu dem positiven Erfolg stand. Wie wäre es anders möglich gewesen, unter den früheren Regierungen eine solche Aufblähung des Verwaltungsapparates bis zur Machtübernahme durch uns fertig zu bekommen und zu dulden, daß, wie der Finanzsenator in seiner Etatsrede unwidersprochen und auch un-

(Temp, Abgeordneter)

(A) widerlegbar feststellte, durch diese unnötige Aufblähung des Verwaltungsapparates über 46 Millionen Gulden unnötig ausgegeben worden sind.

Vor der Devalvation betrugen die Schulden des Staates und der Stadtgemeinde Danzig rund 58 Millionen Gulden. Rechnet man noch hinzu die für diese Schulden ausgegebenen Zinsen und Tilgungsbeträge, so muß man mit dem Finanzsenator zu dem zwingenden Schluß kommen, daß Stadt und Staat ohne jede Anleiheschulden gewesen wären, wenn nicht die früheren Parteien so maßlos kurzsichtig und schlecht gewirtschaftet hätten. Wären wir nicht durch die Verfassung, die wir zu halten verpflichtet sind, an einem weiteren Abbau verhindert, so würden die Einsparungen noch erheblich größer sein.

Von den großen Gesichtspunkten, die für die Aufstellung des Etats von Bedeutung sind, — der Etat eines Volkes besteht für uns Nationalsozialisten nicht nur aus Rechenkunststücken, sondern er besteht in der Charakterbildung einer Nation, wie Alfred Rosenberg sagt, — möchte ich nur diejenigen erörtern, bei deren Kritik die Opposition wiederum und altgewohnt ein ganz besonderes Maß von Kurzsichtigkeit, Unwahrhaftigkeit und Hetzerei entfaltet hat.

M. H. von der Opposition! Sie wissen ebenso, wie wir, daß es notwendig und unvermeidbar war, eine größere Anzahl von Pensionären und Beamten nach dem Reich abzugeben, weil die Bezahlung der in Frage kommenden Pensionen und Gehälter hier aus Devisengründen nicht möglich war. Es steht unwiderruflich fest, daß Sie diese (B) Maßnahmen, deren Nichtdurchführung die Staatsfinanzen in die größte Unordnung gebracht hätte, mit allen nur verfügbaren Mitteln von Lügen und Hetzereien zu verhindern versucht haben. An diesem Beispiel und an dem Beispiel der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Danziger Arbeiter im Reich kann die Danziger Bevölkerung am besten Ihren bösen Willen und Ihre Gegnerschaft gegen alles daß erkennen, was für Volk und Staat nützlich und notwendig ist. Ihre Versuche, hier dem Senat Knüppel zwischen die Beine zu werfen, sind gescheitert. Die Pensionäre und Beamten, auch soweit sie Ihnen politisch nahestanden, waren klüger und anständiger als Sie. Die Opferbereitschaft dieser Menschen verdient die höchste Anerkennung und den allergrößten Dank.

Mit denselben niedrigen Haßgefühlen bekämpften Sie auch die Arbeitsbeschaffung für Danziger Arbeiter im Reich. In Ihrer politischen Verblendung sahen Sie gar nicht, wie Sie durch diese Agitation sich selbst die heuchlerische Maske der angeblichen Sorge für das werktätige Volk vom Gesicht rissen. Wir haben durch diese Maßnahmen, die, abgesehen von wenigen Ausnahmen, gerade von der Arbeiterschaft besonders verstanden und geschätzt wurden, Tausenden von Volksgenossen Lohn und Brot und den langentbehrten Segen der Arbeit geben können. (Starker Beifall.) Wir haben dadurch unseren Haushalt so entlasten können, daß noch an Aufgaben herangegangen werden konnte, die man andernfalls nicht hätte erledigen können. Sie wußten und wissen ganz genau, daß es nicht möglich war, infolge der Weltwirtschaftskrisen diese Arbeiter in Danzig in Lohn und Brot zu bringen. Sie haben den einzig möglichen Weg der (C) Arbeitsbeschaffung in Deutschland auf das schwerste bekämpft. Sie haben dabei aber auch nicht den leisesten Versuch gemacht, ernsthafte Vorschläge zu machen, wie man auf einem anderen Wege diese Volksgenossen in Lohn und Brot in Danzig bringen könnte.

Meine Fraktion hält es für unnötig und überflüssig, sich zu Einzelheiten des Etats zu äußern. Sie stimmt ihnen zu, und dankt der Regierung für das ungeheure Maß von Arbeit und für das, was durch ihre Arbeit für Volk und Staat geleistet werden konnte. Jedoch gestatten Sie mir, einen kurzen Ueberblick über den Gesamthaushaltsplan und seine Entwicklung zu geben.

Wie der Herr Finanzsenator bereits in seiner Finanz- und Etatsrede vom 27. November 1935 gelegentlich des Beginns der Etatsvorlage an den Volkstag ausgeführt hat, waren die Einzeletats für das jetzt vor dem Abschluß stehende Rechnungsjahr bereits im Frühjahr 1935 zum größten Teil vom Senat fertiggestellt, so daß mit der Etatsvorlage an den Volkstag alsbald gerechnet werden konnte.

Da warf die Devalvation des Guldens den bis dahin bereits mühevoll zustandegebrachten Etatsaufbau 1935 in seinen Berechnungen im wesentlichsten Teil völlig über den Haufen; alle Einzelpläne mußten den neu entstandenen Verhältnissen entsprechend umgearbeitet werden, was einer gänzlichen Neuaufstellung des gesamten Staatsetats gleichkam.

Die Tatsache, daß sich die dadurch bedingte Neuaufstellung des Etats 1935 und seine Vorlage (D) an den Volkstag bis spät in das Kalenderjahr 1935 hinauszögerte, und die keiner mehr bedauern wird als die Regierung, kann und wird jedoch von jedem objektiv Denkenden erst verstanden und gewürdigt werden, wenn ihm das Ausmaß des in diesem Haushaltsplan verankerten großen Sanierungswerks, das unter noch nie dagewesenen Schwierigkeiten überhaupt erst den Etatsausgleich ermöglichte, im einzelnen vor Augen geführt wird.

Bei dieser durch die Devalvation des Danziger Guldens bedingten Sanierungsaktion hat sich der nationalsozialistische Senat bei allen seinen oft schwerwiegenden Maßnahmen einzig und allein von dem Hauptgesichtspunkt leiten lassen, Danzig als deutsche Stadt zu erhalten. (Starker Beifall.)

Beim Ausgabenetat hat der Senat es daher als seine vornehmste Aufgabe angesehen, haushaltsmäßig alle diejenigen Mittel im Staatsetat zu erhalten, auf die im Interesse der Deutscherhaltung der Freien Stadt Danzig nicht verzichtet werden konnte. Es sind daher durch den hier vorliegenden Staatshaushalt auch alle notwendigen Ausgaben für das kulturelle Gebiet und hier insbesondere für die Erwerbslosenfürsorge, für das Gebiet der Rechtspflege und die Erhaltung von Sicherheit und Ordnung im Staat in hinreichendem Maße zur Verfügung gestellt worden.

Andererseits mußten aber aus den durch die Guldenumwertung völlig veränderten Verhältnissen die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Um die Ordnung in den Staatsfinanzen und das hierfür erforderliche, durch die Devalvation des Guldens erschütterte Gleichgewicht im Staats-

(Temp, Abgeordneter)

(A) haushalt wieder herzustellen, hat der Senat in klarer Erkennung der eingetretenen finanziellen Gefahrenmomente mit unnachsichtiger Energie alle in seiner Macht liegenden Maßnahmen getroffen, die der unerläßlichen Etats- und Finanzsanierung zugutekommen konnten.

Was den Ausgabenetat anbelangt, so sind in Durchführung der großen Sommersparaktion des Senats vom Jahre 1935 auf fast allen Etatsgebieten mit oft schonungslos betriebener Sparsamkeit alle sich irgendwie ergebenden Ausgabenabstriche im Staatshaushaltsplan im Hinblick auf den Ernst der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse durchgeführt worden, jedoch immer nur unter dem vornehmsten Gesichtspunkt der Wahrung des deutschen Interesses der Freien Stadt.

Von besonderer Wichtigkeit dürfte in diesem Zusammenhange die Feststellung der Tatsache sein, daß es sich bei den wesentlichsten Sparmaßnahmen, in der Hauptsache auf personellem Gebiet, um dauernde Einsparungen handelt, die also nicht nur vorübergehenden Charakter tragen, und die demzufolge auch für die kommende Zeit als durchaus vertretbar zu achten sind. Gegenteilige Behauptungen müssen daher als ungerechtfertigt zurückgewiesen werden.

Die Spitze unter den Sparmaßnahmen bilden die Einsparungen auf personellem Etatsgebiet, und zwar der Personalabbau bei den Staatsbediensteten (Beamten, Angestellten und Arbeitern), die Uebersiedlung von Pensionären und Beamten ins Reich, die Ueberführungsaktion von erwerbs-
(B) losen Danziger Volksgenossen, Anstaltsinsassen und Strafgefangenen nach dem Reich. Es ist selbstverständlich, daß die Einzelmaßnahmen einer so groß angelegten Sparaktion sich finanziell erst im Laufe der Zeit auswirken konnten, was auf die Fertigstellung des Etats naturgemäß hemmend einwirken mußte, weil die beim Voranschlag des Staatshaushalts zu berücksichtigenden Ersparnisse zunächst immer nur den Charakter von Zahlen für einen Uebergangsetat haben konnten.

Beim Volkstagsetat zeigt die Entwicklung des Beamtenkörpers für die Verwaltung des Volkstages in den Jahren 1928, 1929 und 1930, in welchem Maße dieser Haushalt damals unter der früheren Linksregierung im Zeichen des von der Opposition stets bestrittenen Aufbaues gestanden hat.

Wir finden in den genannten Jahrgängen beim Beamtenkörper der Verwaltung des Volkstages folgende Stellenbesetzung: im Jahre 1928 sieben planmäßige Beamte, im Jahre 1929 zwölf planmäßige Beamte, im Jahre 1930 dreizehn planmäßige Beamte.

Die Zahl der planmäßigen Beamten bei der Verwaltung des Volkstages hatte sich also im Jahre 1930 gegenüber dem Jahre 1928 fast verdoppelt, ganz abgesehen von der 1930 noch erfolgten Stellenumwandlung in höhere Besoldungsgruppen. (Hört, hört! rechts. — Zurufe.) Demgegenüber ist festzustellen, daß der Beamtenstellenplan des hier vorliegenden Volkstagsetats für 1935 nur noch sechs planmäßige Beamtenstellen enthält, wozu noch zu sagen ist, daß die beiden Planstellen für die Amtsgehilfen künftig in Fortfall kommen. Es ist also beim Volkstagsetat 1935 (C)
im Vergleich zu 1930 ein über 50prozentiger Stellenabbau beim Beamtenkörper festzustellen. (Sehr gut! rechts.)

Nun die allgemeine Verwaltung. Stellt man bei diesem Etat einen ähnlichen Vergleich mit den Vorjahren an, so sei beispielsweise nur folgendes erwähnt:

Die Zahl der Senatsmitglieder betrug im Jahre 1928 einundzwanzig, in den Jahren 1929 und 1930 zweiundzwanzig. Es wurde also unter der Linksregierung im Jahre 1929 eine Senatorenstelle im Hauptamt neu geschaffen (Für Gehl! bei den Nationalsozialisten.) und damit die nach der Verfassung höchstzulässige hauptamtliche Senatorenzahl voll besetzt. Auf Grund des verfassungsändernden Gesetzes vom 4. Juli 1930 haben wir sechs hauptamtliche und sechs nebenamtliche Senatoren. Jedoch setzt sich der jetzige Senat wie folgt zusammen: einem Präsidenten des Senats, gleichzeitig Leiter der Präsidialabteilung und Senator des Innern, einem stellvertretenden Präsidenten, gleichzeitig Bau- und Wirtschaftssenator, zwei Senatoren im Hauptamt, vier Senatoren im Nebenamt, zusammen also acht Senatsmitglieder. Die Zahl der Senatoren beträgt also heute nur rund ein Drittel der früheren, in den Jahren 1929/30 vorhandenen Senatsmitgliederzahl. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) An Bezügen für diese Senatoren wurden damals 304 748 Gulden gezahlt (Hört, hört! rechts.) gegenüber 103 000 Gulden jetzt.

Der vom nationalsozialistischen Senat durchge- (D)
führte Personalabbau hat bisher zu folgendem zahlenmäßigen Ergebnis geführt:

Es sind im Bereich der gesamten Staatsverwaltung 1935 eingespart worden:

695 Beamte,
146 Angestellte,
178 Arbeiter

zusammen also 1019 Köpfe.

Der Haushalt der Allgemeinen Verwaltung 1935 rechnet auf der Einnahmenseite aus Ersparnissen bei den personellen Verwaltungsausgaben mit einer Etatsverminderung von rund 1,8 Millionen Gulden. Diese Zahlen über die erreichten Einsparungen an Etatsstellen können insoweit als effektiv angesehen werden, als es gelungen ist, die Stellen der ins Reich übergeführten Beamten als überzählig aus dem Danziger Haushalt herauszunehmen.

Zu dieser Entlastung des Danziger Staatshaushalts sind dann noch auf personellem Gebiet die sehr wesentlichen Ersparnisse aus der Ueberführung von Pensionären, insbesondere der sogenannten „Altversorgungsberechtigten" beim Staatlichen Versorgungs- und Pensionsamt hinzuzurechnen, bei dem aus diesem Anlaß im Haushaltsvoranschlag 1935 — Haushalt Soziales — gegenüber 1934 bereits eine Minderung der Versorgungsleistungen von rund 2,5 Millionen Gulden in die Erscheinung tritt. Endgültig werden sich diese finanziellen Sparmaßnahmen naturgemäß erst in dem Etat für 1936 in vollem Umfang auswirken können.

(Temp, Abgeordneter)

(A) Ein beachtlicher und von der Opposition auch besonders kritisierter Posten in dem Etat der Allgemeinen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1935 ist der Ansatz bei Stelle A III, 43 für Zwecke der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda, bei dem 200 000 Gulden für das Rechnungsjahr 1935 eingestellt sind. Hierzu ist folgendes zu sagen:

Die Senatsabteilung für Volksaufklärung und Propaganda hat auf dem für den Staat und die Wirtschaft so wichtigem Gebiet mit dem Ziel der Hebung des Fremdenverkehrs vollkommen neue Wege gehen müssen. Zu den Aufgaben der Abteilung Propaganda gehören sämtliche Presse- und Werbearbeiten. Zu erwähnen sind die von der Abteilung Propaganda veranlaßten Ausstellungen im Reich und die intensive Werbearbeit mit Lichtbildvorträgen und dem Großfilm „Danzig". Nicht zu vergessen ist die Vertiefung der Beziehungen zu England, den nordischen Ländern und Polen, die Herbeiführung von Tagungen, Kongressen, die Förderung des Seedienstes Ostpreußen. Auch möglichst viel ausländische Schiffsbesuche zu ermöglichen, hat sich die Abteilung Propaganda angelegen sein lassen. Mag der Ansatz auch nach außen hin hoch erscheinen, so ist durch diese Senatsabteilung, was nicht bestritten werden kann, der Fremdenzustrom nach Danzig gestiegen und damit der Wirtschaft ein Auftrieb gegeben. (Bravo! rechts.)

Wie die Abschlußübersicht dieses Etats auf Seite 23 des Haushaltsplanes zeigt, ist der Zuschuß beim Abschnitt Gesundheitswesen des Voranschlages 1935 gegenüber dem von 1934 um rund
(B) 210 000 Gulden niedriger. Die Senkung ist im wesentlichen auf Kosten der Beträge zur Förderung der Eheschließungen erfolgt. Die Kürzung dieser Mittel ist an für sich schmerzlich, da die Erfolge der Ehestandsdarlehen als ganz ausgezeichnete angesehen werden müssen. Sie ist aber im Interesse des allgemeinen Finanzbedarfs notwendig gewesen. Es dürfte hier die Feststellung besonders interessieren, daß seit dem Spätherbst 1933 bis jetzt an Ehestandsdarlehen rund 790 000 Gulden bewilligt worden sind. Diese Mittel sind wiederum der Danziger Wirtschaft, insbesondere dem Handwerk, zugute gekommen. Weit wesentlicher ist aber, daß mit dem Geld Ehen ermöglicht worden sind, deren Partner auf Grund der verschiedenen scharfen gesundheitlichen Prüfungen als besonders gesund bezeichnet werden müssen. Der erhoffte gesunde Nachwuchs ist über Erwarten zahlreich gewesen. In diesen Ehen wurden nach Bewilligung des Darlehns 749 Kinder geboren, das entspricht einem Prozentsatz von etwa 75 Prozent. Dabei kann ohne Bedenken gesagt werden, daß der größte Teil dieser Ehen ohne das Darlehen nicht geschlossen worden wäre, keinesfalls aber bei dennoch eventuell geschlossenen Ehen die Kinderzahl wegen der wirtschaftlichen Lage so groß geworden wäre.

Des weiteren dürfte von Interesse sein, daß durch die Schließung der Anstalt Jenkau als Lungenheilstätte und deren sehr günstige Vermietung die Senkung des früheren Zuschusses in Höhe von 45 000 Gulden auf nunmher 19 000 Gulden ermäßigt worden ist. Zugleich sind durch die Unterbringung der Kranken in Anstalten im Riesengebirge in bester klimatischer Lage die Heilerfolge (C) erheblich bessere.

Sehr erfreulich ist auch der große Erfolg bei der Gründung der Staatlichen Akademie für praktische Medizin in Danzig. Daß die wirtschaftliche Bedeutung dieser Einrichtung für Danzig nicht zu unterschätzen ist, liegt auf der Hand. Das Anerkennenswerte dabei ist, daß die Akademie sich völlig aus ihren eigenen Einnahmen trägt und bei dem Vorhandensein der Institute und Lehrkräfte keinen Zuschuß nötig hat.

Ich komme zum Haushalt für Kunst, Wissenschaft, Volksbildung und Kirchenwesen. Auch auf dem Gebiet desSchulwesens hat vor Einsparungen personeller und sachlicher Art nicht Halt gemacht werden können, wenn auch mit Rücksicht auf die Erhaltung der deutschen Kultur bei den Sparmaßnahmen auf diesem Gebiet im wesentlichen auf weitgehendste Schonung Bedacht genommen worden ist. Die kulturellen Belange konnten weiter dahin aufrecht erhalten werden, daß uns die Hochschule für Lehrerbildung für die Ausbildung der Volksschullehrkräfte in Danzig und die Technische Hochschule erhalten blieben und das Staatstheater seine Bespielung bereits seit Dezember 1935 aufnehmen konnte.

Wenn der Finanzsenator in seiner Finanz- und Etatsrede vom 27. November 1935 bei der Einführung des Etats 1935 von dieser Stelle auch bereits Gelegenheit genommen hat, namens der Regierung unserem Gauleiter Forster für seine großen Mühen im Interesse der Förderung des Staatstheaterbaues und der Ermöglichung der (D) Bespielung des Staatstheaters den Dank zu sagen, so möchte ich heute gelegentlich der Verabschiedung dieses Haushaltes nicht versäumen, als Sprecher der deutschen Danziger Bevölkerung gleichen besonderen Dank dem Gauleiter in dieser Stunde auszusprechen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Beim Haushaltsplan der Verwaltung des Innern müssen wir die betrübliche Feststellung machen, daß aus finanziellen Gründen leider im Jahre 1935 der Abbau der Landespolizei zur Durchführung kam.

Die Justizverwaltung hat auch im Jahre 1935 — wie bisher — unter den beiden Gesichtspunkten gestanden: Sparsamkeit und Angleichung der Justizgesetzgebung an das Reich. Die personellen Ersparnisse sind, wie aus dem Haushaltsplan ersichtlich, ganz beträchtliche und soweit durchgeführt, daß ein weiterer Abbau der Kräfte zur Aufrechterhaltung der dienstlichen Funktionen nicht mehr möglich ist.

Was die anderen Grundlinien anbelangt, so war es stets Leitmotiv der Justizabteilung, engste Rechtsübereinstimmung mit dem Deutschen Reich zu halten; denn das gemeinsame Recht ist ein Kulturband, das enger bindet, als man im allgemeinen denkt. Was die Bau- und Wirtschaftsetats angeht, so tritt auch in diesen insbesondere neben den starken Einschränkungen der Sachausgaben die ganz wesentliche Personaleinschränkung jedem Etatsleser besonders klar vor Augen.

Was die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die in dem Haushalt für öffentliche Arbeiten besonders etatisierten Mittel zur Verzinsung und

(Temp, Abgeordneter)

(A) Tilgung von Arbeitsbeschaffungskrediten, die der besonderen Kritik der Opposition unterzogen worden sind, angeht, so kann zur Rechtfertigung der Regierungsmaßnahmen erklärt werden, daß die Arbeitsbeschaffungsmittel den Charakter von Kreditmitteln kurzfristiger Art haben, was in der hohen Dotierung der Tilgungsfonds für die Arbeitsbeschaffungskredite im Haushaltsplan die volle Bestätigung findet. Ueber die Verwendung dieser Mittel und ihre Auswirkung auf den Etat und den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt und die Durchführung möchte ich ergänzen, daß der Senat es bei der 1933 erfolgten Uebernahme der Regierungstätigkeit als seine Hauptaufgabe angesehen hat, das Problem der Arbeitslosigkeit einer schnellen und durchgreifenden Lösung zuzuführen.

Den Bemühungen des Senats ist es gelungen, für die Behebung der Arbeitslosigkeit Mittel in ausreichendem Maße für Arbeitsbeschaffungszwecke zur Wiederbelebung der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Die gesamten Arbeiten sind damals im Rahmen eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms so ausgewählt worden, daß die dafür angewendeten Beträge in Form von Arbeits-, Lohn- und Materialkosten im Lande verblieben, so daß dadurch einmal bei der Erwerbslosenfürsorge durch die Belebung des Arbeitsmarktes Millionenbeträge eingespart werden konnten und bei anderen Etats durch die Maßnahmen beträchtliche Verbesserungen erreicht wurden.

Was die landwirtschaftliche Siedlungstätigkeit im Gebiet der Freien Stadt Danzig nach Inkrafttreten der Rechtsverordnung über die Agrarreform (B) und das landwirtschaftliche Siedlungwesen anbetrifft, so ist die Schaffung neuer Baustellen mit unbedingt gesicherten Ernährungs- und Fortkommensgrundlagen besonders für Danzig zur Festigung und Erhaltung deutschen Blutes eine Notwendigkeit. Hierzu ist kurz zu sagen; wenn auch die Mittel, die der Staat hierfür ausgeworfen hat, bescheiden waren, so hat sich die Tätigkeit des Siedlungsamtes doch segensreich ausgewirkt und ist für die Lebensfähigkeit unserer Bauernhöfe von Vorteil gewesen.

Der Haushaltsplan der Post- und Telegraphenverwaltung schließt für 1935 mit einem Ueberschuß von rund 2,3 Millionen Gulden ab und zeigt gegenüber seinem Vorgänger, dem Etat des Jahres 1934, die erfreuliche Steigerung von rund 700 000 Gulden. Diese Mehrerträgnisse der Post- und Telegraphenverwaltung beruhen in der Hauptsache auf einer im Jahre 1935 durchgeführten Gebührenneuregelung und auf den ganz einschneidenden Sparmaßnahmen auf personellem Gebiet. Auch bei diesem Etat dürfte ein Vergleich mit den weiter zurückliegenden Haushaltsplänen der Jahre 1928 und 1929, wie er bereits beim Haushaltsplan des Volkstages eingangs meiner Ausführungen aufgestellt ist, von Interesse sein. Es wurden im Jahre 1929 unter der Herrschaft der Linksregierung gegenüber 1928 beim Besoldungstitel 57 planmäßige Beamtenstellen mehr geschaffen, des weiteren wurden beim Hilfsbeamtenfonds 140 Beamtenkräfte zufolge Ueberführung von 80 Tarifangestellten und 60 Posthelfern in das Beamtenverhältnis mehr bewilligt; die dadurch bedingte Etatsnettomehrbelastung des (C) Jahres 1929 gegen 1928 betrug allein über ¼ Million Gulden. Demgegenüber stelle ich fest, daß nach dem Haushaltsplan des Jahres 1935 durch Aufgabenabbau 32 Stellen unter Ueberführung dieser Kräfte ins Reich, 54 Wartestandsbeamten durch Uebertritt ins Reich und weitere etwa 220 Beamtenstellen durch Umwandlung in Angestellten- bezw. Arbeiterstellen vom nationalsozialistischen Senat eingespart worden sind. Ein weiterer Kommentar hierzu dürfte sich erübrigen. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Ich komme zur Staatlichen Allgemeinen Finanzverwaltung. In diesem Haushaltsplan dürfte zunächst die Feststellung von Interesse sein, daß der Senat trotz der vorher behandelten großen Schwierigkeiten beim Etatsausgleich 1935 aus Anlaß der Guldendevalvation die gesetzlich vorgesehene 10prozentige Ermäßigung der Wohnungsbauabgabe zum 1. April 1935 im Interesse des Danziger Hausbesitzes durchgeführt hat. Die Erhöhung der Zolleinnahmen mit rund 2 Millionen Gulden gegenüber dem Etat 1934 ist lediglich eine Folge der Guldenabwertung, weil die nach dem Zolltarif festgesetzten Zölle jetzt nach der Devalvation in Gulden natürlich entsprechend mehr erbringen.

Wenn hier ein Fall vorliegt, in dem die Devalvation des Danziger Guldens zwangsläufig dem Danziger Etat zugute kommt, so erscheinen demgegenüber erhebliche ungünstige Auswirkungen der Guldenabwertung, insbesondere beim Schuldendienst für die Währungsanleihen alter Art, deren Höhe aus dem Bruttomehrausgaben- (D) bedarf des Haushaltsabschnitts" Schuldenverwaltung" ersichtlich ist.

Wenn wir schon jetzt über den Berg der schwersten Krisenzeiten gekommen sind, so war das nur durch die nationalsozialistische Weltanschauung und durch die nationalsozialistische Regierungsführung möglich. Wir wollen fortfahren an diesem Werk und wir wollen alle diese Gedanken und Kräfte anspannen, um die einzige Aufgabe unseres Lebens und Denkens mit allen, die da gutwillig mitarbeiten wollen, zu erfüllen, nämlich dafür zu sorgen, daß Danzig deutsch bleibt. (Beifall und Händeklatschen.)

Meine Fraktion wird daher dem Gesetzentwurf über die Feststellung des Staatshaushaltsplanes der Freien Stadt Danzig für das Rechnungsjahr 1935 ihre volle Zustimmung erteilen. (Bravo! rechts.)

Wir deutschen Männer des Danziger Volkstags grüßen unser deutsches Volk, unsern Führer Adolf Hitler und unsere Heimatstadt Danzig mit einem dreifachen Sieg Heil! (Sieg Heil! und anhaltender starker Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Präsident: Das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Brill.

Brill, Abgeordneter (S.P.D.): M. D. u. H.! Am 11. März 1931 hat Herr Dr. Hoppenrath, der auch zu jener Zeit, der Ziehm-Regierung, Finanzsenator war, in seiner damaligen Etatsrede erklärt, „wohl zum ersten Mal seit dem Bestehen des Freistaates wird es möglich sein, daß der Etat rechtzeitig, d. h. vor dem 31. März 1931 verabschiedet

(Brill, Abgeordneter)

(A) wird. Das konnte nur erreicht werden durch die Mitarbeit der Mitglieder dieses hohen Hauses im Hauptausschuß, die in verantwortungsbewußter, unermüdlicher Arbeit unter den schwierigsten Verhältnissen die Durchberatung in so kurzer Zeit ermöglichten." Herr Dr. Hoppenrath, der damals also gewissermaßen einen Rekord der Frühzeitigkeit der Vorlage der Etats aufgestellt hat, hat nunmehr auch den Rekord in der Hinauszögerung der Etatsberatung aufgestellt. Er hat die wichtigsten Etats ausgerechnet so spät dem Hause zugeleitet, daß sie erst heute, am vorletzten Tage vor Ablauf des Etatsjahres, verabschiedet werden können. (Zurufe.) Ja, er hat seit 2½ Jahren überhaupt erst wieder zum ersten Mal dem Volkstag Etats zugehen lassen; denn solange die nationalsozialistische Regierung über Danzig herrscht, hat sie es trotz wiederholter Erinnerungen und Anfragen bisher überhaupt unterlassen, eine eingehende Darstellung ihrer Finanzgebarung den gewählten Vertretern des Volkes zu geben. Für die nächste Zukunft wollen wir jedoch noch eine Erwartung aussprechen, daß nämlich der Senat den Bestimmungen der Verfassung genügen und mit Beschleunigung die Haushaltspläne für das am ersten April beginnende neue Haushaltsjahr vorlegen möge.

Herr Senator Dr. Hoppenrath hat seine Etatsrede für das Haushaltsjahr 1935 allerdings schon im November 1935 gehalten, aber diese Rede war erstens eigentlich gar keine Etatsrede, sondern eine propagandistische Polemik gegen die in Opposition zum Nationalsozialismus stehende Bevölkerung (B) der Freien Stadt Danzig (Bevölkerung? arme Irre! rechts.) und zweitens ist die nationalsozialistische Mehrheit dieses Hauses so höflich gegen Herrn Dr. Hoppenrath gewesen, daß sie seit jener Rede vier Monate verstreichen ließ, ohne den Vertretern der Oppositionsparteien Gelegenheit zu geben, die Behauptungen in der Rede des Herrn Finanzsenators ins rechte Licht zu rücken. (Zuruf des Abg. Leufgen.) Eine ganze Reihe von jenen Behauptungen sind durch die Zahlen in den einzelnen Haushaltsplänen inzwischen berichtigt worden. Was die Polemik des Herrn Finanzsenators gegen die nichtnationalsozialistische Mehrheit der Danziger Bevölkerung betrifft, (Wie? und Lachen rechts.) so kann der Senator Dr. Hoppenrath versichert sein, daß die Kritik dieser Bevölkerung an seinen Darlegungen (Ihr seht Euch doppelt! bei den Nationalsozialisten.) ohne unser Zutun mit einer solchen Schärfe von Mund zu Mund gegangen ist, wie wir sie hier überhaupt nicht zum Ausdruck bringen könnten. Das trifft besonders für den Teil seiner Rede zu, in dem er sich mit der Tätigkeit der früheren Regierung in moralisch herabsetzenden Worten beschäftigte. Die Bevölkerung weiß sehr wohl, welchen hervorragenden Einfluß Herr Dr. Hoppenrath auf die Politik und Finanzgebarung eines Teils jener Regierungen selbst gehabt hat. Bei der Lektüre seiner letzten Etatsrede hat sich der Bevölkerung immer wieder die Erinnerung an jene bitteren Worte aufgedrängt, die nationalsozialistische Führer über die einhundertzehnprozentig Gleichgeschalteten ausgesprochen haben.

Bei einer solchen einheitlichen Stellungnahme (C) der Danziger Bevölkerung gegen die Form, den Ton und den Inhalt eines großen Teiles der Darlegungen des Herrn Finanzsenators, erscheint es uns überflüssig, sich heute noch eingehend mit jener Rede zu beschäftigen. Umso wichtiger aber wird es sein, sich mit der Finanzpolitik des Herrn Finanzsenators und des nationalsozialistischen Senats auseinanderzusetzen. Wir möchten das aber nicht tun (Abg. Leufgen: Weil Ihr das nicht könnt!), ohne noch einmal Verwahrung einzulegen gegen die sich auf 2¾ Jahre erstreckende Verschleppung der Vorlage der Staatshaushaltspläne, die auch für das letzte Jahr durch die Schwierigkeiten, die die Guldenabwertung für die Aufstellung der Etats mit sich brachte, nicht allein erklärt werden kann. Die wichtigsten Etats, die der Allgemeinen Finanzverwaltung, der Allgemeinen Verwaltung, der Abteilung Soziales und Schulen sind erst am Tage der ersten Lesung den Abgeordneten überreicht worden. (Noch viel zu früh! bei den Nationalsozialisten.) Es ist ihnen also überhaupt nicht möglich gewesen, sich für die Ausschußberatungen eingehend genug vorzubereiten. Vor allem aber muß auf den grotesken Zustand hingewiesen werden, daß die vom Volk gewählten Abgeordneten, deren ältestes und wichtigstes Recht die Mitarbeit an der Etatsgestaltung ist, die Möglichkeit zu einer Stellungnahme zu dem Etat erst erhielten, nachdem praktisch alle Einnahmen und Ausgaben, die in den Etats ziffernmäßig erscheinen, „autoritär" bereits vom Senat getätigt worden sind. (Sie haben ja die Mitarbeit abge- (D) lehnt! rechts.) Dieser Zustand kennzeichnet wohl am besten die Auffassung, die die Nationalsozialisten von der viel erörterten und oft versprochenen Mitarbeit des Parlaments an der Staatsführung haben. Die dadurch geschaffene Lage macht es den Abgeordneten auch unmöglich, zu den Etats Anträge zu stellen, das heißt Vorschläge für eine zweckmäßigere Etatsgestaltung zu machen. Und damit haben die Beratungen, die der Volkstag jetzt vorzunehmen hat, eigentlich ihren wichtigen verfassungsmäßigen Sinn eingebüßt.

Herr Finanzsenator Dr. Hoppenrath hat in seiner Rede vom 27. November 1935 den größten Wert auf die Behauptung gelegt, daß der nationalsozialistische Senat besonders sparsam gewirtschaftet habe (Hat er auch! rechts.) und daß er viele Sünden, die angeblich frühere Regierungen auf sich geladen haben sollen, wieder gutgemacht habe. (Sehr richtig, allerdings! rechts.) Man kann hierzu von vornherein feststellen, daß diese Behauptungen durch die Tatsachen leicht widerlegt werden können. (Unruhe und Widerspruch rechts.) Die Zahlen, die die einzelnen Haushaltspläne enthalten, liefern für diese Beweisführung das beste Material. (Das verstehst Du nicht! rechts.) Nach den Erklärungen des Herrn Finanzsenators sollen vom nationalsozialistischen Senat beim Staat insgesamt 505 Beamte, 141 Angestellte und 178 Arbeiter, zusammen also 824 Personen abgebaut und damit 3 036 000 Gulden eingespart worden sein.

Während der Beratungen im Ausschuß wurde diese angeblich eingesparte Summe bereits dadurch korrigiert, daß man von Regierungsseite erklärte,

(Brill, Abgeordneter)

(A) es seien nur 1,5 bis 1,8 Millionen Gulden eingespart worden. Herr Senator Dr. Hoppenrath hat in seiner Rede vor dem Volkstag aber noch unter vielem Beifall der Nationalsozialisten Einzelangaben darüber gemacht, wie groß die Ersparnisse hinsichtlich der Zahl der Beamten und hinsichtlich der ersparten Summen bei den einzelnen Verwaltungen sein sollen. Es sollten 1935 an Personalkosten angeblich eingespart worden sein: Bei der Zollverwaltung 319 000 Gulden. Der Etat spricht aber nur von 69 340 Gulden Ersparnis. Nach den Angaben des Finanzsenators sollen bei der Justizverwaltung an Personalkosten 660 000 Gulden, bei der Polizei 824 000 Gulden eingespart worden sein. Der Etat ergibt aber bei der Justizverwaltung nur eine Ersparnis von 333 380 Gulden (Nur, nur! rechts.) und bei der Polizei gegenüber 1934 sogar eine Mehrausgabe von 146 370 Gulden. (Das ist ja im Etat noch nicht vorgesehen, kapieren Sie das doch endlich! rechts.)

Wie der Herr Finanzsenator zu seinen Angaben gekommen ist, ist beim besten Willen nicht ersichtlich. (Auf der ersten Seite steht es deutlich zu lesen! rechts.) Es ist aber nun vielleicht erklärlich, weshalb die Vorlage der Etats so zögernd und die Beratung so überstürzt vor sich ging. Es ist auch erklärlich, weshalb die Aussprache über die Etatsrede des Herrn Finanzsenators erst vier volle Monate später zugelassen wurde. (Abg. Schramm: Da hatten Sie doch Zeit, sich vorzubereiten!)

Ob ein Abbau an Personal und eine Ersparnis an persönlichen Verwaltungskosten eingetreten ist und welches Maß sie erreicht haben, kann man nur (B) an Hand eines Vergleichs mit der Lage vor der Machtergreifung des nationalsozialistischen Senats, also vor 1933, feststellen. Es wurden im Jahre 1935 an Ausgaben veranschlagt:

Für Beamte	31 263 330,—	Gulden,
für Angestellte . . .	4 756 820,—	Gulden,
für Arbeiter	2 507 820,—	Gulden,
zusammen:	38 527 970,—	Gulden.

Im Jahre 1932 wurden ausgegeben:

Für Beamte	31 306 091,—	Gulden,
für Angestellte . . .	3 706 905,—	Gulden,
für Arbeiter	1 849 182,—	Gulden,
zusammen:	36 862 178,—	Gulden.

(Gute Gulden! links.) Mithin wurden 1935 1 665 792 Gulden an Personalkosten mehr benötigt als 1932 ausgegeben wurden. (Hört, hört! links.)

Wenn man hier entgegenhalten will, daß diese Mehrausgaben durch eine infolge des Höherrückens der Beamten in den Gehaltsstufen entstandene natürliche Steigerung begründet wären, so geht diese Erklärung an den Tatsachen vorbei; denn der etwaige durch das Höherrücken der Beamten entstehende Unterschied wird reichlich ausgeglichen durch die Kürzung des Teuerungszuschlages von 6 Prozent im Jahre 1932 auf ½ Prozent im vergangenen Jahre.

Wenn nun aber 1,5 oder auch 1,8 Millionen an Personalkosten gegenüber 1934 eingespart sein sollten — wie es im Ausschuß hieß — so ist damit doch erst die Hälfte der Ausgaben abgebaut worden, die durch die Nationalsozialisten nach 1932 aufgebaut worden sind. (Heiterkeit und Zurufe rechts.) Man könnte hier vielleicht das Bild gebrauchen, das der (C) Herr Finanzsenator in seiner Rede auf die früheren Regierungen anzuwenden beliebte, daß nämlich die Nationalsozialisten „die einzelnen Verwaltungen unter sich aufgeteilt haben, wie eroberte Provinzen." (Sehr gut! links.)

Die angebliche Beamtenersparnis hat aber noch eine andere merkwürdige Seite: Die Ruhe- und Wartegelder und die Hinterbliebenenbezüge haben im Jahre 1932 einen Betrag von 5 091 044 Gulden erfordert. In dem Etat von 1935 werden für den gleichen Zweck aber 6 964 960 Gulden, also 1 873 916 Gulden mehr veranschlagt. (Zurufe rechts.) Diese Steigerung ist keinesfalls auf die Erreichung der Altersgrenze bei Beamten allein zurückzuführen, sondern auf die Zwangspensionierungen und auf die zwangsweise Ueberführung zahlreicher dienstfähiger Beamten in den Wartestand, während ihre Stellen von neuen Kräften besetzt worden sind.

Alles in allem kann gesagt werden, daß in finanzieller Hinsicht kein Abbau erfolgt ist. Wenn ein Abbau der Kopfzahl der Beamten noch bei gleichbleibender oder gar steigender Belastung erfolgt ist, so läßt das nur darauf schließen, daß in großer Zahl Beförderungen vorgenommen sein müssen. Es muß hier auf den Aufbau der Verwaltung hingewiesen werden, den der nationalsozialistische Senat durch Schaffung neuer Dienststellen und Behörden durchgeführt hat. Es wurde ein Revisionsamt geschaffen, das eine Ausgabe von 58 820 Gulden erfordert, die zwar zu neun Zehnteln von der Stadt zu tragen sind, über deren Verwendung die Stadt (D) aber nicht mitzureden hat. Die Neugründung der Staatlichen Hochbauverwaltung neben dem bereits bestehenden Staatlichen Hochbauamt bedeutet eine Erweiterung der Bauverwaltung in einer Zeit, in der alle Neubauten fast völlig eingestellt sind und ist durch nichts zu verantworten, auch nicht durch die mangelnde Uebersicht des Herrn Vizepräsidenten Huth über seine vielen Dezernate, mit der diese Neuschaffung begründet worden ist.

Die Neueinrichtung der Abteilung für sogenannte Propaganda und Volksaufklärung, der auch die von der Post abgezweigte und neu gegründete Dienststelle des Landessenders zugehört, erfordert angeblich Ausgaben von 500 000 Gulden jährlich, die aber weder im Etat spezialisiert sind noch im Ausschuß erläutert und begründet werden konnten. (Stimmt nicht! rechts.)

Die Gründung einer besonderen Hochschule für Lehrerbildung war zum mindestens so lange überflüssig, wie behauptet wird, daß in Danzig 100 Lehrer abgebaut und nach Deutschland versetzt werden müßten. Wozu aber der hierfür notwendige jährliche Kostenaufwand von 158 190 Gulden verwendet wird, bezeugte wohl aufs Beste jene von der Hochschule offiziell herausgegebene Rededisposition, in der Artikel der Danziger Verfassung direkt als staatsfeindlich bezeichnet wurden.

Die Einrichtung des Treuhänders der Arbeit neben den bestehenden staatlichen und tariflichen Schlichtungsstellen ist auch als überflüssig zu bezeichnen. Sie erfordert eine Ausgabe von 31 290 Gulden, worin allein 3 250 Gulden Reise- und Autokosten enthalten sind. (Zwischenrufe!)

(Brill, Abgeordneter)

(A) Einen tiefen Einblick in die Finanzgebarung des nationalsozialistischen Senats gewährt der Polizeietat. Da ist vor allem die Gründung der Landespolizei zu nennen. Die Landespolizei hat nach dem Etat für 1934 2 577 170 Gulden, nach dem Etat von 1935 2 451 079 Gulden, zusammen also: 5 029 140 Gulden gekostet. Nunmehr ist sie aufgelöst worden. Es hat sich herausgestellt, daß das, was wir von vornherein bereits betont haben, richtig ist, nämlich, daß sie überhaupt überflüssig war.

Die Gründung des Staatlichen Hilfsdienstes ist ein ähnliches, wenn auch nicht ganz so kostspieliges Experiment des nationalsozialistischen Senats. Der Hilfsdienst wurde mit einer jährlichen Ausgabe von 1 727 000 Gulden veranschlagt, dann plötzlich radikal abgebaut und heute erfordert er immerhin schon wieder einen Zuschuß von 655 000 Gulden. Das einzige Ziel des Hilfsdienstes scheint noch zu sein, daß Herr Regierungsoberinspektor Graeske mit einer monatlichen Stellenzulage von 72 Gulden „später einmal" in Eichwalde Landarbeiter heranbilden will. (Sehr richtig! rechts.)

Das Staatliche Vollstreckungsamt wurde im September 1934 gegründet, groß aufgezogen, in den Volkstag verlegt und durch Verordnung vom 31. Januar 1936 schon wieder aufgelöst. Vielleicht wird jetzt wieder für die Fraktionen und Gruppen der Abgeordneten im Volkstage der Platz frei, auf den sie berechtigten Anspruch haben.

Ein ganz besonderes Kapitel bildet die Entwicklung des Stadttheaters zum Staatstheater. Nach der Uebernahme in die staatliche Verwaltung
(B) wurde es erst teilweise abgerissen, um teilweise erneuert zu werden, später hat man es jedoch ganz abgerissen. (Gottseidank! rechts.) Trotz Arbeit mit Hochdruck wurde es zur projektierten Zeit nicht fertig. Es wurden Künstler engagiert, aber plötzlich die Einstellung des Baues beschlossen, worauf die Künstler wieder mit 920 000 Gulden abgefunden werden mußten. Plötzlich wurde ein neuer Eröffnungstermin festgesetzt und wieder Tag und Nacht an der Fertigstellung des Theaters gebaut. Die Unkosten, die durch das wechselvolle Schicksal des Baues einschließlich der Entschädigungen an die Künstler allein entstanden sind, sind mit mindestens 2 Millionen Gulden zu veranschlagen. (Hast Du Dir den Neubau schon einmal angesehen? rechts.) Eine parlamentarische Körperschaft hätte es sich wohl nicht erlauben dürfen, und sich auch nicht erlaubt, eine solche Planlosigkeit zu unterstützen. Die Geschichte des noch nicht erbauten Hallenschwimmbades ist nur ein Gegenstück dazu. (Zuruf.)

Es läßt sich eine ganze Reihe von typisch nationalsozialistischen Experimenten aufzählen, die für den Staat sehr zweifelhafte Erfolge mit sich gebracht haben. Der Zuschuß für die Erziehungsarbeit der „Deutschen Jugend" mit 17 400 Gulden und für die „Deutsche Studentenschaft" mit 9 600 Gulden sind Subventionen nationalsozialistischer Organisationen auf Kosten der Gesamtheit. (Abg. Andres: Die Jugend ist nationalsozialistisch, daran können Sie nichts ändern!) Diese Zahlungen wurden früher an leistungsschwache Gemeinden zur Förderung von Spiel und Sport geleistet und kamen der Allgemeinheit zugute, nicht nur einer Partei. (Und den Idioten! rechts.)

Die Kosten in Höhe von 75 000 Gulden für das (C)
sogenannte „Landjahr der Jugend" über das wir uns hier nicht grundsätzlich äußern wollen, stellen sich nach der heutigen Praxis auch nur als eine Ausgabe zugunsten der Erziehung von Jugendlichen in der nationalsozialistischen Partei-Ideologie heraus.

Die Unfruchtbarmachung zur Verhütung des sogenannten erbkranken Nachwuchses ist vielleicht ein ernstes Problem, dessen Lösung nach Danziger nationalsozialistischem Muster jedoch durchaus nicht Zustimmung finden kann. Es werden für diesen Zweck jetzt jährlich 25 000 Gulden ausgegeben, ohne die Hinzurechnung der Gerichtskosten. Wahrscheinlich werden aber in irgend einer Form durch die Sterilisierungen auch noch die Gemeinden belastet. (Abg. Andres: Wie hoch sind die Unkosten, die den Gemeinden durch die Idioten erwachsen?)

Präsident: Ich bitte, den Herrn Abg. Brill nicht zu stören.

Brill, Abgeordneter (S.P.D.): Wenn man übrigens berücksichtigt, daß im vergangenen Jahre rund 500 Sterilisierungen durchgeführt worden sind, so stellen sich die Kosten für jede einzelne Unfruchtbarmachung auf 500 Gulden, ohne die vorher erwähnten Kosten für die Unterhaltung zweier Gerichte. (Abg. Andres: Was kostet nachher dem Staat die Unterhaltung eines Geisteskranken?)

Besonders nachdrücklich protestieren wir gegen die Bezuschussung der nationalsozialistischen Parteischule in Jenkau, für die 19 000 Gulden ausgegeben worden sind, nachdem die dort untergebrachte Heilstätte aufgelöst und die Kranken nunmehr nach (D)
Deutschland verschickt werden müssen.

Nicht abzuschätzen aber sind die Kosten, die dem Staat durch die Zurverfügungstellung staatlicher Einrichtungen zum Zwecke der Durchführung nationalsozialistischer Wahlpropaganda entstanden sind und die die Allgemeinheit erstatten muß. Das Personal der Post, die Dienstpflichtigen des Staatlichen Hilfsdienstes, die Benutzung von Kraftwagen und Betriebsstoffen, von Licht- und Kraftstrom und sonstigen Materialien, für deren Kosten die Allgemeinheit eintreten muß, dürften hohe Summen verschlungen haben. Wir glauben, daß der Propagandasenator darüber erschöpfende Auskunft geben müßte. Und wir weisen ganz besonders auf die Entscheidung des Obergerichts im Wahlprüfungsverfahren hin, in der ausdrücklich die Unzulässigkeit eines solchen Verfahrens bestätigt worden ist. (Die Propaganda hat aber gewirkt! rechts.)

Ganz erhebliche Mehrausgaben gegenüber der Zeit vor dem sogenannten „Umbruch" sind dem Staat für die Repräsentationen und die Propaganda entstanden. Die bereits erwähnten, im Etat nicht näher spezifizierten Ausgaben der Abteilung Propaganda in Höhe von insgesamt 500 000 Gulden müssen hier zunächst genannt werden. Trotz der außerordentlich schwierigen Finanzlage des Staates ist die von der Abteilung Propaganda im Jahre 1934 angeforderte Summe von 100 000 Gulden um weitere 100 000 Gulden im Jahre 1935 erhöht worden. Die Kosten für Dienstfahrzeuge aber haben sich in den Jahren 1932 bis 1935 von 237 249 Gulden auf 387 570 Gulden also um 150 320 Gulden erhöht. Der Staat hat es anschei-

(Brill, Abgeordneter)

(A) nend dazu! Man komme uns nicht und sage, die Erhöhung der Kosten sei durch eine Verteuerung der Betriebsmittel bedingt. Die Post, die ja direkt unter der Leitung des Finanzsenators steht, hat den Nachweis erbracht, daß sie 1935 mit dem gleichen Betrag wie 1932, nämlich mit 140 000 Gulden auskommt. Die Steigerung der Kosten für die Fahrzeuge um 150 000 Gulden ist also keineswegs durch die Kosten für die Wagen im Betriebsdienst zu erklären. Diese Kosten müssen vielmehr auf gesteigerte Ausgaben für Personenwagen zurückgeführt werden. Dabei ist zu bemerken, daß die Zahl der Senatoren von 22 auf 12 zurückgegangen ist. (Und daß das Benzin teurer geworden ist! rechts.)

Auffällig sind auch die Erhöhungen der Ausgabepositionen zu Zwecken der Repräsentationen, besondere Aufwendungen und Dotationen zur Verfügung des Senats und des Senatspräsidenten. Für ähnliche Zwecke haben zwar auch früher Mittel zur Verfügung gestanden, jedoch in einem Maße, welches der Größe Danzigs und der Steuerkraft seiner Bevölkerung entsprach.

Für Repräsentationen und „zur Verfügung des Senats" wurden 1932 im ganzen 31 435 Gulden benötigt, für 1935 sind aber veranschlagt worden: Zur Verfügung des Senats 15 400 Gulden, für Repräsentationen des Senats 33 500 Gulden, zur Verfügung des Präsidenten des Senats 30 000 Gulden, für die auswärtige Abteilung 6 000 Gulden, insgesamt also 84 900 Gulden. Das ist fast dreimal so viel als im Jahre 1932.

(B) Wo sind nun die Zuschüsse für die einzelnen Verwaltungen erhöht worden? Zunächst bei der Abteilung Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, wo sie aber nicht etwa den Volksschulen zugute kommen. Vielmehr ist die Erhöhung des Zuschusses in diesem Etat gegenüber dem Vorjahre um 2,3 Millionen wohl restlos dem Staatstheater zuzuschreiben.

Präsident: Herr Abg. Brill, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist und bitte Sie, Ihre Rede abzubrechen. (Abg. Brill: Noch zwei Minuten!)

Brill, Abgeordneter (S.P.D.): Die Abteilung Inneres erhält ebenfalls einen um 335 000 Gulden erhöhten Zuschuß als im Vorjahre. Trotzdem ein Dutzend Verordnungen zum Zwecke der Vereinfachung der Rechtspflege erlassen worden sind und ganze Gerichte abgebaut wurden, ist der Zuschuß zu dem Justizetat um weitere 177 880 Gulden gestiegen.

Nach dem vorgelegten Etat betrug der Schuldendienst für langfristige Anleihen aller Verwaltungen im Jahre 1932 insgesamt 9 265 483 Gulden, für das Jahr 1935 sind insgesamt 10 648 190 Gulden veranschlagt worden. Hierbei ist noch eine Minderung der Raten für den Ueberbrückungskredit I um 1 320 644 Gulden zu berücksichtigen. Diese Minderung wird aber übertroffen und dadurch in ihrer Auswirkung aufgehoben durch die Erhöhung der Zinsen- und Tilgungsraten infolge der Guldenabwertung um 2 717 350 Gulden. Zu den 10 648 190 Gulden Schuldendienst für 1935 für alte Anleihen kommt der Schuldendienst für neue Schulden hinzu, d. h. für die nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 (C) aufgenommenen Kredite und Anleihen. Die Tilgungs- und Zinsenraten dieser neuen Schulden betragen nach dem Etat für 1935 allein 2 752 480 Gulden pro Jahr. Insgesamt stellt sich das Bild also so dar: . . . (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abg., Ihre Redezeit ist nun längst abgelaufen, ich muß Ihnen das Wort entziehen.

Das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Weiß.

Weiß, Abgeordneter (Z.): (Unruhe, Aha-Rufe — Das politisierende Zentrum! rechts) Im Namen und im Auftrage meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: (Lauter! rechts).

Seit der Uebernahme der Regierung durch die NSDAP. (Unruhe, Glocke des Präsidenten) hat die Bewirtschaftung unserer Finanzen Formen angenommen, die mit unseren verfassungsrechtlichen Grundlagen nicht in Einklang zu bringen sind. (Zwischenrufe und Unruhe).

Präsident: Ich bitte dringend um Ruhe!

Weiß, Abgeordneter (Z): Schon im Rechnungsjahre 1933 scheint die Verwaltung nicht im Rahmen des ordnungsmäßigen Haushaltsplanes geführt worden zu sein. Volle Klarheit wird naturgemäß erst die Rechnungslegung bringen können; aber schon im vorgelegten Haushaltsplan für 1935 geben die herangezogenen Vergleichszahlen aus dem Jahre 1933 mehrfach Anhaltspunkte für diese Annahme; besonders sei auf den Schulden- (D) dienst verwiesen.

Für das Rechnungsjahr 1934 hat die Regierung überhaupt keinen Haushaltsplan vorgelegt, obwohl sie durch die Verfassung ausdrücklich dazu verpflichtet ist. Es ist auch sonst trotz wiederholter Anträge keinerlei verantwortliche Auskunft über die Staatsfinanzen gegeben worden.

Für das Jahr 1935 hat der Senat einen Haushaltsplan unmittelbar vor Schluß des Jahres eingebracht. Damit ist das dem Volkstag verfassungsmäßig zustehende Bewilligungsrecht praktisch ausgeschaltet. Das Vorlegen und Verabschieden beschränkt sich auf eine leere äußere Form ohne jede Bedeutung. Es kann sich nicht einmal um eine verantwortliche Kenntnisnahme handeln. Dazu würde zum wenigsten gehören, daß den Abgeordneten hinreichend Zeit für eine eingehende Durchsicht gelassen und Gelegenheit zu aufklärenden Fragen gegeben worden wäre. Das ist durchaus nicht der Fall gewesen. Die wichtigsten und umfangreichsten Haushaltspläne sind erst zu Beginn der Beratung zugestellt worden. Niemand hatte die Möglichkeit, die Einzeletats zu überschauen, geschweige sich einen Gesamtüberblick zu verschaffen. Die so gehandhabte Etatsberatung gibt ein Zerrbild des verfassungsmäßigen Budgetrechts. Für diese parlamentarische Gestaltung der Etatsberatung trägt nach außen wohl die nationalsozialistische Mehrheit des Hauses die Verantwortung. Doch ist bei der engen Verbindung zwischen Partei und Regierung nicht anzunehmen, daß es gegen den Willen des Senats geschehen ist. Jedenfalls ist von Seiten der Regierung nichts dagegen

(Weiß, Abgeordneter)

(A) unternommen worden, obwohl auf die Unhaltbarkeit dieses Vorgehens hingewiesen wurde.

Es ist auch unverträglich mit dem demokratischen und parlamentarischen Grundgedanken der Verfassung, wenn die Etats sozusagen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stehen. Kein Wort durfte zur ersten Lesung gesagt werden. Zu den Ausschußsitzungen wurden Abgeordnete, die nicht Mitglieder des Ausschusses sind, nicht zugelassen, obwohl es sonst allgemein parlamentarische Uebung ist. In diesem Fall wäre es schon wegen der Zahl und Dauer der Sitzungen mit Rücksicht auf die ordentlichen Mitglieder des Ausschusses zu deren Unterstützung notwendig gewesen. Eine Information für die Gruppen, die nicht im Ausschuß vertreten sind, ist überhaupt nicht möglich gewesen. Sämtliche Zulassungsanträge sind abgelehnt worden. Dafür aber wurde mehrfach Vertraulichkeit beschlossen, um ängstlich möglichst viel der Oeffentlichkeit vorzuenthalten. (Zwischenruf.) Nun dürfen wir zu der gesamten Staatsführung, Verwaltung und Finanzgebarung ganze 25 Minuten reden, nachdem bisher keine Große oder Kleine Anfrage beantwortet und auch sonst keine Auskunft gegeben worden ist. Das nennt man: Dem Volke offen Rechenschaft geben.

Nach den Januarbeschlüssen in Genf und den feierlichen Versprechungen des Senatspräsidenten hätte man annehmen sollen, es solle nunmehr eine Periode der Rückkehr auf den Boden der Verfassung beginnen. Die Vorlegung der Etats hätte als ein wenn auch reichlich später Anfang dafür

(B) genommen werden können. Doch diese Art der Etatsberatung zerschlägt diese Erwartungen (Was können wir dafür, wenn Ihnen das nicht gefällt! rechts) Damit nicht genug. Die Etats und ihre Beratungen sind in einem parlamentarisch regierten Staat die vornehmste Pflicht der verantwortlichen Regierungsmitglieder. Wie hoch die Regierung diesen Sinn der Verfassung wertet, geht daraus hervor, daß bis auf die Schlußsitzung kein Senator und kein Behördenvertreter sich hat sehen lassen. Nur nachgeordnete Referenten, die nicht unmittelbar verantwortlich sind, waren erschienen. (Zwischenrufe) Dies Fernbleiben wirkt demonstrativ als Geringschätzung des durch die Verfassung bestimmten demokratischen Bewilligungsrechtes. Ich höre dazu den Zuruf, soweit ich feststellen kann vom Senatspräsidenten selbst: „Mit Recht". Das ist bezeichnend.

Weiter paßt schlecht zu diesem Geist der Verfassung, wenn wiederholt versucht wurde, das verfassungsrechtlich verbürgte Auskunftsrecht zu beschneiden, obwohl aus Gründen, die in der Zeit und Art der Beratung liegen, nur in sehr geringem Maße davon Gebrauch gemacht wurde und bei kritischen Stellen nur sehr andeutungsweise und sehr schonend gefragt worden ist. Noch weniger liegt es auf der Ebene der Verfassung, wenn einzelne der „neuen" Regierungsvertreter sich nicht als Vertreter der Regierung, sondern der Partei fühlten und betont als Beauftragte des nationalsozialistischen Staates auftraten. Dabei ist es eine Frage des persönlichen Geschmackes, wenn sie ihre Ausführungen von vornherein auf den Ton parteipolitisch zugespitzter Polemik einstellten (Das ist ja nicht wahr! rechts). Das leitet (C) sich her aus der Tatsache, daß man bei den einzelnen Dienststellen auch heute noch immer den Eindruck bekommt, als sei man auf einem Parteibüro. Bei den Behörden werden immer noch in der Dienstzeit parteipolitische Appelle, Versammlungen, Kundgebungen, Feiern usw. abgehalten.

Es wäre auch interessant, die parteipolitische Finanzrede des Senators Dr. Hoppenrath vom November v. Js., die jetzt auch zur Besprechung steht, im Licht der Verfassung zu sehen, doch ich werde nicht darauf eingehen (Schade! und Zurufe rechts). Es scheint unverständlich, daß ein gradlinig denkender Mann seinerzeit nicht die zwingenden Konsequenzen aus den Verhältnissen gezogen hat, die er heute nicht scharf genug geißeln kann, daß er vielmehr damals freudig die Verantwortung für diese Verhältnisse getragen hat (Abg. Kurowski: Sehr gut!).

Die Etatsaufstellung selbst weist zahlreiche Umstellungen auf. Sie mögen vereinzelt sachlich begründet sein. Vielfach aber sind sie geeignet, den Eindruck zu erwecken, als ob dabei die Absicht obwaltet, die Einsicht und den Vergleich mit früheren Etats und den Gesamtüberblick zu erschweren. Die mangelnde Klarheit des Etats, die sich u. a. auch in den allgemein gehaltenen Fassungen sowie in fehlenden oder unzulänglichen Erläuterungen zeigt, könnte einen solchen Verdacht bestärken, besonders wenn man das rasende Tempo und die sonstigen Umstände der Etatsberatung hinzunimmt.

(D)

Der Behördenaufbau unterliegt einer ständigen Umorganisation; aber es fehlt dabei an einem großzügigen und weitblickenden Umbauplan. Aemter und Einrichtungen werden geschaffen und wieder aufgelöst. Aufgaben und Beamte werden hinundher geschoben. Das erfordert ungeheure Mehrkosten, wie es in den Etats zum Ausdruck kommt. Der Personalbestand ist ungewöhnlich stark angeschwollen. Das muß vorweg gesagt werden, wenn von dem nunmehr einsetzenden Abbau gesprochen wird. (Zurufe) Bei den jetzigen Personalverminderungen ist es vielfach so, daß die altbewährten Kräfte den nach 1932 Neueingestellten weichen mußten. Es scheint dabei nicht immer nach sachlichen Gründen vorgegangen zu sein. Das beweisen die zahlreichen Prozesse, die schon sehr viel Geld gekostet haben und wahrscheinlich noch mehr kosten werden. Darüber hinaus ist dies Vorgehen wegen der moralischen Rückwirkungen zu bedauern. Das Vertrauen in das Treueverhältnis des Staates zum Beamten, wie es in der Verfassung gewährleistet ist, wird aufs tiefste erschüttert und die Arbeitsfreudigkeit und die Charakterfestigkeit der Beamten aufs schwerste gefährdet. Das rüttelt an einem der wichtigsten und wesentlichsten Fundamente des Staatswesens. Finanziell wirkt sich der Abbau so aus, daß die Ansätze für Ruhegehälter gegen 1932 um rund 2 Millionen angestiegen sind, nachdem sie in den Jahren vorher bis 1932 bereits beständig geworden waren, nachdem sie einen gewissen normalen Stand erreicht hatten. Diese Beträge werden sich wahrscheinlich noch beträchtlich steigern, wenn der be-

(**Weiß**, Abgeordneter)

(A) abſichtigte Abbau in dieſer Art weiter durchgeführt wird.

Gerade an perſönlichen Verwaltungsausgaben iſt von der angeblichen ſparſamen Wirtſchaftsführung nichts zu verſpüren. Ueberall finden ſich Vermehrungen und Erhöhungen. Dazu kommen mancherlei Nebenaufwendungen wie z. B. für Kraftfahrzeuge. Dafür ſind gegen 1932 mindeſtens 170 000 Gulden zum größten Teil ganz neu oder doch erhöht eingeſetzt worden. Nicht eingerechnet dabei ſind die ſogenannten beamteneigenen Wagen, deren Koſten aus dem Etat nicht immer leicht erſichtlich ſind. Bei der Perſonalabteilung ſind zu den früheren zwei Dienſtwagen nicht weniger als ſieben ſogenannte ſenatoreneigene Dienſtwagen hinzugekommen. (Haben Sie nicht vorher gehört, wieviel Senatoren Sie beſoldet haben? rechts) 22 Senatoren hatten zwei Wagen und acht Senatoren haben jetzt neun Wagen. Bei der gleichen Stelle ſind für Aufwand, für Repräſentationen, zur beſonderen Verfügung uſw. 80 bis 100 000 Gulden jährlich mehr verausgabt worden, als in den früheren Jahren.

Unſere Landespolizei in Ehren; ſie iſt aufgelöſt worden. Ob ſie überhaupt je nötig geweſen iſt, das ſteht auf einem anderen Blatt. (Das haben Sie doch nicht zu entſcheiden! rechts) Aber ſie hat uns jährlich 2,5 Millionen Gulden gekoſtet. Insgeſamt ſind die Koſten für die Polizei in den letzten zwei Jahren um gut eine Million Gulden höher geweſen als in den früheren Jahren. Dabei erhebt ſich die Frage, ob es in dieſer Zeit um die

(B) Sicherheit und die Ordnung um ſoviel günſtiger geſtanden hat. Aber, darüber, glaube ich, ſchweigt man beſſer. Welchen Geiſt man in die Polizei, die für die geſamte Bevölkerung in gleicher Weiſe da ſein und die das ungeteilte Vertrauen der geſamten Bevölkerung beſitzen ſoll, hineingetragen hat oder hineintragen will, das ſagt uns Herr Major Stach auf dem letzten Kameradſchaftsabend, der nach ſeinen eigenen Worten den ausgeſprochenen Zweck hatte, die innige Verbundenheit und die enge Zuſammenarbeit zwiſchen Partei und Polizei zu dokumentieren und zu fördern. (Bravo und Händeklatſchen rechts. — Der Man muß befördert werden! rechts — Heiterkeit — Glocke des Präſidenten.)

Präſident: Ich bitte um Ruhe!

Weiß, Abgeordneter (Z) Der Etat ſoll ein Spiegelbild der Staatswirtſchaft ſein. In den Jahren 1933 und 1934 wurde mit ſehr viel Aeußerlichkeiten die Arbeitsſchlacht begonnen. Sie brachte eine wirtſchaftliche Scheinblüte, und ſie iſt verpufft. Heute ſtehen wir auf den Trümmern dieſes Schlachtfeldes. (Widerſpruch — Unruhe rechts) Als Siegestrophäe aus dieſer Schlacht haben wir einen jährlichen Schuldendienſt von rund 2,5 Millionen Gulden heimgetragen. (Sie vergeſſen aber, daß die Erwerbsloſenziffern heruntergegangen ſind! rechts) Ich werde gleich darauf kommen.

Präſident: Ich bitte, die Zwiegeſpräche zu unterlaſſen!

Weiß, Abgeordneter (Z): Dahinter ſteht eine Schuldenlaſt von rund 9 Millionen Gulden. An dieſem Trümmerhaufen werden wir noch jahrelang aufzuräumen haben. (Aber was ſind für Werte geſchaffen! — Paſſen Sie auf, daß Sie nicht (C) mit weggeräumt werden! rechts) Von dieſen 9 Millionen iſt kaum ein Pfennig unmittelbar werbend angelegt worden. (Abg. Dr. Appaly: Das iſt erſtunken und gelogen!)

Präſident: Herr Abg. Dr. Appaly, ich rufe Sie wegen des Ausdrucks „gelogen“ **zur Ordnung!**

Weiß, Abgeordneter (Z): Als dauerndes Denkmal auf dieſem Trümmerfeld ſteht das Grab der Danziger Währung. Dieſer wirtſchaftliche Rückſchlag zeigt ſich auch in der Lage des Arbeitsmarktes. Wenn wir zu der heutigen offiziellen Zahl der Erwerbsloſen diejenigen hinzuzählen, die einſt hinzugezählt wurden, die heute aber außer Betracht bleiben, dann erhalten wir ungefähr die Zahl, die die jetzige Regierung einſt vorgefunden hat. Auch die im Etat für dieſen Zweck ausgeworfenen Beträge, wenn wir ſie aus den Einzelſtellen herausziehen, nähern ſich ungefähr den einſtigen Beträgen, und die jetzt eingeſetzten Beträge zeigen eine ſteigende Tendenz. (Im Ausſchuß hat er das Gegenteil behauptet! rechts.)

Eine Staatsführung, wie wir ſie in den letzten Jahren erlebt haben, hat ſich in beſorgniserregender Weiſe zum Nachteil für Volk und Staat ausgewirkt und iſt auf die Dauer untragbar. Es iſt Zeit und es iſt unſere Pflicht, daß wir das weitere Schickſal in die freie Willensentſcheidung des Volkes legen. Wir haben bereits im Juni des vorigen Jahres einen Antrag auf Neuwahlen geſtellt. Der Zeitpunkt war der NSDAP. wenig genehm. Einen günſtigeren Augenblick als heute, da der gewaltige Auftrieb vom Reich herüber- (D) ſtrömt. (Ach, was Sie ſagen! — Das haben Sie auch ſchon gemerkt? rechts.) wird es für die NSDAP. nie wieder geben. Wir haben darum erneut den Antrag eingebracht, und nun haben Sie Gelegenheit, zu zeigen, ob Sie die Verantwortung für Volk und Staat haben (Heiterkeit rechts.) und ob Sie das Vertrauen in Ihre eigene Kraft fühlen. (Wir machen das dann, wenn es uns paßt! rechts.)

Präſident: Herr Abg. Gamm, ich nehme an, daß Sie ſich zu dieſem Punkt der Tagesordnung gemeldet haben. — Glocke des Präſidenten — Unruhe. — Ich nehme an, daß Ihre Wortmeldung zu Punkt 1 der Tagesordnung erfolgt iſt, es ſteht hier keine Zahl oben. (Große Unruhe — Zurufe.) Das Wort hat der Herr Abg. Gamm.

Gamm, Abgeordneter (Gruppe Weiſe): (Unruhe — Zurufe.) — Am Schluß des Haushaltsjahres 1935 legt die Regierung die vollſtändigen Haushaltsvoranſchläge für 1935 vor, die ſie nach dem Artikel 51 der Danziger Verfaſſung ſpäteſtens im März 1934 vorzulegen verpflichtet war. Die fieberhafte Eilfertigkeit, mit der die Haushaltspläne jetzt binnen einer Woche verabſchiedet werden ſollen, ſteht in auffälligem Mißverhältnis zu der bisher geübten Verzögerung der Angelegenheit. Dieſe Behandlung iſt nicht geeignet, das ohnehin beſtehende ſtarke Mißtrauen der Mehrheit der Bevölkerung gegen die Finanzgebarung des Staates zu beſeitigen. (Zwiſchenrufe.)

Präſident: Ich bitte um Ruhe!

Gamm, Abgeordneter (Gruppe Weiſe): Jedenfalls kann von einer gründlichen und gewiſſenhaf-

(Gamm, Abgeordneter)

(A) ten Prüfung, wie sie die Staatshaushaltsgesetze nun einmal verdienen und wie sie durch die Verfassung vorgeschrieben ist, nicht die Rede sein. Der Vorsitzende des Hauptausschusses hat es ausdrücklich abgelehnt, einen deutschnationalen Abgeordneten als Zuhörer an den Etatsbesprechungen im Hauptausschuß teilnehmen zu lassen. Wir erklären deshalb in aller Oeffentlichkeit, daß das von der Regierung und der nationalsozialistischen Mehrheit des Volkstages geübte Verfahren der Behandlung der Haushaltsgesetze uns daran gehindert hat, den notwendigen Einblick in die ordnungsmäßige Haushaltsführung des Staates zu gewinnen, auf den wir Anspruch haben. Bei dem absolut ungenügenden Material, das uns zur Verfügung gestellt ist und bei der Kürze der uns durch die Nationalsozialisten bewilligten Redezeit muß ich mich auf einige Feststellungen beschränken.

Der Herr Finanzsenator hat in seiner sogenannten Etatsrede vom 27. November 1935 auf die mehrere Millionen Gulden betragende Ersparnis hingewiesen, die in den Haushaltsvoranschlägen für 1935 durch den Abbau von Beamten, Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst, durch die Ueberführung von Beamten ins Reich, durch die Aussiedlung der Pensionäre erreicht worden wären. (Der fängt schon wieder mit der Aussiedlung an! rechts.) Er hat dabei wörtlich gesagt: „Dieser Ausgleich und diese Gesundung wurden dadurch herbeigeführt, daß die Regierung ohne Rücksicht auf Popularität eine Reihe von Maßnahmen durchführte, wie sie eine parlamentarische Regierung mit mehreren Parteien niemals hätte
(B) durchführen können." Demgegenüber stellen wir fest, daß die Personalausgaben für die Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst in den Voranschlägen für das Jahr 1935 durchweg erheblich höher sind als die für die Jahre 1931/33, als die Regierung Ziehm für die Etats verantwortlich war. (Na nun! rechts.)

Allein in den Voranschlägen der Senats-Abteilung für Wirtschaft und Arbeit, für Justiz, öffentliche Arbeiten, Betriebe und Verkehr, für Grundbesitzverwaltung und für Landwirtschaft, die bereits seit längerer Zeit vorliegen und deshalb wirklich geprüft werden konnten, sind die Ausgaben für 1935 trotz aller Ersparnisse im Durchschnitt etwa 5½ Millionen höher als in den Haushaltsanschlägen der Ziehmregierung.

Wenn die nationalsozialistische Regierung also von Abbau und Ersparnissen spricht, so ist das nur insoweit berechtigt, als sie das wieder abgebaut und erspart hat, was sie seit ihrem Antritt im Juni 1933 aufgebaut und mehr ausgegeben hat. Und doch hat die jetzige Regierung nur einen geringen Teil der von ihr in den Jahren 1933 bis 1935 veranlaßten Etatsaufblähungen wieder gut gemacht und noch lange nicht die wirklich sparsamen Ausgabepositionen der Ziehmregierung erreicht.

Wir stellen also fest, daß die parlamentarisch geführte Ziehmregierung viel sparsamer gewirtschaftet hat als die jetzige Regierung. Wir stellen weiter fest, daß der von der jetzigen Regierung durchgeführte Personalabbau, die Ueberführung der Beamten ins Reich und die Uebersiedlung der Pensionäre keine Verringerung der Ausgaben auf den Stand vor Antritt der nationalsozialistischen (C) Regierung herbeigeführt haben und daß die von der nationalsozialistischen Regierung durchgeführten Sparmaßnahmen, namentlich der Uebersiedlung der Pensionäre, die soviel Leid und Elend über viele Familien gebracht haben, gar nicht nötig gewesen wären, wenn die jetzige Regierung weiter so sparsam gewirtschaftet hätte, wie ihre Vorgängerin. Wir stellen schließlich fest, daß die von der nationalsozialistischen Regierung namentlich in den Jahren 1933 und 1934 durchgeführte beispielslose Ausgabenwirtschaft auch für die Abwertung der Währung verantwortlich zu machen ist.

Der Herr Finanzsenator hat in seiner Etatsrede der Personalpolitik der früheren Regierung den Vorwurf der Futterkrippenwirtschaft gemacht. (Abg. Leufgen: Sehr richtig!) Abgesehen davon, daß sich dieser Vorwurf gerade aus dem Munde des Herrn Finanzsenators eigenartig vernimmt, der doch auch der früheren Regierung angehört hat, ist wohl die Frage berechtigt, wo es eine größere Futterkrippen- und Parteiwirtschaft gegegeben hat, bei den früheren Regierungen oder bei der jetzigen. In der Bevölkerung ist das keine Frage mehr.

Der Herr Finanzsenator hat in seiner Etatsrede schließlich auf das von der nationalsozialistischen Regierung durchgeführte Arbeitsbeschaffungsprogramm hingewiesen, insbesondere auf die umfangreichen Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden, auf die Siedlungen in Stadt und Land, auf die Straßen- und Brückenbauten und Meliorationen und auf die Investition in den städtischen (D) Werken. Wir weisen darauf hin, daß das in viel größerem Umfange auch schon von früheren Regierungen geschehen ist, allerdings in viel produktiverer Form und in einwandfreier Finanzierung. (Schluß! rechts.) Danke. — Wir stellen fest, daß das von der nationalsozialistischen Regierung durchgeführte Arbeitsbeschaffungsprogramm jede Rücksicht auf die Staats- und Gemeindefinanzen hat vermissen lassen.

Präsident: Herr Abg. Gamm, Ihre Redezeit ist abgelaufen. (Mag er das doch beweisen! rechts.)

Gamm, Abgeordneter (Gruppe Weise): Wir Deutschnationalen lehnen den Staatshaushaltsplan, in den man uns den gewünschten Einblick verweigert, ab. Nach den Mißerfolgen, die die nationalsozialistische Regierung in den drei Jahren ihrer Regierung auf allen Gebieten der öffentlichen und privaten Wirtschaft gehabt hat, kann sie begreiflicherweise nicht verlangen, daß ihr die Bevölkerung noch Vertrauen entgegenbringt. Die notwendige Ordnung und eine klare Uebersicht über die Staatsfinanzen kann nur eine neue Regierung, die vom Vertrauen des Volkes getragen ist, bringen. Unser Antrag auf Auflösung des Volkstages ist das einzigste Mittel dazu. (Zwischenrufe.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Plenikowski. (Unruhe und Zurufe.)

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Da mir nur fünf Minuten, also auf je 25 Millionen Gulden (Unruhe) eine Minute zur Verfügung stehen, kann ich nur eine kurze Erklärung abgeben: Die nationalsozialistische Agitation und Propa-

(Plenikowski, Abgeordneter)

(A) ganda suchte vor der Machtergreifung glauben zu machen, daß der Nationalsozialismus nach der Machtergreifung sofort allen Hunger und alles Elend, alles Unrecht und jede Unterdrückung ausrotten werde. Man kann dem Nationalsozialismus nicht abstreiten, daß er in den drei Jahren seiner Herrschaft sich mit dem Ausrotten die größte Mühe gab, aber nicht mit dem Ausrotten von Hunger und Elend, von Unrecht und Unterdrückung, sondern mit dem Ausrotten alles dessen, was wirklich gegen Hunger und Elend, für Arbeit, Brot und Freiheit kämpfte. Das kapitalistische System wollte er vernichten und hat statt dessen die Lebenshaltung der breitesten Massen in einem geradezu unheimlichen Tempo verschlechtert, nur um das kapitalistische System vor der Vernichtung zu retten.

Kann der Nationalsozialismus diese Wahrheit zugeben? Nein! Er muß statt dessen von der „erfolgreichen" Arbeit der Regierung sprechen. Der Finanzsenator erklärte in seiner Etatsrede: „Die Zahlen liefern Ihnen den besten Beweis für die erfolgreiche Arbeit der Regierung." Dabei berief er sich auf die Zahlen des Etats.

Wie steht es mit diesen Zahlen? Der Finanzsenator erläuterte die „erfolgreiche Arbeit" der Regierung damit, „ . . . daß die nationalsozialistische Regierung wie keine Regierung vorher es erkannt hat, daß ein Volk neben materiellen Dingen auch geistige Dinge haben muß, wenn es auf der Höhe seiner Lebenskraft und Kultur bleiben will." Nun hat gerade der Nationalsozialismus sich als eine Weltanschauung der Tat bezeichnet, so daß man anzunehmen berechtigt war, daß jeder (B) nationalsozialistischen „Erkenntnis" auch die Tat auf dem Fuße folgen werde. Und in der Tat, der Finanzsenator wußte weiter zu verkünden, daß sich die Regierung vor Taten nicht zu drücken gedachte." Die Regierung hat ohne Rücksicht auf Popularität eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, wie sie eine parlamentarische Regierung mit mehreren Parteien niemals hätte durchführen können. „Und er begründete die Notwendigkeit dieser Maßnahmen mit den Worten: „wir hätten sonst ein zweites Oesterreich erlebt!"

Wir haben mehr als „ein zweites Oesterreich", wir haben ein nationalsozialistisches Danzig erlebt! Als wichtigsten „Erfolg" glaubte der Finanzsenator seine Sparmaßnahmen verbuchen zu können. Wir müssen zugeben, daß tatsächlich „erfolgreich" gespart worden ist. Untersuchen wir jedoch diese Sparmaßnahmen, so müssen wir feststellen, daß sie alles andere als Maßnahmen zur Erhaltung der materiellen und geistigen Dinge der Massen der Bevölkerung waren. Sie dienten nicht ihrer Erhaltung, sondern ihrer Verschlechterung. Das gilt vor allem für die Guldenabwertung, die schamhaft an einer Stelle des Etats Guldenumwertung genannt wird. Es mangelt mir an Zeit, das in den Haushaltsplänen vorhandene umfangreiche Beweismaterial dafür anzuführen. Nur auf einen Fall will ich hinweisen.

Nach den Angaben des Finanzsenators wurden insgesamt eingespart: 1 283 Personen bei der Staatlichen und Städtischen Verwaltung mit 4 636 000 Gulden. Darunter befanden sich 335 Angestellte und 405 Arbeiter, und von den Beamten wird die Mehrheit wohl den unteren und mittleren Gehaltsstufen angehört haben. Demgegenüber (C) weisen aber die Haushaltspläne bei den verschiedensten Positionen auf eine geradezu erschreckende Aufblähung des Verwaltungsapparats und der damit verbundenen Ausgaben hin. Auch dafür sei ein Fall angeführt: Die Gesamtausgaben für den Abschnitt A der Allgemeinen Verwaltung haben sich gegenüber 1934 um weitere 45 390 Gulden erhöht und betragen jetzt 3 334 430 Gulden. Wie hoch waren dagegen diese Ausgaben noch im Jahre 1932? 2 317 825 Gulden! Um mehr als 1 Million Gulden sind die Ausgaben allein für diesen Abschnitt des Verwaltungsapparats erhöht.

Schon diese wenigen Beispiele genügen, um zu zeigen, warum der Finanzsenator von „unpopulären Maßnahmen" sprach. Denn die Maßnahmen, die in den Zahlen des Etats zum Ausdruck kommen, sind mit Recht auf Ablehnung bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gestoßen. Als Grund für die Durchführung der „unpopulären Maßnahmen" wird ihre zwingende Notwendigkeit angegeben. Eine billige Begründung, die zudem nicht neu ist. Dabei hatte es gerade der nationalsozialistische Senat in der Hand, der ja nicht auf den Kuhhandel der Parteien angewiesen ist, wie der Finanzsenator sich ausdrückte, populäre Maßnahmen zu treffen. Warum wurden nicht die Senatorengehälter um 1000 Gulden monatlich gekürzt? 500 bis 800 Gulden monatlich reichen aus, um satt zu werden und das Bedürfnis an materiellen und geistigen Bedürfnissen zu befriedigen. Heute bezieht ein Senator noch immer das jährliche Einkommen von 25 Arbeiterfamilien. (D) Der Senat kann versichert sein, daß solche Maßnahmen populär gewesen wären. Warum setzen sich die Senatoren nicht auf ein Fahrrad und sparen die hohen Ausgaben für Autos? (Große Unruhe, Zwischenrufe. — Glocke des Präsidenten.) Warum sind nicht zwei Landratsämter zusammengelegt worden, warum steuert man nicht die Gewinne der Banken und Großbetriebe, die Tantiemen und Aufwandsendschädigungen weg und verstärkt die steuerliche Erfassung der hohen Einkommen? Das alles, davon kann der Senat überzeugt sein, wären populäre Maßnahmen gewesen, aber doch nur ein Mäuslein gemessen an den Bergen von Erfolgen, die der Nationalsozialismus versprochen hat. Das nicht einmal ein Mäuslein geboren werden konnte, beweist nur, daß nationalsozialistische Theorie und Praxis Dinge sind, die zueinander in schärfstem Gegensatz stehen. Das kapitalistische System ist geblieben, nur die Fäulnis ist weiter fortgeschritten, und auch in den Bemühungen, diese fortschreitende Fäulnis zu verdecken, hat man es zu einer wahren Meisterschaft gebracht. Das beste lebende Beispiel dafür ist ja wohl unser Finanzsenator. Die Etats sind Ausdruck derselben Praxis, die er schon vor Jahren unter einer Regierung ausübte, gegen die er vom Leder zog, nur gilt für die frühere Regierungspraxis die Bezeichnung „Cliquen- und Kastensystem", wie der Finanzsenator selbst sich ausdrückte, und für die inhaltlich heute sogar noch verschlechterte Praxis „nationalsozialistischer Aufbauarbeit". Eine kleine Bemerkung zu einer Ausgabeposition im Etat charakterisiert seinen ganzen Inhalt; sie lautet: „Mehr durch Erhöhung der Preise für Stroh und

(Plenikowski, Abgeordneter)

(A) Heu". Jeder weiß, daß nicht nur „Stroh und Heu" im Preise gestiegen sind, sondern daß von der Teuerungswelle der Marktregulierung und Guldenabwertung gerade die zum Lebensunterhalt des Menschen unbedingt erforderlichen Dinge ganz gewaltig im Preise gestiegen sind. Vergeblich sucht man in den Etats bei den Ausgabe-Positionen für die Menschen, und zwar für die Arbeiter, Angestellten und Beamten, für die Arbeitslosen und Rentenempfänger nach der Bemerkung: „Mehr durch Erhöhung der Preise für Brot und Kartoffeln". Das Vieh muß, um leben und arbeiten zu können, die gleichen Rationen wie früher bekommen und das bedeutet bei Preissteigerung erhöhte Ausgaben; dem Menschen, dem Volksgenossen verweigert und verbietet man sogar einen Ausgleich. Das ist Ihr System. (Geht doch nach Rußland! rechts. — Dort haben die Menschen Arbeit und Brot! links — Sagt man Litwinow, er soll auf dem Roller nach Genf fahren! rechts — Stürmische Heiterkeit — Unruhe).

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Budzynski. — Glocke des Präsidenten. Ich bitte die Zwiegespräche zu unterlassen und den Abgeordneten Budzynski anzuhören.

Budzynski, Abgeordneter (P.): M. D. u. H.! Wie bisher üblich, wollte die polnische Gruppe zur ersten beziehungsweise zur zweiten Beratung der Haushaltspläne die Wünsche, die Sorgen und die Anregungen der polnischen Minderheit in Danzig vor dem Volkstag zur Sprache bringen. Dem Senat wollten wir damit die Gelegenheit geben, sich (B) nicht nur zu den Belangen der polnischen Bevölkerung Danzigs zu äußern, sondern wir wollten die Regierung auf Vorkommnisse und ständig sich wiederholende Uebergriffe der ihr untergeordneten Organe sowie auf die Tatsache der unterschiedlichen Behandlung der Danziger Bürger, sei es aus nationalen, religiösen oder politischen Gründen, aufmerksam machen.

Die nachgerade zur Gewohnheit gewordene und sich ständig wiederholende Beschränkung der Redezeit im Volkstag nimmt uns die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung und beraubt uns der wohlerworbenen Rechte, die lebenswichtigen Interessen der polnischen Minderheit in der durch die Verfassung garantierten Weise zu vertreten. (In keinem Lande der Welt wird eine Minderheit so gut behandelt, wie die polnische in Danzig! rechts.) Die polnische Gruppe erhebt daher gegen diese durch die Mehrheit des Volkstages immer wieder angewandten Methoden den schärfsten Protest. Als äußeres Zeichen dieses Protestes wird sich die polnische Gruppe bei der Abstimmung über die Haushaltspläne ihrer Stimme enthalten, obwohl es unsere gute Absicht war, den vom Senat vorgelegten Haushaltsplänen im Hinblick auf die in letzter Zeit sich anbahnende bessere Zusammenarbeit zwischen dem Senat und den Vertretern der polnischen Minderheit zuzustimmen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. — Das Wort hat Herr Senator Batzer.

Batzer, Senator: M. H. von der Opposition! Sie haben sich heute in liebenswürdiger Weise mit meiner Abteilung Propaganda befaßt und ich möchte Ihnen deshalb auch ganz kurz antworten.

Sie kennen sicher alle das bekannte Sprich- (C) wort: „Lügen haben kurze Beine", deshalb will ich sofort Ihre Behauptungen richtigstellen. Sie behaupten, hier sei etwas Neues eingerichtet worden. Denken Sie doch einmal nach, was zu Ihrer Zeit bestanden hat, dann werden Sie feststellen können, daß damals die Abteilung „Werbestelle des Senats" bestand. (Die hat 80 000 Gulden gekostet, jetzt kostet sie 200 000 Gulden! links.) Ich danke Ihnen für diese Zahl, ich werde sie nachher anführen. — Dann bestand die Pressestelle. (Das war Presse- und Werbestelle zusammen! links.) Das stimmt nicht ganz! Dann bestand ebenfalls der Rundfunk. Ich habe diese Dinge zusammengelegt und ihnen einen neuen Namen gegeben, Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda. „Volksaufklärung" bedeutet nichts weiter, als die Maßnahmen der Regierung der Bevölkerung mitzuteilen. Daß ich keine Parteipropaganda betrieben habe, werden Sie mir wohl zugestehen müssen, das habe ich auch nicht nötig, das kann die Partei aus eigener Kraft tun.

Diese früher bereits getrennt bestehenden Stellen habe ich zusammengefaßt, dazu kam dann allerdings neu hinzu ein Ausbau des Fremdenverkehrs. Nun hierzu noch ein Wort, m. H.! Sie operieren so gern mit dem Jahre 1929 und besonders die „Volksstimme" tut sich darin hervor, aber Sie vergessen immer die absteigende Kurve bis zum Jahre 1933 aufzuzeigen und dann weiterzugehen, wenn Sie den Fremdenverkehr aufzeigen. (Da kam Ihr Volldampf! links.) Sehen Sie, m. H., das ist Demagogie! Im Jahre 1933 habe ich (D) mein Amt übernommen und der Fremdenverkehr ist wieder angestiegen, während er in den Jahren vorher dauernd zurückgegangen war. Gewiß, der Senat hat mir Mittel zur Verfügung gestellt, aber diese Mittel sind nicht so hoch, wie sie in Deutschland irgend ein lächerliches Bad aufwendet.

Ich möchte Ihnen bei dieser Gelegenheit gleich etwas vorrechnen: Laut Mitteilung der Staatsbank sind im vergangenen Jahre 3,5 Millionen deutsche Reichsmark im Fremdenverkehr nach Danzig geflossen, das ergibt bei einem Kurse von 2,12 den Betrag von 7 000 000 Gulden in Devisen für unseren Freistaat. Wenn ich dabei berücksichtige, daß der deutsche Verkehr ungefähr die Hälfte betragen hat, so kann ich noch ca. 4 Millionen Gulden aus Devisen von Polen, den nordischen Staaten, England usw. annehmen. Sie werden zugeben, daß das nicht zu hoch gegriffen ist. So sind allein durch diese kleine Abteilung in einem Jahre mindestens für 11 000 000 Gulden Devisen nach Danzig geflossen, während zu Ihrer Zeit jährlich der Fremdenverkehr um 20 bis 30 Prozent zurückging. Das, m. H., haben Sie vergessen, hier zu erklären! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen!)

Wie bereits erwähnt, gehört zu meiner Abteilung auch der Rundfunk. Die Zahlen, die hier angeführt wurden, stimmen. Ich rechne da nicht kleinlich bis auf den Pfennig, aber in runden Summen ausgedrückt, treffen die Zahlen zu. Ich bekomme für den Rundfunk 350 000 Gulden, aber diesen Betrag hat der Rundfunk Jahr für Jahr erhalten. Diese Sume hat man mir übergeben

(**Batzer**, Senator)

(A) und damit habe ich gewirtschaftet und ich habe in diesem Jahre — das wissen Sie ja noch nicht — 100 000 Gulden eingespart. (Wo sind die hingekommen? links.) Das werden Sie schon alles erfahren. (Hoffentlich! links.) Sie müssen also von dieser nach Ihrer Meinung neugeschaffenen Etatsposition die 200 000 Gulden des Rundfunks abstreichen und die bereits alljährlich an anderen Etatsstellen veranschlagten Beträge ebenfalls verrechnen.

Nun kommt allerdings bei meiner Abteilung Propaganda noch eines hinzu und das ist das Winterhilfswerk. Da werden Sie mir nicht bestreiten können, daß ich Millionenbeträge für die Aermsten der Armen im Staat aufgebracht habe. (Anhaltender Beifall.) Deshalb, m. H., rate ich Ihnen: Lassen Sie lieber künftig in Ihrem Interesse die Finger von Dingen, von denen Sie nichts verstehen! (Beifall und Händeklatschen.)

Nun noch etwas Persönliches, Herr Abg. Brill. Sie haben mich gefragt, woher die Gelder gekommen sind, die der Staat für den Wahlkampf der NSDAP. ausgegeben hat. Ich erkläre Ihnen feierlichst, daß aus meinem Etat — dem Staatsetat — nicht ein Pfennig für die Wahlpropaganda der Partei gegeben worden ist. (Zwischenrufe.) Die andern Etats gehen mich in diesem Zusammenhange nichts an, sie sind ja auch nicht angegriffen worden. Ich kenne keinen andern Etat bis ins kleinste; ich kenne Ihr Portemonnaie ja auch nicht. Wenn Sie sich als anständiger Mensch sehen lassen wollen, verlange ich von Ihnen den Nach-
(B) weis, daß Ihre Behauptungen stimmen, Herr Abg. Brill, sonst haben Sie gelogen. (Beifall rechts.) Sie werden es mir nicht verübeln, wenn ich mich ein wenig hart ausdrücke. Es ist mir schwer gefallen, Ihnen das zu sagen. Ich habe nicht einen Pfennig aus dem Staatsetat für die Wahlpropaganda gegeben. Bitte beweisen Sie es, dann habe ich gelogen. Das ist der Etat der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda. Die Abteilung steht so da, daß sie in Zukunft eigentlich nichts vom Staate braucht und daß wir uns aus Verträgen, die ich mit dem Reiche abgeschlossen habe, allein ernähren. Ich habe günstigere Verträge abgeschlossen, daraus fließen unsere Einnahmen, aber nicht aus Ihren Geldern. Herr Abg. Brill, Sie haben nun das Wort! (Bravo! und Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Finanzsenator.

Dr. Hoppenrath, Senator: M. H.! Was Sie hier als Vertreter der Opposition erklärt haben, das berücksichtigt nicht Tatsachen, die auch Sie nicht wegdeuteln können. Sie haben nämlich ganz vergessen zu erwähnen, daß alles das, was Sie hier einem nationalsozialistischen Senat und einer nationalsozialistischen Regierung in die Schuhe schieben wollen, uns von Ihnen in einer geradezu musterhaften Weise vorgemacht worden ist. (Zustimmung rechts — Abg. Kurowski: Da waren Sie doch mit dabei!) Herr Abg. Kurowski, Sie haben recht, ich war mit dabei als Abgeordneter der damaligen Opposition gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie. Wie wurde die Etatsberatung damals im Hauptausschuß gehandhabt? Da war es so, daß die Herren von der Regierung d. h. die (C) Herren von der Sozialdemokratie und vom Zentrum — es waren auch ein paar verflossene Demokraten dabei, — Fragen, die von der Opposition gestellt waren, überhaupt nicht beantworteten. (Aha! rechts) Mein Vorgänger, der Finanzsenator Dr. Kamnitzer, war gerade bei Beratung der Haushaltspläne in ein Sanatorium gegangen und Antworten wurden überhaupt nicht erteilt. Ueberlegen Sie, m. H., in welch ausführlicher Weise ich Ihnen persönlich geantwortet habe, wenn Ihnen auch diese Antworten in der Sache des Tabakmonopols und in der Sache Klawitter äußerst unangenehm waren. Dafür konnte ich nicht, das lag an der ungeschickten Fragestellung des sonst sehr geschickten Herrn Abg. Weiß. (Abg. Schramm: Das hat er heute verschwiegen!) M. H. von der Opposition! (Abg. Kurowski: Was für ein Tabakmonopol!?) Herr Abg. Kurowski, Sie müssen doch am besten Bescheid wissen, Sie sind ja der Vater dieses Unglücks, Sie haben doch den Vertrag geschlossen. (Beifall — Wieviel hat er verdient? — Siebzigtausend Gulden! rechts) Ich weiß es nicht. — Herr Abg. Kurowski, Sie selbst haben an diesem Vertrag diesem so außerordentlich schlechten Vertrag, mitgewirkt. Dann stellen Sie sich hierher und fragen ganz harmlos und kindlich: „Wie war es eigentlich mit dem Tabakmonopol?" Sie müssen es doch am besten wissen. (Abg. Schramm: Das ist eine Unverschämtheit der Separatisten! — Abg. Kurowski: Das war mit 6 Millionen Ihre einzige Einnahme!) Ich glaube, Ihr Fraktionskollege Weiß wird Ihnen sagen, daß es in Ihrem Interesse, im Interesse der Zentrumspartei und der Opposition (D) besser ist, wenn Sie keine weiteren Fragen stellen. (Zurufe — Zwischenruf des Abg. Kurowski — Jetzt wird ihm schlecht! rechts.)

Wie war es, m. H. von der Opposition, bei der Beratung der Etats in diesem Volkstag? Da wurde zwar zunächst keine Redezeit festgelegt, aber durch Anträge auf Schluß der Debatte und vor allen Dingen durch die allerdings jetzt sehr leise, damals aber sehr laute Stimme der Herren Plenikowski und wer sonst noch stimmgewaltig auf der linken war, wurde verhindert, daß überhaupt irgend ein sachliches Wort der Opposition geäußert werden konnte. (Abg. Plenikowski: Wo war ich denn in der Regierung? — Heiterkeit) So sah Ihre Tätigkeit aus, als Sie (zum Zentrum und zu den Sozialdemokraten gewandt) in der Regierung saßen. Jetzt stellen Sie sich hierher und legen dar, wie bitter Unrecht Ihnen hier geschieht. Ich glaube nicht einmal, daß das, was der Abg. Brill sagte, daß er keine Zeit gehabt hätte, sich mit den Etats zu beschäftigen, ganz zutreffend ist. Ich habe vielmehr das Gefühl, daß Sie Tag und Nacht irgendwelche Zahlen gewälzt haben, Sie haben sie allerdings nicht richtig verdaut. (Zuruf links) Sie haben einzelne Zahlen gewälzt und aus dem unverstandenen Inhalt der Etats beliebig hier und dort einzelne Positionen herausgegriffen und wollen dann hier den Nachweis führen, daß das, was ich gesagt habe, unrichtig ist und daß die Zahlen, die ich Ihnen gab, unrichtig seien. M. H. von der Opposition! Sie kennen mich doch so einigermaßen (Eben deswegen! links), halten Sie mich tatsächlich für so dumm, daß ich Ihnen falsche Zahlen geben

(Dr. Hoppenrath, Senator)

(A) würde, damit Sie mir bei jeder Gelegenheit nachweisen; „was der Finanzsenator gesagt hat, ist unrichtig?“ Nein, m. H., Sie können mir glauben, die Zahlen, die hier gegeben wurden, sind richtig.

Wenn Sie im einzelnen hier und dort bei den verschiedenen Etats keine Ersparnisse herausrechnen, wenn Sie sogar mit dem Brustton der Ueberzeugung und Entrüstung der Opposition, der üblich und vielleicht auch notwendig ist, sagen, in dieser und jener Stelle sei aufgebaut worden, — ja m. H., das haben wir niemals bestritten. Wir haben erklärt, daß wir eine ganze Reihe neuer Aufgaben erfüllen mußten, die Sie schon längst hätten erfüllen müssen, (Beifall rechts) die Sie aber nicht gesehen haben. Weil auf diesem Gebiet früher viel gesündigt worden ist, deshalb mußte hier und dort aufgebaut werden, deshalb mußten hier und dort neue Stellen, jedenfalls für eine gewisse Zeit, eingesetzt werden. (Zuruf des Abg. Steinbrück) Sie haben bei den Beratungen des Etats im Hauptausschuß Gelegenheit gehabt, alle Fragen zu stellen, die Sie stellen konnten (Abg. Moritz: Leider nicht!) Ihnen ist die Antwort erteilt worden (Abg. Moritz: Manchmal!). Wenn Sie jetzt, nachdem Sie diese Antwort erhalten haben, und nachdem Ihnen im Hauptausschuß gesagt und nachgewiesen ist, daß Ihre Berechnungen unrichtig sind, erklären, alles was der Finanzsenator gesagt hat, sei unrichtig und falsch, dann kann ich das nicht verstehen.

M. H. von der Opposition! Ich darf nur an das erinnern, was der Herr Abg. Temp von Ihrer Tätigkeit hier gesagt hat. Ich möchte diese unerfreulichen Worte nicht wiederholen, ich möchte Ihnen
(B) nur sagen, daß Ihr Auftreten den ganz klaren Beweis dafür geliefert hat, daß Sie nichts vergessen aber auch nichts zugelernt haben. (Zustimmung rechts) M. H. diesen Beweis können Sie am besten als geführt ansehen, wenn wir die Ausführungen des Herrn Abg. Brill einmal ganz allgemein betrachten. Der Herr Abg. Brill hat hier vorhin fast sämtliche Einrichtungen des Staates unter die Lupe seiner ebenso scharfen wie unrichtigen Kritik genommen. Was hat der Abg. Brill nicht alles gerügt, was hätte nach seiner Ansicht nicht alles unterbleiben müssen, und was hätte nach seiner Meinung nicht alles geschehen sollen.

Der Herr Abg. Brill hat zunächst — und das verdenken wir ihm gar nicht; denn kein Mensch kann aus seiner Haut heraus, — diejenigen Ausgaben und Einrichtungen abgelehnt, die irgendwie auch nur im entferntesten mit der nationalsozialistischen Weltanschauung zusammenhängen und die die Folge des Bestrebens der Regierung sind, hier ein anderes Staatswesen aufzubauen, in dem allerdings die Gedanken, die Sie, m. H. von der Opposition, früher in bezug auf den Staat und die Staatsführung hatten, nicht mehr Platz finden dürfen. Das Staatswesen, das hier aufgebaut werden soll, liegt auf einer ganz anderen Ebene, und daß dieser Aufbau richtig ist und notwendig war, m. H., das sehen Sie am besten aus der Tatsache, daß ein 64-Millionen-Volk sich einstimmig auf den Standpunkt dieser Weltanschauung stellt. Durch diese Stimmen ist der Beweis dafür erbracht, daß das deutsche Volk alles das, was unter diesem Regime geschieht, billigt. M. H., Sie werden mit Ihren lächerlichen Meckereien nicht das Gegenteil davon erreichen, sondern Sie beweisen dadurch (C) nur, wie wenig Sie auch jetzt den Geist der Zeit begreifen, wie Sie hinter den Verhältnissen zurückstehen, die über Sie hinwegschreiten werden. (Starker Beifall.)

Der Abg. Brill hat sich mit einer Reihe von Einrichtungen beschäftigt, die wir geradezu als den Kernpunkt nationalsozialistischer Weltanschauung und Staatsführung ansehen müssen. Er regt sich über die Sterilisierungen auf, aber er hat dabei übersehen, wieviele Millionen dadurch dem Staat erspart werden, daß erbkranke Kinder künftig nicht mehr geboren werden können. Der Abg. Brill hat sich auch mit dem Landjahr beschäftigt. Ja, ich kann das verstehen, daß Sie daran interessiert sind, daß der Gegensatz zwischen den einzelnen Volksklassen verstärkt wird. Wir wollen diesen Gegensatz auslöschen und die wirkliche Volksgemeinschaft herbeiführen. Aber wenn Sie, Herr Abg. Brill und die Herren um Sie herum. das nicht verstanden haben und auch nicht verstehen wollen, dann kann Ihnen nicht geholfen werden. Da können wir Ihnen nur immer wieder zurufen: M. H., sehen Sie doch nach Deutschland, sehen Sie dieses Millionenvolk, wie es zu diesen Fragen steht, dieses deutsche Volk, von dem wir dasselbe Blut und dieselbe Weltanschauung haben. (Anhaltender Beifall.)

Wir haben weiter gehört, wie sich der Abg. Brill noch mit einer Reihe anderer Fragen hier befaßte. Er rügte, daß ein Revisionsamt geschaffen wurde. Es gehört dies eigentlich nicht in den Volkstag, sondern in die Stadtbürgerschaft, aber ich will doch an dieser Stelle etwas dazu sagen. Vielleicht (D) wissen Sie nicht und haben nicht davon gehört, wieviel Beträge durch dieses Revisionsamt bereits eingespart worden sind und wie durch eine strenge Prüfung und eine scharfe Revision die Ausgaben von Geldern beschränkt werden.

Sie haben sich daran gestoßen, daß ein neues Hochbauamt eingerichtet wurde, in Wirklichkeit ist aber kein neues Hochbauamt geschaffen, sondern es haben lediglich in den Bauverwaltungen Umorganisationen mit dem Ziel der Ersparnis stattgefunden. Es sind in Verfolg dieser Umorganisation eine Reihe von höheren Stellen abgebaut worden oder diese Stellen werden demnächst abgebaut werden. Diese Aemter leiden aber durchaus nicht Arbeitsmangel, wie Sie hier behauptet haben, sondern sie haben sehr viel Arbeit. Ihnen müßte doch bekannt sein, welche Millionenbeträge die nationalsozialistische Regierung in den Hausbesitz hineingesteckt hat und Sie wissen ganz genau, daß die Verwaltung und Verwendung dieser Millionenbeträge von einer bestimmten Stelle aus geschehen und kontrolliert werden muß. Wir wollen es verhindern, daß das Geld zum Fenster hinausgeworfen wird, und wir wollen es planmäßig und sparsam verwenden.

Dann haben Sie sich mit der Abteilung Propaganda beschäftig; ich darf hier auf das verweisen, was Herr Senator Batzer bereits von dieser Stelle aus dazu gesagt hat.

Die Hochschule für Lehrerbildung war notwendig und wir können der Initiative unseres Kultussenators dafür dankbar sein, daß in Danzig Gelegenheit gegeben worden ist, den nötigen Nach-

(Dr. Hoppenrath, Senator)

(A) wuchs für unsere Lehrerschaft heranzuziehen, insbesondere jetzt, wo eine Ausbildung dieses Nachwuchses im Reich gerade für die sozial ärmeren Kreise, als deren Sachwalter Sie sich doch immer aufspielen, infolge der hohen Kosten geradezu unmöglich wäre.

Sie kritisierten den Treuhänder der Arbeit. Ja, m. H., das ist der Unterschied zwischen Ihrer Auffassung und der Auffassung des Nationalsozialismus. Wir halten den Treuhänder der Arbeit für notwendig, wir halten ihn für nützlich und wir erreichen durch ihn das, was Sie allerdings nicht erreicht sehen wollen, nämlich die Befriedung des Arbeitsverhältnisses und den Ausgleich des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Wenn Sie den Treuhänder der Arbeit ablehnen, dann beweisen Sie dadurch, daß Sie für diesen Ausgleich nicht sind, sondern daß Sie nur daran ein Interesse haben, daß die Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern weiter bestehen und verschärft werden.

Sie wenden sich gegen die Landespolizei. Ja, ich glaube, da werden wir uns nie einig werden. Wir wollen die Ordnung und Sie wollen die Unordnung! (Bravo, Bravo! — Händeklatschen)

Der Staatliche Hilfsdienst hat ebenfalls das Mißfallen des Herrn Abg. Brill erregt. Nun, wir wollen die jungen Leute im Sinne der Volksgemeinschaft erziehen, wir wollen, daß diese Jugend, die unter Ihrer Herrschaft ohne Schlips und Kragen auf den Straßen und in den Kneipen herumlief und Unfug trieb, an Disziplin und Arbeit gewöhnt wird. Das ist der Zweck des Staatlichen (B) Hilfsdienstes.

Sie wehren sich gegen das Staatliche Vollstreckungsamt. Dieses Vollstreckungsamt ist unbedingt erforderlich, um dem Staat die Einnahmen zuzuführen, auf die er Anspruch hat. Alle die vielen Gebühren, aber auch einige Strafen, werden eingezogen. Sie stoßen sich daran, daß das Staatliche Vollstreckungsamt nunmehr wieder aufgelöst worden ist, daß es in die Verwaltung des Landessteueramtes überführt wurde. Das war deshalb nicht früher möglich, weil sich die Steuerverwaltung in der Umorganisation befand, wieder in einer Umorganisation, wodurch außer Leitern von Aemtern auch noch eine Reihe anderer Beamter eingespart werden konnten.

Sie beschäftigen sich mit dem Staatstheater. Da werden wir nie einig werden. Wir erkennen die Verpflichtung des Staates, auf kulturellem Gebiete alles zu leisten, was irgendwie möglich ist, unter allen Umständen an. Wir wollen nicht eine Verdummung des Volkes, sondern wir wollen, daß das Volk emporgehoben wird und daß es an den Stätten der Kunst und Kultur sieht, was es heißt, ein deutsches Volk zu sein und nicht irgend eine hergelaufene Gesellschaft aus irgendwelchen anderen Himmelsrichtungen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Sie wehren sich dagegen, daß die Erziehungsanstalt Jenkau unterstützt wird. Darf ich daran erinnern, daß in früherer Zeit von den großen Beträgen die von der Stadtbürgerschaft für Jugendorganisationen bereitgestellt waren, kein einziger Betrag an nationale Einrichtungen verausgabt wurde, sondern daß sich darin Schwarz und Rot brüderlich teilten. (Hört, hört! — Verräter! — (C) Abg. Andres: Weiß schweigt sich aus, Brill schweigt sich aus!) Sie regen sich darüber auf, daß sich die Zahl der Dienstfahrzeuge vermehrt hat. Das ist richtig. Wenn neue Aemter geschaffen, wenn Aufgaben erfüllt werden mußten, die man früher aus Unklugheit oder Kurzsichtigkeit nicht erledigt hat, so ist es selbstverständlich, daß hier und dort ein neuer Wagen eingestellt werden muß. Aber ist es nicht besser, daß die Inhaber und Leiter der Stellen Gelegenheit haben, sich mit Hilfe dieser Dienstfahrzeuge die Verhältnisse an Ort und Stelle genau anzusehen! (Sehr richtig! rechts.) Wir legen nämlich Wert darauf, daß alle Entscheidungen nicht aus einer bürokratischen Einstellung erfolgen, sondern wir wünschen, daß sich unsere maßgebenden Herren an Ort und Stelle überzeugen, wie die Lage ist. (Das ist früher auch gemacht worden! links.) Sie sagen, daß das früher auch gewesen sei. (Abg. Moritz: Da hieß es, die Senatoren reisen zu viel!) Ich weiß nicht, was die 22 Senatoren mit den zwei Dienstwagen denn gemacht haben. Es muß doch so gewesen sein, daß sehr wenige Herren außerhalb waren und daß sich die meisten Herren offenbar mit anderen, unwichtigeren Aufgaben beschäftigten. Wenn ich den freundlichen Rat des Herrn Abg. Plenikowski, mir ein Fahrrad anzuschaffen — Sie haben natürlich nur ein Dreirad gemeint —, befolgen würde, dann würde ich wahrscheinlich dies und jenes nicht beobachten können und ich glaube nicht, daß das für die Staatsfinanzen sehr nützlich wäre.

Ich möchte jetzt auf die Schulden zurückkommen. (D) Die Schulden sind ja immer ein Kernpunkt der Etatsreden der Opposition. Das sind sozusagen die Rosinen im Kuchen der Etatsberatungen. Wie steht es nun mit den Schulden? Wir haben Ihnen in der Sitzung, in der der Etat der Finanzverwaltung beraten wurde, eine restlose Auskunft daüber gegeben. Wir haben Ihnen erklärt, wie bestimmte Ausgaben finanziert werden mußten. Wir haben aber nichts davon gehört, das möchte ich ausdrücklich richtig stellen, daß langfristige Anleihen oder etwas ähnliches aufgenommen wurde, sondern wir haben den Staat zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung durch kurzfristige Kredite verschuldet, die im Zinsen- und Amortisationsdienst in kürzester Zeit getilgt werden. Wir haben auf der andern Seite dadurch erreicht, daß wir bei den Ausgaben für Erwerbslose Millionen sparten. Wir haben erreicht, daß auch werbende Anlagen, m. H. auch in Ihrem Sinne, errichtet wurden. Ich darf nur auf alles das hinweisen, was auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung geschehen ist. Wir hängen nicht an dem Buchstaben, uns kommt es nicht darauf an, eine Aufgabe abzulehnen, weil sie nicht als werbende Ausgabe angesehen wird, sondern uns kommt es darauf an, Arbeit und Brot zu schaffen. Wenn wir dies Ziel erreichen, dann ist es uns gleichgültig, ob diese Ausgaben von Ihnen als werbende angesehen werden oder nicht. Hauptsache ist, daß diese Ausgaben nach dem Etat, nach den Gesetzen einer ordnungsmäßigen Finanzwirtschaft vertretbar sind (Bravo! rechts).

Es sind hier noch eine Reihe anderer Freundlichkeiten gesagt worden. Ich danke Ihnen für das

(Dr. Hoppenrath, Senator)

(A) große Interesse, daß Sie mir entgegengebrachten. Daß Sie meinen Namen — ich habe leider vergessen zu zählen, wie oft — so häufig genannt haben, ist mir eine außerordentliche Beruhigung. Es ist mir der Beweis dafür, daß wir richtig gehandelt haben. Wenn Sie meinen Namen nämlich nicht genannt hätten, wenn Sie keine Kritik an meiner und an der Tätigkeit der Regierung geübt hätten, wäre diese Regierung wahrscheinlich schlecht gewesen. Wie war es denn im deutschen Reich? Erinnern Sie sich doch bitte an den unendlichen Haufen von Dreck und Unrat, an die Kübel voll Schmutz und Verleumdung, die Adolf Hitler in den Weg gestellt worden sind. Von wem ist das geschehen? (Da sitzen sie! — nach links weisend — bei den Nationalsozialisten.) Von denselben Herren, die hier sitzen, von denselben Herren, die auch heute die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden haben, und von denselben Herren, die es hier fertig brachten und fertig bringen mußten, als sich der Volkstag hier erhob und als man des deutschen Volkes gedachte, in beschämender Weise sitzen zu bleiben. (Pfui, das sind ja keine Deutsche, das sind Judasse! rechts.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe.

Dr. Hoppenrath, Senator: Daß Sie nicht den Weg zu dem Volk und zu dem Blut gefunden haben, von dem Sie herkommen (Zur Synagoge! rechts), ist eigentlich das betrüblichste am heutigen Tage. Ich sehe von dem ab, was hier an unrichtigen Behauptungen aufgestellt worden ist, aber wenn Sie nicht die Konsequenzen aus dem ungeheuren Umbruch gezogen haben, und noch den (B) Ausdruck von „Auchdeutschen" konstruieren wollen, da kommt ein Mensch, der wie die Allermeisten in Danzig deutsch denkt und deutsch fühlt, einfach nicht mehr mit (Zustimmung rechts). Das liegt außerhalb jeder Diskussion und ich will auch kein Werturteil darüber abgeben. Dieses Werturteil, m. H., das wird die Danziger Bevölkerung zu gegebener Stunde und in einer ganz anderen Weise abgeben (Bravo! und Händeklatschen), als Sie sich das heute vorstellen können und wie Sie es vielleicht heute schon im stillen Kämmerlein fürchten. (Beifall.)

Nun noch etwas anderes: Ich muß Ihnen eine Hoffnung zerschlagen und eine Zuversicht zerstören. Sie haben die Vermutung geäußert, daß die Haushaltspläne für 1936 nicht vorgelegt werden würden und die Bitte geäußert, daß sie alsbald vorgelegt werden möchten. M. H., aus Ihrer Einstellung gegen uns muß man ohne weiteres annehmen, daß Sie diesen Wunsch nicht in der ehrlichen Absicht ausgesprochen haben, mit uns zusammenzuarbeiten, sondern daß Sie aus der Nichtvorlegung dieser Pläne irgendwelche Angriffe gegen uns richten wollen.

Ich muß Ihnen, wie ich sagte, diese Hoffnung zerstören. Dem Volkstag und der Stadtbürgerschaft werden in allernächster Zeit die Haushaltspläne für 1936 zugehen. Ich muß Ihnen auch noch eine zweite Hoffnung zerstören. Wenn wir, wie Sie heute behauptet haben, so schlecht gewirtschaftet hätten und wenn diese Vorwürfe vom Schuldenmachen und ähnlichen Dingen zuträfen, dann wäre es vielleicht möglich, daß wir durch irgendwelche Zauberkunststückchen mit irgendwelchem Bösen im Bunde Ihnen in einem Jahr einen unrichtigen Etat vorlegen könnten, aber, m. H., wenn Sie mir auch schon sehr viel Schlechtes zutrauen, ich glaube doch nicht, daß Sie uns soviel Dummheit zutrauen, daß wir auch im neuen Etatsjahr 1936/37 nach Ihrer Meinung wieder mit irgendwelchen Mätzchen operieren werden, daß wir Ihnen Zahlen vorlegen werden, die nicht richtig sind. Ich kann von dieser Stelle aus mit aller Bestimmtheit und auch mit aller Genugtuung sagen, daß der Haushaltsplan 1936/37 sowohl im Staat als auch in der Stadt ausgeglichen sein wird (Bravo! Händeklatschen) und daß wir auf dem Wege einer ordnungsmäßigen und sparsamen Wirtschaftsführung weiterschreiten werden. (C)

Es ist hier sehr richtig gesagt worden, die Völker werden nicht erzogen und kommen nicht weiter durch Wohlleben, sondern die großen politischen Erfolge werden erzielt in harter Arbeit und in Bescheidenheit und Genügsamkeit. Diese Worte, m. H. von der Opposition, schreiben wir auf unsere Fahne und alle Ihre Reden, alles das, was Sie von dieser Stelle aus gegen uns vorgebracht haben, werden an uns abprallen, wie nur jemals in der Geschichte Unrichtigkeiten abgeprallt sind. Wir haben vor uns zwei Zahlen, sie sind das Wichtigste für jeden, der deutsch denkt und deutsch fühlt, nämlich die Zahlen 44 Millionen und 500 000 Stimmen für Adolf Hitler und wir haben die andere Zahl: 98,8 Prozent Zustimmung zum Nationalsozialismus! (Bravo! — Händeklatschen.) M. H., mehr wollen wir nicht! (Sehr gut! rechts.) Wir sind zufrieden mit dem, was wir erreicht (D) haben und wir sind froh, wenn Sie uns angreifen; denn das ist für uns der Beweis, daß wir auf dem richtigen Wege sind. (Starker Beifall.)

Präsident: Das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Weiß. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie sich an die Redezeit von vier Minuten zu halten haben.

Weiß, Abgeordneter (Z.): M. H.! Der Herr Finanzsenator hat zu Anfang seiner Ausführungen erwähnt, daß ich im Ausschuß durch eine ungeschickte Fragestellung Ausführungen seinerseits ausgelöst hätte, die für uns sehr unangenehm gewesen sind. (Für Herrn Kurowski! rechts.) M. H., darf ich Ihnen meine Fragestellung wiederholen. Sie lautete so: „Im Etat stehen 6 Millionen Einnahmen aus dem Tabakmonopol. Nach dem letzten Geschäftsbericht ist der Tabakverbrauch gestiegen. Ist aus diesem vermehrten Tabakverbrauch mit einer erhöhten Einnahme für den Staat zu rechnen?"

Das war die kurze präzise Anfrage, die ich gestellt habe. Statt darauf kurz mit „Ja" oder „Nein" zu antworten, erging sich der Herr Finanzsenator in längeren Ausführungen über den Werdegang des Tabakmonopols. Bei diesen Ausführungen gebrauchte er zum Schluß die gleichen Worte, sie wären uns wahrscheinlich unangenehm, worauf ich ihm erwiderte, wir brauchten seine Aeußerungen durchaus nicht tragisch zu nehmen; denn sie wären seine persönliche Ansicht, neben seiner Ansicht hätten seinerzeit soundsoviele andere Ansichten bestanden und bestehen auch heute noch. Welches nun die wirklich richtige Ansicht ist, das weiß heute ebensowenig jemand, wie es damals

(Weiß, Abgeordneter)

(A) jemand gewußt habe. Und nun, m. H., gehen Sie mit diesem Tabakmonopol agitieren, soviel Sie wollen; die Bevölkerung glaubt Ihnen längst nicht mehr. Wenn der Herr Finanzsenator hier in so starken Worten auf den Umbruch hinwies, der jetzt eingetreten ist oder eintreten soll und uns zur Nachahmung anspornen soll: M. H., steigen Sie ein auf unseren Antrag auf Auflösung des Volkstages, dann werden Sie einen Umbruch in Danzig erleben! (Brüning in Liliputausgabe! rechts.)

Präsident: Ich habe noch eine Bemerkung zu machen. Es ertönte vorher ein Zuruf von der Tribüne. Ich möchte dringend bitten, dies in Zukunft zu unterlassen, sonst bin ich genötigt, den Zurufer von der Tribüne entfernen zu lassen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Bevor ich zur Abstimmung schreite, möchte ich mitteilen, daß ein **Antrag** der Nationalsozialistischen Fraktion auf Blockabstimmung für alle Teile der Vorlage vorliegt. Wer dafür ist, daß über die Einzeletats und das Feststellungsgesetz Blockabstimmung erfolgt, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Ich rufe Ziffer 1 zu Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Haushaltsplan des Volkstages. Drucksache Nr. 54 zu Nr. 42.

Ich lasse über den Haushaltsplan des Volkstages abstimmen. Wer ihn in der Blockabstimmung annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Haushaltsplan ist da-
(B) mit in zweiter Lesung angenommen. Wir kommen zu Ziffer 2:

Haushaltsplan für Soziales und Gesundheitswesen. Drucksache Nr. 55 zu Nr. 42.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer den Haushaltsplan für Soziales und Gesundheitswesen annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 3 des Punktes 1 der heutigen Tagesordnung:

Haushaltsplan der Justizverwaltung. Drucksache Nr. 56 zu Nr. 42.

Wer diesen Haushaltsplan annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Haushaltsplan der Justizverwaltung ist damit angenommen. Ich komme zu Ziffer 4:

Haushaltsplan für Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Kirchenwesen. Drucksache Nr. 57 zu Nr. 42.

Wer diesen Haushaltsplan annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Haushaltsplan für Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Kirchenwesen ist angenommen. — Ich rufe Ziffer 5 auf:

Haushaltsplan der Post- und Telegrafenverwaltung. Drucksache Nr. 58 zu Nr. 42.

Wer diesen Haushaltsplan annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Haushaltsplan der Post- und Telegrafenverwaltung ist angenommen. Wir kommen zu Ziffer 6:

Haushaltsplan der Verwaltung des Innern. Drucksache Nr. 59 zu Nr. 42.

Wer diesen Haushaltsplan annehmen will, (C) bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, damit ist der Haushaltsplan der Verwaltung des Innern angenommen. — Ich komme zu Ziffer 7:

Haushaltsplan der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Drucksache Nr. 60 zu Nr. 42.

Wer diesen Haushaltsplan annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Haushaltsplan der Landwirtschaftlichen Verwaltung ist damit angenommen. — Wir stimmen über Ziffer 8 ab:

Haushaltsplan der Grundbesitzverwaltung. Drucksache Nr. 61 zu Nr. 42.

Wer diesen Haushaltsplan annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Haushaltsplan der Grundbesitzverwaltung ist damit angenommen. — Ich komme zu Ziffer 9:

Haushaltsplan der Allgemeinen Verwaltung. Drucksache Nr. 62 zu Nr. 42.

Wer diesen Haushaltsplan annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, damit ist der Haushaltsplan der Allgemeinen Verwaltung angenommen. — Ich komme zu Ziffer 10:

Haushaltsplan für Wirtschaft und Arbeit. Drucksache Nr. 63 zu Nr. 42.

Wer diesen Haushaltsplan annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, damit ist der Haushaltsplan für Wirtschaft und Arbeit angenommen. — Ich komme zu Ziffer 11:

Haushaltsplan für Oeffentliche Arbeiten, Betriebe und Verkehr. Drucksache Nr. 64 zu Nr. 42. (D)

Wer diesen Haushaltsplan annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Haushaltsplan für Oeffentliche Arbeiten, Betriebe und Verkehr ist damit angenommen. — Wir kommen zu Ziffer 12:

Haushaltsplan der Allgemeinen Finanzverwaltung. Drucksache Nr. 65 zu Nr. 42.

Wer diesen Haushaltsplan annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, damit ist der Haushaltsplan der Allgemeinen Finanzverwaltung angenommen. — Ich rufe Ziffer 13 auf:

Haupthaushaltsplan. Drucksache Nr. 66 zu Nr. 42.

Wer diesen Haushaltsplan annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; er ist angenommen. — Ich rufe nun auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Feststellung des Staatshaushaltsplans der Freien Stadt Danzig für das Rechnungsjahr 1935.

Drucksache Nr. 67 zu Nr. 42. Ich eröffne und schließe die Aussprache, da keine Wortmeldungen vorliegen. Gemäß dem vorhin angenommenen **Antrag** der Nationalsozialistischen Fraktion erfolgt auch hier Blockabstimmung. Wer den Gesetzentwurf in Drucksache Nr. 42 und zwar die **§§ 1 bis 5** und die **Ueberschrift** annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Damit ist der Gesetzentwurf über die Feststellung des Staatshaushaltsplanes der Freien Stadt Danzig für das Rechnungsjahr 1935 in Drucksache

(Präsident)

(A) Nr. 67 zu Nr. 42 nebst Anlagen in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe Punkt 2 der heutigen Tagesordnung auf:

Dritte Beratung eines Gesetzentwurfs über die Feststellung des Staatshaushaltsplans der Freien Stadt Danzig für das Rechnungsjahr 1935. Dazu Anlagen.

Drucksache Nr. 67 zu Nr. 42. Ich eröffne und schließe die Aussprache, da keine Wortmeldungen vorliegen. Wiederum liegt ein **Antrag** der Nationalsozialistischen Fraktion vor, für die einzelnen Etats und das Feststellungsgesetz Blockabstimmung vorzunehmen. Wer für die Blockabstimmung ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Ich rufe Ziffer 1 auf:

Haushaltsplan des Volkstages. Drucksache Nr. 54 zu Nr. 42.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Haushaltsplan des Volkstages in dritter Lesung in der Blockabstimmung annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; angenommen. — Ich komme zu Ziffer 2:

Haushaltsplan für Soziales und Gesundheitswesen. Drucksache Nr. 55 zu Nr. 42.

Wer diesen Haushaltsplan annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, damit ist der Haushaltsplan für Soziales und Gesundheitswesen in dritter Beratung angenommen. — Ich komme zu Ziffer 3:

(B) Haushaltsplan der Justizverwaltung. Drucksache Nr. 56 zu Nr. 42.

Wer diesen Haushaltsplan in dritter Beratung annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; angenommen. — Ich komme zu Ziffer 4 des Punktes 2 der heutigen Tagesordnung:

Haushaltsplan für Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Kirchenwesen. Drucksache Nr. 57 zu Nr. 42.

Wer diesen Haushaltsplan annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, damit ist der Haushaltsplan angenommen. — Ich komme zu Ziffer 5:

Haushaltsplan der Post- und Telegrafenverwaltung. Drucksache Nr. 58 zu Nr. 42.

Wer diesen Haushaltsplan annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, damit ist der Haushaltsplan der Post- und Telegrafenverwaltung in dritter Beratung angenommen. — Wir kommen zu Ziffer 6:

Haushaltsplan der Verwaltung des Innern. Drucksache Nr. 59 zu Nr. 42.

Ich nehme an, daß dieser Haushaltsplan mit derselben Mehrheit angenommen ist; ich stelle die Annahme fest. — Ich rufe Ziffer 7 auf:

Haushaltsplan der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Drucksache Nr. 60 zu Nr. 42.

Ich stelle die Annahme dieses Haushaltsplans fest; es ist so beschlossen. — Wir kommen zu Ziffer 8:

Haushaltsplan der Grundbesitzverwaltung. Drucksache Nr. 61 zu Nr. 42.

Ich stelle fest, daß dieser Haushaltsplan in dritter Beratung mit derselben Mehrheit angenommen ist; es ist so beschlossen. — Wir stimmen über (C) Ziffer 9 ab:

Haushaltsplan der Allgemeinen Verwaltung. Drucksache Nr. 62 zu Nr. 42.

Ich stelle die Annahme dieses Haushaltsplanes in dritter Beratung fest; es ist so beschlossen. — Ich rufe die Ziffer 10 auf:

Haushaltsplan für Wirtschaft und Arbeit. Drucksache Nr. 63 zu Nr. 42.

Ich stelle die Annahme dieses Haushaltsplanes mit derselben Mehrheit fest; es ist so beschlossen. — Wir kommen zu Ziffer 11:

Haushaltsplan für Oeffentliche Arbeiten, Betriebe und Verkehr. Drucksache Nr. 64 zu Nr. 42.

Ich stelle fest, daß dieser Haushaltsplan in dritter Lesung mit derselben Mehrheit angenommen ist; es ist so beschlossen. — Ich rufe Ziffer 12 auf:

Haushaltsplan der Allgemeinen Finanzverwaltung. Drucksache Nr. 65 zu Nr. 42.

Ich stelle die Annahme in dritter Beratung mit derselben Mehrheit fest; es ist so beschlossen. — Wir kommen zu Ziffer 13:

Haupthaushaltsplan. Drucksache Nr. 66 zu Nr. 42.

Ich stelle fest, daß der Haupthaushaltsplan in dritter Beratung mit derselben Mehrheit angenommen ist; es ist so beschlossen. — Wir kommen dann zur

Dritten Beratung eines Gesetzentwurfs über die Feststellung des Staatshaushaltsplans der Freien Stadt Danzig für das Rechnungsjahr 1935. (D)

Drucksache Nr. 67 zu Nr. 42. Wortmeldungen liegen nicht vor. Gemäß dem bereits angenommenen **Antrag** des Abg. Maaß und Fraktion erfolgt Blockabstimmung. Wer die **§§ 1 bis 5** und die **Ueberschrift** in der dritten Lesung annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; der Gesetzentwurf ist angenommen.

Wir kommen zur **Schlußabstimmung.** Wer den unverändert gebliebenen Entwurf des Gesetzes in Drucksache Nr. 42 in der Schlußabstimmung annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; das Gesetz ist damit endgültig angenommen.

Bevor ich die heutige Sitzung schließe, gebe ich dem Herrn Abg. Brill das Wort zu einer persönlichen Erklärung, die mir im Wortlaut vorliegt.

Brill, Abgeordneter (S.P.D.): Herr Senator Batzer hat zu meinen Ausführungen, wer die Kosten aufgebracht hat, die dem Staat durch die Ausnutzung der staatlichen Einrichtungen für die nationalsozialistische Wahlpropaganda entstanden sind, erklärt, daß aus seinem Etat keine Mittel aufgebracht worden sind. Auch selbst, wenn das für die anderen Etats erklärt wird (Ja! rechts), so bleibt die Frage, wer die dem Staat entstandenen Kosten für die nationalsozialistische Wahlpropaganda aufgebracht hat und ob sie dem Staate ersetzt worden sind.

Ich erwarte im übrigen, daß Herr Senator Batzer auf Grund des heutigen Stenogramms über meine Ausführungen seine verklausulierte Behauptung, ich hätte gelogen, zurücknimmt.

(**Brill**, Abgeordneter)

(A) (Warum „verklausuliert, das war doch sogar sehr deutlich! rechts.)

Präsident: Herr Abg. Brill, ich habe Ihre persönliche Erklärung zugelassen, obwohl ich gemäß der Geschäftsordnung dazu nicht verpflichtet war. Ich fühle mich aber verpflichtet, hier festzustellen, daß gegen Sie hier nicht verklausuliert der Vorwurf der Lüge erhoben worden ist, sondern daß lediglich gesagt wurde, „daß Sie den Nachweis für Ihre Behauptungen führen müssen, sonst haben Sie gelogen". Herr Senator Batzer ersuchte Sie ausdrücklich, den Wahrheitsbeweis für Ihre Behauptungen anzutreten und sagte, falls Sie dazu nicht in der Lage wären, hätten Sie gelogen. (B)

Wir sind damit am Schluß der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich schlage Ihnen vor, dem Präsidenten die Ermächtigung zu geben, Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzustellen. Ich höre keinen Widerspruch; es ist so beschlossen. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 52 Minuten.)

(A)

10. Sitzung.

Dienstag, den 5. Mai 1936.

Geschäftliches . . . . . 131 C
Mitteilung von der Mandatsniederlegung des Abg. Kuhn (NSDAP.) . . . . . 131 C
Eintritt des Abg. Stein (NSDAP.) in das Haus 131 D
Geschäftliches . . . . . 131 D
Antrag der Abg. Brill, Kurowski, Weise und Fraktionen auf **Auflösung des Volkstages** (Drucksache Nr. 69) . . . . . 131 D
Beyl (NSDAP.) . . . . . 132 A
Moritz (SPD.) . . . . . 133 D
Potrykus (Z) . . . . . 136 B
Plenikowski (Gruppe Plenikowski) . . 136 D
Gamm (Gruppe Weise) . . . . . 138 A
Budzynski (P.) . . . . . 138 C
Namentliche Abstimmung über Drucksache Nr. 69 . 139 B
Große Anfrage Nr. 14 des Abg. Dr. Stachnik und Fraktion betr. **Verhalten der Polizeibeamten während der Volkstagswahl 1935.** (Drucksache Nr. 43) . . . . . 139 C
Klein (Z.) . . . . . 139 C
Dr. Kettlitz, Obergerichtsrat . . . . 140 C
(B) Kurowski (Z.) zur Geschäftsordnung . . 140 D
Mau (SPD.) . . . . . 140 D
Klein (Z.) . . . . . 141 C
Langnau (Gruppe Plenikowski) . . . 141 D
Dr. Appaly (NSDAP.) . . . . . 142 A
Greiser, Präsident des Senats . . . 142 C
Mau (SPD.) . . . . . 143 C
Große Anfrage Nr. 16 des Abg. Brill u. Fr. betr. **Abhaltung parteipolitischer Schulfeiern** (Drucksache Nr. 45) . . . . . 143 C
Müller, Frau (SPD.) . . . . . 143 D
Dr. Kettlitz, Obergerichtsrat . . . . 144 C
Brill (SPD.) zur Geschäftsordnung . . 144 D
Brost (SPD.) . . . . . 145 A
Schmich (Z.) . . . . . 145 D
Plenikowski (Gruppe Plenikowski) . . 146 B
Temp (NSDAP) . . . . . 146 D
Boeck, Senator . . . . . 147 C
Große Anfrage Nr. 18 der Abg. Brill, Dr. Stachnik, Weise u. Fr. **betr. Verbreitung einer Druckschrift** „Zwischen Weichsel und Nogat" (Drucksache Nr. 46) . . . . . 149 D
Posack (Z.) . . . . . 150 A
Dr. Kettlitz, Obergerichtsrat . . . . 151 A
Brill (SPD.) zur Geschäftsordnung . . 151 B
Dr. Willers (NSDAP.) . . . . . 151 B
Weber (SPD.) . . . . . 152 C
Posack (Z.) . . . . . 153 D
Plenikowski (Gruppe Plenikowski) . . 154 B
Budzynski (P.) . . . . . 154 C
Greiser, Präsident des Senats . . . 154 D
Große Anfrage Nr. 15 der Abg. Weise, Dr. Stachnik, Brill u. Fr. betr. Rede des Gauleiters der NSDAP. Forster am 16. November 1935 (Drucksache Nr. 44) . . . . . 155 C
Gamm (Gruppe Weise) . . . . . 155 C
Dr. Kettlitz, Obergerichtsrat . . . . 156 C
Wahl von drei Vertretern für die Präsidenten im Richterwahlausschuß. (§ 94, Ziff. 1 der G.O.) . 156 D
Vertagung und Ermächtigung des Präsidenten zur Festsetzung der nächsten Sitzung . . . . 156 D

Herrn Senator

(C) Die Sitzung wird 15 Uhr 55 Minuten durch den Präsidenten Beyl eröffnet.

Am Regierungstisch: Präsident des Senats Greiser, stellv. Präsident des Senats Huth, Senatoren Boeck, Dr. Kluck, Dr. Wiercinski-Keiser; Major Koelle, Landgerichtsdirektor Wohler, Obergerichtsrat Dr. Kettlitz, Referent Strautmann, Regierungsrat Olschewsky.

Präsident: Ich eröfne die 10. Vollsitzung. Von der mir in der 9. Vollsitzung erteilten Ermächtigung, die nächste Vollsitzung und deren Tagesordnung festzusetzen, habe ich Gebrauch gemacht. Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, habe ich dem Hause einige geschäftliche Mitteilungen zu machen.

Der Herr Abg. Weise hat mir ein ärztliches Attest eingereicht, aus dem hervorgeht, daß er für sechs Wochen ein ausländisches Heilbad zur Behebung seines Herzleidens aufsuchen muß. (Aha! und Zwischenrufe rechts.) Den beantragten Krankheitsurlaub habe ich genehmigt. — Desgleichen haben der Herr Abg. Andres sowie der Herr Abg. Kapeller aufgrund ärztlicher Atteste Krankheitsurlaub erhalten. (Schade! links.)

Der Herr Abg. Kuhn hat mir ein Schreiben zugesandt, das ich Ihnen hiermit zur Kenntnis gebe. Er schreibt unter dem 25. April 1936:

An den Präsidenten des Volkstages.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Meinem Ersuchen auf Rückübernahme in den preußischen Staatsdienst ist entsprochen worden. Ich trete eine Stellung im öffentlichen höheren Schuldienst in der Provinz Ostpreußen an.

Da es mir nicht möglich ist, nunmehr mein Mandat auszuüben, lege ich mit dem heutigen Tage mein (D) Mandat als Mitglied des Volkstages nieder.

Ich wünsche Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, sowie meinen Fraktionsgenossen für Ihre weitere Arbeit zum Wohle des deutschen Danzig alles Gute.

Heil Hitler!

Hans Kuhn, M. d. V.

Als Führer der nationalsozialistischen Fraktion möchte ich dazu eine Bemerkung machen. Wenn wir auch in dem Abg. Kuhn einen ehrlichen Kämpfer für die Idee des Nationalsozialismus verlieren, so freuen wir uns doch, daß er drüben im Mutterland eine Stellung erhalten hat. Wir wünschen ihm zu seinem neuen Amt in Ostpreußen alles Gute. (Wir auch! links.)

Als Nachfolger rückt listenmäßig Herr Stein nach. Herr Abg. Stein ist anwesend. Ich begrüße Sie als neues Mitglied des Volkstages.

Es liegt ein Antrag des Herrn Abg. Dr. Thimm u. Fr. vor, die heutige Tagesordnung zu erweitern und als Punkt 6 auf die Tagesordnung zu setzen: Wahl von drei Vertretern für die Präsidenten im Richterwahlausschuß. — Widerspruch höre ich nicht; es ist so beschlossen. Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Antrag der Abg. Brill, Kurowski, Weise und Fraktionen auf Auflösung des Volkstages.

Drucksache Nr. 69. — Zu diesem Punkte liegt ein Antrag des Herrn Abg. Maaß und Fraktion vor, die Redezeit für sämtliche Fraktionen und Gruppen auf drei Stunden festzusetzen. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer den Antrag, die Redezeit für Punkt 1 der Tagesordnung für sämtliche Fraktionen auf drei Stunden festzusetzen, annehmen

(Präsident)

(A) will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Es entfallen somit an Redezeit auf die Nationalsozialisten 105 Minuten, auf die Sozialdemokraten 32 Minuten, auf das Zentrum 25 Minuten, auf die Gruppe Weise 8 Minuten, auf die Gruppe Plenikowski 5 Minuten, auf die polnische Gruppe 5 Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Da ich zu Punkt 1 als Vertreter der nationalsozialistischen Fraktion das Wort ergreifen möchte, bitte ich den Herrn Vizepräsidenten Tolius, den Vorsitz zu übernehmen. (Geschieht.)

Vizepräsident Tolius: Das Wort hat der Herr Abg. Beyl.

Beyl, Abgeordneter (NSDAP.): Als Vertreter der Nationalsozialistischen Fraktion habe ich zu dem Antrag auf Auflösung des Volkstages, der von der vereinigten Oppositionspartei eingelaufen ist, folgendes festzustellen: Die Nationalsozialistische Fraktion denkt nicht daran, dem Auflösungsantrag zuzustimmen. (Zustimmung rechts.) Sie geht dabei von der Ueberzeugung aus, daß es in Danzig wohl kaum einen vernünftigen Menschen gibt, der diesen Antrag ernst nimmt. (Sehr richtig! rechts.) Die Bevölkerung in Danzig weiß, daß der Nationalsozialismus, seit er hier entscheidend in die Geschicke dieser Stadt eingegriffen hat, sich niemals von Gegnern das Gesetz des Handelns hat vorschreiben lassen. (Zustimmung rechts.) Es ist vielmehr immer umgekehrt gewesen: immer haben wir unsern Gegnern das Gesetz des Handelns diktiert. Das hat die Opposition bereits im August vorigen Jahres erfahren, als wir bei einem ähnlichen Antrag nicht (B) auf diese Mätzchen hereingefallen sind. Warum man den Antrag trotzdem wiederholt hat, ist allerdings klar. Man will einen Theaterdonner erregen, man glaubt, durch einen solchen Antrag eine gewisse Wirkung auf die Danziger Bevölkerung ausüben zu können und auch, darüber kann man kaum einen Zweifel haben, wegen der erhofften Wirkung auf andere, internationale Instanzen. (Sehr richtig! und erneute Zustimmung rechts.)

Seit Monaten bereits geht die Opposition in Danzig mit der Behauptung hausieren, daß ihre gemeinsame „Kampffront", es handelt sich hier um die berühmte „Volksfront", die seit dem vorigen Jahre auf Weisung der kommunistischen Internationale in Moskau in allen Ländern gegen die nationalen Kräfte errichtet werden soll, — jene Volksfront, die gestern in Frankreich einen Wahlsieg errungen hat, die seit längerer Zeit in Spanien Kirchen und Klöster in Asche legt —, daß diese Volksfront noch in Danzig im Wachsen sei. Es ist nur erstaunlich, daß die Oeffentlichkeit von diesem Wachstum der Volksfront nichts verspürt. Als wir in der Opposition standen und unsere Reihen von Tag zu Tag wuchsen, spürte es das System der Novembermänner, daß wir da waren und stärker wurden. Damals hat das System es verflucht gemerkt, daß wir aus eigener Kraft ohne die Krücken internationaler Gerichtsentscheidungen, ohne parlamentarisch demokratische Machenschaften und Manöver, ohne internationale Hilfe, einfach gestützt auf die breiten Massen der Danziger Bevölkerung wuchsen. Diese Massen sah man und diese Kraft verspürte man trotz des Gummiknüppels, den damals eine demokratische Obrigkeit als Symbol ihrer Weltanschauung recht häufig und liebevoll (C) in Bewegung setzte. (Sehr richtig! rechts.)

Man behauptet, die Mehrheit der Danziger Bevölkerung stehe hinter der Opposition, und man will durch einen solchen Auflösungsantrag den Eindruck hervorrufen, als brauche man eine Neuwahl nicht zu fürchten. Ein solches Vorgehen erinnert stark an die Methode Coué. Mir scheint, als wolle man durch ein nach außen hin zur Schau getragenes Kraftmeiertum sich selber Mut zusprechen. (Zustimmung und Beifall rechts.) Meine Herren, solche Kämpfe, wie hier in Danzig, sind immer eine Angelegenheit der besseren Nerven, sind immer eine Angelegenheit des längeren Atems. Und mir scheint, wenn ich so meine Blicke über dieses hohe Haus hinschweifen lasse, daß die besseren Nerven letzten Endes doch immer bei den Nationalsozialisten sind. (Warten Sie mal ab! links.)

Ich will Ihnen bei dieser Gelegenheit auch verraten, warum wir diesen Antrag ablehnen: weil wir nicht nötig haben, ihm zuzustimmen, weil wir Zeit haben, weil wir abwarten werden, bis die Zeit dazu reif ist. (Weil Sie Angst haben! links.) Bismarck sagte einmal, man solle nicht die Lampe unter die Früchte halten und nun erwarten, daß die Früchte dadurch schneller reifen. Dieses Wort gilt auch für Danzig. Es wird einmal die Zeit kommen, da werden w i r den Antrag einbringen, mit dem Sie heute vergeblich auf uns Eindruck zu machen versuchen. Dann aber werden Sie, wenn es Ernst wird, ebenso dagegen stimmen, wie Sie vor einem Jahr dagegen gestimmt haben. (Sehr richtig! rechts. — Beifall.) (D)

Es ist doch auffällig, wie sehr die Männer des Novembers sich immer wieder in der Beurteilung der nationalsozialistischen Bewegung täuschen. Die klugen Politiker, die sonst immer das Gras wachsen hören, versagen doch immer, wenn sie über Kräfte urteilen sollen, deren Lebensgesetze sie nicht kennen.

Vom 14. September 1930, als zum ersten Mal ein Alarmruf für das System erscholl, bis auf den heutigen Tag haben sich unsere Gegner immer wieder in uns getäuscht. Selbst das Zentrum, dessen „Nase für politisch reife Situationen" berühmt gewesen ist, hat im Kampf gegen den Nationalsozialismus immer wieder daneben gehauen. So auch heute in Danzig. Erst versuchte man, uns durch unterirdischen Kampf zu zermürben, dann begann man mit dem offenen Frontalangriff. Als das nichts half, warf man sich in einer seltenen Instinktlosigkeit den internationalen Kräften in die Arme, deren „gerechte" und „objektive" Haltung gegenüber unserem Volk seit Versailles aller Welt rühmlichst bekannt ist! Welch ein Mangel an Instinkt, das Ausland gegen eine deutsche Regierung mobil zu machen und in demselben Augenblick zu erwarten, daß das deutsche Volk in Danzig einem solchen Treiben begeistert zustimme! (Sehr richtig! rechts.)

Im November vorigen Jahres sagte ich an dieser Stelle, der Kampf um Danzig gehe seinem Höhepunkt entgegen, und ich konnte mich bei dieser Feststellung auch des Beifalls der Opposition erfreuen. Heute scheint es mir, daß dieser Höhepunkt des Kampfes um Danzig schon überschritten ist; dieser Höhepunkt waren die kritischen Tage des Januars in Genf. Meine Herren von der Oppo-

(Beyl, Abgeordneter)

(A) sition, seien Sie sich darüber klar: der Kampf ist für Sie bereits verloren! — (Starker Beifall.)

„Die Danziger Opposition als Handlanger des deutschfeindlichen Auslandes", so hat vor kurzem der bekannte Essener Rechtsanwalt Grimm, der in der ganzen Welt einen Namen hat und der nicht Nationalsozialist, nicht Mitglied der Partei ist, im „Völkischen Beobachter" geschrieben. Aber dasselbe haben heute auch die deutschen Menschen in Danzig erkannt. Noch niemals waren unsere Versammlungen so überfüllt, noch niemals hörten die Menschen so gläubig und so vertrauensvoll unsere Redner, wie in diesen Tagen.

Wenn unsere Mehrheit in der Danziger Bevölkerung auch im vorigen Jahre nicht im entferntesten bedroht war, so hat sie sich doch erst recht seit der letzten Genfer Tagung gefestigt. Das Volk hat erkannt, daß auch in Danzig die Notgemeinschaft aller deutschen Menschen geschaffen werden muß, eine deutsche Front, und weiß: diese deutsche Front ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei!

Diese Erkenntnis in der Zukunft zu vertiefen, wird unsere vornehmste Aufgabe sein. Die Frage der Auflösung des Volkstages spielt neben dieser naturnotwendigen Entwicklung nur eine recht nebensächliche Rolle. Sie wird allerdings einmal höchst aktuell werden, wenn wir die Zeit dafür gekommen erachten. Darum können wir der Opposition schon heute zurufen: „Bei Philippi sehen wir uns wieder!" (Starker Beifall.)

Mir scheint es manchmal, als sei auch in den (B) Reihen der Opposition bereits eine Ahnung von den kommenden Dingen zu verspüren. Es ist doch auffällig, wie stark man sich um die Rede unseres Gauleiters Albert Forster auf dem Langenmarkt kümmert, wie sehr man sich mit ihr beschäftigt. Man hat sogar diese Rede zum Gegenstand einer großen Anfrage im Volkstag gemacht. Etwa aus Sorge um die Staatsautorität? Oder vielleicht gar aus lauter Angst?

„Die Fußspuren Hugenbergs schrecken", so soll es neulich in einer deutschnationalen Zeitung geheißen haben; mir scheint, mehr schrecken die Fußspuren Thälmanns und anderer Insassen von deutschen Konzentrationslagern. So ist der Auflösungsantrag durchaus Produkt einer Furcht, die vielleicht nur zu begründet ist. Wir wollen der Opposition nur zurufen: Recht so, nur so weiter auf diesem Wege! Je unruhiger, je nervöser Sie werden, desto sicherer und desto ruhiger gehen wir unseren Weg, den Weg des guten deutschen Gewissens. (Bravo! rechts.)

Wir ersparen heute dem Freistaat eine aufregende und zur Zeit vom Volk nicht gewünschte Wahl und werden das Volk dann wieder aufrufen, sobald wir die Wahl als nutzbringend für diese deutsche Stadt Danzig ansehen. Die Verbindung mit dem Volk verlieren wir deswegen nicht.

M. H.! Ich fordere Sie auf, unsere Versammlungen zu besuchen. (Kommen Sie doch zu uns! Mitte. — Heiterkeit.) Sie hätten vor kurzem bei dem großen Maiaufmarsch sehen können, welche Massen bei uns stehen, Sie hätten feststellen können, wie diese Massen gekommen sind. (Zwangsweise! links.) Sie hätten die Stimmung mitfühlen können, die alle diese Menschen beherrschte. Man (C) könnte vielleicht ein paar Leute zwingen aufzumarschieren, aber man könnte sie nie dazu zwingen, begeistert zu sein und zu jubeln, genau so wenig, wie man in Berlin 2 Millionen zwingen könnte, in einem orkanartigen Jubel den Führer zu begrüßen. Oder meinen Sie, hinter diesen zwei Millionen Menschen in Berlin oder den 70 000 in Danzig stand je ein Mitglied der geheimen Staatspolizei und sorgte dafür, daß Beifall geklatscht wurde? (Starker Beifall.) M. H., wer am 1. Mai unter diesen Massen gestanden hat, der weiß, daß der stürmische Beifall aus ehrlichem deutschen Herzen gekommen ist. Und das ist das Entscheidende! Vergessen Sie nicht, daß wir eines besitzen, was Sie nicht besitzen, was der Opposition fehlt: die innige geistige, kulturelle und politische Verbindung mit den 67 Millionen Menschen drüben jenseits der Grenze. Wir besitzen das, was Sie freiwillig aufgegeben haben: das große deutsche Vaterland.

Das ist die Schuld, vielleicht für manchen auch die Tragik der Menschen, die heute in der Opposition stehen, daß sie sich entfernen, daß sie Abstand, daß sie Distanz nehmen von Deutschland. Dort aber sind, nach den Worten eines unserer größten Dichters „die Wurzeln unserer Kraft".

Die Ueberzeugung, daß wir einen gerechten Kampf führen, gibt uns die Zuversicht und Kraft in unserem Ringen auf vorgeschobenem Posten. Mag die Opposition auf parlamentarischem oder außerparlamentarischem Wege, durch Hetze in Danzig oder Mobilmachung außerdeutscher (D) Kräfte uns zu erschüttern suchen, wir stehen aufrecht in unserem Kampf, weil mit uns das gute Gewissen ist, und wir tragen immer mehr hinein in das deutsche Volk in Danzig die Parole: Kampf dem Verrat, Treue zu Deutschland und dem Führer. (Anhaltender starker Beifall.)

Präsident: Das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Moritz.

Moritz, Abgeordneter (SPD.): M. D. u. H.! Wiederholt haben wir von dieser Stelle zum Ausdruck gebracht, daß die Krise, unter der die Freie Stadt Danzig und ihre Bewohner leiden, in ihrem Kern eine Vertrauenskrise ist. Vertrauen kann eine Regierung nur gewinnen durch eine restlose Offenlegung ihrer Pläne, nicht aber durch die Ausschaltung der nach der Verfassung zur Gesetzgebung berufenen Körperschaft, des Volkstages.

Die Aufstellung und die Gestaltung der Haushaltspläne unter dem Führerprinzip hat heute vor einem Jahr zu jener Katastrophe geführt, unter der Danzig und seine Bewohner noch heute zu leiden haben und wahrscheinlich auch in aller Zukunft zu leiden haben werden. (Die Ihr schon vor zehn Jahren eingerührt habt! rechts.)

Wiederholt sind von Regierungsseite Versprechungen, Zusicherungen, Feststellungen gemacht worden, die leider des öfteren nach ganz kurzer Zeit in ihr Gegenteil verkehrt waren. Es sei hierbei erinnert an die Versicherung von dem „eisernen Festhalten an der Währung", daß „die Staatsfinanzen mit den Finanzen der Bank von Danzig nichts zu tun hätten", daß infolge der Abwertung „die Lage der werktätigen Bevölkerung keine fühl-

(**Moritz**, Abgeordneter)

(A) bare Verschlechterung erfahren" solle, daß „soziale Härten vermieden werden sollten", daß die Führer im Staat „beim Tragen von Opfern drei Schritte vor der Front marschieren" würden.

Es sei auch an die Feststellung erinnert, daß der Völkerbund dem Danziger Staate 20 Millionen Gulden gekostet habe, eine Feststellung, die dann nicht bewiesen werden konnte. Die Zahlenangaben des Herrn Finanzsenators in seiner Etatsrede im November vorigen Jahres wurden durch die Etats leider nicht bestätigt, sondern zu einem großen Teil sogar widerlegt. Man kann deshalb die Zurückhaltung bei der Vorlegung der Etats verstehen, aber nicht rechtfertigen. Die Zusicherung, daß die Etats für 1936 dem Volkstag vorgelegt werden sollen, wurde schon am nächsten Tage ins Gegenteil umgekehrt, indem der Senat den Haushaltsplan ohne Zustimmung des Volkstages veröffentlichte und in Kraft setzte.

Dadurch wird der Vertrauenskrise immer neue Nahrung gegeben. (Auf Ihr Vertrauen pfeifen wir! bei den Nationalsozialisten.) Die Nationalsozialisten haben seit drei Jahren als einzige Partei die Regierungsmacht in den Händen und hätten daher Gelegenheit gehabt, ihre Pläne und vor allem ihre Versprechungen in die Tat umzusetzen, ohne dabei Rücksicht auf Koalitionsgenossen nehmen zu müssen, wie andere Regierungen vor ihnen. Was Ihren Kerngrundsatz „Zurück zum Reich" betrifft, so kann man jetzt feststellen, daß Danzig diesem Ziel noch nie ferner gewesen ist als heute. (Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten. — Sie (B) werden das eines Tages am eigenen Leibe spüren! rechts.) Da ist wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. (Wer weiß, wo Sie dann sind, da sind Sie vielleicht ausgekniffen! rechts.) Das müssen ja in dem Staat schöne Zustände werden, wenn Sie meinen, man müsse ausreißen!

Präsident: Ich bitte, den Redner nicht zu stören.

Moritz, Abgeordneter (SPD): Die bisherigen Beziehungen zum Reich sind in gewisser Beziehung etwas versteift, besonders wenn man daran denkt, daß in einzelnen Fällen, die bereits hinter uns liegen, einigen Danzigern die Einreise lediglich wegen ihrer Parteizugehörigkeit nach Deutschland verweigert wurde. (Verräter haben in Deutschland keinen Platz! bei den Nationalsozialisten.) Die Handelsbeziehungen sind dadurch schwer gestört, daß das Reich zwar die früher noch verabredeten Warenlieferungen entgegennahm, aber die Gegenleistung schuld blieb, so daß Danzig dadurch in eine schwierige Situation kam.

Die an den Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages geknüpften Hoffnungen haben sich ebenfalls leider nicht erfüllt, weil schon nach den ersten sechs Wochen der Gültigkeit dieses Vertrages die von Danzig nach Deutschland gelieferten Waren nur zu 50 Prozent ausgeglichen wurden, so daß die soeben mit großen Hoffnungen angeknüpften Beziehungen trotz der immer betonten Einheit mit dem Reiche schon wieder ins Stocken kamen zum Schaden Danzigs. (Zwischenrufe rechts.)

Das Verhältnis zu anderen Staaten, wie beispielsweise Rußland, die in früheren Jahren lohnende Arbeitsaufträge (Unruhe) nach Danzig gegeben haben, hat sich scheinbar ebenfalls sehr stark abgekühlt. Der Besuch unseres Hafens durch russische (C) Schiffe wird in der nationalsozialistischen Presse mit Hohn glossiert, so daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn in Zukunft die Schiffe solchen Unfreundlichkeiten aus dem Wege fahren. (Sehr richtig! links.) Der Völkerbund war wiederholt gezwungen, in die Danziger Gesetzgebung einzugreifen, indem er die Abänderung verschiedener Bestimmungen empfehlen mußte, die mit der Danziger Verfassung nicht in Einklang zu bringen waren. Das wäre die außenpolitische Seite.

Innerpolitisch sind an Stelle der Selbstverwaltung und der Eigenverantwortlichkeit in der Wirtschaft Zwangsorganisationen und Führerprinzip getreten. Die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit ist nahezu aufgehoben. Die Versorgungsverbände, die seit der Währungsgleichheit mit Polen eigentlich überflüssig geworden sind, bestehen trotzdem noch auf Kosten der Verbraucher, denen sie die Lebenshaltung verteuern. Den Bauern wird die Größe der Anbaufläche und die Höhe ihrer Milchproduktion vorgeschrieben, den Fischern die Fangmenge, die sie nicht überschreiten dürfen. Diese Anordnungen erfolgen nicht etwa nach den Grundsätzen einer sozialistischen Planwirtschaft, sondern um den Versorgungsverbänden die Daseinsberechtigung zu geben. (Das glaubt doch kein Bauer! rechts.) Eigenartig ist dabei das Vorgehen der Bauernkammer gegen ihre Mitglieder. Mit Schreiben vom 19. März verlangt sie, daß sich die Landwirte an die von ihr gegebenen Richtlinien bei der sogenannten Erzeugungsschlacht halten und sich beteiligen müßten, andernfalls sie nicht mit der (D) Schonung ihres Besitzes durch ihre Gläubiger rechnen dürfen. Ja, die Bauernkammer schreibt sogar, daß sie sich mit den Gläubigern dieserhalb bereits in Verbindung gesetzt habe und daß sie im Einzelfall noch Bescheid geben werde.

Bezüglich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben die Nationalsozialisten besonders große Versprechungen gemacht, die leider nicht von entsprechend großen Erfolgen begleitet waren. Mit großen Kosten sind zwar einige Arbeiten bei der Verwaltung für öffentliche Arbeiten durchgeführt, haben aber eine wesentliche oder dauernde Entlastung des Arbeitsmarktes leider nicht zur Folge gehabt. (Zurufe rechts.) Große Projekte waren noch angekündigt, die sich aber schließlich als Agitation herausstellten. Es sei erinnert an die projektierte Brücke über die Weichsel bei Rothebude und an das Projekt der Druckelektrolyse, welches nicht nur die Wirtschaft in Danzig, sondern der ganzen Welt umwälzen sollte. (Wer sagt das? rechts.) Dann brauchen Sie nur den Vorposten von vor 2 Jahren zu lesen, da steht es drin. (Solange können Sie nicht zurückdenken! bei den Nationalsozialisten.) Deshalb sollen Sie den Vorposten lesen! (Zwischenrufe und Heiterkeit.) In nationalsozialistischen Rechenschaftsberichten wird immer von einer Zahl von 40 000 Erwerbslosen ausgegangen, die angeblich bei der Regierungsübernahme vorhanden gewesen sein sollen. (Was heißt angeblich? rechts.) Wir haben wiederholt festgestellt, und es geschieht heute auch von dieser Stelle, daß diese Zahl nicht zutrifft, sondern daß glücklicherweise weniger, nämlich 29 000 vorhanden waren. (Jetzt sind es 16 000!

(Moritz, Abgeordneter)

(A) rechts.) Um diesen Unterschied verringern sich also die Ziffern ihrer angeblichen Erfolge.

Betrachtet man die Zahl der in Arbeit Stehenden mit der Zahl der tatsächlichen Erwerbslosen in Danzig, so kann man eine Abnahme der Erwerbslosigkeit nicht feststellen. (Widerspruch und Lachen rechts.) Ich weiß nicht, warum Sie sich darüber freuen, wenn man das nicht feststellen kann. (Zurufe.) Neben den amtlich gezählten Erwerbslosen steht noch das große Heer derjenigen, die nicht amtlich gezählt werden, die aber auch in keiner Weise in Arbeitsstellen untergebracht sind. Große Gruppen von Erwerbslosen sind von der Vermittlung ausgeschlossen, die früher als Erwerbslose gezählt wurden. (Sind jetzt in Urlaub! rechts.) Tausende von Erwerbslosen sind nach dem Reiche übergesiedelt, deren Angehörige zum großen Teil noch hier auf öffentliche Kosten unterhalten werden müssen. Diese Vermittlung nach Deutschland ist für Danzig ohne volkswirtschaftliche Bedeutung, weil die Betreffenden hier als Verbraucher ausfallen. Das Gleiche trifft für diejenigen zu, die sich in sogenannten Winterlagern befinden oder zur Reichswehr eingezogen sind. Auch sie müssen von ihren Angehörigen unterstützt werden.

Auch in der Verwaltung sind die verschiedensten durchgeführten Experimente nicht zum Vorteil des Staates ausgeschlagen. (Zurufe.) Statt des versprochenen Verwaltungsabbaues wurde ein erheblicher Aufbau durchgeführt, Verwaltungen und Dienststellen wurden neu gegründet, abgeändert

(B) und teilweise wieder aufgehoben. Hundert Lehrer waren angeblich zu viel und mußten nach Deutschland oder in den Wartestand versetzt werden. Gleichzeitig wurde aber eine Hochschule für Lehrerbildung geschaffen, um dem angeblich bestehenden Lehrermangel in Danzig abzuhelfen. Eigenartig ist dabei, daß bei der jetzigen Aufnahme Danziger Bewerberinnen abgelehnt, aber Nichtdanzigerinnen aufgenommen wurden, so daß sich unter 20 angenommenen Bewerberinnen sechs Nichtdanzigerinnen befinden, die wahrscheinlich auch mit einer späteren Anstellung rechnen. (Abg. Schramm: Wer sagt Ihnen das, das ist wieder einmal eine richtige Ente! — Abg. Heß: Ente, gelogen darf man ja nicht sagen!) Richter werden mit vollem Gehalt nach Hause geschickt, — ist das auch eine Ente? — aber gleichzeitig werden ein Landgerichtsdirektor und fünf Landgerichtsräte dringend neu benötigt und deren Stellen im Staatsanzeiger ausgeschrieben.

Daß in Anbetracht der Notlage des Staates gerade jetzt umfangreiche Beförderungen mit rückwirkender Kraft vorgenommen wurden, findet in der Bevölkerung kein Verständnis und es wird auch von nationalsozialistischer Seite gar nicht versucht, dieses Verständnis zu erwecken, obwohl es sehr notwendig wäre, z. B. im Falle des, wie mir mitgeteilt wurde, zum Oberregierungsrat ernannten Herrn Arndt, der eine nicht alltägliche, sondern eine besondere militärische Vergangenheit haben soll.

Was sonst noch in der Bevölkerung über die Handhabung der Personalpolitik und aus Berichten über die Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht und den ordentlichen Gerichten erörtert wird, das (C) ist für die Partei, die die Regierung stellt, nicht gerade schmeichelhaft. Bedauerlicherweise verursacht diese Personalpolitik dem Staat auch noch doppelte Ausgaben.

Es ist also auf keinem Gebiet eine der angekündigten grundlegenden Neuerungen für den Staat in nützlicher Weise durchgeführt worden. Aus diesem Grunde ist in der Bevölkerung ein merkbarer Umschwung eingetreten und deshalb haben die drei unterzeichneten Parteien einen Antrag auf Auflösung des Volkstages eingebracht. (Das macht der Frühling! rechts.) Der Frühling hat scheinbar Herrn Schories ganz gesund gemacht, der ist ja wieder obenauf! —, um durch die Neuwahlen die Zusammensetzung des Volkstages zu erreichen, die dem Willen der Bevölkerung entspricht.

Daß seit der letzten Wahl, bestimmt aber seit dem 2. Mai vorigen Jahres sich die Volksmeinung entscheidend geändert hat, das dürfte jedem, der mit offenen Augen und Ohren in Danzig lebt, bewußt sein und kann von niemanden bestritten werden.

Schon die letzte Wahl entsprach nicht der wahren Volksmeinung. Das Urteil des Obergerichts, das die Stimmen der Nationalsozialisten in 18 Orten ganz und im Landgebiet zu 10 Prozent im Stadtgebiet zu 3 Prozent als ungültig erklärte, hätte keine andere Partei auf sich sitzen lassen. Jede andere Partei hätte im Anschluß daran eine neue Volksbefragung durchgeführt. (Unruhe — Glocke des Präsidenten.) und hätte nicht etwa durch Stillschweigen bestätigt, daß ihre Macht nicht auf (D) einer ordnungsmäßigen Wahl, sondern lediglich auf einer Schätzung beruht. Jedes Ausweichen von dieser Volksbefragung kann nur als eine Schwäche ausgelegt werden, auch wenn Sie es mit noch so starken Ausdrücken drapieren. (Lassen Sie das gefälligst unsere Sorge sein! rechts.)

Der „Vorposten" schrieb vor Jahresfrist, (Lesen Sie bloß nicht immer den „Vorposten"! rechts.) ist Ihnen der auch schon über? Mir auch!

> Jeder, der bis gestern noch glaubte, aus irgend welchen Gründen der NSDAP. seine Stimme versagen zu müssen, wird jetzt zu der Ueberzeugung kommen, daß es gar keinen Zweck hat, für Parteien zu stimmen, die zu feige sind, für eine Neuwahl zu stimmen. Denn besser kann die Furcht vor dem Volksgericht nicht ausgedrückt werden.

Der „Vorposten" meinte dann weiter,

> es sei erbärmlich von einer Partei, die

wie er schreibt, (Sie machen schon ganz in Nationalsozialismus! rechts.)

> sich zuerst bei der Aufstellung unverschämter Forderungen auf die Stimme des Volkes beruft und dann im selben Augenblick vor der Volksmeinung Angst kriegt, als das Volk um seine Entscheidung gefragt werden soll.

Danach kann es eigentlich für die Nationalsozialisten nichts anderes geben, als aus der Meinung des „Vorpostens" die Konsequenzen zu ziehen. (Unruhe — Glocke des Präsidenten.) Melden Sie sich doch bitte nachher zum Wort, Herr Temp, Sie haben ja noch so viel Zeit!

Die vom Herrn Präsidenten Beyl gegen unseren Auflösungsantrag vorgebrachten Argumente gehen zum größten Teil vorbei; denn es handelt sich bei unserem Antrag nicht um eine Hoffnung auf

(**Moritz**, Abgeordneter)

(A) internationale Instanzen, sondern hier handelt es sich um die Hoffnung auf die Stimme des Volkes. (Huch, wie rührend! rechts.) Auch fehlt es uns nicht an irgend einem Gefühl der Verbundenheit mit Deutschland, sondern was uns in Danzig fehlt, ist Redefreiheit, ist Meinungsfreiheit, ist Versammlungsfreiheit und die Hergabe von ausreichenden Versammlungsräumen. (Unruhe — Zurufe.)

Präsident: Ich bitte, den Redner nicht zu stören!

Moritz, Abgeordneter (SPD.): (Und der Gummiknüppel über Euch! rechts.) Hier soll das Volk um seine Entscheidung gefragt werden. (15 Jahre haben Sie die Macht gehabt! rechts.) Und Sie haben doch nichts gelernt! (Unruhe.)

Sie haben in der vorigen Sitzung des Volkstages wiederholt auf das deutsche Abstimmungsergebnis Bezug genommen und angedeutet, daß die Stimmung in Danzig ähnlich sei. (Gott sei Dank! rechts.) Na also, dann haben Sie doch um so mehr Anlaß, dem Auflösungsantrag zuzustimmen. (Doch nicht dann, wenn Sie es wollen, sondern wenn wir es wünschen! rechts.) Wenn Sie so stark sind und die Opposition so schwach ist, dann kann ich mir nicht vorstellen, daß Sie aus reinem Mitleid mit der Opposition jetzt nicht Neuwahlen herbeiführen wollen. (Zurufe rechts — Glocke des Präsidenten.) Nach der Verfassung geht die Staatsgewalt vom Volke aus. Das Danziger Volk will, daß Danzig verfassungsmäßig regiert werde und nicht durch einen Statthalter. (Beifall links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Potrykus.

(B) **Potrykus**, Abgeordneter (Z.): M. D. u. H.! Bei der fundamentalen Bedeutung, die Volkstagswahlen für die Gestaltung unseres Staatslebens haben, ist es von entscheidender Wichtigkeit, daß der Wille des Volkes unbehindert und unverfälscht zum Ausdruck kommt. Das soll, wie unsere Verfassung vorschreibt, in einer freien, gleichen und geheimen Wahl geschehen.

Diese selbstverständlichen und unerläßlichen Bedingungen sind offensichtlich nicht erfüllt worden bei der Wahl vom April vorigen Jahres. (Sehr richtig! links.) Ich kann es mir versagen, auf einzelne Wahlvorkommnisse zurückzukommen. Obwohl nun schon ein Jahr dazwischen liegt, ist es noch in lebhafter Erinnerung, mit welchen Methoden eine Partei ihr Ziel zu erreichen suchte: (Zurufe — Glocke des Präsidenten) Einengung und Behinderung der gegnerischen Wahlpropaganda, Ehrabschneidungen, Beschimpfungen und Verleumdungen Andersdenkender in aller Oeffentlichkeit, Bedrohungen, Ueberfälle und Mißhandlungen politischer Gegner schufen Zustände, daß auch gemäß der Feststellung des Obergerichts „bei den Wählern der anderen Parteien das Gefühl der Schutzlosigkeit aufkommen konnte." Wenn ferner unzulässige Wahlbeeinflussung unter Bedrohung der Existenz nicht nur von privaten nationalsozialistischen Arbeitgebern, sondern selbst von Behörden und amtlichen Personen geübt worden ist, wenn in einer großen Anzahl von Bezirken offen gewählt und teilweise auch unrichtig ausgezählt wurde, wenn endlich die Wahl unter verfassungswidrigen Gesetzen zustande gekommen ist, dürfte es eigentlich gar keinen Streit darüber geben, ob eine solche Wahl wirklich Grundlage des politischen Geschehens für die nächsten vier Jahre sein und bleiben könne! (Hört, hört! links.) (C)

Das Obergericht stellt dann auch eine ganze Reihe teilweise sehr schwerwiegender Wahlverstöße fest, denen es eine „erhebliche Einwirkung auf die Wahl" zuschreibt. Uns erscheint aber andererseits die vorgenommene Korrektur des Wahlresultats um ein einziges Mandat als nicht „erheblich" und keineswegs als ausreichend. Wir sind der Ueberzeugung, daß alle Schätzungen fehlgehen müssen, und daß bei der Wichtigkeit von Volkstagswahlen für unser Staatswesen nur eine absolut einwandfreie Grundlage befriedigen, d. h., daß nur eine Neuwahl unter streng verfassungsmäßigen Zuständen die erforderliche Klärung bringen kann. (Vielleicht auch noch internationale Polizei aus Genf? rechts.) Wir sind der Auffassung, daß bei wirklich ordnungsmäßiger Durchführung der Wahl schon damals das Ergebnis noch enttäuschender für die NSDAP. ausgefallen wäre, als es ohnehin der Fall war. (Sehr richtig! beim Zentrum) Vor der Wahl stand das Volk aber noch unter dem Eindruck von Erklärungen, die das „eiserne Festhalten am Gulden und der Stabilität unserer Währung", die ganz ausgezeichnete Finanz- und Kassenlage des Staates und den hervorragenden Stand der Danziger Wirtschaft behaupteten, so daß die Bevölkerung ihre Stimme unter ganz falschen Voraussetzungen abgegeben hat. (Das wissen Sie? bei den Nationalsozialisten.)

Es ist höchst bedauerlich und für die Allgemeinheit sehr abträglich, wenn nach den inzwischen gemachten Erfahrungen die Erklärungen selbst maßgebendster Persönlichkeiten mit allergrößter Skepsis aufgenommen werden. Deswegen muß unbedingt baldigst Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit wiederhergestellt werden. Nach Lage der Dinge ist das aber nur durch eine Neuwahl möglich. Entziehen Sie sich aber der Wahl, dann m. H. Nationalsozialisten, glaubt Ihnen kein Mensch mehr die starken Töne, (Zwischenrufe) die Sie immer noch gelegentlich anzuschlagen belieben. Wären Sie wirklich so stark, wie Sie vorgeben, dann würden Sie der Entscheidung des Volkes nicht aus dem Wege gehen. (Das machen wir, wann wir wollen! rechts.) Dann würden Sie die gebotene Gelegenheit benutzen, um den Streit im eigenen Hause auszutragen und damit viele Dinge, die weder Ihnen noch uns Freude machen, denkbar einfach lösen. (Wir verzichten! rechts.) Eine Neuwahl ist nach unserer Ueberzeugung zur Konsolidierung Danzigs nach innen und außen notwendig. Es wäre Ihre Pflicht, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen. (Bravo! und Händeklatschen beim Zentrum und links.) (D)

Präsident: Das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Plenikowski. (Auf zum Negus! rechts.)

Plenikowski, Abgeordneter (K.P.): Die kommunistischen Abgeordneten haben zum Antrag auf Neuwahl des Volkstages folgende Erklärung abzugeben:

Die Volkstagswahl am 7. April 1935 erbrachte bereits den eindeutigen Beweis dafür, daß die Bevölkerung der Freien Stadt den Nationalsozialis-

(Plenikowski, Abgeordneter)

(A) mus ablehnt. Daran vermag auch die für die nationalsozialistische Liste abgegebene „Mehrheit" aller Stimmen nichts zu ändern. (Zwischenrufe.) Das Wahlprüfungsverfahren hat der ganzen Welt gezeigt, wie der Nationalsozialismus sich seine „Mehrheit" zu verschaffen gewußt hat. Wenn auch das Obergericht nicht die ganze Wahl für ungültig zu erklären wagte, die Mehrheit des Volkes und Weltöffentlichkeit haben ihr Urteil über diese Wahl gefällt: die Wahl war ungültig! Der Nationalsozialismus hat kein Recht, sich auf die angebliche Stimmenmehrheit der Wahl vom 7. April 1935 zu berufen.

Die der Wahl folgenden Ereignisse des hinter uns liegenden Jahres, vor allem die Guldenabwertung, haben dazu beigetragen, die gegen den Nationalsozialismus gerichtete Mehrheit gewaltig zu verstärken. (Lauter! rechts.) Die Ereignisse zeigten, warum der Nationalsozialismus so krampfhafte Anstrengungen gemacht hat, sich eine verfassungsändernde Mehrheit zu verschaffen: durch Beseitigung der letzten Reste demokratischer Rechte und Freiheiten sollte der Generalangriff auf die Lebenshaltung der Massen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, der werktätigen Mittelständler erleichtert und jeder Widerstand gegen die weitere Verelendung schon im Keim erstickt werden.

Der Nationalsozialismus weiß, daß er sich nur noch auf eine Minderheit zu stützen vermag. Deshalb die ständige Ablehnung der Forderung der Massen auf Neuwahl des Volkstages. Wir haben Hoffnungen und Wünsche auf den freiwilligen
(B) Verzicht der Nazis auf ihre Macht immer als Illusion gekennzeichnet. So sagten wir in unserer Erklärung am 26. August 1935 im Volkstag zu dem damals gestellten Antrag auf Auflösung des Volkstages: „Das Verhalten der Nationalsozialisten muß dazu dienen, alle Hoffnungen und Illusionen von einem freiwilligen Zurücktreten der Nationalsozialisten im Interesse Danzigs und seiner Bevölkerung gründlich zu begraben. Die kommunistischen Abgeordneten haben solche Hoffnungen schon immer als Illusion gekennzeichnet." Wenn wir deshalb die erneute Einbringung des Antrages auf Auflösung des Volkstages begrüßten, und für den Antrag stimmen werden, dann deshalb, weil wir darin einen erneuten Versuch erblicken, den Willen der Mehrheit der Bevölkerung auch parlamentarisch zu demonstrieren. Es hieße jedoch, dem Nationalsozialismus Vorschub leisten, wollte man es bei dieser bloßen parlamentarischen Demonstration bewenden lassen. Der Antrag kann und muß der Auftakt werden, den Kampf um die Beseitigung des nationalsozialistischen Regimes außerhalb des Parlaments fortzusetzen.

Dieser Kampf wird umso erfolgreicher sein, je kühner, entschlossener und einheitlicher er geführt wird. Wir Kommunisten haben wiederholt erklärt, daß wir bereit sind, den Weg für den Zusammenschluß aller gegen den Nationalsozialismus gerichteten Kräfte frei zu machen. Im vollen Einverständnis mit unsern Wählern erklären wir erneut, daß wir bereit sind, eine nichtnationalsozialistische, demokratische Regierung zu unterstützen, die den Forderungen der Werktätigen Rechnung zu tragen gewillt ist und dem Volk jederzeit die Möglichkeit gibt, in wirklich freier und geheimer Wahl zu bestimmen, von wem es regiert werden will. (C)

Der Nationalsozialismus hat Danzig an den Rand des Abgrundes gebracht. Mit Ausnahme einer kleinen Schicht von Unternehmern, Direktoren, hohen Beamten und nationalsozialistischen Funktionären reicht das Einkommen aller übrigen Volksgenossen kaum aus, den Hunger zu stillen, die Miete zu bezahlen und nicht nackt herumzulaufen. Zehntausende von Unterstützungsempfängern und schlechtbezahlten Arbeitern stehen darüber hinaus ständig vor der Sorge, entweder die Miete zu bezahlen und dann die Familie hungern zu lassen oder aber die Familie vor dem größten Hunger zu bewahren, dann aber sich von der Exmittierung bedroht zu sehen. Die Zahl der Selbstmorde steigt. Die Unglücksfälle in den Betrieben häufen sich. Noch nie wurden in Danzig so viele Raubmorde und ähnliche Verbrechen begangen, wie unter nationalsozialistischer Herrschaft. Die „Hüter des Deutschtums" müssen sich von der polnischen Presse bescheinigen lassen, daß der polnische Einfluß in Danzig wächst. Noch nie flatterten in Danzig so viele polnische Fahnen, wie am vorgestrigen Tage.

Demgegenüber wird alles unterdrückt, was dem Weitertreiben dieser Zustände Widerstand zu bieten wagt. Nach wie vor werden weiter Organisationen verboten, Versammlungen aufgelöst, Zeitungen beschlagnahmt und eingezogen, die Beschlagnahme der Zeitungen aufrecht erhalten, Haussuchungen vorgenommen, Personen verhaftet, weil sie in Opposition zum Nationalsozialismus stehen und sich dementsprechend betätigen. In den Schulen (D) nimmt die Zwangserziehung für den Nationalsozialismus und der damit verbundene Druck auf die Kinder ohne Rücksicht auf die Gesinnung ihrer Eltern unerträgliche Formen an.

Diesen Zuständen muß ein Ende bereitet werden. Es gilt, dem freien Willen des Volkes wieder Geltung zu verschaffen. Es gilt, den unerträglichen Zwang zu beseitigen, der politisch, ideell und materiell die Massen knebelt. Es gilt, die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Ländern wiederherzustellen.

Deshalb treten wir für den vorliegenden Antrag ein, deshalb beantworten wir mit aller Klarheit die Frage: „Was soll nach den Nazis kommen!" (Sie! rechts. — Heiterkeit.) Die Massen haben die Flaggenparaden und Zwangsaufmärsche satt. Sie wollen ihre verfassungsmäßigen garantierten Rechte und Freiheiten, sie wollen ihre Gewerkschaften, sie wollen endlich die freie Wahl der Vertreterausschüsse in den Betrieben, sie wollen den Abwertungsausgleich der Löhne und Gehälter, der Unterstützungen und Renten, die Senkung der Preise durch Beseitigung der Versorgungsverbände mit ihren hohen Zwischengewinnen.

Es gilt, den Kampf um die Neuwahl mit dem Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen zu verbinden. Wir richten deshalb den Appell an die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und auf den Stempelstellen, an die werktätigen Massen in der Stadt und auf dem Lande: Steht zusammen gegen den gemeinsamen Feind! Steht zusammen im Kampf für die gemeinsamen Forderungen! Organisiert und führt den Kampf überall

(Plenikowski, Abgeordneter)

(A) Schulter an Schulter in gemeinsamer Front! Macht Danzig frei von der Naziherrschaft. Wissen Sie, was in Danzig für ein Vers kursiert? Der Gulden fiel, die Preise stiegen! So wollen die Nazis noch weiter siegen! (Bravo! links und Zwischenrufe.)

Präsident: Das Wort zu Punkt 1 hat der Herr Abg. Gamm. (Zwischenrufe.) Ich bitte, die geräuschvollen Gespräche zu unterlassen. (Kikeriki! — Eierlegen ist verboten! —)

Gamm, Abgeordneter (Gruppe Weise): M. D. u. H.! Wir Deutschnationalen haben es für unsere Pflicht gehalten, dem Antrag der Opposition auf Auflösung des Volkstages zuzustimmen, und zwar gibt es verschiedene Gründe, die uns dazu bewegen. In erster Linie ist es die verfassungsrechtliche Lage. Wir sehen in der Verfassung nicht nur eine innerstaatliche Norm, sondern auch den stärksten Schutz nach außen. Der Völkerbund hat die Garantie für die Verfassung bei der Gründung der Freien Stadt Danzig übernommen und damit auch die Garantie für die Existenz unseres Staates. (Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte, den Redner nicht zu stören!

Gamm, Abgeordneter (Gruppe Weise): Die Hauptpflicht der Danziger Regierung muß es daher sein, die Verfassung und die Verträge streng einzuhalten. Die Nationalsozialisten mußten von vornherein in Konflikt kommen zwischen der Verwirklichung ihres Parteiprogrammes und der Verfassung; denn Führerprinzip und Totalitätsanspruch vertragen sich nicht mit den Grundsätzen der Demokratie. (Heiterkeit. — Zurufe rechts.) Des-
(B) halb mußten die Entschlüsse der Regierung häufig zu Gunsten des Parteiprogramms ausfallen. Als Beweis hierfür dienen die Entscheidung des Obergerichts und des Völkerbundes. (Zurufe, Unruhe. — Glocke des Präsidenten.) Die Verstöße gegen die Verfassung sind von den Nationalsozialisten selbst zugegeben worden, und zwar (Das haben Sie wohl geträumt! rechts.) 1. vom Präsidenten des Volkstages Beyl, der selbst sagte: „Verfassungsmäßig sind Sie im Recht!", 2. sagte der Herr Präsident des Senats: „Das Leben eines Bruchteiles eines Volkes, wie es die Danziger Bevölkerung darstellt, kann nicht auf die Dauer eingeengt werden von Artikeln und Paragraphen, welche in der Zeit allergrößter politischer und seelischer Not dem deutschen Volke aufgezwungen worden sind".

Ferner waren auch wirtschaftliche Gründe für den Auflösungsantrag ausschlaggebend. Die Abwertung des Guldens war für das kleine Danzig, das keine Autarkie treiben kann, ein schwerer Fehlschlag. Das Vertrauen zur Währung ist geschwunden, Beweis: Rückgang des Zahlungsmittelumlaufes auf weniger als die Hälfte des Goldguldens, vermutlicher Umlauf anderer Währungen in erheblicher Menge. Tiele tausend Sparer, unzählige Versicherte und Hausbesitzer erlitten durch die Abwertung einen Vermögensverlust, das bedingt den Rückgang des Volksvermögens. Die Verteuerung der Lebensmittel hatte einen Rückgang des Umsatzes zur Folge, da auch der Import fehlte. Die Devisenzwangswirtschaft behindert den Handel und Verkehr, die Zwangsbewirtschaftung der lebensnotwendigen Dinge verursacht deren Verteuerung und verhindert darüber hinaus Qualitätsleistungen. Eine gesunde wirtschaftliche Exi- (C)
stenz ist die Voraussetzung für kulturelle Leistungen und die Grundlage der nationalen Kraft. Die Abwanderung der Pensionäre und die Verschickung der Arbeitslosen verursacht die Schwächung des deutschen Bevölkerungsteiles und die Schwächung des Wirtschaftslebens und des Volksvermögens.

Die dauernden Beschimpfungen und Verdächtigungen der nichtnationalsozialistischen Mitbürger schädigt das Ansehen Danzigs in der Weltöffentlichkeit, sie vermittelt ein ganz falsches Bild von dem deutschen Charakter unseres Danzigs und bedeutet daher eine Gefährdung unseres Deutschtums. (Heiterkeit. — Zurufe rechts. — Unruhe.) Wir Deutschnationalen halten es daher für eine nationale Pflicht, das Naziregime in Danzig schnellstens zu beseitigen. (Heiterkeit — Zurufe rechts.) Deshalb werden wir für die Auflösung des Volkstages stimmen. (Zurufe. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten. — Es ist eine Schande, daß Sie die Worte deutsch und national in den Mund nehmen! rechts.)

Präsident: Ich bitte dringend um Ruhe. Das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung hat Herr Abg. Budzynski.

Budzynski, Abgeordneter (P.) M. D. u. H.! Ich bin in der angenehmen Lage, mir das Für und Wider des Antrages ganz objektiv anzusehen und mich dementsprechend zu diesem Antrag einzustellen. Wenn ich ehrlich sein soll, so kommt mir heute die ganze Aufführung hier wie eine Theatervorstellung vor, (Heiterkeit.) und zwar als eine sehr schlechte Vorstellung, in der die Herren Schauspieler oder Akteure mit mehr oder weniger Talent ihre (D)
Rollen spielen.

Es ist doch klar (zu den Nationalsozialisten) m. H., wenn ich mit Ihnen hier den Anfang machen darf, daß Sie diesem Antrage zweifellos zustimmen würden, wenn Sie die volle Ueberzeugung hätten, daß sie bei der eventuellen Wahl eine größere Mehrheit erreichten, als Sie sie heute besitzen.

Umgekehrt sage ich jedoch, daß die Oppositionsparteien diesen Antrag nicht gestellt hätten, wenn sie nicht von vornherein gewußt hätten, daß er von Ihnen, m. H. Nationalsozialisten, abgelehnt werden wird. Als objektiv eingestellter Beobachter, als der ich in diesem Falle als Vertreter der polnischen Partei gelten kann, muß man den Eindruck gewinnen, von dem ich eingangs meiner Ausführungen gesprochen habe. (Ihr Eindruck interessiert uns nicht! rechts.) Die polnische Partei Danzigs steht nicht an, zu erklären, daß sie eine Neuwahl des Volkstages sehr begrüßen würde. (Hört, hört!) Im Zusammenhang damit habe ich im Namen der polnischen Gruppe zu erklären, daß wir für den Antrag stimmen werden.

Selbstverständlich werde ich Ihnen auch im Rahmen der mir zugeteilten kurzen Redezeit, gegen welche Beschränkung ich bereits wiederholt protestierte, erklären, aus welchen Motiven wir das tun. Zweifellos steht fest — und das haben auch die Verhandlungen vor dem Obergericht erwiesen, daß die letzte Volkstagswahl nicht unparteiisch erfolgt ist. Wir als polnische Partei beziehungsweise polnische Gruppe haben festgestellt, daß wir in der Wahlzeit terrorisiert worden sind. Ich will gern zugeben, daß die oberen Stellen der Regierung da-

(**Budzynski**, Abgeordenter)

(A) mit zweifellos nicht einverstanden gewesen sind, jedenfalls sind wir aber von untergeordneten Stellen beziehungsweise von Ihren Parteiangehörigen in der freien Ausübung unseres Wahlrechtes sehr stark behindert worden. (Siehe Oberschlesien! rechts.) Jeder wird zugeben müssen, daß die Wahl selbst unter größter Bedrückung und Verfolgung, sogar unter großem Terror gestanden hat. Es sind nicht nur Ueberfälle auf der Straße, sondern auch in den Wohnungen vorgekommen, es sind der polnisch denkenden Bevölkerung nationale Abzeichen entrissen worden, die Leute sind in ihren Wohnungen überfallen worden und es sind schließlich bei der Auszählung der Stimmen verschiedene Uebergriffe vorgekommen.

Ich führe diese Tatsachen hier deshalb an, damit, wenn eine Neuwahl stattfinden sollte, für derartige Vorkommnisse auf Danziger Boden kein Raum mehr sein darf und diese Neuwahl meiner Ansicht nach nur durchgeführt werden könnte, wenn hierzu eine unparteiische internationale Stelle eingesetzt würde. (Unruhe. — Pfui-Rufe rechts.) Nur dadurch wäre die Gewähr gegeben, daß eine Wahl in Danzig unparteiisch vorgenommen wird. (Unerhört! Zurufe rechts. — Unruhe.) Im Namen der polnischen Gruppe habe ich zu erklären, daß wir für den Antrag (Zurufe.)

Präsident: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu stören!

Budzynski, Abgeordneter (P.): stimmen werden; denn wir glauben, daß wir, wenn wir unbehindert unser Wahlrecht ausüben dürfen, wir nicht (B) nur dem Freistaat Danzig sondern auch der übrigen Welt den Beweis liefern können, daß in Danzig mehr Polen vorhanden sind, als Sie annehmen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zu Punkt 1 der Tagesordnung liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Gemäß § 33 der Geschäftsordnung des Volkstages muß über den Auflösungsantrag namentlich abgestimmt werden. Wer für die Annahme des Antrages ist, bitte ich, eine weiße Ja-Karte abzugeben, wer gegen die Annahme ist, eine rote Nein-Karte, wer sich der Stimme enthalten will, eine Karte mit der Aufschrift „Enthalte mich". Ich fordere die Abgeordneten auf, die Plätze einzunehmen, und bitte die Beisitzer, die Karten einzusammeln. — Die **namentliche Abstimmung** beginnt. — Wünscht noch ein Abgeordneter eine Karte abzugeben? Das ist nicht der Fall, die Abstimmung ist geschlossen. Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Beteiligt*) haben sich 69 Abgeordnete, davon stimmten 29 mit Ja, 40 mit Nein. Der Antrag der Abg. Brill, Kurowski, Weise und Fraktionen auf Auflösung des Volkstages ist abgelehnt, da er gemäß Artikel 9 der Verfassung nicht die Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Volkstages (C) erhalten hat. (Lebhaftes Bravo! und Händeklatschen rechts.)

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Große Anfrage Nr. 14 des Abg. Dr. Stachnik u. Fr. betr. Verhalten der Polizeibeamten während der Volkstagswahl 1935.

Drucksache Nr. 43. — Es liegt zu Punkt 2 der Tagesordnung ein Antrag des Herrn Abg. Dr. Thimm und Fraktion vor, die Redezeit für die Begründung auf 10 Minuten festzusetzen. Wer diesen **Antrag** annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen. Das Wort zur Begründung der Großen Anfrage Nr. 14 hat der Herr Abg. Klein.

Klein, Abgeordneter (Z.): M. D. u. H.! Die Große Anfrage der Zentrumsfraktion ist eingebracht, um die Regierung zu befragen, was sie gegen die Polizeibeamten unternommen hat, bezw. zu unternehmen gedenkt, die, wie das Obergericht feststellt, pflichtwidrig, um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, gehandelt haben. Die Polizeibeamten haben die Verpflichtung, aufgrund der Verfassung und des Beamteneides die schutzsuchenden Bürger mitsamt ihrem Besitztum zu schützen. Die Beamten werden allgemein aus Mitteln sämtlicher Steuerzahler besoldet und nicht aus dem Steueraufkommen der jeweiligen Regierungspartei. (Sehr richtig!) Wer sich aus eigener Anschauung von den Ueberfällen überzeugt hat, kann sich ein Bild machen, mit welcher Brutalität diese verübt worden sind. (Zwischenrufe.) Es ist (D) mit einem Rechtsstaat, der auf demokratischer Grundlage aufgebaut ist, unvereinbar, Beamte zu besolden, die den ganzen Polizeiapparat in Mißkredit bringen. (Zurufe rechts.) Wo soll es hinführen, wenn in weitesten Kreisen der Danziger Bevölkerung die Ansicht immer weiter um sich greift, daß die Polizei nicht in der Lage ist, den Schutz der Personen und des Eigentums zu übernehmen. (Sehr richtig! beim Zentrum.)

Es muß vornehmste Aufgabe jeder Regierung sein, alles zu verhindern, was den Anschein erwecken könnte, die Polizei sei parteiisch eingestellt. (Sehr richtig! beim Zentrum.) Das Obergericht hat in seinem Urteil klar und deutlich festgestellt, daß die Polizei tatsächlich in verschiedenen Fällen versagt hat. Im Urteil heißt es ausdrücklich, daß ein für das Ergebnis der Wahl erhebliches Versagen der Polizei in den Fällen Mantau, Viktoriagarten, Zoppot, Händel, Ziemathies, Katholische Spielschule und Katholisches Pfarramt Neuteich und in den Fällen Alex und Höhn in Rosenberg festgestellt wurde. (Das stimmt nicht, das ist nicht wahr! rechts.) Lesen Sie das Obergerichtsurteil nach.

Präsident: Ich bitte, den Redner nicht zu stören.

---

*) **Endgültiges Abstimmungsergebnis:** Abgegebene Stimmkarten 69, davon mit Ja 29, mit Nein 40.

Gestimmt haben mit „Ja": Abg. Brill, Budzynski, Brost, Formell, Gamm, Godau, Günther, Höhn, Klein, Knaust, Kruppke, Kurowski, Langnau, Lendzion, Malikowski, Mau, Moritz, Müller (Gertrud), Plenikowski, Posack, Potrykus, Schmich, Schmidt, Dr. Stachnik, Steinbrück, Töpfer, Weber, Weiß, Wichmann.

Gestimmt haben mit „Nein": Abg. Dr. Appaly, Bartsch, Bertling, Beyl, v. Boettcher, Braun, Busch, Ehrlichmann, Fieguth, Gall, Gobert, Guttzeit, Harder, Heldt, Heß, Johst, Kamer, Kindel, Kowalke, Krampitz, Lange, Leufgen, Maaß, Manteuffel, Nicklas, Nispel, Patzke, Rabe, Schelm, Schories, Schramm, Schulz, Stein, Sukatus, Temp, Dr. Thimm, Tolius, Waschke, Wilhelm, Dr. Willers.

Keine Stimmkarte gaben ab: Abg. Andres, Kapeller, Weise.

(A) **Klein,** Abgeordneter (Z.): Die Vorfälle, die hier mit wenigen Worten vom Obergericht wiedergegeben worden sind, enthalten ein trauriges Kapitel Danziger Politik im allgemeinen und ein trauriges Kapitel Danziger Polizei im besonderen. Zu dem Fall Mantau in Stutthof ist festgestellt worden, daß dieser sozialdemokratische Volkstagskandidat von Kriminalbeamten mißhandelt worden ist. In dem Fall Viktoriagarten, Zoppot, ist es dem Verhalten der Polizei zuzuschreiben, daß der Lehrer Knauft aus Zoppot trotz der Polizeibeamten, die ihn begleiteten, schwer mißhandelt wurde. Die schweren Ausschweifungen in Neuteich sind ebenfalls auf ein Versagen der Polizei zurückzuführen. Das Urteil sagt wörtlich: „Die angestellten Ermittlungen haben in sämtlichen Fällen die Richtigkeit der erhobenen Vorwürfe ergeben. Sämtliche drei in Neuteich stationierten Polizeibeamten Otto, Schröder und Grigo haben bei diesen Vorfällen versagt. In Rosenberg hat der dortige Landjäger Klawuhn vollkommen versagt." Es ist vom Obergericht festgestellt worden, daß Klawuhn nichts unternommen hat, um im Falle Höhn die Volksmenge zu zerstreuen. So konnte viel Sachschaden begangen werden und Staatsbürger wurden vor den Augen des anwesenden Polizeibeamten bedroht.

Auch in dem noch schwebenden Zivilprozeß des Gutsbesitzers Wienß aus Damerau ist festgestellt worden, daß der dortige Landjäger eine geradezu lächerliche Rolle gespielt hat, daß der Schutz der Polizei ein ungenügender war und daß ein Teil
(B) der Polizeibeamten versagt hat. Wir weisen auf die zahlreichen Ueberfälle während des Wahlkampfes hin. Allein der Sachschaden dürfte sich auf viele tausend Gulden belaufen. (Zwischenrufe.) Ganze Wohnungen sind demoliert worden. Die Zentrumspartei allein hat bei ihren Wählern über 600 zerschlagene Fensterscheiben festgestellt. Bei einem Pfarrer wurden allein 78 Fensterscheiben eingeschlagen.

Diese Ereignisse des April 1935 sind kein Ruhmesblatt für die Danziger Polizei. Wir sind uns klar, daß die überwiegende Mehrheit der Danziger Polizei dieses Verhalten ihrer Kollegen genau so scharf mißbilligt wie wir. Es ist sicher, daß hier eine verschwindende Minderheit das gute Ansehen einer Organisation in Mißkredit bringt. Es muß Aufgabe der Regierung sein, dafür zu sorgen, daß die Polizei zu strengster Unparteilichkeit angehalten wird. (Zurufe rechts.) Das haben wir auch getan. Die Polizei erfreut sich weit und breit eines guten Rufes, so daß es unverständlich bliebe, wenn die Regierung hier tatenlos zusähe, wie dieses Ansehen der Polizei zerstört wird.

Sämtliche Polizeibeamte, denen vom Obergericht ein Verschulden nachgewiesen wurde, versehen noch heute ihren Dienst als Polizeibeamte. Das ist die Ursache, daß in einem großen Teil der Danziger Bevölkerung das Gefühl der Schutzlosigkeit aufgekommen ist; denn den Grundsatz der Danziger Verfassung, Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei zu sein, haben diese Beamte in gröbster Weise verletzt. (Die haben doch zuerst einmal Deutsche zu sein! rechts.)

Wenn der Senat glaubt, daß strafrechtlich wegen der Amnestie gegen diese Beamten nicht vorgegangen werden könne, so stehen dem Senat andere Mittel zur Verfügung, diese schweren Dienstvergehen zu ahnden. Wenn der Senat genau so wie das Obergericht das Vorgehen dieser Polizeibeamten mißbilligte, dann dürften die Schuldigen heute nicht mehr den Rock eines Polizeibeamten tragen. Wir fragen daher auch, in welcher Weise der Senat gegen diese Beamten vorzugehen gedenkt. (C)

Präsident: Das Wort zu der Beantwortung dieser großen Anfrage hat der Regierungsvertreter, Herr Obergerichtsrat Dr. Kettlitz.

Dr. Kettlitz, Obergerichtsrat: Meine Herren! Auf die Große Anfrage Nr. 14, Drucksache Nr. 43, beehrt sich der Senat der Freien Stadt Danzig wie folgt zu antworten:

Die Große Anfrage beruft sich auf einige Feststellungen in dem sogenannten Wahlurteil des Obergerichts der Freien Stadt Danzig vom 14. November 1935, wonach in einzelnen Fällen Polizeibeamte pflichtwidrig gehandelt, beziehungsweise erheblich versagt hätten. Es kann und darf auf diese Verfehlungen, die sämtlich als politische Verfehlungen anzusehen sind, nicht mehr zurückgekommen werden, nachdem inzwischen das Amnestiegesetz vom 27. November 1935 ergangen ist, das sämtliche politischen Verfehlungen der Beamten straffrei macht, und zwar auch in disziplinarischer Hinsicht. Ich bitte, sich § 4 des Gesetzes anzusehen.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abg. Kurowski. (D)

Kurowski, Abgeordneter (Z.): Ich beantrage Besprechung der Großen Anfrage.

Präsident: Wird der Antrag unterstützt? — Die Unterstützung reicht aus. Ich eröffne die Besprechung. Zur Besprechung liegt ein **Antrag** des Herrn Abg. Maaß und Fraktion vor, die Redezeit für die Aussprache für alle Fraktionen und Gruppen auf eine Stunde festzusetzen. Es erfolgt kein Widerspruch; es ist so beschlossen. Davon entfallen auf die Nationalsozialisten 35 Minuten, auf die Sozialdemokraten 11 Minuten, auf das Zentrum 8 Minuten, auf die Gruppe Weise 3 Minuten, auf die Gruppe Plenikowski 2 Minuten, auf die Polen 2 Minuten. Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat der Herr Abg. Mau.

Mau, Abgeordneter (SPD.): M. D. u. H.! Die zahlreichen Prozesse, die überfallene Anhänger der Opposition aufgrund des Tumultschadengesetzes gegen viele Gemeinden im Freistaat mit Erfolg durchgeführt haben und durch welche die Gemeinden zur Zahlung von vielen Tausenden Gulden verurteilt worden sind, sind wohl der beste Beweis für das völlige Versagen der Polizei während des verflossenen Wahlkampfes. Das Faustrecht, das die Nationalsozialisten vielfach unter den Augen der Polizei, wie im Falle Ziemathis, Neuteich und Kruppke, Tiegenhof, gegen die Anhänger der Opposition angewandt haben, hat dem Ansehen des Freistaates sehr geschadet. Daß in unzähligen Fällen unsere Anhänger nachts in ihren Wohnungen überfallen und schwer mißhandelt wurden, ist eine Errungenschaft der nationalsozialistischen Methoden, die wir während der Regierungszeit des sogenann-

(**Mau**, Abgeordneter)

(A) ten „Systems" nicht gekannt haben. (Dr. Appaly: Wir erinnern Sie nur an Horst Hoffmann!)

Ein weiterer Beweis für das Versagen der Polizei ist die Entscheidung des Obergerichts, die in der Wahlanfechtungsklage der Oppositionsparteien gefällt wurde. Wenn in diesem Urteil festgestellt wurde, daß den Nationalsozialisten in Zoppot und Danzig je 3 Prozent und in den drei Landkreisen je 10 Prozent der erhaltenen Stimmen abzuziehen sind, so ist dadurch die amtliche Bestätigung des Terrors der Nationalsozialisten erfolgt, der nur möglich war, weil die Polizei versagt hatte.

Da die Opposition jetzt schon die Mehrheit aller Wähler umfaßt, fordern wir, daß endlich der schikanösen Behandlung von Anhängern der Opposition durch die Polizei Einhalt geboten wird. Die unzähligen Verhaftungen aus politischem Anlaß, die auch in letzter Zeit immer noch vorkommen, entbehren zum größten Teil jeder Begründung. Zum erheblichen Teil müssen die Verhafteten schon von der Polizei wieder freigelassen werden. Nach unseren Feststellungen ist es noch nicht einmal die Hälfte aller Fälle, in denen einer Verhaftung aus politischen Gründen eine rechtskräftige Verurteilung folgt.

In letzter Zeit mehren sich wiederum die Fälle, in denen unsere Anhänger ohne Grund in Schutzhaft genommen werden. Man muß an der Objektivität der Polizeigewalt zweifeln, wenn, wie im Falle unseres Vertrauensmannes von Ladekopp, Rexin, vor dessen Wohnung die Nationalsozialisten demonstrierten und seine Frau bedrohten, weil er

(B) Unterschriften gegen den Abzug der Zwangsbeiträge für die Bauernkammer gesammelt hatte, der Betreffende in Schutzhaft genommen wurde, nicht aber die Nationalsozialisten, die an dem Ueberfall auf seine Wohnung beteiligt waren. Wir erheben dagegen Protest, (Sie haben überhaupt nicht zu protestieren! rechts) daß Arbeiter in Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte in Schutzhaft genommen werden, während die Unruhestifter von der Polizei nicht behelligt werden. In Damerau wurden unlängst zwei Arbeiter in Schutzhaft genommen, weil sie angeblich Plakate, die sich gegen die Nationalsozialisten wenden, geklebt haben sollen, ohne daß jedoch von der Polizei der Beweis für diese Behauptung geführt werden konnte, daß sie die Täter waren. Auch dagegen erheben wir Protest, da es Sache des Gerichts ist, festzustellen, ob sich jemand strafbar gemacht hat oder nicht.

Ein recht trübes Kapitel sind auch die Methoden, die von einem Teil der Kriminalbeamten bei den Vernehmungen politischer Häftlinge angewendet werden. Im September vorigen Jahres hat aufgrund zahlreicher Anzeigen ein Ermittlungsverfahren gegen eine Reihe von Beamten der politischen Polizei stattgefunden, in denen dann festgestellt worden ist, daß sich eine große Zahl dieser Beamten aus politischen Beweggründen der schwersten Amtsvergehen, nämlich der Mißhandlung Gefangener und der Freiheitsberaubung im Amt schuldig gemacht haben.

Bedauerlicherweise ist auch dies Verfahren durch das Amnestiegesetz eingestellt worden. (Da können wir auch die Rede einstellen! — Heiterkeit.) In zahlreichen Fällen sind wiederum in letzter Zeit Ueberfälle auf Anhänger der Opposition durch Nationalsozialisten erfolgt. Wir bedauern, daß die Polizei nicht in der Lage ist, den Staatsbürgern den ihnen zustehenden Schutz zu gewähren. (Erhöhen Sie den Etat, damit jeder von Ihnen einen Polizisten bekommt! — Heiterkeit.) In Ohra ist es in den letzten Wochen wiederholt zu solch schweren Ueberfällen mit schweren körperlichen Verletzungen gekommen, (Zuruf) ohne daß sie durch die Polizei verhindert wurden. — Wiederholt sind auch Ueberfälle, die sich leider ebenfalls fast wöchentlich wiederholen, auf Anhänger der sozialistischen Arbeiterjugend nach dem Verlassen ihrer Heimabende erfolgt. Sonderbarerweise sind die Ueberfallenen dann vielfach ins Polizeipräsidium überführt worden. Als in einem Fall der Leiter der sozialistischen Arbeiterjugend auf dem Polizeipräsidium wegen der Freilassung des verhafteten und überfallenen Jugendgenossen intervenierte, wurde er von zwei diensttuenden Beamten in der gröbsten Weise beleidigt und mit Tätlichkeiten bedroht. (Sie werden sich wohl danach benommen haben! rechts.) Wir fordern (Sie haben garnichts zu fordern! bei den Nationalsozialisten.) das Einschreiten der zuständigen Polizeibehörden gegen diese Mißstände. Wir verlangen unsere verfassungsmäßigen Rechte und Freiheit! (Pfui! rechts. Deine Freiheit! Zwischenrufe.)

(C)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Klein.

Klein, Abgeordneter (Z.): Mit der Erklärung, die von seiten der Regierung abgegeben wurde, können wir uns in keiner Weise einverstanden erklären. Es wurde vom Herrn Senatsvertreter gesagt, daß diese Verfehlungen unter die Amnestie fielen. Ich möchte feststellen, daß die Polizeibeamten nicht als Parteimänner Verfehlungen begingen, sondern als Polizeibeamte. Als Polizeibeamte haben sie die Pflicht, die Bürger zu schützen, die sie um Schutz anrufen. Wir haben gerade wegen dieser Verhältnisse die Große Anfrage eingereicht, damit der Schutz der Danziger Staatsbürger durch die Polizei gewährleistet wird.

(D)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Langnau.

Langnau, Abgeordneter (Gruppe Plenikowski): Die Große Anfrage Nr. 14 beschäftigt sich mit dem Verhalten der Polizeibeamten während der Volkstagswahl. Wir schließen uns voll und ganz den Ausführungen der Vorredner an. Man hätte erwarten können, daß der Senat gegen die Beamten eingeschritten wäre, die pflichtwidrig gehandelt haben, um damit dem Willen der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Die Große Anfrage beschäftigt sich u. a. auch mit dem Polizeibeamten Grigo aus Neuteich. Trotz der Großen Anfrage hat dieser Beamte es für notwendig erachtet, gegenüber den Notstandsarbeitern, die es ablehnten, die Hand zum Hitlergruß zu erheben und deshalb Strafarbeit leisten mußten, die Aeußerung zu tun: „Eigentlich mußten Sie gleich in die Zelle!" Solche Aeußerungen von Polizeibeamten werden aufgrund der Erfahrungen, die die Bevölkerung während der Wahl durch die Polizeibeamten und bei Vernehmungen auf dem Polizeipräsidium machte, nicht dazu beitragen, Vertrauen zu der Mehrheit der Polizei zu gewinnen. (Ei in Ruß-

(Langnau, Abgeordneter)

(A) land! bei den Nationalsozialisten.) Wenn man die Protokolle über Mißhandlungen von Personen auf dem Polizeipräsidium durchliest, die bekanntlich der Staatsanwaltschaft übergeben sind, müßte man erwarten, daß der Senat selbst ein Interesse hätte, die Anschuldigungen zu klären, die gegen die Kriminalpolizei erhoben worden sind und sie nicht als politische Vergehen hinstellen.

Der Wille der überwiegenden Mehrheit der Danziger Bevölkerung ist, daß die Anschuldigungen gegen die Polizeibeamten, insbesondere gegen die Kriminalbeamten, betreffend Mißhandlung von Personen in öffentlicher Gerichtsverhandlung geklärt und die als schuldig befundenen Beamten zur Rechenschaft gezogen werden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Appaly.

Dr. Appaly, Abgeordneter (NSDAP.): Meine Parteigenossen, m. H. von der Opposition! Es lohnt wahrhaftig nicht, über diese erledigte Sache noch viel Worte zu machen. Aber wenn man hier hört, daß von Ihnen (nach links) ausgerechnet das Wort Terror in die Debatte geworfen wird, so geht einem denn doch der Rogen hoch. Aus meiner nicht geringen Erfahrung kann ich Ihnen zwei Fälle nennen, wo Ihre Polizei ganz grenzenlos versagt hat, so daß in einem Falle damit der Tod unseres Horst Hoffmann zusammenhängt. Das vergessen Sie alles. (Zwischenrufe.) Sie müssen nicht an die vielen kleinen Dinge denken, die hier durchgekaut werden. Das Wichtigste ist schließlich das, daß im Staate heute eine so allgemeine Ordnung herrscht, wie noch nie zu-
(B) vor. (Zustimmung rechts. — Zurufe links.) Zu Ihrer Zeit (nach links) war es so, daß man nicht durch die Straßen gehen konnte. Bevor wir an die Regierung kamen, war es unmöglich, durch die Altstadt zu gehen, ohne daß einem Blumentöpfe nachgeworfen wurden. Und wie verhielt es sich damals vor der Machtübernahme in Deutschland? Was hat sich dort abgespielt? Da wollen die Kommunisten heute noch von Terror reden? (Abg. Moritz: Sie wollten doch aus Ihrem Bezirk erzählen!)

Präsident: Ich bitte Ruhe zu halten. Herr Abg. Dr. Appaly hat das Wort.

Dr. Appaly, Abgeordneter (NSDAP.): Wenn die Kommunisten von Terror reden, so ist das lächerlich. Wenn die Herren von der Sozialdemokratie, die bei Gott die ganzen nationalsozialistischen Blutopfer im neuen deutschen Reich auf dem Gewissen haben, von Terror reden wollen, so ist das geradezu unglaublich. Wenn das fromme Zentrum, die Herren mit den weichen Pfötchen, von polizeilichem Schutz reden wollen, so erinnere ich Sie an Brüning. Unter dessen Herrschaft war es, daß Hitlerjungen im Anblick der hohnlachenden Polizei zerstochen wurden. Ich war dabei, als Hitler 1931 in Elbing sprach. Die rote Polizei saß hohnlachend auf den Pferden, als der Mob durchbrach und beinahe unseren Führer um die Ecke gebracht hätte. Diese Gesellschaft will hier etwas erzählen. (Hinaus! bei den Nationalsozialisten.)

Schamlos war das Verhalten der oppositionellen Polizei nach dem Morde an Horst Hoffmann. Ich bin dabei gewesen und kann es Ihnen wahrheitsgetreu vom ersten bis zum letzten Augenblick berichten. Als Horst Hoffmann in unseren Armen starb, haben wir von uns aus die Verhaftung des (C)
ganzen Gesindels, dieses Takelzeugs, veranlaßt. Wenn wir das nicht getan hätten, so liefen diese Leute heute noch frei herum. (Zwischenrufe.)

Präsident: Herr Abg. Dr. Appaly spricht, sonst niemand.

Dr. Appaly, Abgeordneter (NSDAP.): Die Polizeibeamten wußten damals, daß es sich um eine Mörderbande handelte, die eingeliefert wurde. Die Polizeibeamten gingen damals mit Ihnen (nach links) konform. Es wurde gesagt, jeder der Vorgeführten solle irgend ein Papier vorlegen, damit „die Herren" wieder freigelassen werden könnten. Meine lieben Parteigenossen, da habe ich gesagt: „Die Herren? — diese Lumpen und Mörderbande!" (Sehr richtig! rechts.) Wenn Sie diese Ihre Leute (nach links) später im Gerichtssaal gesehen haben, müssen Sie sich in Grund und Boden schämen (Lebhafter Beifall rechts). Dieses Untermenschentum, zum Teil schwachsinnige Verbrecher, das ist Ihre Leibgarde gewesen. Und da wollen Sie hier von Terror reden! Wir wollen Ihnen hier einmal das Gedächtnis etwas auffrischen, wenn Sie sich hier über Dinge beschweren, an denen Sie im Grunde selbst schuldig sind. — (Anhaltender Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Präsident des Senats.

Greiser, Präsident des Senats: M. H.! Ich könnte es mir an sich leicht machen und mich auf denselben Standpunkt stellen, den der Senat in seiner Gesamtheit hier hat vortragen lassen, nämlich, daß diese Vorwürfe, die in den Anfragen zum (D)
Ausdruck gekommen sind, durch das Amnestiegesetz überholt und damit erledigt seien.

Aber ich möchte dieses Mal nicht als Senatspräsident, sondern in meiner Eigenschaft als Senator des Innern hierzu Stellung nehmen, und ich glaube, ich kann das mit doppeltem Recht tun. Einmal bin ich ja der oberste, direkte Dienstvorgesetzte der beschuldigten Polizeibeamten, wie überhaupt der gesamten Polizei und andrerseits, m. H. von der Opposition, glaube ich auch ein rein menschliches und politisches Recht dazu zu besitzen. Ich bin in diesem Hause einer derjenigen, der, wie ich glaube, in seinem Leben am meisten mit den polizeilichen Dienststellen und Beamten in Berührung gekommen ist, sei es durch Geldstrafen, sei es durch Gefängnis, sei es durch den Gummiknüppel, sei es durch blutige Wunden. (Blutige Wunden? links.) Wenn Sie das nicht wissen, so will ich es Ihnen sagen: Ich bin heute noch meinem Schöpfer dankbar, daß Adolf Hitler im Reich zur Regierung kam, sonst hätte ich einige Monate in Deutschland absitzen müssen. (Sie Märtyrer! links.) Ich komme mir auch genau so vor!

Aber, m. H., ich will in meiner Eigenschaft als Senator des Innern hierzu Stellung nehmen. Ich glaube, alle diese Anwürfe gehen von ganz falschen Voraussetzungen aus. Sie nehmen das Urteil des Obergerichts als Grundlage dafür, daß Sie den betreffenden Polizeibeamten den Vorwurf machen zu können glauben, sie hätten versagt. Ich glaube, man darf nicht so einseitig sein und nur vom Urteil des Obergerichts ausgehen. Der Polizeibeamte ist ja letzten Endes in seiner dienstlichen Einstellung

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) und in der Handhabung seiner dienstlichen Gewalt nicht abhängig vom Obergericht, sondern von den Weisungen, die er von seiner vorgesetzten Dienststelle bekommt. (Sehr richtig! rechts.) Und letzten Endes, m. H. von der Opposition, ist ja der Polizeibeamte nicht ein akademisch vorgebildeter Jurist und Verwaltungsbeamter, der nach verfassungsrechtlichen Grundsätzen seinen Dienst ausübt, sondern ein Mensch aus Fleisch und Blut, der auf der Straße steht und gegen den einschreitet, der sich gegen die staatliche Autorität vergeht. (Lebhafte Zustimmung! Beifall.)

Es ist davon gesprochen worden, die Polizeibeamten hätten die Pflicht, alle zu schützen und daß diese Vorfälle die gesamten Polizeibeamten in Mißkredit gebracht hätten. Wenn das so weiterginge, daß ich es zuließe, im Einvernehmen mit dem Herrn Polizeipräsidenten und der Nationalsozialistischen Fraktion, daß hier derartige Anfragen gestellt und diskutiert werden, dann glaube ich, litte die Autorität und die Dienstfreudigkeit der Polizeibeamtenschaft und dann erst würde die gesamte Polizei in den Mißkredit geraten, den Sie hier angeführt haben.

Die Polizei gerät in Mißkredit, wenn es geschehen kann, daß ein Polizeiwachtmeister, wie der Herr Posack, sich hinter seine Immunität als Abgeordneter verschanzt und sich erlaubt, hier eine Anfrage einzubringen, die sich mit seinem Dienstvorgesetzten Major Stach befaßt. Solches Vorgehen nimmt den Polizeibeamten die Dienstfreudigkeit und untergräbt die Autorität einer militärisch auf-
(B) gebauten Truppe, die jede Polizei sein muß. Ich werde wohl Mittel und Wege finden, daß das in Zukunft unmöglich sein wird. Ich habe leider nicht die Möglichkeit, Herrn Posack auf dem Disziplinarwege zu bestrafen, verdienen würde er es! Herr Posack ist einer, der es verdient, daß ihm der bunte Rock ausgezogen wird, aber nicht die Beamten, die nur ihre Pflicht getan haben! (Stürmischer Beifall.)

Gewiß, es ist im Wahlkampf — er liegt ein Jahr zurück — hier und da einmal eine Fensterscheibe eingeschlagen worden und es ist hier und da auch einmal ein Angehöriger der Minderheit oder der Opposition oder irgendeiner (Unruhe — Glocke des Präsidenten) politischen Gruppe oder auch jemand, der überhaupt nichts mit der Politik zu tun hatte, vermöbelt worden. Das hat an sich noch nie jemanden geschadet, wir sind früher alle auch gelegentlich verprügelt worden. Aber, m. H., die Danziger Polizei hat, seitdem wir regieren, in zunehmendem Maße, man könnte sagen, von Monat zu Monat in steigendem Maße, nicht nur die Autorität des Staates sondern auch die Sicherheit in der Oeffentlichkeit dieses Staates repräsentiert. (Starker Beifall.)

Niemals sind unter Ihrer Regierung, m. H., (nach links) bei Morden oder irgendwelchen Straffällen die Aufklärungen so schnell erfolgt, wie jetzt durch unsere Polizei. (Wir helfen die Täter ermitteln! links.) Das ist eine Sache für sich; dazu ist ja jeder Staatsbürger verpflichtet, dabei zu helfen. Aber, m. H., wenn Sie hier Vorwürfe erheben, insbesondere die Zentrumsfraktion, und verlangen, daß gegen diese langjährigen Polizeibeamte Disziplinarverfahren eingeleitet werden, ja, man sollte (C) ihnen sogar die Uniform ausziehen, da antworte ich Ihnen: Nein! Ich stelle mich als oberster Dienstvorgesetzter vor meine gesamte Polizeibeamtenschaft und sage: Ich dulde es nicht mehr, daß irgendein Wachtmeister meiner Polizei hier von der Opposition, die nicht die Vertretung der deutschen Bevölkerung Danzigs darstellt, diffamiert wird. (Lebhafter Beifall.) Diffamiert man diesen Wachtmeister, dann diffamiert man mich und ich werde Mittel und Wege finden, um mich dagegen zu schützen. In Zukunft werde ich verlangen, daß jeder Polizeibeamte weiterhin seine Pflicht tut und insbesondere den Elementen gegenüber, die sich destruktiv gegen den Staat und die bestehende Ordnung einstellen, die auch durch die nationalsozialistische Bewegung vertreten wird. Jeder Hieb mit dem Gummiknüppel gilt als von mir geschlagen und jede Kugel, die der Wachtmeister aus seiner Pistole losläßt, die gilt als von mir geschossen! (Starker anhaltender Beifall recht.)

Präsident: Das Wort zu Punkt 2 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Mau.

Mau, Abgeordneter (S.P.D.): Nach diesen Ausführungen verzichte ich auf mein Wort. (Bravo! links.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Große Anfrage, Drucksache Nr. 43, ist erledigt. Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Große Anfrage Nr. 16, betr. Abhaltung parteipolitischer Schulfeiern.

Drucksache Nr. 45. Hierzu liegt der **Antrag** des (D) Herrn Abg. Maaß u. Fr. vor, die Redezeit für die Begründung auf zehn Minuten festzusetzen. Wer diesen Antrag annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Das Wort zu Punkt 3 der Tagesordnung hat die Frau Abg. Müller.

Müller, Frau, Abgeordnete (SPD.): Fast scheint es, als wenn die nationalsozialistische Fraktion heute unter dem Motto „Freut euch des Lebens" hier ist. Die Große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion (lebhafte Zwischenrufe rechts) möchte ich wie folgt begründen. —

Präsident: Ich bitte um Ruhe, das Wort hat Frau Abg. Müller!

Müller, Frau, Abgeordnete (SPD): In den letzten Jahren fanden in allen Schulen aus Anlaß parteipolitischer Errungenschaften der NSDAP. Feiern statt. Alle Schulen wetteiferten mit Beschaffung von Hakenkreuzfahnen und begingen große Fahnenweihen. Man hörte die Führer der Partei, man machte Feiern, wie die Horst-Wessel-Feier u. a. Ja man feierte oft mehr, als daß man Unterricht durchführte. Wir erwarten, daß der Präsident des Senats, der dem Beschluß des Völkerbundsrats am 24. Januar zustimmte, im Senat veranlassen würde, diese Verhältnisse zu ändern. Doch das geschah nicht. Statt dessen fanden am 30. Januar, am Tage als der Führer der NSDAP. Deutschlands Reichskanzler wurde, auf Anordnung des Senators Boeck in allen Schulen Feiern statt. Die Teilnahme war Zwang, da man erst Unterricht erteilte, dann die Kinder nicht fortließ und ihnen erklärte, es sei Schulzwang. Die Ausgestaltung dieser Feiern war

(Müller, Frau, Abgeordnete)

(A) dem Schulleiter, dem Schulwart, dem Vertreter des nationalsozialistischen Lehrerbundes und dem Hitlerjugendwart übertragen.

Wir fragen an: mit welchem Recht werden Mitglieder von Parteiformationen von der Schulleitung zur Ausgestaltung von Feiern mit herangezogen. Jede bisher stattgefundene Feier war eine politische Kundgebung. Wir haben am 27. Januar dem Senat eine Große Anfrage überreicht und auf die Verfassungswidrigkeit der Art solcher Feiern hingewiesen. Alle bisher stattgefundenen Feiern sind durch das Hissen der Hakenkreuzfahne, durch das Antreten der HJ. versehen mit Dolchen, durch das Uniformtragen der Lehrer allein schon ein Verstoß gegen die Verfassung.

Was die Ausgestaltung der Feste anbetrifft, so weise ich darauf hin, daß sie einen ausgesprochenen parteipolitischen Charakter tragen, und zwar durch den Zwang zum Fahnengruß, durch das Singen parteipolitischer Lieder, durch das Vortragen von Gedichten und Sprechchören, die den Haß gegen Andersdenkende zum Ausdruck bringen und in der Hauptsache durch die Reden des Schulleiters selbst, die dem Fest das Gepräge geben sollen. Gar zu oft waren diese Reden durchsetzt von Beschimpfungen gegen die Opposition, also gegen die Eltern der Kinder und oft auch gegen die Kinder selbst, So führte ein Leiter der Schule am 30. Januar folgendes aus: „Alle Meckerer und Stänkerer Danzigs, die zum Oberkommunisten Litwinow laufen, stempeln sich selbst." Bei der Erklärung, was der 30. Januar für die Danziger Jugend bedeute,

(B) sagte er: „Wenn der Tag der Freiheit kommt, d. h. die Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande, müssen wir aufpassen, daß die Danziger Meckerer nicht fortlaufen und in Prag und Warschau gegen Deutschland weiter hetzen." (Sehr richtig! rechts.) Wie oft schon haben Kinder sich beklagt, daß Lehrer oder Rektoren der Schulen ihre Eltern Landesverräter nennen oder in anderer gröblicher Art beschimpfen. Deshalb fragen wir an: Billigt der Senat die Durchführung dieser Veranstaltungen und wird er sie in Zukunft dulden? Falls ja, möchte ich im Namen der Eltern die zur Opposition gehören und nicht klein an Zahl sind, folgendes erklären: Wir als Erziehungsberechtigte unserer Kinder erwarten vom Senat, daß er die einseitige Parteipolitik aus den Schulen entfernt. Wir fordern, daß der aufgestellte Lehrplan durchgeführt und nicht durch parteipolitische Feiern unterbrochen wird. Wir erwarten, daß das Uniformtragen der Lehrer im Dienst untersagt wird. Wir erwarten, daß die Werbung für die nationalsozialistische Jugendbewegung bei Feiern während der Schulzeit den Schülern wie dem Lehrpersonal verboten wird. Wir lehnen es aber vor allem ab, daß unsere Kinder zur Teilnahme an diesen Feiern gezwungen werden. Wir erwarten, daß aufgrund des Artikels 107 der Verfassung unsere Kinder als Andersdenkende nicht verletzt, nicht beschimpft und nicht gemaßregelt werden. (Sehr richtig! links.)

Was geschah, wenn Eltern ihre Kinder durch Entschuldigung von den Schulfeiern befreiten? In den meisten Fällen wurden die Kinder ohne Aufsicht und ohne beschäftigt zu werden, in ein Klassenzimmer gesetzt. Auf die Frage einer Mutter, warum die Kinder nicht nach Hause dürften, wurde (C) ihr geantwortet; „Zur Strafe müssen sie hier bleiben, bis die Feier beendet sei." In einer andern Schule wird einem Schüler, nachdem der Lehrer seine Entschuldigung gelesen hat, mit erhobener Hand zugerufen: „Am liebsten möchte ich Dir eine herunterhauen, ist Dein Vater etwa Kommunist?" Der Rektor einer Mittelschule erlaubte sich etwas ganz besonderes. Nachdem er das Entschuldigungsschreiben eines Schülers kannte, bestellte er den Vater zur Schule und nach langer Unterredung erklärte er ihm, daß er niemand von diesen Veranstaltungen befreien könne und daß, falls das Kind bei einem der nächsten solcher Anlässe fehlen würde, es aus der Schule entfernt würde. Solche und ähnliche Fälle könnte ich mehr vortragen und so die unhaltbaren Zustände in den Schulen beweisen.

Im Namen aller Frauen und Mütter, die nicht Nationalsozialisten sind, fordere ich, daß das Schulwesen in dem von mir vorgetragenen Sinne bereinigt und das Vertrauen zwischen Lehrer und Schüler, zwischen Schulen und Elternschaft wiederhergestellt wird. Der Schüler darf in seinem Lehrer nicht den politischen Feind sehen, sondern der Lehrer soll und muß Erzieher, Freund und Berater aller Schüler sein. Das Recht, diese Forderungen zu stellen, gibt uns die Verfassung und wir erwarten, daß der Senat diesen unseren berechtigten Forderungen nachkommen wird. (Bravo! links.)

Präsident: Das Wort zur Beantwortung der Großen Anfrage hat der Herr Regierungsvertreter.

Dr. Kettlitz, Obergerichtsrat: M. H.! Auf die Große Anfrage Nr. 16 beehrt sich der Senat der (D) Freien Stadt Danzig wie folgt zu antworten. Die von der Danziger Regierung und der Danziger Bevölkerung stets betonte und nie bestrittene Tatsache der völligen inneren Verbundenheit der Freien Stadt Danzig mit ihrem Mutterlande Deutschland rechtfertigt es allein schon, daß auch das deutsche Danzig der großen geschichtlichen Ereignisse seines Mutterlandes, gleichviel, ob sie lange oder kurz zurückliegen, feierlich gedenkt, wie das auch bisher stets der Fall gewesen ist, z. B. bei dem Tode unseres Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Ein geschichtliches Ereignis von größter Bedeutung aber ist es, daß der Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 im Deutschen Reiche Reichskanzler geworden ist. (Zustimmung rechts.) Deshalb ist es für das deutschdenkende Danzig ein unbestrittenes Recht, dies Geschehnis zu feiern. (Bravo und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.) Daß man bei dieser Gelegenheit in den Schulen der Freien Stadt die historische Bedeutung dieses Tages würdigt, verstößt nicht gegen den Artikel 107 der Danziger Verfassung, mag man ihn auch noch so streng auslegen, wie es die Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion, die diese Anfrage gestellt haben, tun. Die Form, in der sich die Schulfeiern am 30. Januar 1936 in den Schulen abgespielt hat, bestätigt unsere Auffassung. Es sind bei den Feiern, die jeder deutschdenkende Danziger ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit billigen muß, keinerlei Fälle geschehen, die irgendwie eine Verletzung des Artikels 107 rechtfertigen könnten. (Abg. Brill: Ich beantrage Besprechung der Großen Anfrage.)

(A) **Präsident:** Wird dieser Antrag unterstützt? — Die Unterstützung reicht aus. Wir kommen zur Besprechung. Ich möchte vorher, wie auch schon bei Punkt 2 geschehen, für die Aussprache über diesen Punkt 3 der Tagesordnung die Redezeit für die Besprechung bekannt geben. Es ist eine Gesamtredezeit für sämtliche Fraktionen und Gruppen von einer Stunde vorgeschlagen. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Vorschlag ist angenommen. Demnach entfallen an Redezeit auf die nationalsozialistische Fraktion 35 Minuten, auf die Sozialdemokraten 11 Minuten, auf das Zentrum 8 Minuten, auf die Gruppe Weise 3 Minuten, auf die Gruppe Plenikowski 2 Minuten und auf die Polen 2 Minuten. Das Wort hat der Herr Abg. Brost.

Brost, Abgeordneter (SPD.): M. H.! Die Erklärung, die der Herr Vertreter des Senats zu der Anfrage der Sozialdemokratischen Fraktion hier abgegeben hat, kann uns nicht befriedigen. Der Herr Vertreter des Senats hat ausgeführt, daß es sich bei der Feier am 30. Januar um eine nationalpolitische Feier handelte, und nicht um eine Feier, die parteipolitischen Charakter trug. Das war wohl der Sinn der Ausführungen.

Ich bin anderer Meinung! (Heiterkeit, Zurufe.) Wenn eine Partei, wie die Nationalsozialistische Partei, im Reich die Macht ergreift, wie das am 30. Januar 1933 geschehen ist, dann ist diese Tatsache nicht ein nationalpolitisches Ereignis, das uns hier in Danzig in so hohem Maße zu berühren
(B) braucht, daß die gesamte Bevölkerung daran feierlich Anteil nimmt. Vielmehr handelt es sich bei dieser Machtergreifung doch darum, daß eine Partei, die mit besonderer Agressivität alle anderen Weltanschauungen, die im deutschen Volke existieren, bekämpfte, um eine Partei die (Zurufe — Unruhe.) — Herr Temp, Sie waren früher auch gemütlicher, als wir zusammen in der Schule waren! — es verhindert, daß die anderen Gruppen in der deutschen Bevölkerung ihre Weltanschauung in dem Sinne pflegen können, wie sie es gewohnt waren und wie es die Verfassung vorschreibt und schützt.

Es ist auch nicht richtig, wenn der Herr Senatsvertreter behauptet, daß bei den Feiern am 30. Januar Verletzungen von Gefühlen Andersdenkender nicht vorgekommen seien. Meine Fraktionskollegin Müller hat bereits (Unruhe, Glocke des Präsidenten.) darauf hingewiesen, daß in erheblichem Maße solche Verletzungen der Gefühle Andersdenkender vorgekommen sind. (Abg. Schramm: Na sagen Sie doch, was vorgekommen ist!) Frau Müller hat hier einige Fälle angeführt und außerdem, Herr Schramm, es bedeutet schon eine Verletzung von Gefühlen Andersdenkender, wenn behördlicherseits angeordnet wird, daß der Tag, an dem eine Parteiregierung im Deutschen Reich die Macht ergriffen hat, von der ganzen Bevölkerung mitgefeiert werden soll. Es ist in der Stadtbürgerschaft bei ähnlicher Gelegenheit beispielsweise angeführt worden, der 30. Januar 1933 habe denselben Sinn und die gleiche Bedeutung, wie der 18. Januar 1871. M. H., das ist doch augenscheinlich nicht der Fall. Der 18. Januar 1871 war die Gründung des Deutschen Reiches und der 30. Januar 1933 ist nichts anderes, als ein Regierungswechsel auf parlamentarischer Grundlage. (Widerspruch und Zurufe rechts.) (C)

Präsident: Ich möchte doch dringend bitten, den Herrn Redner nicht zu stören! (Der ist schon gestört genug! rechts.)

Brost, Abgeordneter (SPD.): Herr Temp, regen Sie sich nicht auf! M. D. u. H.! (Unruhe und Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: M. H., ich sage zum letzten Male, daß der Redner nicht gestört werden soll!

Brost, Abgeordneter (SPD.): M. D. u. H., ich kann mir Fälle denken, in denen Feiern in der Schule nationalpolitische Bedeutung beizumessen ist. (Der 9. November! rechts.) Beispielsweise kann die Gründung des Vereins für das Deutschtum im Ausland zum Anlaß für die Schule dienen, an diesem Tage eine Feier stattfinden zu lassen. Der Verein für das Deutschtum im Ausland wurde bekanntlich von dem Sozialdemokraten Pernerstorfer gegründet. Oder wenn man zur Erinnerung an die Gründung des Deutsch-Oesterreichischen Volksbundes, die der Reichstagspräsident Loebe vorgenommen hat, eine Feier veranstaltet, so kann ich mir vorstellen, daß solche Feiern die gesamte Bevölkerung einen könnten. Diese Vereine verbinden eigentlich das ganze Deutschtum und alle Deutschen in allen Ländern der Welt. Es ist doch aber kein Anlaß zu einer Feier für die gesamte Bevölkerung, wenn eine parlamentarische Regierung die Macht ergreift, die ihre Macht in dem Sinne ausnutzt, die Weltanschauungen aller anderen Gruppen der Bevölkerung zu bekämpfen, und zwar mit einer Agressivität, wie es vorher noch keine andere Partei getan hat. (Unruhe. — Zurufe.) (D)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Schmich. (Unruhe, Zurufe rechts und links — Abg. Dr. Appaly: Halten Sie die Schnauze!) — Herr Abg. Dr. Appaly, das Wort „Schnauze" ist kein parlamentarischer Ausdruck.

Schmich, Abgeordneter (Z.): Wir müssen uns den von der Rednerin der sozialdemokratischen Fraktion gemachten Ausführungen nur anschließen und ebenfalls Verwahrung gegen die Art und Weise einlegen, in der, trotz der in der Verfassung geforderten Achtung der Gefühle andersdenkender Volksgenossen in den Schulen einseitige parteipolitische Feiern abgehalten werden.

Der Einwand, daß es sich bei der Feier am 30. Januar um eine allgemein vaterländische Feier gehandelt habe, wird durch die Tatsachen, namentlich durch die aus diesem Anlaß von den Mitgliedern des Lehrkörpers der einzelnen Lehranstalten gehaltenen Reden eindeutig widerlegt. Es zeigt sich mit voller Klarheit, daß es den als Rednern bei diesen Schulfeiern auftretenden Lehrern und Studienräten in der Regel nicht darauf ankam, ihre Ausführungen und Formulierungen so zu wählen, daß sie auch von den Angehörigen andersdenkender Volksteile widerspruchslos hingenommen werden können. Man mag es vielleicht diesem oder jenem Lehrer zugute halten, daß er unter Hinweis auf seinen auf die Verfassung geleisteten Eid und auf die Zusicherungen der Regierung über die Wahrung der verfassungsmäßigen Bestimmungen von der Absicht geleitet sein mag, sich jeden polemischen Bemerkungen gegenüber dem nicht nationalsozia-

(Schmich, Abgeordneter)

(A) listisch eingestellten Teil der Bevölkerung zu enthalten.

Aber die Natur und der Charakter des bei der Feier am 30. Januar zu behandelnden Stoffes bringt zwangsläufig eine Polemik gegen solche Parteien und Persönlichkeiten mit sich, die sich dem Nationalsozialismus gegenüber ablehnend verhalten und sich heute, nach wie vor, der uneingeschränkten Sympathien weitester Teile der Danziger Bevölkerung erfreuen. Die Erfahrung hat denn auch in diesem Falle wieder den Beschwerden Recht gegeben, die seit Jahr und Tag von dem verfassungstreuen Teil der Danziger Bevölkerung gegen die Verfügungen der Danziger Schulverwaltung über die Abhaltung derartiger Schulfeiern erhoben werden. Wir können es nicht dulden, daß Schüler, ob sie nationalsozialistisch eingestellt sein mögen oder nicht, ist nach der Verfassung völlig gegenstandslos, gezwungen werden, an Schulfeiern mit ausgesprochen einseitig parteipolitischem Charakter teilzunehmen.

Das Verfahren, die Schule zu derartigen nationalsozialistischen Feiern heranzuziehen, verstößt eindeutig gegen den Geist und Wortlaut der Verfassung und fordert schärfsten Widerspruch heraus.

Der Herr Präsident des Senats hat in Genf die feierliche Zusicherung gegeben, sich nunmehr mit den sämtlich seiner Führung unterstehenden Verwaltungen den Bestimmungen der Verfassung anzupassen. Diejenigen Lehrkräfte, die sich durch ihre Reden und ihr ganzes Verhalten in den Schulen den nicht nationalsozialistisch eingestellten Bevölkerungsteil verletzten,

(B) verstoßen damit nicht nur gegen die Verfassung, sondern brüskieren auch in einer dem Ansehen der Danziger zwangsläufig höchst abträglichen Weise den Herrn Präsidenten des Danziger Senats. Der Danziger Staat muß unter diesem Zwiespalt notwendigerweise Schaden nehmen. Wir richten, pochend auf unser feierlich verbrieftes Recht, an den Senat die dringende Aufforderung, nunmehr seinen Worten in Genf die Tat folgen zu lassen und endlich für die Einhaltung der Verfassung, namentlich in unserm Schulwesen, Sorge zu tragen. (Das machen wir alleine! rechts. — Bravo! links. — Wo bleibt der Beifall! rechts.)

Präsident: Ich möchte aus meiner eigenen Kenntnis der Tatsache eine Richtigstellung vornehmen. Nach § 51 der Geschäftsordnung darf ich von meinem Platz zur Sache sprechen. Es war in Danzig nicht so, daß Danziger Lehrer oder Studienräte am 30. Januar in den Schulen sprachen, sondern es wurde eine Rundfunkübertragung vorgenommen. In der Rundfunkrede sprach Reichsminister Dr. Goebbels. In der Einleitung könnten vielleicht die Gefühle von Andersdenkenden verletzt worden sein. Es sprach ein Freund des ermordeten Hitlerjungen Herbert Norkus; er schilderte die Ermordung des Hitlerjungen, der 1932 in der viehischsten Weise hingemordet worden ist. Die Gefühle der Mörder und der mit ihnen Sympathisierenden sind dadurch in schwerster Weise getroffen worden. (Starker Beifall rechts.) — Das Wort zu Punkt 3 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Plenikowski.

Plenikowski, Abgeordneter (Gruppe Plenikowski): Zwei Minuten Redezeit genügen leider nur, um zu einer Seite der Angelegenheit Stellung zu (C) nehmen, die noch gar nicht gestreift worden ist. Sie behaupten, es ginge bei der Verwirklichung der Totalität der Schulen um das Kind und um das Deutschtum. Wenn Sie darunter zackige Griffübungen, Feiern usw. verstehen, mögen Sie recht haben. Ueberprüfen Sie einmal die Entwicklung der Schulen in den letzten Jahren. (Zwischenrufe.) Stellen Sie einmal fest, wieviel überfüllte Klassenzimmer dadurch verursacht sind, daß Lehrer monatelang beurlaubt werden, für die kein Ersatz da ist. Manchmal hat ein Lehrer oder eine Lehrerin zwei bis drei Klassen mit fünfzig oder sechzig Kindern zu unterrichten. Das trifft zu. Das nennen Sie vielleicht Deutschtum?

Oder überprüfen Sie einmal die Lieferung von Lehr- und Lernmitteln an die Kinder der Erwerbslosen. Die Eltern dieser Kinder haben kein Geld, um den Kindern Kleider und Schuhe zu kaufen, geschweige denn Lehr- und Lernmittel für sie anzuschaffen. Wieviel Geld wird nach den Etats für Schul- und Lernzwecke zur Verfügung gestellt? Nennen Sie das Deutschtum? Wollen Sie damit sagen, es ginge Ihnen um das Kind? Nein, bei den Erwachsenen schwimmen Ihnen immer mehr weg. Sie bekommen die Erwachsenen in den Betrieben nicht mehr in Ihre Versammlungen und nicht mehr zu den Aufmärschen usw. Deshalb stützen Sie sich auf die Schulen. (Zwischenrufe.) Die Schulen wollen Sie benutzen, aber nicht, weil das Kind Sie interessiert, sondern Sie versuchen nur, Ihre gutbezahlten Posten zu behalten. (Lebhafte Zurufe.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Temp. (D) (Unruhe.)

Temp, Abgeordneter (NSDAP.): M. H. Abgeordneten! Es ist doch recht interessant, wie hier „in Parlamentarismus" gemacht wird. (Besonders Sie! beim Zentrum.) Reden Sie doch nicht, Ihnen sage ich, schauen Sie erst in den Spiegel hinein! Dann erkennen Sie Ihr Bild! (Zuruf) Dann gehen Sie wieder in die Synagoge, wo Sie hingehören. (Zuruf des Abg. Steinbrück.)

M. H. von der Opposition, wenn Sie dachten, mit Ihren Großen Anfragen uns Nationalsozialisten zu ärgern, werden Sie heute wohl das Gegenteil erkannt haben. Fragen Sie ruhig noch viel mehr. (Abg. Moritz: Das werden wir auch!) Dann haben wir wieder Gelegenheit, Ihnen von dieser Stelle aus die Wahrheit zu sagen und dem Volke draußen alles das mitzuteilen, was Sie gern unterschlagen möchten. Sie kennen wir doch mit Ihren Arbeiter- und Soldatenräten, mit den Korps- und Bekleidungsämtern, die Sie geplündert haben, die sich am Heumarkt hinstellten und riefen: „Das Alte stürzt und neues Leben blüht aus den Ruinen." Die Ruinen sind schon geborsten und die letzten Säulen werden über Nacht stürzen. (Abg. Moritz: Das merken Sie sich nur von den gestürzten Säulen!) Namens der Fraktion der NSDAP. nehme ich zu der Großen Anfrage Nr. 16 der Sozialdemokratischen Fraktion betreffend die Anordnung des Senators Boeck über Schulfeiern am 30. Januar wie folgt grundsätzlich Stellung. (Endlich! links.)

Es ist bisher stets üblich gewesen, Gedenktage des deutschen Volkes von überragender geschicht-

(Temp, Abgeordneter)

(A) licher Bedeutung auch hier in Danzig zu feiern und der deutschen Jugend die Wichtigkeit dieser geschichtlichen Ereignisse durch besonders würdig ausgestaltete Schulfeiern verständlich zu machen. Das kann nicht Wunder nehmen; denn die Danziger Bevölkerung war deutsch, ist deutsch und wird auch deutsch bleiben. (Bravo! und Beifall bei den Nationalsozialisten. — Ohne Sie! links.) Sie kann sich daher von dem gesamten deutschen Schicksal und Erleben nicht durch die Sonderwünsche einzelner kleiner Gruppen abspalten lassen. Die Beurteilung dessen, was als wichtiger geschichtlicher Gedenktag für das deutsche Volk zu werten ist, muß letzten Endes dem Empfinden des deutschen Volkes selbst überlassen bleiben. Genau so, wie die Gründung des zweiten Deutschen Reiches einst von dem deutschen Volk als ein wichtiges geschichtliches Ereignis empfunden und gefeiert wurde, wird von dem gesamten deutschen Volk auch heute der Gründung des Dritten Reiches am 30. Januar gedacht und dem Führer des deutschen Volkes Adolf Hitler im Herzen des gesamten deutschen Volkes eine Feierstunde dargebracht. (Zustimmung rechts.) Diese historische Tatsache abzuleugnen wird auch den kleinen, deutsch sein wollenden Oppositionsparteien hier in Danzig nicht gelingen. (Zwischenrufe.) Ein Blick auf die Straßen und namentlich auf die deutsche Jugend in Danzig am 30. Januar bewies zur Genüge, daß nicht etwa diese Feiern von einer diktatorischen Regierung aufgezwungen werden, sondern daß dieser Tag als Erlebnis auch der Danziger Bevölkerung ein inneres Bedürfnis bedeutet.

(B) Wie sollte die Feier eines derartigen geschichtlichen Tages in den Schulen mit dem Artikel 107 der Danziger Verfassung in Widerspruch stehen. Im Gegenteil, m. H. von der Opposition, würde dieser Tag in Danzig nicht gefeiert werden, so würden die Empfindungen der Danziger Bevölkerung auf das empfindlichste verletzt werden. Die Regierung müßte dann besondere Schutzmaßnahmen ergreifen, um spontane Kundgebungen zu unterdrücken. (Zustimmung rechts.)

Es ist also nicht so, wie es ein kleiner Klüngel immer wieder haben will, daß Danzig eine Insel bedeutet, die sich von dem gesamten Empfinden des deutschen Volkes absperren läßt. Der Wille, dies zu tun, würde vielmehr den Sinn der Danziger Verfassung auf das gröblichste verletzen; denn der Sinn der Danziger Verfassung ist, der parlamentarischen Mehrheit die Führung zu geben und damit das Vertrauen, zu regieren. (Abg. Moritz: und die Verfassung zu halten!) Das tun wir, und wenn uns auch viel verboten wird, eins verbietet uns die Danziger Verfassung nicht: deutsch zu sein! (Beifall rechts. — Abg. Moritz: Das verlangen wir auch nicht!)

Die Danziger Oppositionsparteien können nicht verlangen, weil es ihnen aus durchsichtigen politischen Motiven nicht gefällt, daß solche Feiern veranstaltet werden, durch die die überwiegende Mehrheit der Danziger Bevölkerung in ihren Gefühlen terrorisiert wird.

Im einzelnen kann zu der Ausgestaltung der Feiern gesagt werden, daß sie in würdiger Form stattgefunden haben und keinen Anlaß dazu boten, die Gefühle Andersdenkender zu verletzen. Genau so, wie innerhalb der Danziger Bürgerschaft eine (C) Minderheit ihre nationalen Gefühle zum Ausdruck bringen kann, muß es selbstverständlich auch der überwiegenden Mehrheit der Danziger Bevölkerung erlaubt sein, ihre nationalen Gefühle zum Ausdruck zu bringen. Es kann daher nicht Wunder nehmen, daß an diesen Schulfeiern Vertrauensschüler der einzelnen Schulen und die Schulwarte, beide Instanzen sind ja der Ausdruck des Willens der überwiegenden anständigen Danziger Bevölkerung (Wir sind nicht anständig! beim Zentrum), mitgewirkt haben. Die ganze Anfrage ist daher unverständlich und bedeutet ihrer Tendenz nach nur eine Verunglimpfung der Danziger Regierung. Derartige Tendenzanfragen, meine Herren, von der Opposition, sind aber nicht geeignet, die Grundlagen besserer parlamentarischer Verhältnisse zu schaffen. Wenn die Gefühle Andersdenkender geachtet werden sollen, so kann auch mit Recht die Mehrheit der Danziger Bevölkerung verlangen, daß die Oppositionsparteien sich in den Grenzen von Anstand und Würde bei ihren Anfragen halten; denn die Danziger Verfassung verbietet der Danziger Bevölkerung nicht, deutsch zu denken. Dies, m. H. Abgeordneten von der Opposition, ist die Antwort der NSDAP. auf Ihre Große Anfrage! (Stürmischer Beifall.)

Präsident: Das Wort zu Punkt 3 der Tagesordnung hat Herr Senator Boeck.

Boeck, Senator: Meine Damen und Herren! Auf diese Anfrage möchte ich ergänzend erwidern, daß Danzig, wie Sie, meine Herren von der Opposition, es auch noch wissen sollten aus der Zeit, da (D) Sie in die Schule gingen, eine deutsche Stadt ist, die wider den Willen der Bevölkerung vom Reiche losgelöst wurde, und zwar aufgrund des Verrats, den Sie, meine Herren von der Linken, am 9. November 1918 begangen haben. (Sehr gut! Beifall rechts.) Aber das hat nicht bewirkt, daß dieses Land, seine Kultur und seine Bewohner einen Wandel vollzogen haben,

Wir leben also ebenso auf deutscher Erde wie unsere Brüder und Schwestern im Reich, wir haben die gleiche deutsche Kultur, und wir haben die gleichen deutschen Menschen. Aber das scheint bereits aus Ihrem Gedächtnis entschwunden zu sein; denn Sie haben sich, solange dieser Freistaat besteht, vom Reich immer mehr entfernt, und Sie haben sich heute sogar, wie ich glaube, den Weg zum Reich zurück verbaut.

Wir wissen, daß die Kultur und damit auch die Bildung und Erziehung immer Ausdruck der Rasse und des Blutes, also des Volkstums und der Landschaft ist. (Und der Verwandtschaft! links.) Ja, Sie mögen verwandt sein mit anderen. Ich glaube, daß mancher von Ihnen negrin oder mongolin ist. Sie sollen nicht ohne eine Antwort bleiben. (Ich meine Ihre Verwandtschaft! — links.) Damit ist auch die Kultur, das heißt in bezug auf die Schule, die Erziehung und Bildung, Ausdruck der Rasse und des Blutes eines Volkes. Und hier müssen wir feststellen, daß die Danziger derselben Abstammung, also derselben Rasse und desselben Blutes sind. Das bedingt, daß die Erziehung und die Bildung in Danzig nach denselben Grundsätzen und in demselben Geist vollzogen werden muß, wie drüben im

(**Boeck**, Senator)

(A) Reich. Wir haben daher die Pflicht, unsere Erziehung und Bildung im deutschen Geist in Danzig vorzunehmen.

Ich weiß, m. H. Abgeordneten von der Linken, daß Ihre Gesinnungsgenossen im Reich und auch Sie hier in Danzig, sich dieser hohen und heiligen Verpflichtung nicht bewußt waren. Sie haben in den letzten Jahren alles, was deutsch war, sowohl drüben im Reich als auch hier in Danzig, bekämpft und zum Teil zerstört. Sie haben zum Beispiel ganze Lesestücke, die typisch deutsch waren, fortgelassen, sie haben sogar Teile solcher Stücke überklebt, nur, weil sie Ihnen allzu deutsch waren. Das ist Ihr Geist! Sie haben im öffentlichen Leben nahezu alles, was deutsch ist, kurzerhand entweder negiert oder in den Schmutz gezogen. Sie sind damit in Ihrer Gesinnung nicht deutsch, sondern deutschgegnerisch oder deutschfeindlich eingestellt. Sie sind international!

Wir Nationalsozialisten werden hier in Danzig entsprechend der gleichen Abstammung, entsprechend der gemeinsamen Kultur, also aufgrund der Zusammengehörigkeit in geistiger, seelischer und damit auch kultureller Beziehung in der Bildung und der Erziehung dieselben Grundsätze befolgen, die drüben im Reich als Grundlage dienen. Das bedeutet aber für uns, daß wir uns von einer Opposition, die sich der Internationale verschrieben hat, die also das Deutschtum schlechthin ablehnt, nicht vorschreiben lassen, wie unsere deutsche Jugend in unserem deutschen Danzig erzogen und gebildet werden soll. (Bravo! und starker Beifall

(B) rechts.)

Gerade, weil Sie, m. H. von der Opposition, als Gegner Deutschlands und des Deutschtums dastehen, und weil wir damit allein auf unsere eigene Kraft angewiesen sind, werden wir noch mehr als bisher unser arteigenes Volkstum vertreten. Damit werden wir auch Sie zur Strecke bringen. Wir werden also das Deutschtum entsprechend seiner Tradition und seiner künftigen Aufgabe entwickeln und erhalten. (Bravo! und erneuter Beifall rechts.)

Ich weiß, — Sie bekennen sich zu dem Grundsatz: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt!" Wir nehmen es Ihnen daher gar nicht übel, daß Sie sich gegen die Bestrebungen, die von uns ausgehen, auflehnen. Es wird uns von Ihnen der Vorwurf gemacht, wir veranstalteten nationale Feiern. M. H. von der Opposition: der 18. Januar und der 30. Januar sind heute bereits Geschichte geworden. Wir gehören kulturell mit dem deutschen Volk zusammen und so, wie das deutsche Volk seine geschichtlichen Tage begeht, so begehen auch wir diese Feiertage infolge unserer kulturellen Verbundenheit auf der Grundlage unseres gemeinsamen Deutschtums. Das verbietet uns keine Verfassung und daher werden wir auch auf Ihren Einspruch nichts geben. Vielmehr werden wir Sie als Schädlinge des Deutschtums und als vaterlandslose Gesellen hinstellen. (Starker Beifall rechts.) Unsere Feiern sind ausgestaltet worden im deutschen Geist. Sie haben nur vergessen, daß das heutige Deutschland unter dem Hakenkreuz anders aussieht als das November-Deutschland unter der roten Fahne. Heute ist Deutschland, weil es unter Adolf Hitler marschiert, wieder deutsch geworden, das heißt, es hat sein Deutschtum wieder auf sein Panier geschrieben. (C) Das alles haben Sie noch nicht begriffen, infolgedessen stellen Sie auch hier solche Anfragen. (Bravo! Starker Beifall rechts. — Scheidemann und Severing haben auf den Korridor nicht verzichtet! links.) Sie haben ihn lostrennen lassen.

„Der Erzieher steht heute abseits", so wurde von dem Herrn ehemaligen Lehrer Plenikowski hier gesagt. Sie wissen doch, daß in Ihrer ehemaligen marxistischen Lern- und Arbeitsschule der Lehrer in der Ecke der Klasse stand. Der Lehrer hatte also nichts mehr in der Schule zu sagen, nicht er führte die Schüler, sondern die Schüler führten ihn. Er war damit nicht mehr der Erzieher in der Schule, vielmehr sollte das Kind sich selbst erziehen und auch selbst lehren. Die Rollen waren also vertauscht. Heute aber führt der Lehrer wieder in der Schule, und von dem Kinde verlange ich, daß es mit Achtung und Vertrauen zu seinem Erzieher aufblickt. Der Lehrer ist für die Schüler wieder Autorität und Kamerad geworden, allein weil er in der Schule der Führer ist. Und das paßt Ihnen nicht, meine Herren! Sie wollen, daß sich die Kinder in der Schule beliebig ausleben, daß sie in Spielereien und Nichtstun die Zeit verbringen. Dadurch bekommen Sie die ungelernten Arbeiter, die oft keine Beschäftigung finden und dann ins Proletariat herabsinken, um Ihnen dann als billiger Preis für Ihre parteiagitatorischen Zwecke zu dienen. Aber das hört auf! Wir werden den Kindern soviel Wissen und Können mitgeben, daß sie staatspolitisch und beruflich dahin streben, ein tüchtiger Facharbeiter und gute Deutsche zu sein. (D) Diese Jugend soll nicht das Opfer Ihrer Agitation und Hetze werden, sondern ihr Ziel und ihre Aufgabe im Dienst an Staat und Volk erblicken. Sie konnten also im Interesse Ihrer Parteipolitik nur verdummte Schüler gebrauchen, wir aber können im Interesse unserer Volkspolitik nur gut geschulte Schüler gebrauchen.

Heute ist es so, daß sich der Schüler dem Lehrer wieder im Vertrauen naht. Früher spielte der Lehrer den Vorgesetzten, ging mit dem Stock in der Hand durch die Klasse (Und heute? links) und kommandierte. Heute wird das Kind so erzogen, daß es Vertrauen zum Lehrer hat, daß es sich ihm in Liebe naht. Der Lehrer kommandiert heute nicht, sondern berät, erzieht, lehrt und führt. Das scheinen Sie noch nicht zu wissen. Sie hätten sich von den Hetzern und Schwindlern nicht falsch unterrichten lassen sollen. Holen Sie sich Ihre Informationen von anständigen Leuten und ehrlichen Eltern. (Was ist das für eine Sprache, Herr Kultussenator? links.) Das ist die Sprache, die für Sie paßt. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Wenn ich mich einer anständigen Gesellschaft gegenüber befinde, spreche ich höflich, und wenn ich eine unanständige Gesellschaft vor mir habe, spreche ich in diesem Ton. (Beifall rechts.)

Sie haben (zu den Sozialdemokraten) dann gesagt, die Leistungen wären zurückgegangen, die Klassen zählten heute fünfzig, und mehr Schüler. Ich kann ihnen sagen, daß wir die Frequenz der Klassen in den deutschen Schulen noch nicht einmal erreicht haben, sondern darunter stehen. Ich weiß aber, daß in früheren Zeiten die Klassenfrequenz

(Boeck, Senator)

(A) vielfach höher war. Was die Lehr- und Lernmittel angeht, so kann ich Ihnen mitteilen, daß auf der Danziger Höhe und in der Niederung ein großer Teil der Schulen nicht einmal hinreichend mit Kreide und Schwamm versehen waren, um den Unterricht ordnungsmäßig durchführen zu können. So traurig stand es in der Zeit der Regierung von den Herren Deutschnationalen bis zu den Herren Sozialdemokraten. Ich habe in 200 Landschulen im ersten Jahr unserer Regierung sehr umfangreiche Reparaturen vornehmen müssen, um den Unterricht in ordnungsmäßiger Weise wieder durchführen zu können. Ich habe in der Stadt Danzig allein gegen 80 Klassenräume neu einrichten müssen, damit die Kinder, die sonst auf dem Korridor der Schule bei Regen und Unwetter stehen mußten, in freien, gesunden und hellen Räumen unterkamen. Das hätten Sie auch tun können, Sie konnten zum mindesten für Raum, Licht und Sonne sorgen. Sie hatten mehr Geld als wir und haben so gut wie nichts geleistet. Wir haben mit wenig Mitteln zehnmal soviel geleistet als Sie versprochen haben. (Beifall. — Zuruf des Abg. Moritz.)

Präsident: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Boeck, Senator: Sie behaupten, die Kinder seien heute nicht mehr so gut mit Kleidern, Lebensmitteln usw. versorgt, wie früher. Herr Abg. Plenikowski, vor unserer Machtübernahme hatten wir in den einzelnen Klassen kaum fünf, meistens aber gar kein Kind, das vom Staat oder der Gemeinde im Win-
(B) ter bespeist wurde. Heute wird jedes Kind, dessen Vater erwerbslos ist, oder dessen Vater mehrere Kinder hat, also zu den Kinderreichen gehört, und dessen Eltern unbemittelt sind, den Winter über mit Buttersemmeln und Milch versehen. Fünfzig Prozent der Kinder haben wir mitunter bespeist und sind damit weit über die Zahl der Erwerbslosen hinaus gegangen, haben demnach auch Kinder berücksichtigt, die garnicht so bedürftig sind.

Das haben Sie immer gefordert, als Sie in der Opposition standen. Als Sie aber in der Regierung saßen, haben Sie diese Forderung nie verwirklicht. Jetzt sind wir an der Regierung. Wir haben diese Forderung, die Sie einmal aufstellten, in die Tat umgesetzt. Das aber paßt Ihnen nicht, weil Sie dadurch die Eltern dieser Kinder aus Ihren Reihen verlieren. Sie haben vom Sozialismus geredet, aber ihn nie in die Tat umgesetzt. Wir haben weniger davon gesprochen, ihn aber verwirklicht. Noch niemals sind die Kinder wirtschaftlich mit Kleidern, Schuhen und Lebensmitteln so betreut worden, wie heute. Daher haben Sie diese Jugend und auch die Eltern derselben nahezu restlos verloren. Meine Herren, Sie stehen heute als Führerkorps ohne Gefolgschaft da. Der ganze Aerger m. H. von der Opposition rührt daher, daß Sie heute Führer ohne Heer sind, insbesondere ohne Nachwuchs dastehen. Damit sind Sie als Partei zum Tode verurteilt. Das wissen Sie sehr wohl. Daher ringen Sie so stark um die Jugend. Diese Jugend aber haben Sie längst verloren und werden sie niemals mehr wiederbekommen, weil Sie nicht würdig sind, eine Jugend charakterlich, geistig, sozial und national zu führen. (Stürmischer Beifall rechts.)

Ich habe das Landjahr eingeführt. Dort wird, (C)
m. H. Sozialdemokraten hoch und niedrig, reich und arm, katholisch und evangelisch ohne Unterschied zusammengefaßt. Sie wollen doch den Sozialismus verwirklichen, Sie wollen doch den Kapitalismus brechen und sie wollten doch die Konfessionen ausgleichen. Nachdem ich diese Forderungen im Landjahr praktisch verwirklicht habe, rennen Sie gegen diese Einrichtung an und bezeichnen sie als verfassungsmäßig nicht tragbar. Auf jeden Fall wollen Sie dies Landjahr beseitigen. In diesem Landjahr ist etwas geschaffen worden, worüber auch Sie sich freuen sollten. Sie aber regen sich darüber auf. Warum, weil jedes Kind des Landjahres als ein deutsches Kind zurückkommt. Damit verlieren Sie wieder Stimmen bei der nächsten Volkstagswahl. Das ist Ihr langsamer Tod. Ihnen liegt garnicht die Erziehung dieser Jugend am Herzen, sondern sie wollen nur die Stimmen dieser heranwachsenden jungen Menschen, um sich dadurch soviel Vorteile zu verschaffen, daß Sie, wie einst Ihre Genossen im Reich, ein bequemes und üppiges Leben führen können. Das ist marxistisch! Nur dieses Ziel verfolgen Sie. Es ist gut, Ihnen die Maske vom Gesicht herunterzureißen. Wir sind ja gerade bei einem Punkt der Tagesordnung, da dies alles gesagt werden kann. (Abg. Plenikowski: In zwei Minuten!) Wenn Sie nun noch glauben, daß Andersdenkende bei deutschen Schulfeiern verletzt werden, so empfehle ich Ihnen, die Minderheitenschule zu besuchen. Herr Steinbrück hat bereits den Anfang gemacht und ist in den jüdischen Tempel gegangen. (Beifall.) Verschiedene Herren von Ihnen werden viel- (D)
leicht noch folgen. Es bestehen hier in Danzig die polnischen Minderheitenschulen und auch eine jüdische Schule, — Sie können wählen. Wer sich aber deutsch fühlt, kommt in die deutschen Schulen. Dort wird kein parteipolitischer Unterricht geboten, wohl aber eine echt deutsche Erziehung, wie sie sein soll, entsprechend der Aufgabe, die wir übernommen haben und die wir auch lösen werden. Ich bin bereit, für diejenigen, die Moskau, Prag, Wien oder Rom anrufen, noch eine weitere Minderheitenschule einzurichten. Damit bekommen wir wenigstens volle Sauberkeit in den Reihen der deutschen Schüler. (Beifall bei den Nationalsozialisten.) Ich fürchte aber, diese Schule wird nur sehr wenig besucht werden. Es kommen allenfalls nur die Kinder von Ihnen, m. H. Abgeordneten von der Opposition, in Betracht. Die andern Eltern haben kein Verlangen nach einer weiteren Minderheitenschule. (Beifall rechts.) Für Sie persönlich m. H., habe ich mir eine besondere Schule gedacht, die ich aber leider nicht einrichten kann. Ich werde sie Ihnen zur gegebenen Zeit näher bezeichnen, damit Sie sich ein rechtes Bild davon machen können. Dort können Sie einmal wohl und glücklich werden. Dort sollten Sie aber auch Gelegenheit finden, über den Schaden und das Verbrechen, das Sie am Deutschtum begangen haben, empfindlich nachzudenken. (Stürmischer Beifall.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, damit ist die Große Anfrage Nr. 16 erledigt. Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Große Anfrage Nr. 18 der Abg. Brill, Dr. Stachnik, Weise u. Fr. betr. Verbreitung

(Präsident)

(A) **einer Druckschrift „Zwischen Weichsel und Nogat."**

Drucksache Nr. 46. Wiederum liegt ein Antrag des Herrn Abg. Maaß und Fraktion vor, die Redezeit für die Begründung der Großen Anfrage auf 10 Minuten festzusetzen. Wer diesem Antrag zustimmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen. Zur Begründung der Großen Anfrage erteile ich Herrn Abg. Posack das Wort.

Posack, Abgeordneter (Z.): Solange die Nationalsozialisten die Macht haben, solange besteht der Kampf um die pressegesetzlichen Bestimmungen, die durch das nationalsozialistische System eine Aenderung erfahren haben, wie wir sie wohl in keinem anderen demokratischen Staate erlebt haben. Besäßen wir hier in Danzig nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch die Gleichheit aller Parteien und aller Staatsbürger, dann hätten wir Oppositionsparteien keine Veranlassung, uns über diese Pressebestimmungen und ganz besonders über ihre Handhabung zu beklagen.

Von einer gleichen Behandlung aller in Danzig erscheinenden Zeitungen kann aber nach den gemachten Erfahrungen keine Rede sein. Fast bei jeder Völkerbundstagung haben auch die Beschwerden der Oppositionsparteien über die Behandlung ihrer Zeitungen eine Rolle gespielt. (Abg. Schramm: Sehr ehrenvoll für die Opposition!) Daß diese Beschwerden wohl begründet waren, hat ja die Ratstagung vom Januar dieses Jahres erwiesen, die vom Senat die Einsetzung eines besonderen Pressegerichtes verlangte. Mit der Einsetzung dieses Pressegerichtes sind aber die Klagen der Oppositionsparteien nicht gegenstandslos geworden.

(B)

Der Auftrag des Völkerbundes an die Danziger Regierung geht auch dahin, nicht nur die gesetzlichen Bestimmungen mit der immer noch bestehenden Verfassung in Einklang zu bringen, sondern auch alle Maßnahmen mit dem Geiste der Verfassung in Uebereinstimmung zu bringen. Wenn uns von nationalsozialistischer Seite immer wieder vorgehalten wird, daß die Danziger Verfassung ein blutleeres Gebilde sei, daß sie weiter nichts sei, als ein Fetzen Papier, so können wir dem entgegenhalten, daß alle Regierungsmitglieder und alle Danziger Beamte auf diese Verfassung ihren Treueid geleistet haben, und zwar ihn freiwillig geleistet haben.

Die ungleiche Behandlung der Presse ist auch hier zum Gegenstand der vorliegenden Großen Anfrage gemacht. Das Blättchen „Zwischen Weichsel und Nogat" ist ein nationalsozialistisches Organ, für das bis zur vorletzten Nummer der Landrat des Kreises Großes Werder, Andres, Tiegenhof, verantwortlich zeichnete. In der Februar-Ausgabe dieses Blattes unterstellt der Herausgeber dem Herrn Senatspräsidenten Greiser, daß er seine in Genf abgegebenen Erklärungen nicht ernst meine. Diese Zeitung macht Ausführungen, die dem Herrn Präsidenten Greiser unterstellen, daß „einige der erhaltenen Empfehlungen auf dem weiten Wege von Danzig nach Genf verloren gehen können". Schärfer und deutlicher kann das Mißtrauen zu den in Genf in feierlicher Form abgegebenen Versprechungen des Herrn Senatspräsidenten nicht zum Ausdruck gebracht werden. Bis heute ist die Polizei gegen den verantwortlichen Schriftleiter und die Zeitung nicht vorgegangen. (C)

Stellt man dem die Maßnahmen gegenüber, mit denen gegen die Presse der anderen Parteien gearbeitet wird, so können wir kaum eine treffendere Illustration zu der von der verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichheit vor den Danziger Gesetzen finden. Bei der Oppositionspresse hat die Polizei stets ein sehr scharfes Auge. Wenn irgendwo auch nur die Ueberschrift eines Artikels mißliebig angesehen wird, dann ist schon kurze Zeit nach der Herausgabe der Zeitung die Beschlagnahme ausgesprochen. (Sie sollen sich an Ordnung gewöhnen! rechts.) Wir wollen bloß, daß dieselbe Ordnung auch bei Ihnen eingeführt wird. — Daß hier die polizeilichen Stellen sehr oft zu übereifrig gehandelt haben, beweisen die Mehrzahl der gerichtlich aufgehobenen Maßnahmen. Wie oft haben wir es erleben müssen, daß unsere Zeitungen auf viele Monate verboten wurden, weil sie sich gegen die maßlosen Angriffe und Unterschlagungen der Nationalsozialisten zur Wehr setzten oder weil sie Maßnahmen kritisierten, die zwar wohl den Tatsachen entsprachen, aber den Nationalsozialisten unliebsam waren.

So verfiel schon eine Nummer der „Neuen Zeit" der Beschlagnahme, die eine Antwort auf den Artikel des Landrats Andres enthielt, in dem dem ehemaligen Senator Dr. Blavier mit offenem Mord gedroht wurde. Was geschah nun mit der Nummer „Zwischen Weichsel und Nogat"? Zunächst einmal gar nichts. Erst als die Oppositionsparteien beim Senat Beschwerde führten und auf die Behandlung der Oppositionspresse hinwiesen, wurde dieses Blättchen auf einen Monat verboten. Beschlagnahmt wurde es nicht. Nun hört sich zwar die Verbotsdauer von einem Monat ziemlich lange an, sie ist aber in Wirklichkeit überhaupt keine Maßregel gegen die Zeitung, da dieses Blättchen nur jeden Monat einmal erscheint. Auffällig ist, daß kurz vor dem Verbot noch schnell eine Sondernummer herausgegeben wurde. Das Verbot von vier Wochen wurde auch dadurch umgangen, daß von der Kreisleitung der NSDAP., Großes Werder ein sogenanntes „Schulungsblatt" herausgegeben wurde. Alle Bezieher der verbotenen Zeitung erhielten nun dieses Schulungsblatt, das sowohl in Druck als auch im Format der verbotenen Zeitschrift gleich war, so daß hier ein Ersatzblatt im Sinne des § 5, Artikel 2 der Verordnung vom 30. Juni 1933 vorliegt. Von einem polizeilichen Einschreiten gegen die Fortführung dieser verbotenen Zeitung ist uns nichts bekannt geworden. (D)

Wieweit man überhaupt die polizeiliche Maßnahme ernst nahm, beweist die Tatsache, daß die verbotene Nummer noch während der Verbotsdauer als Werbenummer öffentlich verteilt wurde und sogar im Volkstag auf den Plätzen der Abgeordneten ausgelegt war. Das zeigt deutlich den Respekt vor den Regierungsmaßnahmen, den Sie haben.

Die Regierung hat uns, genau so wie die Führer der NSDAP., sehr oft den Vorwurf gemacht, wir wenden uns an auswärtige Mächte. Meine Herren, es liegt in der Hand der Danziger Regierung, das zu verhindern. Behandeln Sie alle Zei-

(Posack, Abgeordneter)

(A) tungen gleich, dann erübrigen sich die Beschwerden, behandeln Sie die nationalsozialistische Presse genau so wie die Oppositionspresse, oder geben Sie uns die Freiheiten, die Sie der nationalsozialistischen Presse zubilligen, dann wird endlich Ruhe sein. Solange Sie aber einen Unterschied zwischen nationalsozialistischer Presse und den Zeitungen der Oppositionsparteien machen, solange werden wir uns gegen das Unrecht zur Wehr setzen und wir werden keinen Weg scheuen, der uns zu unserem Recht verhilft.

Wir bitten um Auskunft, welche Schritte der Senat gegen den verantwortlichen Schriftleiter, Landrat Andres, unternommen hat und erwarten, daß die unterschiedliche Behandlung der Danziger Zeitungen endlich aufhört. (Beifall links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Vertreter des Senats, Herr Obergerichtsrat Dr. Kettlitz.

Dr. Kettlitz, Obergerichtsrat: Meine Herren, auf diese Große Anfrage Nr. 18, Drucksache Nr. 46, beehrt sich der Senat der Freien Stadt Danzig wie folgt zu antworten:

Die Große Anfrage beschäftigt sich mit der Februarausgabe der von dem Kreisleiter der nationalsozialistischen Partei, Andres, herausgegebenen Monatsschrift „Zwischen Weichsel und Nogat", und zwar mit den Angriffen gegen den Völkerbund, die in dem Aufsatz „Danzigs Deutschtum — ein Dorn im Auge des Völkerbundes" erblickt werden. Da inzwischen wegen Ausführungen, die in der Nr. 10 derselben Zeitschrift enthalten sind, ein Verbot dieser Zeitung für die Zeit von einem Monat ausge-

(B) sprochen ist, hat der Senat deutlich zu erkennen gegeben, daß er nicht allen Ausführungen der Zeitschrift zustimmen kann. Es erübrigt sich deshalb, auf den beanstandeten Aufsatz näher einzugehen.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abg. Brill.

Brill, Abgeordneter (SPD.): Ich beantrage die Besprechung der Großen Anfrage.

Präsident: Wird dieser Antrag unterstützt? — Die Unterstützung reicht aus. Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich bekannt geben, daß auch hierzu der **Antrag** des Herrn Abg. Maaß und Fraktion vorliegt, die Redezeit für sämtliche Fraktionen und Gruppen auf eine Stunde festzusetzen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen. Es entfallen demnach an Redezeit auf die Fraktion der NSDAP. 35 Minuten, der SPD. 10 Minuten, des Zentrums 8 Minuten, Gruppe Weise 3 Minuten, Gruppe Plenikowski 2 Minuten, Polen 2 Minuten. Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Willers.

Dr. Willers, Abgeordneter (NSDAP.): M. H. Abgeordneten! Aus dieser Großen Anfrage Nr. 18 können wir ersehen, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion, sowie die Angehörigen der Gruppe Weise die Zeitschrift „Zwischen Weichsel und Nogat" sehr eingehend lesen. (Sehr gut! rechts.) Wenn ich auch bezweifeln muß, daß selbst die Lehren dieser Zeitschrift solche Leser politisch bessern und ändern werden, so empfehle ich trotzdem den Fragestellern auch für die Zukunft ein eingehendes Studium unserer Zeitschriften und Zeitungen, insbesondere unseres „Danziger Vorpostens". (Sehr gut! rechts.) Die Fragesteller beanstanden in jenem Artikel der Februar-Ausgabe die Worte „Schauspiel und Lächerlichkeit" und meinen, daß durch ein derartiges Wortspiel eines Schriftleiters die von unserem Senatspräsidenten geschaffenen guten Beziehungen Danzigs zum Völkerbund gestört werden könnten. Unter Beziehungen Danzigs zum Völkerbund können doch zunächst einmal nur Beziehungen von einer physischen Person zu einer andern physischen Person und nicht etwa von einer juristischen Person zu einer andern juristischen Person verstanden werden, also doch nur die Beziehungen von Mensch zu Mensch oder von unserm Senatspräsidenten zu den einzelnen Ländervertretungen im Völkerbund. (C)

Nachdem wir uns hierüber zunächst einmal klar sind, frage ich Sie, m. H. Fragesteller, glauben Sie wirklich, daß sich unser Senatspräsident durch jenen Zeitungsartikel oder durch Ihre Große Anfrage beeinflussen lassen wird, seine guten Beziehungen zu den Mitgliedern des Völkerbundes abzubrechen? (Auch zu Rußland? links — Heiterkeit.) Wenn Sie das glauben, so kennen Sie unseren Senatspräsidenten noch immer sehr schlecht. Seien Sie überzeugt, daß unser Senatspräsident zu allen Zeiten seine guten Beziehungen im Interesse des deutschen Danzigs zur rechten Zeit richtig verwenden wird. (Sehr gut! rechts.) Oder glauben Sie, m. H. Fragesteller, daß die Ländervertreter im Völkerbund aufgrund jenes Artikels oder etwa aufgrund Ihrer Großen Anfrage, ihre guten Beziehungen zu unserm Senatspräsidenten abbrechen würden? Wenn Sie das glauben, stellen Sie wieder einmal jenen (D) Herren vom Völkerbund ein sehr schlechtes Zeugnis aus. (Zurufe.) Wenn einer die Arbeit und den Aufgabenkreis des Völkerbundes in geradezu lästerlicher Weise immer wieder verkleinert und schließlich ins Lächerliche zu ziehen versucht, sind Sie es m. H. Fragesteller, indem Sie immer wieder mit jeder lächerlichen Bagatelle, wegen jeder Ohrfeige wie ein Sextaner, der Dresche bezogen hat, und dies beim Lehrer verpetzt, zum Völkerbund laufen. (Zustimmung und Beifall rechts.)

Das muß Ihnen einmal wieder ganz deutlich gesagt werden. Wozu stellen Sie die Großen Anfragen? Wer wie Sie den Völkerbund mit Lächerlichkeiten und Bagatellsachen belästigt, der verkleinert die Größe seiner Aufgaben. Aber Sie sind ja unbelehrbar und sehen es noch immer nicht ein, wie Sie selbst der Lächerlichkeit verfallen, wenn Sie den Völkerbund mit derartigen Lächerlichkeiten belästigen und von der Lösung großer Aufgaben ablenken. Ferner glauben Sie aus jenem Artikel eine Verdächtigung herauslesen zu können, nämlich, daß sich unser Senatspräsident an die von ihm gefaßten und gebilligten Beschlüsse nicht halten würde. Ich habe etwas derartiges nicht aus dem Artikel herausgelesen. Auch ist der Herausgeber dieser Zeitschrift, unser Kreisleiter Pg. Andres ein viel zu guter Nationalsozialist und Kenner unseres Senatspräsidenten, als daß er ihn solcher Dinge jemals verdächtigen würde. Die Verdächtigung, die in dieser Anfrage steckt und gegen unsern Senatspräsidenten gerichtet ist, geht einzig und allein von Ihnen aus. Eine derartige Verdächtigung unseres Senatspräsidenten ist eine Unverschämtheit von

(Dr. Willers, Abgeordneter)

(A) Ihnen! (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Wir müssen sie auf das Entschiedenste zurückweisen. (Bravo! und Beifall rechts.)

Unser Senatspräsident hat, wie wir wissen, immer zu seinem Wort gestanden und Beschlüsse, die er einmal gebilligt oder gefaßt hat, auch zur gegebenen Zeit verwirklicht und durchgeführt. Er hat unabhängig von jedem Zeitungsartikel und Ihrer Großen Anfrage die von Genf erteilten Empfehlungen verwirklicht. Wenn Sie in der Großen Anfrage von Beschlüssen sprechen, haben Sie das alles nicht richtig gelesen. Genf hat keine Beschlüsse gefaßt oder Auflagen erteilt, sondern lediglich Empfehlungen an den Senat gerichtet. Auch diese Empfehlungen sind längst durchgeführt und verwirklicht, das hätten Sie im Gesetzblatt 1936 auf Seite 100 ff. nachlesen können. Es wäre von Ihnen daher logischer gewesen, diese Große Anfrage rechtzeitig als erledigt zu erklären. Aber Logik war ja immer Ihre schwache Seite. (Abg. Moritz: Ihre starke auch nicht!)

Zum Schluß etwas über ihre Zeitungen. Vergleichen Sie doch einmal die Zeitungen der Nationalsozialisten mit denen der Opposition. Dort finden Sie in jedem Artikel Beanstandungen, die zu einem Verbot ausreichen, Landesverrat und wieder Landesverrat. Trotzdem werden Ihre Zeitungen nicht immer verboten, sondern stillschweigend geduldet. Ich sage Ihnen, der Schmutz, den Sie in Ihrer Presse verbrechen, reicht nicht aus, um die Absätze unserer Stiefel zu erreichen. Trotzdem den-
(B) ken wir garnicht daran, wegen solcher Artikel, die Sie bringen, mit Großen Anfragen zum Volkstag zu gehen. (Sehr wahr! rechts.)

Nun sagt Herr Abg. Posack, obgleich die Zeitschrift „Zwischen Weichsel und Nogat" verboten war, wurde sie trotzdem im Volkstag verteilt. M. H. von der Opposition, insbesondere Sie, Herr Abg. Weiß, Sie haben wiederholt in den Ausschußsitzungen erklärt, daß Ihnen das Material so spät vorgelegt werde, Sie möchten es rechtzeitig haben, um sich vorbereiten zu können. Hier hatten Sie das Material. Es wurde Ihnen auf den Tisch gelegt und nur an Abgeordnete verteilt, Sie fanden es am 30. März. (Abg. Moritz: Das hatten wir vorher.) Das hatten Sie jetzt bekommen und jetzt beschweren Sie sich darüber. Dann sagt der Abg. Posack weiter, die Zeitung wurde auf den Tisch gelegt, als sie bereits verboten war. Am 14. März wurde sie verboten. Sie war aber vorher gedruckt. Es ist doch selbstverständlich, daß man eine Zeitung in einer Ausgabe von vor drei Jahren heute bequem kaufen kann, auch wenn die Zeitung inzwischen einmal verboten gewesen ist. So war es auch hier. (Zurufe.) Auch hier war die Zeitung vorher gedruckt und erschienen. Um Ihnen das Material zu geben, das Sie ja benötigen, wurde sie Ihnen vorgelegt, also auch insoweit hat der Herr Abg. Posack nicht Recht.

M. H. von der Opposition, es ist Ihnen heute wiederholt gesagt worden, lassen Sie Ihre Anfragen, Sie bekommen Antworten darauf, die Ihnen nicht gefallen. Auf diese Weise werden Dinge aufgedeckt, die Ihnen sicherlich unangenehm sind. Insbesondere sind es doch diese logischen Fehler, die Sie gerade hier begehen, die aufgedeckt werden! (Beifall rechts.) (C)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Weber.

Weber, Abgeordneter (SPD.): M. D. u. H.! Man kann tatsächlich mit dem Abg. Dr. Willers sagen, daß hier durch die Antworten zu den einzelnen Punkten die verschiedensten Dinge aufgedeckt werden. Die Antwort des Obergerichtsrats Dr. Kettlitz war sehr interessant, genau so wie die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Willers. Was zunächst die Antwort des Regierungsvertreters anbetrifft, so meinte er — das war der Extrakt seiner kurzen Ausführungen — daß der Senat dadurch, daß er eine Nummer und zwar die Anfang März erschienene, am 14. März verboten hat, zum Ausdruck bringe, daß er die in der Februar-Ausgabe gemachten Ausführungen nicht billige. Ja, m. H., das ist nun Logik, die Logik, die der Herr Abg. Willers hier vorher vom Stapel gelassen hat.

Der Senat gibt durch diese Handlungsweise zu erkennen, daß er gegen die Veröffentlichung in der fraglichen Nummer, die ja dieser Großen Anfrage zugrunde liegt, nichts unternommen hat. Wenn Herr Willers sich dann weiter seinen Kopf zerbricht und behauptet, dadurch, daß die Oppositionsparteien diese Veröffentlichung zum Gegenstand einer großen Anfrage gemacht haben, hätten sie das gute Einvernehmen zwischen Danzig und dem Völkerbund gefährdet, so ist das ein sehr eigenartiger und für einen Juristen etwas eigentümlicher Gedankensprung. Es scheint notwendig, hier die Sätze, die die Grundlage der Großen Anfrage gewesen sind, noch einmal zu wiederholen. An der Klaue erkennt man bekanntlich den Löwen. Herr Landrat Andres ist heute nicht hier, er kann sich also selbst zu diesen Ausführungen nicht bekennen, ich nehme aber an, daß er der Verfasser dieses Artikels ist. Es heißt dort: (D)

> „Das Genfer Völkerbundsschauspiel hat in diesen Tagen sein Ende gefunden. Aber auch diesmal konnte Genf nichts dabei gewinnen, denn auch sachliche Zeitungen mußten beschämt die Lächerlichkeit dieser Handlungsweise einsehen, und Danzig zog noch einmal unbeschadet von dannen, wenngleich es auch wieder eine Reihe guter Ratschläge mit auf den Weg bekommen hat. Dieser Weg von Genf nach Danzig ist ja sehr weit, da kann auch mancherlei verloren gehen."

Nun frage ich Sie, m. H., worin kommt wohl die Störung der Beziehungen Danzigs zum Völkerbund zum Ausdruck, doch nur dadurch, daß in einem Danziger Blatt so etwas veröffentlicht wird und wochenlang nach der Veröffentlichung auch noch verbreitet werden kann. Und wenn Herr Abg. Dr. Willers hier in einem Wortspiel anführte, es sei doch nicht anzunehmen, daß der Herr Senatspräsident aufgrund dieser Veröffentlichungen seine guten Beziehungen zum Völkerbund verlieren werde, so möchte ich darauf erwidern, — und der Herr Präsident des Senats wird wohl darin mit mir einer Meinung sein —, daß die Beziehungen Danzigs zum Völkerbund durch solche Veröffentlichungen nicht gefördert werden. Sie werden dadurch aufs stärkste geschädigt. Die Person des Herrn Senatspräsidenten interessiert uns dabei gar nicht, sondern für uns kommt es lediglich auf die Beziehungen Danzigs zum Völkerbund an.

(**Weber,** Abgeordneter)

(A) Die Antwort, die der Senat auf diese Große Anfrage gefunden hat, trägt auch nicht dazu bei, diese Angelegenheit so zu klären, wie es erforderlich wäre. Ich kann auf die politische Seite nicht viel eingehen, obwohl es sehr reizvoll wäre, die Ausführungen, die der Herr Abg. Willers gemacht hat, etwas näher zu beleuchten. Wenn er davon spricht, daß die Opposition den Völkerbund mit Lächerlichkeiten beläftigt hat, so mögen die Völkerbundsinstanzen entscheiden, wie sie diese neuen nationalsozialistischen Anpöblungen in diesem Hause beurteilen. Aber es liegt doch nur an Ihnen, m. H., Sie haben es in der Hand, den Appell der Oppositionsparteien an die Völkerbundsinstanzen überflüssig zu machen, wenn Sie endlich dafür sorgen, daß den Oppositionsparteien der Anlaß für derartige Appelle an den Völkerbund genommen wird. Führen Sie Zustände herbei, die der Verfassung unseres Staates entsprechen, behandeln Sie die Opposition so, wie sie aufgrund der bestehenden Gesetze behandelt werden muß, wenden Sie die Gesetze unparteiisch an, dann wird auch für die Opposition keine Notwendigkeit bestehen, sich beschwerdeführend an die Instanzen des Völkerbundes zu wenden.

Dieser Vorfall mit dem Blättchen „Zwischen Weichsel und Nogat" ist ja ein Schulbeispiel dafür, wie unterschiedlich Sie auch in der Handhabung der pressegesetzlichen Vorschriften verfahren. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß diese Zeitung, obwohl sie monatlich erscheint, nur auf vier Wochen verboten wurde. Unbeschadet dieses Verbotes sind also sämtliche Nummern dieser Zeitschrift

(B) erschienen, es ist sogar ein Ersatzblatt herausgegeben worden. Wenn Sie hier mit der Ausrede kommen, dieses Schulungsblatt sei von der Partei herausgegeben worden, so möchte ich nur darauf aufmerksam machen, daß bisher von der Polizei Zeitungen oder Zeitschriften, die sich an den gleichen Personenkreis wandten, wie die beschlagnahmten und verbotenen Zeitungen und Zeitschriften, solche Veröffentlichungen stets als Ersatzblatt angesehen wurden und entsprechend dagegen eingeschritten wurde. Wie wenig aber von der Behörde das Verbot dieser Zeitschrift „Zwischen Weichsel und Nogat" ernst genommen wurde, beweist die Tatsache, daß in einmaliger Abweichung von den sonst üblichen Gepflogenheiten dieses Verbot nicht im Staatsanzeiger veröffentlicht wurde und auch sonst nicht bekannt gegeben worden ist. Es ist nur dadurch weiteren Kreisen bekannt geworden, daß den Oppositionsparteien auf ihre Beschwerde schriftlich mitgeteilt wurde, daß die Zeitung am 14. März verboten worden ist. Aber die Zeitung wurde auch nicht wegen der von mir vorhin zitierten Stellen des Artikels „Danzigs Deutschtum — ein Dorn im Auge des Völkerbundes — verboten, sondern wegen der vier Wochen später erfolgten offenen Mordandrohung gegen den ehemaligen Senator Blavier. (Präsident des Senats Greiser: Wer sagt Ihnen das?) Herr Präsident, es ist doch nicht ersichtlich geworden, daß es wegen des Völkerbundsartikels erfolgte, da das Verbot nicht in der Form erlassen wurde, wie es sonst üblich ist. (Zuruf vom Regierungstisch.) Einmal ist das offiziell und dann ist es wieder nicht offiziell. (Präsident des Senats Greiser: Das Verbot ist doch offiziell!) Behördlicherseits ist nichts mitgeteilt worden. Herr (C) Temp, ich möchte ja mit Ihnen nicht wetteifern und genau so schimpfen und ballern, wie Sie es tun. Ich glaube, es ist eines Parlamentes unwürdig, sich hier in derartigen Schimpforgien zu ergehen, wie Sie das belieben. Außerdem kommt es uns auf eine sachliche Auseinandersetzung an und es wäre daher besser, wenn Sie nicht versuchten, unsere Ausführungen auf ein anderes Gleis zu schieben. (Ihre Sachlichkeit sieht man ja in der „Volksstimme". Was haben Sie da zusammengelogen und gestunken! rechts. — Das ist der Ton, den wir als Vorbild nehmen sollen! links.)

Präsident: Ich bitte, die Zurufe zu unterlassen!

Weber, Abgeordneter (SPD.): Sie, Herr Temp, haben vorhin hier davon gesprochen, daß man Anstand und Würde wahren müsse; Sie selbst sind kein Beispiel dafür! (Abg. Temp: Sehen Sie bloß an, Mensch!) Die Maßnahmen, die der Senat gegen die Zeitung „Zwischen Weichsel und Nogat" ergriffen hat, beweisen, daß ihm gar nicht ernstlich daran gelegen war, die Zeitung zu verbieten und den Herausgeber zu bestrafen.

Präsident: Herr Abg. Weber, Ihre Redezeit ist gleich abgelaufen!

Weber, Abgeordneter (SPD.): Wir verweisen darauf, daß auch jetzt noch in dieser Zeitschrift lange Prangerlisten veröffentlicht werden, die sich gegen Personen richten, die Oppositionszeitungen beziehen, die als Mitglieder der Oppositionsparteien angesehen werden. Auch dagegen wird nichts unternommen, obwohl hier doch sicherlich ein strafrechtlicher Verstoß vorliegt. Solange demgegenüber (D) das Pressegericht auf dem Standpunkt steht, daß schon die geringste Kritik des Nationalsozialismus ausreichender Grund ist, um Maßregelungen gegen die Oppositionspresse zu treffen, solange ist erwiesen, daß die Behörde eine sehr unterschiedliche Behandlung der Presse vornimmt und solange werden wir den Kampf für eine gerechte Anwendung des Pressegesetzes in Danzig führen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Posack.

Posack, Abgeordneter (Z.): Es geht uns bei Behandlung dieser Großen Anfrage nicht nur um die Interessen des Danziger Senats, und des Völkerbundes (Abg. Schramm: Das geht Sie auch gar nichts an!), sondern es geht uns bei der Behandlung der Großen Anfrage darum, daß gleiches Maß in Danzig gilt. (Zurufe.) Sie schon längst, Herr Abg. Schories, mit Ihrer Arbeitsfront. — Ich glaube nicht, daß der Herr Volkstagspräsident einverstanden gewesen wäre, wenn eine Nummer der verbotenen „Volkszeitung" oder der „Volksstimme" während der Verbotszeit auf die Tische der Abgeordneten gelegt worden wäre. Wir wehren uns dagegen, daß diese Unterschiede gemacht werden. (Abg. Maaß: Was heißt das?) Wie oft haben wir erlebt, daß unsere Zeitungen beschlagnahmt und verboten wurden wegen einer Ueberschrift. Die Danziger Volkszeitung wurde einmal verboten, weil sie einen sachlichen Bericht über eine Volkstagssitzung gebracht hatte. Nirgends war eine strafbare Handlung oder nur in den wenigsten Fällen des Schriftleiters festzustellen. Das ergibt sich daraus, daß in den allerwenigsten Fällen der Staats-

(Posack, Abgeordenter)

(A) anwalt überhaupt Anklage gegen den verantwortlichen Schriftleiter erhob. Wohin kommen wir, wenn z. B. wie in der vergangenen Woche einfach der Volkszeitung eine Warnung erteilt wird, weil sie einen Bericht wiedergibt, den ein Professor von Weltruf in einem anderen Staat gehalten hat. (Das war wohl Einstein? rechts.) Hier geht man jetzt dazu über, einfach alles, was Ihnen als Nationalsozialisten nicht gefällt, als Angriff gegen Deutschland auszulegen. (Sehr richtig! beim Zentrum.) Nein, m. H. von den Nationalsozialisten, wir führen keinen Kampf gegen Deutschland, wir führen einen Kampf gegen den Nationalsozialismus (Für Rom! rechts.) Für uns alle. (Sie haben nie ein deutsches Danzig haben wollen, Sie nicht! bei den Nationalsozialisten.) Für uns Deutsche ist Nationalsozialismus und Deutschland noch ganz etwas verschiedenes. Mit diesen Methoden, die Sie auf dem Vorposten Danzig anwenden, werden Sie nicht weiterkommen. (Sie werden es erleben! rechts.)

Der Herr Präsident des Senats hat es für notwendig erachtet, mich hier öffentlich zu diffamieren (Das ist wohl notwendig gewesen! rechts.). Sie wenden sich so oft als Nationalsozialisten in Danzig und Deutschland gegen die Methoden des Auslandes. Mit Recht wehren Sie sich dagegen, daß Deutschland dauernd beleidigt, dauernd diffamiert wird. Aber solange Sie nicht im eigenen Lande alle Deutschen gleichmäßig behandeln, haben Sie kein Recht, dagegen aufzutreten. (Beifall beim Zentrum und links.)

(B) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abg. Plenikowski.

Plenikowski, Abgeordneter (Gruppe Plenikowski): Der Weg von Genf nach Danzig ist sehr weit, da kann mancherlei verloren gehen. Der Herr Rechtsanwalt Dr. Willers meinte, diese Verdächtigungen seien nicht vom Senat ausgegangen, sondern von der Opposition, die den Antrag eingebracht hat. (Zwischenrufe.) Nun, Herr Abg. Dr. Willers ist Jurist. Juristen sind dafür bekannt, daß sie manchmal aus weiß schwarz und aus schwarz weiß machen. Das scheint zutreffend zu sein, hat aber nichts mit Logik zu tun. Umgekehrt ist der Weg von Danzig nach Genf ebenfalls sehr weit. Da kann auch manchmal etwas verloren gehen, besonders das forsche Auftreten der Herren Senatoren, die dort bestimmt nicht so tapfer sein werden, wie heute Herr Senator Boeck. In Genf wird die Forschheit des Auftretens, die Sie hier an den Tag legen, sicher verloren gegangen sein. Ich freue mich auch etwas anderes zur Kenntnis genommen zu haben. Ich wäre Herrn Abg. Dr. Willers sehr dankbar, wenn er es auch täte. Der Herr Senatspräsident will nicht nur die guten Beziehungen zum Völkerbund aufrecht erhalten, sondern auch zu den dem Völkerbund angeschlossenen Staaten, also auch zur Sowjet-Union. Herr Senatspräsident Greiser stimmt dem durchaus zu. Ich kann es nur im Interesse der Danziger Bevölkerung und der Freien Stadt Danzig begrüßen und hoffe, daß Danzig davon wirklich etwas profitieren wird.

Präsident: Herr Abg. Plenikowski, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Plenikowski, Abgeordneter (Gruppe Plenikowski): Zwei Minuten Redezeit gewährt man und nachher wirft man sich in die Brust und behauptet, daß man es der Opposition gut gegeben hätte. Das ist Tapferkeit. (Zurufe rechts.) Hilf Dir selbst, dann hilft Dir der Völkerbund, das ist unsere Parole! (C)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Budzynski.

Budzynski, Abgeordneter (P.): Sie haben sich schon ziemlich ausgesprochen. Ich möchte aber nicht verfehlen, alle, sowohl Sie, wie auch die Oppositionsparteien und dem Senat, auf etwas aufmerksam zu machen, was anscheinend in der Hitze des Gefechts vergessen worden ist. Der Senat hat zweifellos recht gehandelt und ist seiner Pflicht nachgekommen, indem er das Blatt beschlagnahmt hat. Wenn er aber die Zeitschrift beschlagnahmt hat, so ist doch der Schriftleiter dieses Artikels ein Verwaltungsbeamter, wenn er auch jung ist. Ich habe die Frage zu stellen, was hat der Senat unternommen, um gegen diesen verantwortlichen Schriftleiter, Herrn Landrat Andres, einzuschreiten. Logischerweise hätte der Senat gegen den Beamten vorgehen müssen, das werden Sie zugeben müssen.

Zweitens habe ich verstanden, daß in dem Augenblick, als hier die Zeitung ausgelegt wurde, bereits die Beschlagnahme erfolgt war. Ich frage weiter, weshalb hat der Herr Volkstagspräsident als Hausherr in diesem hohen Hause die Auslegung, Verteilung und Verbreitung dieses Blattes zugelassen? Soviel ich weiß, ist auch die Verbreitung einer beschlagnahmten Zeitung strafbar. (D) (Obergerichtsrat Dr. Kettlitz: Sie war nicht beschlagnahmt!) Ich wundere mich, daß aus den Reihen der Nationalsozialisten nicht ein Strafantrag gegen Herrn Volkstagspräsidenten vorgelegt wurde. (Zurufe.)

Präsident: Ich möchte Ihnen gleich darauf antworten. Ich habe gar nichts davon gewußt, daß hier eine Zeitung ausgelegt wurde. (Zurufe des Abg. Budzynski.) Ich kann mir denken, daß eine solche Zeitung als Material für eine Große Anfrage ausgelegt wird. Ich werde mich darum kümmern und feststellen, wie sich die Sache verhält. (Zuruf links.) — Das Wort hat der Herr Präsident des Senats. (Abg. Plenikowski: Der Sowjetfreund!)

Greiser, Präsident des Senats: Ich komme darauf zu sprechen. Man kann in dieser Beziehung sagen: Parlamentarismus in Reinkultur oder auch „kleine Ursachen und große Wirkungen". Der Senat hat seine Pflicht getan, indem er die Ausführungen des verantwortlichen Schriftleiters, Kreisleiter Andres, mißbilligt hat. Damit ist die Haltung des Senats sowohl der Bevölkerung, zu der ja auch die Opposition gehört, als auch anderen Instanzen gegenüber gedeckt. Die großen Wirkungen sind nun zweierlei. Einmal ist eine Diskussion über Zeitungsverbote erfolgt, die wahrscheinlich auch von der Opposition gewünscht worden ist. Andererseits hat man von allen Seiten dieses hohen Hauses die Beziehungen des Senats und auch meine persönlichen Beziehungen zum Völkerbund als Instanz und auch Mitgliedern des Völkerbundes besprochen.

(Greiser, Präsident des Senats)

(A) Soweit die Zeitungsverbote infrage kommen, m. H. von der Opposition, haben Sie kein moralisches Recht, sich darüber zu entrüsten. Ich möchte Sie nur an die Zeit erinnern, als wir Nationalsozialisten nicht einmal in Opposition waren, sondern Sie sogar in der vorigen Regierung unterstützten. Von dieser Unterstützung haben Sie doch eigentlich gelebt. Damals haben Sie sich nicht gescheut, m. H. vom Zentrum, die Sie heute die Anfrage eingebracht haben, unsere nationalsozialistische Wochenzeitung zu verbieten. (Abg. Moritz: Für zwei Nummern!) Das spielt keine Rolle. Sie haben sich nicht gescheut, Versammlungen, sogar Mitgliederversammlungen, zu verbieten. Somit glaube ich, daß Sie in Danzig kein moralisches Recht haben, sich zu entrüsten. (Zuruf.) Die Zeitung ist verboten worden. Blicken wir in die Gegenwart und betrachten wir einmal die Verhältnisse in dem sogenannten christlichen Ständestaat Oesterreich. Können dort überhaupt nationalsozialistische Zeitungen existieren, ja, können sie überhaupt nur per Post eingeschickt werden, besteht überhaupt nur die Möglichkeit, m. H. vom Zentrum, daß sich ein Mensch frei auf der Straße bewegen darf, der eventuell in dem Verdacht stehen könnte, vielleicht einmal eine nationalsozialistische Zeitung gelesen zu haben? Ihr Gerechtigkeitsgefühl steht in dieser Beziehung auf sehr schwachen Füßen. Mehr möchte ich in diesem Zusammenhang nicht sagen.

Aber das war nicht der eigentliche Sinn meiner Ausführungen. Ich habe mich nur deshalb zum (B) Wort gemeldet, um hier auf die Beziehungen zum Völkerbund einzugehen. M. H., ich möchte von dieser Stelle aus feststellen, daß es mich freut, daß Sie alle so darauf bedacht sind, daß gute Beziehungen zwischen Danzig und dem Völkerbund bestehen. Ich freue mich darüber und danke Ihnen für diese Anteilnahme und für dieses Wohlwollen und für Ihre Aufopferung, die Sie hier haben an den Tag treten lassen. Aber ich kann Sie beruhigen: das Verhältnis Danzigs zum Völkerbund und insbesondere meine persönlichen Beziehungen zu den anderen Völkerbundsmitgliedern sind niemals bessere gewesen als heute. Diese Beziehungen sind auch nicht im leisesten durch die Veröffentlichungen der Zeitschrift „Zwischen Weichsel und Nogat" gestört worden, in keiner Weise! Diese Beziehungen werden auch nicht gestört werden durch die heutige Aussprache, die hier stattgefunden hat. Diese Beziehungen werden auch, mein lieber Plenikowski, zu dem auch Ihnen sattsam bekannten Herrn Litwinow, mit dem ich des öfteren in Genf zusammengekommen bin, mit dem ich mich gern unterhalte und der, ich kann das in diesem Kreise einmal sagen, für die Nöte Danzigs auf der letzten Völkerbundstagung wirklich weitgehenderes Verständnis gezeigt hat, als manch ein anderer Staatsmann, weiter gute bleiben. Ich habe mich mit Litwinow über die Nöte Danzigs unterhalten. Ich möchte das hier einmal in aller Oeffentlichkeit sagen, damit Sie meine Einstellung kennen. Ich habe gesagt, warum eigentlich diese innerpolitischen Dinge in dem großen Rahmen in Genf erörtert werden müßten. Darauf hat Litwinow in klassicher Art und Weise mir zur Antwort gegeben: „Ja, ich verstehe! Ich bin Kommunist und Sie Nationalsozialist. Innerpolitische Opposition kann man nicht brauchen, (C) aber beide sind wir hier in Genf."

Es wird bei Ihnen auch nur mit Wasser gekocht, mein lieber Anton! Wir beide kennen uns ja lange genug, wir beide haben uns lange genug bekämpft. Wenn es wieder einmal so kommt, dann stellen wir uns sogar einen Schnaps hierher. Das soll die Beziehungen zu Sowjetrußland dann noch weiter festigen. (Starker Beifall rechts.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache zu Punkt 4 der Tagesordnung, Große Anfrage Nr. 18, Drucksache Nr. 46, ist damit erledigt. Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Große Anfrage Nr. 15 der Abg. Weise, Dr. Stachnick, Brill u. Fr. betr. Rede des Gauleiters der NSDAP. Forster am 16. November 1935.

Drucksache Nr. 44. Es liegt der **Antrag** des Herrn Abg. Maaß u. Fr. vor, die Redezeit zur Begründung der Großen Anfrage auf zehn Minuten festzusetzen. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Das Wort zur Begründung hat der Herr Abg. Gamm. (Zwischenrufe und Unruhe.)

Gamm, Abgeordneter (Gruppe Weise): In unserer Großen Anfrage vom November 1935 haben wir den Senat darauf hingewiesen, daß der Parteisekretär der NSDAP. Albert Forster, (Zurufe und Unerhört! rechts) in einer öffentlichen Kundgebung auf dem Langen Markt am 16. November in Gegenwart des Senatspräsidenten Greiser und (D) des Senators Boeck die Angehörigen der verfassungstreuen Parteien, die heute zweifellos die Mehrheit der Danziger Bevölkerung hinter sich haben, in der heftigsten Weise beschimpft und bedroht hat. (Unruhe — Zurufe rechts.) Unter anderem hat er allen denen, die sich der von ihm betreuten NSDAP. entgegenzustellen wagten, d. h. also der Mehrheit der Danziger Bevölkerung, angedroht, daß er dafür sorgen werde, daß sie ins Konzentrationslager käme. Weiter hat er bei dieser Gelegenheit auch erklärt, mit bezug auf die Beschwerden der verfassungstreuen Parteien beim Völkerbund, daß er sich daraus nichts mache und keine Gerichte und keinen Völkerbund fürchte.

Es kann nicht bestritten werden und es ist auch vom Senat nicht bestritten worden, daß Herr Forster diese Ausführungen gemacht hat. Der „Danziger Vorposten" und die „Danziger Volksstimme„ vom 18. November 1935 geben diese Ausführungen inhaltlich gleichlautend wieder.

Vorweg möchte ich bemerken, daß die verfassungstreuen Parteien und die hinter ihnen stehende Mehrheit der Danziger Bevölkerung solche Aeußerungen des Herrn Forster gewohnt sind und sie nicht ernst nehmen. Sie sehen in diesen Aeußerungen nur die Wutausbrüche eines Ohnmächtigen, der erkannt hat, insbesondere aus dem Ausfall der letzten Volkstagswahl, daß seine Partei in Danzig überwunden ist, daß sie täglich mehr zusammenschrumpft und daß ihm alle Felle wegschwimmen. (Unruhe, Zurufe rechts.) Natürlich gibt es immer noch etliche Menschen in Danzig, auf die solche Drohungen noch Eindruck machen und die, um ihre

(Gamm, Abgeordneter)

(A) Stellungen nicht zu verlieren, die Parteiuniform nicht mehr ausziehen und alle Tage und an allen Fenstern die Parteifahne zeigen. Selbst bei Nacht wird geflaggt. Ein Beispiel aus allerletzter Zeit ist der Umzug am 1. Mai. Aber das wissen auch alle Parteigenossen des Herrn Forster, daß in diesem Zuge vor allem die Angst und die Heuchelei marschierten, Herr Forster kann überzeugt sein, daß die hinter den verfassungstreuen Parteien stehende Mehrheit der Danziger Bevölkerung vor seinen Drohungen keine Angst hat, sondern sich ihrer Haut zu wehren wissen wird.

Präsident: Ich stelle fest, daß Sie einen Ehrenbürger der Freien Stadt Danzig der Heuchelei beschuldigt haben; ich rufe Sie deshalb zur Ordnung! (Unruhe — der Redner wendet sich zum Präsidenten und spricht zu ihm.) Dann ziehe ich den Ordnungsruf zurück.

Gamm, Abgeordneter (Gruppe Weise): Im Interesse des Danziger Staates und seiner Regierung fühlen wir uns dennoch verpflichtet, in aller Oeffentlichkeit gegen diese Aeußerungen des Herrn Forster als eine Beleidigung Danzigs und seiner Bevölkerung zu protestieren. Herr Forster ist nicht Danziger Staatsbürger, wie kann die Regierung es dulden, daß er in Gegenwart prominenter Mitglieder des Senats (Zurufe — Unruhe.) die Mehrheit der Danziger Bevölkerung beschimpfen und bedrohen darf? Wie ist es möglich, daß die Justiz und Polizei, die sonst gleich bei der Hand sind, wenn die NSDAP. angegriffen wird, zu solchen zweifellos strafbaren Handlungen des Herrn Forster ab-

(B) solut ruhig ist, wo es ihre Pflicht ist, auf der Stelle einzugreifen. Die Regierung, die Justiz und Polizei können bei ihrem Verhalten nicht erwarten, daß die Bevölkerung Danzigs zu ihnen noch Vertrauen hat.

Ist es wirklich schon so weit, daß Herr Forster nach seiner eigenen Aeußerung die Gerichte nicht mehr zu fürchten braucht? Jeder Mann in Danzig weiß, daß Herr Forster sich anmaßt, gegen Gesetz und Verfassung in die Regierungsgeschäfte des Senats und seiner Behörden unmittelbar einzugreifen. Kann der Senat bestreiten, daß auf seine Forderung die Senatoren Hohnfeldt, von Wnuck und der Senatspräsident Dr. Rauschning ihre Aemter haben niederlegen müssen? (Machen Sie sich aber Sorgen! rechts.) Die Regierung muß sich darüber klar sein, daß dieses Verhalten des Herrn Forster ihre Autorität restlos untergraben hat und untergraben mußte. (Unruhe, Zwischenrufe. — Glocke des Präsidenten.) Das Vertrauen der Bevölkerung zu ihrer Regierung läßt sich auf die Dauer nicht durch das schärfste Parteiregiment und insbesondere nicht durch die Drohungen des Herrn Forster ersetzen.

Im Interesse des Ansehens des Danziger Staates und seiner Regierung fordern wir deshalb, daß der Senat dem staatsschädlichen Verhalten des Herrn Forster unverzüglich Einhalt gebietet und ihn wegen seiner Beleidigungen und Beschimpfungen der Danziger Bevölkerung zur Rechenschaft zieht, die das Gesetz und die Verfassung verbieten. (Zwischenrufe und Unruhe.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Regierungsvertreter.

Dr. Kettlitz, Obergerichtsrat: M. H.! Auf die (C) große Anfrage Nr. 15, Drucksache Nr. 44, beehrt sich der Senat der Freien Stadt Danzig wie folgt zu antworten:

Der Senat der Freien Stadt Danzig vertritt den Standpunkt, daß die Ansprache des Gauleiters der Nationalsozialistischen Partei, Albert Forster, die er im Rahmen des Kreisparteitages auf dem Langen Markt am 16. November 1935 als Parteiredner gehalten hat, keiner Untersuchung und Erörterung mehr unterzogen werden kann, nachdem das Amnestiegesetz vom 27. November 1935 (Gesetzbl. 1119) ergangen ist, das für eine etwaige politische Verfehlung Straffreiheit gewährt. Der Senat betont jedoch dazu ausdrücklich, um Mißdeutungen vorzubeugen, daß in der Ansprache des Gauleiters, insbesondere in den durch die Große Anfrage beanstandeten Vorgängen, keinerlei Verstöße gegen das Strafgesetzbuch erblickt werden können; insbesondere ist die von der Großen Anfrage besonders zitierte Vorschrift des § 130, Absatz 2 St.G.B. nicht verletzt worden.

Die beiden Senatsmitglieder haben an dieser Kundgebung, die, wie schon gesagt, im Rahmen des Kreisparteitages lag, als Parteigenossen teilgenommen, was unmöglich beanstandet werden kann. Selbst ein amtliches Auftreten der Senatsmitglieder wäre ohne Bedenken gewesen. Ebenso ist die Beteiligung des Staatlichen Hilfsdienstes an der Parteiveranstaltung zu beurteilen. Die Anwesenheit des Deutschen Generalkonsuls, Herrn von Radowitz, in die Große Anfrage hineinzuziehen, ist wohl nur ein Versehen, da für eine Handlungsweise des (D) deutschen Generalkonsuls der Senat in keiner Weise verantwortlich gemacht werden könnte. (Beifall.)

Präsident: Ein Antrag auf Besprechung liegt nicht vor, damit ist die Große Anfrage erledigt. — Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung (Abg. Moritz: Nein, ich hatte mich zum Wort gemeldet). — Aber zu spät! — auf: (Zwischenrufe links.) Ich habe nichts gehört, Herr Abg. Moritz. Ihre Wortmeldung ist zu spät erfolgt. (Erneute Zurufe links.) Ich bitte Sie, mich nicht zu stören. Ich rufe den Punkt 6 auf:

Wahl von drei Vertretern für die Präsidenten im Richterwahlausschuß.

(§ 94, Ziff. 1 der G. O.) Ich schlage Wahl durch Zuruf vor. Widerspruch höre ich nicht, es ist so beschlossen. (Zurufe bei den Nationalsozialisten.) — Vorgeschlagen sind die Abg. Dr. Thimm, Dr. Appaly, Wilhelm. Wer für ihre Wahl ist, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Die drei genannten Abgeordneten sind damit zu Vertretern der Präsidenten des Volkstages im Richterwahlausschuß gewählt. Ich frage Herrn Abg. Dr. Thimm, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen. (Abg. Dr. Thimm: Jawohl!) Herr Abg. Dr. Appaly nehmen Sie die Wahl an? (Abg. Dr. Appaly: Jawohl!) Herr Abg. Wilhelm, nehmen Sie die Wahl an? (Abg. Wilhelm: Jawohl!) — Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft, ich bitte Sie, mir die Genehmigung zu geben, Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen. Wer dafür ist, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Ich schließe die Sitzung. (Schluß der Sitzung 19 Uhr 5 Minuten.)

(A)

11. Sitzung

Mittwoch, den 2. Dezember 1936.

Mitteilung von der Mandatsniederlegung des Abg. Schories (NSDAP.) und des Abg. Gamm (Gruppe Weise) . . . . . 157 B
Bekanntgabe des Eintritts der Abg. Michelmann (NSDAP) und Dr. Blavier (Gruppe Weise) in das Haus . . . . . 157 C
Geschäftliches . . . . . 157 C
Antrag des Senats auf Entlastung der Jahresrechnung 1933. (Drucksache Nr. 81) . . . . . 157 C
Bericht des Aeltestenausschusses über Anträge auf Genehmigung zur Strafverfolgung und Vollstreckung bezw. Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Abgeordnete. (Drucksache Nr. 84 zu 78, — Nr. 85 zu 80, — Nr. 86 zu 79, — Nr. 87 zu 83, Nr. 88 zu 82, — Nr. 90 zu 89) . . 157 D
Höhn (Z.) . . . . . 158 A
Wichmann (SPD.) . . . . . 158 B
Beyl (NSDAP) . . . . . 158 D
Ergänzungswahlen für den Senat (Senatoren Dr. Großmann — Dr. Schimmel) . . . . . 159 C
Mitteilung der Amtsniederlegung des Senators Dr. Kluck . . . . . 159 C
Dr. Thimm (NSDAP.) . . . . . 159 C
(B) Vertagung und Festsetzung der nächsten Sitzung . 159 D

12. Sitzung

Mittwoch, den 2. Dezember 1936.

Geschäftliches . . . . . 160 A
Einführung der beiden unbesoldeten Senatoren Dr. Großmann und Dr. Schimmel in ihre Aemter . . . . . 160 A
Vertagung und Ermächtigung des Präsidenten zur Festsetzung der nächsten Sitzung . . . . 160 B

Die Sitzung wird 15 Uhr 55 Minuten durch den Präsidenten Beyl eröffnet.

Am Regierungstisch: Senatoren: Boeck, Rettelsky, Dr. Wiercinski-Keiser; Obergerichtsrat Dr. Kettlitz, Referent des Senats Strautmann, Finanz-Amtsrat Krüger.

Präsident: Ich eröffne die 11. Vollsitzung. Von der mir in der 10. Vollsitzung erteilten Ermächtigung, die nächste Vollsitzung und deren Tagesordnung festzusetzen, habe ich Gebrauch gemacht.

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, habe ich einige Mitteilungen zu machen. Der Herr **Abg. Schories** hat sein **Mandat als Abgeordneter niedergelegt,** da er seinen Wohnsitz ins Reich — nach Berlin — verlegt hat. Als Nachfolger rückt listenmäßig (C) Herr **Michelmann** ein. Ich sehe, daß er anwesend ist. Ich freue mich, Sie begrüßen zu können. — Ebenfalls hat der Herr **Abg. Gamm** sein **Mandat als Abgeordneter niedergelegt.** Listenmäßig rückt für ihn Herr **Dr. Blavier** ein. — (Wo ist er? rechts. — Zwischenrufe und Heiterkeit.) Die Abg. Brost und Schelm sind aufgrund ärztlicher Atteste beurlaubt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich einen Antrag der Nationalsozialistischen Fraktion auf Aenderung der zugesandten Tagesordnung vorzulegen und darüber abstimmen zu lassen. In Voraussicht der Annahme dieses Antrages habe ich antragsgemäß eine neue Tagesordnung drucken und verteilen lassen. Sie liegt jedem der Herren Abgeordneten vor. Ich lasse jetzt über den Antrag der Nationalsozialistischen Fraktion auf Aenderung der Tagesordnung abstimmen dergestalt, daß die auf den Sitzen der Abgeordneten liegende neue erweiterte Tagesordnung Gegenstand der Verhandlung sein soll. Wer dem **Antrag** der Nationalsozialistischen Fraktion beitreten will, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 1 der heutigen Tagesordnung auf:

Antrag des Senats auf Entlastung der Jahresrechnung 1933.

Drucksache Nr. 81. — Hierzu liegt ein **Antrag** des Herrn Abg. Maaß und Frakt. vor, die Drucksache Nr. 81 ohne Aussprache **dem Hauptausschuß zu überweisen.** Wer für die Annahme des Antrages (D) ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Antrag ist somit angenommen. Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Bericht des Aeltestenausschusses über Anträge auf Genehmigung zur Strafverfolgung und Vollstreckung bezw. Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Abgeordnete.

Drucksache Nr. 84 zu 78, — Drucksache Nr. 85 zu 80, — Drucksache Nr. 86 zu 79, — Drucksache Nr. 87 zu 83, — Drucksache Nr. 88 zu 82, — Drucksache Nr. 90 zu 89. Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegt mir ein **Antrag der Nationalsozialistischen** Fraktion vor: 1. die Aussprache für die Punkte 2 a—f zusammenzuziehen, 2. über die Gesamtaussprache für alle Fraktionen eine Redezeit von einer Stunde festzusetzen. Ich lasse über die einzelnen Punkte abstimmen. Wer für die Zusammenfassung der Punkte 2 a bis f in der Aussprache ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Antrag ist somit angenommen. Ich lasse über den zweiten Punkt des Antrages der Nationalsozialistischen Fraktion abstimmen, die Gesamtredezeit für sämtliche Fraktionen und Gruppen auf eine Stunde festzusetzen. Wer für den Antrag ist, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit, der Antrag ist somit angenommen. Es entfallen somit an Redezeit für die einzelnen Fraktionen: Nationalsozialistische Fraktion 35 Minuten, Fraktion der Sozialdemokratie 11 Minuten, Zentrum 8 Minuten, Gruppe Weise 3 Minuten, Gruppe Plenikowski und die Polnische Gruppe je 2 Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abg. Höhn.

Landesbibliothek

(A) **Höhn,** Abgeordneter (Z.): Im Namen der Zentrumsfraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Artikel 21 der Danziger Verfassung besagt, daß zur Einleitung eines Straf- oder Disziplinarverfahrens gegen einen Volkstagsabgeordneten vorher die Immunität durch den Volkstag aufzulösen ist. Trotz dieses klaren Wortlautes der Verfassung hat der Senat ohne vorherige Befragung des Volkstages das Disziplinarverfahren bereits am 29. Oktober 1936 gegen den Abg. Dr. Stachnik eingeleitet und die damit verbundene Einbehaltung der Hälfte der zustehenden Gehaltsbezüge bereits ab 1. November 1936 verfügt. (Sehr richtig! und Zurufe rechts.)

Gegen diese Verletzung der Verfassung erhebt die Zentrumsfraktion hierdurch schärfsten Protest.

In dem vorliegenden Disziplinarverfahren handelt es sich um eine Auslegung des Wortlautes des Artikels 24 der Danziger Verfassung, also um eine Rechtsfrage, die zu klären ein Disziplinargericht nicht in der Lage sein kann. Für eine Klarstellung kann daher nur das Obergericht und nicht das Disziplinargericht in Frage kommen.

Der Aufhebung der Immunität widersprechen wir, da es sich um eine politische Angelegenheit handelt, wobei wir grundsätzlich unsere Zustimmung versagen. Diese unsere grundsätzliche Einstellung bei Aufhebung der Immunität von Abgeordneten des Volkstages werden wir auch bei den anderen heute vorliegenden Fällen einhalten.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Wiech-
(B) mann.

Wiechmann, Abgeordneter (SPD.): M. D. u. H.! Die beiden Strafverfahren gegen unsere Fraktionskollegen Brill und Brost werden unserer Ansicht nach dazu benötigt, das seit langem geplante Verbot der Sozialdemokratischen Partei, gegen das wir auch von dieser Stelle aus schärfsten Protest erheben, nachträglich zu rechtfertigen. Der Senat hat die verwaltungsgerichtliche Zuständigkeit für politische Prozesse beseitigt. So könnte in Danzig höchstens noch in diesem Strafprozeß zur Sprache kommen, daß die Sozialdemokratische Partei keinen bewaffneten Aufstand vorbereitet, daß niemand von der Sozialdemokratischen Partei ins Ausland geflohen ist, daß die Verhaftung von fast 100 unbescholtenen, tapferen Kämpfern (Lachen) für Recht und Freiheit und die unzähligen Haussuchungen, m. H. von der NSDAP., Maßnahmen darstellen (Abg. Schramm: Die unbedingt notwendig waren!), die mit der Verfassung allerdings, Herr Abg. Schramm, nichts zu tun haben. (Abg. Temp: Das ist noch viel zu milde!) Herr Abg. Temp, — (Abg. Temp: Reden Sie mich überhaupt nicht an! — Heiterkeit) — dann machen Sie keine Zwischenrufe. Wir werden uns niemals weigern, vor jedem beliebigen wirklich unabhängigen Forum dafür einzustehen und nachzuweisen, daß die Beschuldigungen gegen die Sozialdemokratische Partei und ihre Führer haltlos und absurd sind.

Unter den jetzt allerdings bestehenden Zustände (Die noch ausgebaut werden! rechts — Heiterkeit) müssen wir jedoch gegen die Aufhebung der Immunität unserer Fraktionskollegen Brill und Brost stimmen. Ich habe jedoch im Auftrage meines (C) Fraktionsfreundes Brill zu erklären, daß er nicht eine Stunde auch nur Danzig verlassen hat und daß er bereit ist, sich auch vor einem Danziger Gericht zu verteidigen. Er wird deshalb eine andere Entscheidung treffen als die sozialdemokratische Volkstagsfraktion. Darüber hinaus m. H. von der N.S.D.A.P., werden wir dazu unsere Zustimmung geben, daß der Herr Abg. Schulz den Danziger Gerichten ausgeliefert wird (Heiterkeit bei den Nationalsozialisten). Wir sind der Auffassung, daß die in der Danziger Verfassung gewährleistete Immunität nicht dazu dienen kann, Roheitsdelikte oder Gangstermethoden zu schützen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Plenikowski.

Plenikowski, Abgeordneter (Gruppe Plenikowski): Wir Kommunisten haben als einzige Fraktion des Volkstages seit Jahren gegen die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten gestimmt, und zwar nicht nur seit den letzten drei Jahren, sondern auch schon vorher und wir werden stets diesen Standpunkt vertreten. Aber die ganze Situation charakterisiert am besten der Antrag auf Aufhebung der Immunität für den Abg. Langnau. Nur, weil durch ein drucktechnisches Versehen in einer Zeitungsnummer der Drucker nicht angegeben worden ist, soll jetzt die Immunität des Abg. Langnau aufgehoben und er strafverfolgt werden. Dagegen soll ein nationalsozialistischer Abgeordneter, der hier einen anderen Abgeordneten überfällt, nicht zur Verantwortung gezogen werden. Selbst der Staatsanwalt hat bei dem Antrag auf (D) Aufhebung der Immunität des Abg. Langnau ausdrücklich erklärt, daß eigentlich ein öffentliches Interesse an der Aufhebung der Immunität des Abg. Langnau sowie an einer Strafverfolgung nicht mehr bestehe. Aber diese Gegenüberstellung — auf der einen Seite ein Nationalsozialist, auf der anderen Seite ein Marxist — kennzeichnet am besten die Situation, die wir hier heute in Danzig haben. (Denken Sie einmal an Madrid! bei den Nationalsozialisten. — Vizepräsident Andres übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsident Andres: Das Wort hat der Herr Abg. Beyl.

Beyl, Abgeordneter (NSDAP.): Meine deutschen Volksgenossen! Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, zu diesem Punkt der Tagesordnung zu sprechen; aber da wir heute gehört haben, was für Biedermänner, was für eine arme, verfolgte Unschuld wir hier sitzen haben, wie schlecht es der Opposition hier geht, wie die Opposition hier in Danzig unterdrückt wird, will ich auch einmal ein Wort dazu sagen.

Sie spielen sich hier in Danzig auf, als würden Sie verfolgt und unterdrückt. Denken Sie nur einmal daran, wie Sie in anderen Ländern, in denen Ihre Regierungen die Macht haben, sich austoben. Denken Sie an Spanien, meine Herren Sozialdemokraten und Kommunisten. Denken Sie daran, wie Sie dort die anständige Bevölkerung unmenschlich behandeln. Denken Sie an Rußland. Dort ist es nicht so, daß die Immunität für den Gegner aufgehoben wird. Nein, man stellt ihn einfach an die

(Beyl, Abgeordneter)

(A) Wand und erschießt ihn, dort hat man ganz besondere „Strafmethoden", Folterungen wie Abziehen der Haut usw., Herr Bolschewik Plenikowski! Das möchte ich Ihnen einmal in aller Deutlichkeit sagen! (Starker Beifall bei den Nationalsozialisten.) Daß Sie hier sitzen, ist der beste Beweis dafür, wie großzügig wir Ihnen gegenüber sind und wie entgegegenkommend wir hier in Danzig die gesamte Volksfront behandeln, an deren Spitze — zum Unterschied von Spanien — ein katholischer Geistlicher steht, der hier bewußt dem Bolschewismus Vorschub leistet. Deshalb muß ich hier noch einmal mit aller Deutlichkeit sagen: Die gesamte Volksfront soll froh sein, daß sie hier so gut behandelt wird. Wir strecken jedem anständigen Gegner die Hand entgegen, das haben wir erst wieder in den letzten Wochen bewiesen, aber gegenüber den Menschen, die hier in Danzig gegen das Deutsche Reich hetzen — Herr Abg. Potrykus, mich erinnern Sie an Zoppot! — die hier die Deutsche Volksgemeinschaft stören, gegen die kennen wir keine Gnade! (Anhaltender Beifall bei den Nationalsozialisten. — Den Vorsitz übernimmt Präsident Beyl.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem **Antrag** des Aeltesten-Ausschusses auf Genehmigung zur Strafverfolgung und Vollstreckung gegen den Abg. Stachnik, — Drucksache Nr. 84 zu Nr. 78 — stattgeben will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Ausschuß-Antrag in Drucksache Nr. 84 ist angenommen. — Ich lasse über Punkt 2 b abstimmen. Wer dem **Antrag** des Aeltesten-Ausschusses in Drucksache Nr. 85 zu Nr. 80 zustimmen will, daß der Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung gegen den Abg. Langnau stattgegeben wird, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; der Ausschuß-Antrag in Drucksache Nr. 85 ist damit angenommen. — Ich lasse über Punkt 2 c abstimmen. Wer dem **Ausschußantrag** in Drucksache Nr. 86 zu Nr. 79 zustimmen will, daß die Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung gegen den Abg. Schulz abgelehnt wird, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; der Ausschuß-Antrag ist damit angenommen. — Ich lasse über Punkt 2 d abstimmen. Wer dem **Antrag** des Aeltesten-Ausschusses in Drucksache Nr. 87 zu Nr. 83 auf Durchführung einer Strafverfolgung und Urteilsvollstrekkung des Abg. Brost zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; der Ausschuß-Antrag in Drucksache Nr. 87 zu Nr. 83 ist angenommen. — Ich lasse über Punkt 2 e abstimmen. Wer dem **Antrag** des Aeltesten-Ausschusses in Drucksache Nr. 88 zu Nr. 82 auf Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung gegen den Abg. Brill zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; der Ausschußantrag Drucksache Nr. 88 zu Nr. 82 ist angenommen. — Ich lasse abstimmen über Punkt 2 f der Tagesordnung. Wer dem **Antrag** des Aeltesten-Ausschusses in Nr. 90 zu Nr. 89 auf Strafverfolgung und Urteilsvollstrekkung gegen den Abg. Brill annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; der Antrag in Drucksache Nr. 90 zu Nr. 89 ist damit (B)

angenommen. — Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf: (C)

Ergänzungswahlen für den Senat.

Dabei habe ich dem Hause mitzuteilen, daß Herr **Senator Dr. Kluck** am 28. Oktober 1936 **sein Amt als unbesoldetes Mitglied des Senats** für Gesundheitswesen **niedergelegt** hat.

Ich bitte um Vorschläge für die Ergänzungswahlen zum Senat.

Dr. Thimm, Abgeordneter (NSDAP.): Namens der NSDAP. schlage ich als unbesoldeten Senator für Gesundheitswesen den Parteigenossen Dr. Großmann vor.

Präsident: Es ist vorgeschlagen worden, Herrn Dr. Großmann zum unbesoldeten Senator für Gesundheitswesen zu wählen. Artikel 25 der Verfassung besagt:

> Die Wahl der Mitglieder des Senats ist geheim und geschieht durch Abgabe von Stimmzetteln. Gewählt ist, wer die Mehrzahl der Stimmzettel erhält.

Wir kommen zur Wahl. Ich bitte die Beisitzer, die Namen der Abgeordneten zu verlesen. (Geschieht.) Wünscht noch jemand einen Stimmzettel abzugeben? Das ist nicht der Fall, die Wahl ist damit geschlossen. — Es sind 41 Stimmzettel abgegeben. 41 Stimmzettel lauten auf den Namen von Herrn Dr. Großmann. Herr **Dr. Großmann** ist damit **zum unbesoldeten Senator** für Gesundheitswesen **gewählt.** (Bravo und Beifall rechts. — Abg. Dr. Thimm: Namens der NSDAP. schlage ich als weiteren unbesoldeten Senator ohne Geschäftsbereich Herrn Dr. Schimmel vor! Herr Dr. Schimmel ist als unbesoldeter Senator ohne Geschäftsbereich vorgeschlagen. Wir kommen zur Wahl. Ich bitte, den Beisitzer zu meiner Rechten, die Namen aufzurufen. (Geschieht.) Wünscht noch jemand der Herren Abgeordneten einen Stimmzettel abzugeben? Das ist nicht der Fall. Die Wahl ist geschlossen. Ich habe das Ergebnis der Wahl mitzuteilen: Abgegeben sind 41 Stimmzettel, auf Herrn Dr. Schimmel sind 41 Stimmen gefallen. Herr **Dr. Schimmel** ist damit **zum unbesoldeten Senator** ohne Geschäftsbereich **gewählt.** Bevor ich die Sitzung schließe, schlage ich vor, fünfzehn Minuten nach Schluß dieser Sitzung eine neue Sitzung abzuhalten mit der Tagesordnung: (D)

> Einführung der neugewählten Senatoren in ihre Aemter.

Widerspruch höre ich nicht. Es ist so beschlossen. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 16 Uhr 18 Minuten.)

---

12. Sitzung

Mittwoch, den 2. Dezember 1936.

Die Sitzung wird 16 Uhr 40 Minuten durch den Präsidenten eröffnet.

Am Regierungtisch: Vizepräsident des Senats Huth, Senatoren: Boeck, Dr. Großmann, Rettelsky, Dr. Schimmel, Dr. Wiercinski-Keiser; Landgerichtsdirektor Wohler, Referent des Senats Strautmann.

(A) **Präsident:** Ich eröffne die 12. Vollsitzung und habe dem Hause mitzuteilen, daß mir die schriftlichen Einwilligungserklärungen der Herren Dr. Großmann und Dr. Schimmel zur Annahme ihrer Aemter vorliegen.

Ich rufe den einzigen Punkt der Tagesordnung auf:

Einführung der beiden unbesoldeten Senatoren Dr. Großmann und Dr. Schimmel in ihre Aemter.

Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß der Volkstag in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, Sie zu unbesoldeten Senatoren zu wählen. Ich werde Ihnen die Einführungsformel vorlesen; Sie haben zu wiederholen: „Ich gelobe es!" und können das durch eine religiöse Formel bekräftigen.

Ich werde die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten getreulich erfüllen, mein Amt gewissenhaft führen, die Verfassung und die Gesetze beobachten, verschwiegen sein in allem, was geheim zu halten mir geboten wird und das Wohl der Freien Stadt Danzig nach besten Kräften fördern. (B)

(Senator Dr. Großmann: Ich gelobe es, so wahr mir Gott helfe! — Senator Dr. Schimmel: Ich gelobe es, so wahr mir Gott helfe!) — Wir sind damit am Schluß der heutigen Tagesordnung. Bevor ich die Sitzung schließe, bitte ich den Volkstag um die Genehmigung, Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung festsetzen zu dürfen. Ich höre keinen Widerspruch; es ist so beschlossen. Die Sitzung ist geschlossen. (Abg. Andres: Wir begrüßen die beiden neugewählten Senatoren mit einem dreifachen Kampf-Heil! — Kampf-Heil! bei den Nationalsozialisten.)

(Schluß der Sitzung: 16 Uhr 53 Minuten.)

(A)

13. Sitzung.

Mittwoch, den 5. Mai 1937.

Geschäftliche Mitteilungen . . . . . 161 B
Bekanntgabe der Mandatsniederlegung des Abg. Dr. Blavier (Gruppe Weise) . . . . . 161 C
Mitteilung vom Eintritt des Abg. Jonas (Gruppe Weise) in den Volkstag . . . . . 161 C
Bekanntgabe vom Mandatsentzug des Abg. Kruppke (S.P.) und Eintritt des Abg. Schwerdtfeger in das Haus . . . . . 161 C
Mitteilung von der Mandatsniederlegung des Abg. Brill (S.P.) und Eintritt des Abg. Großmann in den Volkstag . . . . . 161 C
Bekanntgabe vom Mandatsentzug des Abg. Brost (S.P.) und der Mandatsannahme sowie Niederlegung des Abg. Gedeck (S.) . . . . 161 C
Mitteilung von der Mandatsniederlegung des Abg. Kowalke (NSDAP.) und Eintritt des Abg. Kendzia (NSDAP.) in den Volkstag . . . 161 D
Bekanntgabe der Mandatsniederlegung des Senators Batzer und Aufnahme der Abg. Schwerdtfeger, Großmann und Günther als Hospitanten in die Fraktion der NSDAP. . . . . 161 D
Wahl von drei Vertretern für die Präsidenten im Richterwahlausschuß (§ 94, Ziff. 3 der G.O.) . 162 A
Maaß (NSDAP.) zur Geschäftsordnung . 162 A
Bericht des Hauptausschusses über den Antrag des Senats auf **Entlastung** der **Jahresrechnung 1933** (Drucksache Nr. 99 zu Nr. 81) . . . 162 B
Geschäftliches . . . . . 162 B
(B) **Bericht des Aeltestenausschusses** über den Antrag auf Genehmigung zur **Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung** gegen den Abg. Formell (Drucksache Nr. 103 zu Nr. 98) . . . . 162 C
Klein (Z.) . . . . . 162 D
Töpfer (S.) . . . . . 162 D
Budzyński (P.) . . . . . 163 B
Dr. Willers (NSDAP.) . . . . . 163 B
Plenikowski (Gruppe Plenikowski) . . 163 D
Antrag der Abg. Schmidt, Formell u. Fr. betr. Herbeiführung einer **Entscheidung des Obergerichts** bezügl. Mandatsentzug Kruppke (Drucksache Nr. 100) . . . . . 164 A
Maaß (NSDAP.) zur Geschäftsordnung . 164 A
Antrag der Abg. Schmidt, Formell u. Fr. betr. Herbeiführung einer **Entscheidung des Obergerichts** bezügl. Mandatsentzug Brost (Drucksache Nr. 104) . . . . . 164 A
Moritz (S.) . . . . . 164 B
Köppen, Oberregierungsrat . . . . 165 B
Beyl (NSDAP.) . . . . . 166 B
Erste, zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfs zur **Verlängerung des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat** vom 24. 6. 1933. (Drucksache Nr. 101) . . . . . 166 D
Budzyński (P.) . . . . . 167 A
Töpfer (S.) . . . . . 167 B
Höhn (Z.) . . . . . 167 D
Maaß (NSDAP.) zur Geschäftsordnung . 168 A
Namentliche Schlußabstimmung über Drucksache Nr. 101 . . . . . 168 A
Vertagung . . . . . 168 B

Die Sitzung wird 15 Uhr 50 Minuten durch den Präsidenten Beyl eröffnet.

Am Regierungstisch: Präsident des Senats Greiser, Senatoren Rettelsky, Dr. Wiercinski-Keiser; Staatsrat Dr. Boettcher, Gerichtspräsident Wohler, Major Koelle, Obergerichtsrat Dr. Moebes, Oberregierungsrat Stuntz.

Präsident: Ich eröffne die 13. Vollsitzung. Von der mir in der 12. Vollsitzung erteilten Ermächtigung, die nächste Vollsitzung und Tagesordnung festzusetzen, habe ich Gebrauch gemacht. Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, habe ich dem Hause einige geschäftliche Mitteilungen zu machen. Der Abg. **Dr. Blavier** hat mit dem 3. 2. 1937 sein Mandat als Mitglied des Volkstages niedergelegt. Dadurch, daß der Nachfolger, Prof. Kalähne, mit dem 15. Februar 1937 auf die Kandidatur als Mitglied des Volkstages verzichtet hat, ist der Abg. **Jonas** in den Volkstag berufen. — Ich stelle fest, daß Herr Abg. Jonas anwesend ist und begrüße ihn.

(C)

Ferner ist dem Abg. **Kruppke** durch den Beschluß des Wahlausschusses vom 9. Februar 1937 das Mandat als Mitglied des Volkstages entzogen worden. Als Nachfolger ist listenmäßig der Herr Abg. **Schwerdtfeger** in den Volkstag berufen worden. Herr Abg. Schwerdtfeger hat das Mandat angenommen. Ich sehe, daß er anwesend ist und begrüße ihn.

Weiterhin hat Herr **Abg. Brill** mit Schreiben vom 12. März 1937 sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt. Listenmäßig ist der **Abg. Großmann** nachgerückt. Herr Abg. Großmann hat das Mandat angenommen, er ist anwesend, ich begrüße ihn.

Dem Abg. **Brost** ist durch Beschluß des Wahlausschusses vom 23. April 1937 das Mandat als Mitglied des Volkstages entzogen worden. Als Nachfolger wurde listenmäßig der Abg. **Gedeck** berufen, der auch das Mandat angenommen hat. Heute mit der zweiten Post ist mir ein Schreiben des Abg. **Gedeck** zugegangen, in dem er mitteilt, daß er sein Abgeordnetenmandat niederlegt. Die Begründung sind unsinnige und verleumderische Behauptungen. Ich habe festgestellt, daß Herr Gedeck die Folgerungen gezogen hat und ins Ausland emigriert ist. Er hat angedroht, seine verleumderischen Behauptungen in der ausländischen Presse zu veröffentlichen und ist damit in die Reihen derer eingerückt, die als Emigranten im Auslande gegen ihr Vaterland kämpfen. (Lebhafte Pfui-Rufe rechts.) Wegen der Nachfolge werde ich das Nötige veranlassen.

(D)

Der Herr Abg. **Kowalke** befindet sich im Krankenhaus und hat daher aus Gesundheitsgründen sein Mandat niedergelegt. Listenmäßiger Nachfolger ist Herr Kendzia. Herr **Kendzia** hat das Mandat angenommen. Er ist anwesend, ich begrüße ihn als neues Mitglied des Hauses.

Ferner habe ich mitzuteilen, daß Herr Senator **Batzer** am 11. Februar 1937 sein Amt als Mitglied des Senats niedergelegt hat. Weiter teile ich mit, daß die Herren Abg. **Schwerdtfeger, Großmann** und **Günther** mir mitgeteilt haben, daß sie um Aufnahme als Hospitanten in die Volkstagsfraktion der NSDAP. bitten. Ich habe dieser Bitte entsprochen und freue mich, daß die drei Herren sich in die große deutsche Front eingereiht haben. Ich begrüße Sie auf das herzlichste. (Starker Beifall bei den Nationalsozialisten).

Die Herren Abg. Kurowski und Weber sind aufgrund ärztlicher Atteste von der heutigen Sitzung **beurlaubt.**

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, habe ich über den **Antrag** der Nationalsozialistischen Volkstagsfraktion auf Neuerstellung der Tages-

(Präsident)

(A) ordnung, wie sie bereits auf Ihren Plätzen liegt, abstimmen zu lassen. Da der Antrag von der weitaus stärksten Fraktion gestellt ist, seine Annahme also sicher ist, habe ich die neue Tagesordnung bereits drucken lassen. — Ich lasse nun über den Antrag der Nationalsozialistischen Fraktion (Zurufe links) — bitte, mich nicht zu stören! — auf Aenderung der Tagesordnung, und zwar dergestalt, daß die auf den Plätzen der Abgeordneten liegende neue Tagesordnung Gegenstand der Verhandlung sein soll, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit, der Antrag ist somit angenommen. (Zuruf links.) Ob das Wort zur Geschäftsordnung gegeben wird, bestimmt der Präsident! (Lebhaftes Bravo! rechts.) Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Wahl von drei Vertretern für die Präsidenten im Richterwahlausschuß. (§ 94, Ziff. 3 der G.O.)

Ich schlage die Wahl durch Zuruf vor. Widerspruch höre ich nicht, es ist so beschlossen.

Maaß, Abgeordneter (NSDAP): Ich schlage namens meiner Fraktion die Abgeordneten Dr. Thimm, Dr. Willers und Wilhelm vor.

Präsident: Vorgeschlagen sind die Herren Abgeordneten Dr. Thimm, Dr. Willers, und Wilhelm. Ich lasse über den **Antrag** der nationalsozialistischen Fraktion abstimmen. Wer für die Wahl des Herrn Abg. Dr. **Thimm** ist, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Ich frage Herrn Abg. Dr. Thimm, ob er die Wahl annimmt. (Abg. Dr. Thimm: Jawohl!) Danke schön! Ich lasse jetzt

(B) über die Wahl des Herrn Abg. **Dr. Willers** als Vertreter des Vizepräsidenten im Richterwahlausschuß abstimmen. Wer für die Wahl ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen. Ich lasse über den Antrag abstimmen, den Herrn Abg. **Wilhelm** als Vertreter des zweiten Vizepräsidenten im Richterwahlausschuß zu bestimmen. Wer dafür ist, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Ich frage Herrn Abg. Dr. Willers, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen. (Abg. Dr. Willers: Jawohl!) Danke schön. Ich frage, ob der Herr Abg. Wilhelm bereit ist, die Wahl anzunehmen. (Abg. Wilhelm: Jawohl!) Danke. Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht des Hauptausschusses über den Antrag des Senats auf Entlastung der Jahresrechnung 1933.

Drucksache Nr. 99 zu Nr. 81. Der Ausschußantrag lautet:

1. Die nach Artikel 55 der Verfassung vom Senat beantragte Entlastung für das Rechnungsjahr 1933,
2. die nach Artikel 54 der Verfassung vom Senat geforderte nachträgliche Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Rechnungsjahres 1933 zu erteilen.

Ich eröffne die Aussprache und schließe sie, da keine Wortmeldungen vorliegen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Ausschußantrag zustimmen will, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit, der Ausschußantrag in Drucksache Nr. 99 zu Nr. 81 ist angenommen. Punkt 3 der Tagesordnung hat inzwischen dadurch seine Erledigung gefunden, daß der Antragsteller die Klage mit Schreiben vom 4. Mai 1937 zurückgezogen hat. Deswegen erübrigt sich die Behandlung dieses (C)
Punktes. (Zuruf des Abg. Budzynski.) Ich mache den Vorschlag, Punkt 3 von der Tagesordnung abzusetzen, da die Behandlung durch die Zurücknahme des Antrages sowieso überflüssig geworden ist. Wer für diesen **Antrag** ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Punkt 3 der Tagesordnung wird also gemäß meinem Vorschlag von der Tagesordnung abgesetzt. (Abg. Budzyński: Dann möchte ich das Wort zur persönlichen Bemerkung bitten.) Darf ich Sie dann bitten, die persönliche Erklärung schriftlich vorzulegen, ich werde sie prüfen und Ihnen dann gestatten, sie vorzulesen. Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Bericht des Aeltestenausschusses über den Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung gegen den Abg. Formell.

Drucksache Nr. 103 zu Nr. 98. — Zu diesem Punkt liegt ein **Antrag** des Abg. Maaß und Fraktion vor, für die Gesamtaussprache eine Redezeit von ½ Stunde festzusetzen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Es entfallen somit an Redezeit auf die NSDAP. 19 Minuten, auf die SPD. 4 Minuten, auf das Zentrum 4 Minuten, auf die Gruppe Weise 1 Minute, die Gruppe Plenikowski 1 Minute, die Gruppe Polen 1 Minute. — Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abg. Töpfer. (Abg. Töpfer: Ich möchte nach Herrn Klein sprechen!) Da Sie sich so freundschaftlich geeinigt haben, gebe ich Herrn Abg. Klein das Wort. (D)

Klein, Abgeordneter (Z.): Im Auftrage der Zentrumsfraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben. Die Zentrumsfraktion spricht hierdurch ihre Verwunderung darüber aus, daß der Volkstag immer wieder die Immunität bei Abgeordneten der verfassungstreuen Parteien aufhebt, während andererseits Abgeordneten der NSDAP. (Er hält seine Leichenrede! — Die Zentrumsfraktion wird bald nicht mehr sprechen! rechts.) den Schutz der Immunität in jeder Weise genießen und beibehalten. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, daß im vergangenen Jahre die Aufhebung der Immunität bei einem nationalsozialistischen Abgeordneten abgelehnt, während sie beim nichtnationalsozialistischen Abgeordneten beschlossen wurde.

Im vorliegenden Fall handelt es sich selbst nach Mitteilung des Staatsanwalts nur um einen Verdacht. Bei jedem anderen Staatsbürger würde das Verfahren nach der bisherigen Praxis der Staatsanwaltschaft damit enden, daß es wegen Geringfügigkeit eingestellt wird. Hier handelte es sich um einen Abgeordneten einer verfassungstreuen Partei (Lebhafte Zwischenrufe rechts), dem sein verfassungsmäßiger Schutz genommen werden soll, um ihn in ein Strafverfahren zu verwickeln. Wir lehnen diese Methoden ab und werden, wie auch in jedem anderen Falle, wo es sich um politische Delikte handelt, gegen die Aufhebung der Immunität stimmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Töpfer.

Töpfer, Abgeordneter (S.): M. D. u. H.! Wir werden, ebenso wie die Zentrumsfraktion, ge-

(Töpfer, Abgeordneter)

(A) gen die Aufhebung der Immunität stimmen, weil die Basis für das Verfahren, das gegen den Abgeordneten Formell eingeleitet werden soll, so unglaublich schmal ist, daß sie nach unserer Auffassung keine Grundlage für die Aufhebung der Immunität bilden kann. Außerdem möchte ich ausdrücklich hervorheben, daß gegen den Abg. Formell ja nichts weiter vorliegt, als das Protokoll der politischen Polizei. (Das genügt uns! rechts.) Erlauben Sie mir diese Bemerkung: Wir setzen berechtigtes Mißtrauen in die Arbeit besonders der politischen Polizei und wir wünschten — ich möchte das hier auch sagen, — daß die Staatsanwaltschaft immer so prompt arbeitete, wie sie es in diesem Fall getan hat. (Gott sei Dank! rechts.), daß die Staatsanwaltschaft auch so schnell arbeiten möge, wenn sie von oppositioneller Seite um ihr Eingreifen ersucht wird.

Präsident: Herr Abg. Töpfer, wir freuen uns über das Mißtrauen, daß Sie der politischen Polizei entgegenbringen, und wir möchten der politischen Polizei dazu aufs herzlichste gratulieren. — Das Wort zu Punkt 4 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Budzyński.

Budzyński, Abgeordneter (P.): M. D. u. H.! Wenn ich das Wort ergreife, so deshalb, weil die polnische Fraktion von jeher den Standpunkt vertreten hat, daß bei angeblichen politischen Vergehen irgend eines Abgeordneten des Volkstages nicht die Rede davon sein kann, daß der Betreffende nur wegen seiner Einstellung strafrechtlich verfolgt werden darf. An sich möchte ich aber noch dagegen protestieren, daß die Nationalsozialistische
(B) Fraktion, die in ihrem Ehrenkodex — wenn ich so sagen darf — als oberstes Gesetz den Schutz der persönlichen Ehre festgelegt hat, hier Strafverfolgungen von Kollegen beantragt, die an sich gar nichts begangen haben. Den besten Beweis dafür bildet der Umstand, daß in einem Falle der betreffende Punkt nachträglich von der Tagesordnung abgesetzt worden ist, während jedoch im Volke auch durch die Presse usw. der Betreffende auch weiterhin nicht anders als irgend ein gewöhnlicher Verbrecher bezeichnet werden wird. Dagegen protestiere ich im Namen der polnischen Bevölkerung.

Präsident: Herr Abg. Budzyński, ich rufe Sie zur Sache. Sie sind ja inzwischen mit Ihren Ausführungen am Ende, so daß ich keinen Anlaß mehr habe einzugreifen. Zu Punkt 4 der Tagesordnung hat das Wort der Herr Abg. Dr. Willers.

Dr. Willers, Abgeordneter (NSDAP.): Die Fraktion der NSDAP. wird dem Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abg. Formell zustimmen. Ich gebe hierzu folgende Begründung:

Wir haben von meinem Herrn Vorredner schon gehört, daß nach der Danziger Verfassung im allgemeinen kein Abgeordneter zur Strafverfolgung oder vor den Strafrichter gebracht werden kann, wenn nicht zuvor von der Mehrheit der Abgeordneten über diesen beschuldigten Abgeordneten eine Entscheidung getroffen ist.

Nun haben wir immer wieder erklärt und besonders in den letzten Wochen haben wir es bewiesen, daß wir jedem anständigen Gegner, der sich aufrichtig und der sich wirklich mit dem Herzen zu uns bekennt, die Hand entgegenstrecken, um ihn bei uns aufzunehmen. Wir kennen aber keine Gnade insbesondere gegenüber jenen Abgeordne- (C)
ten, die sich unwandelbar als unsere Gegner offen oder im geheimen beweisen und gegen das Deutschtum hetzen. Mit solchen Leuten wollen wir auch im Sitzungssaal des Volkstages nichts zu tun haben. Es ist deshalb nur logisch und konsequent, wenn wir solche Abgeordnete fallen lassen und dem Strafrichter zur verdienten Aburteilung übergeben, indem wir die Immunität aufheben.

Ich spreche hier nicht mehr zu dem von der Tagesordnung abgesetzten Fall des Abg. Lendzion, wie es hier soeben der Herr Abg. Budzyński getan hat, sondern ich spreche nur zu dem Fall: Aufhebung der Immunität des Abg. Formell. Die Mittäter des Abg. Formell, nämlich sein früherer Fraktionsvorsitzender, der frühere Volkstagsabgeordnete Dr. Stachnik, ist wegen dieser Tat bereits rechtskräftig zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. (Sehr gut! rechts.) Ebenso ist der Mittäter, der Zeitungsverleger Grzenian wegen Herausgabe dieser verbotenen periodischen Druckschrift „Das Kleine Blatt", des Ersatzes der verbotenen „Volkszeitung" rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden. Es wäre also jetzt nur ungerecht, wenn es dem Abg. Formell etwa besser gehen sollte als seinem früheren Fraktionskollegen, dem früheren Volkstagsabgeordneten Dr. Stachnik. Es ist beim besten Willen nicht einzusehen, warum etwa der Abg. Formell frei ausgehen sollte. Wenn Sie, m. H. von der Zentrumsfraktion, diesen beiden früheren Volkstagsabgeordneten, den früheren Fraktionskollegen ein fröhliches Wiedersehen bereiten wollen, dann stimmen (D)
Sie ebenfalls für die Aufhebung der Immunität des Abg. Formell. (Sehr gut! und Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort zu Punkt 4 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Plenikowski. Ich bitte Sie, nicht so schnell zu sprechen, damit das hohe Haus Ihre Ausführungen auch versteht.

Plenikowski, Abgeordneter (Gruppe Plenikowski): Ich wollte zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht sprechen. Veranlaßt durch die Ausführungen des Herrn Abg. Willers, möchte ich jedoch folgendes sagen: Er hat hier soeben in dankenswerter Weise den Unterschied gekennzeichnet und uns gesagt, warum die oppositionellen Abgeordneten strafverfolgt werden, weil nämlich ein Unterschied besteht zwischen anständigen und unanständigen Abgeordneten. So urteilen Sie, m. H.! Aber fragen Sie doch einmal das Volk nach seinem Urteil. Das Volk wird ein Urteil fällen, wie Sie es gewiß nicht erwarten. — Appellieren Sie ans Volk! — Und so werden wir auch hier abstimmen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Bevor ich abstimmen lasse, möchte ich nicht verfehlen, den frommen Herren vom Zentrum meine herzlichen Glückwünsche für die bundesbrüderliche Hilfe und Freundschaft auszusprechen, die ihnen hier von dem Bolschewisten Plenikowski zuteil wird. (Beifall rechts.) Wir stimmen ab. Wer dem **Antrag** in Drucksache Nr. 103 zu Nr. 98, Genehmigung der Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung gegen den Abg. Formell, zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erstere war die Mehrheit. Der Ausschußantrag in Drucksache Nr. 103 ist damit

(Präsident)

(A) angenommen. Ich rufe auf Punkt 5 der Tagesordnung:

Antrag der Abg. Ed. Schmidt und Karl Formell und Fraktionen betr. Herbeiführung einer Entscheidung des Obergerichts bezügl. Mandatsentzug Kruppke.

Drucksache Nr. 100. Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abg. Maaß.

Maaß, Abgeordneter (NSDAP.): Ich beantrage Verbindung der beiden Punkte 5 und 6 der Tagesordnung in der Aussprache.

Präsident: Widerspruch gegen die Verbindung dieser beiden Punkte erhebt sich nicht, sie ist beschlossen. Ich rufe also noch den Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Antrag der Abg. Schmidt, Formell und Fraktionen betr. Herbeiführung einer Entscheidung des Obergerichts bezügl. Mandatsentzug Brost.

Drucksache Nr. 104. Zu Punkt 5 und 6 der Tagesordnung liegt mir ein **Antrag** der Nationalsozialistischen Fraktion vor, für beide Anträge insgesamt eine halbe Stunde Redezeit festzusetzen und für die Begründung und das Schlußwort je fünf Minuten Redezeit zu gewähren. Wer diesem Antrag zustimmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Es entfällt somit an Redezeit auf die Fraktion der NSDAP. 19 Minuten, Sozialdemokraten 4 Minuten, Zentrum 4 Minuten, Gruppe Weise 1 Minute, Gruppe Plenikowski 1 Minute, polnische Gruppe 1 Minute. Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

(B) (Abg. Moritz: Ja, bitte! Ich habe es auf den Zettel aufgeschrieben!) Es steht zwar nicht darauf „Zur Begründung", aber ich komme Ihnen immer entgegen. Das Wort hat der Herr Abg. Moritz.

Moritz, Abgeordneter (S.): Ich darf wohl die Redezeit für die Begründung mit meiner Redezeit zusammenlegen?

Präsident: Einverstanden.

Moritz, Abgeordneter (S.): M. D. u. H.! Die Abgeordneten der Zentrumsfraktion und die der Sozialdemokratischen Fraktion hatten die Aufhebung der Verordnung vom 4. Februar betreffend den fingierten Verzicht auf die Ausübung von Volkstagsmandaten beantragt. Der Aeltesten-Ausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung den Antrag abgelehnt, so daß der Volkstag über ihn nicht beraten wird. Dafür wird das Obergericht sich mit dieser Verordnung beschäftigen müssen; denn es wird ja bei der Durchführung der Mandatsklagen Kruppke und Brost nicht umhin können, die Verfassungsmäßigkeit dieser Verordnung nachzuprüfen.

Bezüglich des Abgeordneten Kruppke hat der Herr Volkstagspräsident vermutet, daß der Umstand, daß die Post an den Abgeordneten Kruppke nicht zugestellt werden konnte und die Polizei seinen Aufenthalt nicht kennt, den Schluß zulasse, daß der Abg. Kruppke außerstande sei, zur Mitarbeit im Volkstag. Zu der Sicherheit der Postzustellung möchte ich einige Beispiele anführen. Der Abg. Töpfer wohnt seit sieben Jahren in derselben Wohnung. Im vorigen Jahre ist es vorgekommen, daß die für ihn bestimmte Post des Volkstages als „unbestellbar" zurückkam. (Zuruf. — Heiterkeit.) Vom Volkstag ist dem Abg. Godau, der sich damals in Untersuchungshaft befand, ein Einschreibebrief zugesandt worden, der 14 Tage nicht zugestellt wurde. (C) Ein zweiter Einschreibebrief, an das Untersuchungsgefängnis gerichtet, wurde an die Privatwohnung weiter gegeben und konnte nicht zugestellt werden, weil weder die Post noch das Einwohnermeldeamt in Danzig die Wohnung des Abg. Godau ausfindig machen konnte. (Abg. Schramm: Wo ist er?) Man kann sagen, diese beiden Abgeordneten haben Glück gehabt, daß sie deswegen nicht auch schon ihr Mandat verloren haben.

Nirgends ist gesetzlich festgelegt, was unter der Pflicht zur Mitarbeit zu verstehen sei. Selbst die Geschäftsordnung drückt sich zu dieser Frage nicht klar, sondern zweideutig aus, indem sie einmal von einer P f l i c h t und dann von einem R e c h t zur Mitarbeit spricht. Wir können es auch nicht recht verstehen, daß man im gegenwärtigen Moment einen so großen Wert auf die Pflicht zur Mitarbeit legt, in einem Augenblick, wo das Organ der Nationalsozialisten erklärt: „Die Quasselbude auf Neugarten hat ihre Bedeutung verloren und an ihre Stelle ist Herr Forster getreten". (Zurufe.) Wir haben nichts davon gehört, daß die Polizei deshalb eingeschritten wäre, weil verfassungsmäßige und staatliche Einrichtungen verächtlich gemacht worden sind.

Man kann fragen: wie konnte der Abg. Kruppke seine sogenannte Pflicht zur Mitarbeit verletzen, wenn ihm diese Pflicht wegen seines Nichterscheinens in der Sitzung vom 2. Dezember für die Dauer des Ausschlusses von 10 Sitzungstagen ausdrücklich verboten gewesen ist? Welcher Mitarbeit hat sich der Abg. Brost entzogen, nachdem er (D) in der letzten Volkstagssitzung ordnungsmäßig vom Präsidenten wegen Krankheit beurlaubt worden war und seit diesem Zeitpunkt weder eine Volkstagssitzung noch eine Ausschußsitzung stattgefunden hat?

Zu der von seiten der Polizei geäußerten Meinung, daß die Abwesenheit des Abg. Brost darauf zurückzuführen sei, daß er sich einem gegen ihn schwebenden Strafverfahren entziehen wolle, muß ich feststellen, daß diese Annahme fehl geht. Die angeblich bei Brost gefundene Waffe wurde nicht etwa in seiner Wohnung, sondern in einem Raum seiner früheren Arbeitsstätte gefunden, zu welcher eine unbestimmte Anzahl von Personen Zutritt hatte, den Brost selbst aber seit ca. 2 Monaten vor dem „Waffenfund" nicht mehr betreten hat. (Zuruf rechts.) Diese Feststellungen hätte die Polizei auch treffen können, ohne durch die bis zum 2. Dezember 1936 besthende Immunität Brost's behindert worden zu sein. Für Brost lag keine Veranlassung vor, sich lediglich deshalb nach Danzig zu begeben, um hier evtl. monatelang in Untersuchungshaft zu sitzen und dann zu erleben, daß das Verfahren wie ein anderes — Ihnen allen bekanntes — ähnlich gelagertes schließlich im Sande verläuft.

Es ist nirgends vorgeschrieben, daß jeder Abgeordnete unbedingt in Danzig wohnen müsse, vielmehr steht fest, daß er auch im Ausland wohnen darf, nachdem den Auslandsdanzigern das Wahlrecht verliehen ist, bei denen die Polizei ja auch nicht weiß, wo sie wohnen und das erst in dem Moment erfährt, wenn die betreffenden Auslands-

(Moritz, Abgeordneter)

(A) danziger sich um Wahlscheine bemühen. Es besteht auch keine Vorschrift, daß dem Herrn Präsidenten der jeweilige Aufenthaltsort des einzelnen Abgeordneten mitgeteilt werden müsse, sondern es genügt, — nach einem Beschluß des Aeltestenausschusses vom 12. 6. 35, also aus der gegenwärtigen Wahlperiode —, daß der abwesende Abgeordnete nur bei demjenigen seinen Aufenthalt hinterlassen muß, der seine Post für ihn in Empfang nimmt. (Abg. Maaß: In den Ferien, sonst nicht!) Ich habe den Beschluß hier, es heißt ausdrücklich darin, daß der Abgeordnete nur jederzeit eine Adresse zurücklassen muß, die ihm die Post nachschickt. Der Abg. Brost hat eine Danziger Adresse benannt, welche für ihn die Post in Empfang nehmen durfte. Es ist aber vom Volkstag weder der Versuch gemacht worden, auf diesem Wege ihm Post zuzusenden, noch ist sonst irgend eine Anfrage nach seinem Aufenthalt an die Fraktion erfolgt. Und das wäre ja schließlich das Nächstliegende gewesen. (Abg. Schramm: Wo ist er denn?) Ich habe nur eine beschränkte Redezeit und kann daher nicht auf alle Ihre Fragen antworten. (Heiterkeit.) Uebrigens ersehen Sie das aus dem schriftlich vorliegenden Attest, das der Präsident bei den Akten hat. Die angedeuteten Zweifelsfragen konnten im Wahlausschuß nicht geklärt werden, da Anträge auf Vertagung und weitere Klärung der Angelegenheit abgelehnt wurden. Es war auch nicht möglich, zu den entscheidenden Sitzungen des Wahlausschusses beweiskräftige Unterlagen zur Entkräftigung der gegen die abwesenden Abgeordneten vorgebrachten Beschuldigungen

(B) vorzulegen, da in keinem Fall aus der Tagesordnung ersichtlich war, um welche Mandatsverzichte es sich handeln könne. Im Falle Brost war es am Tage vor der Sitzung trotz sechs telefonischer Anrufe beim Leiter und beim Protokollführer des Wahlausschusses nicht möglich, zu erfahren, daß es sich um eine Mandatsentziehung handle. Man muß daraus die Absicht schließen, die Beibringung —

Präsident: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Abg. Moritz, ich bitte Sie, die Rednertribüne zu verlassen. (Abg. Maaß: Die Rede war viel zu lang!) Das Wort hat der Herr Regierungsvertreter.

Köppen, Oberregierungsrat: Zur Frage, ob die Abgeordneten Kruppke und Brost — wie der Wahlausschuß unter dem 9. Februar 1937 und 23. April 1937 festgestellt hat, — die Mitgliedschaft zum Volkstag verloren haben, nimmt der Senat wie folgt Stellung:

Nach dem Protokoll des Wahlausschusses vom 9. Februar 1937 bezw. 23. April 1937 hat der Wahlausschuß festgestellt, daß die Abg. Kruppke bezw. Brost gemäß § 5 der Verordnung zur Abänderung des Volkstagswahlgesetzes vom 4. Februar 1937 ihr Mandat verloren haben. Die Verordnung vom 4. Februar 1937 besagt, daß als den Verlust des Sitzes als Abgeordneter bewirkender Verzicht gilt, wenn sich ein Abgeordneter außerstande setzt, die Pflichten, die ihm sein Amt insbesondere zur Mitarbeit auferlegt, zu erfüllen. Diese Verordnung ist verfassungsmäßig. Insbesondere ist Artikel 7 der Verfassung nicht verletzt. Artikel 7 besagt, daß die Abgeordneten zum Volkstag Vertreter des ganzen Volkes seien und nur ihrem Gewissen unterworfen und an Anträge nicht gebunden sind. Durch diesen Artikel soll, wie Reiß in (C) dem Kommentar „Die Verfassung der Freien Stadt Danzig, Artikel 7, Anmerkung 2 hervorhebt, der Gedanke ausgeschlossen werden, daß die Gewählten sich hauptsächlich als Vertreter der Gruppe der Wähler, die sie gewählt haben, betrachten und betont werden, daß jeder Abgeordnete so zu stimmen hat, wie es nach seiner durch nichts gebundenen Ueberzeugung jeweils dem Wohl des Volksganzen entspricht, mag er auch von der Meinung seiner Partei dabei abweichen.

Der Artikel 7 der Verfassung besagt nichts darüber, daß ein Abgeordneter berechtigt ist, sich außerstande zu setzen, die Pflichten, die ihm sein Amt insbesondere zur Mitarbeit auferlegt, zu erfüllen. Tut er es, so liegt hierin ein Verzicht auf sein Mandat. Die Verordnung zur Abänderung des § 5 des Volkstagswahlgesetzes vom 4. Februar 1937 — Gesetzblatt Seite 129 — enthält daher im Grunde nur eine authentische Interpretation des § 5 Ziff. 1 des Volkstagswahlgesetzes.

Eine andere Auffassung würde zur Arbeitsunfähigkeit des Volkstages führen können. Es würde die Möglichkeit gegeben sein, daß eine größere Anzahl von Abgeordneten Danzig ohne Angabe eines Aufenthaltes dauernd verläßt, ohne daß für sie durch Einsetzung der Listennachfolger in das Mandat Ersatz geschaffen werden könnte.

Die Verordnung vom 4. Februar 1937 entspricht auch dem Ermächtigungsgesetz § 1 I, 1 des Ermächtigungsgesetzes ermächtigt den Senat ausdrücklich zur Aenderung des Wahlgesetzes und der Wahlordnung für den Volkstag.

Auch die Voraussetzungen des § 2 des Ermächtigungsgesetzes liegen vor, da es sowohl zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau der öffentlichen Ordnung und Scherheit dient, als auch zur Beseitigung eines politischen Notstandes, wenn für eine ordnungsmäßige Besetzung des Volkstages Sorge getragen wird. (D)

Was das Verfahren betrifft, das anzuwenden ist, wenn sich herausstellt, daß die Voraussetzungen der Verordnung vom 4. Februar gegeben sind, so hat der Wahlleiter gemäß § 70 der Wahlordnung, wie es stets geschieht, wenn ein Abgeordneter die Wahl ablehnt oder seinen Sitz verliert, z. B. durch Verlust der Danziger Staatsangehörigkeit, auf Antrag des Volkstagspräsidenden die notwendigen Feststellungen zu treffen und den Wahlausschuß zu berufen. Der Wahlausschuß faßt sodann die entsprechenden Beschlüsse.

Entstehen ungeachtet der Feststellung des Wahlausschusses Zweifel darüber, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für den Verlust der Mitgliedschaft vorliegen, so entscheidet auf Verlangen des Volkstages gemäß Artikel 10 der Verfassung das Obergericht — vergl. Dr. Reiß, Kommentar zur Danziger Verfassung zu Artikel 10, Anmerkung 5 —. Die Rechtslage ist also auch hinsichtlich des anzuwendenden Verfahrens völlig eindeutig und irgendwelche Zweifel sind nicht möglich.

Zur Sache selbst liegen sowohl bei den Abg. Kruppke wie bei Brost — wie die Protokolle des Wahlausschusses ergeben —, die Voraussetzungen der Verordnung vom 4. Februar 1937 vor. Der Abg. Kruppke hat mit Schreiben vom 30. Juni 1936 mitgeteilt, daß er seinen Wohnsitz nach Dan-

(Köppen, Oberregierungsrat)

(A) zig, Fleischergasse 42, 2. Hof, verlegt. Ab August 1936 sind dann sämtliche Drucksachen des Volkstages mit dem Vermerk „unbekannt verzogen" zurückgekommen. Die polizeiliche Ermittelung ergibt, wie ein Schreiben des Polizeipräsidenten vom 1. 12. 1936 feststellt, ebenfalls den Nachweis eines unbekannten Aufenthaltes. Ferner ist die Aufwandsentschädigung, die dem Kruppke persönlich per Postanweisung zugesandt worden ist, am 5. September 1936 als unbestellbar an die Staatshauptkasse zurückgekommen. Die Empfangnahme der Aufwandsentschädigung ist somit ab September 1936 unterblieben. Auch ist keine andere Regelung vom Abg. Kruppke beantragt worden. Endlich ist Kruppke ohne jegliche Nachricht der Volkstagssitzung vom 2. Dezember 1936 ferngeblieben. Kruppke hat somit, da bei ihm die Voraussetzungen des § 5 des Volkstagswahlgesetzes vorliegen, sein Mandat verloren.

Der Abg. Brost ist — wie sich aus dem Schreiben des Präsidenten des Volkstages vom 19. 4. 1937 ergibt — seit dem 1. Dezember 1936 unbekannt verzogen. An ihn gerichtete Briefe des Volkstages sind als „unbestellbar" zurückgelangt und sein Aufenthalt ist nicht festgestellt worden. Aus einem Schreiben des Polizeipräsidenten ergibt sich, daß der Abg. Brost wahrscheinlich sich wegen eines gegen ihn schwebenden Strafverfahrens dem Danziger Staatsgebiet fern hält und er zur Festnahme durch die Polizei aufgegeben worden ist. Auch der Abg. Brost hat sich sonach außerstande gesetzt, die Pflichten, die ihm sein Amt auferlegt, zu erfüllen. Es liegen also auch bei ihm die Vor- (B) aussetzungen des § 5 der Verordnung vom 4. Februar 1937 vor.

Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abg. Beyl.

Beyl, Abgeordneter (NSDAP.): Ich möchte feststellen, Herr Abg. Moritz, daß dieses Mal Ihre juristischen Berater, die Rechtsanwälte Kamnitzer und Hirschberg in Gdingen, schlecht gearbeitet haben. Das, was Sie hier vorgetragen haben, war viel schlechter als das, was Sie schriftlich eingereicht haben.

Aber die Sache hat ja letzten Endes nicht nur einen juristischen Hintergrund. Die juristische Seite ist klar, sie ist durch den Herrn Regierungsvertreter überzeugend nachgewiesen worden. Aber die Sache hat zweifellos auch eine politische Seite. Das, was im Jahre 1933 in Deutschland erfolgte, beginnt sich langsam auch in Danzig zu entwickeln. Wir haben eine Erscheinung, die man in der ganzen Welt „Emigration" nennt. Ich gebe zu, daß die Herren Sozialdemokraten geistig bereits aus ihrem Vaterland ausgewandert sind. Sie haben ja „kein Vaterland, das Deutschland heißt", wie einer ihrer führenden Männer einmal selber zugegeben hat. Aber gerade diese letzten Monate bewiesen auch eine — man mag sie so nennen — physische Auswanderung aus ihrer Heimat, eine Emigration. Diese Emigration erfolgt nicht nur äußerlich, sondern sie verbindet sich auch mit einer Wühl- und Minierarbeit gegen das eigene Land und gegen das eigene Volk. (Zurufe rechts.) Ich weiß nicht, ob Herr Kruppke sich vielleicht in Spanien bei der „Aufbauarbeit" des Bolschewismus beteiligt; ich weiß aber, daß Herr Brost seit Monaten in Warschau sitzt und von dort gegen Danzig und seine Bevölkerung wühlt. Und ich weiß auch, daß er besonders in Genf seine Wühlarbeit gegen unseren Staat immer wieder unternimmt. (Beweise! — links.) Wir brauchen uns darüber nicht weiter zu unterhalten. Sie wissen genau so gut, wie ich es weiß, was hinter den Kulissen gespielt wird. Sie wissen genau, daß Sie letzten Endes nur im Interesse des Auslandes arbeiten. Ich brauche Ihnen das hier nicht in aller Deutlichkeit zu sagen, wir verstehen uns auch so! (Abg. Wichmann: Sie sollten Beweise erbringen für derartige schwere Beschuldigungen!) Ich bin nicht dumm genug, Ihnen unter den Augen des Auslandes die Dinge klarzumachen, die Sie ja ohnehin kennen. Deswegen muß aber auch der Nationalsozialistische Staat Danzig, genau wie der Nationalistische Staat Deutschland es tut, die Folgerungen daraus ziehen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß auch Ihnen die Wahl gegeben ist, die auch Ihren Parteigenossen im Reich gegeben war. Hunderttausende, ja Millionen Ihrer Parteigenossen im Reich haben sich der tatsächlichen geschichtlichen Entwicklung gefügt und haben sich eingeordnet. Wenige andere, an ihrer Spitze besonders die jüdischen Sozialdemokraten, haben sich dieser Entwicklung nicht gefügt und sind ins Ausland geflüchtet. Es muß so sein, daß auch in Danzig, wo letzten Endes die jüdischen Hintermänner die eigentliche Leitung Ihrer Partei in den Händen haben, dieselbe geschichtliche Entwicklung erfolgt. Ich habe Ihnen vorhin bereits die Namen genannt, meine Herren! Deshalb war es notwendig, hier nicht auf die juristische Frage ausgiebig zu behandeln, sondern auch einmal die politische Seite zu (C) (D) beleuchten.

Ich möchte Ihnen eins sagen: Sie haben noch die Wahl, genau so, wie sie die Hunderttausende und Millionen Ihrer Parteigenossen im Reich hatten. Ich kann Ihnen nur den guten Rat geben, wenn Sie irgendwo in Ihrer Seele sich noch als deutsche Menschen fühlen, dann folgen Sie diesem Stück deutscher Seele, die vielleicht doch noch bei Ihnen zu spüren ist und ordnen Sie sich ein. Wenn nicht, dann tragen Sie auch die Konsequenzen, wie Herr Brost und Herr Kruppke und Herr Gedeck es taten, die aus ihrer Heimat gegangen sind! (Anhaltender Beifall.)

Präsident: Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen und auch keine Wortmeldungen zum Schlußwort eingegangen ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer dem **Antrag** zustimmen will, bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Punkt 6 der heutigen Tagesordnung, Drucksache Nr. 104. Wer diesem **Antrag** zustimmen will, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das letztere war die Mehrheit; auch dieser Antrag ist damit abgelehnt. Ich rufe auf Punkt 7 der Tagesordnung:

Erste, zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfs zur Verlängerung des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. 6. 1933.

Drucksache Nr. 101. Hierzu liegt ein **Antrag** der Nationalsozialistischen Fraktion auf Beschränkung

(Präsident)

(A) der Redezeit vor, und zwar für sämtliche Lesungen und für alle Fraktionen und Gruppen insgesamt eine Stunde Redezeit. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Es entfallen an Redezeit auf die Nationalsozialistische Fraktion 37 Minuten, Sozialdemokraten 9 Minuten, Zentrum 7 Minuten, Gruppe Weise 3 Minuten, Gruppe Plenikowski 2 Minuten, Polnische Gruppe 2 Minuten. — Das Wort hat der Herr Abg. Budzyński.

Budzyński, Abgeordneter (P.): M. D. u. H.! Ich freue mich, daß es mir vorbehalten blieb, ungefähr die heutige Einstellung der Danziger Bevölkerung zu dem überraschend über Nacht eingebrachten Gesetz hier vorzubringen. (Lachen rechts.) Wenn ich so gesprochen habe, dann habe ich berechtigte Ursache dazu. Aus welchen Gründen will ich gleich erklären. (Sie sprechen für 3 Prozent der Danziger Bevölkerung! rechts.) Ich habe nur zwei Minuten Redezeit. Wenn Sie fair sein wollen, so werden Sie mir diese Redezeit nicht beschränken. Wenn Sie soviel Verantwortungsgefühl der Danziger Bevölkerung gegenüber besäßen wie ich (Lärm und Lachen — Der polnischen gegenüber! bei den Nationalsozialisten. — Abg. Schramm: Sie können doch nicht für die Danziger Bevölkerung sprechen!) — wenn Sie vor 3 Tagen eine Tagesordnung zugeschickt erhalten, auf der nichts Wichtiges steht und Sie finden auf Ihrem Platz im Volkstag eine derartig wichtige Gesetzesvorlage auf dem Tisch (Wir haben sie auch bekommen! rechts), dann werden Sie mein Verantwortungsgefühl der
(B) Danziger Bevölkerung gegenüber, zu dieser wichtigen Frage ohne weiteres sofort Stellung zu nehmen, begreifen. Ich, meine Herren, lehne diese Verantwortung ab. (Bravo! und Zwischenrufe.)

Der Danziger Senat hat meiner Ansicht nach Zeit genug gehabt, um diese Gesetzesvorlage rechtzeitig und so, wie es die Danziger Abgeordneten laut Geschäftsordnung verlangen können, einzubringen. Ich komme heute auf meinen Platz und finde diese Vorlage als Punkt 7 vor, was jetzt für die Dauer von vier Jahren verankert werden soll. Dann werden Sie mir wohl nicht zumuten, wenn Sie etwas Objektivität aufzubringen vermögen, daß ich mich in dieser wichtigen Frage heute sofort entscheiden soll. Aus diesem Grunde lehnen die Polen die Gesetzesvorlage ab. (Zurufe.)

Präsident: Das Wort zu Punkt 7 hat der Herr Abg. Töpfer.

Töpfer, Abgeordneter (S.): M. D. u. H.! Ich kann nur wiederholen, daß die Opposition durch die Einbringung dieser Vorlage sich überrascht fühlt und daß aus Ihrer Taktik das böse Gewissen herauszufühlen ist. Wenn Sie heute damit kommen, uns eine Vorlage von solcher Wichtigkeit zuzustellen, wie es die Verlängerung des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat ist, so ist es doch sehr merkwürdig, daß Sie diese Vorlage nicht, wie es die Geschäftsordnung vorschreibt, durch den Aeltestenausschuß gehen lassen, sondern von uns verlangen, daß wir ad hoc dazu Stellung nehmen. Vielleicht erklären sich aber jetzt Ihre Bemühungen der letzten Wochen um die Gewinnung von Oppositionsmandaten und die damit verbundenen Methoden, die der Herr Präsident oder der Herr Abgeordnete Beyl vorhin als unsinnige und (C) verleumderische Behauptungen bezeichnete.

Präsident: Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen, Herr Abg. Töpfer.

Töpfer, Abgeordneter (S.): Ich spreche zur Sache. (Widerspruch und Zwischenrufe: Dich wollen wir gar nicht haben!) Ich danke Ihnen für dieses Kompliment und werde es zu schätzen wissen. Ich möchte nicht in eine Reihe mit denen gestellt werden, die sich verkauft haben. (Zwischenruf.)

Präsident: Herr Abg. Töpfer, ich möchte Sie fragen, ob Sie damit bestimmte Persönlichkeiten meinen? (Na klar! rechts.)

Töpfer, Abgeordneter (S.): Nein! (Jetzt ist das Herz in die Hosen gerutscht! und Lachen bei den Nationalsozialisten.) Ich habe keine Person gemeint. Wer sich verkauft, ist für mich keine Person, der ist ein ganz verabscheuungswürdiges Subjekt. Wen's juckt, der kratze sich.

Verlangen Sie von uns nicht, daß wir Ausführungen zur Sache machen. Ich hielt es nur für nötig, Ihnen zu sagen, warum Sie diese Taktik eingeschlagen haben und weshalb Sie keinen anderen Weg wählen konnten. Wenn Sie wollen, daß diskutiert wird, werden wir dazu bereit sein. Allerdings nicht im Gefängnis, sondern hier in aller Oeffentlichkeit. Halten Sie dann nur immer den geschäftsordnungsmäßigen Weg ein.

Der Herr Abg. Beyl hat soviel vom Deutschtum gesprochen. Vielleicht nennen Sie dieses Vorgehen deutsch; dann habe ich vom Deutschtum bisher wohl nicht den rechten Begriff gehabt. (Da hat er ein wahres Wort gesprochen, so sieht er aus! und Zwischenrufe rechts.) (D)

Präsident: Nach diesem Geständnis des Herrn Abg. Töpfer, daß er für das Deutschtum nicht das nötige Verständnis besitzt, wollen wir uns den Herrn Abg. Höhn anhören. Er hat das Wort.

Höhn, Abgeordneter (Z.): Namens der Zentrumsfraktion erkläre ich, daß wir nach den bisherigen Erfahrungen, die wir aufgrund des Ermächtigungsgesetzes gemacht haben, nicht mehr für eine Verlängerung dieses Gesetzes stimmen werden. (Zuruf des Abg. Lange.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die **erste Beratung** des Gesetzentwurfs erledigt.

Da mit der Annahme der Tagesordnung gleichzeitig gemäß § 29 der G.O. die Fristenkürzung beschlossen wurde, rufe ich die zweite Beratung der Vorlage auf. Ich eröffne die Aussprache und schließe sie, da keine Wortmeldungen vorliegen. Es liegt ein **Antrag** der Nationalsozialistischen Fraktion auf Blockabstimmung vor. Widerspruch erhebt sich nicht, die Blockabstimmung ist beschlossen. Ich rufe nunmehr den **einzigen Artikel** und die **Ueberschrift** in der zweiten Beratung auf. Wortmeldungen liegen nicht vor, die Besprechung ist geschlossen. Wer den einzigen Artikel und die Ueberschrift der Vorlage in der Blockabstimmung annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Damit ist die zweite Beratung erledigt.

Wir kommen zur **dritten Beratung.** Ich eröffne und schließe die Besprechung, da keine Wortmeldungen vorliegen. Mir liegt wiederum ein Antrag der Nationalsozialistischen Volkstagsfraktion auf

(Präsident)

(A) Blockabstimmung vor. Widerspruch erhebt sich nicht, der Antrag ist angenommen. Wer dem **einzigen Artikel** und der **Ueberschrift** in dritter Lesung zustimmen will, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Damit ist das Gesetz auch in dritter Beratung erledigt. Wir kommen zur **Schlußabstimmung.** Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abg. Maaß.

Maaß, Abgeordneter (NSDAP.): Ich beantrage namens meiner Fraktion namentliche Abstimmung.

Präsident: Wird der Antrag unterstützt? — Die Unterstützung reicht aus, wir kommen daher zur **namentlichen Schlußabstimmung.** Ich bitte die Stimmkarten einzusammeln und die Abgeordneten, die der Vorlage zustimmen, eine Ja-Karte, die sie ablehnen wollen, eine Nein-Karte und die sich der Stimme enthalten wollen, eine Stimmkarte mit der Aufschrift „Enthalte mich" abzugeben. Ich bitte die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen. Die namentliche Abstimmung beginnt. — Wünscht noch jemand eine Stimmkarte abzugeben? Das ist nicht der Fall, die Abstimmung ist geschlossen. Ich darf dem Haus das Ergebnis*) der namentlichen Abstimmung mitteilen. Es haben sich insgesamt 68 Abgeordnete an der Abstimmung beteiligt. Mit „Ja" stimmten 47 Abgeordnete, mit „Nein" 20 Abgeordnete, ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme. Damit ist das Gesetz angenommen, meiner Auffassung nach sogar mit Zweidrittel-Mehrheit. (B)

Wir sind am Schluß unserer heutigen Tagesordnung. Der Herr Abg. Budzyński legt kein Gewicht mehr auf die Erteilung des Wortes zu einer „Persönlichen Bemerkung". Ich erbitte deshalb die Genehmigung des Volkstages, Zeit und Tagesordnung der nächsten Volkstagssitzung festzulegen. Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Das Haus hat entsprechend beschlossen. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 4 Uhr 45 Minuten.)

---

*) **Endgültiges Abstimmungsergebnis:**
Abgegebene Stimmkarten 68 davon mit Ja 47, mit Nein 20, eine Stimmenthaltung.
Mit „Ja" stimmten Abg. Andres, Dr. Appaly, Bartsch, Bertling, Beyl, v. Boetticher, Braun, Busch, Ehrlichmann, Fieguth, Gall, Großmann, Gobert, Günther, Guttzeit, Harder, Heldt, Heß, Johst, Jonas, Kamer, Kapeller, Kendzia, Kindel, Krampitz, Lange, Leufgen, Maaß, Manteuffel, Michelmann, Nicklas, Nispel, Schelm, Schramm, Schulz, Schwerdtfeger, Patzke, Rabe, Stein, Sukatus, Temp, Dr. Thimm, Tolius, Waschke, Weise, Wilhelm, Dr. Willers.
Mit „Nein" stimmten: Abg. Budzyński, Formell, Godau, Höhn, Klein, Knaust, Langnau, Lendzion, Mau, Malikowski, Moritz, Müller, Plenikowski, Posack, Potrykus, Schmich, Schmidt, Töpfer, Weiß, Wiechmann.
Mit „Enthalte mich" stimmte: Abg. Steinbrück.
Keine Stimmkarten gaben ab: Abg. Kurowski, Weber, Dr. Stachnik.

(A)

14. Sitzung.

Montag, den 8. November 1937.

Geschäftliches . . . . . 169 B
Bekanntgabe der Mandatsniederlegung der Abg. Wiechmann, Plenikowski, Kurowski und vom Eintritt der Abg. Thomat, Behrend, Rehberg, Serotzki und Wawer in das Haus . . . . 169 B
Mitteilung vom Anschluß der Abg. Thomat, Weise, Jonas und Rehberg als Hospitanten der Fraktion der NSDAP. . . . . 169 C
Verlesung eines Schreibens des Abg. Serotzki und Langnau . . . . . 169 C
Geschäftliches . . . . . 169 D
Erste, zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfs über die **Gewährung von Straffreiheit** (Drucksache Nr. 110) . . . . . 170 A
Kettlitz, Senatsrat . . . . . 170 A
Steinbrück (b.k.Fr.) . . . . . 171 A
Lendzion (P.) . . . . . 171 A
Beyl (NSDAP.) . . . . . 171 B
Entschließung des Abg. Beyl (NSDAP.) u. Fr. zur Verordnung des Senats über die **Staatsjugend in Danzig** vom 1. 11. 1937 (G. Bl. S. 585) Drucksache 111 . . . . . 171 D
Entschließung des Abg Beyl (NSDAP.) u. Fr. zur Verordnung des Senats gegen **Neubildung von politischen Parteien** (Ges. Bl. S. 585) Drucksache Nr. 112 . . . . . 172 A
Beyl (NSDAP.) . . . . . 172 A
Budzynski (P.) . . . . . 172 C
(B) Namentliche Abstimmungen über die Drucksachen Nr. 111 und Nr. 112 . . . . . 173 A
Vertagung . . . . . 173 C

Die Sitzung wird 15 Uhr 45 Minuten durch den Präsidenten Beyl eröffnet.

Am Regierungstisch: Vizepräsident des Senats Huth, Senatoren Boeck, Dr. Großmann, Dr. Hoppenrath, Rettelsky, Dr. Wiercinski-Keiser, Gerichtspräsident Wohler, Generalstaatsanwalt Graßmann, Staatsrat Dr. Böttcher, Senatsrat Kettlitz, Regierungs- und Kriminalrat Groetzner.

Präsident: Ich eröffne die 14. Sitzung. Von der mir in der 13. Sitzung vom Volkstag erteilten Ermächtigung, die Tagesordnung der nächsten Vollsitzung festzusetzen, habe ich Gebrauch gemacht. Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich dem Hause folgende **geschäftliche Mitteilungen** zu machen. Wie ich bereits in der 13. Vollsitzung mitteilte, hat der Abg. Gedeck sein Mandat niedergelegt. Als listenmäßiger Nachfolger ist Herr **Abg. Thomat** in den Volkstag berufen worden. Herr Abg. Thomat ist anwesend, ich begrüße ihn. Herr **Abg. Mau** hat mit der Begründung, aus dem politischen Leben ausscheiden zu wollen, sein Mandat niedergelegt. Listenmäßig rückt der **Abg. Behrend** ein, der das Mandat angenommen hat. Dem **Abg. Wiechmann**, der nach Spanien emigriert ist, ist das Mandat entzogen worden. Listenmäßig ist Herr Abg. Straphel nachgerückt, der, sowie seine listenmäßigen Nachfolger Zeller und Leschner auf die Annahme ihres Mandats verzichtet haben.

Es rückt somit der **Abg. Rehberg nach**, der sein Mandat angenommen hat. Herr Abg. Rehberg ist anwesend, ich begrüße ihn.

Der **Abg. Plenikowski** ist nach Dänemark ausgewandert. Da er sich den Arbeiten des Volkstages entzogen hat, ist ihm auf Beschluß des Wahlprüfungsausschusses sein Mandat als Abgeordneter aberkannt worden. Listenmäßig rückt der **Abg. Serotzki** nach, der das Mandat angenommen hat. (C)

Ferner hat der **Abg. Kurowski** sein Mandat niedergelegt. Als Nachfolger rückt der **Abg. Wawer** nach, der ebenfalls das Mandat angenommen hat und der anwesend ist.

Mit besonderer Genugtuung habe ich dem Hause bekannt zu geben, daß die Herren Abg. Thomat, Weise, Jonas und Rehberg sich der **Nationalsozialistischen Fraktion als Hospitanten** angeschlossen haben. (Lebhafter Beifall). Ich heiße diese Herren als Führer der Nationalsozialistischen Fraktion besonders herzlich willkommen. Die Herren Abg. Serotzki und Langnau haben mir folgendes Schreiben zugesandt. Ich bitte den Herrn Abg. Leufgen, es zu verlesen.

Leufgen, Schriftführer:

Danzig, den 7. Oktober 1937.

An den
Herrn Präsidenten des Volkstages
Danzig

Am 7. April 1935 wurde ich auf die Liste „Gruppe Plenikowski" als Mitglied des Danziger Volkstages, dem ich seit 1. 1. 1928 angehöre, erneut gewählt.

Ich teile hiermit dem Herrn Präsidenten des Volkstages mit, daß ich mich mit dem heutigen Tage nicht mehr als zur „Gruppe Plenikowski" und somit als zur kommunistischen Weltanschauung zugehörig betrachte.

Ich werde mich weiter dafür einsetzen, daß jeder Deutsche, — auch wenn er nicht zu den Begüterten gehört, in der Zeit, wo er jung und stark ist und arbeiten kann, aber auch dann, wenn er alt, krank oder aus anderen Gründen nicht imstande ist zu arbeiten, — für sich und seine Familie die Lebensmöglichkeiten hat, um sich zufrieden, froh und glücklich zu fühlen. (D)

Mein Mandat werde ich als fraktionsloser Abgeordneter weiter ausüben und mich bei all meinen Handlungen davon leiten lassen, dem Danziger Staat und seiner Bevölkerung, der Ehre und Freiheit des ganzen deutschen Volkes, dem Frieden und der sozialen Gerechtigkeit zu dienen.

Otto Langnau, Volkstagsabgeordneter.

Ich schließe mich obiger Erklärung vollinhaltlich an:

Paul Serotzki, Volkstagsabgeordneter.

(Bravo und Händeklatschen.)

Präsident: Ich begrüße den Schritt der beiden Abgeordneten um so mehr, als somit die letzten Reste der kommunistischen Partei in Danzig verschwunden sind.

Auf Grund der schriftlichen Erklärung des Herrn Abg. Töpfer, daß er nicht die Absicht gehabt habe, mit seinen Äußerungen in der Vollsitzung am 5. Mai 1937 einen Abgeordneten des hohen Hauses beleidigen zu wollen, habe ich den von mir mit dem 7. Mai d. Js. verfügten **Ausschluß** auf fünf Sitzungen gemäß § 58 Abs. 10 der Geschäftsordnung rückwirkend **aufgehoben.**

Ich bitte noch zur Kenntnis zu nehmen, daß an Stelle des aus dem Volkstag ausgeschiedenen Abg. Brill als Mitglied für den **Hauptausschuß** der Abg. Moritz benannt worden ist. Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, habe ich noch mitzuteilen, daß ein Antrag der Nationalsozialistischen Fraktion vorliegt, die Tagesordnung zu erweitern.

Parlamentsbibliothek

(Präsident)

(A) Ich lasse über den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung, die als Nachtrag Ihnen bereits gedruckt vorliegt, abstimmen. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit, es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Erste, zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfs über die Gewährung von Straffreiheit.

Drucksache Nr. 110. — Ich schlage dem Hause vor, sämtliche drei Lesungen des Gesetzes, Drucksache Nr. 110, heute vorzunehmen. Ich brauche dazu Ihre Genehmigung, da die Fristen nicht eingehalten sind. Ich lasse daher abstimmen. Wer dafür ist, daß die in der Geschäftsordnung vorgesehenen Fristen gemäß § 29 der G. O. gekürzt werden, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Weiterhin schlage ich vor, die Redezeit für alle drei Lesungen und für alle Fraktionen und Gruppen auf eine Stunde festzusetzen. Wer für diesen Vorschlag ist, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit, — es ist so beschlossen. Es entfallen somit auf die Nationalsozialistische Fraktion 39, auf die Sozialdemokratische Fraktion sieben, die Zentrumsfraktion sieben, die Polen zwei Minuten, auf die drei fraktionslosen Abg. Steinbrück, Serotzki und Langnau je eine Minute. Ich eröffne die Aussprache, das Wort hat der Herr Berichterstatter des Senats.

Kettlitz, Senatsrat: Mir fällt die Aufgabe zu, die Ihnen zugegangene Vorlage juristisch zu begründen. Amnestiegesetze sind in Danzig keine (B) seltene Erscheinung, sie kehren zu besonderen Anlässen wieder. Wir haben aus der Praxis allmählich gelernt, sie immer einfacher zu gestalten. Der heutige Entwurf, wie er Ihnen jetzt vorliegt, ist daher auf die einfachste Form und in die verständlichste Fassung gebracht worden.

Sein Inhalt ist kurz folgender: Dem vorgelegten Amnestiegesetz unterliegen lediglich politische Straftaten. Von den politischen Straftaten wird aber nicht jede Straftat schlechthin amnestiert, sondern nur solche, die, soweit sie abgeurteilt sind, bis zu einem Jahr Gefängnis geahndet wurden, oder soweit sie sich im Vorverfahren befinden, höchstens ein Jahr Gefängnis erwarten lassen. Bei Geldstrafen ist keine Grenze gesetzt. Diese Begrenzung war notwendig, um nicht Unwürdige unter die Amnestie fallen zu lassen. Denn da die Amnestie eine Ausnahme der normalen Rechtsprechung ist, muß bei diesen Ausnahmen besonders vorsichtig verfahren werden, daher die Begrenzung.

Das Amnestiegesetz ist, wie auch schon ein Vorgängergesetz, nicht nur auf die im ordentlichen Strafverfahren zu ahndenden Straftaten beschränkt, sondern, wie Sie aus § 3 ersehen können, auch auf die Disziplinarverfahren ausgedehnt. Hier ist aber ein Unterschied gemacht im Verhältnis zu der Amnestie der andern Straftaten. Während die Amnestie der ordentlichen Straftaten auch die rechtskräftig erkannten Strafen umfaßt, so sind rechtskräftig erkannte Disziplinarstrafen ausgenommen. Es ist eine faktische Unmöglichkeit, bei einem Disziplinarverfahren, das in der Aberkennung des Amtes rechtskräftig endete, heute die Strafe zurücknehmen zu wollen; ein Beamter, der vielleicht vor 3 bis 4 Jahren seines Amtes verlustig erklärt wurde, kann es heute nicht wieder (C) erhalten. Alle auf disziplinarischem Wege rechtskräftig abgeurteilten Verfahren fallen daher nicht unter die Amnestie. Im übrigen sind aber alle laufenden Verfahren und die Verfahren, die noch kommen könnten und noch nicht anhängig sind, genau so, wie im § 1 die ordentlichen gerichtlichen Strafverfahren, zu behandeln.

Die weitere Frage ist: Wer hat darüber zu entscheiden, ob ein Fall der Amnestie gegeben ist? Auch hier ist eine Vereinfachung eingetreten. Während früher gesagt wurde, es soll die augenblicklich befaßte Behörde die Sache an die Behörde zur Entscheidung zurückgeben, die sich zum ersten Mal mit der Sache befaßt hat, weil diese Behörde die Sache angeblich am besten kenne, ist jetzt von diesem Grundsatz aus praktischen Erfahrungen heraus abgewichen worden. In der früheren Gesetzesgestaltung glaubte man also, es sei richtig, wenn man z. B. dem Obergericht als Revisionsinstanz, das sich um die tatsächlichen Vorgänge nicht mehr zu kümmern hat, vorschrieb, die Sache an die erste Instanz zurückzugeben, die das Urteil erlassen hat. Dieses Mal ist man aber davon ausgegangen, die Behörde, die jetzt damit befaßt ist, ganz gleich, ob Polizei, Amtsgericht, Landgericht oder Obergericht, auch darüber entscheiden zu lassen, ob der Amnestiefall gegeben sei oder nicht. Das ist eine wesentliche Vereinfachung und sie führt nicht mehr zu Kompetenzreibereien.

Nun ist nicht gesagt, daß die Entscheidung, die die befaßte Behörde ausspricht, immer richtig sei, und deshalb ist im § 5 die Möglichkeit gegeben, (D) gegen den Entscheid der befaßten Behörde eine Beschwerde einzulegen. Wenn ein Betroffener glaubt, er verdiene die Amnestie, und hat sie nicht bekommen, oder wenn die Staatsanwaltschaft eine Amnestie, die ausgesprochen worden ist, als unberechtigt ansieht, so haben beide das Recht der sofortigen Beschwerde, die befristet ist.

Wer entscheidet darüber? Auch hier ist eine Änderung gegenüber der früheren Gesetzgebung eingetreten. Es entscheidet nach der neuen Gestaltung darüber der Senat, nicht eine Gerichtsinstanz. Für diese Fassung war die Erwägung maßgebend, daß es sich eigentlich in allen Fällen nur darüber zu entscheiden handeln wird, ob eine politische Straftat vorliegt oder nicht. Das zu entscheiden ist aber eine politische Behörde am allerbesten in der Lage.

Die andern Bestimmungen, die sonst noch im Straffreiheitsgesetz stehen, sind unwesentlich und nur der Vollständigkeit halber führe ich hier an:

Abgesehen von den Hauptstrafen entfallen auch die Nebenstrafen, Geldbußen, nicht aber die Einziehung oder Unbrauchbarmachung. Wenn Gesamtstrafen gebildet sind — das ist ein juristischer Begriff — und aus der Gruppe der Gesamtstrafen nur ein Teil zur Amnestie heranzuziehen ist, so wird dieser Teil amnestiert und die übrige Gesamtstrafe bleibt bestehen. Dann ist im § 6 die Entscheidung über Privatklagen geregelt. Auch hier wird genau so verfahren und die Kosten des Verfahrens werden niedergeschlagen.

Wann tritt dieses Gesetz in Kraft? Auch da ist eine Änderung gegenüber dem letzten Gesetz erfolgt. Während es im letzten Amnestiegesetz hieß,

(Kettlitz, Senatsrat)

(A) das Gesetz amnestiert alle bis zum Tage der Verkündung des Amnestiegesetzes vorliegenden Straftaten, so amnestiert dieses neue Gesetz nur die Straftaten bis zum 15. Oktober 1937. Das Gesetz wird nach den Grundsätzen der Verfassung dann in Kraft treten, wenn es im Gesetzblatt veröffentlicht wird, was morgen oder übermorgen geschehen wird.

Ich glaube, daß damit juristisch alles gesagt ist, was zu dem Gesetz gesagt werden konnte. (Beifall).

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Steinbrück.

Steinbrück, Abgeordneter (b. k. Fr.): Hohes Haus! Ich habe nur eine Minute Redezeit und fasse mich kurz. Ich begrüße die Vorlage auf das herzlichste. Ich freue mich ganz besonders für die Betroffenen, die davon erfaßt werden und denen die Strafe erlassen wird. Ich habe einige Wünsche bezüglich einer Erweiterung der Vorlage gehabt, es ist mir aber vorhin erklärt worden, daß eine Erweiterung nicht angängig ist. Daher bescheide ich mich. Ich für meine Person erkläre — und ich glaube damit dem hohen Hause eine besondere Freude zu machen —, daß ich mich für die Vorlage einsetzen werde.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Lendzion.

Lendzion, Abgeordneter (P.): Die Polnische Gruppe begrüßt es, daß dieser Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit auch für die polnische Minderheit oder für die polnische Gruppe Anwendung findet. Es weiß jedes Kind, daß hier in Danzig die polnischen Mitbürger deshalb bestraft

(B) worden sind, weil sie der polnischen Partei angehören. Die Polnische Gruppe wird für das Gesetz stimmen.

(Den Vorsitz übernimmt Vizepräsident Andres.)

Vizepräsident Andres: Das Wort hat der Herr Abg. Beyl.

Beyl, Abgeordneter (NSDAP.): Im Namen der Nationalsozialistischen Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Wir Nationalsozialisten begrüßen das Amnestiegesetz auf das herzlichste und werden ihm selbstverständlich unsere Zustimmung geben. Wir betrachten die Vorlage dieses Gesetzes als einen in der Geschichte der Freien Stadt Danzig bedeutsamen Abschnitt; denn seit der Abtrennung Danzigs vom Mutterlande litt das Deutschtum dieser Stadt unter einer unheilvollen Zersplitterung und Zerrissenheit. Es war das große Ziel der nationasozialistischen Bewegung, diesen Kampf der Deutschen untereinander zu beenden und dafür einen Zustand des politischen Friedens und der politischen Einheit zu schaffen. (Sehr richtig!) Wir begrüßen es, daß jetzt nach einem jahrelangen Kampf dieses Ziel endlich auch in Danzig erreicht worden ist. (Bravo!)

Die gewonnene Deutsche Einheit zu einer dauernden zu machen, wird die neue große Aufgabe in Danzig sein. Ich habe im Namen des Gauleiters zu erklären, daß wir den Gegnern, die wir jahrelang bekämpft haben, ohne Bitternis gegenüberstehen. Unser heißes Bemühen soll der Gewinnung jener wertvollen Kräfte gewidmet sein, die wir für den deutschen Aufbau in Danzig brauchen werden.

Als Zeichen unseres ehrlichen Willens zur (C) Versöhnung und gleichzeitig als Ausdruck einer großmütigen Gesinnung haben wir diese Amnestievorlage eingebracht. Wir glauben, daß damit die letzte noch notwendige Maßnahme zur Befriedung des politischen Lebens in Danzig erreicht ist, deren Annahme mit einer in diesem Volkstag bisher unerhörten Mehrheit den Beweis dafür bringen wird, daß die große Front auch in Danzig steht und daß sie in alle Zukunft unzerstörbar sein wird. (Starker Beifall!)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, die Aussprache ist geschlossen. Die erste Lesung ist damit beendet. Ich rufe die **zweite Beratung** des Gesetzentwurfs betr. Gewährung von Straffreiheit, Drucksache Nr. 110, auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Mir liegt ein Antrag der Nationalsozialistischen Volkstagsfraktion auf Block-Abstimmung vor. Wer diesen Antrag annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen. Wir kommen somit zur Blockabstimmung. Wer dieses Gesetz in der zweiten Lesung, und zwar die **§§ 1 bis 10** und die **Ueberschrift** annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die einstimmige Annahme. Ich stelle fest, daß das Gesetz in zweiter Lesung einstimmig angenommen wurde. Ich rufe auf: **Dritte Beratung** des Gesetzentwurfes betr. Gewährung von Straffreiheit, Drucksache Nr. 110. Ich eröffne die Aussprache und schließe sie, da keine Wortmeldungen vorliegen. Ich lasse über den Antrag der Nationalsozialistischen Fraktion auf (D) Blockabstimmung abstimmen. Wer diesen Antrag annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer das Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit, Drucksache Nr. 110, in der dritten Beratung, und zwar die **§§ 1 bis 10** und die **Ueberschrift** annehmen will, bitte ich, sich zu erheben. — Ich danke, es ist einstimmig angenommen. Wir kommen zur **Schlußabstimmung.** Wer das Gesetz in der Schlußabstimmung annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich stelle fest, daß das Amnestiegesetz damit einstimmig angenommen ist. Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Entschließung des Abg. Beyl und der übrigen Mitglieder der Nationalsozialistischen Fraktion zur Verordnung des Senats über die Staatsjugend in Danzig vom 1. 11. 1937 (G.Bl. S. 585).

Drucksache Nr. 111. — Hierzu liegt ein Antrag der Nationalsozialistischen Fraktion vor, Punkt 2 und 3 in der Aussprache zu verbinden und die Redezeit für beide Punkte und für sämtliche Fraktionen und Gruppen auf insgesamt eine Stunde festzusetzen. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit, er ist angenommen. Es entfallen somit an Redezeit auf die Nationalsozialisten 39, die Sozialdemokratische Fraktion sieben Minuten, das Zentrum sieben Minuten, die Polen zwei Minuten. Auf die drei fraktionslosen Abg. Steinbrück, Serotzki und Langnau entfallen je eine Minute. Diesem Antrag entsprechend rufe ich noch den Punkt 3 der Tagesordnung auf:

(Präsident)

(A) **Entschließung des Abg. Beyl und der übrigen Mitglieder der Nationalsozialistischen Fraktion zur Verordnung des Senats gegen Neubildung von politischen Parteien vom 1. 11. 1937.** (Ges.Bl. S. 585)

Drucksache Nr. 112. — (Den Vorsitz übernimmt Vizepräsident Andres.)

Vizepräsident Andres: Das Wort hat der Herr Abg. Beyl.

Beyl, Abgeordneter (NSDAP.): Ich habe auch hier wie schon bei dem vorigen Punkt der Tagesordnung eine Erklärung der Nationalsozialistischen Fraktion abzugeben. Wir billigen die aufgrund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen beiden Senatsverordnungen. Wir sprechen auch diesen beiden gesetzlichen Maßnahmen eine entscheidende geschichtliche Bedeutung zu. Wir stellen fest, daß heute am 8. November, also 19 Jahre nach dem Durchbruch des Weimarer Systems und mehr als 4½ Jahre nach seinem Zusammenbruch im Reiche wir in Danzig auch die Auflösung des Parteienstaates erleben. (Beifall.) Gewiß ist das kein Ereignis, das von heute auf morgen gekommen ist. Der Kommunismus, die gefährlichste Bewegung der vergangenen Zeit, ist schon seit Jahren in Danzig völlig niedergekämpft und ohne jede Bedeutung. Die Deutschnationale Volkspartei hat sich dem geschichtlichen Gesetz gefügt und ihre freiwillige Auflösung beschlossen. Aber auch Sozialdemokratie und Zentrum haben einsehen müssen, daß sie einer nunmehr überwundenen Vergangenheit angehören und daher ihr Ende erlebt. Daß (B) die geschichtlich notwendige Entwicklung zuletzt doch noch ohne jene Bitterkeit vor sich ging, die nur zu leicht auch die nächsten Jahre hätte vergiften können, verdanken wir dem Gauleiter, der in den entscheidenden Stunden Tatkraft mit Maß und Psychologie zu paaren verstand und so erreichte, daß der ganzen Entwicklung die versöhnende Note nicht gefehlt hat.

Neue Aufgaben treten an uns heran! Es gilt die geschaffene tatsächliche Lage in Danzig nun gesetzlich festzulegen. Diese Maßnahme ist die kleinere Aufgabe, wenn wir an die Größe des schon Geleisteten denken. Kein maßgeblicher Politiker auf der Seite unserer bisherigen Gegner denkt an die Wiederaufrichtung irgend einer Partei. Was liegt also näher, als die gesetzliche Verankerung dieser Sachlage durch eine entsprechende Verordnung? Diese Verordnung, welche die Neubildung von Parteien in Danzig verbietet und unter Strafe stellt, ist nun heute erschienen. Es war richtig, die zurückzulegende Wegstrecke nicht auf den ausgefahrenen Geleisen des Parlamentarismus zu gehen — obwohl die Annahme mit einer überwältigenden Mehrheit sicher war, — sondern durch eine Maßnahme des Senats aufgrund des Ermächtigungsgesetzes.

Genau so denken wir über die zweite Senatsverordnung. Die eine Tatsache steht fest: die Danziger Jugend denkt nationalsozialistisch und steht mit wenigen Ausnahmen in der Hitler-Jugend. Wir haben also seit langem eine Staatsjugend, ohne sie so zu nennen. Die Zeit ist aber nun gekommen, wo wir eine schon längst praktisch vollzogene Tatsache nun auch theoretisch, d. h. gesetzlich, festlegen. Diesem Zweck dient die Verordnung über die Staatsjugend. Wir danken dem Senat (C) für die beiden Verordnungen und billigen sie rückhaltlos. Wir werten sie als eine weitere wichtige Etappe auf dem Wege zu Herstellung einer neuen Lebensgrundlage für alle Deutschen in Danzig, der Schaffung einer großen und geschlossenen Gemeinschaft aller Deutschen in diesem abgetrennten Gebiet! (Lebhafter Beifall!)

Präsident: Das Wort zu Punkt 2 und 3 der Tagesordnung hat der Herr Abg. Budzynski.

Budzynski, Abgeordneter (P.): M. D. u. H.! Obwohl es sich bei diesen beiden Vorlagen um eine in das politische Leben Danzigs so scharf eingreifende Maßnahme handelt, hat es der Senat wiederum für richtig befunden, diese Vorlage erst heute den Abgeordneten auf die Tische zu legen. Es ist daher ganz selbstverständlich, daß ich in solch einem Falle nicht eine endgültige Stellung zu diesen Vorlagen einnehmen kann.

Soweit es sich um die Vorlage der Schaffung eines Staatsjugendgesetzes handelt, habe ich aus dem Entwurf feststellen können, daß es sich um deutschstämmige Jugend handelt. Die polnische Gruppe muß sich die endgültige Stellungnahme zu diesem Gesetz vorbehalten und kann heute nur eine gewisse, wenn ich so sagen darf, nicht negative, aber neutrale Haltung einnehmen. Das bedeutet, daß sich die polnische Gruppe in diesem Fall der Stimme enthalten und abwarten wird, wie sich die im § 3 der Vorlage vorgesehenen Ausführungsbestimmungen zum Gesetz gestalten werden. Erst nachdem wir dies festgestellt haben, wird die Polnische Gruppe ihre endgültige Stellungnahme (D) kundgeben können.

Soweit es sich um die andere Vorlage der Nichtzulassung neuer Parteien in Danzig handelt, so ist die Polnische Gruppe der Ansicht, daß diese Vorlage im Widerspruch zur Verfassung steht, ferner auch zu sonstigen Verträgen, zu deren Einhaltung Danzig verpflichtet ist (Abg. Schramm: Da sind wir gerade gegenteiliger Meinung!). Wir sind der Ansicht, daß es sich in diesem Fall um eine Angelegenheit handelt, die einzig und allein die Deutschen in Danzig betrifft (Zustimmung). Meine Ansicht ist, daß Sie Ihr organisches politisches Leben in Danzig einrichten können, wie Sie wollen. Aus Rücksicht auf die eingangs meiner Ausführungen vorgebrachten Bedenken — d. h. die Verfassung und sonstige Verträge —, lassen wir uns dahin beeinflussen, nicht für dies Gesetz zu stimmen, obwohl uns, wie ich vorhin sagte, Ihre (zu den Nationalsozialisten) innere Einrichtung nichts angeht. (Bravo! Sehr gut!) Wir werden uns auch in diesem Falle der Stimme enthalten.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungen. (Abg. Maaß: Ich beantrage namentliche Abstimmung). Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Wird dieser Antrag unterstützt? — Die Unterstützung reicht aus. Wir kommen zur **namentlichen Abstimmung** über Punkt 2 der Tagesordnung, Entschließung des Abg. Beyl und Fraktion, Drucksache Nr. 111, betr. Verordnung über die Staatsjugend in Danzig. Die Plätze sind bereits eingenommen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Entschließung zustim-

(Präsident)

(A) men will, den bitte ich, ein Ja-Karte, wer mit „Nein" stimmen will, eine Nein-Karte und wer sich der Stimme enthalten will, eine Karte mit der Aufschrift „Enthalte mich" abzugeben. Ich bitte, die Stimmkarten einzusammeln. Die namentliche Abstimmung beginnt. Wünscht noch ein Abgeordneter eine Stimmkarte abzugeben? Das ist nicht der Fall; die namentliche Abstimmung ist geschlossen. An der Abstimmung beteiligten sich 72 Abgeordnete[1]), davon stimmten mit „Ja" 51, mit „Nein" niemand, mit „Enthalte mich" 21 Abgeordnete.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Punkt 3 der Tagesordnung: Entschließung des Abg. Beyl und Fraktion betr. Verordnung des Senats gegen die Neubildung politischer Parteien, Drucksache Nr. 112. Ich eröffne die Aussprache und schließe sie, da keine Wortmeldungen vorliegen. (Abg. Maaß: Ich beantrage namentliche Abstimmung!) Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Wird dieser Antrag unterstützt? — Die Unterstützung reicht aus. Die Abstimmung beginnt. Ich bitte, die Karten einzusammeln. Wünscht noch ein Abgeordneter eine Karte abzugeben? Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung. An der Abstimmung haben sich 72 Abgeordnete[2]) beteiligt. Davon stimmten mit „Ja" 51 Abgeordnete, mit „Nein" niemand und mit „Enthalte mich" 21 Abgeordnete. Somit ist auch die zweite Entschließung des Abg. Beyl und der übrigen Abgeordneten der Nationalsozialistischen Fraktion angenommen. (C)

Wir stehen am Schluß unserer heutigen Tagesordnung. Ich bitte den Volkstag um die Ermächtigung, Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung festsetzen zu dürfen. Ich höre keinen Widerspruch; es ist so beschlossen. Die heutige Sitzung ist beendet.

(Schluß der Sitzung 16 Uhr 23 Minuten.)

---

[1]) **Endgültiges Abstimmungsergebnis:** Abgegebene Stimmkarten 72, davon 51 mit „Ja" und 21 „Stimmenthaltungen".

Mit „Ja" stimmten: Abg. Andres, Dr. Appaly, Bartsch, Bertling, Beyl, v. Boettticher, Braun, Busch, Ehrlichmann, Fieguth, Gall, Gobert, Großmann, Günther, Guttzeit, Harder, Heldt, Heß, Johst, Jonas, Kamer, Kapeller, Kendzia, Kindel, Krampitz, Lange, Langnau, Leufgen, Maaß, Manteuffel, Michelmann, Nicklas, Nispel, Patzke, Rabe, Rehberg, Schelm, Schramm, Schulz, Schwerdtfeger, Serotzki, Stein, Sukatus, Temp, Dr. Thimm, Thomat, Tolius, Waschke, Weise, Wilhelm, Dr. Willers.

Der Stimme enthielten sich: Abg. Behrend, Budzynski, Formell, Godau, Höhn, Klein, Knaust, Lendzion, (B) Malikowski, Moritz, Müller (Gertrud), Posack, Potrykus, Schmich, Ed. Schmidt, Dr. Stachnik, Steinbrück, Töpfer, Wawer, Weber, Weiß.

[2]) **Endgültiges Abstimmungsergebnis:** Abgegebene Stimmkarten 72, davon mit „Ja" 51, mit „Enthalte mich" 21.

Es stimmten mit „Ja": Abg. Andres, Dr. Appaly, Bartsch, Bertling, Beyl, v. Boettticher, Braun, Busch, Ehrlichmann, Fieguth, Gall, Gobert, Großmann, Günther, Guttzeit, Harder, Heldt, Heß, Johst, Jonas, Kamer, Kapeller, Kendzia, Kindel, Krampitz, Lange, Langnau, Leufgen, Maaß, Manteuffel, Michelmann, Nicklas, Nispel, Patzke, Rabe, Rehberg, Schelm, Schramm, Schulz, Schwerdtfeger, Serotzki, Stein, Sukatus, Temp, Dr. Thimm, Thomat, Tolius, Waschke, Weise, Wilhelm, Dr. Willers.

Der Stimme enthielten sich: Abg. Behrend, Budzynski, Formell, Godau, Höhn, Klein, Knaust, Lendzion, Malikowski, Moritz, Müller (Gertrud), Posack, Potrykus, (D) Schmich, Ed. Schmidt, Dr. Stachnik, Steinbrück, Töpfer, Wawer, Weber, Weiß.

An den He

Auf Ihre
ass die
olkstags
ahlperio
as Titel
rhander
kann.

Danzig, d

An den Herrn Oberbürgermeister, Stadtbibliothek,
D a n z i g

Auf Ihre Karte vom 29.7.1944 teile ich Ihnen mit, dass die von Ihnen gewünschten " Verhandlungen des Volkstags der Fr.St.Danzig, Stenographische Berichte Wahlperiode VI, 15.Sitzung vom 20.Juni 1938 sowie das Titelblatt zu Bd.17, 1939 " bei mir nicht mehr vorhanden sind und ich sie Ihnen daher nicht liefern kann.

Heil Hitler !

Hans Volksdorf K.G.

ppa. Ballenstaedt.

Danzig, d.31.7.1944

DRUCKEREI

Hans Tolksdorf (5a) Danzig, Röpergasse Nr. 7

RB.-Nr. 0/0035/5139

FERNSPRECHER NR. 24407/24408
TEL.-ADR. Druckerei Tolksdorf Danzig

GROSSDRUCKEREI,
BUCH-, STEIN- U. ROLLEN-
DRUCK, TÜTEN- UND
FALTSCHACHTEL-FABRIK
ZEITSCHRIFTEN-VERLAG
PAPIERGROSSHANDLUNG

DANZIG 1.7.44

Der Oberbürgermeister
Eing. 1. AUG. 1944
Verteilt:
Stadtbibliothek

P O S T K A R T E

An den
Herrn Oberbürgermeister
Stadtbibliothek

5 a

Der Oberbürgermeister
der Hansestadt Danzig
Eing.: 1. AUG. 1944
Verteilt:

Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :

ul. Krzemowa 1
62-002 Suchy Las
www.digital-center.pl
biuro@digital-center.pl
tel./fax (0-61) 665 82 72
tel./fax (0-61) 665 82 82

Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.
Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.

All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance and broadcasting of the whole or fragments prohibited.